

Noam Chomsky: „Goebbels was in favor of free speech for views he liked. So was Stalin. If you're really in favor of free speech, then you're in favor of freedom of speech for precisely the views you despise. Otherwise, you're not in favor of free speech.“ Noam Chomsky: „Goebbels was in favor of

free speech
Stalin. If y
speech, t
dom of sp
you desp
favor of f
ky: „Goeb
ech for vi
If you're r
then you'r
ech for pr
se. Other

LIBERTAS

Jahrbuch für Meinungsfreiheit

Jg. 2, 2022/23

hrsg. von W. Hopf

LIT

free speech.“ „Goebbels was in favor of free speech for views he liked. So was Stalin. If you're really in favor of free speech, then you're in favor of



„Wir fordern den Rektor auf zu bestätigen, dass wir an unserer Universität jedermann, zu jeder Zeit, zu jedem Thema hören und mit ihm darüber diskutieren können.“

Forderung des SDS Berlin 07.05.1965

„Man kann schwerlich abstreiten, dass wir durch das etablierte Korrektheitsklima in eine Ära der zweiten Zensur geraten sind. Allzu viele arbeiten daran mit, dass Inquisitoren und Zensoren an die Macht kommen. Der Inquisitor, die Inquisitorin sprechen sich selbst zwei Vollmachten zu. Erstens, die Abschaffung der Anführungszeichen, zweitens: das generelle Ironieverbot. Die letztere kommt von weiter her. Bevor die Woke-Welle in den USA losbrach und auf uns übergriff, gab es dort schon eine Antiironie-Welle.“

Peter Sloterdijk

„Debatten müssen dazu dienen, herauszufinden, was wirklich der Fall ist – unabhängig davon, wer welche Interessen hat und welchen persönlichen Hintergrund. In der Cancel Culture gilt das nicht mehr. Sie bedroht unsere Demokratie.“

Julian Nida-Rümelin

„Über die Political Correctness heute würde Brecht die Nase rümpfen. Diese sogenannte Wokeness würde ihm gewiss nicht gefallen. Nach allem, was ich über ihn weiß, sähe er das als – mit Verlaub – „Moralscheißerei“, ja als Ideologisierung mit totalitären Tendenzen. Das würde er nicht gutheißen. Er hat Spießbürger nicht gemocht.“

Jürgen Hillesheim
(Leiter der Brecht-Forschungsstätte Augsburg)

„Noch ernster ist die wachsende Akzeptanz der Bring-das-Boot-nicht-zum-Schaukeln-Reaktion auf Künstler, die es zum Schaukeln bringen, die wachsende Zustimmung, Zensur könne gerechtfertigt sein, wenn gewisse Interessen-, Gender- oder Glaubensgruppen sich durch ein Werk beleidigt fühlen. Aber große Kunst, oder sagen wir bescheidener, originelle Kunst entsteht nie in der sicheren Mitte, sondern immer an den Rändern. Originalität ist gefährlich.“

Salman Rushdie 2021

LIBERTAS

Jahrbuch für MEINUNGSFREIHEIT

Jahrgang 2, 2022/2023

herausgegeben von
Wilhelm Hopf

LIT

Bilder auf den Umschlaginnenseiten: Werner Bernreuther

Redaktion: Anna Bissantz

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-643-99708-1 (br.)

ISBN 978-3-643-99208-6 (PDF)

© LIT VERLAG Dr. W. Hopf Berlin 2023

Verlagskontakt:

Fresnostr. 2 D-48159 Münster

Tel. +49 (0) 2 51-62 03 20

E-Mail: lit@lit-verlag.de <https://www.lit-verlag.de>

Auslieferung:

Deutschland: LIT Verlag, Fresnostr. 2, D-48159 Münster

Tel. +49 (0) 2 51-620 32 22, E-Mail: vertrieb@lit-verlag.de

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.	1
I	
Wer delegitimiert hier wen?.	25
Dietrich MURSWIEK	
Eine Bitte	31
Michael WOLFFSOHN	
Ein Sargnagel für Deutschlands Industrie	34
Kurt LAUK	
„Jedermann, zu jeder Zeit, zu jedem Thema!“	38
Wilhelm HOPF	
Chomsky and Free Speech	40
Clinton FERNANDES	
II	
Der Fall Rushdie: Anatomie eines Attentats.	51
Ulrich SCHÖDLBAUER	
Die Kairoer Erklärung der Menschenrechte im Islam (Auszug)	55
„Deine Ehre“.	56
Mickaëlle PATY	
Zensur vorbeugend	63
Matthias POLITYCKI	
„... mit weichem Wulste umgeben“	66
Ludwig BÖRNE	

Inhaltsverzeichnis

„Masturbanten einer falschen Kultur“	68
Jaroslav HAŠEK	
„Scharf und frech“ Abende bei Ernst Rowohlt	69
Theodor ESCHENBURG	
'Allo 'Allo! – eine göttliche Komödie	72
Wilhelm HOPF	
Roald Dahl: Alle Schattenseiten geschönt	74
Gina THOMAS	
Wer darf die Sprache lenken?.	76
Volker LADENTHIN	
Was ist wichtiger als Menschenrechte? Antwort: „Korrekt“ gendern.	82
Christwart CONRAD	
Drei Zigeuner	85
Dieter KALKA	
Gretchen: Wo ist die Rübe, Wilhelm?	94
Mark TWAIN	
Der*die Erlkönig*in: Gehört der Gender-Lyrik die Zukunft??	97
Philip PLICKERT	
III	
„Die rote Nation liegt im Sterben!“	99
Karl MAY	
Herman Lehmann: Der Deutsche Apache	103
Rainer KOTTMANN	
Black-Hawks.	105
Maximilian PRINZ ZU WIED	
Skalpieren	108
John LONG	

Inhaltsverzeichnis

IV

Afrika jenseits von Banalisierung und Exotisierung 110
David SIGNER

Die Beninbronzen und das Luf-Boot. 116
Richard SCHRÖDER

Tsitsi Dangarmbga zwischen der Schuldfrage an
Kolonialismus und der Forderung nach einer „neuen
Aufklärung“, die die alte überwindet 134
Helmut BLEY

Path of Blood 142
Peter BECKER

V

„Die Intellektuellenschicht“ (1929) 145
Karl MANNHEIM

Stiftung „Freiheit der Wissenschaft“
Rede des Stifters aus Anlass der Verleihung des ersten
Preises der Stiftung an Professor Dr. Noam Chomsky 149
Reinhard HESSE

Republik21: Wokes Deutschland – Identitätspolitik als
Bedrohung unserer Freiheit? 159

Wie Wissenschaft leidet, wenn sie „woke“ sein soll 164
David SIGNER

Bedrohung der Wissenschaftsfreiheit eine Chimäre? 170
Barbara ZEHNPENNIG

Moderne vs. Postmoderne: Wissenschaft und Rechtsstaat . . 176
Michael ESFELD

„Wissenschaft schafft Wissen“ oder „Wissenschaft
präsentiert Wahrheit“? 186
Hans von STORCH

Inhaltsverzeichnis

„Kältetote“	199
Björn LOMBORG	
Gegenwartsdenken und Zukunftsverantwortung	202
Peter WEISH	
Feigheit als erste Professorenpflicht. Die klammheimliche Wiederkehr der Stasikultur im deutschen Universitätsbetrieb.	211
Walter KRÄMER	
Über das Spannungsfeld zwischen Wissenschaft, Politik und Medien am Beispiel der Corona-Pandemie.	223
Michael HALLER	
Erinnerungen und Gedanken	241
Golo MANN	
„Duell 68“	247
Roland GIRTLER	
VI	
Wie aus einer Querele um eine Fußnote eine unbequeme Fragestellung wird.	250
Konrad OTT	
Recht und Moral – Gedanken zur (österreichischen) Asyldebatte	261
Elmar SAMSINGER	
Mitten im Zehnten.	270
Rosemarie SCHWAIGER	
Scheinwachstum durch Zuwanderer	275
Beat GYGI	
Gemeinsame Pressemitteilung der Staatsanwaltschaft Freiburg und des Polizeipräsidiums Freiburg vom 20.01.2023	277

Inhaltsverzeichnis

Memorandum für eine andere Migrationspolitik in Deutschland	279
VII	
Papst Alexander	289
VOLTAIRE	
Würste essen, um für die Freiheit zu kämpfen: Vor 500 Jahren brach der Zürcher Buchdrucker Froschauer demonstrativ das Fasten, als Protest gegen religiöse Bevormundung	291
Peter OPITZ	
Schuld und Sühne	295
Klaus E. MÜLLER	
Gesellschaft mit beschränkter Äußerungsmöglichkeit	298
Ludwig BRÜHL, Felix BÖLLMANN	
Kritik an der „Ehe für alle“ darf nicht verboten sein	305
Erwin BADER	
Ein gläubiger Muslim und der Regenbogen	322
VIII	
Wer ist Christina Ellingsen und warum Feministin zu sein, sie im Jahr 2022 ins Gefängnis bringen könnte?	323
Ana Julia DI LISIO	
Einfalt statt Vielfalt	327
Alexander ZINN	
Wokeness threatens academic freedom in social sciences . .	334
Laurens BUIJS	
IX	
Wir brauchen mehr Putin-Versteher	338
Franz ALT	

Inhaltsverzeichnis

Alte Grenzen, neue Grenzen	343
Hugo PORTISCH	
Send the marines	345
Tom LEHRER	
Die Abkoppelung der Ukraine war töricht und gefährlich . .	346
Noam CHOMSKY im Interview mit Pierre HEUMANN	
Ukrainekrieg – Kosovokrieg: Parallelen?	352
61 911 000 Ermordete: Der sowjetische Gulag-Staat	355
Rudolph J. RUMMEL	
X	
„Gegen Preußen und das 3. Reich. Aus der Familiengeschichte“	358
Friedrich HECKEL	
Monatsbericht der Regierung 08.08.1936. Pfarrer Hopf . . .	362
Theodor HEUSSLER	
Die Hessischen Blätter unter preußischer Zensur	364
Enno KNOBEL	
Quellennachweis	377
Die Autoren	382

Vorwort

„Die vierte Gewalt“, so nennt man oft die Presse. Jüngst erschien ein Buch mit diesem Titel und dem bemerkenswerten Untertitel „Wie Mehrheitsmeinung gemacht wird, auch wenn sie keine ist“. Die Autoren, zwei in Talkshows allgegenwärtige Intellektuelle. Dies änderte sich plötzlich. Der Spiegel bemerkte: „Dann tanzte er [Welzer] mit der Äußerung zu Ukraine-Krieg und Medien aus der Reihe. Zu Besuch bei einem, der sich in der Rolle des Alleingängers gefällt.“ Rene Pfisters Buch mit dem Titel „Ein falsches Wort – Wie unsere neue linke Ideologie unsere Meinungsfreiheit bedroht“ belegt, dass es sich nicht um Einzelfälle handelt. Die Genannten hätten es wissen können. Welzer selbst bemerkt zu seiner neuen Rolle: „Vorher zählte ich zu den Guten, jetzt ist alles dahin.“ Der Bekannteste ist wohl Thilo Sarrazin. Als sein Buch erschien „Deutschland schafft sich ab“, wurde er noch häufig eingeladen. Es nützte ihm auch nichts, dass Helmut Schmidt ihn verteidigte. Es fehlt die vielbeschworene Diversität. Dabei ist der ÖRR per Gesetz zur ausgewogenen Berichtserstattung verpflichtet. Er pflegt dagegen eine Tendenz (die empirischen Analysen der Firma „Media Tenor“ sind Beleg).

Migration, Corona, Klima und jetzt Ukraine erweisen sich als besondere Mienenfelder, die leicht das bisherige (Medien)leben hierzulande beendeten, wenn man unsichtbare, aber vorhandene Grenzen überschreitet. Ein bulgarischstämmiger Bekannter, Augenarzt, bemerkte einmal: „Im Kommunismus war es einfach, da wusste man genau, wo die Grenzen waren. Hier ist es etwas schwieriger.“

Auch die Sprache hat man verändert. Sie folgt nicht mehr der amtlichen Rechtschreibung und Luthers „dem Volk aufs Maul zu schauen“, man fügt dem Experten die Expertin hinzu, dem Arzt die Ärztin. Den Forschenden nicht zu vergessen. Das generische Maskulinum starb in den Medien dahin. Übrig bleibt das generische Femininum. Die Führungskraft erhält keinen männlichen Begleiter. Auch das „die“ des Plu-

ral ist akzeptabel. Und dann :, _,* nicht nur in Substantiven, in Artikeln, Pronomina.

Der baden-württembergische Ministerpräsident Kretschmann hat sich nicht zufällig gegen das Gendern ausgesprochen, mit Rücksicht auf die Kinder. Die Schulen müssen sich an das halten, was der Deutsche Rat für Rechtschreibung vorgibt. Sonst haben wir am Ende keine einheitliche Rechtschreibung mehr. Diese haben wir auch nicht, wenn der öffentlich-rechtliche Rundfunk sich glaubt, anders verhalten zu müssen. Der ÖRR hat sich, so könnte man es formulieren, auf das Gendern festgelegt. Eine Diversität, viel gelobt hinsichtlich der Sprache, gibt es hier nicht.

I

Zu den Bürgerrechten gehört das Wahlrecht, und niemand würde auf die Idee kommen, Personen das Wahlrecht abzusprechen. Allerdings gibt es eine Tendenz, Bürgerrechte einzuschränken. Dies zeigte jüngst die Aktion gegen die Reichsbürger. Die Unschuldsvermutung wurde nicht besonders hoch geschätzt. Dabei ist die Unschuldsvermutung ein zentraler Bestandteil des Rechtsstaates. Nachdem Presse und Kameras die Aktion begleiteten, war es mit der Unschuldsvermutung nicht mehr weit her. Ralf Stegner, immerhin einmal Innenminister von Schleswig-Holstein, reagierte auf fragwürdige Begleitumstände der Aktion angesprochen mit dem Hinweis: „Hauptsache die Herrschaften sind verhaftet.“

Eine verhängnisvolle Entwicklung ist die Ausweitung dessen, was verfassungswidrig sein soll. In Bezug auf den Radikalen Erlass, der sich gegen die 68er Bewegung richtete, hat der ehemalige Vizepräsident der Freien Universität, Uwe Wesel, bereits formuliert: „Wir haben immer gesagt, das verstößt gegen das Parteienprivileg des Artikels 21 des Grundgesetzes, in dem gesagt wird, dass eine Partei erst dann als verfassungswidrig angesehen werden kann, wenn das Bundesverfassungsgericht sie verboten hat. Dann hat man ein neues Wort erfunden und hat statt „verfassungswidrig“ gesagt, diese Organisationen sind „verfassungsfeindlich“. Der damals neue Begriff „verfassungsfeindlich“ ist nun

allgegenwärtig. Und um Verfassungsfeinde aus dem öffentlichen Dienst zu entfernen, ist man dabei, ihren Rechtsschutz massiv abzubauen.

Der Vorsitzende der „Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regims“ (eine im DDR-Umfeld gegründete Organisation) wurde, als er sich am Flughafen Berlin Brandenburg auf den Flug nach Bulgarien begeben wollte, um gegen einen rechtsextremen Aufmarsch zu protestieren, von der Polizei daran gehindert. Die Begründung lautete: er sei eine Person mit „linksextremer Ideologie“.

Weitere haben sich dazugesellt, wie die „Delegitimierung des Staates“ (S. 25). Im Prinzip sind damit alle Kritiker tendenzielle Verfassungsfeinde. Dazu deshalb einleitend der Beitrag von Prof. Murswiek.

Die Situation erinnert, und das will etwas heißen, an das Preußische Pressegesetz von 1842:

„Es ist dabei eine *unerläßliche* Voraussetzung, daß die *Tendenz* der gegen die Maßregeln der Regierung ausgesprochenen Erinnerungen nicht gehässig und böswillig, sondern wohlmeinend sei, und es muß von dem Zensor der gute Wille und die Einsicht verlangt werden, daß er zu unterscheiden wisse, wo das eine und das andre der Fall ist. Mit Rücksicht hierauf haben die Zensoren ihre Aufmerksamkeit auch besonders auf die Form und den Ton der Sprache der Druckschriften zu richten und, insofern durch Leidenschaftlichkeit, Heftigkeit und Anmaßung *ihre Tendenz* sich als eine verderbliche darstellt, deren Druck nicht zu gestatten.“

Karl Marx dazu: „Gesetze, die nicht die Handlung als solche, sondern die Gesinnung des Handelnden zu ihren Hauptkriterien machen, sind nichts als positive Sanktionen der Gesetzlosigkeit. Lieber wie jener Zar von Rußland jedem den Bart durch offizielle Kosaken abscheren lassen, als die Meinung, in der ich den Bart trage, zum Kriterium des Scherens machen.“

Marx hat noch nichts davon geahnt, dass die „Tendenz“ sich in den „vorstaatlichen“, in den gesellschaftlichen Bereich, verschiebt. Nichts anderes sind die nun eingerichteten Meldestellen für „Antifeminismus“ durch das Frauenministerium. Ferner in Nordrhein-Westfalen die Meldestellen für Queerfeindlichkeit, antimuslimischen Rassismus, Antiziganismus, anti-schwarzen und anti-asiatischen und weiteren Rassismus

und Antisemitismus. Derartige Meldestellen hat es nicht mal in der DDR gegeben. Der Antisemitismus wird damit den anderen „Feindlichkeiten“ gleichgestellt. In gewissen gesellschaftlichen Bereichen ist der Antisemitismus, trotz aller Bekundungen von höchster Stelle, durchaus toleriert. Nicht zuletzt im Kulturbereich, wie die Kasseler documenta zeigt. Dazu Prof. Michael Wolffsohn in seinem Beitrag „Eine Bitte“ (S. 31).

Freiheit und Meinungsfreiheit kann nur in einer Gesellschaft stabil verankert sein, die über eine feste wirtschaftliche Basis verfügt. Dies war in der Bundesrepublik schon bald nach 1945 der Fall. Sie wird aber heute in Frage gestellt, nicht zuletzt durch planwirtschaftliche Projekte, die die erfolgreiche soziale Marktwirtschaft verbessern wollen. Ein Beispiel ist die Entwicklung der Autoindustrie, mit ihrer Festlegung auf das Elektroauto. Die Entwicklung schildert Kurt Lauk in seinem Beitrag „Ein Sargnagel für Deutschlands Industrie“ (S. 34). Über das Elektroauto nüchtern zu diskutieren ist kaum möglich. Es gilt mittlerweile als eine der Ikonen der großen Transformation, auch wenn dazu als Mindestvoraussetzung der Grüne Strom noch oft fehlt.

An der sachlichen Erörterung fehlt es nicht nur hier.

Nach der Corona-Pandemie stellt sich heraus, dass zahlreiche Corona-Kritiker durchaus relevante Punkte kritisiert haben und dass auf der anderen Seite, z.B. hinsichtlich der Impfung, zu viel versprochen wurde. Eine nüchterne Debatte hätte dies durchaus verhindern können.

Werfen wir einen Blick zurück. Wählen wir als Reflexionspunkt den Beginn der Studentenbewegung in den 60er Jahren. Die Bewegung begann, man mag es kaum glauben, mit der Parole „Jedermann, zu jeder Zeit, zu jedem Thema!“ (Wilhelm Hopf) (S. 38)

Als Messlatte für freie Meinungsäußerungen, Freedom of Speech, dieses zentrale Bürgerrecht, wird der Beitrag von Clinton Fernandes über „Chomsky and Free Speech“ einleitend platziert (S. 40). Er bezieht sich ausführlich auf einen Punkt, der aus deutscher Sicht schwer verständlich ist und zurecht in dieser Form auch hierzulande nicht akzeptabel wäre, der Verteidigung eines Holocaustleugners. Aus Chomsky ergibt sich zwangsläufig, dass dieses Bürgerrecht auch Personen zusteht, deren Position wir naheliegenderweise ablehnen. So verteidigt die be-

kannte amerikanische Bürgerrechtsgesellschaft ACLU (American Civil Liberties Union) diese Position. Sie verteidigt regelmäßig Migranten, klagte gegen Trump und verteidigte gleichzeitig die Meinungsfreiheit amerikanischer Nazis und Ku-Klux-Klan-Mitglieder (es ist überflüssig zu betonen, dass in Deutschland die Rechtslage in Bezug auf diesen Personenkreis aufgrund der Geschichte eine andere ist).

Die oben skizzierten Einschränkungen werden, sofern sie überhaupt zugegeben werden, häufig mit dem Kampf gegen Rechts begründet. Man will, so könnte man formulieren, „den Anfängen wehren“. Zu dieser weit verbreiteten Position lässt sich mit Chomsky feststellen:

„It is a poor service to the memory of the victims of the holocaust to adopt a doctrine of their murderers.“

„It seems to be something of a scandal that it is even necessary to debate these issues two centuries after Voltaire defended the right of free expression for views he detested.“

Das Jahrbuch bemüht sich, etwas zu der Diversität der Meinungen beizutragen, zumindest aufzuzeigen, wo sie verloren geht, gegangen ist.

II

Rushdie hat überlebt. Das ließ aufatmen. Man hatte vergessen, dass islamische Überzeugungstäter nicht vergessen, obwohl sie das Buch wohl nie gelesen haben. Und nichts spricht dafür, dass die Blutspur ihr Ende gefunden hat. Ulrich Schödlbauer zeichnet diese Spur nach (S. 51).

Die Unterstützung für Rushdie war anfangs keineswegs allgemein. In Kanada kam das Buch sogar auf die Verbotsliste.

„For example, you might have read that in Canada they kept Salman Rushdie’s book [The Satanic Verses] out of the country for a couple weeks while they were trying to figure out if it conflicted with a Canadian law – it’s referred to as an ‘anti-hate’ law or something.“ (Noam Chomsky)

Es muss daran erinnert werden, dass die Fatwa gegen Rushdie durchaus nicht die einzige ist. Noch scheint sich niemand die Mühe gemacht zu haben, entsprechende Fatwas zu zählen. Diese Verbote können nicht

überraschen, wenn man einen Blick in die Kairoer Erklärung der Menschenrechte wirft. Meinungsfreiheit ist dort klar den Regeln der Sharia – und die lässt sich auslegen – unterworfen (S. 55).

Es sei nur an den iranischen Musiker Shahin Najafi erinnert, der seit 2012 davon betroffen wurde. Er tauchte unter. Sein Vergehen: ein ironisches Lied, das sich über die Sexualmoral des Islam lustig macht. So wurde er durch die Fatwa vogelfrei – wie im europäischen Mittelalter. Und selbstverständlich gibt es ein Kopfgeld für seine Ermordung. Die Blutspur des Islamischen Terrors ist schon lange in Europa angekommen. Vor zwei Jahren wurde der französische Lehrer Samuel Paty ermordet (16.10.2020). Seine Schwester hielt eine denkwürdige Rede aus Anlass der ersten Verleihung eines Preises zu seinem Angedenken. Paty wird wie Charlie Hebdo und Rushdie unterstellt, er habe provoziert. Dabei zeigt sich an seinem Fall, dass selbst der Versuch sensibel vorzugehen, nicht schützt (S. 56).

Zurecht bemerkt Najafi: „Sie wollen uns dazu bringen, dass wir uns selbst zensieren.“

Damit kommen wir zu den „buts“. Polemisch könnte man formulieren: Neben dem Sensivity Writing gibt es das Sensivity Thinking. Das Gegenteil der Meinungs- und Denkfreiheit. Und Selbstzensur ist die logische Folge.

Wie der Schriftsteller Matthias Politycki damit umgeht, zeigt ein Auszug aus seinem Buch „Mein Abschied von Deutschland. Wovon ich rede, wenn ich von Freiheit rede“ (S. 63).

Nach dem Börsenblatt des Deutschen Buchhandels ist Sensivity Reading in vielen Jugendbuchverlagen weit verbreitet. „Speziell bei Büchern, in denen People of Color eine Rolle spielen, setzt etwa der Carlsen Verlag in verschiedenen Programmbereichen Sensitivity Reader ein; im Fokus stehen Beschreibungen der Hautfarben und spezielle Bräuche oder Gepflogenheiten. Das Ziel: die beschriebene Lebenswelt der Protagonist:innen authentisch und glaubhaft widerspiegeln und die Weitergabe von Stereotypen, Klischees oder Projektionen möglichst reduzieren.“ Zu den Klischees gehört alles, was negativ erscheint.

Das Problem bzw. die Vorhaltung, nicht sensibel genug zu schreiben, ist alt bekannt. Zwei nicht unbekannte Schriftsteller beklagten sich darüber. Ludwig Börne, der diese Forderung nicht nur zurückweist, sondern, so könnte man formulieren, ein unsensibles Schreiben geradezu fordert (S. 66). Denn es stärkt!

Jaroslav Hašek, der mit seinem Schwejk Weltruhm erlangte, sieht sich veranlasst, im Schwejk Stellung zu nehmen. Wie kann man das Leben beschreiben, wenn man auf eine deftige Ausdrucksweise verzichtet? Hašek hält den „feinen Leuten“ den Spiegel vor, er überführt sie der Doppelmoral (S. 68).

Besonders hervorstechen britische Universitäten. Dort ist sogar die Bibel mit Trigger-Warnung versehen. Natürlich nicht, so muss man hinzufügen, der Koran. Die *Times* versuchte von 140 Universitäten Informationen zu erhalten. Gewarnt wird etwa vor Charly Hebdo und preisgekrönten Werken wie *Underground Railroad*, dort wird die Gewalt von Sklavenbesitzern geschildert!

Ganz unsensibel ging es bei dem Verleger Ernst Rowohlt zu. Seine Veranstaltungen und seine Positionen sind heute undenkbar. Theodor Eschenburg: „Scharf und frech“, ein Abend bei Ernst Rowohlt“ (S. 69).

Nicht mehr denkbar ist heute auch eine Nachfolgeserie der beliebten britischen Comedyserie „Allo 'Allo!“. Hier findet sich nichts von sensibler Sprache. Hier wird gegen alle heutigen Vorstellungen verstoßen. Die BBC verfolgte ihren Versuch, dieses „Produkt“ der 80er Jahre fortzusetzen, nicht mehr weiter (S. 72).

Üblicherweise sind dies Überarbeitungen. An sich nichts Neues. Die Übersetzung von Astrid Lindgrens Pippi Langstrumpf ins Französische musste sich um das Jahr 1950 Glättungen gefallen lassen. Für die gut bürgerlichen Mütter stellte ein derartiges Mädchenbild ein gewisses Problem dar. Nun gehen die Korrekturen viel weiter. Für Donald Duck wurde eine ganze Liste von Daily Telegraph aufgedeckt. Auch Roald Dahl wurde „erneuert“ entschärft, wie Gina Thomas zeigt. Roald Dahl fasst dies zusammen. Betroffen ist auch die Micky Maus. Dies ist besonders für die deutsche Übersetzung fatal (S. 74).

Sensibility Writing ist nichts anderes als Sprachenlenkung. Aber: „Wer darf Sprache lenken?“, lässt sich mit Volker Ladenthin fragen (S. 76). Der Text endet mit der Feststellung, zu gewährleisten, dass aktuell alle Regeln der Sprachgemeinschaft sanktionsfrei genutzt werden können, ist eine Aufgabe des Demokratischen Staates. Aber ist dies gewährleistet? Es ist eine kaum zu erfüllende Aufgabe, wenn es „Aktivisten“ gibt, die in der Sprachlenkung eine notwendige Aufgabe im Sinne der „Gerechtigkeit“ sehen. Ein Beispiel schildert Christwart Conrad: „Was ist wichtiger als Menschenrechte?“ (S. 82)

In Schwierigkeiten geraten kann man mit dem Wort „Zigeuner“. Ein Berliner Leitfaden legt für Polizisten fest, welche Begriffe sie benutzen sollen und welche nicht. Personen sind nach Möglichkeit anzusprechen mit dem von ihnen gewünschten Begriff. Zigeuner gehört nicht dazu. Nun ist es aber bekannt, dass die „Betroffenen“ nicht selten sich als Zigeuner sehen. Der Polizist ist in einem offensichtlichen Dilemma. Der Begriff „Zigeuner“ wird abgelehnt, weil er für ihre Entrechtung, Diskriminierung und nationalsozialistische Vernichtung steht. Aber wie oft sind Begriffe doppeldeutig. Den verächtlichen Begriff „schwul“ hat die Bewegung positiv gewendet und eine „Schwulen“bewegung geschaffen. Der Begriff „Zigeuner“ ist doppeldeutig. Er steht sowohl für Diskriminierung als auch für den romantischen Blick – ganz unabhängig davon, dass viele Zigeuner sich eben als Zigeuner sehen und das Wort Roma ablehnen (siehe Libertas Band 1, 2021). Dieter Kalka behandelt „Drei Zigeuner“ aus ganz individueller Perspektive (S. 85).

Besonders in Kritik, und damit fing es wohl an, geriet das N-Wort. 1991 lesen wir auf einem Klappentext des Rowohlt Verlages, „Die Geschichte eines Negerjungen aus Harlem, der ein berühmter Schauspieler wird. Unterdrückung, Verfolgung, Demütigung.“ So beginnt der Text. Welches Wort, kann man fragen, ist in diesem Zusammenhang angemessener als das N-Wort, um die Jugend von James Baldwin zu beschreiben? 1991 war es zumindestens in diesem Zusammenhang noch völlig akzeptabel. In einem renommierten Verlag, der gerade nach 68 zu den gesellschaftskritischen Häusern zählte.

Kommen wir abschließend noch einmal auf das Gendern. Dies sollte sich eigentlich seit Mark Twains Ausführung über die schreckliche deutsche Sprache erledigt haben. Es gibt weder den männlichen Mann noch die weibliche Frau, aber sogar das Weib und die (männliche) Führungskraft, die des Genderns nicht bedarf. Auf der Frau thront der Kopf, es schlägt das Herz, und wenn sie Pech hat, ist sie das Gretchen. Dem Mann geht es nicht besser. Ohne die Blase und die Lunge wäre er nicht lebensfähig: Mark Twain, „Gretchen: Wo ist die Rübe, Wilhelm?“ (S. 94)

Dass die Angelegenheit nicht erledigt ist, zeigt ein Beitrag des Journalisten Philip Plickert, der sich fragt „Gehört der Genderlyrik die Zukunft? Der*die Erkönig*in“ (S. 97). Abschließend sei bemerkt: Es gibt einen Streit um Sternchen, Doppelpunkt und Unterstrich. Der Doppelpunkt kann als binär angesehen werden, das Sternchen bei etwas nachdenklicheren Vertretern als eine Hürde für Sehbehinderte bzw. ihren technischen Lesehilfen.

III

Nun reitet er wieder: Winnetou! Durch alle Blätter, durch alle Medien, durch viele Gespräche. Natives American, in Deutschland lebend, haben ihn wohl wieder zum Leben erweckt. Natives American, die mit der US-Armee nach Deutschland kamen und hier blieben. Nun ist fast alles gesagt, nur ein wichtiger Aspekt wurde ausgeblendet. Wie haben Apachen wirklich gelebt, wie muss man sich einen jungen Winnetou vorstellen? Sicherlich nicht wie Karl May. Interessanterweise ist es in der Diskussion nicht um den heute doch so beliebten Faktencheck gegangen. Nicht einmal in Bezug auf Karl May. Man lese die Einleitung zu Winnetou I, und man liest, in heutigem Deutsch formuliert, einen höchst politisch korrekten Text (S. 99). Da wird das Elend der Indianer beschrieben, viel eindrücklicher kann man es kaum tun. Und, um dem geschilderten Nachdruck zu verleihen, fügt Karl May ganz selbstverständlich hinzu: Das kann ich aus eigener Anschauung bestätigen. Karl May führt uns in eine Fantasiewelt, in der es Gute gibt, und die Indianer gehören ganz überwiegend dazu. Selbstverständlich lässt sich die

Rivalität unter den Stämmen nicht leugnen. Zwischen den Apachen und Comanchen herrschte erbitterte Feindschaft.

Über das Heranwachsen von Apachen verfügen wir über einen guten Bericht eines entführten deutschen Jungen, Herman Lehmann. Es gehörte zur Selbstverständlichkeit der indianischen Kriegergesellschaften, Raubzüge zu unternehmen, um nicht zuletzt Frauen und Kinder zu erbeuten. Männer wurden umgebracht und skalpiert. Denn die Arbeit erledigten die Frauen und so war das Entführen von Frauen sinnvoll, ebenso das von Kindern. Sie wurden in die Gesellschaft „integriert“. Das Leben in einer indianischen Gesellschaft war keineswegs sicher. So wurden wenig Kinder geboren, man alterte schnell und nicht zuletzt durch die ständigen Scharmützel und Kriege war der Stamm gefährdet. Herman Lehmann erzählte seine Erlebnisse und sie wurden festgehalten. Nach der ersten traumatischen Zeit, man könnte sagen, sein Wille wurde gebrochen, indem er zahlreiche Grausamkeiten über sich ergehen lassen musste, wurde er ein Apache. Er wollte auch nicht weg und nach seiner Rückkehr als Erwachsener sprach er immer gut von den „Seinen“, kleidete sich indianisch und hielt Kontakt zu den nun im Reservat lebenden Stammesmitgliedern. Die Beschreibung von Herman Lehmann ist ein Kontrastprogramm zu Karl May. Er wurde Krieger in einer Kriegergesellschaft, ein angesehener Gruppenführer (S. 103).

Folgt man Karl May und der geläufigen Betrachtung, so brachten die Europäer Unterdrückung und Elend. Das aber ist, wie so oft, nur die halbe Wahrheit. Die Adaption des Pferdes ermöglichte den Stämmen, denen dies gelang, einen beispiellosen Aufstieg. Es machte sie zu erfolgreichen Büffeljägern und damit war eine sichere Ernährungsbasis gegeben. Die Comanchen waren am erfolgreichsten. Sie wurden zu Beherrschern der Prärie, sie verstanden es am besten, vom Pferd aus Krieg zu führen. Mit Pfeil und Bogen, vom Pferd aus perfekt zu bedienen, waren sie waffentechnisch bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts auch ihren europäischen Gegnern überlegen. Sie schufen ein Kolonialreich. Sie stoppten das weitere Vordringen der Spanier nach Norden und hielten ihr Reich über 200 Jahre, unterdrückten die anderen Stämme, überfielen spanische Siedlungen, stahlen Frauen und Kinder und nicht zuletzt Pferde. Mit Pferden betrieben sie einen schwunghaften Handel.

Als Kriegergesellschaft, in der die Frauen die Arbeit erledigten, hatten sie keinen Bedarf an männlichen Arbeitskräften. Diese wurden umgebracht und skalpiert. Ganz im Gegensatz zu den spanischen Kolonialherren, die versuchten, die Indianer zur Zwangsarbeit zu bringen. Man kann sich leicht vorstellen, welche Aufregung entstanden wäre, wenn Winnetou realistisch als Mitglied einer indianischen Kriegergesellschaft geschildert worden wäre.

Karl May bezog nicht wenige Anregungen aus den Reisebeschreibungen des Prinzen zu Wied, die zu den ersten deutschsprachigen Schilderungen zählen. Prinz zu Wied war den nordamerikanischen Indianern gegenüber, er bereiste auch Südamerika, positiv eingestellt. Dies hinderte ihn nicht, die Realität zu schildern. Er beschreibt eine wohl typische Auseinandersetzung zwischen den vordringenden Europäern und den sich verteidigenden Indianern. Ein früher Text über das Skalpieren sei hinzugefügt (John Long) (S. 105).

IV

Claudia Roth war zu Tränen gerührt, sie spürte, wie sie sensibel formulierte, „den Hauch der Geschichte zu erleben“. Sie war mit der Außenministerin in Nigeria in Benin City um Benin-Bronzen zurückzugeben.

Doch dieses Image, dies ließ sich auch in dem Bericht über Nigeria nicht übersehen, hat Risse. Die Sicherheitslage in Nigeria ist bedrohlich. Von dem Museum, das die Bronze-Statuen aufnehmen soll, war noch nichts zu sehen. Einen realistischen Blick auf Afrika bietet David Signer in „Afrika jenseits von Banalisierung und Exotisierung“ (S. 110).

Richard Schröder hat in Bezug auf die Benin-Bronzen eine differenzierte Analyse vorgelegt. Das Königreich Benin, aus dem die Bronzen stammen, so könnte man formulieren, war ein ganz „normaler“ Feudalstaat, mit einem wesentlichen Unterschied zum europäischen, er war zum guten Teil auf Sklaverei aufgebaut. Man hielt Sklaven, das war in Afrika normal. Die besondere Stellung beruhte auf dem Sklavenhandel nicht zuletzt mit Portugal, das auch eifrig Waffen lieferte (S. 116).

Afrika, das Fremde, erfreut sich hoher Wertschätzung. Es hat einen Vorschuss. Es gilt als gut, nicht zu hinterfragen. Der „Edle Wilde“ der

europäischen Kulturgeschichte hat einen Nachfolger, so scheint es: den „Edlen Fremden“.

So kann es auch nicht überraschen, dass es einem „Erfinder“ aus Simbabwe gelang mit der Behauptung, er hätte einen Fernseher entwickelt, der Strom erzeugt, in Tagesschau online zu kommen und hier gefeiert zu werden. Dabei hätte sich leicht recherchieren lassen, dass er auch schon ein Auto entwickelt hatte, das Strom erzeugt. Angeblich hatten nur kolonialistische Vorurteile den Durchbruch verhindert.

Der Blickwinkel, der uns hier begegnet, ist nicht untypisch. Die letzte Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels bietet dafür ein Beispiel. Geehrt wurde Frau Tsitsi Dangarembga, eine Kämpferin für Demokratie und Frauenrechte in Simbabwe, die seit langem Repressionen ausgesetzt ist. Ende September 2022 wurde sie beispielsweise verurteilt. Wohl niemand wird in Frage stellen, dass sie einen Friedenspreis verdient hat. Gerade wenn man ihr Engagement anerkennt und ihre Haltung unterstützt, so sollte dies nicht dazu führen, ihre Ausführungen bei der Preisverleihung kritiklos stehen zu lassen. Genau dies ist aber geschehen. Niemand kam auf die Idee, sie dem heute so viel gelobten Faktencheck zu unterwerfen. Dabei wäre dies umso notwendiger, um ihr Anliegen nicht zu gefährden.

Der Afrikahistoriker Helmut Bley hinterfragt Frau Dangarembgas Ausführungen (S. 134).

In Bezug auf das vorkoloniale Simbabwe ist festzustellen, dass das Königreich der Matabele, eine expansive Militär-Despotie, die Shona, zu denen die Preisträgerin zählt, unterworfen hatte.

Gegründet war das Reich vom abtrünnigen Zuluführer Mzilikazi. Mzilikazi hatte sich mit dem berühmten Zulukönig Shaka überworfen. Letzter pflegte, alle unterworfenen erwachsenen Männer und Alten zu töten (ca. 1 Mill. Tote kostete sein Regime), Frauen, Kinder und Jugendliche einzugliedern. Mzilikazi stand ihm nicht nach. Nicht zufällig trägt ein Buch, das den Aufstieg und die Eroberung des Gründers des Matabelekönigreiches schildert, den Titel „Path of Blood“ (S. 142).

Schon einmal wurde ein Friedenspreis nach Afrika vergeben, an Léopold Sédar Senghor. Dazu bemerkte der Schweizer Afrikahistoriker Albert Wirz, dass es afrikanischen Autoren wie Senghor darauf ankam,

die vorkoloniale Zeit „als eine Zeit gesellschaftlicher Harmonie zu idealisieren“. Die „Besinnung auf die Werte der eigenen Kultur“ ließ auch nichts anderes zu. Sonst hätte man sich eingestehen müssen, etwa in Bezug auf die Sklaverei, dass „die eigentliche Versklavung das Werk von Afrikanern war“. Sklaverei gehörte fast überall im vorkolonialen Afrika zu den gesellschaftlichen Institutionen (da Boden nicht privat angeeignet werden konnte wie in Europa).

Nun fragt man sich, ob Frau Tsitsi dies alles nicht weiß, oder ob sie es schlicht unterschlägt. Beides wäre inakzeptabel, umso mehr, als sie die afrikanische Tradition des „Wir“ als zukunftsträchtiges Konzept empfiehlt.

V

„Wissenschaft, dies wird gern übersehen, wird von Menschen gemacht. Von einer gewissen Schicht von Menschen. In jeder Gesellschaft gibt es soziale Gruppen, deren Aufgabe darin besteht, dass sie der Gesellschaft eine Deutung der Welt besorgen. Wir nennen sie ‚Intelligenz‘.“ Dies stellte einst Karl Mannheim fest (S. 145).

Waren es früher Priester und Kleriker, sind es in der Moderne zum guten Teil Wissenschaftler. Mit der Wissenschaft und dem Ende des „Geistesmonopols“ der Kirche entstand nicht zuletzt die moderne Welt. Ihre Grundlage war die „moderne Unruhe“. „Es entstanden Denk- und Forschungsweisen, ohne die wir heute unsere Probleme nicht einmal formulieren könnten“, so Mannheim. Er wäre wohl erstaunt von zahlreichen Versuchen, diese „Unruhe“, die nichts anderes ist als wissenschaftliche Auseinandersetzungen, zu begrenzen.

„Dass es in der Philosophie kein gesichertes Wissen gebe, war eine der wenigen Gewissheiten, auf die sich Ernst Tugendhat zu stützen wagte. Das Bedürfnis nach Gewissheit hielt er für ein Überbleibsel eines autoritären Bewusstseins, ‚ein Relikt jener Zeiten, als man glaubte, von den Göttern alles Wesentliche durch Offenbarung zu erhalten‘.“

Die Tatsache, dass sich ein Netzwerk Wissenschaftsfreiheit gebildet hat, eine Stiftung „Freiheit der Wissenschaft“, belegt das Problem.

2022 wurde das erste Mal von der Stiftung „Freiheit der Wissenschaft“ ein Preis verliehen. Er ging an Noam Chomsky. Der Stifter, Professor Dr. Dr. Reinhard Hesse, hielt die Laudatio. Sie ist hier ebenso wiedergegeben (S. 149) wie die Dankesrede von Chomsky, die, angesichts seines Alters, in seinem Namen Prof. L. Krauss hielt (S. 156). Der Preis wird vergeben in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Hochschulverband.

Die Gründung der Stiftung erfolgte nicht zufällig. Die Sorge um die Bedrohung der Freiheit zeigt sich auch in dem Manifest „Wokes Deutschland – Identitätspolitik als Bedrohung unserer Freiheit?“ der Denkfabrik R21 (Ahmad Mansour, Prof. Dr. Andreas Rödder, Kristina Schröder, Prof. Dr. Susanne Schröter) (S. 159).

Veranschaulichung bietet ein Bericht über den amerikanischen Ethnologiekongress 2022 von David Signer: „Die Wissenschaft leidet, wenn sie woke sein soll“ (S. 164).

Frau Professor Barbara Zehnpfennig hat diese Problematik bereits früh aufgegriffen: „Bedrohung der Wissenschaftsfreiheit – eine Chimäre?“ (S. 170) Sie betont, dass Wissenschaft Auseinandersetzung ist.

Die sachliche Auseinandersetzung ist die erwähnte „moderne Unruhe“.

Nun gibt es die Forderung „follow the science“. Nach dem Gesagten darf man daran ein Fragezeichen machen, ist doch Wissenschaft Auseinandersetzung, Unruhe. Professor Michael Esfeld geht dieser Frage in „Moderne vs. Postmoderne: Wissenschaft und Rechtsstaat“ nach (S. 176). Professor Hans von Storch, so könnte man formulieren, präzisiert diese Problematik am Beispiel der Klimaforschung (S. 186). Dass es einen Klimawandel gibt, bestreitet kaum jemand. Allerdings dürfte die These, dass es „die“ Klimawissenschaft gibt, die sich in allem einig ist, zu hinterfragen sein. Was nun von den Medien und den Klimaaktivisten teilweise als absolute Wahrheit verkündet wird, kann bezweifelt werden. So bemerkt Rüdiger Glasers in seiner Klimageschichte Mitteleuropas, dass sich „in einigen Phasen Katastrophen der Klimaentwicklung häufiger als in den letzten 20 Jahren“ feststellen ließen und diese wiesen „eine deutlich höhere natürliche Variabilität“ auf. Als Schreckgespenst

werden etwa die Klimatoten, sprich Hitzetoten, angeführt. Aber was ist mit der Kälte? Björn Lomborg: „Kältetote“ (S. 199).

Peter Weish beschäftigt sich mit Gegenwartsdenken und Zukunftsverantwortung. Auch Klimapolitik ist in einer demokratischen Gesellschaft erreichbar. Es braucht keine Klimadiktatur, keine Einschränkungen von Freiheiten (S. 202).

Gegen die Einschränkungen im Wissenschaftsbereich wendet sich Professor Walter Krämer in zugespitzter Form in seinem Artikel: „Feigheit als erste Professorenpflicht“ (S. 211). Ausführlich geht Professor Michael Haller dem „Spannungsfeld zwischen Wissenschaft, Politik und Medien“ nach. Ein belastungsfähiger Rückblick ist nunmehr auch auf Corona möglich (S. 223).

Die Schilderungen von Golo Mann „Erinnerungen und Gedanken“ zeigen, dass es Wissenschaftlern, die gegen den politischen Strom geschwommen sind, faktenbasiert, es insbesondere mit dem aufziehenden Nationalsozialismus nicht leicht hatten (S. 241). Mit Professor Roland Girtler werfen wir abschließend einen augenzwinkernden Blick auf ein „Duell 68“ (S. 247).

VI

Wer sich über Migration äußert, sei zur Vorsicht gemahnt. Es besteht wohl kaum die Möglichkeit, Sarrazins Buch hat dies gezeigt, nüchtern zu debattieren. Schon eine Fußnote, üblicherweise werden dort eher Belege platziert, kann zum Stein des redaktionellen Anstoßes werden. Dies musste Professor Ott erfahren (S. 250). Wer bestimmte Tatsachen anspricht, muss auch damit rechnen ausgeladen zu werden, auch dies widerfuhr ihm.

Aus jahrzehntelanger Erfahrung als Asylrichter beschreibt Elmar Samsinger verschiedene Aspekte der Migration (S. 261). In seiner Heimatstadt Wien sind bestimmte Bezirke von Migranten geprägt. Rosemarie Schwaiger beschreibt den Wandel eines Marktes in Floridsdorf (S. 270). Wir haben es hier mit Neubürgern zu tun, die fleißig ihrer Arbeit nachgehen, gewisse Funktionen aufrecht erhalten, die es wohl ohne sie gar nicht mehr geben würde oder nur eingeschränkt. Gleichwohl sind

die alteingesessenen Händler davon betroffen, sicherlich findet auch an der einen oder anderen Stelle eine Verdrängung statt.

Migration wird vielerorts, dies hat der Deutsche Historikertag sogar in einer Resolution formuliert, „immer“ positiv gesehen. Ob Migration auch ökonomisch positiv ist, und Migration betrifft nicht zuletzt die Ökonomie, stellt Beat Gygi in Frage (S. 275).

Einwanderungsländer, so die vorherrschende Meinung, müssen Migration erleichtern und Integrationsangebote machen. In einer „grünen“ Stadt wie Freiburg, so darf man annehmen, hat man sich darum bemüht. Gleichwohl lassen sich die Probleme nicht übersehen, wie ein Polizeibericht belegt (S. 277).

Die Migrationspolitik der EU, speziell der Bundesrepublik, bringt die Aufnahmefähigkeit, so ist es fast täglich in den Medien zu lesen, an die Grenzen. Es fehlt an Unterbringungsmöglichkeiten und, was noch entscheidender ist, es fehlt an Personal, um eine sinnvolle Integration zu gewährleisten. Diese Situation beschreibt das Manifest der „Vert Realos“, einiger grüner Politiker (S. 279).

VII

Voltaire gilt zurecht als einer der großen Streiter für die Meinungsfreiheit. Trickreich umging er Verbote, widmete ein Buch einem „liberalen“ Papst, um es vor dem Index zu bewahren, versteckte eine Kritik an Jesu unter dem Titel „Mahomet“. Eine seiner Satiren sei hier wiedergegeben (S. 289).

Das Christentum in Europa wusste sich lange seiner Kritiker auf allen Ebenen machtvoll zu erwehren. Der Scheiterhaufen durfte nicht fehlen. Mit dem Protestantismus kamen neue Freiheiten. Sie wollten erkämpft werden. Auch durch Würsteessen, wie uns Prof. Peter Opitz zeigt (S. 291).

Mit der Aufklärung beginnt die wissenschaftliche Religionskritik. Diesem Durchbruch verdankt die wissenschaftliche Analyse von Religion ihre Existenz. In den islamischen Ländern gibt es sie folglich nicht oder nur sehr eingeschränkt. In „Schuld und Sühne“ greift Klaus Müller die Vorgeschichte des Erlösungsglaubens auf und ordnet damit dieses

zentrale Element des christlichen Glaubens ein, von den orientalischen Vorläufern bis in die Jägerkulturen (S. 295).

Auch in den Demokratien des 20. Jahrhunderts wusste das Christentum seine Macht vielfältig zu nutzen. Und noch immer finden sich Paragrafen, die Gotteslästerung unter Strafe stellen.

Aber ein grundsätzlicher Wandel hat sich vollzogen. Grundlegende Vorstellungen des Christentums können öffentlich kaum mehr aufrecht erhalten werden. Verurteilt die Bibel die Homosexualität, so wird dies kaum noch vertreten, obwohl es katholische Lehrmeinung ist. Ähnliches gilt für die Abtreibung. Nun sollte man annehmen, dass der Schutz der Schwächsten, also des ungeborenen Lebens, eine gesellschaftlich akzeptierte Sache ist und man, wie auf anderen Gebieten, um es nüchtern zu formulieren, den Grenzwert möglichst niedrig hält, doch das Gegenteil ist der Fall. Die wenigen, die sich konsequent (und manche sicher in übertriebener Weise) für den Schutz des Lebens einsetzen, stoßen auf massiven Protest und keineswegs auf eine nachhaltige Unterstützung der Kirchen.

Vertritt man noch das christliche Ehebild, so kann man mit dem Strafrecht in Konflikt geraten, wie das Beispiel der bekannten finnischen Politikerin Päivi Räsänen zeigt (Ludwig Brühl, Felix Böllmann: „Gesellschaft mit beschränkter Äußerungsmöglichkeit“) (S. 298).

Auch im religiösen Bereich selbst scheint man sich zu fragen, ob diese Position noch ohne weiteres zur Diskussion gestellt werden kann. Dies thematisiert Erwin Bader in: „Kritik an der ‚Ehe für alle‘ darf nicht verboten sein“ (S. 305).

Wie sehr das Christentum an Einfluss verloren hat zeigt sich daran, dass es faktisch nicht mehr beleidigt werden kann und dass christliche Gefühle nicht verletzt werden können. Anders verhält es sich in Europa in Bezug auf den Islam und „muslimische Gefühle“. Der Fußballclub Real Madrid hat aus seinem Vereinswappen das Kreuz entfernt, um Geschäfte in der arabischen Welt nicht zu gefährden. In Amsterdam wurde bei dem Nikolausumzug das Kreuz von der Mütze, die ja einen Bischofshut darstellt, entfernt. Man könnte religiöse Gefühle verletzen. Selbstverständlich werden christliche oder atheistische Gefühle

etwa durch den Muezzinruf, der etwa in Köln zugelassen wurde, nicht verletzt.

Allerdings können nicht alle Muslime auf Verständnis stoßen, wenn sie sich auf ihren Glauben berufen. Dies musste ein Fußballspieler des berühmten Pariser Fußballclubs PSG erfahren. Idrissa Gueye verweigerte die Teilnahme an LGBT-Aktionen und berief sich dabei auf seinen Glauben. Wohlgermerkt, er verweigerte lediglich die Teilnahme. Er äußerte sich in keiner Weise abfällig. Und trotzdem sah er sich heftigen Angriffen ausgesetzt. Auf der anderen Seite erhielt er nicht zuletzt von dem Staatspräsidenten des Senegals, seines Heimatlandes, Macky Sall Rückendeckung. Ferner und bedeutender ist der Hashtag #WeAreAllIdrissa, der zur Unterstützung eingerichtet wurde und zeitweise der reichweitenstärkste Hashtag weltweit war (S. 322).

Der Respekt vor anderen religiösen Überzeugungen scheint da zu enden, wo er mit LGBT-Aktionen in Konflikt gerät. So hat bei der letzten Fussballweltmeisterschaft in Katar nicht nur die Innenministerin Faeser es für nötig gehalten, die Verfassung des Staates Katar und die neutrale Position der FIFA mit einer Regenbogenbinde zu „kritisieren“. So kritikwürdig das System FIFA ist, so ist doch das Prinzip der politischen Neutralität vertretbar. Wenig beachtet wurde die politische Vereinnahmung der Spiele durch palästinensische Aktivisten. Es ist daran zu erinnern, dass der im Westen wenig geliebte Präsident die Mehrheit der Drittweltländer hat. Es gilt das Prinzip: ein Verband eine Stimme.

Der christliche Glaube wird „modernisiert“, dies zeigt sich an der Regenbogenfahne. In einer katholischen Andachtssendung begrüßte ein Geistlicher das Aufhängen von Regenbogenfahnen. Zur Begründung bezog er sich auf das alte Testament, schon da wäre der Regenbogen ein Symbol und die Fahnen würden unmittelbar daran anknüpfen. Dies ist eine eigenartige Interpretation, da der Regenbogen im Alten Testament die Verbindung des Volkes Israel mit Gott symbolisiert und nichts, aber auch gar nichts mit der modernen LGBT-Bewegung zu tun hat.

Übersehen wird von den „modernen Christen“ in Europa, dass sie zu einer Minderheit zählen. War noch um 1950 der typische Christ ein

weißer Mann mittleren Alters, so ist dies heute eine junge Afrikanerin. Und sie ist konservativ.

So formuliert Kardinal Robert Sarah, einer der einflussreichsten afrikanischen Kirchenführer: „Was Faschismus und Kommunismus für das 20. Jhdt. waren, sind die westlichen Ideologien betreffend Homosexualität und Abtreibung sowie der islamische Fanatismus für die Gegenwart.“ Und führende Politikerinnen aus Tansania forderten jüngst das Kastrieren von Homosexuellen.

Das Christentum ist keineswegs, wie es in Europa scheint, auf dem Rückzug. Es gibt in Afrika ca. 600 Millionen Christen, also mehr als in Europa. Die „modernen Christen“ pflegen, so muss man feststellen, einen eurozentrischen Blick.

VIII

Für jeden demokratischen Rechtsstaat ist es selbstverständlich, seine Minderheiten zu schützen. Dazu zählen auch sexuelle Orientierungen. Dies ist heute, zumindestens in der Theorie, allgemein anerkannt. Eine Minderheit, dies sollte für ihre Vertreter selbstverständlich sein, hat sich ihrer gesamtgesellschaftlichen Relevanz bewusst zu sein und die Rechte anderer Minderheiten zu respektieren. Dies scheint nun in Bezug auf die Aktivisten der Trans-Szene nicht der Fall zu sein. Dadurch werden fragwürdige Sichtweisen erzeugt und die Meinungsfreiheit eingeschränkt. Insbesondere kommen Frauenrechte in Schwierigkeiten. Ein Extremfall schildert Ana Julia Di Lisio (S. 323). Die norwegische Feministin Christina Ellingsen könnte sogar wegen einer Anklage ins Gefängnis kommen.

Alexander Zinn beschreibt allgemein, wie sich die Stoßrichtung der Lesben- und Schwulen- und der LGBT-Verbände verändert, ja in ihr Gegenteil verkehrt hat. Man konstruiert nun auch seine eigene Geschichte, die mit der historischen Wahrheit wenig zu tun hat. Dies zeigt sich darin, dass man sich nun zu einer relevanten Verfolgungsgruppe des Nationalsozialismus aufschwingen will (S. 327).

Über die Gendersprache ist an anderer Stelle einiges gesagt.

Völlig verfehlt ist es, in der Biologie so etwas wie zahlreiche Geschlechter erkennen zu wollen. Damit wird, dies wurde im Jahr 2022 hinreichend deutlich, auch die Wissenschaftsfreiheit, ja die Wissenschaft selbst in Frage gestellt. Darauf weist der niederländische Wissenschaftler und Aktivist Laurens Buijs hin (S. 334).

Die „Verwirrung“ ist heute ganz alltäglich: „Der Polizist hat mich gefragt, mit welchem Geschlecht ich mich identifiziere. Als ich ‚weiblich‘ sagte, hieß es, dass ich deshalb ein Oberteil tragen müsse“, erzählte die Rettungsschwimmerin.“

„Nach einer erneuten Befassung mit der Diskriminierungsbeschwerde soll das Schwimmen mit freiem Oberkörper auch für weibliche Personen beziehungsweise für Personen mit weiblich gelesener Brust künftig möglich sein“, teilte die Senatsverwaltung für Justiz und Antidiskriminierung am Donnerstag mit.“

IX

„Eigentlich geht es bei der Unterstützung der USA für die Ukraine um Taiwan und China.“ Man könnte dies für ein Fake-News halten, doch der Satz stammt sinngemäß von dem ZDF-Amerikakorrespondenten Elmar Theveßen. Seine Informationen stützt er auf Gespräche mit hochrangigen amerikanischen Regierungsbeamten. Hätte Russland Erfolg, bestünde die Gefahr, dass China versuchen würde, Taiwan zu erobern. Taiwan ist aber ob der Chip-Produktion von zentraler wirtschaftlicher Bedeutung, neben der geostrategischen. Die geostrategische Dimension wird hierzulande nicht gerne gehört. So wurde der Amerika-Kenner Josef Braml in einer WDR-Sendung vorzeitig „verabschiedet“. Die Moderatorin wollte von Geostrategie nichts hören, auch nichts davon, dass Braml zu dem heutigen Vergleich Putin/Hitler zu bedenken gab, dass diese Gleichsetzung von den Leuten, die sie formulieren, nicht konsequent vertreten wird. Dann nämlich müsste man wie im Zweiten Weltkrieg agieren: alle gegen Putin.

Es geht nicht nur um den Krieg Ukraine-Russland. Der Ukraine-Konflikt hat mehrere Ebenen. Es ist nicht nur ein Freiheitskampf der Ukrainer. Es ist auch der Versuch der europäischen Gemeinschaft, wirt-

schaftlich gegenüber Russland an Einfluss zu gewinnen, die eigenen Grenzen längerfristig auszudehnen. Dazu kommt der Versuch der USA, Europa, speziell Deutschland, von russischen Energielieferungen abzuschneiden und selbst zu liefern. Höhere Energiepreise in Europa bringen unbestreitbare Wettbewerbsvorteile für die USA. Hinzu kommen ferner innerukrainische Spannungen, wie sie spätestens mit dem Maidan 2014 offensichtlich geworden sind. In die Vergangenheit zu blicken oder Verhandlungen zu fordern ist nicht eben angesagt. Als Franz Alt in der Sendung „Maischberger“ die Vorgeschichte des russischen Überfalls erläutern wollte, wurde er immer wieder mit dem Hinweis „die Vergangenheit ist nebensächlich“ abgeblockt.

Einer Hexenjagd sehen sich Wagenknecht und Schwarzer ob ihres Aufrufes ausgesetzt – so der Spiegel. Man richtet den Blick auf die Initiatoren und wirft ihnen Inkompetenz vor. Damit wird deutlich, dass es in der Debatte um den russischen Überfall auf die Ukraine schlechte Meinungen und eine, die Betrachtung beherrschende, gute Meinung gibt. Zu den Begriffen „Klimaleugner“ und „Coronaleugner“ gesellen sich die Begriffe „Putinverstehler“ und „Friedenschwurbler“. Als Putinverstehler musste sich auch Franz Alt in der Sendung „maybrit illner“ bezeichnen lassen. Er kontert mit dem Beitrag: „Wir brauchen mehr Putinverstehler“ (S. 338).

Noam Chomskys Einwände seien für früh formulierte stellvertretend wiedergegeben (S. 346). Das „normale Verhalten“ von Großmächten hat der amerikanische Liedermacher Tom Lehrer in Bezug auf die USA prägnant zusammengefasst: „Send the marines“. Eine 200 000 Mann starke Truppe, extra für Auslandseinsätze (S. 345).

Der bekannte österreichische Journalist und Russlandkenner Hugo Portisch hat schon weit vor dem Ukraine-Krieg auf die Bedeutung der Ukraine für Russland hingewiesen (S. 343).

Ein anderer Rückblick kann hilfreich sein. Es ist daran zu erinnern, dass die Amerikaner nie zimperlich waren, ihre Interessen mit Kriegen und Embargos durchzusetzen. Die ehemalige amerikanische Außenministerin Albright antwortete in einem Interview auf die Frage, ob das amerikanische Embargo gegen den Irak, dem eine halbe Millionen Kin-

der zum Opfer gefallen seien, diesen Preis Wert gewesen sei, mit „ja“. Bis heute wurde kein Verantwortlicher angeklagt.

Dies entschuldigt natürlich in keiner Weise den brutalen russischen Überfall auf die Ukraine. Dies führt zur Forderungen Russland und die regierenden Personen juristisch zur Verantwortung zu ziehen. Der bekannte Jurist Thomas Fischer, ehemaliger Richter am Bundesgerichtshof, hat in einer seiner Spiegel-Kolumnen den Titel formuliert: „Ersetze ‚Putin‘ durch ‚Bush‘ und ‚Ukraine‘ durch ‚Irak‘“. Und er fügt hinzu: „Die Justiz ist verpflichtet alle verfolgbaren Taten aufzuklären und die Schuldigen zu bestrafen. Doch im Krieg gelten andere Regeln.“

Erstaunlicherweise zählt zu den zentralen Vorwürfen gegen Putin „Putin der Lügner“. Deswegen könne man nicht mit ihm verhandeln. Es darf daran erinnert werden, dass der Irak-Krieg, den Fischer erwähnt, nachweislich auf Lügen aufgebaut war. Eine völkerrechtliche Legitimation gab es ebenfalls nicht. Dass Politiker lügen, dürfte insbesondere Politikern bekannt sein. Zu den angesehensten politischen Führern gehörte der langjährige chinesische Premierminister Zhou Enlai. In der chinesischen Führung nahm er eine besondere Stellung ein, war er doch intellektuell und weltmännisch. Schon als Student hatte er die Welt besucht, auch Deutschland. Der renommierte Chinakenner Simon Leys bezeichnet Zhou Enlai, der sich allgemeiner Bewunderung im Westen erfreute, als einen der erfolgreichsten Lügner des 20. Jahrhunderts: „He was the kind of man who could stick a knife in your back and do it with such disarming grace that you would still feel compelled to thank him for the deed.“

Vom Irakkrieg und seinen Lügen hielt sich Deutschland fern. Doch es gab bekanntlich den Kosovokrieg, der der erste europäische Krieg nach dem Zweiten Weltkrieg war. Die Minister Fischer und Scharping stützen sich wesentlich auf den angeblichen „Hufeisenplan“, der eine Vertreibung und Ermordung der Kosovaren forderte. Es gab ihn nicht. Aber es gab den Luftkrieg, der von Anfang an auf Stufe 3 Angriffe auf die zivile Infrastruktur beinhaltete (S. 352).

Zum Verständnis der russischen Geschichte, und die Ukraine gehörte wie Russland zur Sowjetunion, ist ein Text von Rudolf Rummel über das große Morden hilfreich (S. 355).

X

Mein Großvater mütterlicherseits, Friedrich Heckel, war Dekan im Fränkischen. Er trat 33 als Konservativer und aus Furcht vor dem Bolschewismus der NSDAP bei und 38 gegen dringende Warnung wieder aus. Zu kämpfen hatte er mit den deutschen Christen in einer Gemeinde, für die er verantwortlich war. Erstaunlicherweise konnte er sich durchsetzen. Er wurde jedoch nachdrücklich darauf hingewiesen, dass die Kirche, deren Recht man staatlicherseits wieder anerkannt hatte, in der Öffentlichkeit den Eindruck vermieden müsse, sie und damit das Recht habe gesiegt (S. 358).

Ein weiterer Streitpunkt war der Religionsunterricht bzw. der Einfluss der Kirche auf die Schule. In diesem Zusammenhang war mein Vater Friedrich Wilhelm Hopf aktiv. Als junger Pfarrer wurde er vom bayrischen Landesbischof beauftragt, die kirchliche Position zu vertreten. Er stand dabei vor dem Dilemma, auf der einen Seite die Auffassung klar zu vertreten, also gegen den Nationalsozialismus zu agieren, auf der anderen Seite dies möglichst „leise“ weiterzugeben. Der Überwachungsbericht des Regierungspresidenten bestätigt dies (S. 362).

Er war später Missionsdirektor einer Mission, die in Südafrika tätig war, und ein entschiedener Gegner der Apartheid.

Für meinen Großvater väterlicherseits, Wilhelm Hopf, war das Jahr 1866 das Jahr, das sein Leben prägte. Seine Heimat Kurhessen wurde von den Preußen annektiert. Aus politischen und kirchlichen Gründen engagierte er sich gegen Preußen und die Wiedererrichtung der „gottgewollten Ordnung“. Er war Mitbegründer einer kleinen Partei, die sich Rechtspartei nannte. Es ging um die Wiederherstellung des Rechts. Sein wesentliches Engagement widmete er allerdings den „Hessischen Blättern“, die von 1872–1921, bis zu seinem Tod, also fast 50 Jahre, erschienen. Es handelt sich dabei um ein kleines antipreußisches Blatt, das sich, wie alles Antipreußisch-oppositionelle der Beobachtung der nun preußischen Behörden ausgesetzt sah. Enno Knobel hat die Auseinandersetzung mit den Behörden erforscht (S. 364). Sie lässt sich als exemplarisch bezeichnen. Bezüge zur Gegenwart sind erkennbar. Das Projekt war darauf ausgerichtet, die preußische Herrschaft zu delegitimieren,

Vorwort

mehr noch, sie zu beseitigen. Interessanterweise funktionierte im kaiserlichen Deutschland der Rechtsstaat durchaus. Auch wenn er einmal in Festungshaft kam, da er den Autor eines Artikels nicht nannte, so obsiegte er doch in den zahlreichen juristischen Auseinandersetzungen. Wenn ein Staatsanwalt dem Angeklagten Hopf ans Herz legte: „nicht durch derartige Erschütterungen der preußischen Autorität der Sozialdemokratie Wasser auf die Mühlen zu liefern, welche in 20 Jahren, wo die Hessische Rechtspartei nicht mehr existieren werde, zu einer für alle anderen furchtbaren Macht geworden sein dürfte“, so kommt einem dies bekannt vor.

Eine Meinung, die dem „Bösen“ Vorschub leisten könnte, sollte man besser nicht äußern.

Wer delegitimiert hier wen?

Dietrich MURSWIEK

„Eine Kette des Versagens hat dazu geführt, dass am 14. und 15. Juli 2021 im Ahrtal 134 Menschen ums Leben kamen und zahlreiche weitere schwer verletzt wurden. So viel ist ein Jahr später klar.“ Das schrieb die Frankfurter Rundschau im Sommer 2022. Inzwischen scheint das allgemeiner Konsens zu sein, und seit der Veröffentlichung von Polizeivideos aus der Katastrophennacht und dem Rücktritt des rheinland-pfälzischen Innenministers Lewentz Anfang Oktober 2022 gibt es kaum Zweifel mehr, dass die Landesregierung in das Versagen bei der Ahrtal-Katastrophe involviert war. Von „Behördenversagen“, „Staatsversagen“ oder schlicht vom „Versagen“ der verantwortlichen Politiker ist jetzt in vielen Presseberichten die Rede.

Noch vor wenigen Monaten – nämlich im Verfassungsschutzbericht (VSB) 2021, der am 7. Juni 2022 der Öffentlichkeit vorgestellt wurde – wurden Menschen, die damals schon so geredet haben, vom Verfassungsschutz als Extremisten angeprangert. Im VSB 2021 hat das Bundesinnenministerium einen neuen, vom Verfassungsschutz kreierten „Phänomenbereich“ vorgestellt, nämlich die „Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“. Extremisten im Sinne des Verfassungsschutzes sind seither nicht nur Rechts- und Linksextremisten, sondern auch „Delegitimierer“. Wer nach der Flutkatastrophe „aktiv den Eindruck“ erweckte, dass staatliche Stellen mit der Bewältigung der Lage „komplett überfordert gewesen seien“, wollte damit nach Auffassung des Verfassungsschutzes auf die Delegitimierung des demokratischen Staates hinwirken und bot so einen Anhaltspunkt dafür, Extremist zu sein.

Kritik an Regierung und Verwaltung soll extremistisch sein? Wer versuchen will, dies nachzuvollziehen, muss sich mit der Konzeption der „verfassungsschutzrelevanten Delegitimierung des Staates“ vertraut machen. Der VSB 2021 skizziert sie so:

„Die Akteure dieses Phänomenbereichs zielen dabei darauf ab, wesentliche Verfassungsgrundsätze außer Geltung zu setzen oder die Funktionsfähigkeit des Staates oder seiner Einrichtungen erheblich zu beeinträchtigen. Sie machen demokratische Entscheidungsprozesse und Institutionen von Legislative, Exekutive und Judikative verächtlich, sprechen ihnen öffentlich die Legitimität ab und rufen zum Ignorieren behördlicher oder gerichtlicher Anordnungen und Entscheidungen auf. Diese Form der Delegitimierung erfolgt meist nicht durch eine unmittelbare Infragestellung der Demokratie als solche, sondern über eine ständige Agitation gegen und Verächtlichmachung von demokratisch legitimierte Repräsentantinnen und Repräsentanten sowie Institutionen des Staates und ihrer Entscheidungen. Hierdurch kann das Vertrauen in das staatliche System insgesamt erschüttert und dessen Funktionsfähigkeit beeinträchtigt werden. Eine derartige Agitation steht im Widerspruch zu elementaren Verfassungsgrundsätzen wie dem Demokratieprinzip oder dem Rechtsstaatsprinzip.“

Wer Demokratie oder Rechtsstaat beseitigen will, ist Verfassungsfeind – das steht außer Frage. Wer diesen Verfassungsprinzipien und den sie in die politische Wirklichkeit umsetzenden Institutionen die Legitimität abspricht, erweckt jedenfalls den Eindruck, eine Beseitigungsintention zu haben. Insoweit ist der Grundgedanke des Konzepts verständlich – auch wenn einzelne oder auch in Gruppen tätige Menschen gar nicht in der Lage sind, den Staat zu delegitimieren. Der Staat ist aus der Perspektive des Grundgesetzes objektiv legitim, solange er den Anforderungen des Artikels 79 Absatz 3 GG genügt, also insbesondere demokratisch und rechtsstaatlich ist. Und er ist subjektiv legitim, wenn er vom Subjekt der Demokratie, dem Volk, als legitim angesehen wird. Einzelne oder Gruppen können ihm die objektive Legitimität nicht nehmen, sondern allenfalls den Versuch machen, die in der Bevölkerung vorhandenen Legitimitätsüberzeugungen zu erschüttern. Wer diesen Versuch macht – so weit kann man dem Verfassungsschutz folgen –, liefert einen Anhaltspunkt dafür, dass er fundamentale Verfassungsprinzipien besei-

Wer delegitimiert hier wen?

tigen will. Denn der Verfassungsstaat lebt davon, dass er als legitim akzeptiert wird.

Der Verfassungsschutz aber verwechselt Kritik an der Regierung mit Kritik am Demokratie- und am Rechtsstaatsprinzip. Er sieht „eine ständige Agitation gegen und Verächtlichmachung von demokratisch legitimierten Repräsentantinnen und Repräsentanten“ als Delegitimierung des Staates und deshalb als verfassungsfeindlich an. Mit diesem Vokabular weicht er die Grenzen juristisch fassbarer Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung auf und ermächtigt sich selbst dazu, oppositionelle Bestrebungen als extremistische Bestrebungen zu bewerten. Im demokratischen Staat gehört es zum Wesen der Opposition, Kritik an der Regierung zu üben. Es ist das verfassungsrechtlich verbürgte Recht der – parlamentarischen und der außerparlamentarischen – Opposition, alles zu kritisieren, was die Regierung macht – ob diese Kritik berechtigt ist oder nicht. Ob sie berechtigt ist oder nicht, entscheidet nicht der Verfassungsschutz, sondern das entscheidet jeder für sich, insbesondere an der Wahlurne.

Wenn der Verfassungsschutz von „Agitation“ statt von Kritik spricht, dann ist das eine Parteinahme für die Regierung. Jeder ist berechtigt, auch heftige Kritik an der Regierung zu üben. Kritik ist das Lebenselixier der Demokratie. Sie als „Agitation“ zu verunglimpfen, steht dem Verfassungsschutz nicht zu. „Ständige“ Kritik ist nicht nur erlaubt, sondern wird von der demokratischen Opposition geradezu erwartet. Nur mit These und Antithese, Kritik und Gegenkritik entfaltet sich ein demokratischer Diskurs.

Es bleibt also das „Verächtlichmachen“. Wer die „demokratisch legitimierten Repräsentantinnen und Repräsentanten“ verächtlich macht – ist der Extremist? Vielleicht ja. Das Bundesverfassungsgericht hat vor vielen Jahren – im SRP-Urteil von 1952 – gesagt, wenn eine Partei die anderen Parteien derart verunglimpfe, dass ihnen damit implizit die Daseinsberechtigung abgesprochen werde, dann werde damit das Mehrparteiensystem angegriffen. Und dieses ist ja integraler Bestandteil der Demokratie. Hiernach ist nicht Kritik – auch nicht heftige, polemische und ständig wiederholte Kritik – an Parteien, Politikern, Amtsinhabern als solche verfassungsfeindlich, sondern verfassungsfeindlich ist sie nur

dann, wenn sie sich ihrem Inhalt (nicht notwendig ihrem Wortlaut) nach gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richtet.

Mit dem „Verächtlichmachen“ hat der Verfassungsschutz einen Gummibegriff gewählt, der sich beliebig biegen lässt. Wird die Außenministerin „verächtlich gemacht“, wenn jemand sich über ihre häufigen Sprachschnitzer mockiert? Und ist es ein „Verächtlichmachen“, wenn der Eindruck erweckt wird, das staatliche Krisenmanagement sei bei der Ahrtal-Katastrophe „komplett überfordert“ gewesen? Im VSB 2021 wird letzteres anscheinend bejaht. Dies zeigt: Der Verfassungsschutz beschränkt sich in der Praxis nicht darauf, solche Äußerungen als „delegitimierend“ anzuprangern, mit denen implizit die Demokratie angegriffen wird. Sondern er wertet bereits heftige Kritik an der Regierungspolitik – zumindest bei „ständiger Agitation“ – als delegitimierend und daher extremistisch. Wenn Bundesinnenministerium und Bundesamt für Verfassungsschutz der Meinung sind, dass der Staat und seine Institutionen schon dann in ihrer Legitimität infrage gestellt werden, wenn jemand in bezug auf eine konkrete Situation von „Versagen“ oder „Totalversagen“ der politisch Verantwortlichen spricht, dann haben sie nicht verstanden, was das Demokratieprinzip ausmacht.

Es kann auch nicht darauf ankommen, ob der gegen die Regierung gerichtete Vorwurf des Versagens berechtigt ist oder nicht. Das Innenministerium (oder der ihm unterstellte Verfassungsschutz) ist kein Wahrheitsministerium. Ob ein politischer Vorwurf berechtigt ist oder nicht, ist in der Demokratie Sache des politischen Streits, nicht obrigkeitlicher Entscheidung.

Das Konzept „verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“ hat einen berechtigten Kern. Der ist nicht neu. Die Gefahr dieses Konzepts und des neuen „Phänomenbereichs“ besteht in seiner Überdehnung, die in der vom Verfassungsschutz gewählten Begrifflichkeit – „ständige Agitation“, „Verächtlichmachung“ – angelegt ist. Wenn der Verfassungsschutz heftige Kritik an der Regierungspolitik als „delegitimierend“ und daher extremistisch aus dem demokratischen Diskurs verdrängen will, dann verfehlt er nicht nur seine Aufgabe, sondern wird damit selbst zum Problem für die Demokratie. Die Regierung muss Kritik aushalten. Und sie kann Kritik, die sie für unberechtigt hält,

selbstverständlich – mit Gegenkritik – zurückweisen. Die Möglichkeit freier Kritik an der Ausübung von Staatsgewalt durch staatliche Funktionsträger gehört zur Essenz der Demokratie. Mit der Anprangerung „ständiger Agitation“ gegen die Regierung als angeblich den demokratischen Staat delegitimierend versucht der Verfassungsschutz, oppositionelle Strömungen zu delegitimieren. Solche hoheitlichen Eingriffe in den Prozess der öffentlichen Meinungsbildung sind mit dem Demokratieprinzip und mit der Meinungsfreiheit unvereinbar.

Anlass für die Schaffung des neuen „Phänomenbereichs“ war für den Verfassungsschutz die „Querdenken“-Bewegung, die weder als rechts noch als links eingeordnet werden kann. Innerhalb dieser Bewegung gibt es in der Tat auch Akteure, die einen ganz anderen Staat mit einer ganz anderen Verfassung wollen und die zu Recht in das Visier des Verfassungsschutzes geraten sind. Der Verfassungsschutz sagt zwar, dass es ihm nicht darum gehe, „legitime“ Protestaktionen gegen die Corona-Maßnahmen zu diskreditieren. Aber im demokratischen Staat ist grundsätzlich *jeder* Protest gegen Regierungsmaßnahmen legitim. Das Konzept der „verfassungsschutzrelevanten Delegitimierung des Staates“ hat ein falsches Design, wenn es „ständige Agitation und Verächtlichmachung“ als entscheidende Kriterien für extremistisches Verhalten herausstellt. Hier werden die Weichen für eine Bewertungspraxis gestellt, die jede Protestbewegung als angeblich den Staat delegitimierend anprangern kann. Das ist undemokratisch, muss korrigiert werden und darf sich im nächsten Verfassungsschutzbericht nicht wiederholen.

Das Konzept des neuen Phänomenbereichs „Delegitimierung“ ist übrigens aus noch einem anderen Grunde misslungen: Die herkömmlichen Phänomenbereiche orientieren sich an den Inhalten politischer Strömungen beziehungsweise Ideologien: rechts, links, islamistisch usw. Diese Inhalte sind zwar verfassungsrechtlich irrelevant – es kommt allein darauf an, ob jemand die freiheitliche demokratische Grundordnung beseitigen will, nicht auf die politischen Motive für diese Absicht. Dennoch ist die Kategorisierung nach politischen Strömungen für die Observierungsarbeit und für die Einschätzung der Gefahrenpotentiale sinnvoll. „Delegitimierung“ ist aber keine politische Strömung, kein politischer Inhalt, sondern eine Methode.

„Delegitimierung“ in dem Sinne, wie der Verfassungsschutz sie versteht, gibt es auch im Rechts-, im Links-, im islamistischen Extremismus oder bei den „Reichsbürgern“, die im Verfassungsschutzbericht als eigene Kategorie geführt werden. Der neue Phänomenbereich muss wohl als Verlegenheitskategorie verstanden werden, die gewählt wurde, weil den Verfassungsschützern keine inhaltliche Beschreibung einfiel. Von der inhaltlichen auf eine methodische Kategorisierung zu wechseln, ist aber irreführend und führt zu Friktionen in der Verfassungsschutzarbeit. Wenn sich extremistische Bestrebungen nicht in die überkommenen Kategorien einordnen lassen, ist es sinnvoller, sie als „Sonstige“ zu erfassen und innerhalb dieser Auffangkategorie konkreter zu beschreiben.

Eine Bitte

Michael WOLFFSOHN

„Nie wieder!“ So lautet die bundesdeutsche Synthese aus Beichte und gleichzeitiger Selbst-Absolution. Also nie wieder deutsches Herrenmenschentum, Nazismus oder sonstige Faschismen ganz allgemein und, im Besonderen, nie wieder Judenhass, Auschwitz, „Endlösung“.

Alltag

Dieses „Nie wieder“ ist sozusagen die auf Hochglanz gedruckte ethische Visiten- und zugleich Eintrittskarte des neuen Deutschland. Demonstrativ wird sie sowohl am Eingang zur jüdischen als auch allgemein zur zivilisierten Welt abgegeben.

Der Nie-wieder-Lack ist zwar nicht ab, doch er glänzt deutlich weniger. Sowohl in den Augen der allgemein zivilisierten, vornehmlich EU-europäischen, als auch und erst recht in der Wahrnehmung der jüdischen Welt. Deutsche Überheblichkeit, diesmal als belehrender Moralismus verpackt, gehört wieder zum deutschen Alltag. Nein, kein diskriminatorisches deutsches „Herrenmenschentum“ wie unter Kaiser Wilhelm oder gar ein liquidatorisch-millionenmörderisches wie unter Hitler, sehr wohl jedoch der durchaus auch explizite und penetrante, angemäßte Anspruch auf moralische Hegemonie.

Seit Mai 2019 – dem sachlich zutreffenden Bundestagsbeschluss, die anti-israelische BDS-Kampagne auch antisemitisch zu nennen – maßen sich weite Teile aus Gesellschaft und vor allem der „Kulturelite“ an, nicht nur die einheimischen, sondern „die“ Juden darüber zu belehren, was Antisemitismus sei. Es sind oft dieselben, die am lautesten „Nie wieder“ rufen.

Sich auf Grundgesetz-Artikel 5 über die Meinungs-, Kunst- und Wissenschaftsfreiheit berufend und nicht zuletzt unterstützt von milieu-

eigenen Hofjuden, missbrauchen sie die Verfassung als kugelsichere Schutzweste gegen den sachlich berechtigten Antisemitismusvorwurf.

Betroffenheit

Wenn auf eine „Mohrenstraße“, zu Recht oder nicht, betroffen reagiert wird, bemühen sich gerade diese Milieus darum, die gefühlte Diskriminierung zu korrigieren. Jüdische Betroffenheit dagegen zählt nicht. Anschauungsunterricht bot die diesjährige „documenta“. Ausgerechnet während des Festreigens „1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“ brach der Damm. Für jedermann sichtbar.

Von Bund, Land und Stadt subventioniert, wurden Antisemitismen wie zu Zeiten des NS-Hetzblattes „Der Stürmer“ salonfähig. 738.000 Besucherinnen und Besucher dankten es der deutschen Politik und „Kulturelite“ und kamen zur Ausstellung. Das waren zwar 17 Prozent weniger als 2017, aber immerhin. Zwei der mitverantwortlichen Kuratoren wurden mit einer Gastprofessur in Hamburg belohnt. Dort gilt, versteht sich: „Kein Platz für Antisemitismus“.

Neonazistische und andere rechte sowie muslimische Antisemiten machen aus ihrer Gesinnung kein Hehl. Verlogene Antisemiten sind Linke und sogenannte Linksliberale, die an der vordersten Nie-wieder-Front stehen, ihren Antisemitismus mit Scheinmoral überpinseln und antisemitischen Tätern scheinintellektuelle Rechtfertigung bieten.

Avantgarde

Gerne importieren sie – sich selbst als Avantgarde des Antirassismus darstellend – nichtweiße Antisemiten aus dem Globalen Süden. Wer die immer gleichen Muster benennt, wird aus scheinkoscheren Kanonen als „Rassist“ beschossen. Rechtfertigende Begleitmusik liefert die deutsche Politik mit ihrem Mantra, die circa 90 Prozent der Antisemiten „rechts“ verortet.

Nie wieder? Wieder ist Antisemitismus ein salonfähiges Phänomen. Er gehört zum schlechten guten Ton – getragen vom „dummen Kerl“ bis zu Herrn oder Frau Professor sowie nicht nur den deutschen „Dichtern und Denkern“. Auch das gehört zur Zeitenwende in Deutschland.

Antizionismus beziehungsweise Antiisraelismus ist Antisemitismus, denn: Israel ist die existenzielle Lebensversicherung aller Juden. Legende 1 also: Antisemitismus habe keinen Platz in Deutschland. Legende 2: Die Verteidigung der Existenz Israels wäre deutsche Staatsräson.

Wenige Beispiele: Im Herbst 1972, nach ihrem Massaker an israelischen Sportlern bei den Olympischen Spielen in München, wurden die drei überlebenden palästinensischen Terroristen freigelassen. Israel protestierte. Bayerns Innenminister Bruno Merk (CSU) ließ das kalt: „Die können uns ja gernhaben.“ Seit 1970 betrieb Kanzler Willy Brandt (SPD), wie er es nannte, Israelpolitik „ohne Komplexe“. Als 1973 Israels Sein im Krieg am seidenen Faden hing, verweigerte seine Regierung US-Waffennachschub aus Deutschland an den jüdischen Staat. 1981/82 wollten Kanzler Helmut Schmidt (SPD) und Außenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) den damals mit Israel verfeindeten Saudis Panzer liefern. Israel protestierte vehement.

Atomabkommen

Erst Kanzler Helmut Kohl (CDU) stoppte den Deal. Ein Angriff auf Israel sei wie ein Angriff auf Deutschland, verkündete Angela Merkel im März 2008 vor der Knesset. Bis 2015 setzten sie und ihr SPD-Außenminister Frank-Walter Steinmeier alle Hebel in Bewegung, um das Atomabkommen mit dem Iran zu ermöglichen. Munter stimmte die Große Koalition nach Steinmeier mit Sigmar Gabriel und Heiko Maas (SPD) in der UN fast jedem Antiisraelismus zu.

Vor, am, zum und nach dem Gedenken an den Anfang der „Endlösung“, der „Reichskristallnacht“ vom 9. November 1938, diese Bitte: nie wieder „Nie wieder!“ hinausposaunen, sondern statt schöner Worte endlich einmal wirksame Taten.

Ein Sargnagel für Deutschlands Industrie

Kurt LAUK

Der Ausstieg aus dem modernen Verbrenner ist ein großer Beitrag zur De-Industrialisierung Europas und insbesondere Deutschlands. Die negativen Folgen für die internationale Wettbewerbsfähigkeit werden enorm sein. Ein Land profitiert davon besonders: China.

Stellen wir uns für einen Moment folgendes Szenario vor: Ein Parlament entzieht mit Mehrheitsbeschluss einer Industrie, die maßgeblich für den Wohlstand des eigenen Wirtschaftsstandorts verantwortlich ist, die Betriebserlaubnis. Die Abgeordneten tun das, obwohl diese Industrie auf ihrem Feld technisch weltweit führend, ja nahezu uneinholbar ist. Sie nehmen dabei in Kauf, dass Hunderttausende Arbeitsplätze sowie Steuereinnahmen in Milliardenhöhe wegfallen und ein über mehr als 100 Jahre aufgebautes Knowhow unwiederbringlich verloren gehen wird.

Ein schlechter Witz? Mitnichten! Exakt diese Entscheidung hat das europäische Parlament mit dem Verbot des Verbrennermotors gefällt. Mit einer Mehrheit von 340 Stimmen zu 279 Nein-Stimmen (bei 21 Enthaltungen) beschlossen die Abgeordneten, dass in der EU ab 2035 kein neues Auto mit Benzin- oder Dieselmotor mehr zugelassen werden darf. Im Umkehrschluss bedeutet diese Entscheidung: Ausgerechnet der „chinesische Antrieb“ mit Lithionenbatterie soll zum Standard in der Europäischen Union werden.

Nicht umweltpolitisch, sondern wettbewerbspolitisch

Vor einigen Jahren erläuterte mir ein hochrangiger Manager der chinesischen Beijing Automotive Group (BAIC Group), dass die europäischen Autohersteller beim klassischen Antriebsstrang mit Motor, Kupplung, Getriebe und Differential einen Erfahrungsschatz von 125 Jahren hät-

ten. Diesen Erfahrungsschatz werde China niemals aufholen können. Vor diesem Hintergrund, so mein chinesischer Kollege, habe sein Land entschieden, einen neuen Antriebsstrang zu entwickeln: und zwar den, der von Batterien betrieben wird und für dessen Herstellung ausreichend heimische Rohstoffe vorhanden sind.

Die Motivation für die Entwicklung begründete er nicht umweltpolitisch, sondern wettbewerbspolitisch. China hat dieses Ziel erfolgreich umgesetzt. Das Land hält mittlerweile einen globalen Marktanteil bei Lithionenantrieb von gigantischen 80 Prozent. Gleichzeitig schaute das Land – halb verwundert, halb belustigt – auf den großen Wettbewerber Europa. Dort entschied sich die Politik nicht etwa, den hocheffizienten und immer saubereren klassischen Antriebsstrang zu stärken, sondern zu verteufeln.

Emissionen werden allein am Auspuff gemessen

Eines ist dabei zweifellos richtig: Batterieantriebe (BEF Fahrzeuge) sind für große Städte, in denen kurze Distanzen zurückgelegt werden müssen, eine gute Lösung. Für lange Strecken eignen sie sich allerdings nicht. Und zwar aus Umweltgründen. Woher kommt dann das immer wiederkehrende Argument, E-Autos seien viel umweltfreundlicher als Verbrenner-Autos?

Ganz einfach: Die EU hat sich dazu entschieden, die Emissionen eines Autos allein am Auspuff zu messen. Die gesamte Wertschöpfungskette bei der Produktion blendet sie aus. Unter Nachhaltigkeitsaspekten ist diese Sichtweise nichts weniger als idiotisch. Ein moderner Dieselmotor ist gegenüber einem BEF bis zu einer Laufleistung von rund 80.000 Kilometer pro Jahr klimapolitisch im Vorteil, wenn die volle Wertschöpfungskette berücksichtigt wird.

Darüber hinaus muss der Strom für Millionen von E-Autos produziert werden. Die Chinesen lösen diese Herausforderung mit dem Bau unzähliger Atomkraft- und Kohlekraftwerke. Mit anderen Worten: Sie erreichen sauberere Luft in ihren Städten zum Preis eines massiven CO₂-Ausstoßes in ländlichen Regionen.

Dümmste Entscheidung in der EU-Geschichte

In Deutschland drohen wir dagegen in eine Situation zu geraten, in der wir aufgrund des Wegfalls von russischem Gas und der Verteufelung der Kernenergie noch nicht einmal unsere Volkswirtschaft mit ausreichend Strom versorgen können – ganz zu schweigen von einer steigenden Anzahl an E-Autos und dem immensen Energiebedarf in Zusammenhang mit der Digitalisierung, Stichwort Künstliche Intelligenz und Cloud-Computing.

Der ehemalige italienische Ministerpräsident Matteo Renzi hat gesagt, dass die Entscheidung von der Kommission in Brüssel und dem Parlament in Straßburg die dümmste Entscheidung in der Geschichte der EU sei. Denn Europa hat damit entschieden, sich nun auch beim Fahrzeugantrieb im Wesentlichen abhängig von China zu machen. Weshalb man einer wirtschaftlich immer stärker werdenden Volkswirtschaft, die noch dazu eine Diktatur ist, diesen strategischen Wettbewerbsvorteil per Gesetz trotzdem ermöglicht hat, bleibt das Geheimnis der Initiatoren.

Das Argument, die deutsche Automobilindustrie habe sich doch mittlerweile selbst dazu entschlossen, auf den E-Antrieb zu setzen, ist dabei fadenscheinig. Diese Entscheidung wurde in vielen Vorständen gefällt, weil man erkannt hat, dass die Politik regulatorisch so oder so in diese Richtung steuern wird. Einige große Autohersteller haben sich denn auch dazu entschieden, Batterien in Europa zu produzieren. Allerdings werden diese Batterien deutlich teurer sein als jene, die in China hergestellt werden. Die Folge: Ohne massive staatliche Subventionen werden wir hier eine Wettbewerbsfähigkeit mit China nicht einmal ansatzweise erreichen können. Diese Erkenntnis hat sich mittlerweile selbst in der Bundesregierung durchgesetzt.

Chinesische Hersteller freuen sich

Die Entscheidung für das Aus des Verbrenners hat allerdings auch eine soziale Dimension: In Zukunft wird es für die unteren 50 Prozent der Einkommenspyramide in Europa schwer werden, ein Fahrzeug zu finanzieren, mit dem man als Familie mit zwei Kindern in überschaubarer Zeit in den Urlaub oder zu einem Wochenendausflug fahren kann.

Denn ein Kompaktfahrzeug mit E-Antrieb wird es bis auf weiteres unter 40.000 Euro nicht mehr geben.

Gleichzeitig wird die Reichweite der günstigeren E-Autos bei gerade einmal 200 bis 250 Kilometer liegen. Nur im teuren Luxussegment werden Autos größere Distanzen zurücklegen können. Vor diesem Hintergrund verlassen eine ganze Reihe von europäischen Herstellern das Segment der kleinen Fahrzeuge. Es ist absehbar, dass chinesische Hersteller massiv in diese Lücke im europäischen Markt vorstoßen werden.

Entweder kaufen junge Familien in Zukunft also chinesische Autos statt Volkswagen, Renault oder einen Mercedes Kombi. Oder sie weichen für Urlaubsfahrten auf öffentliche Züge und Busse aus – mit denen sie allerdings nur die Ballungszentren erreichen können. Oder sie entdecken das Wandern in der näheren Umgebung neu. Was bleibt ist die Erkenntnis: Der Ausstieg aus dem modernen Verbrenner ist ein großer Beitrag zur De-Industrialisierung Europas und insbesondere Deutschlands. Zukünftige Generationen werden auf diese Entscheidung von EU-Kommission und EU-Parlament mit vorwurfsvollem Blick zurückschauen und kein Erfolg für das weltweite Klima.

„Jedermann, zu jeder Zeit, zu jedem Thema!“

Wilhelm HOPF

Die meisten sozialen Bewegungen, Revolten, Revolutionen, verlaufen anders, als zunächst geplant. So auch die 68er-Bewegung. Kann man sie rückblickend als Beginn der Cancel Culture bezeichnen, so begann sie doch im Jahre 1965 ganz anders. Am Anfang stand eine Auseinandersetzung zwischen einem autoritären Rektor, seiner Verwaltung und vielen Professoren, die die Herrschaft der Talare einforderten. 500 Studenten forderten am 7. Mai 1965 in einer Resolution: „Wir fordern den Rektor auf zu bestätigen, dass wir an unserer Universität jedermann, zu jeder Zeit, zu jedem Thema hören und mit ihm darüber diskutieren können.“ Man stelle sich diese Forderung heute vor. Sie würde keineswegs einer emanzipatorischen Bewegung zugeordnet, sie wären „recht“ verdächtig! Dabei folgte sie den amerikanischen Forderungen aus Berkeley, der „free speech movement“. Ging es darum, Tische aufstellen zu dürfen, so in Berlin um die Benutzung von Räumen, und die Empörung war groß. Man forderte: „kämpft gegen den Meinungsterror der Universitätsverwaltung“ oder „wir wollen eine freie Universität“. Der damalige Rektor hatte, heute kaum vorstellbar, den bekannten Philosophen Karl Jaspers verhindert. Als es aufgedeckt wurde, bestritt er dies, wider besseres Wissen.

Die Freiheitsbewegung wurde im Laufe der Jahre, besonders ab 1968, selbst zunehmend eine autoritäre Bewegung. In Teilen eine terroristisch. Es sei daran erinnert, dass Rudi Dutschke, der lange unumstrittene Führer, 1974 beim Begräbnis des Terroristen Holger Meins in Hamburg ausrief: „Holger, der Kampf geht weiter!“

Noch in einem anderen Punkt ist ein bemerkenswerter Wandel zu erkennen. Es geht um den Gewalt-Begriff. Heute besteht die Tendenz, auch Worte als Gewalt anzusehen. Mikroaggressionen sollen verhindert werden. Mikroaggressionen sind oft Worte. Deswegen soll, z. B. durch Sensitive Reading, dieser Gefahr begegnet werden.

„Jedermann, zu jeder Zeit, zu jedem Thema!“

Gegen Ausweitung des Gewaltbegriffs setzte ich Jürgen Habermas in seinem Aufsatz „Ziviler Ungehorsam“ vehement zur Wehr. Er warf der FAZ vor, den Vers von „Gewaltloser Widerstand ist Gewalt“ zu singen und damit die Politik in eine Richtung lenken zu wollen. Nun besteht zwischen gewaltlosem Widerstand und Worten noch ein himmelweiter Unterschied. Und was hätte Habermas damals, 1983, also vor 40 Jahren, erst gesagt, wenn man die Parolen der Demonstranten als Gewalt bezeichnet hätte? Die Protagonisten der Verschärfung des Demonstrationsrechts haben „die Tendenz verfolgt, den juristischen Begriff der Gewalt über Tatbestände der Gewalttätigkeit hinaus auf unkonventionelle Formen der politischen Willensbildung auszudehnen.“ (Die Aktion der „letzten Generation“ gelten gemeinhin nicht als Gewalt.)

Heute manifestiert sich dieses Bemühen nicht nur in Gesetzen und der Errichtung von Meldestellen jenseits des Strafbaren.

Die politischen Parolen von damals, die sich überwiegend gegen den als repressiv angesehenen Staat richteten, würden heute wohl unter die neue Bezeichnung „Delegitimierung des Staates“ fallen. Damals wurde übrigens der Begriff verfassungsfeindlich, die Verfassung kennt ja nur den Begriff verfassungswidrig, den allein das Bundesverfassungsgericht feststellen kann, erfunden. Nun schließt sich der Kreis.

Chomsky and Free Speech

Clinton FERNANDES

Chomsky has defended free speech in an area requiring perhaps the greatest degree of personal courage and commitment: in the so-called *Faurisson Affair*. The relevant facts and evidence are provided below. But first, to begin with the general right of free speech, note that Chomsky has always argued that there are conflicting rights:

Rights aren't an axiom system [i.e. where there are no contradictions], and if you look closely at them, they often conflict – so you just have to make judgements between them in those cases. And like freedom of speech, another right that people have is to work without getting harassed. So I think laws against sexual harassment in the workplace are perfectly reasonable, because they follow from a reasonable principle – namely, that you should be able to work without harassment, period. Sexual or any other kind. On the other hand, sexual harassment in the streets is another story.

Look, in the real free speech discussions, there is nobody who's an absolutist on free speech. People may pretend to be, but they're not. Like, I've never heard of anybody who says that you have a right to come into my house and put up a Nazi poster on the wall. Well, okay, blocking you from doing that is an infringement on your freedom of speech, but it's also a protection of my right to privacy. And those rights sometimes conflict, because rights do conflict, so therefore we just have to make judgements between them – and those judgements are often not easy to make. But in general, I think we should be wary about placing the power to make those determinations in the hands of authorities, who are going to respond to the distribution of power in the society as they carry them out.¹

Another example:

... there's a contractual arrangement when you go to a class: namely, you want to study chemistry or whatever it is, that's why you're there, and if the teacher starts talking about fundamentalist religion or something, you have a right to say, "He shouldn't be paid, get rid of him, because I came here to study

Chomsky and Free Speech

chemistry, that was our common agreement, and he violated that agreement – so throw him out.” On the other hand, if the teacher just says things you don’t like, that’s different.

Again, rights aren’t an axiom system, so there are conflicts between them, and people just have to make their own judgements. But my own judgement, at least, tends to be that a lot of leeway ought to be allowed. Often the cases are quite hard, though – because our moral codes simply aren’t clear enough to give answers in a lot of situations, and people come up with different ones.²

Indeed, Chomsky has defended the right of people to burn his own books. For example, in Toronto, Canada, a few Vietnamese refugees protested his anti-war stance by burning his books. Chomsky’s view on this was:

I think people have a right to burn books if they want. I was in fact interviewed about it, I said the obvious thing – I’d rather they read them than burn them, but if they want to burn them, I don’t care . . . There’s a Vietnamese refugee community that heard, or decided, or whatever, that I was, I don’t know what. It was impossible to find out what they’d heard. They obviously knew that I was against the Vietnam War, and they were obviously very pro-war – you know, they thought the Americans should have stayed in and won it, that’s why they’re Vietnamese refugees. So they burned the books – which is fine, it’s a reasonable form of protest. Now if the government burns books, that’s a different story, or if a corporation burns books, that’s a different story.³

For Chomsky, rights inhere in human beings rather than in “collectivist legal institutions.” He opposes the neo-Hegelian doctrine that underlies corporatism, Bolshevism and fascism, namely “the idea that organic entities have rights over and above those of persons.” As Morton Horwitz showed in his study *The Transformation of American Law* (Harvard University Press, 1992), the rights accorded to collectivist legal institutions undermined the Enlightenment idea of human rights inhering in human beings.⁴

The reference to corporations destroying books is not hypothetical in Chomsky’s case. In 1974, he co-authored a book with Edward Herman, *Counter-Revolutionary Violence: Bloodbaths in Fact and Propaganda*. The book was published by Warner Modular Publications,

which was owned by Warner Communications. A senior executive at Warner Communications objected to the contents of the book, and prevented Warner Modular Publications from distributing it. (Warner Communications was a supporter of Richard Nixon's presidential re-election campaign. The book had, among other things, shown the effects of Nixon's policies on the people of Vietnam.) When Warner Modular insisted on its right to distribute the book, Warner Communications responded by putting Warner Modular out of business. This meant that Chomsky and Herman's book was suppressed, but so were all the books in Warner Modular's catalogue. Chomsky describes this here: <http://www.youtube.com/watch?v=SUGr5rZSWPo>⁵

One of the most important points in any discussion about the right of free speech is this: *the defence of a person's right to express certain views is independent of the views actually expressed*. Thus, one might defend Salman Rushdie's freedom to write *The Satanic Verses without agreeing with the content of that book – or even needing to read it*. Over the years, Chomsky has signed petitions and taken other steps to defend dissidents in the former USSR, the former Czechoslovakia, Iran and elsewhere.⁶

Chomsky does not necessarily agree with their views but with their right to express their views. For example, the Russian dissident, Alexander Solzhenitsyn, was an outspoken advocate of even greater US aggression in the Vietnam War, and described Pentagon Papers whistleblower Daniel Ellsberg as a traitor. Chomsky has written that Soviet dissidents “were uniquely privileged among dissident intellectuals around the world in several respects: first, they received overwhelmingly greater attention and support; second, their suffering and oppression, though real and terrible, was not comparable to that of many of their counterparts elsewhere, a fact dramatically obvious in Latin America, where the US has ruled with a heavy hand.”⁷

With this in mind, we turn to the so-called “Faurisson Affair,” about which misinformation and outright falsehoods circulate – all the more so because Chomsky does not sue for defamation on principle.

Professor Robert Faurisson had been prevented from teaching French Literature at the University of Lyon in the late 1970s on the

Chomsky and Free Speech

ground that he could not be protected from attacks against him as a result of his views about the Holocaust. Note that there was no allegation that Faurisson was teaching anything other than French Literature in his classes. Faurisson was subsequently brought before the French courts for denying the existence of gas chambers. In 1979, Serge Thion, a French scholar of Cambodia with a background in libertarian socialist politics, asked Chomsky to sign a petition calling on the French authorities to ensure Robert Faurisson's "safety and the free exercise of his legal rights." Chomsky was one of approximately five hundred people who signed this petition defending Faurisson's civil liberties. The petition read as follows:

Dr. Robert Faurisson has served as a respected professor of twentieth century French literature and document criticism for over four years at the University of Lyon-2 in France. Since 1974 he has been conducting extensive independent research into the "Holocaust" question.

Since he began making his findings public, Professor Faurisson has been subject to a vicious campaign of harassment, intimidation, slander, and physical violence in a crude attempt to silence him. Fearful officials have even tried to stop him from further research by denying him access to public libraries and archives. We strongly protest these efforts to deprive Professor Faurisson of his freedom of speech and expression, and we condemn the shameful campaign to silence him.

We strongly support Professor Faurisson's just right of academic freedom and we demand that university and government officials do everything possible to ensure his safety and the free exercise of his legal rights.

Although approximately five hundred people signed the petition, sections of the press sensed an opportunity to settle old scores, and called it "Chomsky's petition." They accused him of supporting Faurisson's views. For Chomsky, as for anyone interested in defending free speech, *defending a person's right to express certain views is independent of the views actually expressed.* At Serge Thion's request, Chomsky wrote a brief article clarifying this distinction. The article made it clear that Chomsky had no interest in discussing Professor Faurisson's views, with which he was largely unfamiliar, and that he was commenting only on the civil liberties aspects of the matter.⁸

Recall that Professor Faurisson had been prevented from teaching French Literature (his professional specialty) on the ground that he could not be protected from attacks against him as a result of his views about the Holocaust. Now generalise the case: should Professor P be prevented from teaching her professional specialty on the ground that she cannot be protected from attacks against her as a result of her views about Subject S (which she does not teach in class)?

For Chomsky, freedom of expression was not something one must defend only in the case of views of which one approves; rather, as he has written, “it is precisely in the case of views that are almost universally despised and condemned that this right must be most vigorously defended.”⁹

Chomsky gave this article to Serge Thion. He later learnt that Faurisson was going to use the statement as the preface to a book in which he defended himself against the criminal charges that he would soon face in a French court. Chomsky, who did not know of the existence of the book, was always concerned with the narrow issue of the injustice of preventing Faurisson from teaching French literature and of allowing the state (a “collectivist legal institution”) to define historical truth and punish deviationism.

Chomsky then received a letter from an anti-Fascist writer and activist named Jean-Pierre Faye, advising him that while he agreed with Chomsky’s statement, “the climate of opinion in France was such that my defense of Faurisson’s right to express his views would be interpreted as support for them.” Chomsky wrote back, saying that he accepted Faye’s judgement of the intellectual climate in France, and requested that the statement not be used as the preface, but by that stage it was too late; the book had already gone to publication.

In a bizarre follow-up, Pierre Vidal-Naquet, who had condemned Chomsky, later wrote:

One of the very rare bits of information to be derived from Thion’s book, for example, besides his bibliographies, is Faurisson’s demonstration that Anne Frank’s Diary, as it was first published, is, if not a “literary hoax,” at the least a document that has been tampered with.¹⁰

Here is what Vidal-Naquet wrote in the French original:

*Une des très rares informations que l'on puisse retirer du livre de Thion, par exemple, en dehors de ses bibliographies, est la démonstration faite par Faurisson que le Journal d'Anne Frank est, sinon une "supercherie littéraire", du moins un document trafiqué.*¹¹

He continues:

For the sake of completeness, I will say that in his new book there is material on gas chambers that were either imaginary or did not function in the western camps, Buchenwald and Dachau. But it is all so poorly analysed from a historical point of view that even such documentation is hard to utilize.¹²

In the French original:

*Pour être complet, je dirais que dans son nouveau livre il y a un dossier sur les chambres à gaz imaginaires ou n'ayant pas fonctionné dans les camps de l'Ouest, Buchenwald, Dachau. Mais tout cela est historiquement si mal analysé que même cette documentation est difficilement utilisable.*¹³

So we see here that Chomsky defended Faurisson's right to free speech while saying nothing about the content of Faurisson's views. Meanwhile, we see that Vidal-Naquet decided to analyse Faurisson's writings and inadvertently propagated his ideas. He may not have realised that Anne Frank had edited the original version in anticipation of publishing it after the war, and that her father had further edited it. The diary's authenticity has been definitively established.¹⁴

Chomsky also received a personal letter in about 1980, asking whether denying the existence of gas chambers proves that a person is anti-Semitic. Chomsky replied that this denial in itself did not prove that the person was anti-Semitic because one might believe that six million Jews were exterminated in other ways. Furthermore, even denial of the Holocaust in itself did not prove that a person is anti-Semitic because "if a person ignorant of modern history were told of the Holocaust and refused to believe that humans are capable of such monstrous acts, we would not conclude that he is an anti-Semite." The letter was later made public, although it was quoted in a distorted manner in order

to give the false impression that Chomsky was endorsing some forms of anti-Semitism or Holocaust denial. *Since Chomsky does not sue for defamation on principle, people can get away with this kind of slander.* Chomsky notes that the US public believes Vietnamese casualties in the Vietnam War to be approximately 100,000 although the official figure is two million and the actual figure is probably four million. But this does not necessarily imply that the entire US public are anti-Vietnamese racists. Similarly, most Westerners deny, despite massive historical and demographic evidence, the genocide of approximately ten million Native Americans in North America and approximately one hundred million in South America. They are not necessarily anti-Native American racists.¹⁵

Most Westerners are probably unaware of David Stannard's *American Holocaust: Columbus and the Conquest of the New World* (New York: Oxford University Press, 1992), where he shows that when Christopher Columbus arrived in 1492, the indigenous population was as high as 145 million, with approximately 18 million people in what is now the United States and Canada. Similarly, most Westerners are probably unaware of Kirkpatrick Sale's *The Conquest of Paradise: Christopher Columbus and the Columbian Legacy* (New York: Knopf, 1990), where he shows that the indigenous population at the time of Christopher Columbus' arrival in 1492 was as high as 120 million. At this time, of course, the population of Europe (not including Russia) was about 70 million.

Although there have been any number of false, abusive accusations about Chomsky, few of his accusers choose to stress with the same – or any – degree of persistence the fact that the United States government actively protected some Nazis who participated in the killing of Jews during the Holocaust. For example, the United States government protected Mykola Lebed, who was described as a “well-known sadist and collaborator of the Germans,” after the war, and allowed him to settle down in New York. It also accepted many others like him.¹⁶

Similarly, little appears to be said about the fact that US counter-insurgency doctrine was developed on the back of World War II German doctrine. As Michael McClintock has demonstrated in *Instruments of*

Statecraft, “American special warfare doctrine would draw considerably on *Wehrmacht* and *SS* methods of terrorizing civilian populations and, perhaps more importantly, of co-opting local factions to combat partisan resistance.”¹⁷

During the 1988 election campaign of George Bush, it became clear that a number of Nazis and anti-Semites were involved in helping his campaign.¹⁸

In this case, too, there was no reaction among the intellectual class to compare with the hysteria that some people exhibited – and still exhibit – towards Chomsky. Remember that this was during the 1988 US presidential election. At this time, when a school board in Massachusetts tried to get funding for a project on the Holocaust, it was turned down despite favourable reviews, but the government also eliminated the entire program funding category. It later transpired that all this was occurring because of right-wing pressure. One person opposed to the program had complained that the Nazi point of view and the Ku Klux Klan point of view had not been presented.¹⁹

This too did not meet the sustained campaign of abuse from the intellectual class, unlike their treatment of Chomsky, who, it must be emphasised, was defending the right of free speech, not the views actually expressed.

The New Republic magazine explained that Nazis and anti-Semites were no more than “antique and anemic forms of anti-Semitism”. The term anti-Semitism, it argued, should be reserved for those who question certain Israeli policies:

Salient anti-Semitism is anti-Semitism with a program. One tenet of that program is the delegitimization of the Jewish national movement. . .

It said the term could also be used to describe those who believe “that a just society would not have individuals from any group underrepresented or overrepresented in its positions of prestige and influence.”²⁰

It is worth quoting here from Albert S. Lindemann, whose book *Esau's Tears: Modern Anti-Semitism and the Rise of the Jews* (Cambridge University Press, 1988) has words of wisdom that deserve careful study:

The Holocaust deniers have no following among serious scholars, and their claims . . . are transparently bogus to anyone familiar with the field. Their agenda appears puzzling in some regards, but one goal is transparent enough: to discredit and denigrate Jews. A few Jewish leaders facilitate that goal by the dogmatic and simplistic tenor of their assertions, by the sometimes heavy-handed admonitions that accompany fund-raising efforts, and by the more general tendency to brand as moral lapses rather than intellectual errors any observations about Nazism or the Holocaust, or indeed anti-Semitism, with which they disagree. Of course, the notion of Jewish suffering as “sacred”, placing it in a religious/mystical rather than secular/rationalist arena, implicitly removes it from history and normal historical inquiry, again offering an attractive target for the enemies of Jews, who can plausibly pose as proponents of telling the truth in opposition to Jewish efforts to suppress or somehow mystify it . . .

Insofar as the purported uniqueness of the Nazi period or the Holocaust . . . I cannot accept it as a valid or useful distinction, for I do not find the Germans uniquely contemptible, however appalling large numbers of them were. . . . Sorrow or revulsion at being part of a flawed humanity is not an unfamiliar reaction in studying other appalling chapters of human history – the African slave trade, the treatment of Native Americans, the slaughter in the trenches of the First World War, the Soviet Gulag. All of these were in their own way unique, and all have mysterious, haunting aspects to them, especially to those who identify them as happening to their ancestors. Some Jewish leaders worry that to recognise these other chapters trivializes the Holocaust, draining it of its peculiar horror. That is, again, a point of view that is to some extent understandable but, I believe, profoundly mistaken.²¹

To conclude, Chomsky has argued repeatedly that one should not grant more power to the state authorities to control speech. As he says:

there is no other way to control it: if speech is controlled, it's controlled by police power . . . Look, ultimately the question is, who gets to make that decision and enforce it? And there is only one independent structure that can do that, that's the state, that's state power, government power, the police, you know, the cops . . . They can make that decision, nobody else can. So the question is, do

Chomsky and Free Speech

you want them to be in a position to decide what speech is acceptable? That's essentially what it comes down to. And I would say no, we don't want them to have any right to make any decision about what anybody says. And of course, that's going to mean that a lot of people are going to say things that you think are rotten, and you're going to say things that a lot of other people think are rotten.²²

Anmerkungen

- 1 P. Mitchell & J. Schoeffel (eds), *Understanding Power: The Indispensable Chomsky*, New Press, New York, 2002, pp 274-6.
- 2 Ibid.
- 3 P. Mitchell & J. Schoeffel (eds), *Understanding Power*, p 209.
- 4 Read an excerpt here <https://www.unsw.adfa.edu.au/school-of-humanities-and-social-sciences/sites/default/files/documents/Horwitz%20chapter%203.pdf>.
- 5 Read the text of the book here: <https://www.unsw.adfa.edu.au/school-of-humanities-and-social-sciences/sites/default/files/documents/CounterRevolutionary-Violence-Bloodbaths-in-Fact-and-Propaganda.pdf>.
- 6 Read some of the signed petitions here:
<https://www.unsw.adfa.edu.au/school-of-humanities-and-social-sciences/sites/default/files/documents/Free%20Boguslawski.pdf>,
<https://www.unsw.adfa.edu.au/school-of-humanities-and-social-sciences/sites/default/files/documents/Karel%20Culik.pdf>,
<https://www.unsw.adfa.edu.au/school-of-humanities-and-social-sciences/sites/default/files/documents/Sabata%20and%20Muller.pdf>,
<https://www.unsw.adfa.edu.au/school-of-humanities-and-social-sciences/sites/default/files/documents/Gholam-Hossain%20Saedi%20and%20others.pdf>, and
<https://www.unsw.adfa.edu.au/school-of-humanities-and-social-sciences/sites/default/files/documents/Vogt%20et%20al%20petition.pdf>.
- 7 Read more here: <https://www.unsw.adfa.edu.au/school-of-humanities-and-social-sciences/sites/default/files/documents/Chomsky%20discussion%20with%20Kubiak.pdf>.
- 8 Read the article here: <https://www.unsw.adfa.edu.au/school-of-humanities-and-social-sciences/sites/default/files/documents/Some%20Elementary%20Comments%20on%20The%20Rights%20of%20Freedom%20of%20Expression.pdf>.
- 9 Read more here: <https://www.unsw.adfa.edu.au/school-of-humanities-and-social-sciences/sites/default/files/documents/His%20Right%20To%20Say%20It.pdf>.
- 10 Pierre Vidal-Naquet, *Assassins of Memory: Essays on the Denial of the Holocaust*, Columbia University Press, 1992, p 17.
- 11 Pierre Vidal-Naquet, *Les Assassins de la mémoire: "Un Eichmann de papier" et autres essais sur le révisionnisme*, La Découverte, 1987, p 31.

- 12 Pierre Vidal-Naquet, *Assassins of Memory: Essays on the Denial of the Holocaust*, Columbia University Press, 1992, p 162 n 12.
- 13 Pierre Vidal-Naquet, *Les Assassins de la mémoire: "Un Eichmann de papier" et autres essais sur le révisionnisme*, La Découverte, 1987, p 203 n 12.
- 14 Read more here: <https://www.unsw.adfa.edu.au/school-of-humanities-and-social-sciences/sites/default/files/documents/NYT%20story%20-%20Anne%20Frank%20Authenticated%20Edition.pdf>.
- At this point, those who do not know about the evidence for the implementation of the Final Solution should read Professor Christopher Browning's expert evidence here: <https://www.unsw.adfa.edu.au/school-of-humanities-and-social-sciences/sites/default/files/documents/Browning%20expert%20evidence.pdf>.
- 15 Read more here: <https://www.unsw.adfa.edu.au/school-of-humanities-and-social-sciences/sites/default/files/documents/Letter%20to%20Kolodney.pdf>.
- 16 Read about Mykola Lebed here: <https://www.unsw.adfa.edu.au/school-of-humanities-and-social-sciences/sites/default/files/documents/Lebed.pdf>.
- 17 <http://www.statecraft.org/chapter3.html>
- 18 Read about it here: <https://www.unsw.adfa.edu.au/school-of-humanities-and-social-sciences/sites/default/files/documents/Will%20Bush%20Purge%20Nazi%20Collaborators%20in%20the%20GOP.pdf>.
- 19 Read about it here: <https://www.unsw.adfa.edu.au/school-of-humanities-and-social-sciences/sites/default/files/documents/Holocaust%20Project%20Funds%20Eliminated%20By%20Ideology.pdf> and here: <https://www.unsw.adfa.edu.au/school-of-humanities-and-social-sciences/sites/default/files/documents/Holocaust%20Study%20Program%20Gets%20Lesson%20In%20Rejection.pdf>.
- 20 Editorial, "Anti-Semitism, Left and Right," *New Republic*, October 3, 1988, p. 9.
- 21 Albert S. Lindemann, *Esau's Tears: Modern Anti-Semitism and the Rise of the Jews*, Cambridge University Press, 1988, pp 507, 510.
- 22 P. Mitchell & J. Schoeffel (eds), *Understanding Power: The Indispensable Chomsky*, New Press, New York, 2002, pp 273-4.

II

„Free Speech is threatened on two fronts: occasionally by bullets, and every day by buts.“ (Mick Hume)

Der Fall Rushdie: Anatomie eines Attentats

Ulrich SCHÖDLBAUER

Am zwölften August des Jahres 2022 christlicher Zeitrechnung wurde der Schriftsteller Salman Rushdie, Verfasser opulenter englischsprachiger Romane, während eines Vortrags an einem Institut für Erwachsenenbildung im Staate New York mit mehreren Messerstichen an Hals, Gesicht, Arm und Leber verletzt. Er überlebte den Anschlag dank einer Notoperation. Der Täter, Sohn libanesischer Migranten und offenbar der phantastischen Welt des politischen Islam zugetan, konnte überwältigt und der US-Justiz zugeführt werden. In islamischen Ländern, liest man, kam es zu öffentlichen Freudenfeiern. Repräsentanten des iranischen Staates brachten ihre kaum klammheimlich zu nennende Genugtuung zum Ausdruck.

Die Welt – oder der Teil, der sich dafür hält – erinnerte sich mühsam oder ging in die Archive: Rushdie, nicht gerade ein Unbekannter wie so viele andere Mitmenschen, die, ohne größere Anteilnahme zu erregen, unter den Messerstichen fanatisierter Jugendlicher rund um den Globus zu Tode kommen, hatte Ende der achtziger Jahre des letzten Jahrhunderts die muslimische Welt – oder den Teil, der sich dafür hielt – in seinem weitschweifigen Romanepos *The Satanic Verses* mit einer Mohammed-Darstellung herausgefordert, die, vorsichtig ausgedrückt, weniger den Spielregeln der islamischen Überlieferung als denen der europäischen Aufklärung folgte.

Das schiitische Ayatollah-Regime des Iran, damals noch unter Revolutionsführer Chomeini, reagierte umgehend mit jener berühmten Fatwa, die den Tod des Abtrünnigen forderte: eine völkerrechtliche Provokation, die selbst unter konkurrierenden muslimischen Autoritäten mildes, in der Folge eher abflauendes Kopfschütteln hervorrief. Die Zeiten waren bereits gefährlich und der Aufmarsch der Glaubenskrieger gegen den Westen und die durch seine Dollars korrumpierten Herrscher am Persischen Golf trat gerade erst in sein kritisches Stadium. Nicht unerwähnt darf bleiben, dass eine halbstaatliche iranische Stiftung ein üppiges, nach Chomeinis Tod weiter aufgestocktes Kopfgeld aussetzte.

Rushdie, naturalisierter Brite indischer Herkunft, durchlebte stürmische Tage, denen viele stille folgen sollten, während derer er inkognito unter striktem Polizeischutz dahinlebte – verdammt, bewundert und gehrt, unter anderem von der britischen Königin, die ihn 2007 in den Ritterstand erhob. Ein Übersetzer des Romans wurde ermordet, ein Verleger überlebte schwerverletzt. *So geht Weltruhm*. Irgendwann schienen dem Erfolgsautor die Tage des Wahns vorbei und ein normales Schriftstellerleben erneut möglich zu sein. Er nahm sich das Recht, es in Anspruch zu nehmen und siehe da, es ging. Es ging bis zu jenem Tag im August, an dem er, Fatwa hin oder her, ein spätes Opfer jener brodelnden Szene wurde, die der Westen, zumindest in seinen Chefetagen, so gern vergisst und noch lieber auf Dauer vergessen würde, weil ihm zu ihr partout nichts einfällt.

* * *

Die Rushdie-Affäre (oder was so genannt wurde) ist ein Menschenalter her. Sie betraf Themen, die damals die liberalen Gesellschaften intensiver zu beschäftigen begannen und um die Frage kreisten, ob der praktische Liberalismus sich nicht selbst seinen Henkern ausliefert, wenn er die Propagandisten der Gegenseite gewähren lässt, solange sie sich nur an ein paar Grundregeln halten. Damals hielt mit dem Karl Popper entlehnten Slogan *Uneingeschränkte Toleranz führt mit Notwendigkeit zum Verschwinden der Toleranz* die Verwechslung von gesetzlich garantierter Meinungsfreiheit und Toleranz in die Köpfe der Mehrheitsgesellschaft Einzug. Im Schutz der liberalen Empörung über den brutalen

Angriff auf das Grundrecht der freien Meinungsäußerung in ihrem historischen Stammland verbreitete sich eine antilibérale Grundstimmung, die bis heute nicht abgeflaut ist und in den jüngsten Coronamaßnahmen ebenso ihr Auskommen findet wie in behördlichen Meldestellen für schnell als ‚Hass‘ deklarierte unerwünschte Meinungsäußerungen.

Die Münze ‚Toleranz‘ hat zwei Seiten: eine glänzende, die Gesinnungsfreiheit gewährt, und eine weniger glänzende, die der gegnerischen Gesinnung auf halbem Weg entgegenkommt. Nichts ist so reizbar wie Gesinnung und nichts ist so bereit, die eigenen ‚Werte‘ mit Füßen zu treten, wie Toleranz, sobald sie sich und anderen einredet, es gehe darum, *zur Beruhigung der Gemüter beizutragen*. Auch im Fall Rushdie fanden sich, wie später aus Anlass der Jyllands-Posten-Karikaturen, dezidierte Christen, darunter ein amerikanischer Ex-Präsident und ein Randgänger des offiziellen Katholizismus, die der Ansicht waren, der Schriftsteller habe religiöse Gefühle verletzt und damit eine Grenze überschritten – welche Grenze das, rein ethisch-rechtlich, sein sollte, war, da gefühlt, naturgemäß nicht zu ermitteln. Es war, was sonst, die Grenze der Toleranz, über die heute mit großer Selbstverständlichkeit Polizei und Gerichte, bisweilen auch Geheimdienste befinden.

Weder Toleranz noch Intoleranz des Westens hat die Anschläge von *Nine-Eleven*, die Todesspur von Boko Haram, den Anschlag auf Charlie Hebdo, das Gemetzel im Bataclan, die ‚Einzeltat‘ vom Breitscheidplatz verhindert oder ihre Grausamkeit abgemildert. Wohl aber hat der zwanzigjährige Totentanz im Nahen Osten, nicht zuletzt durch die von ihm ausgelösten Migrantenströme, die Gesellschaften des Westens von Grund auf verändert und innerhalb wie außerhalb des islamischen Bogens neue Machtkonstellationen geschaffen. Dabei hat er etwas bewirkt, worüber man tunlichst nur in verschleiernenden Wendungen spricht: Der Terror der Unbedarften ist zur scharfen Waffe in der Hand einer weltumspannenden Gegen-Elite geworden, welche die alten Eliten des Westens teils offen bekämpft, teils unterwandert, um sie eigenen langfristigen Interessen gefügig zu machen. Auch darin gründet der Glaubwürdigkeitsverlust der alten Eliten: Niemand weiß heute, in welchem Ausmaß sie angstgetrieben agieren, wenn bei einer Vielzahl krimineller Vorkomm-

nisse die Grenze zwischen verantwortungsvollem Schweigen und liebedienerischem Verschweigen verschwimmt.

* * *

Falls es eine Aktualität des ‚Falls‘ Rushdie gibt, dann die, dass hier ein Schriftsteller-Typus das Podium betrat, der seinen Ruf – und seine Autorität – kulturellen Analphabeten verdankt: Menschen, die niemals eine Zeile von ihm gelesen (oder verstanden) haben, aber durch die bloße Nennung des Namens jederzeit in ein Engel-Teufel-Spiel hineingerissen werden können, in dem sie als Fußvolk einer welt- und heilsgeschichtlichen Bewegung existenziell fassbare Bedeutung gewinnen. In säkularisierter und vergleichsweise harmloser Form widerfährt jedem ‚Influencer‘, dem Youtube den Kanal sperrt, nachdem er von einer johlenen virtuellen Menge an Leib und Leben bedroht wurde, ein ähnliches Schicksal, wenngleich das daraus abgeleitete Prestige sich für gewöhnlich in engen Grenzen hält. Schon Chomeini dürfte bei seinem Mordaufruf nicht so sehr das Schicksal des Romanciers als die kostengünstige Herausforderung an die Wertvorstellungen und Rechtsnormen des Feindes im Westen im Auge gehabt haben.

Wenig ist von dem Schriftsteller übriggeblieben, der fand, der Roman sei ein guter Ort, um die Gründungsmythen der Religion seiner Herkunft einem ähnlichen Prozess säkularer Aufklärung zuzuführen, wie ihn das katholische Christentum zweihundert Jahre früher durchlaufen musste. Der Prozess radikaler Ernüchterung, der ihm da noch bevorstand, hat ihn und seine Botschaft verändert. Radikal verändert hat sich auch die Welt, der sie zgedacht ist. Identitätssüchtige diskutieren nicht. Auf ihre Weise identitätsgläubig ist auch die radikal religionskritische Fraktion, der er sich heute als zugehörig betrachtet.

Für den jungen Amerikaner, der dem Mann Salman Rushdie ans Leben ging, vermutlich, weil auf seinen Kopf eine horrende Belohnung steht und der Revolutionsmythos eines verknöcherten Staates kein Abrücken von einem verjährten Mordbefehl erlaubt, dürfte er ein beliebiger Ungläubiger sein, dessen Existenz quasi im Vorbeigehen auszulöschen in seinem mit Millionen von Eiferern geteilten Universum keine besonderen ethischen Probleme bereitet. Einer von vielen.

Die Kairoer Erklärung der Menschenrechte im Islam (Auszug)

Artikel 22:

- a) Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäußerung, soweit er damit nicht die Grundsätze der Scharia verletzt.
- b) Jeder Mensch hat das Recht, in Einklang mit den Normen der Scharia für das Recht einzutreten, das Gute zu verfechten und vor dem Unrecht und dem Bösen zu warnen.
- c) Information ist lebensnotwendig für die Gesellschaft. Sie darf jedoch nicht dafür eingesetzt und mißbraucht werden, die Heiligkeit und Würde der Propheten zu verletzen, die moralischen und ethischen Werte auszuhöheln und die Gesellschaft zu entzweien, sie zu korrumpieren, ihr zu schaden oder ihren Glauben zu schwächen.
- d) Es ist verboten, nationalistischen oder doktrinären Haß zu schüren oder irgend etwas zu tun, das in irgendeiner Weise zu Rassendiskriminierung führen könnte.

„Deine Ehre“

Mickaëlle PATY

Am 16. Oktober 2020 wurde der Geschichts- und Geografielehrer Samuel Paty von einem islamistischen Terroristen enthauptet. Zwei Jahre später fand an der Sorbonne die Verleihung des 1. Samuel-Paty-Preises statt, dessen Thema lautete: „Sind wir noch frei, uns auszudrücken?“. Bei dieser Gelegenheit hielt seine Schwester, Mickaëlle Paty, diese Rede. Wir danken ihr für die Erlaubnis, die Rede in voller Länge zu veröffentlichen.

Ich danke natürlich dem Bildungsminister, Herrn Pap Ndiaye, für die Ehre seiner Anwesenheit. Ich danke den Schülern und Lehrern, die am 1. Wettbewerb des Samuel-Paty-Preises teilgenommen haben, dessen Thema lautete: „Sind wir immer frei, uns auszudrücken?“. Ich danke allen Mitgliedern des Preises und ich danke der Association des professeurs d’histoire et de géographie (APHG) dafür, dass sie diesen Preis ins Leben gerufen und seit über einem Jahr unterstützt hat. Ich danke der Vereinigung Dessinez Créz Liberté für die Bereitstellung der Zeichnungen. Und ich möchte auch dem Künstler Kaotik 747, im Duett mit Gino, und seinem gesamten Team danken, dass sie morgen, am 16. Oktober 2022, ein Lied online stellen, das meinen Bruder und alle Lehrerinnen und Lehrer ehrt. Denn es gibt Ursachen und Werte, die überparteilich sind und universalistisch sein müssen, um zu sagen: „Es ist das letzte Mal“. Am Rande der Zeremonie mit den preisgekrönten Klassen danke ich der APHG, dass sie mir heute die Möglichkeit gibt, zu erklären, warum dieser Preis einen Namen hat ... Samuel-Paty.

Nachdem ich die „Pflicht zur Frontstellung“ mit dem Volk auf der Straße gesehen habe, nachdem ich die „Pflicht zur Erinnerung“ mit diesen unzähligen Orten, Tafeln und Räumen, die nun seinen Namen tragen, gesehen habe. Und heute die Konkretisierung des Samuel-Paty-Preises, getragen von einer Handvoll Lehrer, die das Werk meines Bruders fortsetzen: Unterrichten heißt erklären und nicht schweigen. In Er-

wartung der „Pflicht zur Wahrheit“ komme ich hierher, um ihren Lauf wieder aufzunehmen, um eine letzte Pflicht zu gewährleisten, nämlich die, ihm seine Ehre zurückzugeben.

Zu diesem Zweck halte ich es für notwendig, die Ziele des Lehrplans für Moral- und Staatsbürgerkunde der vierten Klasse aufzugreifen. Dazu gehören insbesondere die Werte Würde, Freiheit, Gleichheit, Solidarität oder auch der Säkularismus. Die Methode der moralischen Dilemmata hat zum Ziel, die moralische Autonomie zu erhöhen und die Argumentationsfähigkeit der Schüler zu entwickeln, um kritische Geister zu formen. Ein kritischer Geist akzeptiert keine Behauptung, ohne ihren Wert zu hinterfragen.

Sie zielt auch auf die Achtung des Meinungspluralismus im Rahmen einer demokratischen Gesellschaft ab, wobei sie daran erinnert, dass das bürgerliche Recht dies garantiert. Ich widme diese Rede allen Menschen, die in der Welt gestorben, verletzt, gefoltert oder inhaftiert worden sind, weil sie es gewagt haben, ihre Meinung zu äußern, und ich tue dies, um zu verstehen, dass man in Frankreich nach dem Wort „Enthauptung“ nicht ein „oui, mais“ setzt, sondern einen Punkt.

Die beiden Kurse „Situationsstudie: Pressefreiheit“ und „Dilemmasituation: Charlie sein oder nicht sein“ waren die beiden Kurse, die mein Bruder nach dem Attentat auf Charlie Hebdo vor seiner achten Klasse hielt. Seine erste Unterrichtsstunde mit dem Titel „Situationsstudie: Pressefreiheit“ ist dazu da, daran zu erinnern, dass alle Freiheiten menschliche Errungenschaften sind und dass dies nicht immer so war, wobei er darauf hinweist, dass Zeitungen und Bücher der Zensur unterworfen waren.

Die freie Mitteilung von Gedanken und Meinungen wird als eines der wertvollsten Rechte des Menschen definiert (Art. 11 der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte). Samuel weist auch darauf hin, dass diese Freiheit durch das Gesetz von 1881 eingeschränkt wird, das vorschreibt, dass keine falschen Nachrichten veröffentlicht werden dürfen, die den öffentlichen Frieden stören könnten. Das Gesetz verbietet auch die Diffamierung von Personen.

Der Anschlag auf Charlie Hebdo am 7. Januar 2015 wird hervorgehoben, um zu erklären, dass die Pressefreiheit bedroht sein kann. Die

Welle von Demonstrationen zur Unterstützung der Journalisten, diese bedingungslose Solidarität am Tag nach diesem Anschlag sollte nur zeigen, dass keine Einschüchterung uns dazu bringen wird, die Meinungsfreiheit aufzugeben. Nichts ist für immer gewonnen, und wir dürfen nicht vergessen, dass wir, wenn eine unserer Freiheiten bedroht wird, sie verteidigen müssen, um sie zu erhalten.

Er wird auch erklären, dass in Ländern, in denen es keine Meinungsfreiheit gibt, Menschen wegen ihrer Ideen zu Gefängnis oder zum Tode verurteilt werden, z. B. sind die Journalisten von Reporter ohne Grenzen da, um aufzudecken, was verschwiegen wird. Mein Bruder beendet diese Stunde mit der Ankündigung, dass er in der nächsten Stunde auf den Anschlag auf Charlie Hebdo zurückkommen und die Karikaturen zeigen wird, die für Kontroversen gesorgt haben.

In seiner zweiten Stunde mit dem Titel „Dilemmasituation: Charlie sein oder nicht sein“ werden drei Karikaturen, die den Propheten Mohammed darstellen, einige Sekunden lang gezeigt, wobei diese Karikaturen aus dem Canopé-Netzwerk des französischen Bildungsministeriums stammen. In diesem Rahmen fragt er seine Klasse folgendermaßen: Soll man diese Karikaturen nicht veröffentlichen, um Gewalt zu vermeiden, oder soll man diese Karikaturen veröffentlichen, um die Freiheit zu leben? Eine Freiheit kann mit anderen Rechten oder dem Respekt gegenüber anderen Menschen in Konflikt geraten.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Samuel nicht die Karikatur gelobt hat, sondern die Freiheit verteidigt hat, eine Karikatur zu zeichnen. Karikaturen können schockieren, sind aber nicht zum Töten gedacht. Es gibt keinen einzigen dokumentierten Fall, in dem jemand gestorben ist, weil er eine Karikatur vor Augen hatte. Karikaturen sollen zeigen, dass man mit einer bestimmten Person, einer politischen oder religiösen Meinung nicht einverstanden sein kann. Diese Freiheit wird durch das Gesetz eingeschränkt. Auf diese Weise wird Samuel seiner Klasse die Möglichkeit geben zu verstehen, dass der Laizismus, wie eine seiner Schülerinnen übrigens sagen wird, es erlaubt, zu glauben und nicht zu glauben, und zwar in beiden Fällen „ohne Druck“. Diese

Formulierung stammt übrigens von Herrn Patrick Weil und sie hat sie übernommen.

Im französischen Recht gibt es keinen Straftatbestand, der Angriffe auf Gottheiten, Dogmen, Glaubensrichtungen oder religiöse Symbole, also Blasphemie, unter Strafe stellt. Es muss also zwischen Angriffen auf Überzeugungen und Angriffen auf Gläubige unterschieden werden.

Niemand ist verpflichtet, Charlie Hebdo zu mögen, geschweige denn, es zu kaufen und zu lesen. Man hat das Recht, die Karikaturen nicht zu mögen und dies auch zu sagen. Der zivile Frieden in einer demokratischen Gesellschaft wird durch diese Toleranz gewährleistet, dass andere nicht so denken wie wir. In einem Rechtsstaat hat niemand das Recht, zu drohen oder zu töten, man wendet sich an die Justiz, um seine Streitigkeiten beizulegen. Samuel brachte seinen Schülern bei, sich mit Dingen auseinanderzusetzen, die ihnen missfallen könnten, und ließ sie gleichzeitig ihre Meinungsverschiedenheiten äußern. Er setzte der Gewalt die Sprache entgegen.

Also ja, Samuel hat die Argumente der Islamisten dekonstruiert, indem er ihre Hohlheit in unserer säkularen Republik aufzeigte. Er hat seine Pflicht erfüllt und dieses Amt dreiundzwanzig Jahre lang, bis 2020 zum letzten Mal, ausgeübt.

Ich möchte auch auf einen wichtigen Punkt eingehen, der vor zwei Jahren und auch heute noch von vielen nicht verstanden worden zu sein scheint.

Als die Karikaturen einige Sekunden lang gezeigt wurden, schlug Samuel den Schülern, die Angst hatten, schockiert zu sein, vor – nicht etwa dass er ihnen auferlegte –, nicht hinzuschauen oder hinauszugehen, wenn eine Schulhelferin (AVS) anwesend war, und zwar nicht nur den muslimischen Kindern. Dies ist ein Akt der Rücksichtnahme auf ein noch junges Publikum. Kinder im Alter von 13, 14 Jahren wollen aufgrund ihrer Sensibilität vielleicht keine Zeichnungen sehen, die dazu aufrufen, Emotionen zu erzeugen. Er hat ihnen also die Wahl gelassen – eine Wahl, die nur in einer säkularen Gesellschaft möglich ist. Eine Wahl, die von zwei Schülern später offenbar nicht wahrgenommen wurde.

Der Laizismus ist die Achtung aller Religionen. Ich würde den Laizismus von Jules Ferry, der darin besteht, Kinder nicht zu kränken und sie nicht zu zwingen, Karikaturen anzusehen, mit dem Neutralitätsprinzip vergleichen, das darauf abzielt, alle gleich zu behandeln. Ich würde antworten, dass in dieser Dilemmasituation die Tatsache, dass man ALLEN vorschlägt, eine Karikatur nicht zu sehen, sowohl den Säkularismus als auch die Neutralität respektiert.

Durch Amalgamierungen, d. h. die absichtliche Vermischung zweier unterschiedlicher Dinge, wird schließlich eine säkulare und neutrale Handlung in eine Diskriminierung umgewandelt. Indem man dem Falschen den Anschein des Wahren verleiht, lässt man schließlich ein säkulares Verhalten als rassistisches Verhalten erscheinen.

Ich muss noch einen letzten Punkt ansprechen. Es wurde geschrieben, dass er in dem Bestreben, nicht zu verletzen, dennoch verletzt hat. So konnte man seine Geste als „Ungeschicklichkeit“ bezeichnen. Ich schildere Ihnen also eine Dilemmasituation: auferlegen, Karikaturen zu sehen, die als blasphemisch erkannt werden, und anbieten, Karikaturen, die als Diskriminierung wahrgenommen werden, nicht zu sehen.

Die Absurdität dieser Situation berührt die Komik, da beide Vorschläge – SEHEN und NICHT SEHEN – zu kränken scheinen. Dies tendiert vor allem dazu, die Reaktion einer Minderheit als die der gesamten muslimischen Gemeinschaft darzustellen. Dabei ist Frankreich für die Mehrheit der Muslime faktisch eine laizistische Republik, die Blasphemie nicht anerkennt, und in einem nichtreligiösen Staat kann man nicht anerkennen, dass es ein göttliches Gesetz gibt, das über dem der Menschen steht.

Schließlich bedeutet die Anwendung der Regeln des Laizismus auf einige und nicht auf andere, wie manche es gerne hätten, dass man Einzelpersonen aus religiösen Gründen besondere Rechte gewährt. Dies ist eine institutionelle Diskriminierung auf höchster staatlicher Ebene, die gegen die Verfassung, die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte und die Europäische Menschenrechtskonvention verstößt.

Da dies nicht möglich ist, soll die Positionierung als Opfer, obwohl die Wahl, zu sehen oder nicht zu sehen, erhalten bleibt, uns dazu brin-

gen, auf die Karikaturen, unsere Meinungsfreiheit und den Laizismus zu verzichten, der in einer multikulturellen Gesellschaft keinen Sinn mehr machen würde. Muss man daran erinnern, dass der Laizismus, wie mein Freund Henri Peña-Ruiz so schön sagt, „nicht eine spirituelle Option unter anderen ist, sondern das, was ihre Koexistenz ermöglicht, denn das, was allen Menschen zusteht, muss Vorrang vor dem haben, was sie faktisch trennt“.

Wenn man Opferklagen, einen fehlgeleiteten Antirassismus und, wenn nötig, die ANGST als Hebel benutzt, soll dies nur dazu dienen, den Verzicht auf unsere säkulare Schule notwendig und akzeptabel zu machen. Dem möchte ich zwei Dinge entgegensetzen: die Zahl gegen den Lärm.

Ich werde eine einfache Frage stellen: Wie viele Kinder haben sich beleidigt gefühlt? Die Antwort findet sich im Bericht des Bildungsministeriums: zwei, sagen wir drei, wenn man auch das abwesende Mädchen mitzählt. Also drei Schüler von den 60, die die beiden vierten Klassen meines Bruders bilden und die natürlich denselben Unterricht hatten. Ist es nicht problematisch zu sagen, dass er DIE Schüler brüskiert hat?

Diese Haltung führte zu zwei Konsequenzen. Erstens, eine Minderheitsreaktion als Mehrheitsreaktion erscheinen zu lassen und meinen Bruder in den Augen aller der Diskriminierung schuldig zu machen. Zweitens: Das Eingeständnis, dass er einen Fehler gemacht haben könnte, indem man ihn bat, sich zu entschuldigen, verlieh dem, was deutlich sichtbar war, volle Legitimität und bestätigte damit eine islamistische Kampagne, die von fälschlicherweise empörten Eltern geführt wurde. Diese Kampagne unter dem Deckmantel der Islamophobie, dieser Schleier der Straffreiheit, der die Verbreitung von Hass ermöglicht, dieser Dschihadismus der Atmosphäre wird für Samuels Tod verantwortlich sein. Im Atmosphären-Dschihadismus gibt es keine Verwässerung der Verantwortung, jeder hat seine eigene, und dies zuzugeben, würde der Wahrheitsfindung dienen.

Ich frage Sie: Wer liefert den Islamisten Argumente, wenn jemand rücksichtsvoll vorschlägt, die Karikaturen nicht zu sehen, oder wer die lautstarken Beschwerden beleidigter Eltern unterstützt? Ich fordere auch

die Anhänger des „Ja, ABER...“ und die Schuldumkehrer auf, den Vermerk des Interministeriellen Ausschusses zur Prävention von Kriminalität und Radikalisierung vom 27. August zu lesen. Diese spricht von „einer über soziale Netzwerke durchgeführten Offensive gegen den Säkularismus, die darauf abzielt, die Institution Schule zu destabilisieren, und wirft auf, dass Mitarbeiter der Einrichtungen implizit an der salafo-fréristischen Propaganda in der Schule teilnehmen“. Es wird immer schwieriger werden, Fakten zu verdrehen und Meinungen gezielt zu manipulieren, ohne eine klare Militanz gegenüber der islamistischen Ideologie zu zeigen.

Also NEIN, Samuel ist nicht für seinen eigenen Tod verantwortlich. „Man prostituiert nicht ungestraft die Worte“, sagte Camus. Man muss diesen Wahrheiten jedoch ins Gesicht sehen, sonst werden alle Korrekturmaßnahmen vergeblich sein. Und es wird ein „Es war nicht das letzte Mal“ geben. Solange sich nichts ändert, wird auch nichts getan. Zum Abschluss möchte ich Ihnen einen Text vorlesen, den eine ehemalige Schülerin nach seinem Tod geschrieben hat.

„Danke für die Arbeit, die Sie geleistet haben, Sie haben mich in Geschichte und Geografie unterrichtet, wie es noch niemand zuvor getan hat. Danke, dass Sie zwei Jahre lang mein Lehrer waren. Danke, dass Sie in gewisser Weise an meinem Leben teilgenommen haben (wir haben uns immerhin von Montag bis Freitag gesehen). Danke für Ihre Witze am Ende des Unterrichts, die zwar nicht wirklich lustig waren, aber zumindest versuchten Sie, dass, wenn es uns schlecht ging, uns das aufmuntern konnte. Danke, Sir, danke für alles“.

Sind wir noch frei, unsere Meinung zu äußern? Ich denke, im Jahr 2022 hätten wir diese Debatte nicht mehr aufwerfen müssen.

Also, ihr Schüler und Lehrer, zeigt uns, beweist uns, dass wir diese Frage immer noch mit einem JA beantworten können. Für... für „das letzte Mal“.

Vielen Dank.
Mickaëlle Paty

Zensur vorbeugend

Matthias POLITYCKI

Betreutes Lesen fängt beim kuratierten Schreiben an. Wir stehen gerade nicht nur am Anfang einer rückwirkenden Bereinigung des abendländischen Bildungskanons, es gibt auch schon erste Überlegungen, was man überhaupt noch schreiben darf. Allgemein sichtbar wird dabei die Spitze des Eisbergs, etwa beim Rausschmiss von Monika Maron aus dem S. Fischer Verlag im Oktober 2020, nach immerhin vierzigjähriger Zusammenarbeit. Andere verschwinden, ohne dass man es bemerkt. Bücher, die gar nicht erst erscheinen, hinterlassen keine Lücken. Ein neuer Berufsstand ist dabei, sich zu etablieren: der „Sensitivity Reader“. Er wird gebucht, um ein fertig geschriebenes und womöglich auch schon lektoriertes Manuskript noch einmal unter dem Gesichtspunkt zu überprüfen, ob es irgendwo Anlass für Empörung bieten könnte. Mit anderen Worten: Er soll dafür sorgen, dass ein woker Leser ausschließlich das von einem Buch erhält, was seiner woken Weltsicht entspricht. Der „Sensitivity Reader“ ist die personifizierte Triggerwarnung. Man hört, daß insbesondere Debütromane von „Sensitivity Reader“ überprüft werden. Man hört, daß die Debütanten das nicht erfahren.

Wem ist damit gedient? Bis vor kurzem hat man Bücher besonders geschätzt, wenn sie anderes boten als das, was man schon kannte. Literatur sollte nicht nur unterhalten, sie konnte, ja sollte auch mal riskante Positionen einnehmen, um zu einer Auseinandersetzung mit der Welt herauszufordern, die man ohne das betreffende Buch so nie geführt hätte. Dazu durfte, ja sollte sie uns durchaus frappieren, vor den Kopf stoßen, mit ihrer Darstellung schockieren – nicht zuletzt auch durch ihre Sprache. Literatur sollte „die Axt für das gefrorene Meer in uns“ sein, so hat es Franz Kafka formuliert. Der „Sensitivity Reader“ sorgt dafür, dass die Axt stumpf geschliffen wird, auf dass das Meer in uns gefroren bleibe.

Literatur, die sich absichert, ist überflüssig. Eine Leserwarnung vorab, etwa als Banderole „Explicit“ wie bei CDs mit eindeutigen Lyrics, meine ich nicht; derlei fielen für mich eher unter Marketingmaßnahmen. Ich meine die freiwillige Selbstkontrolle von Autoren. Indem wir bei jeder Entscheidung all die Spielarten von „sensiblen Lesern“ im Hinterkopf haben, die durch gewisse Sujets, Figuren, Handlungen, Wörter oder was auch immer verletzt, beleidigt oder gar „retraumatisiert“ werden könnten, schränken wir den Gestaltungsspielraum von Literatur gewaltig ein. Nur durch Schweigen wird man es am Ende wirklich ausnahmslos jedem recht machen können.

Als „Sensitivity Reader“ bietet auch schon Google seine Dienste an, wenngleich vorerst nur für Texte auf Englisch: In der neuesten Version von Google markiert die Autokorrektur nicht mehr bloß Rechtschreib- und Grammatikfehler, sondern auch ideologisch Fragwürdiges. Im Sinne der Genderkorrektheit wird „mankind“ dann zu „humankind“, „mailman“ zu „mailcarrier“ oder „chairman“ zu „chairperson“. Am internationalen Frauentag, 8. März 2021, überklebten Aktivist:innen Straßenschilder am Berliner Hermannplatz und benannten ihn in „Frau-Frau-Platz“ um. Ähnlich tolpatschig stelle ich mir Googles künftige Autokorrekturvorschläge auf Deutsch vor. Klar, man wird sie in den Einstellungen deaktivieren können. Fragt sich nur, wer das tun wird und, vor allem, wie lange er es durchhält.

Vor kurzem erschien eine Auswahl meiner Gedichte in China. Um eine ISBN zu erhalten, musste ein Gedicht herausgenommen und durch ein anderes ersetzt werden. Ärgerlich, keine Frage! Aber verhältnismäßig einfach zu bewerkstelligen. Wenn man die Kriterien der Zensoren kenne, so die Vertreter meines chinesischen Verlags, lasse sich fast jedes Buch zum Druck bringen. Ersetze man gewisse Schlüsselvokabeln durch poetische Metaphern, könne man selbst kritische Inhalte vermitteln. Ähnliches habe ich von Autoren gehört, die in der DDR veröffentlichten. Im Vergleich dazu ist Selbstzensur in Zeiten politischer Korrektheit – die ja mit Blick auf sämtliche gesellschaftlichen Gruppen und deren Befindlichkeiten stattzufinden hat – ein abendfüllendes Programm. Wer einmal damit angefangen hat, das weiß ich aus eigener Erfahrung, wird so schnell nicht mehr aufhören.

Auf Zensurvorgaben staatlicher Kontrollbehörden kann man sich verhältnismäßig gut einstellen. Bei den leicht erregbaren Nutzern sozialer Medien weiß man nie, wer sich im nächsten Moment über welches Wort, welchen Nebensatz, welche Figurenrede, welchen Stoff empört. Das macht die Lage im liberalen Deutschland tatsächlich komplizierter als im totalitären China. Wo der Lektor mein Manuskript früher auf stilistische oder konzeptionelle Mängel abklopfte, überprüft er es heute auch auf Formulierungen hin, die – aus dem Zusammenhang gerissen, möglicherweise mit Absicht – missverstanden werden könnten. Zusätzlich gebe ich das Manuskript an weitere Leser, die es parallel zum Lektor sichten und aus ihrem jeweiligen Blickwinkel Stellen markieren, die zu Missverständnissen einladen könnten. Jede davon ist ein Problem, das umso größer wird, je sorgfältiger man es einzugrenzen sucht. Der Korrekturaufwand pro Manuskript hat sich auf diese Weise vervielfacht.

Bislang ließ sich für Stellen, die der eine oder andere mit Fragezeichen versehen hatte, immer eine Lösung finden, die nicht auf Kosten von Stil oder Erzählfluss ging. Ultima ratio ist die Schwärzung von Stellen, wie ich sie bereits im 1997 erschienenen „Weiberroman“ vorgenommen habe. Was damals ästhetisches Spiel war und im Nachfolgeroman „Ein Mann von vierzig Jahren“ zur Schwärzung einer ganzen Seite führte, ist heute pragmatischer Umgang mit einem Dilemma. Fast keines meiner Bücher kommt mehr ohne Schwärzung in den Handel, es ist meine Form, mich den Forderungen der politischen Korrektheit zu beugen, ohne mich ihnen zu unterwerfen. Mit der Schwärzung zeige ich dem Leser immerhin noch die Wunde, die meinen Text durch Selbstzensur zugeführt wurde.

„... mit weichem Wulste umgeben“

Ludwig BÖRNE

Den armen Rest nimmt eine schamlose Zensur hinweg. War nicht Grillparzers jungfräuliche Muse schön und hold? Nun seht, seht! Man hat sie der ehrlosesten Misshandlung preisgegeben, in der Wachstube der Polizei wurde sie geschmäht und geschändet, und jetzt schleicht sie bleich und mit verweinten Augen umher, dass einem das Herz vor Mitglied springen möchte. Sagt nicht: So schlimm ist es nicht überall; doch, doch, so schlimm ist es überall. Nicht die Zensur, die das Drucken verbietet, die andere ist die verderblichste, die uns am Schreiben hindert; und das tut sie im ganzen Lande. Wir werden zensiert geboren, unsere Ammenmilch ist zensiert. Ein Deutscher könnte fünfzig Jahre Großinquisitor sein, und er würde das freie Denken nicht verlernen; aber setzt ihn auf eine menschenleere Insel, wo er sein eigener König ist, und er schreibt nicht frei. Er würde immer fürchten, irgendein Schwachkopf auf einer der Inseln im Stillen Ozean könnte sich an einem seiner harten Worte stoßen und würde sie darum alle mit weichem Wulste umgeben. Wir sind so sehr gewöhnt, vorsichtig zu sein, dass uns die Vorsicht zu tierischem Instinkte geworden und wir sie gar nicht mehr brauchen. Dem Deutschen ist ganz unbekannt, wie viel der Mensch an Wahrheit, Grobheit und Satire, ohne zu sterben, ertragen kann. Er weiß noch weniger, daß der Mensch gar nicht daran stirbt, sondern vielmehr stärker und gesünder davon wird. Man kann von dem Schriftsteller nicht fordern, dass er ohne Hass und ohne Liebe sei und über allen Wolken der Sehnsucht erhaben die Gewitter nur unter sich wahrnehme. Wie sollte er allein von den Banden der Eigenliebe frei bleiben und nicht auch manchmal in dem Gesetze seines eigenen Vorteils die Regel der Weltordnung zu sehen glauben? Aber das mag jederzeit von ihm verlangt werden, dass er der Möglichkeit jenes Einflusses sich bewusst bleibe und nicht keck und unbesonnen auf die Unfehlbarkeit seiner Ansichten trotze. Dass er sie gegen jeden zu verfechten und geltend zu machen suche, ist nicht un-

„... mit weichem Wulste umgeben“

rühmlich, weil es für den Ernst der inneren Überzeugung spricht. Aber wer den Fehdehandschuh herausfordernd hingeworfen hat, darf keinen Kämpfer zurückweisen und, wie es oft geschieht, seine aus selbstbewusster Schwäche entspringende Furcht hinter eine angenommene Geringschätzung verbergen. Es gibt in Deutschland auch nicht eine Zeitschrift, welche so unparteiisch wäre, dass sie die ihr feindlich begegnenden Meinungen nicht bloß dann aufnimmt, wenn sie erprobt hat, dass sie sie schlagen werde, sondern es auch täte, wenn der Sieg zweifelhaft oder dem Sieger geblieben ist. Sie nehmen immer nur die Leichen ihrer Feinde mit prahlerischer Großmut auf. Der Sklave seiner eigenen Meinung trägt auch schimpfliche Ketten; man soll nicht der Diener der guten Sache, sondern ihr Freund sein. Es gibt nur eine verwerfliche Meinung, die verwerfende, welche keine andere als die ihr gleichen duldet. Eine Zeitschrift müsste jeder Ansicht offenstehen, und einer schädlichen oder dafür gehaltenen den Platz zu versagen, ist ebenso unverständlich, als es wäre, aus der Naturgeschichte die Lehre der Giftpflanzen und bissigen Tiere verdrängen zu wollen. In der „Waage“ soll jede Ansicht, auch wenn ihr der Herausgeber nicht gewogen ist, dennoch eine willige Aufnahme finden; ja, sie soll sehr willkommen sein, weil am Widerspruche die Wahrheit erstarkt. Nur möge man es nicht als einen Verrat an der Gastfreundschaft ansehen, wenn der Wirt selbst das, was ihm an seinen Gästen nicht behagt, freimütig tadelt oder geschehen lässt, dass es andere rügen.

„Masturbanten einer falschen Kultur“

Jaroslav HAŠEK

Es wurde einmal richtig gesagt, daß ein gut erzogener Mensch alles lesen kann. Über etwas, was natürlich ist, können nur die größten Schweine und raffiniert ordinäre Menschen ungehalten sein.

Vor Jahren habe ich die Kritik irgendeiner Novelle gelesen; der Kritiker regte sich darüber auf, daß der Autor geschrieben hatte: „Er schneuzte sich und wischte sich die Nase ab.“

Dies verstöße gegen alles Schöne und Erhabene, das die Literatur dem Volke geben solle.

Menschen, die über einen starken Ausdruck ungehalten sind, sind Feiglinge, denn das wirkliche Leben überrascht sie, und gerade schwache Menschen sind die größten Schädlinge für die Kultur und den Charakter. Sie möchten das Volk zu einer Schar überempfindsamer Leutchen erziehen, zu Masturbanten einer falschen Kultur nach Art des heiligen Aloisius, von dem in dem Buche des Mönches Eustachius erzählt wird, daß er, als er hörte, wie ein Mann mit lautem Getöse seine Winde fahren ließ, zu weinen begann und sich nur durch ein Gebet beruhigen vermochte.

Es gibt auch Menschen, die sich öffentlich entrüsten, aber mit ungewöhnlicher Vorliebe öffentliche Klosetts aufsuchen, um dort die unschicklichen Aufschriften an den Wänden zu lesen.

Vom Wirte Palivec können wir nicht verlangen, daß er so fein spricht wie Frau Laudová, Dr. Guth, Frau Olga Fastrová und eine ganze Reihe anderer, die am liebsten aus der ganzen Tschechoslowakischen Republik einen großen Salon mit Parketten machen möchten, auf denen man in Frack und Handschuhen herumgehen und seine Salonsitten pflegen müßte, unter deren Deckmantel die Salonlöwen sich den ärgsten Lastern und Exzessen hingeben könnten.

„Scharf und frech“ Abende bei Ernst Rowohlt

Theodor ESCHENBURG

Unvergleichbar, wohl auch unwiederholbar waren die Abende bei Ernst Rowohlt, dessen Verlag damals seinen großen Namen gewann. Diese Abende waren furchtbar anstrengend und nicht ungefährlich, denn es wurde kräftig getrunken. Aber kaum irgendwo sonst trafen sich so viele unterschiedliche Geister, größere und kleinere, linke und rechte, die alle irgendwie in diesem großen Laboratorium der Ideen und Ideologien mitexperementierten, das Berlin damals war. Die Gesellschaften fanden nicht in Rowohlts Wohnung, sondern im Verlag statt, der in einer der Querstraßen des Kurfürstendamms gelegen war. Man kam so um neun, halb zehn Uhr kleckerweise an. Die ersten gingen schon um dreiviertel-zehn, weil sie noch woanders hinwollten, die letzten um vier oder fünf Uhr, wenn der Morgen schon dämmerte. Es ging dort ziemlich hart zu, was Alkohol und Streitgespräche angeht. Man saß an runden Tischen, es gab Pilsner Urquell und Schnäpse, nach Mitternacht nur noch Moselwein, und man diskutierte ungeheuer munter, scharf und frech. Irgendwann brachte Rowohlt von irgendwoher belegte Butterbrote in rauen Mengen an. Überhaupt war er die Seele dieser Abende: ein meisterhafter Gastgeber, bar aller Courtoisie, aber immer präsent, um das Gespräch anzufachen oder für alkoholischen Nachschub zu sorgen.

Ich ging nicht regelmäßig hin, denn so ganz passte ich zu dieser teils bohemehaften, teils anarchischen Gesellschaft doch nicht. Auch hatte ich ziemliche Angst, am nächsten Morgen mit einem Kater aufzuwachen, und so hielt ich mich in bezug auf das Trinken etwas zurück, woran man allerdings zuweilen Anstoß nahm. Aber ein Treffpunkt ohne Beispiel waren diese Abende doch. Hier habe ich Ringelnatz kennengelernt, den witzigen Lyriker und Kabarettisten, aber auch Emil Ludwig, den sehr erfolgreichen, heute vergessenen feuilletonistischen Au-

tor großer Biographien über Goethe, Napoleon, Bismarck und Wilhelm II., damals alles Bestseller. Natürlich war Peter Suhrkamp da, der später den S. Fischer Verlag fortgeführt hat und dann seinen eigenen Verlag gründete; er war ein Bauernsohn aus dem Oldenburgischen, vom Typus her sehr norddeutsch, hochgebildet und von beeindruckender Noblesse, der damals noch, wenn ich mich recht erinnere, freier Mitarbeiter beim „Berliner Tageblatt“ war. Ich machte die Bekanntschaft Ernst von Salomons, der am Rathenau-Mord beteiligt gewesen war – unerträglich frech, obszön, kaschemmenhaft, im Auftreten wie ein Zuhälter. Ich fand ihn widerlich, aber Rowohlts verteidigte ihn: Der Mann habe acht Jahre im Zuchthaus gesessen, und dass er das durchgehalten habe und jetzt großartige Bücher schreibe, sei doch eine Leistung. Aber Rowohlts Frau konnte ihn auch nicht leiden. Ferner begegnete man Arnold Bronnen, damals Kommunist, dann Nazi, dann wieder Kommunist, und Richard Scheringer, den nationalsozialistischen Reichswehroffizier, der in der Haft zum Kommunisten wurde. Man traf den reizenden Bernhard von Brentano, Romancier und viele Jahre Kulturkorrespondent der „Frankfurter Zeitung“ in Berlin, hin und wieder Arnold Zweig, Autor damals berühmter Romane, während des Dritten Reichs als Jude emigriert und dann nach Ost-Berlin zurückgekehrt, und Franz Blei, einen philosophischen Journalisten, sehr gescheit und äußerst witzig; er gehörte zum Umkreis von Carl Schmitt. Das Unglaubliche an diesen Abenden war die Mischung.

Bei Rowohlts konnte man Leute des „Tat“-Kreises treffen, wie Ferdinand Fried, Giselher Wirsing, Hans Zehrer, die damals irgendeine autoritäre Ordnung anstrebten, aber auch Ernst Feder, den liberalen Innenpolitiker des „Berliner Tagesblatts“, und erst recht gab es viele, die eher nach links tendierten. Allerdings habe ich weder Kurt Tucholsky bei Rowohlts gesehen noch Carl von Ossietzky, den Herausgeber der „Weltbühne“, der wohl zu zart für diese Abende war. Ohnedies war es schwer, den Überblick zu behalten. Ernst Jünger und Ernst Niekisch beispielsweise, die zu dieser Zeit eine Art Nationalbolschewismus propagierten, bin ich nie begegnet, weiß aber, dass sie bei Rowohlts waren. Außerdem waren diese Abende auch ein gesellschaftliches Ereignis. Dorothy Thomp-

son, die Frau von Sinclair Lewis, war ein paar Mal da, eine reizende Person. Auch der amerikanische Journalist Knickerbocker war hier wie überall hochgeachtet und gern gesehen – ein kleiner witziger Mann, rothaarig und sommersprossig, mit einer Mordsklappe und immer auf der Spur irgendwelcher Geschichten aus diesem wirbelnden Berlin. Nie gesehen habe ich Leute, die in den Umkreis Hugenberg gehörten, also Deutschnationale. Politiker waren überhaupt selten, ebenso wie sehr etablierte Leute nicht zu Rowohlt kamen. Stresemann zum Beispiel wäre nicht hingegangen. Das gilt auch für die repräsentativen Autoren der Epoche. Die waren dafür zu fein. Ich erinnere mich noch daran, wie Peter Suhrkamp über Gerhard Hauptmann lästerte: „Der ist ja nicht mehr zu bezahlen. Wenn man ihn einlädt, will er gleich eine Etage im Adlon haben und dazu noch eine, die garantiert vor jedem Lärm geschützt ist.“

'Allo 'Allo! – eine göttliche Komödie

Wilhelm HOPF

Lang lang ist es her. Es gab Zeiten, vor 40 Jahren als Unterhaltung nur unterhalten sollte. In Großbritannien zumal. Davon zeugt die Serie „'Allo 'Allo!“ mit der bemitleidenswerten Hauptfigur René Artois. Er stand vor der Aufgabe, sein Café in einer französischen Kleinstadt an der Kanalküste durch die Wirren des Zweiten Weltkrieges zu führen. Und dies war nicht einfach! Es traten auf: der humpelnde Herr Flick von der Gestapo, die deutschen Besatzungstruppen, darunter ein Militär wie aus dem Bilderbuch, Major-General von Klinkerhoffen, aber auch der korrupte und faule Kurt von Strohm und Leutnant Gruber, der mit seinem kleinen netten Panzerwagen durch die Gegend fuhr und dessen sexuelle Orientierung es eigentlich in der Nazi-Armee hätte gar nicht geben dürfen. Dies war bei der blonden Helga, einer Sekretärin, ganz anders. Die Militärs, zu denen auch ein italienischer Kolonell zählte, waren im Wesentlichen bestrebt, es sich in Frankreich gut gehen zu lassen. Natürlich konnte man seine Aufgaben nicht ganz vernachlässigen, dazu zählte es auch abgeschossene britische Piloten ausfindig zu machen. Aber diese wurden von René, der Dorfbevölkerung und der aus sehr attraktiven Damen bestehenden Resistance bestens beschützt. Die Flieger waren allerdings nicht besonders clever, die Widerstandsdamen etwas übereifrig und alle in René verliebt, wie auch seine Kellnerinnen. Man könnte fast vermuten, dass es nach dem Drehbuch im Wesentlichen darum ging, ein Madonnenbild, das sexistisch beschrieben wurde und wohl nicht zuletzt deswegen so begehrt war, einerseits zu rauben (worin sich die Gestapo und Wehrmacht versuchten), andererseits zu beschützen, war es doch ein französisches Heiligtum.

Die Sendung verstieß in jeder Hinsicht gegen das, was man als „korrekt“ aus heutiger Sicht bezeichnet.

„'Allo 'Allo!“ erfreut sich bis heute nicht nur in Großbritannien einer Fangemeinde, immerhin wurde die Serie auch in anderen Ländern

wie etwa Holland ausgestrahlt. In Großbritannien belegte sie Platz 13 der beliebtesten Serien. Es kann deshalb nicht überraschen, dass man vor einigen Jahren bei der BBC überlegte, sie in der einen oder anderen Weise wiederzubeleben. Aber schnell wurde das Vorhaben gestoppt: Man fürchtete die sensiblen Zeiten, überall wäre es deshalb wohl zu „Beleidigungen“ gekommen. Dabei bekamen alle ihr Fett weg. Comedy ist zu einem wahrhaft schwierigen Geschäft geworden. Auch die Harald-Schmidt-Show kann es heute nicht mehr geben!

Roald Dahl: Alle Schattenseiten geschönt

Gina THOMAS

Seine Ansichten waren oft abscheulich, seine Bücher wurden von Generationen geliebt: Jetzt werden Roald Dahls Bücher von anstößigen Ausdrücken gesäubert.

Um Roald Dahl ist es seit seinem Tod vor mehr als dreißig Jahren nie still geworden. Die Marke Dahl beschert den Eignern jedes Jahr Millionengewinne durch Neuauflagen oder Verfilmungen. Darüber hinaus sorgen Dahls Ansichten immer wieder für Zündstoff. Sein unverblümter Antisemitismus veranlasste die Nachkommen vor einigen Jahren, sich für „den anhaltenden und verständlichen Schmerz“ zu entschuldigen, den seine Bemerkungen hervorriefen. Diese seien unverständlich und stünden in scharfem Kontrast zu dem Mann, den die Familie gekannt habe, und zu den Werten im Zentrum seiner Geschichten, die Generationen junger Menschen positiv beeinflusst hätten.

Nach Ansicht seiner Verleger verstößt Dahl jedoch in seinen Kinderbüchern so sehr gegen das Empfinden heutiger Leser, dass nun die Texte durchgekämmt und im Sinne der zeitgeistlichen Korrektheit entgiftet und abgeschwächt werden, um zarte Seelen vor schockierenden Begriffen und Vorstellungen zu bewahren. Bei dieser Arbeit schaut den Lektoren eine Organisation mit dem Orwellschen Namen „Inclusive Minds“ über die Schulter, die sich als „Kollektiv für Menschen mit einer Leidenschaft für Inklusivität und Zugänglichkeit in der Kinderliteratur“ bezeichnet.

Die wahnsinnige Welt der Erwachsenen

Der Erfolg von Dahls makabren Geschichten beruht nicht zuletzt darauf, dass er Kinder in eine phantastische Welt transportiert, die noch wahnsinniger ist als die Erwachsenenwelt ihres Alltags, auf die sie sich

keinen Reim machen können. Seine grotesken und grausamen Beschreibungen sind Bestandteil seiner Fabulierkunst, deren Schärfe jetzt neutralisiert wird.

Dahl sträubte sich zu Lebzeiten gegen abschwächende redaktionelle Eingriffe. Inzwischen dürfen Figuren vor Schreck nicht mehr „so weiß wie ein Bettlaken“ werden. Stattdessen erstarren sie wie eine Statue. Dem freundlichen Riesen wird der schwarze Mantel entzogen. Auch schwarze Maschinen sind wie Diskriminierungen gegen Tiere, darunter die zurückgebliebenen Schildkröten in „Ottos Geheimnis“, die jetzt weder aus Afrika kommen noch zurückgeblieben sind, verboten.

Beförderungswelle im Kinderbuch

Jeder Hinweis auf Übergewicht ist ein Tabu. Augustus Gier, der in der englischen Fassung von „Charlie und die Schokoladenfabrik“ enorm fett ist, ist jetzt nur noch enorm. Aus den riesigen Fettwülsten sind Wülste geworden, sein Gesicht ähnelt nicht mehr einem „monströsen Klumpen“, sondern bloß einem Klumpen. In „Hexen hexen“ sind Kassierinnen und Stenotypistinnen zu Spitzennaturwissenschaftlerinnen und Geschäftsführerinnen befördert worden.

Aus der Passage, in der Dahl die Macht der Bücher beschreibt, Lesern neue Welten zu eröffnen, reist seine Protagonistin Matilda in ihrer Phantasie nicht mehr mit Rudyard Kipling nach Indien, auch Joseph Conrad ist getilgt. An deren Stelle begleitet Matilda Jane Austen ins neunzehnte Jahrhundert und John Steinbeck nach Kalifornien. Wie sollen Leser das Herz der Finsternis kennenlernen, wenn alle Schattenseiten geschönt sind?

Wer darf die Sprache lenken?

Volker LADENTHIN

Sprechen und Denken

Der enge Zusammenhang von Sprache und Denken ist seit der Antike bekannt und die Reflexion hierüber erreichte im deutschen Sprachbereich einen neuen Höhepunkt bei Wilhelm von Humboldt und zuvor bei den sprachkritischen Aufklärern Johann Georg Hamann (*Metakritik über den Purismus der Vernunft*, 1784: Das „ganze Vermögen zu denken *beruht* auf der Sprache“) und Johann Gottfried Herder (*Über den Ursprung der Sprache*, 1772): „Ohne Sprache hat der Mensch keine Vernunft und ohne Vernunft keine Sprache.“

Trotz aller Differenzen untereinander stellt diese Sprachphilosophie die einheitliche Grundthese dar, die im Widerspruch zu jener Linguistik steht, die sich an Ferdinand de Saussure orientierte. Der nämlich hatte den Zusammenhang von Zeichen und Bezeichnetem als konventionell, also willkürlich angesehen, hatte das Gemeinte vom Gesagten unterschieden (*horse* und *Pferd* meinen das Gleiche), während die genannten Autoren Sprache als Weltsicht begriffen. Aus diesem Verständnis der Sprache als *Weltsicht* scheint zu folgen: Wer ideologisch kontaminierte Begriffe („entartete Kunst“) oder Sprachformen (generisches Maskulin) benutzt, tradiert die in der Sprache geronnenen Weltanschauungen weiter.

Wann beginnt eine Kontaminierung? Sicher bereits dort, wo der andere eine andere Auffassung zum Ausdruck bringt, als man selbst für richtig hält. Ob eine *betriebsbedingte Entlassung* oder eine *Freisetzung von Mitarbeitern* vorliegt, ist nicht nur ein Streit um das passende *wording*, sondern zeigt unterschiedliche Perspektiven auf die Welt. Individueller Sprachgebrauch ist also durch je unterschiedliche Perspektiven gekennzeichnet. Diese unterschiedlichen Perspektiven lösen einen Dis-

Wer darf die Sprache lenken?

kurs aus, bei dem die jeweiligen Perspektiven ihre Geltungsgründe austauschen und prüfen.

Diese unterschiedlichen Perspektiven müssen möglich sein, denn es gibt niemanden, der alles weiß – der also diesen Diskurs schlichten könnte. Wird nun aber vorgeschrieben, wie die Welt bezeichnet werden muss, verwandelt sich ein Diskurs in ein Diktat. Der Grund hierfür liegt in der Voraussetzung, dass Sprache und Denken untrennbar sind: Weil das Sprechen mit dem Denken so eng verbunden ist, dass wir ohne Sprache keinen klaren Gedanken fassen könnten, muss das Sprechen ebenso frei sein, wie das Denken. Ebenso wenig wie der Staat das Denken regulieren darf, darf er das Sprechen regulieren.

Kann man die Sprache verändern?

Der Mensch kann die Sprache auf vielerlei Weise verändern. Zum Beispiel dadurch, dass bestimmte Worte nicht mehr benutzt werden (wer sagt heute noch *gebenedeit*?); man kann andere als übliche Worte benutzen (der Synonym-Duden macht Vorschläge); man kann Worte umdefinieren und umwerten: Noch vor wenigen Jahrzehnten war *schwul* als Wort deutlich diffamierend – heute ist es Leitbegriff der *Schwulenbewegung* geworden. Man kann auch neue Worte erfinden („unkaputtbar“), Fremdworte eindeutschern (aus *cakes* machte die Firma Bahlken *Keks*). Man kann selbst die Grammatik verändern: Der Genetiv nach *wegen* schwindet (wegen dem Auto/wegen des Autos).

Sprache verändert sich also nicht nur „organisch“ (wie die Romantiker sagten), sondern sie kann aktiv verändert werden. Diese Veränderung kann nun zentralisiert werden: Berühmt wurden die Versuche der barocken Sprachgesellschaften, die Sprache zu lenken. Sie echauffierten sich über die vielen französischen Wörter in der deutschen Sprache, schlugen Eindeutschungen vor. Allerdings setzte sich kaum einer ihrer Vorschläge durch. Die Ablehnung von Fremdwörtern war oft nationalistisch motiviert („Wenn wir erst wieder reines Deutsch sprechen, geht es Deutschland besser.“), so dass sich Theodor W. Adorno mit einem erstaunt-wütenden Aufsatz dagegen verwahrte, ihm den Gebrauch von Wörtern aus der Fremde zu versagen.

Im Hinblick auf die Frage, ob man Sprache ändern kann, ist also zu unterscheiden zwischen einem *Sprachwandel*, der individuell ausgelöst ist und zufällig scheint, und einer *Sprachlenkung*, die intentional und organisiert erfolgt.

Beim *Sprachwandel* verändert der einzelne Sprecher die Sprache, weil er etwas Bestimmtes sagen will und daher richtig sprechen möchte; sachliche und situative Aussageabsichten bestimmen den aktuellen Gebrauch, dem andere bei Zustimmung folgen können.

Bei der *Sprachlenkung* will eine Gruppe aus *grundsätzlichem* Interesse die Sprache verändern, ohne aktuell eine Aussageabsicht zu haben. Sie will zudem auf institutionellem Weg durchsetzen oder gar erzwingen, dass die anderen Sprachteilnehmer ihrem Vorschlag folgen müssen.

Im *Sprachwandel* artikuliert sich die Veränderung der Weltansicht durch die Mehrheiten in der Sprachgemeinschaft, die sie vollziehen. Bei dem Versuch der *Sprachlenkung* will eine Minderheit der Sprachgemeinschaft die Mehrheit nötigen, Welt und Gesellschaft nach den Vorstellungen der bisherigen Minderheit zu betrachten. Die Sprachgemeinschaft wird durch Sprachherrschaft ersetzt.

Wer kann die Sprache lenken?

Indirekt ist bereits deutlich geworden, dass *Sprachwandel* unkontrollierbar ist, während *Sprachlenkung* in der Kontrolle ihre Absicht hat. Um diese Kontrolle ausüben zu können, bedarf die *Sprachlenkung* der Mittel und der Sanktionen, über die der einzelne Sprecher (im *Sprachwandel*) nicht verfügt.

Während der *Sprachwandel* allein durch *Akzeptanz* aller Sprachteilnehmer erfolgt, will die *Sprachlenkung* eine Übernahme von Sprachregelungen *erzwingen*. Dabei bedienen sich die, die die Sprache der anderen lenken wollen, der Institutionen und ihrer Mittel, denen gegenüber der einzelne Sprachteilnehmer ohnmächtig ist. Bei Sprachnormabweichungen zum Beispiel in einer Familie sind die Eltern nicht gezwungen, die neuen Vokabeln ihrer Kinder zu übernehmen („geil!“). Werden dagegen Vorschriften oder informelle Erwartungen für die Formulierungen

Wer darf die Sprache lenken?

von Nachrichten erlassen, *müssen* sich Journalisten und Agenturen daran halten.

Sprachwandel erfolgt im Dialog face to face; die Sprachlenkung erfolgt durch strukturelle Institutionalisierung und durch Ansprache an ein entindividualisiertes Massenpublikum. Die Hörer und Zuschauer „da draußen an den Geräten“ können sich zwar individuell dem Lenkungsversuch entziehen, sehen sich aber als Kollektiv dem Einfluss eines dominanten Mediums ausgesetzt; sie selbst haben erstens keinen Einfluss auf die anderen Sprachteilnehmer und zweitens auch nicht auf das Medium. Sie sind dem Medium ausgeliefert.

Wenn diese Medien noch unverzichtbar sind (wie z.B. Nachrichtensendungen), ist der Wirkungsanspruch nicht-dialogischer Kommunikation noch höher. Ein Mittel, das ausschließlich zu existenziellen Grund-sicherung bestimmt war, wandelt sich allein auf Grund seiner *sozialen* Funktion zum *mental*en Herrschaftsmittel: *Wes Brot ich ess, des Lied ich sing(en muss)*.

Sprachlenkung benutzt Leitmedien, hat eine epistemische Monopolstellung und spricht monologisch eine große Zahl untereinander nicht vernetzter Sprachteilnehmer an. Damit hat das öffentliche Sprechen eine so große Macht, dass der Sprachgebrauch der Medien nicht mehr als *individuelle* Geschmackssache verstanden werden kann.

Wer darf die Sprache lenken?

In den schrecklichen Religionskriegen entstand die Regel *cuius regio, eius religio*: Wer herrscht, bestimmt, was die Untertanen glauben müssen. Wir empfinden dies heute als unanständig. Daher wurde im Grundgesetz die Idee der Religionsfreiheit verankert. Das bedeutet nun keineswegs, dass Gläubige eine bestimmte Konfession nicht als die allein richtige ansehen dürfen, und alle anderen als falsch. Aber der Staat hat nicht das Recht, eine dieser Deutungen administrativ als die einzig richtige durchzusetzen.

Artikel 3,3 des Grundgesetzes nennt weitere Bereiche, die von staatlichen und sozialen Regelungsmöglichkeiten explizit ausgeschlossen werden sollen: „Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Ab-

stammung, seiner Rasse, *seiner Sprache*, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.“

So, wie der Staat seinen Bürgern nicht vorschreiben darf, welche Religion sie ausüben oder welche politischen Anschauungen sie haben sollen, so darf er gemäß Art. 3,3 auch nicht sanktionieren, welche Sprache jeder einzelne spricht. Das Grundgesetz will also bei der Religion und Sprache Vielfalt sichern.

Eine Demokratie hat überhaupt nur Sinn, wenn in ihr Vielfalt möglich ist. Wenn alle das Gleiche sagen und mithin das Gleiche denken (Sprechen = Denken), braucht man keine Demokratie mehr. Daher fördert der Staat in der politischen Bildung die Vielfalt. Er *muss* dafür sorgen und sicherstellen, dass es Sprachvielfalt gibt. Der demokratische Staat darf also Sprachen nicht nur nicht lenken; er muss vielmehr darüber wachen, dass niemand (und auch er selbst nicht) den Versuch unternimmt, die Sprache zu lenken. Gerade da, wo er Einfluss hat (in der Verwaltung, in der Kulturpolitik, bei der Medienaufsicht), muss er Sprachwandel möglich machen, aber Versuche der Sprachlenkung unterbinden. Denn nur so ist das Gemeinwohl durch Mannigfaltigkeit (der Grundgedanke der Demokratie) gesichert.

Der Staat hat nicht vorzuschreiben, wie seine Bürger zu sprechen haben; er muss vielmehr sichern, dass Mannigfaltigkeit und Dialog möglich sind, solange sie sich im Rahmen der Gesetze bewegen. Sprachgesetze jedenfalls darf der Staat nicht erlassen und machtbesetzte Sprachgebote nicht einmal zulassen – weil dies Denkgesetze wären und der Idee der Demokratie fundamental widersprechen. *Die Aufgabe des Staates ist es, Versuche der Sprachlenkung zu unterbinden, damit Sprachwandel stattfinden kann:* Jeder muss so sprechen können, dass er seine Gedanken angemessen auszudrücken vermag. Die notwendige Normativität des Sprachsystems (es gibt *Katzenstreu*, aber nicht *Katerstreu*), entsteht *allein* aus der Deskription des Sprachzustandes, ist also immer *nur* empirisch. Zur Beschreibung wird ein repräsentativer Korpus bestimmt, der den Sprachgebrauch der Mehrheit abbildet. Aus ihm werden die Normen für öffentliches Sprechen abgeleitet. Sie allein sind in Bil-

Wer darf die Sprache lenken?

dungsinstitutionen, Verwaltung und staatlich gestalteter Öffentlichkeit verbindlich.

Partielle Lenkungsabsichten dürfen keine machtgestützte Normativität entwickeln. Sprachlenkung widerspricht sowohl der Sprachfreiheitsforderung des Grundgesetzes als auch der Idee der *Sprachgemeinschaft*.

Würde man aus Lenkungsabsichten ein Sprachsystem schaffen (der Korpus zur Sprachbeschreibung bildet Interessen von Interessengruppen oder ein Sollen ab), wäre man auf dem Weg zu einer Esperanto-Sprache oder zu einer Doppelzüngigkeit zwischen öffentlicher und privater Sprache, wie sie aus Diktaturen bekannt ist.

Es darf also niemand die Sprache lenken, aber jeder hat Verantwortung für einen sinnvollen Sprachgebrauch. Das ist die Ambiguität, mit der eine Demokratie lernen muss umzugehen: Man mag das generische Femininum und feminine Kollektivsingulare (die Klasse, die Sprachgemeinschaft, die Menschheit) für falsch halten (weil man unterstellt, dass Männer grammatisch hier nicht sichtbar wären), aber man muss akzeptieren, dass diese Sprachformen im System der aktuellen Sprache strukturell im Gebrauch sind. Und der Staat muss gewährleisten, dass jedes Mitglied der Sprachgemeinschaft diese Formen in allen, auch *öffentlichen* Texten gebrauchen kann, wenn es regelgerecht sprechen will. Zu gewährleisten, dass aktuelle Regeln der Sprachgemeinschaft sanktionsfrei genutzt werden können, ist eine Aufgabe des demokratischen Staates.

Was ist wichtiger als Menschenrechte? Antwort: „Korrekt“ gendern

Christwart CONRAD

Die Schweizer Sektion von Amnesty International gibt im Juni 2021 einen sogenannten „Leitfaden inklusive Sprache“ heraus. Daran ist zunächst nichts Ungewöhnliches in diesen Zeiten. Fast alle deutschsprachigen Organisationen, die sich zu den moralisch Guten zählen, betonen dies auf Kosten der Sprache. Auf Nachfrage erklärt die Bildungsverantwortliche Michelle Meier, es handle sich bloß um eine „Handlungsempfehlung“. Zudem werde ein Glossar (beides verlinkt in: <https://www.amnesty.ch/de/ueber-amnesty/inklusive-sprache/inklusive-sprache-uebersicht>) geführt, in dem Begriffe erläutert werden, auch solche, die sie als Menschenrechtsorganisation nicht verwenden sollten. Ausdrücklich behauptet sie: „Eine Liste von “verbotenen Wörtern,“ gibt es nicht.“ Dann ist ja alles gut? Nicht ganz.

Einige Monate zuvor startete man mit einem Schweizer Spieleautor, Urs Hostettler (<https://www.facebook.com/urs.hostettler>), eine Zusammenarbeit, um eine besondere Ausgabe zu ANNO DOMINI gemeinsam herauszugeben. Diese sehr erfolgreiche Kartenspielreihe, die zu verschiedenen Themen auf witzige Art Spieler den zeitlichen Ablauf weitgehend unbekannter Ereignisse einschätzen lässt, etwa zu den Themen *Erfindungen*, *Flopps* oder *Sex & Crime*, sollte um eine Edition „Menschenrechte“ in Kooperation mit Amnesty erweitert werden. Eine Vorauswahl mehrerer hundert Ereignisse war bereits getroffen, da soll absprachewidrig sprachlich nachgebessert werden. Amnesty besteht auf „Kreuzritter*innen“, „Kolonialist*innen“, „Indigenenhäuptlinge“, moniert den Begriff „Sklavenhändler“, verlangt detaillierte Erläuterungen und vieles mehr.

Hostettler versucht, sich zu wehren. Zum einen passe auf die kleinen Spielkärtchen nur sehr wenig Text, zum anderen drohe der Sachverhalt

Was ist wichtiger als Menschenrechte? Antwort: „Korrekt“ gendern

unverständlich zu werden. Ein einziges erlaubtes Wort wie „Indigene“, das nun Indianer, Polarvölker, Südseeinsulaner, Aborigines usw. bedeuten soll, sei unzureichend. Wenn Ethnien und Menschengruppen nicht mehr charakterisiert werden dürften, sondern nur noch umschrieben, ließen sich Ereignisse zur Unterdrückung dieser Ethnien kaum mehr kurz formulieren. Es sei absurd und traurig, so der Autor, dass „ausgerechnet ein Spiel zum Thema Menschenrechte, von allen Beteiligten gut gemeint und mit Optimismus angegangen, an zum Menschenrecht erklärten Sprachvorschriften scheitert“.

Ist gendern jetzt ein Menschenrecht?

Dabei ist er selbst durchaus zur Avantgarde des Gendersprechs zu zählen, war sein Verlag Fata Morgana doch der erste, der – vor vielen Jahrzehnten – das pseudogenerische Femininum in seinen Spielanleitungen verwendete, worin durchgängig von „Spielerinnen“ die Rede war, ohne männliche Spieler ernsthaft fernhalten zu wollen. Ausdrücklich unterstützt er die Bemühungen um eine „inklusive, nicht diskriminierende Sprache“. Grundsätzlich. Die exzessiven Forderungen von Amnesty aber gehen selbst ihm zu weit und er beklagt: „Unter Amnesty-Label werden keine sprachlichen Menschenrechtsverletzungen geduldet.“ Tatsächlich sieht es so aus, als ob Amnesty das Gendern zum Menschenrecht erhoben hat, was offenbar schon auf fruchtbaren Boden gefallen ist. Spielekritiker Fabian Ziehe spricht in seinem Artikel in der *spielbox* des Nostheide-Verlages, der größten Zeitschrift zu Brettspielen, in Heft 2 dieses Jahres in seinem ausführlichen Artikel über diesen Vorfall vom Recht auf eine inklusive, diskriminierungsfreie Sprache. Michelle Meier leitet dieses Recht vom Verbot der Diskriminierung im Artikel 2 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte sowie im Art. 8 Abs. 2 der Schweizer Bundesverfassung ab: „Darauf stützen sich unsere Bemühungen zu einer diskriminierungsarmen Sprache. Alle Menschenrechte sind gleichrangig und unteilbar.“ Wer aber von einem Recht spricht, wird unglaubwürdig, wenn er dessen Instrument zur Durchsetzung scheinheilig als bloße „Empfehlung“ oder harmlos klingenden „Leitfaden“ deklariert.

Die Zusammenarbeit ist gescheitert; das Projekt wurde einvernehmlich beendet. Der Autor hofft auf sprachlich lockere Zeiten und auf ein Einsehen der „Sprachinquisitor*innen“, sodass Schreiben irgendwann wieder mit Spaß, Fantasie und variablem Ausdruck erlaubt sein wird.

Zusammenfassend hier folgende Kernaussagen zu den Auswirkungen der Gender-Praxis anhand obigen Beispiels:

1. Erstmalig verhindert eine (exzessive) Genderforderung die Veröffentlichung eines Spiels.
2. Eigentlich sinnvolle Projekte werden durch Anforderungen, Gender-sprache zu verwenden, torpediert.
3. Der Beweis ist hiermit erbracht, dass die sogenannten „Empfehlungen“ der Gender-Aktivisten in Wahrheit Vorschriften sind.
4. Genderbefürworter untereinander sind sich oft auch nicht einig. Hier stehen exzessive Regelungen situationsangepassten gegenüber.
5. Das Begehren der Genderbefürworter scheint unaufhaltsam in seinen Ausmaßen; inzwischen steht ein „Recht auf Gender-Sprache“ im Raum. AI CH suggeriert, gendern wäre ein zu den anderen gleichrangiges Menschenrecht.

Drei Zigeuner

Dieter KALKA

Wird nun eins der schönsten romantischen Gedichte „Drei Zigeuner fand ich einmal“ aus den Schulbüchern oder vom Lagerfeuer verbannt?

Oder ändert man den Vers von „Drei Zigeuner“ in „Drei Sinti und Roma fand ich einmal“?

Was nun? Zwei Roma und einen Sinti oder nur einen Roma? Oder „Drei Sinti, Roma und Kalderas fand ich einmal?“ Muß ich auch die anderen hundert Zigeunervölker in den Vers einbauen?

Auch das wäre zu wenig, denn es müßte zwei *Roma*innen* und *Sinti*innen* heißen oder, wenn man noch genauer hinschaut und Cinto gendert, heiße das *Cinto*innen*, oder läßt man das „o“ dann einfach weg? Darf man das? Sind das die Fragen der Neuzeit an die deutsche Sprache?

Manche treiben es noch bunter, da würde „einx Romarex und einx Sintix“ herauskommen.

Sicher wird die *DüüIn* bald ein Nachschlagewerk zum Gendern anbieten. Was heißt „wird“, da gibt’s schon einiges.

Aber die Ersatzbenennung „Sinti und Roma“ ist fraglich, es gibt noch eine Unzahl von anderen Gruppen Fahrender: Lovara, Lalleri, Manouche, Jerli, Gitanos.

Und ich hoffe, meine so reiche Sprache wird bald ein Wort bereit halten, das sie alle meint.

Wer dieses Gedicht noch kennt, weiß, es ist das Hohelied auf’s Zigeunerleben: „Dreifach haben sie mir gezeigt / wenn uns das Leben umnachtet, / wie man’s verträumt, verraucht und vergeigt, / wie man es dreimal verachtet.“

Natürlich ist das romantisierend, und die Roma-Gesänge mit ihren Rufen „Romale! Tschawale!“ haben eine viel ursprünglichere Kraft.

Hier prallen die Meinungen grundsätzlich aufeinander. Während der Zentralrat der Sinti und Roma *Zigeuner* als Schimpfwort betrachtet, nutzt es die Sinti Allianz als Selbstbezeichnung.

Tibor Racz zum Thema, zitiert aus der taz: „Mit dem Gebrauch politisch korrekter Begriffe stellt sich nicht unmittelbar Respekt ein? ... Das Wort Roma ist scheinheilig. Wir sind Zigeuner ... Und jetzt – ich hoffe, daß das kein Kannibalismus ist – esse ich ein Zigeunerschnitzel.“

Ich erinnere mich an Rigó und Dankó, die beiden *Cigány hegedűművész*, wie sie sich selber nannten, mit denen wir unsere Instrumente nach gemeinsamem Spiel getauscht hatten – Mitte der 80er, in Ungarn. Wie sie unsere Melodien aufgenommen, abgeschmeckt und für sich adaptiert hatten, mit Rhythmuswechsel und Ritardandos, und dann kam etwas ganz eigenes heraus – allein dem beizuwohnen, war ein Schmeckerchen. Mit zwanghaften Sprachvorgaben macht man solche Erfahrungen zunichte und damit auch die gegenseitige Wertschätzung.

Die Begegnung mit Rigó und Dankó hatte Folgen. Uta, meine Begleiterin, die mit ihnen ihre Geige getauscht hatte, spielte fortan Roma-Lieder mit ihrer Band und wurde eine beachtliche Zigeuner-Diva. Darf man das von einer Deutschen sagen?

Ja – nun steht's da.

Daß mit den Begriffen bittere Erfahrungen verbunden sind, ist bekannt. Bei den Sinti oder Cinto und ihren vielen Splittergruppen ist man sich selbst nicht recht einig. Aus den eigenen Reihen heißt es: „Eine Zensur oder Ächtung des Begriffs Zigeuner, durch wen auch immer, sollte und darf es nicht geben.“

Meine Vorstellung aber vom freien Leben ist eng verbunden mit dem Wort *Zigeuner*.

Streiche ich das Wort, fehlt mir das Gefühl von Freiheit. Wäre das schlimm?

Das Wörtchen „native“ hat schon eine Zeit lang Einzug gehalten in Kaufhausregale als „natives Olivenöl“ und ist damit in der Gesellschaft angekommen. In den Universitätsstübchen der Ethnologen schmorte es jahrzehntelang als wissenschaftlicher Ausdruck für „Eingeborene“ oder

„Ureinwohner“. Jetzt huschte dieser Begriff aus den Lehrbüchern in die Medien, zum Beispiel als „Native Americans“.

Man vermeidet inzwischen das Wort „Indianer“, weil es eine Fremdbenennung ist; und da nichts anderes existiert in unserem Vokabular von nur fünf Millionen Wörtchen, bedient man sich im *American Sprachshop*.

Aber auch „немецкый“ für die Deutschen in der slawischen Welt ist eine Fremdbenennung. Werden Russen, Polen und Slowaken ihre Sprache ändern und uns *Deutschski* nennen? Und, tun sie uns damit einen Gefallen?

Für einen Polen ist die Selbstbezeichnung „Polak“. Bei uns aber wirkt „Polacke“ ungefähr so freundlich wie „Schrupfgermane“.

Tun wir unseren Nachbarn einen Gefallen, indem wir ihre Selbstbezeichnung übernehmen?

Die *ZDF*in* hat schon eine Lösung dafür: *Pol*innen*.

Die werden sich freuen, vor allem die Nönnchen vom fünften Geschlecht. Der heilige Karol Wojtyła dreht sich ein letztes Mal im Grabe um und exkommuniziert *wszyscy Niemcy*, also alle Deutschen.

Selbst die Satiresendung Extra 3 greift inzwischen bei dem Wort *Indianer* auf Fremdsprachen zurück: *Native Americans*.

Was da emotional bei mir mitschwingt? Rein gar nichts.

Das ist so wie in der DDR, als man versuchte, Worte wie „Weihnachtengel“ auszutauschen in „geflügelte Jahresendfigur“, um den christlichen Bezug zu vermeiden.

Das spontane Sprechen ist so gut wie unmöglich geworden. Ständig rutscht ein Wörtchen heraus, das besser verborgen geblieben wäre – für die angelegten Ohren der Sprachpolizei.

Der Dakota-Poet Tom LaBlanc allerdings benutzte in seinen Interviews die Bezeichnung „American indians“.

Darf der das?

Die Schicksale dieser herrlichen Völker haben mich berührt, als ich in meiner Kindheit die Indianerfilme der DEFA sah. Ich habe ihre Lebensart bewundert. Nun habe ich nicht einmal mehr ein brauchbares Wort für sie.

Wieder ein Stück Heimat verloren, könnte man meinen. Meine Vorstellung vom freien Menschen ist eng verknüpft mit diesen acht Buchstaben: *Indianer*. Was da alles mitschwingt: die DEFA-Filme mit Gojko Mitić, Bücher über die großen Stammesführer und ihre Biografien, die Rede von Häuptling Seattle, die Mythen der Hopi und ihre Rituale, die Autobiographie des Medizinmannes Lama Deer, die Lyrik von Tom LaBlanc, den ich zu einer Lesung kennenlernte, die Berichte über gigantische Bauwerke wie die Mounds, die Schwitzhütten im Umland von Leipzig und natürlich die Legende um die wunderbare Prinzessin Pocahontas.

Für mich und meine Freunde waren nicht Generäle und Welteroberer Idole, sondern Indianer und Zigeuner. Letztere wegen ihrer Musik.

Um die Jahrtausendwende las ich ein Buch mit indianischer Lyrik und sagte mir: Sie haben über dreihundert Jahre gebraucht, um zu begreifen, was mit ihren Völkern passiert ist. Nun, vielleicht sind Begriffe wie „Native Americans“ erste Reaktionen, eine Identität zu finden, die in den Reservaten verloren gegangen war. Oder mißbraucht als Bezeichnungen für Kriegsgerät wie den Kampfhubschrauber *AH-64 Apache*. Die Sieger schmücken sich gern mit den Namen der Besiegten. Auch die Preußen nannten sich nach den von ihnen ausgerotteten *Pruzen*.

Ich hoffe, daß unsere so reiche Sprache ein brauchbares Äquivalent findet, das den Ureinwohnern Amerikas gerecht wird.

Was im Althochdeutschen wunderbare Wortendungen wie „on“ oder „jan“ waren, wurde in der Mittelzeit abgeschliffen zum stumpfen „en“, und phonetisch bleibt heutzutage nur noch das „n“ übrig. Ein einfacher Satz, mal richtig durchgendet, könnte lauten: *Dasin istinnen einin einfachinnige Sätzin*.

An die Endung „innen“ wird man sich gewöhnen und bald nicht mehr wissen, wie es geschah.

Es kann aber durchaus schlimmer kommen: *einx gutx Lehrx*.

Man muß es laut sprechen!

Hier wird gendet, bis das Blut spritzt.

Sie behandeln die Sprache, als wäre sie ein Leichnam in der Pathologie, wo man eine Nase abschneiden und eine Zehe dafür annähen kann. Man denke dabei an die Sprachentwicklung bei Kindern. Drei schwierige Konsonanten wie *tx=tk*s hintereinander, auch noch am Wortende – ein Achtjähriger kann das vielleicht sprechen. Der Rest? Ausgegrenzt. Die Stotterhäufigkeit würde zunehmen. Jene, die Deutsch als Fremdsprache gelernt hatten, stehen sprachlich wieder vor der Tür. Hundert mal mehr Schaden als Nutzen. Von einer Klangästhetik gar nicht zu reden.

Man sollte aber auch wissen: Leute, die sich so was ausdenken, bekommen das gut bezahlt mit einem Professorengelalt.

Dabei gibt es Worte, die viel schwerer an ihrer Bürde tragen. Das erste, welches sich aufdrängt, ist „Hexe“. Darin klebt immer noch der Brandgeruch des Mittelalters. Aber nehmen wir etwas, das sich gern der gesellschaftlichen Wahrnehmung entzieht: „Wenden“ – eine Bezeichnung für die Westslawen zwischen Elbe und Oder. Die Völker wurden vor tausend Jahren nacheinander ausradiert, und nur ihre Stammesnamen blieben erhalten. Das Wort „Genozid“ gab es damals noch nicht – man nannte es Christianisierung. Sie hinterließen uns ihre Ortsnamen – 97 Prozent in Ostdeutschland sind sorbisch, also wendisch benannt. Und hunderte ihrer Ringburgen, deren Relikte jetzt durch modernste Methoden wieder zum Vorschein kommen.

Dabei lebten die Sorben nur zwischen Saale und Elbe. Aber sie waren die ersten, mit denen die *Thoringer* in Kontakt kamen, die sie letztlich besiegten. Was schert einen Sieger, wie das Volk heißt, das er gerade ausradiert? Also heißen sie heute alle Sorben, die *Lusizi* in der Lausitz, die *Sprewanen* im Spreewald, die *Ukranen* in der Uckermark. Diese Last trägt das Wörtchen „Wenden“. Man weiß, es kommt von *Venedi* aus dem Lateinischen. Die weitere Herkunft liegt im Dunkeln.

„Wende!“ wurde im Mittelalter als Schimpfwort gebraucht. Es deklassierte den Benannten. Umgekehrt, so aufmunitioniert sind diese fünf Buchstaben, bezeichnete man einen Deutschen als „Wende“, mußte man mit dem äußersten rechnen: der Todesstrafe.

Es ist einfach, solche Worte auf den Index zu setzen. Man tilgt damit aber auch die Geschichte.

Und, täte man den Sorben in der Lausitz einen Gefallen, wenn man sie umbenennt in *Native Slavs*? Und das Wendische Museum Cottbus in *Native Slavic Museum*?

Wenn man Firmennamen wie *Eskimo-Café* nicht duldet, dann sollte man auch das *Wendland* streichen, die Gemeinde 57482 *Wenden* in Nordrhein-Westfalen ebenso. Gleichfalls *Altenwenden* und die *Wendener Hütte*. Es gibt viel zu tun! Vielleicht auch ein neues Wort suchen für das Wenden auf der Straße. Oder diese Tätigkeit untersagen. Es beleidigt die *Slavic Natives*?!

Was ist mit den 70 Millionen Opfern des deutschen Expansionsdranges, hauptsächlich nach Osten – allein im letzten Jahrhundert? Im Gegenzug 70 Millionen Wörtchen austauschen? So viele sind aber nicht im Pool.

Mitte der 80er saß ich mit einem Medizinstudenten hinter der Moritzbastei Leipzig. Er erzählte mir unter anderem, daß, wenn Versammlungen stattfinden, den Regenmachern nicht erlaubt sei, ihren Tätigkeiten nachzugehen. Er sah mich an und schmunzelte. Natürlich erwartete er den ungläubigen Blick. Dann legte er nach: Zuerst gehen die Leute zum Doktor. Aber wenn sie wirklich krank sind, gehen sie gleich zum Mediziner, lächelte er, der zukünftige Arzt, um folgende Begebenheit anzufügen: „Einmal habe ich mit ihm zusammengessen, unserem Schamanen, in meinem Dorf, und er hat mir gesagt: Schau dir diesen Baum an! Es ist ein großer Baum, saftig grün. Schau ihn dir in drei Tagen noch einmal an.

Ja, nach drei Tagen waren seine Blätter verwelkt und begannen abzufallen.“

Für mich ist das bis heute die Definition von Afrika und seine für uns nicht zugänglichen Geheimnisse.

Wie hätte ich ihn nennen sollen? Neger? Afrikaner? Schwarzer?

Er hieß Amari.

Und er hatte etwas, das mir seinerzeit fehlte: einen Paß. Er konnte reisen. Ich nicht. Aber er machte, was Reisende tun: erzählen.

Drei Zigeuner

Ebenso wie Vincent, jener Amerikaner, der mich, nachdem ich Anfang der 90er mein Auto geschrottet hatte und trampen mußte, von Koblenz nach Leipzig mitnahm. Wir hatten, auch wegen der Staus, viel Zeit zum Reden. Er übernachtete bei mir und nahm mich tags darauf mit nach Berlin, wo ich drei Tage bei ihm arbeitete. Er war als Soldat in Vietnam und begründete seine damalige Entscheidung. Mir war es fast peinlich, aber er tat es von sich aus. Er lud mich zum Essen in die auf dem Weg liegende Frankfurter Kaserne ein und wollte mir das amerikanische Hauptquartier in Berlin zeigen. Jeden Schwarzen, den er traf, grüßte er, und sie grüßten zurück, und ich, neben ihm herlaufend, grüßte ebenfalls und sah in die Gesichter der Frauen und Männer, sie lächelten zuversichtlich und stolz, und ich war beseelt von ihrem kleinen Glück, das sie ausstrahlten. Drei Tage lang fühlte ich mich verbunden mit der schwarzen Gemeinschaft und wäre das gern auch weiter geblieben. Nur war ich Weißer.

Ihn fragte ich dann auch, wie sie sich selber nennen. *Black People* – meinte er.

Ich bin Erbe der Kolonisatoren, die seine Vorfahren in die Sklaverei schifften. Es gab dieses Zucken im Herzen, dieser Stich Richtung Schuld und mein Gewissen befahl mir, einen Schritt zurückzuweichen.

Es geht nur über solche Begegnungen, das über Jahrhunderte geschaffene Unrecht bewußt zu machen. Das ist schon viel. Eine Einladung. Eine Freundschaft. Ein kleines Geschenk. Jedes Zuviel aber wirkt wie Anbiederei.

Was hätte Vincent gesagt, wenn ich begonnen hätte, mich für seine Rechte einzusetzen?

Er wäre nicht erfreut gewesen und nur aus Höflichkeit hätte er mich freundlich ausgebremst: „Ich glaub“, das kann ich selber!“

Die schwarze Gemeinschaft gab sich Auftrieb mit Gruß und Achtung. Sie verlangte aber nicht, von Weißen oder gar von Vorgesetzten hofiert zu werden.

Das heute oft benutzte *PoC*, Mehrzahl *PoC's* oder *BPoC's*, ist eine Abkürzung von einem Fremdwort. Zweimal verfremdet. Eine Geheim-

sprache? Ein Computerprogramm oder eine Partei? Das Rotwelsch des 21. Jahrhunderts?

Man könnte es ja übersetzen: *farbige Leute*. Bisher ist es ein Begriff, den Insider kennen. Der Rest? Ausgegrenzt.

Ich hoffe, daß unsere so reiche Sprache Begriffe findet, die passen.

Wie war es, nachdem ich als Schwiegersohn im einst deutsch-russisch geteilten Polen aufschlug, als Nazi-Nachfahre? Ich wurde empfangen mit offenen Armen! Vernahm nie einen Vorwurf! War es Zufall, daß ich mir eine Polin suchte, auch noch eine, deren Großmutter Auschwitz überlebte?

Es geht nur so. Das Leben treibt einen immer wieder in die Steinbrüche der Schuld. Geplante Freundschaft, befohlene Reue, wie sie in der DDR Tagesordnung war, dringt nicht unter die Haut.

In meiner Jugend hat man es uns im Ausland immer wieder spüren lassen, wessen Kinder wir waren. In Prag saß ich mit dem „Teutonen“ im Park an der Moldau. Er war rothaarig, kräftig, weißhäutig, wir beide zwölf Jahre nach dem Ende des Infernos geboren. Ein Tscheche setzte sich zu uns und begann mit wüsten Beschimpfungen: „Eure Eltern sind Nazis? . . . wir haben in Prag gejubelt, als wir die Bomben von Dresden hörten – ja, es tönte bis hierher!“

Wir hörten ihm lange zu und immer wieder sagte er zu meinem Kumpel: „Du Teutone! Man sieht es dir an! Red‘ dich nicht raus!“

Wir verteidigten uns mäßig. Es hatte keinen Zweck. Seine Argumente schoß er wie Pfeile ab. Bis er sich uns in die Arme warf, weinte und dankte, daß er es aussprechen durfte. Uns träfe doch keine Schuld, fügte er an. Wir sind doch Nachgeborene, und er ist froh, uns in Prag getroffen zu haben.

Etwas von dieser Demut wünsche ich den sogenannten Vorkämpfern für die neuerliche Gerechtigkeit, die den Namen nicht wert ist.

Wenn jene selbsternannten Kontrolleure, also die Nachfahren derer, die die Slawenvölker zwischen Elbe und Saale vernichtet hatten, ihre Arbeit beendet haben mit der *Angleichung* der deutschen Literatur von Walter von der Vogelweide bis heute, ist dieses Lenau-Gedicht hinüber. Dann

Drei Zigeuner

wären wir wirklich arm dran. Analogien zur chinesischen Kulturrevolution drängen sich auf. Die Erinnerung an einen Maler wird wach, den die Münchener Kunstakademie nicht zugelassen hatte. Das ist so lange nicht her.

Die Literatur bis Ende des 20. Jahrhunderts ist männlich dominiert. Soll die nun deswegen weg.

Gretchen: Wo ist die Rübe, Wilhelm?

Mark TWAIN

Jedes deutsche Nennwort hat sein Geschlecht, aber in der Verteilung liegt weder Sinn noch Methode. Infolgedessen bleibt nichts weiter übrig, als jedes Wort mit seinem Geschlecht besonders auswendig zu lernen. Aber dazu gehört ein Gedächtnis vom Umfang eines Geschäftshauptbuches. Im Deutschen ist „das junge Mädchen“ geschlechtslos, Rübe dagegen nicht. Man beachte die übertriebene Hochschätzung, die damit der Rübe zuteil wird, und die bittere Verachtung dem jungen Mädchen gegenüber. Aber man muss es gedruckt lesen! Ich gebe hier ein Stück aus einem deutschen Schulbuch wieder:

Gretchen: Wo ist die Rübe, Wilhelm?

Wilhelm: Sie ist in die Küche gewandert.

Gretchen: Wo ist das vollendet hübsche englische junge Mädchen?

Wilhelm: Es ist in die Oper gegangen.

Um bei den Artikeln der deutschen Sprache zu bleiben: Baum ist männlich, seine Knospen sind weiblich, seine Blätter sächlich; Pferde sind geschlechtslos; Hunde männlich; Katzen, auch wenn man Kater meint, weiblich; eines Menschen Mund, Nacken, Busen, Ellbogen, Finger, Fingernägel, Füße und Leib sind männlichen Geschlechts, der Kopf dagegen kann auch sächlich sein, wenn man dafür das Wort Haupt gebraucht. Es kommt dabei gar nicht auf das Geschlecht seines Trägers an. Infolgedessen haben die deutschen Frauen entweder männliche Köpfe oder geschlechtslose Häupter. Nase, Lippen, Schultern, Brüste, Hände, Hüften oder Zehen wiederum sind weiblichen Geschlechts; Haar, Augen, Ohren, Kinn, Beine, Knie, Herz und Gewissen haben dagegen gar kein Geschlecht. Vermutlich hat der Schöpfer dieser Sprache Gewissen nur von Hörensagen gekannt.

Aus dieser Zergliederung geht hervor, dass, wer sich in Deutschland für einen ganzen Mann hält, bei näherer Betrachtung seine Zweifel

daran hegen muß. Denn bei Lichte besehen, entdeckt er sich als höchst komisches Mischwesen. Wenn er sich indessen schließlich mit dem Gedanken tröstet, dass wenigstens ein Drittel seines Gemengsels unzweideutig männlich ist, muss er sich doch schon im nächsten Augenblick wieder gestehen, dass er in dieser Beziehung nicht besser dran ist als jede Frau oder Kuh im Lande.

Durch irgendein Versehen des Schöpfers der deutschen Sprache ist eine Frau weiblich, ein Weib dagegen nicht, was doch wirklich ein Unglück ist. Das Weib hat, wie gesagt, kein Geschlecht, sondern ist sächlich. Obwohl nun nach der Grammatik ein Fisch männlich ist und seine Schuppen weiblich sind, ist ein Fischweib keines von beiden. Einem weiblichen Wesen keine Geschlechtsbezeichnung zu geben, ist schlimm. Aber man kann des Guten auch zuviel tun. Der Deutsche nennt einen Mann aus England „Engländer“, zur Bezeichnung der Frau hängt er die Silbe „in“ an, sagt also Engländerin. Das sollte, denke ich, genügen, aber dem Deutschen ist es nicht genau genug. Also stellt er noch die Artikel „die“ voran, damit ja kein Zweifel daran aufkommt, dass die genannte Person tatsächlich weiblichen Geschlechtes ist. Ich muss sagen, dass ich das des Guten zuviel finde.

Hat man nun glücklich eine größere Anzahl Substantiva mit ihren Artikeln gelernt, dann fangen die Schwierigkeiten wieder von vorn an, denn es ist eine Unmöglichkeit, sich daran zu gewöhnen, Dinge mit „er“ und „sie“ zu bezeichnen, die man sein Leben lang „es“ genannt hat. Ja, selbst wenn man einen Satz mit allen „ihms“ und „ihrs“ in Gedanken richtig geformt hat und sich ein Herz fasst und ihn anspricht, geht die Sache schief, und sämtliche, so mühselig erarbeiteten Maskulina und Feminina kommen als Neutra von den Lippen. Wer leise liebt, setzt dauernd sein gewohntes „es“, wo er doch in nachfolgender Weise lesen sollte:

Die Geschichte vom Fischweib und seinem traurigen Schicksal

Es ist ein kalter Tag. Horch den Regen, wie er niederströmt, und den Hagel, wie er prasselt! Schaut den Schnee an, wie er fegt, und den Morast, wie tief er ist! Ach, das arme Fischweib, es sitzt fest im Schlamm; es hat seinen Korb mit Fischen fallen lassen müssen, und seine Hände haben die Schuppen zerrissen, als es ein paar der herausfallenden Tie-

re packen wollte; eine Schuppe ist ihm sogar ins Auge gekommen, und es kann sie nicht herausbekommen. Es öffnet seinen Mund, um nach Hilfe zu rufen, aber wenn es ihm auch gelingt, einen Ton aus seiner verängsteten Kehle hervorzuringen, er wird erstickt im Rasen des Sturmes. Schon hat eine männliche Katze einen der Fische erwischt. Sicherlich geht sie mit ihm auf und davon. Aber nein, sie beißt nur eine Flosse ab. Da, sie hält sie in ihrem Maul; wird sie sie wohl verschlucken? Nein, des Fischweibs treuer Hund, der eben Junge bekommen hat, verläßt seine Kleinen und entreißt ihr die Flosse, die er zu seiner Belohnung frisst. O Draußen! Der Blitz hat in den Fischkorb geschlagen; er hat ihn in Brand gesetzt. Seht die Flamme, wie sie an dem verhängnivolten Gerät mit ihrer glühendroten Zunge gierig emporleckt! Schon fasst sie den Fuß des hilflosen Fischweibs und verbrennt ihn bis auf die große Zehe, und auch sie wird zum Teil von dem Feuer verzehrt; aber noch immer greift sie weiter, noch immer wogt ihre Glut auf und ab. Sie ergreift das Bein des Fischweibs und verbrennt es; sie ergreift seine Hand und verbrennt auch sie; sie ergreift seine armselige, zerlumpte Kleidung und verbrennt sie; sie ergreift seinen Leib und verzehrt ihn; sie windet sich um sein Herz, und es wird verzehrt; dann um seine Brust, und sie ist im nächsten Augenblick verkohlt; nun erreicht sie seinen Nacken, und er ist dahin, jetzt sein Kinn, es ist dahin, jetzt seine Nase, und auch sie ist dahin. Einen Augenblick noch, und das Fischweib ist, wenn keine Hilfe kommt, nicht mehr. Die Zeit drängt. Ist niemand da, zu helfen und zu retten? Jawohl, Freude, Freude! Fliegenden Fußes eilt die Engländerin herbei. Aber ach, das barmherzige Fräulein kommt zu spät. Wo ist inzwischen das von dem Schicksal verfolgte Fischweib? Es ist von seinem Leid erlöst und in ein besseres Leben eingegangen. Alles, was von ihm geblieben ist, alles, was seine Lieben beweinen können, ist das rauchende Aschenhäuflein. Ach, der jammervolle, jammervolle Aschenhaufen! Wir wollen ihn sanft und ehrfurchtsvoll auf die unwürdige Schaufel nehmen, ihn zur ewigen Ruhe betten und darum beten, dass sie, wenn sie wiederaufersteht, es in einer Welt erleben möchte, wo sie sich eines Geschlechtes erfreuen kann, das ihr allein zukommt, statt der scheußlichen Vielfältigkeit von Geschlechtern, von denen sie sich hienieden hat überhäufen lassen müssen!

Der*die Erbkönig*in: Gehört der Gender-Lyrik die Zukunft??

Philip PLICKERT

Vor kurzem kursierte auf Twitter ein Ausschnitt aus einem literaturwissenschaftlichen Seminar. Es ging laut Betreff um die „Neuartigkeit der Naturerfahrung in Goethes Sesenheim Lyrik“. Ein Teilnehmer schrieb dann einen Satz zu Marcel Proust, der folgendermaßen lautete – Achtung: „Marcel Proust definiert eine*n gute*n Stilisten*in als eine*n Künstler*in, der*die neue Erkenntnisse ...“. Sie mögen nun einwenden, dass dieser Satz gerade kein Beispiel für guten Stil, sondern für stilistische Grausamkeit und Vergewaltigung der Sprache darstellt. Aber vielleicht gehört der Gender-Lyrik die Zukunft? Denn gerade in den Sprachwissenschaften ist der Drang zur „geschlechtsgerechten“ Sprache ja bekanntlich besonders groß. Dann müssten auch bekannte Werke der Lyrik und Weltliteratur folgerichtig um- und neugeschrieben werden.

Fangen wir mit Goethes Ballade „Der*die Erbkönig*in“ an: *Wer reitet so spät durch Nacht und Wind? // Es ist der*die*das Vater*Mutter*Elternteil mit seinem*ihrem Kind* // Er*sie*es hat den*das Knaben*Mädchen wohl in dem Arm, // Er*sie*es fasst ihn*sie*es sicher, er*sie*es hält ihn*sie*es warm.*

*Mein*e Sohn*Tochter*Kind, was birgst du so bang dein Gesicht? - // Siehst, Vater*Mutter*Elternteil, du den*die* Erbkönig*in nicht? ...*

Aber auch Goethes „Der*die Zauberlehrling*in“ bietet sich an: *Hat der*die alte Hexenmeister*in // sich doch einmal wegbegeben! // Und nun sollen seine*ihre Geister* // auch nach meinem Willen leben.*

Besonders reaktionären Geistern wird die stilistische Neuerung nicht unmittelbar als schön einleuchten. Aber das sind Probleme einer älteren Generation, die sich dem geschlechtergerechten Fortschritt verweigert. Doch halt, was geschieht im Mutterland von Marcel Proust, in

Frankreich? Dort legt man offenbar mehr Wert auf guten Stil als auf „geschlechtsgerechte“ Sprache. Die reaktionäre Regierung von Emmanuel Macron hat in Gestalt des Bildungsministers Jean-Michel Blanquers ein Verbot des schriftlichen „Gendern“ in den Schulen beschlossen.

Auch westlich des Rheins war die Gender-Seuche auf dem Vormarsch: Dort verwendeten progressive Kreise statt der Sterne (wie in „Politiker*innen“) neuerdings Pünktchen wie in „député.e.s.“ (Parlamentarier*innen) oder „électeur.rice.s“ (Wähler*innen). Das Thema spaltet Gesellschaft und Politik. Die französische Bildungsgewerkschaft SUD warf Blanquer vor, der „pädagogischen Gemeinschaft seine eigene Rückständigkeit aufzuzwingen“.

Aus der Bevölkerung, darf man annehmen, gab es überwiegend Zustimmung zu dem Schritt, die schwer auszusprechenden Pünktchen nicht zur schulischen Norm werden zu lassen. Zu wünschen wäre, dass „die Hexenmeister*innen“ der Gender-Sprache auch in Deutschland gestoppt werden.

III

„Die rote Nation liegt im Sterben!“

Karl MAY

Ja, die rote Nation liegt im Sterben! Vom Feuerlande bis weit über die nordamerikanischen Seen hinauf liegt der riesige Patient ausgestreckt, niedergeworfen von einem unerbittlichen Schicksale, welches kein Erbarmen kennt. Er hat sich mit allen Kräften gegen dasselbe gestraubt, doch vergeblich; seine Kräfte sind mehr und mehr geschwunden; er hat nur noch wenige Atemzüge zu tun, und die Zuckungen, die von Zeit zu Zeit seinen nackten Körper bewegen, sind die Konvulsionen, welche die Nähe des Todes verkündigen. Ist er schuld an diesem seinem frühen Ende? Hat er es verdient? Wenn es richtig ist, dass alles, was lebt, zum Leben berechtigt ist, und dies sich ebenso auf die Gesamtheit wie auf das Einzelwesen bezieht, so besitzt der Rote das Recht zu existieren nicht weniger als der Weiße und darf wohl Anspruch erheben auf die Befugnis, sich in sozialer, in staatlicher Beziehung nach seiner Individualität zu entwickeln. Da behauptet man nun freilich, der Indianer besitze nicht die notwendigen staatenbildenden Eigenschaften. Ist das wahr? Ich sage: nein! will aber keine Behauptungen aufstellen, da es nicht meine Absicht ist, eine hierauf bezügliche gelehrte Abhandlung zu schreiben. Der Weiße fand Zeit, sich naturgemäß zu entwickeln; er hat sich nach und nach vom Jäger zum Hirten, von da zum Ackerbauer und Industriellen entwickelt; darüber sind viele Jahrhunderte vergangen; der Rote aber hat diese Zeit nicht gefunden, denn sie wurde ihm nicht gewährt. Er soll von der ersten und untersten Stufe, also als Jäger, einen Riesensprung nach der obersten machen, und man hat, als man dieses Verlangen an ihn stellte, nicht bedacht, dass er da zu Falle kommen und sich lebensgefährlich verletzen muss. Es ist ein grausames Gesetz, dass der Schwächere dem Stärkeren weichen muss; aber da es durch die gan-

ze Schöpfung geht und in der ganzen irdischen Natur Geltung hat, so müssen wir wohl annehmen, dass diese Grausamkeit entweder eine nur scheinbare oder einer christlichen Milderung fähig ist, weil die ewige Weisheit, welche dieses Gesetz gegeben hat, zugleich die ewige Liebe ist. Dürfen wir nun behaupten, dass in Beziehung auf die aussterbende indianische Rasse eine solche Milderung stattgefunden hat? Es war nicht nur eine gastliche Aufnahme, sondern eine beinahe göttliche Verehrung, welche die ersten „Bleichgesichter“ bei den Indsmen fanden. Welcher Lohn ist den Letzteren dafür geworden? Ganz unstreitig gehörte diesen das Land, welches sie bewohnten; es wurde ihnen genommen. Welche Ströme Blutes dabei geflossen und welche Grausamkeiten vorgekommen sind, das weiß ein Jeder, der die Geschichte der „berühmten“ Conquistadores gelesen hat. Nach dem Vorbilde derselben ist dann später weiter verfahren worden. Der Weiße kam mit süßen Worten auf den Lippen, aber zugleich mit dem geschärften Messer im Gürtel und dem geladenen Gewehre in der Hand. Er versprach Liebe und Frieden und gab Hass und Blut. Der Rote musste weichen, Schritt um Schritt, immer weiter zurück. Von Zeit zu Zeit gewährleistete man ihm „ewige“ Rechte auf „sein“ Territorium, jagte ihn aber schon nach kurzer Zeit wieder aus demselben hinaus, weiter, immer weiter. Man „kaufte“ ihm das Land ab, bezahlte ihn aber entweder gar nicht oder mit wertlosen Tauschwaren, welche er nicht gebrauchen konnte. Aber das schleichende Gift des „Feuerwassers“ brachte man ihm desto sorgfältiger bei, dazu die Blattern und andere, noch viel schlimmere und ekelhaftere Krankheiten, welche ganze Stämme lichteten und ganze Dörfer entvölkerten. Wollte der Rote sein gutes Recht geltend machen, so antwortete man ihm mit Pulver und Blei, und er musste den überlegenen Waffen der Weißen wieder weichen. Darüber erbittert, rächte er sich nun an dem einzelnen Bleichgesichte, welches ihm begegnete, und die Folgen davon waren dann stets förmliche Massacres, welche unter den Roten angerichtet wurden. Dadurch ist er, ursprünglich ein stolzer, kühner, tapferer, wahrheitsliebender, aufrichtiger und seinen Freunden stets treuer Jägersmann, ein heimlich schleichender, misstrauischer, lügnerischer Mensch geworden, ohne dass er dafür kann, denn nicht er, sondern der Weiße ist schuld daran. Die wilden Mustangherden, aus deren Mit-

„Die rote Nation liegt im Sterben!“

te er sich einst kühn sein Reitpferd holte, wo sind sie hingekommen? Wo sieht man die Büffel, welche ihn ernährten, als sie zu Millionen die Prairien bevölkerten? Wovon lebt er heut? Von dem Mehle und dem Fleische, welches man ihm liefert? Schau zu, wie viel Gips und andere schöne Dinge sich in diesem Mehl befinden; wer kann es genießen! Und werden einem Stamme einmal hundert „extra fette“ Ochsen zugesprochen, so haben diese sich unterwegs in zwei oder drei alte, abgemagerte Kühe verwandelt, von welchen kaum ein Aasgeier einen Bissen herunterreißen kann. Oder soll der Rote vom Ackerbaue leben? Kann er auf seine Ernte rechnen, er, der Rechtslose, den man immer weiter verdrängt, dem man keine bleibende Stätte lässt? Welch eine stolze, schöne Erscheinung war er früher, als er, von der Mähne seines Mustangs umweht, über die weite Savanne flog, und wie elend und verkommen sieht er jetzt aus in den Fetzen, welche nicht seine Blöße decken können! Er, der in überstrotzender Kraft einst dem schrecklichen grauen Bären mit den Fäusten zu Leibe ging, schleicht jetzt wie ein rüddiger Hund in den Winkeln umher, um sich, hungrig, einen Fetzen Fleisch zu betteln oder zu stehlen! Ja, er ist ein kranker Mann geworden, ein sterbender Mann, und wir stehen mitleidig an seinem elenden Lager, um ihm die Augen zuzudrücken. An einem Sterbebette zu stehen, ist eine ernste Sache, hundertfach ernst aber, wenn dieses Sterbebette dasjenige einer ganzen Rasse ist. Da steigen viele, viele Fragen auf, vor allem die: Was hätte diese Rasse leisten können, wenn man ihr Zeit und Raum gegönnt hätte, ihre inneren und äußeren Kräfte und Begabungen zu entwickeln? Welche eigenartige Kulturformen werden der Menschheit durch den Untergang dieser Nation verloren gehen? Dieser Sterbende ließ sich nicht assimilieren, weil er ein Charakter war; musste er deshalb getötet, kann er nicht gerettet werden? Gestattet man dem Bison, damit er nicht aussterbe, ein Asyl da oben im Nationalpark von Montana und Wyoming, warum nicht auch dem einstigen, rechtmäßigen Herren des Landes einen Platz, an dem er sicher wohnen und geistig wachsen kann? Aber was nützen solche Fragen angesichts des Todes, der nicht abzuwenden ist! Was können Vorwürfe helfen, wo überhaupt nicht mehr zu helfen ist! Ich kann nur klagen, aber nichts ändern; ich kann nur trauern, doch keinen Toten ins Leben zurückrufen. Ich? Ja, ich! Habe ich doch

die Roten kennen gelernt während einer ganzen Reihe von vielen Jahren und unter ihnen einen, der hell, hoch und herrlich in meinem Herzen, in meinen Gedanken wohnt. Er, der beste, treueste und opferwilligste aller meiner Freunde, war ein echter Typus der Rasse, welcher er entstammte, und ganz so, wie sie untergeht, ist auch er untergegangen, ausgelöscht aus dem Leben durch die mörderische Kugel eines Feindes. Ich habe ihn geliebt wie keinen zweiten Menschen und liebe noch heut die hinsterbende Nation, deren edelster Sohn er gewesen ist. Ich hätte mein Leben dahingegeben, um ihm das seinige zu erhalten, so wie er dieses hundertmal für mich wagte. Dies war mir nicht vergönnt; er ist dahingegangen, indem er, wie immer, ein Retter seiner Freunde war; aber er soll nur körperlich gestorben sein und hier in diesen Blättern fortleben, wie er in meiner Seele lebt, er, Winnetou, der große Häuptling der Apachen.

Herman Lehmann: Der Deutsche Apache

Rainer KOTTMANN

Überfälle auf Reisende und einsam gelegene Farmen der Weißen gehörten zur Lebensweise der Apachen. Lehmann gab zu, dass er lange gezögert habe, diese oft grausamen Taten zu schildern, sich schließlich aber doch dazu entschlossen hätte, da sie der Wahrheit entsprächen und er ein Beispiel für die Brutalität seines neuen Lebens habe geben wollen.

So wurde er Zeuge eines Überfalls auf eine weiße Familie, die mit ihren drei Kindern in einem Wagen unterwegs war. „Bevor sie unsere Anwesenheit bemerkten, hatten wir sie umzingelt, und es war die Arbeit von wenigen Sekunden den Mann, die Frau und ein kleines Baby zu töten und zu skalpieren; [...]“. Die anderen beiden Kinder, ein etwa 8-jähriges Mädchen und einen 6-jährigen Jungen, nahmen sie mit sich. Die Kinder weinten pausenlos und weigerten sich zu essen. Dabei blieb es auch in den folgenden vier Tagen, und die Apachen fühlten sich zunehmend bei ihren weiteren Raubzügen behindert. Das sollte sich ändern. Links und rechts von dem Mädchen ritt jeweils ein Indianer. Jeder von ihnen nahm eine Hand und einen Fuß des Kindes, sie hoben es vom Pferd, das weggetrieben wurde. Dann schwingen sie das Mädchen kräftig drei mal hin und her, beim letzten Mal ließen sie es los. „Sie machte einen Salto in der Luft und als sie auf dem Boden aufschlug, war sie tot, und jeder Indianer ritt über die verstümmelte Leiche. Der Junge wurde während dessen von zwei anderen Kriegern auf die gleiche Weise behandelt.“ Die zertrampelten Körper hing man für die Geier an einen Baum.

Einige Zeit nach diesem Ereignis traf der Stamm an einer Wasserstelle auf eine Gruppe von Comanchen. Zwischen beiden Stämmen hatte es immer wieder Feindschaft gegeben, doch zu jener Zeit lebten sie in Frieden. Die Comanchen führten ebenfalls einen deutschen Jungen mit sich. Es war Adolph Korn, ein früherer Freund Lehmanns, der im gleichen Jahr wie er gekidnappt worden war. Die beiden Jungen konnten

sich ungestört auf Deutsch über ihre Situation austauschen. Sie genossen die kurze, gemeinsame Zeit und hätten, wenn die Comanchen nicht weitergezogen wären, sicher über Fluchtpläne nachgedacht. Aber die Comanchen nahmen Adolph Kern mit sich und Lehmann musste sein Apachenleben fortführen.

Auf einem ihrer Raubzüge entdeckten die Apachen Büffeljäger und griffen sie an. Die meisten Jäger flüchteten auf einen Berg, einer jedoch rannte in Richtung ihres Lagers. Da die geflohenen Männer unerreichbar hinter Felsen verborgen waren, konzentrierten sich die Apachen auf den einzelnen Mann. Sie holten ihn ein, stellten fest, dass er Mexikaner war und sprachen ihn auf Spanisch an. Da er ihnen versicherte, im Lager halte sich niemand mehr auf, beschlossen sie, es auszurauben. Herman befahlen sie, in der Zwischenzeit den Mann zu bewachen. Allerdings stellte sich schnell heraus, dass der Mann gelogen hatte. Mehrere Männer schossen aus dem Lager heraus auf die Apachen, so dass sie sich zurückziehen mussten.

Inzwischen versuchte der von Herman bewachte Mexikaner, sich aus seiner misslichen Lage zu befreien und bewarf Herman mit Steinen. Der schoss daraufhin einen Pfeil auf ihn ab, der ihn jedoch kaum streifte. Als die Apachengruppe wieder bei Herman eintraf, war Carnoviste über die Lüge des Mexikaners und den erfolglosen Angriff bereits verärgert. „[...] als ich Carnoviste von dem Mexikaner erzählte, der mich mit Steinen bewarf, wurde er wütend und befahl mir, ihn sofort zu töten. Ich schoss ihm einen Pfeil ins Herz und er fiel tot um. Nicht zufrieden damit, mich zu zwingen, diesen Mexikaner zu töten, befahl mir Carnoviste seinen Skalp zu nehmen, aber ich wollte es nicht tun [...].“

Black-Hawks

Maximilian PRINZ ZU WIED

Als Tecumseh 1813 auf dem Rückzugsgefecht starb, fühlte sich Black-Hawk berufen, die indianische Widerstandsbewegung gegen die Weißen zu führen. Er war kein Friedensprediger. Schriftlichen Verträgen misstraute er mit dem Instinkt des Naturmenschen. Er wollte nicht verhandeln, sondern kämpfen. Sein Ziel war es, eine indianische Streitmacht für den großen Befreiungskrieg um sich zu scharen. Sein kriegerischer Sinn und seine blutrünstige Angriffslust indessen wurden gemäßigt durch den Einfluss seines Stammesbruders, des Häuptlings Keokuk, eines großen Redners und Diplomaten, der einsah, dass der rote Mann gegen die Übermacht der weißen Pioniere nur eine Überlebenschance hatte, wenn er sich auf vertraglich zugesicherte Reservate zurückzog. Keokuk gewann unter seinen Rothäuten immer mehr Anhänger.

Black-Hawk ließ sich jahrelang beschwichtigen, und am 27. Juni 1831 wurde er von Keokuk sogar überredet, mit den Bleichgesichern einen Vertrag abzuschließen, wonach er seine Maisfelder am Rock-Fluss räumte – allerdings mit der Zusicherung, dass er von den Weißen jährlich eine gewisse Menge Mais für seine Indianer bekommen würde.

Als sich seine Vertragspartner aber nicht an diese Verpflichtung hielten, fühlte Black-Hawk seinen Argwohn gegen die Weißen bestätigt. Er drang mit etwa 40 Kriegeren in die ehemaligen Maisgebiete ein, um heimlich zu ernten. Dort wurde von von einem berittenen Trupp unter der Führung General Atkinsons – des Kommandeurs der Jefferson-Baracks – gestellt. Listig erklärte Black-Hawk, er befinde sich nicht auf dem Kriegspfad, sondern auf dem Weg zu seinem Freund, dem Mediziner „Weiße Wolke“ vom Stamme der Winnebago-Indianer. Atkinson ließ ihn ziehen, gab aber zu erkennen, dass er Black-Hawks Erklärungen misstraue und ihn weiterhin beobachten lassen werde. Black-Hawk brach daraufhin seinen Beutezug in die ehemaligen Maisfelder ab und kehrte um.

Auf dem Heimweg lagerte er eines Abends beim Rock-Fluss, nahe der Mündung des Sycamore Creek. Ein Zufall wollte es, dass gleichzeitig 270 Kavalleristen unter der Führung eines Major Stillman ahnungslos in unmittelbarer Nähe des Indianerlagers Rast machten. Black-Hawk entdeckte die Soldaten und fühlte sich – irrtümlich – verfolgt.

Um seine friedliche Absicht kundzutun, sandte er drei Krieger mit einer weißen Fahne zu den Offizieren. Da die drei Abgesandten nicht zurückkamen, schickte er fünf weitere Krieger zu Major Stillmann, ebenfalls unter dem Schutz der weißen Fahne.

Zwei von ihnen kehrten nachts auf Schleichwegen zurück. Sie berichteten, dass alle anderen Abgesandten trotz der weißen Fahne von den Kavalleristen getötet oder gefangengenommen worden seien. Daraufhin entschloss sich Black-Hawk, aufs Neue von den Weißen enttäuscht, zum Angriff nach bewährter Indianerart: Er lockte die 270 Kavalleristen in einen Hinterhalt und beschoss sie überraschend. Seine Taktik war so wohldurchdacht, dass es ihm mit seinen wenigen Indianern gelang, die meisten der Kavalleristen zu töten und die Gefangenen zu befreien. Nur wenige Weiße konnten flüchten. Sie überbrachten der Regierung die Nachricht von dem Massaker.

General Atkinson erhielt daraufhin den Befehl, mit 2000 Mann eine Vergeltungsaktion bei den Sakis und Foxes durchzuführen. Black-Hawk eilte heim, führte Frauen und Kinder in ein Versteck, trommelte 500 indianische Krieger zusammen – und der sogenannte Black-Hawk-Krieg begann. Das war vor einem Jahr, im Frühjahr 1832 (etwa in der Zeit, als ich meine Reise ins Innere Nordamerikas begann).

Als ihm Späher meldeten, dass General Atkinson an der Seite von 2000 Mann anrückte, sah er sich gezwungen, mit seinen Kriegern in die Wälder zu flüchten und dort, in der vertrauten Wildnis, die indianische Kampftaktik auszuspielen. Die Bleichgesichter verfolgten ihn, wurden aber von versteckten Rothäuten beschossen, heimtückisch angegriffen und mussten erhebliche Verluste hinnehmen. Obwohl die Verfolger ständig Verstärkung erhielten, war dem mit List und Tücke kämpfenden Black-Hawk nicht beizukommen.

Die Entscheidung fiel erst, als eine Kavallerie-Patrouille den geheimen Lagerplatz der Frauen und Kinder entdeckte, die wenigen Wachen

Black-Hawks

niederschoss, viele Gefangene machte und alles niedermetzelte, was zu flüchten versuchte. Als Black-Hawk die Nachricht bekam, ergriff ihn tiefe Mutlosigkeit. Häuptling Keokuk, der nach wie vor seine Friedenspolitik verfocht, nützte die schwache Stunde im Gemüt des kriegerischen Häuptlings und überredete ihn zur Kapitulation, um weitere Vergeltungsaktionen der Weißen an den Sakis und Foxes abzuwenden. In der Tat erklärte sich der stolze Black-Hawk bereit, die Schmach der Gefangennahme auf sich zu nehmen. Doch als er mit hundertfünfzig Kriegeren, eine weiße Fahne schwenkend, den Weißen entgegenging – da kam es, vermutlich durch den Fehler eines Dolmetschers, zu einem Missverständnis. Auf Befehl eines Captains namens Throckmorton wurde er aus Gewehren und Kanonen beschossen. Viele Indianer starben. Black-Hawk rettete sich in die Wälder – aufs Neue vom weißen Mann enttäuscht. Trotzdem gelang es dem Friedensprediger Keokuk, Black-Hawks aufflackernden Rachedurst zu besänftigen. Noch einmal überredete er Black-Hawk, die Kapitulation anzubieten.

Black-Hawk, der die Interessen des eigenen Stammes über seinen persönlichen Stolz stellte, ergab sich vor kurzem erst – Ende Januar 1833 – dem Kommandeur der Jeffers-Baracks, General Atkinson, den er persönlich sehr schätzte.

Skalpieren

John LONG

„Das Skalpieren ist eine den Indianern eigentümliche Tortur. Hat ein Indianer jemanden mit einem Streitkolben niedergeschlagen, so setzt der Sieger ihm blitzschnell sein Knie auf die Brust, fasst mit einer Hand in seine Haare, dreht sie sehr dicht zusammen, zieht mit der anderen Hand das Skalpmesser aus der Scheide, schneidet die Haut rund um die Stirn durch und reißt sie mit seinen Zähnen ab. Weil er sehr geschickt darin ist, so ist die Operation gewöhnlich sehr schnell geschehen.

Es kommt aber auch vor, daß der Niedergeschlagene noch lebt, und so ist er seiner schrecklichen Qual ausgesetzt.

Nicht jeder Skalpierter stirbt. Es gibt Leute, die, nachdem sie skaliert worden sind, eine silberne oder blecherne Platte auf dem Scheitel tragen, um ihn vor Kälte zu schützen. Diese Leute sind dabei ganz gesund.

Der erbeutete Skalp wird über drei Reifen ausgespannt, an der Sonne getrocknet und mit Mennig eingerieben. Es ist auch üblich, dass Skalps bezahlt werden, als Lohn für die Tötung eines Feindes. Wenn sie jemanden von ihrem eignen Volke skalpieren, so machen sie sich seinen toten Körper zunutze, indem sie ihn aufputzen und mit Mennig bemalen. Dann stellen sie den Toten an einen Baum, mit Waffen in der Hand, um so beim Feinde den Eindruck zu erwecken, als stünde ein lebender Wächter da. Rund um seinen Körper aber stecken sie Speere so in die Erde, dass diese kaum bemerkt werden können. Sehen nun die feindlichen Indianer den vermeintlichen Wächter, so sind sie begierig, ihn zum Gefangenen zu machen. Sie stürzen auf ihn zu und fallen in die Spitze der Speere. Auf diese Art werden sie selbst zu Gefangenen gemacht.

Ehe ich den Gegenstand schließe, will ich die wahre Geschichte von zwei Wilden erzählen:

Ein Mohawk-Indianer namens Skunnionsa und ein Chippaway-Indianer namens Kaek prahlten gelegentlich eines Kriegsrates mit ih-

ren Verdiensten. Dabei rühmten sie ihre vorzügliche Geschicklichkeit im Skalpieren.

Der Mohawk behauptete, er könne einen größeren Skalp nehmen als der Chippaway. Dieser fand sich dadurch beleidigt und forderte den anderen zu einer Wette heraus. Wer den größeren und schöneren Skalp beim nächsten Kriegsrate bringen könne, würde gewinnen.

Sie reisten ab, und beide nahmen verschiedene Wege. Zur festgesetzten Zeit fanden sie sich beim nächsten Kriegsrat wieder ein. Der Mohawk legte zuerst seinen Skalp nieder, welcher die Haut von dem Kopf und dem Nacken eines Mannes war. Der Skalp war mit feinem Moos ausgestopft und mit Hirschsehnen zusammengenäht, auch waren die Augen darin festgemacht. Die Häuptlinge gaben ihm ihren Beifall und bezeichneten ihn als einen großen und braven Krieger.

Daraufhin erhob sich der Chippaway. Indem er den Mohawk ernsthaft ansah, behauptete er, daß dieser Skalp nur ein Weiberskalp sei, also ein großer Schimpf. Nun befahl er seinen Söhnen, den von ihm erbeuteten Skalp herzubringen, und sogleich erschienen sie mit der ganzen Kopfhaut eines Mannes, die mit Federn ausgestopft und mit Tiersehnen zugenäht war.

Die Häuptlinge überhäuftten ihn mit Lobsprüchen und erkannten einmütig seinen Vorzug an. Der Mohawk-Krieger, durch diese Demütigung aufgebracht, begab sich aus der Versammlung und dachte an Rache.

Sobald er den Chippaway herauskommen sah, verfolgte er ihn, wartete auf eine bequeme Gelegenheit, fertigte ihn mit seinem Streitkolben ab und skalpierte ihn, voll Freude darüber, dass er sich, wenngleich auf niederträchtige Art, doch von einem siegreichen Nebenbuhler befreit hatte.“

IV

Afrika jenseits von Banalisierung und Exotisierung

David SIGNER

1985 reiste ich im zarten Alter von 21 Jahren neun Monate durch Ostafrika. Am besten gefiel mir Dar es Salaam. Die tansanische Metropole war damals ein verschlafenes Kaff mit viel Grün, die Bevölkerung wunderbar warmherzig. Ein Kulturschock der angenehmen Art. Der tansanische Sozialismus allerdings lag gerade in den letzten Zügen. Die Idee des Gründerpräsidenten Julius Nyerere war zwar bestechend. Er ging davon aus, dass die traditionelle afrikanische Gesellschaft eigentlich sozialistisch sei, also auf Gleichheit, Gemeinschaft und Verteilen beruhe.

Aber vielleicht hatte er den Eigen- und Familiensinn der Bauern unterschätzt. Sie wollten sich nicht in genossenschaftliche Großdörfer zwingen lassen. Das gutgemeinte Experiment endete im wirtschaftlichen Fiasko. Unter dem Stichwort "self-reliance", strebte Nyerere wirtschaftliche Autonomie für Tansania an. Allerdings lebte das Land Mitte der achtziger Jahre vor allem von der Weltbank und Entwicklungshilfe, war jedoch trotzdem mausarm. Einmal streiften wir einen Tag lang durch Dar es Salaam auf der Suche nach Schnur. Auch Brot war Mangelware. Alle paar Wochen leisteten wir uns in einem der besten Hotels der Stadt einen sündhaft teuren Kaffee mit einer Scheibe Toastbrot.

I. Die Welt der Geister, Hexen und Heiler

Am Abend traf ich mich oft mit einem Schweizer Kapuzinerpater. Er lebte seit Jahren in Tansania und sprach gerne über die beiden Welten, in denen die Leute lebten. "Wenn wir jemanden beerdigen,, sagte er,

“kehren die Leute nach dem christlichen Begräbnis spätnachts auf den Friedhof zurück; sie graben zusammen mit einem Zauberdoktor den Toten noch einmal aus, opfern ein Huhn, sprechen magische Formeln und legen dem Verstorbenen Fetischfiguren und Glücksbringer in den Sarg, bevor sie ihn abermals begraben.,,

Er hatte einen niederländischen Mitbruder, der manchmal in die heiligen Haine der “witch doctors,, eindrang und die Opferaltäre zerstörte. Er wollte den “Götzendienern,, beweisen, dass ihm die Geister und ihre Priester nichts anhaben konnten, dass ihre Verfluchungen wirkungslos und alles nur Hokuspokus war. Der Schweizer war anders. Er nahm die Existenz der Paralleluniversen als Tatsache hin. Auch behagte ihm die Vorstellung nicht, dass ein Tansanier einen Schweizer Kirchenaltar zerstören könnte, nur um zu beweisen, dass Gott keinen tödlichen Blitz schicken würde.

Der Welt der Geister, Hexen und Heiler kam ich 1997 näher, als ich eine dreijährige ethnologische Feldforschung zu diesen Themen in verschiedenen Ländern Westafrikas begann. Als überraschend wichtig erwies sich der ökonomische Aspekt dieser Glaubensvorstellungen. In wenigen Worten gesagt, geht man davon aus, dass zu kurz gekommene, neidische Personen einen Bessergestellten verhexen können. Die Angst vor solcher Rache ist verbreitet. Vor allem, wer rasch zu Erfolg oder Reichtum kommt, muss die Ressentiments der Verwandten fürchten. Das führt einerseits zu einem mystisch unterfütterten Druck zur Solidarität: Man muss verteilen, sonst wird man zu Fall gebracht. Andererseits werden Ambitionen durch dieses System gebremst: Was bringt es zu reüssieren, wenn man das Erreichte sowieso wieder verteilen muss und überall Missgunst und Begehrlichkeiten weckt?

II. Die materielle Seite der Beziehungen

Später forschte ich zu Aids und Sexualität in Senegal. Auch hier war die Relevanz des Materiellen und Finanziellen erstaunlich. Bettgeschichten haben eine wirtschaftliche Seite: Die Frau erwartet vom Mann am nächsten Morgen eine Gegengabe. Aus westlicher Sicht hat solcher “transaktioneller Sex,, immer den Ruch der Prostitution. Aber in Se-

negal und in vielen anderen Regionen Afrikas ist das Gegenteil der Fall. Zeigt sich der Mann seiner Liebhaberin gegenüber nicht großzügig, mangelt es ihm an Respekt; offenbar betrachtet er sie als Nichts. Aus weiblicher Sicht ist es ähnlich: Geht die Frau lediglich zum Vergnügen mit jemandem ins Bett, ohne auch an die Unterstützung ihrer Eltern oder ihrer Kinder zu denken, handelt sie verantwortungslos. Sie ist ein Flittchen. Unmoralisch ist es in diesem System, als Frau Sex lediglich um seiner selbst zu genießen. Es ist geradezu eine moralische Pflicht, ein "Geschenk", einzufordern. Dass Sex solcherart als Tauschgeschäft verstanden wird, schließt erotischen Genuss keinesfalls aus.

Diese Auffassung gilt ebenso für Freundschaften. Der Wert einer Freundschaft bemisst sich auch am Materiellen; Geld ausleihen ist ein wichtiges Element. Im Westen neigt man dazu, Liebe und Freundschaft von Finanziellem zu trennen. Sobald die beiden Sphären vermischt werden, empfindet man eine Entwertung der Beziehung. In Afrika ist es umgekehrt: Erst das Materielle gibt einem Verhältnis gewißermassen eine reale Basis.

III. Die Ursachen der Armut

Oft wird man als Korrespondent gefragt, warum Afrika eigentlich so arm sei. Obwohl der Kontinent ja fruchtbar und reich an Bodenschätzen ist und durchaus nicht alle Afrikaner arm sind, stimmt es, dass sich die Mehrheit der Bewohner mehr schlecht als recht durchwurstelt, die wenigsten ein geregeltes Einkommen haben und die Industrialisierung auf sich warten lässt. Die Ursachen sind historisch bedingt. Es geht um den Zentralstaat, der vor der Kolonialisierung nur punktuell und rudimentär vorhanden war. Damit verbunden sind die wenig ausgeprägte präkoloniale Urbanisierung und schließlich das Fehlen von Schriftlichkeit. Traditionellerweise gab es in Afrika lediglich die amharische Schrift in Abessinien sowie einige in sehr begrenztem Umfang verwendete Schriften.

Diese drei Faktoren sind miteinander verbunden: Für eine organisierte Verwaltung braucht es Schriftlichkeit, Staatlichkeit ist auf Städte und die damit verbundene Infrastruktur angewiesen – und umgekehrt.

Bis heute ist das “nation-building,, vielerorts noch in vollem Gang; oft werden Staat und Regierung von der Bevölkerung als Fremdkörper gesehen, mit denen man sich – auch in Demokratien – nicht identifiziert. Dasselbe gilt für die Schrift und die Schriftsprache, bei denen es sich oft um ein koloniales Erbe handelt. Die Gesellschaften sind im Alltag immer noch oral geprägt. Zeitungen und Bücher werden kaum gelesen, E-Mails nicht beantwortet. Besser greift man – selbst im administrativen und geschäftlichen Verkehr – zum Telefon oder noch besser: Man geht vorbei und begegnet sich von Angesicht zu Angesicht. Persönliche Beziehungen sind in allen Lebensbereichen das A und O. Damit einher gehen Vitamin B, Vetternwirtschaft und Korruption; die Prozesse sind weniger automatisiert und anonym als in Europa. Letztlich lässt sich über alles diskutieren.

IV. Selbstvertrauen und Minderwertigkeitsgefühl

Senegalesen strotzen oft vor Selbstbewusstsein, selbst unter widrigen Umständen. Manche Psychologen haben die Resilienz und das Urvertrauen vieler Afrikaner mit dem engen Körperkontakt erklärt, den die Kleinkinder genießen, wenn die Mutter sie auf dem Rücken trägt. Diese Selbstsicherheit geht allerdings oft einher mit einem Mangel an Selbstzweifeln und der Schwierigkeit, sich Nichtwissen oder Irrtümer einzugestehen.

Vor allem aber steht das individuelle Selbstbewusstsein im Gegensatz zu einem kollektiven Minderwertigkeitsgefühl. Egal, ob man den Weißen idealisiert oder dämonisiert, es wird ihm auf jeden Fall enorme Macht zugeschrieben. Das Afrikanische hingegen wird bis zur Selbstverachtung abgewertet. Das ist vermutlich eine Folge von Sklaverei, Kolonialismus und Rassismus. Aber man hat den Eindruck, dass das koloniale Trauma in Afrika intensiver fortwirkt als in Asien. Vielleicht hängt auch das mit der fehlenden Zentralisierung zusammen. Möglicherweise war Asien mit seinen alten Reichen und Staaten besser gerüstet, die imperiale Demütigung abzuwehren und zu überwinden, was sich ja auch im wirtschaftlichen Wiedererstarken zeigte.

V. Die Bedeutung kolonialer Grenzziehungen

Oft wird behauptet, ein großer Teil der afrikanischen Probleme rühre von der kolonialen Grenzziehung her, wo willkürlich Gebiete durchschnitten und umgekehrt verschiedene Ethnien in einem einzigen Staat zusammengepfercht wurden. Das Argument ist wacklig. Grenzen sind immer künstlich und willkürlich. Selbst wenn sie beispielsweise einem Flusslauf folgen, ist damit noch nichts über kulturelle Einheiten gesagt.

Was wären denn in Afrika "natürliche,, Grenzen? Entlang von Ethnien? Aber Ethnien sind nicht einfach kongruent mit Territorien. Es gibt Durchmischung, und manche Angehörige von Ethnien sind weit verstreut. Auch sind die Grenzen zwischen Ethnien oft fließend. Es gibt in Afrika etwa 2000 Ethnien beziehungsweise Sprachgruppen. Es wäre absurd, für jede von ihnen einen – ethnisch gesäuberten? – Staat zu fordern. Dann müsste auch die Schweiz viergeteilt werden. Es gibt gute Gründe, die kolonialen Grenzen nicht anzutasten. Es kam nämlich bisher kaum zu zwischenstaatlichen Kriegen in Afrika. Und die wenigen (versuchten) Abspaltungen – Eritrea, der Südsudan, Biafra sowie die jüngsten Geschehnisse in Äthiopien – waren oder sind keine Erfolgsgeschichten.

VI. Gibt es "Afrika,,?

Eine letzte heikle Frage ist, ob es überhaupt legitim sei, von Afrika oder Subsahara-Afrika zu sprechen. Deckt sich dieser Begriff mit einer sinnvollen Einheit, oder ist er lediglich Ausdruck einer simplifizierenden Verallgemeinerung? Es kommt auf den Fokus an. Man kann die Unterschiede betonen oder die Gemeinsamkeiten. Aber die jahrelangen Reportagereisen kreuz und quer durch den Kontinent verstärkten meinen Eindruck eines gemeinsamen Nenners.

Die obengenannten Phänomene findet man in vielen Regionen südlich der Sahara: gewalttätige Wirren nach der ersten Euphorie der Unabhängigkeit; Koexistenz von Christentum bzw. Islam mit afrikanischen Religionen, von Hightech mit Geister- und Hexereiglauben; Relevanz von Solidarität, wirtschaftlichem Ausgleich, Egalität; Kombination von

Sexualität mit materiellen Transaktionen oder, allgemeiner, Nichttrennen von Materiellem und Immateriellem; Vorrang des Oralen vor der Schrift, mit allen Konsequenzen für das Sozialleben; Bevorzugung persönlicher Beziehungen gegenüber automatisierten Abläufen; gruppenorientierte Sozialisation; Nachwirkungen von Sklaverei, Kolonialismus und Rassismus mitsamt dem zweiseitigen Einfluss von Islamisierung, Missionierung und Entwicklungshilfe; Übergewicht der Clans und Ethnien gegenüber dem Staat.

Die frühen Panafrikanisten gingen selbstverständlich von solchen Gemeinsamkeiten aus. Heute ist die Situation widersprüchlich: Schwarze rund um den Globus begrüßen sich als "brother,, oder "soeur,,, signalisieren damit Verwandtschaft und sprechen ohne Skrupel von "Europa,, oder "dem Westen,,; zugleich wird man als Weißer kritisiert, wenn man das Wort Afrika in den Mund nimmt. Afrika sei schließlich kein Land, heißt es. Richtig. Aber denken heißt verallgemeinern. Wer immer weiter differenziert, hat am Schluss statt den Wald nur noch vereinzelt, bedeutungslose Bäume vor sich. Letztlich geht es darum, das Andere zur Kenntnis zu nehmen, ohne es vorschnell in eigene, vorgefertigte Kategorien zu zwängen und damit zu neutralisieren, aber auch, ohne es als das "ganz Andere,, zu mystifizieren und zu exotisieren.

Die Beninbronzen und das Luf-Boot

Richard SCHRÖDER

(für Wilhelm von Boddians „Berliner Extrablatt“ des Fördervereins Berliner Schloss, gekürzt auch in: WELT-online 18.09.21, ohne die gelb markierten Passagen: „Was in der Raubkunstdebatte zu kurz kommt“; Teil III auch in NZZ 30.11.21, S. 18: „Was der Begriff der Raubkunst verschleiert“; Teil IV auch in NZZ 14.10. 21, S. 16: „Verklärte afrikanische Verhältnisse.“)

Die Idee des Humboldt-Forums im Berliner Schloss, das die Dahlemer Sammlungen mit der Museumsinsel verbindet und im Zentrum Berlins eine Begegnungsstätte für die Kulturen der Welt schafft, hat seine Heiterkeit und Unschuld verloren durch eine exzessive Diskussion um Raubkunst. Es geht vor allem um die Beninbronzen und das Luf-Boot aus der Südsee. Im folgenden sollen die Geschichte der Beninbronzen und des Luf-Bootes erzählt und lediglich zwei grundsätzliche Themen behandelt werden: der Unterschied von Raub und Beute sowie der Zusammenhang von Kolonialismus und Sklaverei in Afrika. Zuletzt soll es um die Frage der Rückgabe gehen.

I.

Das Königreich Benin wurde ca. 600 n. Chr. gegründet und ist bis zur Eroberung durch die Briten 1897 nie besiegt worden. Es handelt sich um Benin City und den Bundesstaat Edo in Nigeria und nicht um den Staat, der heute Benin heißt, das frühere Dahomey.

Das Königshaus von Benin besteht bis heute, freilich nicht mehr als politischer Souverän, sondern für das Volk der Edo als hoch angesehene Autorität. Der Aufstieg Benins zur führenden Regionalmacht wurde seit dem 15. Jahrhundert durch enge Beziehungen zu Portugal gefördert, vor allem durch den transatlantischen Sklavenhandel, an dem sich später auch Niederländer, Franzosen und Engländer beteiligten. Der Küs-

tenstreifen von Togo bis Benin hieß deshalb Sklavenküste. Von den 11 Millionen Schwarzafrikanern, die zwischen 1519 und 1867 nach Amerika versklavt wurden, kamen ca. 18 Prozent aus Benin. Benin hatte aber auch einen Eigenbedarf an schwarzafrikanischen Sklaven, so für das Blut der Menschenopfer, das den Ahnen des Königs regelmäßig dargebracht wurde, damit diese den König (magisch) stärken.

Die Europäer haben in Afrika keine Sklaven gejagt. Dazu waren sie militärisch und gesundheitlich (Tropenkrankheiten) nicht in der Lage. Das Innere Afrikas war ihnen bis ins 19. Jahrhundert verschlossen – von Südafrika abgesehen. Sie haben die Sklaven an der Küste von schwarzafrikanischen Sklavenhändlern erworben. Bezahlt haben sie vor allem mit sog. Manillen, auch Sklavengeld genannt, die für diesen Zweck zunächst in Portugal, später in Bristol und Birmingham zu -zig Millionen Stück produziert wurden. Das waren massive Armreife zunächst aus Kupfer, dann aus Messing und Bronze, die in West- und Zentralafrika bis Anfang des 20. Jahrhunderts als Zahlungsmittel dienten.

Solches Sklavengeld aus Europa lieferte den Beniner Bronzegießern auch das Metall für ihre Kunstwerke von höchster Meisterschaft. Das Kupfer der Beninbronzen stammte anfangs aus den Tiroler Bergwerken der Fugger. So etwas wie eine schwarzafrikanische Solidarität gab es damals ebenso wenig wie eine gesamteuropäische. Solche übergreifenden Solidaritäten bilden sich zumeist erst im Gegenüber zu einem gemeinsamen, teils tatsächlichen, teils nur konstruierten Feind. Dieser Mechanismus ist uns aus der europäischen Geschichte wohl bekannt: vereint gegen die Osmanen vor Wien, oder 1871: die deutschen Stämme vereint gegen den „Erbfeind“. So etwas kann auch beim nigerianischen Kampf um die Rückgabe der Beninbronzen im Spiel sein: vereint im Opferstatus gegen den Kolonialismus, der bis heute eine permanente Aggression sei, wie sich an der verweigerten Rückgabe der Beninbronzen zeige. Dabei gibt es aber einige Schwierigkeiten mit Tatsachen.

Grundsätzlich war das Verhältnis der Könige von Benin zu den europäischen Sklavenhändlern entspannt. Die Portugiesen lieferten ihnen im 17. Jahrhundert nicht nur modernste Schusswaffen, sondern unterstützen sie auch logistisch bei der Expansion, sprich Unterwerfung ihrer

Nachbarn. Ist es völlig abwegig, dies schwarzafrikanischen Kolonialismus zu nennen?

Hier zeigt sich: Geschichte lässt sich selten oder nie schwarz-weiß deuten. Es überwiegen die Grautöne, das „sowohl – als auch“ und das „einerseits – andererseits.“ Das gilt auch für Opfer und Täter. Wer hier Opfer war und insofern unser Mitgefühl verdient, kann gleichwohl dort Täter gewesen sein und nach heutigen Maßstäben scharfe Kritik verdienen. Es ist allerdings sehr die Frage, ob das heute weit verbreitete Verfahren, Maßstäbe von heute rücksichtslos rückwirkend auf gestern anzuwenden, irgend einen relevanten Erkenntnisgewinn bringt, oder etwa nur der moralischen Selbstvergrößerung und Überheblichkeit dient, die wir doch dem europäischen Kolonialismus vorwerfen. Manchmal werden die Sünden der Väter unter neuen Namen von den Söhnen wiederholt, zum Beispiel wenn der Anspruch auf zivilisatorische Überlegenheit gegenüber anderen Völkern heute ersetzt wird durch den Anspruch auf moralische Überlegenheit gegenüber unseren Vorfahren.

Wie kamen die Beninbronzen in die Museen des Westens? Wir folgen hier der Darstellung von Karl-Ferdinand Schädler in seinem Buch: „Raubkunst. Wirklich geraubt?“ (2019), dem das Folgende auch sonst viel verdankt. Dort sind auch die Quellen nachgewiesen.

1862 erklärte Großbritannien die Stadt Lagos und ihre direkte Umgebung zum Protektorat und 1886 zur Kronkolonie. Das Verhältnis zum benachbarten Königreich Benin war nicht grundsätzlich feindlich, aber die Briten versuchten auch in diese Richtung ihren imperialen Einfluss auszudehnen, besonders durch die Forderung des Freihandels und des freien Besuchsrechts für Europäer. 1896 wurde der unerfahrene Robert Phillips als stellvertretender Generalkonsul nach Lagos entsandt, der sogleich den erfahrenen Generalkonsul während dessen Heimaturlaubs vertreten musste. Er fasste den Entschluss, dem Oba (König) von Benin einen Besuch abzustatten, „on a peace palaver.“ Der Oba erklärte, dass ihm der Besuch derzeit ungelegen sei wegen eines großen Opferfestes für seinen Vater. Er werde sich in zwei Monaten melden. Trotz mancher Warnungen blieb aber Phillips bei seinem Vorhaben, wahrscheinlich aus Ehrgeiz. Er stellte eine unbewaffnete Delegation aus 10 Engländern und 240 Schwarzafrikanern (Träger, Diener, Dolmetscher) zusammen, die

sich am 2. Januar 1897 einschiffte. Mit dem Oba wurden während der Anreise Botschaften ausgetauscht. Er war schließlich doch bereit, ihn zu empfangen, aber hinterher ergab sich, dass seine Häuptlinge damit nicht einverstanden waren. Obwohl vom ersten Benin-Dorf an drei Abgesandte des Oba die Delegation begleiteten, auch sahen und dem Oba meldeten, dass sie unbewaffnet sei, wurde sie beim Gänsemarsch durch den Busch am 4. Januar 1897 aus dem Hinterhalt überfallen. Acht Briten wurden getötet, zwei Briten und 55 Afrikaner konnten fliehen. 130 Afrikaner wurden gefangen und später in Benin umgebracht. Von den Getöteten nahmen Benins Truppen die abgeschnittenen Köpfe mit.

London betrachtete diesen Überfall, den man durchaus Massaker nennen kann, als Kriegserklärung und beschloss eine „Strafaktion“, die man heute Vergeltungsschlag nennen würde. Die Briten schickten 1.500 Soldaten in die Königsstadt. Als sie dort am 17. Februar 1897 eintrafen, hatten sich der Hofstaat und die Bevölkerung im Busch versteckt. Nach einem heftigen Gefecht von zwei Stunden war die Stadt erobert. Dabei sind auf britischer Seite vier Engländer, drei afrikanische Soldaten und drei Träger gefallen. Auf der anderen Seite werden mehr gefallen sein, man weiß es nicht. Aber dass die Briten in zwei Stunden ein Massaker angerichtet haben, wie der Botschafter Nigerias in der FAZ vom 01.04.2021 behauptet hat, ist weder bezeugt noch plausibel. Das Massaker vom 4. Januar 1897 erwähnt der Botschafter nicht. Das ist Geschichtspolitik, die uns einander nicht näherbringt. Er erwähnt auch nicht, was die Briten bei ihrem Einmarsch in die Königsstadt vorfanden. Die Straßen waren übersät mit Hunderten von Leichnamen, Geköpften und Sterbenden, weit überwiegend Schwarzafrikaner, aber auch drei Europäer. Kurz vor ihrem Eintreffen muss ein Massaker an Sklaven und Gefangenen stattgefunden haben.

Durch die unbedachte Beschießung eines Hauses explodierte ein dortiges Munitionsdepot. Größere Teile der Stadt fielen einem Brand zum Opfer, den der Wind anfachte.

Die Briten konfiszierten Tausende von Gegenständen aus dem Palast, darunter kunstvoll verzierte Elfenbeinzähne und die berühmten Beninbronzen. Unter denen lassen sich zwei Typen unterscheiden: (1) die Vollplastiken, die auf den Ahnenaltären standen und einerseits Ahnen

des Königs darstellten, andererseits Trophäenköpfe derjenigen Nachbarherrscher oder Rivalen, die die Könige besiegt und enthauptet hatten. (2) Mehrere hundert rechteckige Halbreiefs, die einst die Säulen der Paläste zierte und eine Chronik in Bildern darstellten. Sie wurden aus unbekanntem Gründen Ende des 18. Jahrhunderts entfernt. Die Briten fanden sie in „unmittelbarer Nähe der Altäre, die noch Spuren der soeben veranstalteten Opfer zeigten, ... halb verdeckt von Staub und Schmutz, der sich im Laufe langer Zeit angesammelt hatte“ (B. Hauser-Schäublin in FAZ 16.03.21). Die Briten haben die konfiszierten Kulturgüter nach London gebracht, wo sie von 1897 an versteigert wurden.

II.

Das Luf-Boot ist das Glanzstück der Südseeabteilung im Humboldt-Forum. Es ist ein hochseetüchtiges Auslegerboot von 15 m Länge. Die Bewohner der Insel Luf benutzten solche Boote für ihre Kriegszüge zu den ca. 100 km entfernten Inseln Kaniet und Ninigo, die sie sich tributpflichtig gemacht hatten. Es ist weltweit das einzige Exemplar solcher Großboote. Es wurde 1899 von Georg Thilenius erstmals beschrieben. Er fand es in einem Bootshaus unbenutzt vor, weil es nicht mehr genug Männer auf der Insel gab, um es zu Wasser zu lassen. Es war insofern unbenutzbar. Die Lebensdauer solcher Boote war begrenzt. Götz Aly berichtet von einem Kriegskatamaran auf Samoa, der trotz Überdachung nach zehn Jahren durch Klima und Insekten zerstört war.

Aly hat in seinem Buch „Das Prachtboot“ (2021) behauptet, das Luf-Boot sei den Insulanern von den Südseekaufleuten Eduard Hensheim und seinem Neffen Max Thiel gestohlen worden. Er fordert deshalb die umgehende Übertragung des Eigentumsrechts an Neuguinea, zu dem diese Insel heute gehört. Auf Nachfrage des Präsidenten der Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPK), Hermann Parzinger, hat Neuguineas Regierung erklären lassen, das Boot solle in Berlin bleiben. „Man sei stolz, dass das Boot hier so prominent gezeigt wird“, berichtet er. Auf der Insel Luf wäre es bereits vor hundert Jahren verdorben.

Alys Schilderungen von Szenen deutscher Kolonialherrschaft in der Südsee sind bedrückend, aber auch schrill und selektiv. Hier soll es nur

um die Frage gehen, ob das Luf-Boot gestohlen wurde. Zwei ausgewiesene Fachleute für den deutschen Südseekolonialismus haben in Rezensionen diese These Alys bestritten.

Aly sieht als Beweis für seine Behauptung an, dass Hensheim selbst in seinen Lebenserinnerungen schreibt: „das Boot ging ... in meine Hände über.“ So drücke sich niemand aus, der etwas redlich erworben hat. Aber warum sollte sich Hensheim für den Fall des unredlichen Erwerbs durch diese Formulierung selbst entlarvt haben?

Tatsächlich gibt es kein schriftliches Zeugnis zum Erwerb von den Insulanern und zum Kaufpreis, was aber bei einer schriftlosen Kultur nicht verwundert, die den Umgang mit europäischem Geld und Quittungen nicht gewohnt war.

Jakob Anderhandt, der eine Biographie Hensheims veröffentlicht hat, verweist in seiner Rezension (Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte 107, 2021) darauf, dass Max Thiel das Boot 1902 erworben, Hensheim aber bereits 1892 die Südsee verlassen hat. Er war nie Eigentümer des Bootes. Er habe als Bevollmächtigter 1903 den Vertrag über das Luf-Boot mit dem Berliner Museum geschlossen, das verpackte Boot Anfang 1904 in Hamburg in Empfang genommen und den Weitertransport nach Berlin veranlasst. Dafür sei jene Formulierung: „das Boot ging in meine Hände über“ (sc. ohne mein Eigentum zu werden) der korrekte Ausdruck.

Beweise für oder gegen den redlichen Erwerb gibt es nicht, wohl aber starke Indizien für den redlichen Erwerb. Thiel fand 1902 das Boot ohne Schiffsschnäbel vor. Die Bootsbauer haben sie für ihn nachgefertigt. Das spricht eindeutig gegen Diebstahl. 1906 hat der Schiffsarzt Augustin Krämer ausführlich mit drei Erbauern des Luf-Bootes gesprochen und sich die Symbole erklären lassen. Sie haben das ausführlich und freundlich getan, ohne etwas von einem Diebstahl anzudeuten.

Anderhandt urteilt abschließend: „Er ist auf einen Skandal aus.“ „Aly möchte, dass alle SPK-Südsee-Objekte unter Generalverdacht kommen, sie seien unredlich erworben.“

Brigitta Hauser-Schäublin kommt in ihrer Rezension (Die ZEIT Nr. 29/2021) zu dem Ergebnis: „Die Quellen lassen den Schluss, den Aly bezüglich des Erwerbs des Luf-Bootes gezogen hat, nicht zu. Das

„Prachtboot“ wurde nicht „enteignet“. Alle Indizien sprechen für Handelseinigkeit zwischen Verkäufern und Käufer.“

III.

Es ist allgemein üblich geworden, die afrikanischen Kulturgüter, die „in kolonialen Kontexten“ in den Westen gelangt sind, als *Raubkunst* zu bezeichnen. Aber in diesem Zusammenhang sind beide Bestandteile des Wortes, Raub und Kunst, sehr erläuterungsbedürftig. Bei „Raubkunst“ steht wohl die Konfiskation der Beninbronzen vor Augen, in der simplifizierten Form: die Briten haben das friedliche Benin überfallen und seine Schätze geraubt. Benin gilt weithin als typisch: so sah Kolonialismus aus. In Wahrheit war der Fall Benin für den europäischen Erwerb afrikanischer Kulturgüter untypisch. Nur in wenigen Fällen haben Kolonialtruppen in Afrika Kulturgüter requiriert, nämlich bei (sehr kritikwürdigen) „Strafexpeditionen“. Die Kolonialverwaltungen haben kaum Interesse am Erwerb von Kulturgut gezeigt, weil das Unruhe schaffen konnte, die das koloniale Geschäft stört. Es waren vor allem Forschungsreisende, Abgesandte von Museen, Missionare und Sammler, die erworben haben, was in westliche Museen und Privatsammlungen gelangte, und zwar ohne Gewaltandrohung.

Der Ausdruck Raubkunst wurde ursprünglich für Kulturgüter verwendet, die während des Nationalsozialismus geraubt bzw. „NS-verfolgungsbedingt entzogen“ wurden. Dieser Raub war nicht kriegsbedingt, sondern Gewaltanwendung des NS-Staates gegen Gruppen seiner Bürger, vorrangig Juden. Durch die Anwendung des Wortes Raubkunst auf den Fall Benin werden extrem verschiedene Fallkonstellationen in einen Topf geworfen. Der Unterschied zwischen Raubgut und Beutegut wird verwischt.

Raub ist die rechtswidrige Aneignung einer fremden Sache unter Anwendung von Gewalt gegen eine Person unter Friedensbedingungen. Das ist in jeder Rechtsgemeinschaft ein Verbrechen. Wer Raubgut wissentlich verkauft oder kauft, macht sich als Hehler strafbar. Raubgut muss entschädigungslos zurückgegeben werden, mit Schimpf und Schande sozusagen. Dank darf nicht erwartet werden.

Kriegsbeute zu nehmen war dagegen Jahrtausende lang das unbestrittene Recht des Siegers. Er war auch berechtigt, sie zu verkaufen. Käufer machten sich nicht strafbar. Zwar galt es bereits als anrühlich, dass Napoleon in besiegten Ländern massenhaft Kunstwerke als Kriegsbeute requirierte. Aber erst mit der Haager Landkriegsordnung wurde 1899, also zwei Jahre nach der britischen Eroberung Benins, „die Zerstörung oder Wegnahme feindlichen Eigentums“ (Art. 23 g) und die Plünderung (Art. 28, Art. 47) untersagt – formal freilich nur für die Staaten, die sie ratifiziert haben. Erst nach 1899 hatte also die Rückforderung von Beutegut eine rechtliche Grundlage. Ob ihr immer entsprochen wird, ist eine andere Frage, wie man an Schliemanns „Priamus-Schatz“ sehen kann. Ersetzt wurde das Institut der Kriegsbeute durch das der Reparationen, die in Friedensverträgen festgelegt wurden.

Man kann die Haager Landkriegsordnung nicht rückwirkend anwenden. Denn dann hätte Schweden aus dem Dreißigjährigen Krieg Schiffsladungen von Beutegut nach Deutschland zu restituieren. Man muss Beute, die vor 1899 gemacht wurde, nicht zurückerstatten, aber man darf. Solche Rückgabe wäre nicht zwingend und nicht erzwingbar, sondern eine Geste der Großzügigkeit und des Wohlwollens, die ihrerseits darauf rechnen sollte, dass ihr mit Wohlwollen und Großzügigkeit geantwortet wird und nicht mit dem Vorwurf: „Ihr seid Diebe, Räuber, Hehler!“ Man kann nicht gleichzeitig solche Vorwürfe erheben und auf Wohlwollen rechnen. Da muss man sich für die eine oder andere Strategie entscheiden.

Die Beschämung oder moralische Bloßstellung ist eine legitime Waffe derjenigen, denen Unrecht geschehen ist, das niemand wahrhaben will. Aber wie jede Waffe kann auch diese missbraucht werden zur unwahrhaftigen eigennützigen Beschämung. Die reißt tiefe Gräben auf und vergiftet das Klima anhaltend. Sich dauerhaft in der Opferrolle einzurichten ist zudem nicht zu empfehlen. Man verharrt dann in einer lähmenden Erwartungshaltung, die auf den (vermeintlichen) Schuldner fixiert ist, befangen macht und einer freien Begegnung auf Augenhöhe im Wege steht.

Kriegsbeute zu nehmen und zu verkaufen sahen die Könige von Benin als ihr selbstverständliches Recht an. Nach seiner Wahl wurde vom

König erwartet, dass er sein Amts-Charisma durch einen erfolgreichen Kriegszug beweist, den Kopf des Überfallenen und reichlich Gefangene zur Versklavung und Opferung heimbringt (vgl. B. Hauser-Schäublin a.a.O.). Versklavungskriege kannten keinerlei Restriktionen der Kriegsführung, wie sie sich aus der mittelalterlichen Lehre vom gerechten Krieg (*causa justa, intentio recta*) herausgebildet und zum Kriegsvölkerrecht geführt haben. Sie waren totale Kriege, Vernichtungskriege. Der gottgleiche Oba hat allerdings nie damit gerechnet, dass ihm widerfahren könnte, was er fortwährend anderen widerfahren ließ: besiegt zu werden.

Wenn die Konfiskation der Beninbronzen als Kunstraub bezeichnet wird, entsteht der Eindruck, hier seien Schätze gesucht und geraubt worden. Manche behaupten gar, allein deshalb hätten die Briten Benin erobert, alles andere sei nur Vorwand gewesen. Dies lässt sich widerlegen.

Geldwert erlangt ein Gegenstand, wenn er auf einem Markt nach Angebot und Nachfrage bewertet wird. Die Beniner Bronzegießer gehörten zum Königshof und haben ausschließlich für ihn gearbeitet. Bis 1897 waren ihre Produkte keine Handelsware. Soweit sie auf Ahnenaltären standen, hatten sie eine unüberbietbare Bedeutung, nämlich einen kultischen oder *religiösen Wert*, der sich in Geld so wenig ausdrücken lässt wie der „Wert“ des Kölner Doms für die Domgemeinde. Sie waren dem Alltag enthoben und sozusagen geheiligt, weil sie Zugang zur Welt der Ahnen eröffneten. Für die schlichten Einwohner Benins übrigens waren sie damals unzugänglich. Im damaligen Glauben der Edo waren sie bei geordneter kultischer Praxis spirituelle oder magische Kraftspender für ihren König. Diese ihre Bedeutung ist unwiederbringlich dahin – nicht nur, weil die Ahnenbronzen aus ihrem kultischen Zusammenhang gerissen, also entweiht wurden, sondern auch, weil das Volk der Edo zum Christentum übergegangen ist und jener altafrikanische Ahnenkult nur noch rudimentär nachklingt. Auch durch Restitution der Bronzen würde der königliche (blutige) Ahnenkult nicht wiedererstehen. Auch in dieser Hinsicht sind Afrikaner heute weithin postkolonial. Sie sind uns in mancher Hinsicht wohl näher als uns beiden ihre vorkolonialen Vorfahren. Das erklärt auch, warum Afrikaner oft einst religiös bedeutende Objekte ungezwungen zum Verkauf angeboten haben. Nach ihrem

Religionswechsel hatten sie für sie ihre bisherige religiöse Bedeutung verloren.

Von den britischen Eroberern waren einige der Meinung, man solle das „scheußliche Teufelszeug“ (so Generalkonsul Ralph Moore) einfach in Benin liegenlassen. Das war möglicherweise wörtlich gemeint. Denn die christlichen Europäer sahen in den altafrikanischen Kulturen „Götzen-dienst“ und das konnte heißen, dass die entsprechenden Gegenstände als dämonisch kontaminiert angesehen wurden. Admiral Harry Rawson dagegen vertrat sozusagen die säkularisierende Aufklärung und war der Meinung, dass sie einen historischen Wert haben und das Britische Museum sich für sie interessieren könnte. Er unterstellte den Bronzen also einen *musealen Wert*. Man nannte solche historisch oder völkerkundlich interessanten Gegenstände damals Curiosa, die in herrschaftlichen Kuriositäten- und Wunderkammern gesammelt wurden. Aus ihnen gingen im 19. Jahrhundert die Museen hervor, auch in Berlin. Das Britische Museum zeigte aber zunächst kein Interesse und erwarb bei der ersten Benin-Auktion lediglich einen verzierten Elfenbeinzahn. Einen echten Markt übrigens gab es für Curiosa nie. Sie wurden zunächst Herrschern, dann Museen geschenkt oder zum Selbstkostenpreis überlassen, um sich als Stifter einen Namen oder Orden zu verdienen. Reich werden konnte man mit den Curiosa nie, was durch den Ausdruck „Raubkunst“ verdunkelt wird.

Als die Bronzen in Lagos ankamen, äußerte ein britischer Kolonialbeamter in einem Gutachten die Befürchtung, der Marktwert werde wohl kaum die Transportkosten decken. Er sah nur noch den *Buntmetallwert*.

Bei den Londoner Auktionen wurden auch Kunstsammler auf die Bronzen aufmerksam. Ein großes Staunen ging durch die Kunstszene. So etwas hatte man noch nie gesehen – und das aus Westafrika! Erstmals sah man schwarzafrikanische Kunst. Der Expressionismus formierte sich gerade. Diese Künstler empfanden eine geistige Verwandtschaft zu jenen anonymen Bronzegießern – und fühlten sich ihnen wohl näher, als sie ihnen tatsächlich waren. Sammler und Museen wetteiferten und trieben die Preise hoch. Heute werden für begehrte Beninbronzen mehrere Millionen Euro bezahlt.

Also: erst der europäische Kunstmarkt hat die Beninbronzen in einem interkulturellen Zusammenspiel zu *Kunstwerken* geadelt und ihnen auf dem Kunstmarkt einen erheblichen Geldwert verschafft.

Aber auch der Begriff „Kunst“ hat in Anwendung auf jene afrikanischen Kulturgüter „aus kolonialen Kontexten“ seine Tücken. Wir müssen hier die Frage „Was ist Kunst?“ nicht beantworten. Es genügt eine Beschreibung dessen, was der westliche Laie ungefähr unter Kunstwerken versteht. Sie sind jeweils etwas Einmaliges. Kopien sind gegenüber dem Original minderwertig. Kunstwerke sind zweckfrei und stehen für sich (*l'art pour l'art*). Sie sind einem Künstler, ihrem „Schöpfer“, zugeordnet, dessen Stil und Weltansicht sie ausdrücken („ein typischer van Gogh!“). Sie werden vor Verfall geschützt und restauriert, unabhängig von ihrem Alter. Dieses Kunstverständnis hat sich in Europa seit der Renaissance herausgebildet. Dem Mittelalter war es fremd. Es wird heute wohl auch von zeitgenössischen afrikanischen Künstlern zumeist geteilt werden.

Von den afrikanischen Kulturgütern in unseren ethnologischen Museen lassen sich noch am ehesten die Beninbronzen unserem Kunstverständnis einverleiben: sie bestehen aus dauerhaftem Material und sind schon deshalb jeweils einzigartig. Von *l'art pour l'art* kann jedoch nicht die Rede sein. Sie sind allerdings auch in Afrika etwas Besonderes, weil sie einer königlichen Hofkunst zugehören, wie sie sich nur in den Sklavenhändler-Reichen, also in der Kommunikationszone mit Europa, entwickelt hat. Die Objekte, die üblicherweise als afrikanische Kunst bezeichnet werden, wie Ahnenskulpturen, Zauberfiguren oder Masken aus den Dörfern, bestehen aus pflanzlichem Material. Sie sind dem Verfall ausgesetzt und müssen deshalb periodisch ersetzt werden, nicht durch eine Kopie, sondern durch einen Nachfolger. Wie die Formen wird auch die Fertigungstechnik getreu überliefert, steht also jederzeit zur Verfügung. Dabei ist (handwerkliche) Meisterschaft gefragt (und macht Unterschiede), nicht aber Originalität. Diese Praxis der wiederholten Fertigung hat befördert, dass Unmengen von Kopien und Fälschungen im Umlauf sind, die geübte Afrikaner eigens für die westliche Nachfrage fertigen.

All diese Objekte waren ursprünglich eingebunden in rituelle und kultische Handlungen, innerhalb derer sie als Kraftträger oder Repräsentanten von Ahnen und Geistern erlebt wurden. Wenn sie aus diesem Gebrauch ausschieden, wurden sie als wertlos erachtet. Westliche Sammler, die in diesen Objekten etwas ganz anderes sahen, nämlich Repräsentanten ihrer Schöpfer und Ausdruck ihrer Kultur, fanden das Begehrte deshalb manchmal in der Müllecke des Dorfes – bis die Einheimischen die seltsame Gier der Weißen nach dergleichen entdeckten und für sich nutzten. Weil der kultische Gebrauch jenen Objekten ihre Bedeutung verlieh, war den vorkolonialen Afrikanern auch die Idee des Museums zum dauerhaften Erhalt solcher Objekte völlig fremd. Das erklärt das Scheitern einiger Museen, die die Kolonialmächte noch vor der Entlassung in die Unabhängigkeit eingerichtet hatten. „Nach der Unabhängigkeit Nigerias bemühte sich England weiterhin um freundschaftliche Beziehungen und restituierte eine Anzahl von Objekten aus dem Beninkrieg. Doch ein Teil der Objekte tauchte auf dem europäischen Kunstmarkt prompt wieder auf“ (K.-F. Schädler). Natürlich können auch Afrikaner aus solchen trüben Erfahrungen lernen und es nun besser machen.

IV.

Die koloniale Erschließung des Inneren Afrikas in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gilt heute als ein schwarzes Kapitel, für das sich Europa zu schämen und um Entschuldigung zu bitten hat. Das ist berechtigt, namentlich für die unsäglichen „Strafexpeditionen“ und für das Kolonialregime in der Kongo-Kolonie des belgischen Königs, das an Brutalität kaum zu überbieten war, ähnlich im portugiesischen Angola. Beide Fälle sind aber nicht typisch für die europäische Kolonialherrschaft in Afrika.

Aus dieser berechtigten Kritik darf nicht gefolgert werden, Afrika habe sich zuvor in einem friedlichen oder gar glücklichen Zustand befunden, den die Kolonialherren in ihrer Gier zerstört hätten. Vielmehr sahen sich die ersten Erforscher des Inneren Afrikas im 19. Jahrhundert mit den unvorstellbaren Verwüstungen konfrontiert, die die über zwölf

Jahrhunderte andauernde Sklavenjagd arabischer und schwarzafrikanischer, zumeist berittener Sklavenjäger angerichtet hatte. Im 19. Jahrhundert war im Kongobecken schließlich ein Gebiet von der Größe Irlands nahezu entvölkert. Die Sklaven wurden über Sansibar und die Sahara in die islamische Welt bis nach Indien deportiert, zwischen 650 und 1920 waren das 17 Millionen.

Die Sklaverei umfasst drei Dimensionen: die Sklavenjagd, den Sklavenhandel und die Sklavenhaltung. Von denen waren die Sklavenjagd und der Transport bis zur Küste der mörderischste Teil. Dafür gab es bis zur Erschließung Innerafrikas aber kaum Augenzeugenberichte in Europa. Man hatte nur die Versklavung von christlichen Südeuropäern durch die islamischen nordafrikanischen Korsaren erlebt.

Während die europäischen Seemächte seit 1519 kräftig am transatlantischen Sklavenhandel verdienten, gab es in Europa selbst kaum Sklaverei. Aber dort und in Nordamerika entstand – weltweit einmalig – eine Protestbewegung gegen die Sklaverei (Abolitionismus), die besonders von Quäkern, Mennoniten, Methodisten, Baptisten und Pietisten, also Bewegungen unterschiedlichen Christentums, getragen wurde. 1787 wurde in England die „Gesellschaft zur Abschaffung der Sklaverei“ gegründet. Sie forderte zunächst nur die Abschaffung des *Sklavenhandels*, da Europäern die afrikanischen Gebiete, in denen die *Sklavenjagd* stattfand, nicht zugänglich waren, und die Erwartung bestand, dass die Sklavenhaltung schließlich wegen fehlenden Nachschubs sozusagen austrocknen werde, was sich so nicht bestätigt hat.

Ihr Hauptargument: da alle Menschen Kinder Gottes sind und Gottes Ebenbild, also Gott gehören, dürfen Menschen nicht Eigentum eines anderen Menschen sein, da das Gottes Eigentumsrecht an jedem Menschen frevelhaft in Frage stellen würde. Das Argument findet sich bereits im Sachsenspiegel (ca. 1230).

Der Missionar und Afrikaforscher David Livingstone wurde 1871 Augenzeuge des Überfalls berittener arabischer Sklavenjäger auf ein afrikanisches Dorf. Vierhundert Dorfbewohner wurden niedergemetzelt, eine unbekannte Zahl, wahrscheinlich etwa ebenso viele, in die Sklaverei verschleppt. Insgesamt wurden bei diesem Raubzug 27 schwarzafrikanische Dörfer niedergebrannt. Livingstone folgerte aus diesem Erleb-

nis, der Sklavenjagd könne nur durch die wirtschaftliche Erschließung Afrikas für den Welthandel die Grundlage entzogen werden. Er hat also den Europäern aus humanitären Gründen die wirtschaftliche Erschließung Afrikas empfohlen. Sein Tagebuch wurde 1874 posthum in London veröffentlicht und übte einen beachtlichen Einfluss auf die öffentliche Meinung aus, wie zuvor schon „Onkel Toms Hütte“ (1852), das in England eine Million Mal verkauft wurde.

Der Berliner Kongo-Konferenz von 1884/85 wird vorgeworfen, die europäischen Mächte hätten über die Köpfe der Betroffenen hinweg das Innere Afrikas unter sich aufgeteilt. Das stimmt, aber in den Gebieten der Sklavenjagd hatten die Betroffenen damals keine Stimme. Sie waren auf das nackte Überleben zurückgeworfen und jeglicher Entfaltungsmöglichkeit beraubt – durch die Sklavenjäger.

Die koloniale Erschließung Afrikas im 19. Jahrhundert gibt Anlass für eine Selbstkritik Europas, die ja auch grundsätzlich stattfindet. Sie gibt aber auch Anlass für eine Selbstkritik der damaligen Sklavenjäger und Sklavenhändler, die kaum stattfindet. Die nigerianische Schriftstellerin Adaobi Tricia Nwaubani hat dieses Tabu gebrochen und geschrieben: „Mein nigerianischer Urgroßvater verkaufte Sklaven.“ Sie hat plastisch die Selbstverständlichkeit geschildert, mit der damals die Sklaverei von Schwarzafrikanern praktiziert wurde. Ihren Urgroßvater möchte sie aber nicht so gern als Sklavenhändler, sondern lieber als Geschäftsmann ansehen, der mit diesem und jenem und auch mit Sklaven gehandelt habe. Das sei ihr mit Nachsicht gegönnt, wenn bitte auch unseren Vorfahren ein wenig Nachsicht gegönnt wird. Sie waren keine Monster, sondern: „es irrt der Mensch, solange er strebt“ (Goethe).

Die europäische Kolonialisierung Afrikas hat – von Belgisch-Kongo und Angola abgesehen – durchaus auch Verbesserungen der Lebensverhältnisse gebracht, namentlich die Beendigung der Sklavenjagd.

Der Sklaverei ist vorzuwerfen, dass sie Menschen als beseelte *Sachen* (Aristoteles) behandelt, erniedrigt und massenhaft umkommen lassen hat.

Dem Kolonialismus ist weniger vorzuwerfen. Er hat die „Eingeborenen“ wie *Kinder* behandelt, die „zivilisiert“ – und das hieß faktisch: europäisiert – werden müssen. Dies übrigens nach den Maßstäben einer

sehr rigiden Pädagogik. Aber im „Mutterland“ war damals die Pädagogik auch nicht zimperlich.

Und dennoch: die meisten afrikanischen Führer von Befreiungsbewegungen und die meisten ersten Staatsmänner in der Unabhängigkeit haben ihren Bildungsgang in christlichen Missionsschulen begonnen – andere gab es gar nicht – und oft mit einem Studium im „Mutterland“ der Kolonie fortgesetzt. Offenkundig war das Resultat solcher Bildungsgänge nicht „Servilität“ (servus = Sklave), sondern der Sinn für Freiheit und Selbstbestimmung.

Afrikanische Christen sagen heute: Wir sind den Missionaren dafür dankbar, dass sie uns von der Geisterfurcht befreit haben.

Und was die „westlichen Werte“ betrifft, von denen manche kritisieren, die Kolonialmächte hätten sie den Einheimischen aufgezwungen: Wollen wir ernsthaft den Kolonialmächten vorwerfen, dass sie in Afrika die Hexenverfolgung, die Menschenopfer und die Sklavenjagd, in Indien die Witwenverbrennung und in Polynesien die Kopffjagd missbilligt oder sogar verboten haben? Die Kopffjagd war ein Ritual. Zum Eintritt ins Erwachsenenalter musste der Heranwachsende den Kopf – nicht eines Feindes, sondern eines Fremden beibringen. Das vorkoloniale Polynesien war nicht das Paradies der Unschuld, wie Aly suggeriert. Der besagte Kolonialismus soll hier nicht beschönigt werden. Wir sollten aber von der simplen Erklärung, Böses stamme immer aus Bosheit, der auch Götz Aly anzuhängen scheint, Abstand nehmen. Sie trifft selten zu. Zumeist entsteht Übles und Inhumanes aus guter, aber verblendeter oder instrumentalisierter Absicht. Die Verblendung wird allerdings erst im Rückblick sichtbar. „Das Gegenteil von gut ist gut gemeint“ (Odo Marquardt). Dem haftet ein Element des Tragischen an. Haben wir das nicht soeben wieder an Afghanistan erfahren müssen?

Der Spiegel hat 2007 eine Bilanz des europäischen Kolonialismus in Afrika gezogen. Resultat: wirtschaftlich hat er sich nicht gelohnt. Er schloss defizitär. Aber die beiden afrikanischen Staaten, die nie Kolonie waren, nämlich Liberia und Äthiopien, stehen heute schlechter da als die, die einst Kolonien waren.

V.

Die zuständigen Gremien Deutschlands haben beschlossen, dass es zu „substantiellen Rückgaben“ afrikanischer Kulturgüter kommen soll. Das heißt weder: wir geben nur Überzähliges, Dubletten ab, noch: uns bleibt nur, was afrikanische Museen verschmähen. Schon gar nicht heißt es, dass alle afrikanischen Kulturgüter nach Afrika gehören und in Europa nichts zu suchen haben, wie manche fordern. Während sich Deutschland zunehmend Zuwanderern auch aus Afrika öffnet, reinigen wir unsere Museen von afrikanischem Kulturgut in einem Akt musealer Rassentrennung? Und sollen nächstens alle Bilder italienischer Maler nach Italien kommen? Wir können und wollen doch gar nicht anderen Kontinenten den Gebrauch westlicher technischer „Kulturgüter“ wie Elektrizität, Auto, Telefon, Antibiotica und – nicht zu unterschätzen – das know how zur Organisation von Metropolen vorenthalten. Wenn hier weltweite Gemeinsamkeit unstrittig ist, warum dann nicht auch bei anderen Kulturgütern?

Es gibt Objekte, die unstrittig *umgehend und vollständig zurückgegeben werden müssen*, sobald Herkunft und Empfänger geklärt sind. Das sind einmal menschliche Überreste, die durch die völkerkundliche Sammelwut der vorletzten Jahrhundertwende auch nach Europa gelangt sind. Und das sind Kulturgüter, die nach klaren juristischen Maßstäben geraubt oder gestohlen worden sind. Nun hat Götz Aly den ganzen Bestand der ethnologischen Museen unter Generalverdacht gestellt und eine Beweisumkehr gefordert: bleiben darf nur, was erwiesenermaßen nicht gestohlen oder geraubt wurde. Aber dadurch würde die Grundlage jeden Rechtsfriedens, die Unschuldsvermutung, außer Kraft gesetzt. Wenn nicht mehr die Schuld, sondern die Unschuld bewiesen werden muss, würde auch Aly Schwierigkeiten mit seinem Hab und Gut bekommen, weil ihm einige Kassenzettel fehlen. Die Forderung nach Transparenz und Aufklärung über die Herkunft aller musealen Objekte (Provenienzforschung) ist berechtigt. Die Behauptung, die Berliner Museen betreiben Vertuschung und Intransparenz, ist widerlegbar. Die Inventare und Erwerbzbücher von sieben Abteilungen der SPK sind bereits im Internet zugänglich, weitere folgen. Auch die detaillierten Erwerbssak-

ten sind bereits in erheblichen Teilen zugänglich. Allerdings kann auch Provenienzforschung nicht alle Fragen beantworten. Wie ein Zwischenhändler an sein Gut gekommen ist, bleibt manchmal definitiv im Dunkeln.

Schwieriger ist die Gruppe derjenigen Objekte zu bestimmen, die nicht zurückgegeben werden müssen, aber zurückgegeben werden *sollten*, weil sie heute für die Herkunftsländer von hoher Bedeutung sind. Den steinernen Simbabwe-Vogel hat Simbabwe als nationales Symbol zurückerbeten und bekommen. Kürzlich wurden die Familienbibel und die Viehpeitsche des Nationalhelden und einstigen Führers der Nama in Namibia, Henrik Witbooi, zurückerstattet. Aber in sehr vielen Fällen wird es Kontroversen um Rückgabeansprüche geben. Dann kann die Rückgabe nicht am Anfang stehen. Da ist eine Phase des Dialogs und der Kooperation mit den Fachleuten der Herkunftsländer notwendig. Keine Seite sollte hier die Deutungshoheit für sich beanspruchen und jede sollte sich mit entgegenstehenden Deutungen gründlich befassen. Ausstellungskonzepte sollten wechselseitig gemeinsam besprochen werden. Gegensätzliche Deutungen können auch in Ausstellungen direkt zur Darstellung kommen.

Objekte, von denen die Herkunftsländer sagen, sie seien für ihre Identität von großer Bedeutung, müssen besonders sensibel diskutiert werden. Grundsätzlich ist jedes Volk frei, seine Identität zu definieren. Wenn es aber aus seiner Selbstdefinition Forderungen an andere ableitet, sind die Geforderten berechtigt, die Plausibilität solcher Forderungen zu beurteilen. Da kommen wir noch einmal zu den Beninbronzen. Die Erklärungen, die Beninbronzen verkörperten das, was das Volk Nigerias ist, seine Identität also, oder sogar seine geraubte Seele, sind sicher sehr hoch gegriffen. Beim Volk der Edo würde die Rückkehr der Bronzen nach Benin City sicher große Begeisterung auslösen. Die Erwartung mancher vor Ort, dass sie einen großen kulturellen und wirtschaftlichen Aufschwung auslösen werde, ist aber mit Sicherheit weit überzogen und wird enttäuscht werden. Zudem stellen die Edo lediglich 1,35 Prozent der Nigerianer. Ob deren Nachbarn die Begeisterung teilen, hängt davon ab, wie sie die Herrschaft Benins erinnern. Und die Hälfte der Nigerianer sind Muslime. Die würden sich für eine Rückkehr der Beninbronzen

schwerlich begeistern. Denn gemäß der Scharia sind dreidimensionale Abbildungen von Menschen haram, verboten, sündig, unrein. Die radikalen unter ihnen möchten sie vernichtet sehen. Das alles spricht nicht gegen Rückgaben auch von Beninbronzen. Aber diese Rückgabe gehört nicht zur ersten Kategorie: was uneingeschränkt zurückgegeben werden muss, sondern zur zweiten Kategorie: was in einem Dialog, der Zeit brauchen wird, einvernehmlich geklärt werden muss, aber nicht nach dem Motto: alles oder nichts. Und die Rückkehr muss gar nicht immer die Form der Eigentumsübertragung haben. Es sind auch Leihgaben, Dauerleihgaben und Zirkulationen denkbar – allerdings nur dann, wenn die andere Seite nicht Raubkunst unterstellt und alles behält, was ihr in die Hände kommt.

Tsitsi Dangarmbga zwischen der Schuldfrage an Kolonialismus und der Forderung nach einer „neuen Aufklärung“, die die alte überwindet

Helmut BLEY

Tsitsi Dangarmbga wurde mit dem Friedenspreis des deutschen Buchhandels ausgezeichnet und hatte vom Pen Club 2018 den Preis als Verteidigerin der Meinungsfreiheit erhalten. Sie ist die erste schwarze Schriftstellerin und Filmemacherin in Simbabwe. Sie lebt mit ihrem deutschen Mann und ihren Kindern überwiegend in Simbabwe, hat aber in England und Deutschland gelebt und studiert. Sie kennt also beide Welten. In einem Interview im „Chrismon“ Anfang Januar 2022 betont sie Ihre Toleranz.

In ihrer Rede in der Frankfurter Paulskirche stellt sie die Geschichte der Gewalt durch die europäische Expansion und den Kolonialismus in den Mittelpunkt ihrer Argumentation, um nach neuen Wegen für friedliche Entwicklungen zu suchen.

Sie beginnt mit einer zutreffenden Analyse der Gewalt und der systematischen Diskriminierung der afrikanischen Bevölkerung durch die Siedler in Rhodesien/Simbabwe seit dem Überfall der „Pioneer Column“ unter Führung von Cecil Rhodes 1890, die ausgerüstet mit der neuen Waffe des Maschinengewehrs gegen das Königtum des Ndebele auf der Suche nach neuen Goldfeldern vorging.

Bemerkenswert an ihrer Rede ist, dass aus der kolonialen Gewalt der Siedler seit 1972 und ihrer grausamen Kriegsführung, um die Herrschaft gegen die nationalen afrikanischen Bewegungen zu verteidigen, Tsitsi Dangarmbga auch die grausame Gegengewalt der Befreiungsbewegungen nicht nur erklärt, sondern feststellt, dass diese Gewalt nach Erreichen der Unabhängigkeit 1980 fortgeführt wurde. Machtsicherung der ZANU wurde der Anlass zum Ausbau der Diktatur Präsident Mugabes genutzt und das Militär begann die wichtigsten ökonomischen

Ressourcen zur Bereicherung zu kontrollieren. Das von ihr als Militärdiktatur bezeichnete Regime Mugabes sei Erbe der kolonialen Gewalt gewesen. Es habe sogar einen Genozid an Ndebele organisiert. Davon wurden auch Shona-Oppositionelle getroffen.

Diese Kritik an der Diktatur und ihre Verknüpfung mit der kolonialen Gewalt wirft einen bei afrikanischen Intellektuellen seltenen kritischen Blick auf die postkoloniale Entwicklung und ist sehr mutig.

Generell werden alle Gewaltverhältnisse der Neuzeit als Folge imperialistischer Gewalt des Westens gedeutet. Sie wirke auch nach der Unabhängigkeit der Kolonien fort.

Tsitsi Dangarmbga versteht sich damit als eine kritische Stimme der Friedens- und Demokratiebewegung gegen postkoloniale Missstände und Gewalt in ihrer Heimat und der übrigen kolonialen Welt. Man kann davon ausgehen, dass sie dabei auch jene indirekten Wirkungen der strukturellen Gewalt, die vom ökonomischen Weltsystem ausgehen, im Blick hat.

In ihrer Rede an das deutsche und internationale Publikum verknüpfte sie auf der Suche nach künftigen Friedensmöglichkeiten die These, dass die moderne Gewalt vom Westen ausgehe und dass die europäische Aufklärung für diese Expansion die zentrale Ursache gewesen sei, weil sie aus dem Geist der Philosophie eines extremen Egozentrismus erwachsen sei. Das Symbol dafür ist für sie der von Descartes formulierte Satz: „Ich denke, also bin ich“, in dem er die Bewusstwerdung des modernen Menschen und dessen ontologische Seinsgewissheiten beschreibt, was sie als Quelle von Egozentrismus der europäischen Menschen interpretiert und für die Bereitschaft verantwortlich macht, gewaltsam über die Gesellschaften der Welt zu herrschen.

Sie setzt gegen diese Tendenz des Denkens die Philosophie des „Mbuntu“, die damit das „Du“ betone, eine Position, die in der Kultur Bantu sprechender Völker verankert ist und Gemeinschaft bildend sei.

Diese essentialistische Deutung verkennt den Umgang der Machthaber Afrikas in Geschichte und Gegenwart, die den Anderen und dessen Würde sowie die der geraubten Sklaven und Frauen missachteten. Die Mbuntu-Philosophie hatte die Notwendigkeit von verwandtschaftli-

cher Hilfe und nachbarlichem Beistand betont, um die von vielen äußere Umständen bedrohten ländlichen Gesellschaften in ihrem Umgang miteinander zu sichern, was als Reaktion auf den Kolonialismus in Verknüpfung der Machtverhältnisse als essentialistische Gegenposition gegen westliche Philosophie gewendet wurde, aber auch von etlichen afrikanischen Philosophen nicht geteilt wird.

Die Verknüpfung der Kritik an Descartes und der europäischen Aufklärung mit der Gewaltgeschichte der europäischen Expansion als wichtigste oder gar einzige Quelle von Gewalt in der Weltgeschichte führten Tsitsi Dangarmbga zur Forderung nach einer „neuen Aufklärung“. Sie erreichte damit stehende Ovationen und, wie die Süddeutsche Zeitung berichtete, Tränen der Rührung im Publikum, weil die Kritik an der Gewalt im Kolonialismus als zentrale Schuld Europas und der Entwicklung des kapitalistischen Weltsystems, aber auch der Aufklärung in Frankfurt bejubelt wurde. Tsitsi Dangarembga hatte dem Publikum damit angeboten, sich aus dieser Schuld zu lösen, wenn es an einer neuen Aufklärung mitwirke.

Das Publikum teilte damit die von der afrikanischen Diaspora und in Europa forcierte Ansicht, dass Kolonialismus und Diskriminierung als zentrales Geschehen im 20. Jahrhundert oder gar in den letzten 500 Jahren zu gelten habe. Die Kriege in Europa selbst bis zu den Katastrophen der beiden Weltkriege geraten dabei völlig in den Hintergrund. Dabei verursachten sie insgesamt über 50 Millionen Opfer, ein Geschehen, das parallel zum Kolonialismus stattfand, allerdings auch in Afrika Auswirkungen hatte.

Die Folge diese Haltung ist, dass die Gewaltgeschichte in Europa selbst vom Dreißigjährigen Krieg bis zum Ende des Zweiten Weltkrieg verdrängt wird und diese so erheblich größere Zahl der Opfer in den Hintergrund gerät. Bundespräsident Steinmeier hat kürzlich darauf verwiesen, als er beklagte, dass in Deutschland die 27 Millionen Opfer des deutschen Angriffes auf die Sowjetunion im deutschen Geschichtsbewusstsein nicht präsent oder gar in Geschichts-Vergessenheit geraten sind.

Die Ursache ist wahrscheinlich, dass die Phase seit dem Ende dieser Kriege als Normalfall friedlichen europäischen Lebens im Wohlfahrts-

staat gilt und dadurch die Geschichte der Gewalt in Europa als überwunden dem Vergessen anheimfällt.

Die Anerkennung der Verantwortung für den Kolonialismus achtzig Jahre nach der Dekolonisation wird nun von Nachfahren der Kolonisierten mit Nachdruck angemahnt. Sie verschweigen dabei aber ihre Geschichte von Herrschaft, Eroberungen und massiver Sklaverei in den letzten tausend Jahren bis ans Ende des 19. Jahrhunderts. Stattdessen sehen sie nur den atlantischen Sklavenhandel als das zentrale Verbrechen und bleiben so kritiklos gegenüber den gesellschaftlichen Verhältnissen in ihrem Kontinent, statt die historische Realität zu betrachten, wie dies seit langem auch die afrikanischen Geschichtswissenschaftler tun. Diese Haltung, dass es nur Opfer in Afrika und anderen Kolonien gebe, verfälscht die Geschichte und unterschätzt Eigensinn und Dynamik ihrer Gesellschaften, was natürlich die Verantwortlichkeiten Europas und Amerikas für den Kolonialismus und ihren Einfluss auf die Weltwirtschaft nicht mindert.

Eine Schriftstellerin hat das Recht auf Zuspitzungen. Ihre zentrale Argumente müssen aber hinterfragt werden. Zwar ist ihre Betonung der gewaltförmigen Wirkungen des globalen Wirtschaftsystems ein wichtiges Argument. Daraus abzuleiten, dass alle gesellschaftlichen Konflikte in der Welt und die Herrschaftsstrategien der Mächtigen ausschließlich vom Westen ausgehen, lassen sich unmöglich davon ableiten. Sie ist überdies stark von der Erfahrung des Kolonialismus geprägt, und auch davon, dass Afrika in der Weltwirtschaft besonders marginalisiert ist, mehr als andere ehemalige Kolonien und vom Imperialismus getroffene Gesellschaften. Etliche davon haben die Prinzipien der Weltwirtschaft und der Machtpolitik übernommen, so China. Aber auch die Geschäftseliten und etliche Machthaber sogar in Afrika haben sich im Interesse ihrer Bereicherung mit dem Kapitalismus und dem Weltsystem und seinen Metropolen vernetzt.

Außerdem: Gewalt in der Welt ist viel älter als die Anfänge der europäischen Expansion. In allen Weltregionen und auch in Afrika gab es Gewalt, Krieg, Eroberung und Versklavung weit über Tausende von Jahren vorher. Gewaltformen wurden im Laufe der Zeiten transformiert, moderne Waffentechnik verbreitete sich.

Das gilt auch für Europa, das Systeme von Machtstaaten entwickelte, einen Hundertjährigen und einen Dreißigjährigen Krieg gegeneinander führte, Revolutionskriege und Bürgerkriege erlitt.

Die Expansion über den Atlantik diente zunächst der Umgehung der osmanischen Blockade der Handelswege zu den Gewürzen Asiens. Der Umweg nach Indien erfolgte über den Atlantik. Die „Entdeckung“ Amerikas führte zur Ausbeutung des Silbers in Lateinamerika und das Gold stammte aus Kalifornien. Neue Finanzmittel, die Steigerung der agrarischen Produktivität und das Gewerbe in den urbanen Zentren förderten dies zum rivalisierenden Expansionswillen und erweiterten den ökonomischen Handlungsbereich Europas. Die Kraft militarisierter Organisation der Machtstaaten förderte Aggressivität.

Die Industrialisierung des 19. Jahrhunderts steigerte diese Tendenz. Die Suche nach Rohstoffen und Absatzmärkten war die Folge. Die Ausbeutung von Arbeitskraft nahm neue Formen an. Sie betraf nicht nur die Kolonien, sondern der Frühkapitalismus in Europa schuf zunächst Massenelend. Im zwanzigsten Jahrhundert entstanden schlimme Formen der Zwangsarbeit in den Kolonien, in den KZs der Nationalsozialisten und im sowjetischen GULAG.

Die ökonomische Weltordnung oder auch Unordnung ist nicht der einzige Faktor in der Geschichte der Gewalt in der Welt. Beschränkt man sich auf Afrika, so zeigt sich dies etwa in „Simbabwe“. Auch das vorkoloniale Simbabwe erfuhr Jahrhunderte vor der Ankunft der Europäer Gewalt, die bis 1890 reichte. Sie wurde ausgeübt vom Adel, von Monarchien und Priestern. Die für Afrika seltenen großen steinernen Mauern des Palastbereiches des Rozwi Reiches, es der Karanga, einer Untergruppe der Shona seit dem 13. Jahrhundert, und die Ruinen der steinernen Adelshäuser um den Palastbereich und in den Nachbarregionen weisen darauf hin. Es gab einen Machtkampf, in dem sich eine neue Dynastie des Muhumutapa-Reiches durchsetzte. Kämpfe zur Unterwerfung anderer Dynastien führten zu einem Reich, das von Botswana bis Mocambique reichte. Der Großteil der bäuerlichen Bevölkerung und der Hirten wurde in eine der Sklaverei ähnliche Abhängigkeit gebracht. Die Munuputapa-Dynastie wurde im 17. Jahrhundert durch das Rozwi-Reich nach Osten abgedrängt.

Eine neue Welle der Gewalt erfasste an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert das nördliche Südafrika. Seit 1818 erschütterten die Expansionskriege der Nguni-Gruppen und insbesondere die Zulu unter Shaka in eine fast dreißigjährige Periode von Kriegen, Wirren und Vertreibungen des „Mfecane“ große Regionen. Davon wurde auch das südliche Simbabwe erfasst. Der mit Shaka verbündete Fürst Mzlikazi entzog sich nach einer Niederlage dessen Einfluss und begann in Transvaal im großen Stil Vieh zu rauben und viele Gruppen der Sotho die anderen Leute dieser Gegend zu unterwerfen und oft als Abhängige in sein wanderndes Königtum einzufügen. Seine Gefolgschaft stieg von ursprünglich 500 Kriegerern auf 15000 Leute, die insgesamt Ndebele genannt wurden. Als er sich gegen die Gewalt des Trecks der Buren, die Feuerwaffen hatten, nicht halten konnte, zog er sich nach Norden zurück und eroberte 1838 die Reste des geschwächten Rozwi-Reiches und errichtete eine feudale Monarchie, die auch die Shona-Bevölkerung des nördlichen Simbawwes unterwarf. Die Kämpfe kosteten viele Opfer.

Im Grunde lässt sich auch die große Revolte der Shona 1896/97 in diesen Zusammenhang stellen. Denn nach der Niederlage der Ndebele gegen Cecil Rhodes entschied sich die Shona-Bevölkerung, beeinflusst von ihren Priestern, nach dem Ende des Feudalismus der Ndebele gegen die britische Kolonialherrschaft zu kämpfen, um die alte Autonomie wiederherzustellen. Sie wurde aber in diesem Kolonialkrieg unterworfen.

In Afrika war die umfangreiche innere Sklaverei und der Sklavenhandel durch die Sahara und über das Rote Meer viele Jahrhunderte vor Ankunft der Europäer und des Beginnes des Sklavenhandels über den Atlantik entstanden. Innere Sklaverei war weit verbreitet und betraf große Teile der afrikanischen Bevölkerungen. Dies begünstigte den Adel und despotische Monarchien und führte zu vielen Eroberungen und Vertreibungen. Selbst die Sklaven für die beiden Amerikas wurden ausschließlich von afrikanischen Kriegerern und Händlern und auch Händlerinnen über große Strecken und mit vielen Zwischenstationen an die Küste und von dort zu den europäischen Forts und mit Booten an die europäischen Schiffe gebracht. Besonders im 18. Jahrhundert kauf-

ten Adel und Monarchen vermehrt die Feuerwaffen von den Europäern, was die Machtmöglichkeiten der Käufer steigerte.

Dieser Hinweis soll nicht relativieren, das europäische Gewalt in Europa, Asien und Amerika und auch in Afrika umfassend und für die Entwicklung prägend war. Das ist ein wichtiges Argument von Tsitsi Dangarembga. Aber nicht übersehen werden darf, dass vor und parallel zu der europäischen Expansion überall und auch in Afrika Gewalt als gemeinsames Übel der Menschheit geübt und verbreitet war und ist. Ihre Ursachen waren und sind vielfältig. Machterwerb. Machtsicherung und Machterweiterung waren dominierend. Gewinn von Land, Leuten und Ressourcen waren ebenfalls häufige Ursachen. Militarisierte Gewalt konnte auch im Frieden im Inneren fortwirken.

Dies sind Selbstverständlichkeiten, die nicht durch die Hypostasierung der kolonialen Gewalt verdrängt werden dürfen, nur weil Diskriminierung dabei eine Rolle spielte und leider auch weiter wirkt, und zwar nicht nur in Europa und Nordamerika. Vor allem aber verschleiert die Überbetonung der europäischen Expansion die Geschichte der Machtverhältnisse in den davon betroffenen Gesellschaften. Dies zu vernachlässigen behindert entscheidend die kritische Auseinandersetzung mit den Machtstrukturen in der eigenen Gesellschaft und verleitet zu einer bequemen Verschiebung der Verantwortung für die Übel in der eigenen Gesellschaft nach außen.

Die Diskussion über Kolonialismus und Anerkennung europäischer Schuld ist zwar überfällig, darf aber auch in Afrika nicht zu Kritiklosigkeit und Blindheit vor der eigenen Gewaltgeschichte führen.

Auch Tsitsi Dangarembgas Vorstellungen über die Aufklärung sind zugespitzt und weitgehend falsch. Neben der verfehlten Deutung von Descartes gibt es Kants ethische Position, dass Menschen bei ihrem Handeln die Wirkungen auf die übrigen Menschen beachten müssten. Der Philosoph Buber schrieb ein berühmtes Buch über „Ich und Du“. In der von der Aufklärung beeinflussten Französischen Revolution wurden die allgemeinen Menschenrechte deklamiert und die Dreieit von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit beschworen, die durch Schwesternlichkeit ergänzt werden muss.

Eine neue Aufklärung kann darüber hinaus an das genossenschaftliche Denken von Arbeitern und Bauern im 19. Jahrhundert und an die gewerkschaftlichen Traditionen anknüpfen. Die sozialstaatlichen Entwicklungen sind zu bewahren und wiederherzustellen und die Traditionen der Nachbarschaftshilfe in den informellen Sektoren müssen das Ausbleiben der Industrialisierung zu mildern versuchen.

Essentialistische Positionen verkennen, dass zumindest Ober- und Mittelschichten in allen Weltteilen mit dem ökonomischen Weltsystem verflochten sind und individuelle Identitäten ausgebildet haben und ein wichtiger Wert geworden sind, der vor den Einseitigkeiten und der Rücksichtslosigkeit neoliberalen Denkens bewahrt werden muss, das neuesten Datums ist. Gesellschaftliche Einbindung der unvermeidlich fortschreitenden individuellen Identitäten in der zunehmend urbanisierten Welt ist anzuerkennen und als Menschenrecht zu schützen.

Tsitsi Dangarembga ist mit ihrer Fähigkeit eines kritischen Blickes auf ihre eigene Gesellschaft und Werben für Aufklärung eine Verbündete trotz der angemerkten zuspitzenden Einseitigkeiten ihrer Argumente.

Path of Blood

Peter BECKER

More often than not, when a village had been surrounded, Mzilikazi commanded his warriors to herd large sections of the terrified inhabitants to a spot not far from the outer row of huts and to club them to death. If any of the Bakwena males were so follhardy as to resist capture, or to attempt to defend their homes, they were dragged away with their wives and children to a 'ferocious, horrid and cruel punishment'.

Mzilikazi could not have sentenced them to a more dreadful death. These unfortunate people were bound and flung to the ground; grass saturated with animal fat was packed about their bodies and set alight, and they were left to roast. In remote villages little notice was taken of infants.

Usually, after having pillaged and destroyed the Bakwena huts, granaries and cattle-folds, the Khumalo hurried away leaving the babies to perish from starvation and thirst, or to be dragged into the bush by lions, leopards or hyenas. However, there came a time when Mzilikazi decreed that all infants be destroyed, for fear they might be rescued by a clan who, as yet, had not been wiped out. He was afraid, if ever these infants reached manhood, they would become the most dangerous of his enemies, for without doubt they would seek to avenge the death of their parents. Mzilikazi turned the Bakwena cattle-folds into incinerators. Babies were fetched from the huts, wrenched from their mothers' bosoms or backs and then cast into the cattle-folds. By raising a *great pile of brushwood over their struggling bodies and setting it ablaze*, Mzilikazi reduced the future tribesmen of the Crocodile People to ashes. Already in 1825 Mzilikazi's people were being spoken of as the Matabele, the fearsome aggressors, who carried immense ox-hide shields behind which they glqsank out of sight' (*-tebele*) when chalenged with an assegai. Wherever Mzilikazi journeyed on his mission of death his approach was heralded by hysterical exclamations of 'Matabele!' and

when columns of black smoke rose in some distant part of the bushveld the Crocodile People knew that yet another village had been laid waste by these fiendish intruders – the Matabele. Indeed, in the language of the inhabitants of the luxuriant Rustenburg district, no word described impending death more lucidly than ‘Matabele’. Day by day Mzilikazi’s Matabele grew stronger and more hostile. They became a motley group, consisting of the original Khumalo nucleus and several thousands of the sons and daughters of the Sotho-speaking tribes Mzilikazi had routed during three years of conquest. Within a few months of their invasion of Bakwena country the Matabele destroyed almost every settlement. They reduced the Crocodile People east of the Limpopo to a rabble of wanderers. Long streams of captives, the cream of the Bakwena, were used as beasts of burden to carry booty from the plundered villages to the Matabele kraals. Multitudes of cattle were driven to Mzilikazi’s stronghold, and the very people from whom they had been stolen were compelled to herd them. As Mzilikazi’s invasion of Bakwena country continued it became the fashion among the Matabele for ‘foreign’ recruits to accompany them on their marauding expeditions. Not only were the Bakwena youths loaded with their masters’ heavy accoutrements, but they were also expected to keep pace with the main regiments. As Mzilikazi’s forces were trained to travel at a trot, it happened that groups of their carriers became too exhausted to continue without periods of rest. They were put to death, for Mzilikazi believed a conquering army dared not have encumbrances in its ranks, especially Bakwena weaklings. In the course of time Mzilikazi spared the lives of an ever-increasing number of *Crocodile People*. Eventually he commanded that not only men and women, but also children must be selected for the roles they would have to play as the future mothers, fathers and warriors of the Matabele tribe. Many of the children were orphans whose parents had been slain by the invaders. They feared their captors. Observing this, Mzilikazi instructed his subjects to tie the children’s hands behind their backs, and to nourish them with milk and special mixtures which he believed would wean them from fretting for their mothers. Mzilikazi was scrupulous in selecting Bakwena children for his tribe, and if he regarded them as unlikely to develop into robust adults he had portions of their ears cut off and

Peter BECKER

abandoned them in the smouldering villages. In the future, if ever he came upon men with cropped ears, he would know them as the enemies of the Matabele.

V

„Die Intellektuellenschicht“ (1929)

Karl MANNHEIM

In jeder Gesellschaft gibt es soziale Gruppen, deren besondere Aufgabe darin liegt, daß sie der Gesellschaft eine Deutung der Welt besorgen. Wir nennen sie die „Intelligenz“. Je statischer eine Gesellschaft ist, desto wahrscheinlicher ist es, daß diese Schicht einen bestimmten Status, die Stellung einer Kaste erwerben wird. So können die Magier, die Brahminen, der mittelalterliche Klerus als intellektuelle Schichten betrachtet werden, die sich gesellschaftlich eines Monopols erfreuen, mit dessen Hilfe sie sowohl die Formung des Weltbilds der Gesellschaft wie die Überwindung oder Versöhnung von Differenzen in den naiv gebildeten Weltvorstellungen anderer Schichten kontrollieren. Predigt, Bekenntnis, Lehre bilden hier die Mittel, um in den weniger denkgewandten Stadien der gesellschaftlichen Entwicklung die verschiedenen Weltanschauungen miteinander in Einklang zu bringen.

Diese Intellektuellenschicht, die als Kaste organisiert ist und das Recht der Predigt, Lehre und Weltinterpretation monopolisiert, ist auf Grund zweier sozialer Faktoren bedingt. Je mehr sie sich zum Exponenten einer durchorganisierten Kollektivität z. B. der Kirche macht, desto mehr neigt ihr Denken zur „Scholastik“. Es muß eine dogmatisch bindende Macht geben, um die Denkweisen, die früher nur für eine Sekte gültig waren, zu sanktionieren, damit aber auch die dieser Denkweise implizite Ontologie und Erkenntnistheorie. Die Notwendigkeit, Außenseitern gegenüber eine gemeinsame Front darstellen zu müssen, erzwingt diesen Übergang. Das gleiche Ergebnis kann auch infolge ausgesprochener Machtkonzentration in der Gesellschaftsstruktur zustande

kommen, so daß die Gleichförmigkeit von Denken und Erlebnis den Mitgliedern zumindest der eigenen Kaste mit größerem Erfolg als bisher aufgenötigt werden kann.

Das zweite Kennzeichen dieses monopolistischen Denktypus ist ein relatives Entferntsein von den offenen Konflikten des alltäglichen Lebens; auch in diesem Sinne ist es also scholastisch, d. h. akademisch und unlebendig. Dieser Denktypus geht primär nicht aus dem Kampf um konkrete Lebensprobleme noch aus den Erfahrungen in der Beherrschung von Natur und Gesellschaft hervor, vielmehr aus seinem eigenen Systematisierungsbedürfnis, das die aus den religiösen und anderen Lebenssphären hervorgehenden Tatsachen auf gegebene traditionell und intellektuell unkontrollierte Voraussetzungen bezieht. Die Widersprüche, die in diesen Auseinandersetzungen sich ergeben, verkörpern nicht so sehr den Konflikt verschiedener Erlebnisweisen, vielmehr verschiedene Machtpositionen in der gleichen Gesellschaftsstruktur, die sich jeweils mit den verschiedenen Interpretationsmöglichkeiten der dogmatisierten traditionellen „Wahrheit“ identifiziert haben. Der dogmatische Inhalt der Prämissen, auf die sich die divergierenden Gruppen stützen und die dieses Denken dann auf verschiedenen Wegen zu rechtfertigen sucht, erweist sich meistens als eine Zufälligkeit, wenn er nach Kriterien wirklicher Evidenz beurteilt wird. Er ist insofern völlig willkürlich, als es davon abhängt, welche Sekte just den historisch-politischen Erfolg hat, ihre eigenen geistigen und Erlebnistraditionen zur Tradition der gesamten Klerikerkaste der Kirche zu machen.

Soziologisch gesehen ist im Gegensatz zur mittelalterlichen Situation für die Moderne entscheidend, daß dieses Monopol der kirchlichen Weltinterpretation, das die Priesterschicht innehatte, gebrochen und daß an Stelle einer geschlossenen und durchorganisierten Intellektuellen-schicht eine freie Intelligenz entstanden ist. Ihr hauptsächliches Kennzeichen besteht darin, daß sie sich zunehmend aus sich beständig ändernden sozialen Schichten und Lebenssituationen rekrutiert, und daß ihre Denkweise nicht länger mehr die Regulierung durch kastenmäßige Organisation unterworfen ist. Weil ihnen eine eigene soziale Organisation fehlte, vermochten die Intellektuellen denjenigen Denk- und Erlebnisweisen ein Gehör zu verschaffen, die in dem umfassenderen Bereich

der anderen Schichten offen miteinander konkurrierten. Beachtet man ferner, daß mit dem Hinfälligwerden monopolistischer kastenmäßiger Privilegien der freie Wettbewerb die geistigen Produktionsweisen zu beherrschen begann, dann versteht man, warum sich die Intellektuellen im Konkurrenzkampf immer ausgesprochener der verschiedensten, in der Gesellschaft vorhandenen Denk- und Erlebnisweisen annahmen und sie gegeneinander ausspielten, und zwar um so mehr, als sie um die Gunst eines Publikums konkurrierten, das, ungleich dem des Klerus, ohne die eigene Bemühung der Intellektuellen nicht mehr anzusprechen war. Die Konkurrenz um die Gunst verschiedener Publikumsgruppen wurde deshalb zu einem beachtlichen Faktor, weil die verschiedenen Denk- und Erlebnisweisen eines jeden zunehmend zu öffentlichem Ausdruck und öffentlicher Gültigkeit gelangten.

In diesem Prozeß vergeht die Illusion des Intellektuellen, daß es nur eine Art des Denkens gibt. Der Intellektuelle ist nun nicht mehr wie früher Mitglied einer Klasse oder eines Standes, dessen scholastische Denkweise ihm das Denken als solches repräsentiert. Dieser relativ einfache Prozeß erklärt es, daß die fundamentale Infragestellung des Denkens in der Neuzeit nicht vor dem Zusammenbruch des geistigen Monopols beginnt, über das der Klerus verfügte. Das fast einmütig akzeptierte, künstlich aufrechterhaltene Weltbild fiel in dem Augenblick auseinander, als das gesellschaftliche Monopol seiner Produzenten vernichtet wurde. Mit der Befreiung der Intellektuellen aus der strengen Organisation der Kirche werden in steigendem Maße auch andere Möglichkeiten der Weltdeutung anerkannt.

Als das Geistesmonopol der Kirche aufhörte, kam es alsbald zu einer unerhörten Blüte des Geistes. Aber gleichzeitig hatte die organisatorische Auflösung der einheitlichen Kirche die Folge, daß der seit der klassischen Antike bestehende Glaube an die Einheit und ewige Natur des Denkens wiederum erschüttert wurde. Die Ursachen der tiefen Unruhe unserer Tage reichen zurück in diese Periode, wenngleich in der jüngsten Zeit noch andere Ursachen ganz anderer Art hinzugekommen sind. Aus dieser ersten Welle moderner Unruhe gingen jene fundamental neuen erkenntnistheoretischen, psychologischen und soziologischen

Karl MANNHEIM

Denk- und Forschungsweisen hervor, ohne die wir heute unser Problem nicht einmal formulieren könnten.

Stiftung „Freiheit der Wissenschaft“

Rede des Stifters aus Anlass der Verleihung des ersten Preises der Stiftung an Professor Dr. Noam Chomsky auf der Tagung des Präsidiums des Deutschen Hochschulverbandes und der Ländervorstände

Reinhard HESSE

Hamburg, den 08. September 2022

Sehr geehrte Damen und Herren,

erlauben Sie mir zunächst eine kleine persönliche Vorbemerkung: Ich bin seit mehr als 40 Jahren Mitglied des Deutschen Hochschulverbandes, davon über 30 Jahre im aktiven Dienst. In diesen Jahren habe ich mich mehrmals, dann, wenn ich meinte, Hilfe, Rat, Auskunft zu brauchen, an den Deutschen Hochschulverband gewandt.

Ich kann sagen: Ich bin kein einziges Mal enttäuscht worden! Kompetent, zuverlässig, hilfsbereit, freundlich – so ist mir der Deutsche Hochschulverband immer erschienen, so erscheint er mir auch heute. Und ich glaube sagen zu können: So erscheint er mir nicht nur, so ist er auch.

Dafür möchte ich ihm – das heißt den Personen, aus denen er besteht und die ihn in Schwung und auf dem erreichten Niveau halten – an dieser Stelle sehr herzlich danken.

Nun zum heutigen Anlass.

Dieser bietet mir eine zweite, bedeutendere, über meine persönlichen Belange hinausgehende Gelegenheit, dem Deutschen Hochschulverband Dank zu sagen.

Und zwar dafür, dass er sich bereitgefunden hat, eine Stiftung zu verwalten, welche es sich zum Ziel setzt, die Freiheit der Rede an den Universitäten zu verteidigen.

Die Freiheit der Rede an den Universitäten? Das ist doch eine Selbstverständlichkeit!

Ja, in der Theorie! Leider sieht die Wirklichkeit etwas anders aus.

Über die heutige Wirklichkeit hat unser Präsident in einem großen, vielbeachteten Artikel in der FAZ vor einiger Zeit das Nötige gesagt.

Titel: „Universität als Risikozone“. Untertitel: „Die Zensurschere im Kopf vieler Wissenschaftler wird immer länger, obwohl sie die größte Freiheit haben.“ Es ist der Mühe wert, das noch einmal nachzulesen!

Im Einvernehmen mit den übrigen Mitgliedern des Kuratoriums der Stiftung „Freiheit der Wissenschaft“ habe ich mich darum bemüht, als ersten Preisträger einen der weltweit bekanntesten Wissenschaftler und zugleich weltweit bekanntesten Kämpfer für die Verteidigung freier Rede an den Universitäten zu gewinnen – Noam Chomsky, dessen Name Ihnen allen vertraut sein dürfte, und sei es nur, weil er der weltweit meistzitierte Wissenschaftler ist.

Nachdem ich seine Zusage erhalten hatte, schrieb ich ihm: „Wir verleihen Ihnen, sehr verehrter Herr Professor Chomsky, den ersten zu vergebenden Preis der Stiftung „Freiheit der Wissenschaft“

h o f f e n d, dass Zeiten kommen werden, in denen die Verleihung eines solchen Preises überflüssig ist,

w i s s e n d, dass – so wie die Menschen geartet sind – diese Zeiten leider nicht kommen werden,

aber gleichwohl d a r a u f b e s t e h e n d, dass mit der Freiheit der Rede zugleich der Kern dessen verteidigt wird, was nicht nur das unverzichtbare Wesen der Wissenschaft ausmacht, sondern zugleich auch die Bedingung der Möglichkeit dafür ist, nach dem Sinn menschlichen Lebens zu suchen.“

Die Verleihungsurkunde an Professor Chomsky – der übrigens gern selbst gekommen wäre, um sich bedanken, das aber wegen seines hohen Alters nicht kann – hat folgenden Wortlaut:

Stiftung „Freiheit der Wissenschaft“

„Die Reinhard Hesse Stiftung „Freiheit der Wissenschaft“, verwaltet vom Trägerverein des Deutschen Hochschulverbandes, verleiht den „Preis Freiheit der Wissenschaft“ an Professor Dr. Noam Chomsky, emeritierter Professor für Linguistik am Massachusetts Institute of Technology, Ehrenprofessor an der University of Arizona in Tucson.

Mit dem Preis würdigt die Stiftung einen hervorragenden und weltweit meistzitierten Wissenschaftler, der als Wegbereiter der Computerlinguistik und als Impulsgeber für die Kognitionswissenschaft Wissenschaftsgeschichte geschrieben hat.

Auch außerhalb seines Berufes setzt er sich in besonderem Maße für die freie, unvoreingenommene und tabulose Debatte ein und verteidigt diese. Herr Kollege Chomsky scheut keine Kontroverse.

Er überzeugt als konsequenter Verfechter eines Freiheitsverständnisses gegen die gegenwärtige „Cancel Culture“ und wirkt so der zunehmenden Einengung des Meinungsspektrums entgegen. Herr Kollege Chomsky hat sich in hervorragender Weise um die Freiheit der Wissenschaft verdient gemacht.

Der Preis ist mit 5.000 Euro dotiert.

Hamburg, den 8. September 2022.“

Diese Verleihungsurkunde hoffe ich, dem Preisträger in der nächsten Zeit persönlich überreichen zu können.

Da die Stiftung neu ist, liegt mir daran, Sie als die im Deutschen Hochschulverband auf Bundes- und auf Länderebene leitenden Personen ein wenig näher mit ihr bekanntzumachen und dafür zu werben, dass Sie diese Stiftung „auf Ihrem Bildschirm haben“, wie man so sagt, und vielleicht, wo es passt, ein Wort für sie einlegen.

Die Stiftung soll in dauerhafter Weise zur Diskussion und Verbreitung der Grundeinsichten beitragen, die nach längerem Suchen und Prüfen zu den Leitprinzipien meiner Arbeit als Hochschullehrer geworden sind und die ich zugleich für die zugrundeliegenden Gedanken der Institution Universität und darüber hinaus auch der Demokratie halte.

In meinem Fach, der Philosophie, geht es, wie in den Wissenschaften allgemein, um die Suche nach Wahrheit. Das ist ohne ergebnisoffene, freie, tabulose Diskussion unmöglich. Die Wissenschaft lebt von dieser Freiheit.

Und auch die Demokratie lebt davon. Die legitimierende Machtbasis der Demokratie ist das Parlament, in dem über die anstehenden Entscheidungen in einer i d e a l i t e r freien, gleichberechtigten Diskussion befunden werden soll.

Kommunikationssituationen, in denen alle Beteiligten als Freie und Gleichberechtigte unverstellt miteinander verkehren können, kommen jedoch im realen Leben allenfalls ausnahmsweise vor. Neben mangelndem guten Willen, mangelnder Einsicht und natürlich auch mangelnden Kommunikationswegen ist es u.a. die Ausübung von ä u ß e r – struktureller oder direkter – Herrschaft und die i n n e r e Unterwerfung unter ideologische Fixierungen, die die beschriebene Idealsituation als Utopie erscheinen lässt.

Das ist sie jedoch bei genauerer Betrachtung n i c h t !

Sie ist vielmehr eine mit jeder ernsthaft ge

Je geringer die Hindernisse sind, die ihr im Wege stehen – einige habe ich eben genannt –, desto leichter wird es uns gelingen, in Kants Begriffen geredet, W a h r h e i t im Dialog zu erarbeiten, das R i c h t i g e zu tun und uns dabei nicht durch l e e r e H o f f n u n g e n narren zu lassen.

Die u.a. durch Ausübung von äußerer Herrschaft und durch ideologische Fixierungen bewirkten Kommunikationseinschränkungen zu analysieren und Wege zu ihrer Überwindung aufzuzeigen, ist eine Daueraufgabe.

Die Stiftung ist in diesem Sinne der Aufklärung verpflichtet, d.h. dem großen und ewigen Ziel der Überwindung von Ideologie und Herrschaft und damit der Ermöglichung von Mündigkeit.

Dieses Ziel ist, wie gesagt, utopisch. „Aus so krummem Holze, als woraus der Mensch gemacht ist, kann nichts ganz Gerades gezimmert werden“, sagt Kant.

Aber es ist eben n i c h t m o r a l s c h w ä r m e r i s c h !

Die Hoffnung auf eine allmähliche Annäherung an das Ziel und die aus dieser Hoffnung ihre Kraft gewinnenden praktischen Bemühungen darum sind in Wirklichkeit der harte Kern dessen, was – i.S. der beharrlichen Verfolgung einer „regulativen Idee“ – , die Würde des Menschen als vernunftbegabtes und auf Vernunft angewiesenes Wesen ausmacht.

Dass sich der Deutsche Hochschulverband bereiterklärt hat, die Stiftung zu verwalten, geschah nicht zufällig. Der Deutsche Hochschulverband vertritt die Interessen der lehrend und forschend an den deutschen Hochschulen tätigen Wissenschaftler. In den Wissenschaften geht es, wie der Name sagt, um das Schaffen von Wissen, um das Finden von Wahrheit.

Die Freiheit der Diskussion, in der jedes Argument – ohne Ansehen der Person – zugelassen ist, in der kein Argument ausgeschlossen werden darf, ist unabdingbare Voraussetzung nicht nur des Funktionierens von Wissenschaft, sondern darüber hinaus auch des demokratischen Staates, in den sie eingebettet ist und der die Aufgabe hat, sie in dieser ihrer Freiheit zu schützen – nicht zuletzt auch um seiner, des demokratischen Staates, selbst willen.

Das Vorhandensein eines institutionellen Raumes für den freien Austausch von Argument und Gegenargument ist nicht in ruhigen Zeiten gnädig gewährtes Entgegenkommen, sondern in allen Zeiten unverzichtbare Voraussetzung – noch deutlicher gesagt: triviale Überlebensbedingung – von Wissenschaft und von Demokratie.

Im Sinne der oben skizzierten Leitgedanken geht es darum, den Lebensnerv von Wissenschaft und Demokratie zu verteidigen, ihn nicht nur institutionell-rechtlich zu stärken, sondern ihn vor allem auch durch die Pflege der zur Wissenschaftlichkeit gehörenden kulturellen Tradition und Mentalität zivilisierten, menschlichen Miteinanderumgehens unter Gleichen, d.h vernunftbegabten Wesen, als solchen lebendig und intakt zu erhalten.

Die Stiftung verfolgt k e i n e i n h a l t l i c h e n – wissenschaftstheoretischen, ideologischen, politischen oder religiösen – Zielsetzungen, Orientierungen oder Vorgaben.

Ihr geht es „nur“ um etwas Formales, um ein Verfahren, um etwas, das banal, selbstverständlich, trivial erscheinen könnte, wüsste man nicht aus traurigen Erfahrungen, welch furchterregend schweren Stand es hat, wie zerbrechlich dieses formale Regelwerk ist: Diskussion statt Kampf, Unvoreingenommenheit statt ideologische Fixierung, ruhig sprechen statt schreien, zuhören und aussprechenlassen statt niederreden oder verächtlichmachen, ad rem reden statt ad personam, suaviter in modo, fortiter in re.

Es sind nicht nur bolschewistische, nationalsozialistische, klerikale, rassistische, nihilistische, religiöse usw. Ideologen und Machthaber, denen der für die Wahrheitssuche und für das Alles-auf-die-Probe-Stellen unverzichtbare Freiraum ein Dorn im Auge war oder ist.

Wie alle geistigen Strömungen, so ist auch die des gegenwärtig dominierenden sog. Linksliberalismus in Gefahr zu pervertieren und den auf seine Fahne geschriebenen Idealen zuwiderzuhandeln. Auch hier möchte die Stiftung diejenigen unterstützen, die die Zivilcourage aufbringen, sich solchen Tendenzen zu widersetzen und so die für offene, unvoreingenommene Diskurse nötigen Freiräume zu verteidigen.

Soweit zu den Leitgedanken und zur Zielsetzung der Stiftung.

Lassen Sie mich hier einen Punkt machen und wieder mit einer persönlichen Bemerkung schließen.

Als ich meiner Freundin, die aus dem Umfeld des schwäbischen Kulturkreises stammt, sagte, dass ich einen nicht ganz unbeträchtlichen Teil meiner Lebensersparnisse als Grundkapital für die Errichtung der Stiftung gespendet hätte, meinte sie, das sei ja schon recht, „aber des Geld hätsch doch au könne mir gebbe! Wer wois, was die dodemit machet, wenn Du emal nümme bisch!?“

Nun, tatsächlich – das weiß man nicht!

Wenn ich mich aber hier im Raum so umblicke und in die Gesichter sehe, dann denke ich: Die werden's dann schon richtig machen!

Aber Achtung! So ganz möchte ich es doch nicht bei dieser bloßen Vertrauensbasis belassen!

Wir Westfalen sind zwar für unsere Fast-Unkaputtmachbarkeit bekannt; sollte es mich aber doch einmal todeshalber ins Jenseits verschlagen, so werde ich versuchen, einen Platz auf einer Wolke zu ergattern, von wo aus ich hinunter nach Bad Godesberg blicken kann, und werde ein kritisches Auge auf Sie und Ihre Nachfolger haben!

Vorerst aber bedanke ich mich bei Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit soweit, lege Ihnen die Stiftung sehr ans Herz, weise darauf hin, dass Spenden für ihren guten Zweck sehr willkommen sind und wünsche Ihnen im weiteren Verlauf eine erfolgreiche Jahrestagung“

Den Internetauftritt der Stiftung können Sie erreichen über: Reinhard Hesse Stiftung „Freiheit der Wissenschaft“; dort finden Sie auch die Bankadresse für eventuelle Spenden.

Damit bin ich am Ende meiner Ausführungen.

Es bleibt mir allerdings noch überzuleiten zu der Danksagung des Preisträgers.

Dazu muss ich ein paar erläuternde Wort sagen.

Aus Anlass der Preisverleihung war geplant, dass ich nach Tucson reise, dort ein Interview mit Professor Chomsky mache und dieses als Video mit nach Deutschland nehme, wo es die neue Webseite der Stiftung eröffnen würde. Die Reise nach Tucson konnte ich dann jedoch wegen der Coronarestriktionen nicht antreten.

Statt meiner hat der in den USA sehr bekannte Physiker Professor Lawrence Krauss, ein langjähriger Freund von Professor Chomsky, das Interview gemacht. Der Trägerverein hat dafür zusammen mit mir eine Liste von Fragen erstellt, die uns wichtig waren. Professor Krauss hat diesen Fragen eigene hinzugefügt.

Mit dem Ergebnis können wir sehr zufrieden sein: Es sind mehr als 80 Minuten eines hochinteressanten Gedankenaustausches zu unserem Thema dabei herausgekommen, mehr als wir uns je erhofft hatten! Schauen Sie sich das Interview gern auf der Webseite der Stiftung an!

Reinhard HESSE

Professor Chomsky hat seinen Gesprächspartner Lawrence Krauss darum gebeten, an seiner Stelle nach Deutschland zu reisen und in seinem Namen zu danken.

Da nun aber das Datum dieser Jahrestagung zufälligerweise in eine Woche fällt, an dem Lawrence Krauss zusammen mit dem, vielen von Ihnen vielleicht bekannten, britischen Biologen Richard Dawkins ein lang vorbereitetes Reise-Seminar auf Island und Grönland durchführt, haben wir uns darauf geeinigt, dass er die Dankesworte auf einem Video einspielt. Dieses Video werden wir uns nun zum Abschluss ansehen.

Ich bedanke mich sehr.
(Prof. Dr. Dr. Reinhard Hesse)

* * *

Es folgt der Text der Dankesrede, die Professor L. Krauss im Namen des Preisträgers gehalten hat:

* * *

Dear participants in the annual meeting of the Deutscher Hochschulverband:

My name is Lawrence Krauss and it is my great privilege to represent Professor Noam Chomsky here, virtually on the day of his officially being awarded the Reinhard Hesse Prize for Academic Freedom.

We both want to thank the Foundation, its trustees, and all those involved with the Prize for this great honor.

Earlier this year Professor Chomsky and I recorded a dialogue on the present challenges to academic freedom in response to the notice of the award. It now is available both on the Hesse foundation web site as well on as my own Youtube channel.

Nothing is more important for the advancement of human knowledge and with it the advancement of human civilization than free and unfettered investigation of anything. This means that there must be no sacred

truths that are not subject to inquiry and questioning and that we must not censor the results of investigations if the results of these investigations do not coincide with our a priori wishes or expectations.

Throughout his career Noam Chomsky has devoted himself not merely to the study of human language and cognition, but to being a public intellectual – a citizen of the world. and in so doing he has spoken out against injustice and oppression and tried to expose fallacies and hypocrisies wherever they occur, in both the political and scientific arenas. This has not made him popular, and he was often ‘canceled’ long before academic cancellation became fashionable. Nevertheless, in spite of the fact that many media outlets were closed to him, Professor Chomsky has continued to write and speak out, without concern for his own standing or even his own security.

As a result, while revolutionizing the field of linguistics, at the same time he has become known worldwide as a voice for the displaced and dispossessed and a critical of the foreign policies of his own country, the US, and that of others.

Early on, in the Vietnam war, he was among the first in the academic community to openly speak out against this war, and for many Americans he became an important face representing the anti-Vietnam-war movement.

From that time onward Professor Chomsky has been a consistent source of important information that has often countered ‘official wisdom’.

This is also the case with the present war in Ukraine where his analyses diverge from those presented in most mass media and from what normally is being said by scholars when they are asked for comments.

His advocating free speech in Academia is just one side of the coin; on the other side stands the old Roman postulate of justice: “Audiatur et altera pars!” – “Listen also to the other side!”

The postulate of free speech for him is meaningless if it doesn’t mean the free speech of the adversary.

I can also speak first hand of his influence, not just on the general public, but on a younger generation of scholars.

When I was a graduate student at MIT, I would often attend his public lectures (as well as a class he offered on US Foreign Policy, which he taught without any additional compensation at MIT). I was struck throughout by his calm yet devastatingly powerful knowledge, his reliance on empirical evidence, and his unfailing willingness to speak truth to power.

More than that, his example of personal generosity struck me. As a lowly graduate student, in physics no less, his office door was always open to me when I came to ask questions or seek advice. More important, I saw how after each of his public lectures he would remain behind and answer questions until the last questioner left, sometimes hours after the formal proceedings had ended. I decided then and there that if I was ever fortunate enough to be in a similar position, I would emulate his example in my own academic career, and have thus devoted a significant fraction of my own time to defending the freedom of speech in the fields of science, whether the attacks come from ideology or religion. I also tried to educate the public on policy issues related to science. The example Professor Chomsky set during the Vietnam war demonstrates that governments can respond to the will of the public, and also that the public, when they are provided access to real and honest information, can be mobilized for the greater good.

The award you have established today here is extremely important. Indeed, I can think of few more important issues for the academic community in general than the need to preserve academic freedom, and freedom of inquiry more generally, and to protect it from attacks both from the inside and from the outside.

For this reason, I know Professor Chomsky and I are immensely grateful to the foundation, and more generally to the Deutscher Hochschulverband for the recognition you have given to Professor Chomsky today for his life and for his work.

Thank you very much!
(Prof. Dr. Lawrence Krauss)

Republik21: Wokes Deutschland – Identitätspolitik als Bedrohung unserer Freiheit?

Berlin, 7. November 2022

Manifest

Die Grundlagen der freien Gesellschaft und unseres demokratischen Gemeinwesens werden durch populistische und extremistische Rechte ebenso wie durch woke Linke bedroht. Woke bedeutet „erwacht“ und ist eine Selbstbezeichnung von Linken, die sich im Besitz der moralischen Wahrheit glauben. Beide, die woke Linke ebenso wie die radikale Rechte, stehen für eine identitäre Politik, die nicht vom Individuum ausgeht, sondern von Gruppenzugehörigkeiten aufgrund ethnischer, sexueller, sozialer oder kultureller Merkmale. Während die woke Linke ihr identitätspolitisches Denken und Handeln an diversen „Opfergruppen“ ausrichtet, steht die radikale Rechte für einen ethnisch homogenen, völkischen Ansatz. Das Ergebnis ist ein Kulturkampf, der von der Mehrheit der Bevölkerung in unserem Land noch immer unterschätzt oder ignoriert wird.

Worum geht es?

Das Anliegen der woken Linken, Benachteiligungen aufgrund von Geschlecht oder Herkunft zu überwinden, hat sich im Verlauf der letzten Jahre zu einer demokratiefeindlichen Ideologie entwickelt, die sich gegen die Mehrheit der hier lebenden Menschen richtet. Grundlage ist die sogenannte postkoloniale Theorie, die davon ausgeht, dass Denkweisen und Machtstrukturen des europäischen Kolonialismus unverändert wirken: Westliche Gesellschaften seien strukturell rassistisch, und dieser Rassismus sei ein Wesensmerkmal weißer Menschen. Ihre Herrschaft basiere auf der Diskriminierung von Frauen, Migranten, Muslimen, Queers und anderen partikularen Gruppen.

Die westlichen Staaten und Gesellschaften haben dieser Auffassung zufolge umfassende Schuld auf sich geladen und tun es weiterhin. Die Maxime lautet, Diskriminierung von Opfergruppen in der Vergangenheit durch Diskriminierung von Angehörigen der vermeintlichen Tätergruppen in der Gegenwart zu bekämpfen. Somit wird der Grundsatz „gleiches Recht für alle“ außer Kraft gesetzt, und individuelle Freiheitsrechte werden zugunsten von kollektiven Sonderrechten für Menschen mit bestimmten äußerlichen Merkmalen eingeschränkt.

Linke Identitätspolitik ist ein florierendes Geschäftsmodell geworden, das mit Steuergeldern finanziert und zunehmend staatlich institutionalisiert wird. Opfergruppen haben sich vervielfacht, da die Anerkennung eines Diskriminierungsstatus Zugänge zu Jobs, öffentlichen Ämtern und Fördermitteln verschafft. Angesichts ihrer beträchtlichen Erfolge ist die Anspruchshaltung dieser Gruppen kontinuierlich gewachsen. Sie werden dabei von entsprechenden (Regierungs-) Beauftragten, öffentlichen Beratungsstellen, Teilen der Wissenschaft sowie staatlich geförderten Vereinen und Organisationen unterstützt.

Kritik versucht die woke Linke durch Moralisierung mundtot zu machen. Andersdenkende werden als „homophob“, „islamophob“, „transphob“ oder als „rassistisch“ stigmatisiert und damit aus dem öffentlichen Diskurs ausgegrenzt. Oft reicht es hierfür im Sinne einer „Kontaktschuld“ bereits, wenn sie gemeinsam mit missliebigen Personen auf Veranstaltungen aufgetreten sind oder mit ihnen in sozialen Netzwerken in Kontakt stehen.

Den Kampf gegen Rechtsextremismus verkürzen diese Gruppen bewusst zu einem „Kampf gegen Rechts“, womit all diejenigen gemeint sind, die nicht identitätspolitisch links sind. Das Spektrum des legitimerweise Sagbaren wird somit verengt, klassische politische Positionen der liberalen und konservativen Mitte werden als „menschenfeindlich“ gebrandmarkt. Mit dem Begriff eines angeblichen „Extremismus der Mitte“ wird die Mehrheit der Bevölkerung unter Verdacht gestellt.

Auf der anderen Seite versuchen populistische und extreme Rechte, aus der Verunsicherung der Mehrheitsbevölkerung Kapital zu schlagen, und erzielen damit (Wahl-)Erfolge in einer zunehmenden Zahl westlicher Gesellschaften. Sie schüren gezielt Ressentiments und formulieren

eine identitäre Ideologie von rechts, die ihrerseits die Grundlagen der offenen Gesellschaft und der liberalen Demokratie angreift.

In aller Deutlichkeit haben die Ereignisse des 6. Januar 2021 in den USA diese Gefährdung gezeigt. Der Sturm auf das Kapitol offenbart die Missachtung rechtsstaatlicher, demokratischer Institutionen, und die willkürliche Anmaßung einer selbst gesetzten Wahrheit durch die Behauptung und die Nichtanerkennung einer „gestohlenen Wahl“ zerstört die demokratische Öffentlichkeit durch bewusste *fake news*. Dabei stacheln diese populistische Rechte und die identitätspolitische Linke sich gegenseitig immer weiter auf.

Ohne dass amerikanische Verhältnisse automatisch das Rollenmodell für Europa darstellen müssen, signalisiert die Entwicklung in den USA die Gefahren einer Polarisierung der Öffentlichkeit, in der nicht mehr mit-, sondern nur noch übereinander gesprochen und gegeneinander gehandelt wird, statt den friedlichen demokratischen Wettstreit über die besseren Ideen und Konzepte auszutragen.

Die Parteien des bürgerlichen Lagers haben diese Entwicklung durch Gedanken-, Sprach- und Tatenlosigkeit nicht nur allzu lange ermöglicht, sondern sogar begünstigt. Nach wie vor überwiegen Unwissenheit, Desinteresse und Naivität im Umgang mit Identitätspolitik und von ihr behaupteten Opfergruppen. So wurde zum Beispiel aus falsch verstandener Toleranz oder Feigheit zugelassen, dass sich Parallelgesellschaften mit islamistischen, antidemokratischen und freiheitsfeindlichen Strukturen gebildet haben, in denen die Unterdrückung von Frauen und Mädchen, Antisemitismus und Homophobie an der Tagesordnung sind.

Der identitätspolitische Kulturkampf von links ist mittlerweile weit in das öffentliche Leben vorgedrungen, bis hin zur Umgestaltung der deutschen Sprache durch Gender-Stern und Glottisschlag, die eine Minderheit in Bildungseinrichtungen, Medien und öffentlichen Verwaltungen einer Mehrheit der Bevölkerung gegen deren Willen aufzwingt. Nicht nur die Politik, auch Wirtschaft, Medien, Wissenschaft und Kultur haben sich vorschnell, teils vorseilend dem identitätspolitischen Druck unterworfen. In der Folge hat eine Mehrzahl der Deutschen inzwischen das demoskopisch erhobene Gefühl, nicht frei sprechen zu

können. Tatsächlich ist die Freiheit der Rede, sind mithin Meinungsfreiheit, Freiheit der Wissenschaft, Kunst- und Pressefreiheit gefährdet und in Teilen der Gesellschaft bereits faktisch eingeschränkt.

Es ist höchste Zeit, dass die bürgerliche Mitte grundlegende Werte einer freien und offenen Gesellschaft selbstbewusst verteidigt und schützt. Es ist höchste Zeit, dass die bürgerliche Mitte den Kulturkampf der identitätspolitischen Linken und der identitären Rechten annimmt und die Feinde der liberalen Demokratie zurückdrängt.

Deutschland braucht eine neue bürgerliche Politik!

Bürgerliche Politik ...

... tritt selbstbewusst für die aktive Selbstbehauptung der westlichen Demokratie und der offenen Gesellschaft ein und verteidigt ihre Grundlagen: individuelle Freiheit und konsequente Rechtsstaatlichkeit, gleiches Recht für alle, Meinungsfreiheit und die Freiheit der Wissenschaft, der Kunst und der Presse.

... streitet für eine offene Diskussionskultur, die weder Debattenverbote kennt noch politische Entscheidungen als alternativlos klassifiziert, um sie so dem öffentlichen Diskurs zu entziehen.

... lehnt jede Form von „Cancel Culture“ ab, die sich über die von der Verfassung gesetzten Grenzen hinaus das Recht nimmt, darüber zu entscheiden, wer was wann wie sagen darf.

... arbeitet auf die Beseitigung von tatsächlichen Benachteiligungen hin und weist zugleich den Generalverdacht des „strukturellen Rassismus“ gegen die Bevölkerung der Bundesrepublik zurück.

... betont die individuellen Freiheitsrechte aller in Deutschland lebenden Menschen, auf denen die Fähigkeit basiert, Verantwortung für die Gesellschaft zu übernehmen.

... arbeitet für eine aktive und umfassende Herstellung von Chancengerechtigkeit und lehnt Quotenregelungen ab, die auf äußerlichen

Merkmale wie Geschlecht, Herkunft, Hautfarbe, Religionszugehörigkeit oder sexueller Orientierung beruhen.

... unterbindet, dass Vereine oder Organisationen, die Objekte der Beobachtung durch den Verfassungsschutz sind, mit Steuergeldern finanziert werden

... verlangt, dass sich Organisationen, die sich mit staatlicher Unterstützung im Kampf gegen Extremismus engagieren, vorbehaltlos zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen.

... überprüft die Arbeit der erheblich gewachsenen Zahl von Regierungsbeauftragten und finanziert sie nur in den Fällen weiter, in denen ein zuständiges Ministerium oder eine zuständige Behörde diese Arbeit nicht sinnvoll leisten können.

... steht für einen respektvollen Umgang miteinander, der eine respektvolle Sprache einschließt und jede Form sprachpolitischer Bevormundung oder Zwänge ablehnt.

Ahmad Mansour
Andreas Rödder
Kristina Schröder
Susanne Schröter

Wie Wissenschaft leidet, wenn sie „woke“ sein soll

David SIGNER

Am Ethnologie-Kongress in Seattle kann man den progressiven Zeitgeist, der an den amerikanischen Universitäten herrscht, wie unter der Lupe beobachten. Eine kleine Feldforschung bei einem seltsamen Stamm.

In den USA, insbesondere an den Universitäten, findet bekanntlich ein Kulturkampf zwischen „Konservativen“ und „Progressiven“ statt, der zunehmend auf Europa überschwappt. Stichworte sind Cancel Culture, Wokeness, kulturelle Aneignung oder Diversität. Grob gesagt geht es darum, dass moralische Fragen und die Rücksichtnahme auf Minderheiten zunehmend wichtig werden. Befürworter sprechen vom Ende der Vorherrschaft der alten weissen Männer und von der Sensibilisierung gegenüber Unterdrückten; Kritiker monieren Sektierertum und den paradoxen Ausschluss von Andersdenkenden im Namen der Vielfalt.

Besonders vehement werden diese Konflikte in der Ethnologie ausgetragen. Das ist logisch. Die Ethnologie trägt einerseits ein koloniales Erbe mit sich, andererseits versteht sie sich als besonders progressiv. Angesichts der gegenwärtigen Diskussionen hat sie zunehmend ein Legitimationsproblem.

Ist es heutzutage noch angebracht, dass beispielsweise ein Berner Feldforschung über Abfallsammler in einer nigerianischen Stadt betreibt und das Thema dann europäischen oder auch afrikanischen Lesern erklärt? Ist das nicht kolonial und überheblich? Die Frage der Identität wird wichtiger. Man könnte annehmen, dass im Zeitalter der Globalisierung, der weltweiten Migration und der Vermischung, in dem kulturelle Identität immer hybrider und Geschlecht immer fluider wird, die Frage nach der Hautfarbe obsolet ist. Das Gegenteil ist der Fall.

Im November fand in Seattle der jährliche amerikanische Ethnologie-Kongress statt, die wichtigste Veranstaltung des Faches. Sie ist auch deshalb interessant, weil sich die Ethnologie als Speerspitze

des fortschrittlichen Denkens versteht; der amerikanische Ethnologe Jim Weil sagte in einem Beitrag, Ethnologen seien definitionsgemäss Radikale. Die wohl am häufigsten gehörte Redewendung war „to make a difference“, aber nicht mehr im Sinne der kulturellen Differenzen, mit denen sich die Ethnologie einst beschäftigte (das ist heute verpönt), sondern im Sinne von „etwas bewegen“. Kurz: Man kann hier Tendenzen beobachten, die sich später in anderen Disziplinen und ausserhalb der USA ausbreiten.

So beklagten sich an der Konferenz Teilnehmer beispielsweise darüber, dass sie sich rechtfertigen müssten, wenn sie im „globalen Süden“ Forschung betrieben; sie werden gefragt, wie denn etwa ein Deutscher jemals Verhältnisse in Afrika oder Südamerika verstehen könne – auch wenn er sich seit Jahrzehnten mit der Region befasse. Umgekehrt wird jemandem mit dunkler Hautfarbe automatisch ein „intuitives“ Verständnis derselben Gegenden unterstellt, auch wenn er möglicherweise kaum mit ihnen vertraut ist. Das führt gelegentlich zu seltsamen Situationen.

Dieses Jahr erschütterte ein Skandal die Columbia-Universität in Berkeley. Der Professorin Elizabeth Hoover, die sich als Native American ausgegeben hatte, wurde vorgeworfen, sie sei gar keine. Anfang November erklärte sie, man habe in ihrer Familie zwar immer behauptet, man besitze neben französischen, englischen, irischen und deutschen auch Mohawk-Vorfahren, aber sie könne das nicht belegen. Sie sei jedoch in diesem Bewusstsein aufgewachsen und habe sich – zumindest teilweise – als Native American gefühlt.

Was bei der sexuellen Identität inzwischen akzeptiert ist – man ist eine Frau, wenn man sich als Frau fühlt, Männerkörper hin oder her –, geht bei der ethnischen Zugehörigkeit nicht. Im Gegenteil. Man warf Hoover „Aneignung“ vor. Ihre ethnologische Karriere dürfte beendet sein.

Es ist paradox: Während es in den USA oft nachteilig ist, den Native Americans, Afroamerikanern oder anderen Minderheiten anzugehören, ist es in der Ethnologie von Vorteil. Es erhöht die „street credibility“.

Auch das Thema der sexuellen Übergriffe nimmt in der Ethnologie einen besonders wichtigen Platz ein. Vorletztes Jahr sorgte der Fall des Harvard-Professors John Comaroff für Aufsehen. Studentinnen warfen

ihm Belästigung vor. Der einzige Fall, der publik gemacht wurde, betraf eine lesbische Frau, die eine Forschung in Südafrika vorbereitete. Comaroff hatte sie davor gewarnt, dort zu offen mit ihrer Homosexualität umzugehen, und ihr von verbreitetem „corrective rape“ („korrigierende Vergewaltigung“) an lesbischen Frauen erzählt. Darauf beschwerte sie sich bei der Universitätsleitung. Comaroff wurde beurlaubt, sein Ruf ist ruiniert.

Der Fall zog in Seattle weitere Kreise. Die 73-jährige Ethnologin Ann Stoler, Professorin an der New School for Social Research in New York, hätte am Kongress den Gender Equity Award für ihr Lebenswerk erhalten sollen. Ihre Forschungen, unter anderem in Südostasien, drehen sich um das Verhältnis von Kolonialismus, Rassismus und Sexualität. Doch plötzlich entlud sich in den sozialen Netzwerken ein Shitstorm über sie, weil sie, zusammen mit anderen Wissenschaftlern, Comaroff in einem offenen Brief in Schutz genommen hatte. Es war die Rede von einer Kluft zwischen ihren „schönen, feministischen Theorien“ und ihrer „sexistischen Praxis“. Daraufhin wurde die Preisverleihung auf unbestimmte Zeit verschoben.

Eine Ethnologin, die auf Twitter gegen Stoler hetzte, schrieb, es zähle nur, was diese in der Praxis tue. „Akademische Publikationen verändern Institutionen und Kulturen nicht.“ Das ist zwar eine seltsame Auffassung von Wissenschaftlichkeit, scheint aber zur Mehrheitsmeinung zu werden. So heisst es im Programmheft zum Kongress in Seattle, es gehe um eine Auseinandersetzung mit der Frage, wie man Veränderungen in der Welt bewirken könne.

Traditionellerweise geht es in den Sozialwissenschaften ja um den Versuch einer wahrheitsgemässen, unvoreingenommenen Analyse. Vielleicht ergibt sich aufgrund der Forschungsergebnisse ein Engagement; aber der Wille zum Engagement sollte nicht am Anfang einer Untersuchung stehen.

Früher nannte man die Überidentifikation, den Verlust jeglicher Distanz und Objektivität, spöttisch „going native“. Heute scheint dies erwartet zu werden. Wer kein anwaltschaftliches, aktivistisches Verhältnis zur Gruppe, über die er forscht, unterhält, ist unmoralisch.

Ein Doktorand einer deutschen Universität sagt: „Es geht unserer Generation darum, nicht nur kritisch und solidarisch zu denken, sondern auch so zu handeln – in unserer Forschung, in unseren Instituten, in unserem Leben.“ Wichtige Stichworte seien Widerstand, Solidarität, unterdrückte Minderheiten, Gerechtigkeit, Taktik. Das klingt eher nach Guerilla-Handbuch als nach wissenschaftlicher Methodik.

Der 35-jährige Ethnologe, der auch länger in den USA arbeitete, erklärt: „In Amerika sind gewisse junge Leute schon befreiter als wir.“ Aber radikale und ethisch geleitete Forschungsvorhaben gingen vielen älteren Anthropologen noch ab. „Für die junge Generation ist Amerika ein gescheitertes Land. Das war es für die People of Color schon immer. Nun aber fühlen es auch junge Weisse.“

Die Universitäten seien trotz allem Gerede von Diversität und Inklusion immer noch weiss und westlich dominiert, sagt der Doktorand. Da Stellen und Forschungsgelder begrenzt seien, komme es zu Verteilungskämpfen. Vielleicht muss man die Konflikte um kulturelle Aneignung und Hautfarbe deshalb auch in diesem ökonomischen Rahmen sehen.

Man hat den Eindruck, dass die heutigen Ethnologen zugleich rücksichtsvoll und rücksichtslos sind. So hängen am Eingang des Kongresszentrums Plakate, dass man auf Parfum und Deo verzichten solle, aus Rücksicht auf Menschen mit „chemical sensitivities“. Ein älterer Wissenschaftler erzählt von der empörten Reaktion auf Fotos, die er während seiner Feldforschungen in Westafrika gemacht hat und die barbusige Frauen zeigen. Seine Beteuerungen, „oben ohne“ sei damals in den Dörfern normal gewesen, gelten nicht.

Präsentationen mussten drei Monate vor dem Kongress in Seattle eingereicht werden. Die Regeln sind strikt: keine Nacktheit, keine Gewalt, und bei einem Vortrag über Tieropfer durfte kein Bild eines geschlachteten Tiers gezeigt werden.

Die amerikanische Ethnologin Angela Guy-Lee berichtet in einem Referat von ihren Kursen mit Polizisten zum Thema Rassismus. Sie erklärte ihnen das Konzept des „institutionellen Rassismus“, dass sich Rassismus also beispielsweise auch in Gesetzen äussere. Einer der Polizisten schrieb in einem Test, seines Wissens sei in Gesetzen nur von

Regeln, aber nicht von Hautfarben die Rede. Wie reagierte sie? „Ich gab ihm eine Null“, sagt sie, unter Gelächter des Publikums.

Der Ethnologe Paul Stoller erklärt im Gespräch, die Gefahr sei gross, dass eine überkritische in eine unkritische Haltung kippe, wo elementare Regeln der Ethnologie wie die Berücksichtigung des Kontextes über Bord geworfen würden. Auch erreiche eine allzu sektiererisch auftretende Ethnologie nur Gleichgesinnte oder, schlimmer noch, richte sich gegen Fast-Gleichgesinnte, die dann unverhältnismässig scharf attackiert würden, während sich die wahren Feinde von Fremdem und Diversität ins Fäustchen lachten. „Die Ethnologie müsste sich vielmehr überlegen, wie sie Andersdenkende erreicht“, findet der 75-Jährige.

Stoller ist einer der bekanntesten amerikanischen Ethnologen, der viel über Magie und Hexerei in Niger publizierte. Auf Deutsch erschienen von ihm „Im Schatten der Zauberer“. Öfter wurde ihm in den letzten Jahren vorgeworfen, er exotisiere Afrika und reduziere es auf Klischees. Auch die Frage, wie er sich als „alter weisser Mann“ anmassen könne, über so „urafrikanische“ Themen zu sprechen, wird ihm vermehrt gestellt. Er findet lakonisch, es zähle einfach, ob das, was jemand schreibe, stimme.

Auch die Forderung, Ethnologen sollten solidarisch sein, ist gerade bei Stollers Themen fragwürdig. Müsste er sich zum Fürsprecher des magischen Weltbilds und des Hexenglaubens machen?

Stoller beobachtet eine Scheu vieler Studenten, in anderen Kulturen zu forschen, um nicht solchen Vorwürfen ausgesetzt zu werden. Es gebe eine Tendenz zur Introspektion: Man interessiere sich nur noch für die eigene koloniale Vergangenheit, Ausbeutung und unbewusste Vorurteile, anstatt sich wirklich dem Fremden auszusetzen.

Dass jeder nur noch über die eigene Lebenswelt schreibe, hält der Wissenschaftler für eine Sackgasse. Selbst wenn das passiere, handle es sich oft um Intellektuelle aus der Oberschicht, die auch nicht unbedingt „derselben Kultur“ angehörten. Zudem brauche es ein Oszillieren zwischen Innensicht und dem distanzierteren Blick von aussen. Er erwähnt das „Navajo Film Themselves“-Projekt: „1966 gingen drei Ethnologen zu den Navajo, gaben ihnen eine Kamera, lehrten sie den Umgang damit und forderten sie auf, ihr Leben zu dokumentieren. Zwei von ihnen dreh-

ten praktisch identische Filme über einen Mediziner, der die Geister anrief. Die Filme dauerten je drei Stunden und zeigten in einer einzigen Einstellung die Gesänge in der Navajo-Sprache.“

Das schau sich kein Mensch an, sagt Stoller. „Keine Übersetzung, keine Erklärung, keine Einbettung in das Leben im Dorf. Um so etwas für Aussenstehende verständlich und interessant zu machen, braucht es eben ethnologische Vermittlung.“

Das dürfte in der Ethnologie aber zunehmend zur Minderheitsmeinung werden. Es ist vermutlich nur noch eine Frage der Zeit, bis sich die einstmalige „Völkerkunde“ selbst zerlegt und auflöst. Das ist schade, weil diese Selbstdemontage ausgerechnet im Namen des Respekts und des Antirassismus erfolgt, aber letztlich dazu führt, dass jedes Reden über das „Andere“ suspekt wird. Diese Horizonterweiterung war einst das Ziel der Ethnologie, gilt heute jedoch vielen als postkolonial. Im Namen der Rücksichtnahme werden die Fenster geschlossen, so dass sich alle in ihrer kleinen, vertrauten Spiegelwelt einkapseln können.

Bedrohung der Wissenschaftsfreiheit eine Chimäre?

Ein Appell, zur Sache zurückzukehren

Barbara ZEHNPFENNIG

Wenn heute eine nicht unbeträchtliche Zahl von Wissenschaftlern der Ansicht ist, in einem Klima zu leben, das die Freiheit der Wissenschaft bedroht, wird ihnen oft entgegengehalten: Von wem soll denn eine solche Bedrohung ausgehen? Man kann bei uns doch alles sagen! Es wird ihnen unterstellt, dass sie sich weinerlich nach den guten alten konfliktfreien Zeiten sehnen, die es so nie gab, dass sie in Wahrheit keine Kritik an ihrer Forschung ertragen und sich als alte weiße Männer an ihren Privilegien festkrallen, die sie durch die neuen Zeiten in Gefahr sehen. Bereits der letzte Vorwurf, der im übrigen die alten weißen Frauen durch Nicht-Beachtung diskriminiert, zeigt aber, dass es in diesem Meinungskampf oft um Ideologie geht. Was hat Wissenschaft mit Alter, Hautfarbe und Geschlecht derer zu tun, die sie betreiben? Früher hätte man den Spruch über die „alten weißen Männer“ schlicht als dumm abgetan. Heute ist er geradezu in den Rang eines Arguments erhoben, obwohl er genau den Rassismus transportiert, den er zu bekämpfen vorgibt. Aber auch die anderen Unterstellungen sind dazu angetan, von der Sache abzulenken. Denn sie beruhen auf der Spekulation über Motive, statt sich mit dem behaupteten Sachverhalt auseinanderzusetzen.

Zugegebenermaßen beteiligen sich nicht alle, denen die Diagnose einer Gefährdung der Wissenschaftsfreiheit unzutreffend erscheint, an derartigen Spekulationen. Sie haben einfach eine andere Wahrnehmung der Faktenlage. Wie verhält es sich also tatsächlich mit der Wissenschaftsfreiheit? Kann man bei uns alles sagen?

Kann man bei uns alles sagen?

Ja, das kann man in der Tat. Die Frage ist aber, zu welchem Preis man das kann. Schon dass es einen Preis hat, als Wissenschaftler – und nicht als Privatmensch – über bestimmte Fragen wie Kolonialismus, Geschlecht, Islam, Pegida etc. in einer Weise zu denken, die nicht den von minoritären Deutungseliten vorgegebenen Denkmustern entspricht, ist ein Problem. Damit ist keineswegs das Problem gemeint, auf Widerspruch zu stoßen. Ganz im Gegenteil, der Widerspruch, das Aufeinandertreffen von Argument und Gegenargument, ist das Lebenselixier der Wissenschaft. Wer das nicht aushält, wer es nicht erträgt, wenn die eigenen Forschungsergebnisse kritisiert und gelegentlich auch zerpfückt werden, ist in der Wissenschaft nicht am rechten Ort. Nur durch die Kontroverse kommt die Wissenschaft voran. Sie nötigt zum Argument, sie nötigt zur Begründung der eigenen Position, und eben das ist es, was den Erkenntnisfortschritt antreibt.

Das Problem, das sich demjenigen stellt, der sich nicht in den gewünschten Denkmustern und Sprechweisen bewegt, ist ein anderes, nämlich dass er oft gar nicht mehr dazu die Gelegenheit erhält, seine Position im Austausch der Argumente zu begründen. Er hat gegen einen ungeschriebenen Kodex verstoßen, und das macht ihn satisfaktionsunfähig. Wer den Rassismus nicht für eine europäische Erfindung hält, wer im Kopftuch ein Symbol der Unterdrückung der Frau sieht, wer darauf besteht, dass Geschlecht nicht einfach nur ein gesellschaftliches Konstrukt ist, hat sich in weiten Teilen der akademischen Welt bereits so unmöglich gemacht, dass man gar nichts weiter von ihm hören will.

Die Mittel des Diskursausschlusses

Die Mittel, ihn vom Diskurs auszuschließen, sind verschieden: Gegen einen Kommunikationswissenschaftler, der in einem Beitrag für das Forum einer Fachzeitschrift die Praxis des Genderns kritisiert, wird eine Unterschriftenliste organisiert, in der anfangs 82, mittlerweile über 400 Fachkollegen fordern, derartige Beiträge nicht mehr zu drucken. Ein Pegida-Forscher, der dafür plädiert, mit den Teilnehmern an den Pegida-Demonstrationen doch auch einmal zu reden, um ihre Motive zu

verstehen, wird vielfach öffentlich angefeindet. Unter anderem wird ihm von studentischen und städtischen Gruppen das Recht bestritten, an ihrer Universität einen Vortrag zu halten. Schließlich zündet irgendjemand sein Auto an. Gegen einen Politikwissenschaftler, der das Tragen eines Kopftuchs in der Schule als Verstoß gegen das staatliche Neutralitätsgebot wertet, erstattet eine Studentin Anzeige wegen Volksverhetzung. Die Stadt Hannover sagt den Vortrag eines renommierten Historikers über die Kolonialgeschichte ab, weil eine Rassismus-kritische Initiative das Auftreten eines „weißen Mannes“ zu diesem Thema bemängelt und an der Diskussion, die im Anschluss an den Vortrag geplant war, nicht mehr teilzunehmen bereit ist. Und schließlich wendet sich eine universitäre Forschungsstelle für Interkulturelle Studien gegen „falsch verstandene Neutralität“ an den Hochschulen und fordert, Positionen, die nach Meinung der Verfasser „rassistisch“, „rechtsextrem“ und „menschenverachtend“ sind, entsprechend zu brandmarken und „die Grenze des Sagbaren begründet zu markieren“ – natürlich gemäß den eigenen, offenbar nicht diskutablen Maßstäben.

Es ist also nicht so, dass man sich auf ein Bombardement von Gegenargumenten einstellen müsste, wenn man den vom Zeitgeist favorisierten Positionen widerspricht. Dem würden sich die meisten sicher gerne stellen. Vielmehr besteht zunehmend die Tendenz, den Austausch von Argumenten schlicht zu verhindern. Der stattdessen geführte Angriff zielt nicht auf die Inhalte, sondern auf die Person. Denn da der Anti-Rassismus, der Anti-Eurozentrismus, die Gendertheorie, der Multikulturalismus etc. die Seite des moralisch Guten okkupiert haben, ist der Kritiker dieser Strömungen fraglos der moralisch anrühigen zuzuordnen. Die Verlagerung der Auseinandersetzung von der Sachebene auf die Ebene des Moralischen birgt den entscheidenden Vorteil im Kampf, die eigenen Ideologien nicht mehr begründen zu müssen, und den Kritikern die Möglichkeit zu nehmen, ihre Einwände begründen zu können. Das erlaubt auf Seiten der Ideologen eine erfrischende Freiheit im Umgang mit den Fakten – was bedeutet schon die naturwissenschaftliche Forschung zu den Geschlechtern, wenn man solch schöne sozialwissenschaftliche Theorien über die gesellschaftliche Konstruktion des Geschlechts hat? Wen interessieren die historischen Tatsachen zum The-

ma Sklaverei, wenn man doch weiß, dass hier alle Schuld beim weißen Mann zu suchen ist? So wie man die Kritiker nicht zur Diskussion zulässt, kann man sich seinerseits der Diskussion entziehen, indem man sich mit dem Stacheldrahtzaun moralischer Überlegenheit umgibt.

Die Lage kann aussichtslos werden

Für diejenigen aber, die sich dem geforderten Denk- und Sprachduktus nicht unterwerfen wollen, kann die Lage geradezu aussichtslos werden. Ihre Argumente will man nicht hören, gegen den Vorwurf der moralischen Unanständigkeit können sie sich nicht wehren. Wie denn auch – mit Argumenten? Wer einmal als „problematisch“ oder „umstritten“ kategorisiert wurde, ist im Grunde wissenschaftlich erledigt. Und es wird einsam um ihn, denn andere scheuen nun seine Nähe, weil die Verachtung auf sie überspringen könnte. In der Folge werden möglicherweise seine Artikel nicht mehr in den entsprechenden Fachorganen publiziert, er bekommt keine Forschungsgelder mehr, er wird zum wissenschaftlichen „outlaw“. Ist das etwa keine Einschränkung der Wissenschaftsfreiheit – wenn bestimmte Positionen gänzlich aus dem wissenschaftlichen Diskurs ausgeschlossen werden und mit ihnen die Personen, die sie vertreten?

Besonders schlimm ist das für den wissenschaftlichen Nachwuchs. Als verbeamteter Professor kann man es sich leisten, zum Außenseiter zu werden, wenn das natürlich auch nicht angenehm ist. Wer aber erst wissenschaftlich reüssieren will, muss sich schon gründlich überlegen, ob er sich gleich ins Aus schießen und damit seine Karriere beenden will. So gibt es zunehmend einen vorauseilenden Gehorsam, ein Meiden strittiger Themen, die Verwendung des erwünschten Vokabulars, die Erforschung der akzeptierten Gegenstandsbereiche. Das engt die Forschung ein; sie reduziert sich auf den Mainstream und schließt damit gerade die oft wertvollen Impulse jener Forscher aus, die auch einmal gegen den Strom denken und damit völlig neue Perspektiven eröffnen.

Trotzdem wird immer wieder behauptet, das geschilderte Phänomen betreffe nur Einzelfälle. Es gebe keine nennenswerte Zahl von Wissenschaftlern, die bspw. von Vorträgen wieder ausgeladen wurden, weil die

Studentenschaft gegen ihren Auftritt protestierte oder die Hochschulleitung kalte Füße bekam, weil sie möglicherweise Polizeischutz hätte organisieren müssen, damit der Redner zu Wort kommen kann. Doch abgesehen davon, dass sich diese angeblichen Einzelfälle häufen, darf nicht übersehen werden, was der für alle spürbare Sanktionsmechanismus der moralischen Ächtung subkutan für Verwüstungen anrichtet. Sichtbar ist nur, wer bereits dem Verdikt verfallen ist. Unsichtbar aber bleiben die vielen, die aus Angst vor einer Ächtung, gegen die man sich eben nicht wehren kann, nicht so reden, wie sie denken, und nicht so forschen, wie sie gerne forschen würden. Das bedeutet den Einzug des Duckmäsertums und der Heuchelei in die Wissenschaft. Man macht seinen Kotau vor Diversität, Gender und europäischer Universalschuld und versucht, dahinter verborgen doch noch etwas von dem zu retten, was einem eigentlich wichtig ist. Oder man ergibt sich völlig dem Druck und liefert gleich das Geforderte. In beiden Fällen verstärkt man die schon vorhandene Tendenz. Natürlich kann man den Betroffenen vorwerfen, dass sie auf diese Weise an dem Netz mitknüpfen, das sie einschürt. Aber Heldentum ist eben dünn gesät – und an der Universität, so der Eindruck, den man manchmal haben kann, vielleicht noch dünner als an anderen Orten.

Ernstzunehmende Indizien

Rechtfertigen es die geschilderten Sachverhalte also, die Wissenschaftsfreiheit in Gefahr zu sehen? Es gibt dafür jedenfalls ernstzunehmende Indizien. Ideologisch und nicht wissenschaftlich begründete Theorien behaupten einen Geltungsanspruch, der schlicht hegemonial ist. Diese Theorien geben zugleich einen korrekten Sprachgebrauch vor (es heißt nicht Indianer, sondern indigene Bevölkerung; nicht coloured people, sondern people of colour etc.), gegen den zu verstoßen sofort den Abweichler, den „umstrittenen“ Kollegen identifiziert. Alternative Forschungsansätze geraten unter Rechtfertigungszwang; die freie Wahl des Forschungsgegenstands ist bereits eingeschränkt, wenn bestimmte Themen oder Methoden moralisch sanktioniert bzw. nicht mehr durch Drittmittel finanziert werden. Was aber vielleicht am schwersten wiegt:

Bedrohung der Wissenschaftsfreiheit eine Chimäre?

Wenn sich in der Wissenschaft die Haltung breit macht, die Wahrheit bereits gefunden zu haben, und die Forschung nur noch dem Zweck dient, sie zu verifizieren, trifft das die Wissenschaft im Kern. Wissenschaft ist fortwährende, möglichst vorurteilsfreie, auf jeden Fall aber existentiell auf die sachliche Auseinandersetzung angewiesene Erkenntnis- und Wahrheitssuche. Wissenschaft muss ergebnisoffen und jederzeit revisionsbereit sein. In ihr kann es nur um die Sache gehen, nicht um die Personen, nicht um moralische Qualifizierungen, nicht um politische Zielsetzungen. Wenn das aus dem Blick gerät, ist in der Tat viel verloren. Deshalb sollte man nicht als persönliche Empfindlichkeit abtun, was der Sorge um den Kern wissenschaftlichen Arbeitens entspringt: die Bewahrung des wissenschaftlichen Ethos, das nicht zuletzt darin besteht, die Wissenschaft so weit wie möglich von allen wissenschaftsfremden Einflüssen freizuhalten, selbst wenn diese den eigenen Neigungen und Idiosynkrasien entsprechen.

Moderne vs. Postmoderne: Wissenschaft und Rechtsstaat

Michael ESFELD

Wissenschaft und Rechtsstaat als Säulen der Moderne

Nach der schmerzhaften Erfahrung der Religionskriege im 16. und 17. Jahrhundert entwickelten sich sowohl die moderne Wissenschaft als auch der moderne Rechtsstaat als Befreiung davon, Macht auszuüben, indem der Staat eine bestimmte Auffassung von Gemeinwohl und Seelenheil durchsetzt und die Wissenschaft dieser Auffassung unterordnet. In der modernen Wissenschaft spielt Autorität keine Rolle. Man muss robuste empirische Evidenz und Argumente für die Behauptungen liefern, die man aufstellt, und diese Behauptungen werden einer rigorosen Prüfung unterzogen. In der modernen Gesellschaft wird jeder Mensch als eine Person angesehen, die mit Vernunft im Denken und Handeln ausgestattet ist. Daraus ergeben sich grundlegende Rechte der Abwehr gegen ungewollte äußere Eingriffe in das eigene Urteil darüber, wie man sein Leben gestalten möchte. Der moderne Rechtsstaat verzichtet dementsprechend darauf, eine bestimmte Auffassung eines Gemeinwohls umzusetzen. Er ist stattdessen auf die Wahrung der Grundrechte eines jeden Menschen ausgerichtet: Jede Person ist frei, ihr Leben so zu führen, wie sie es für gut und richtig hält, solange sie allen anderen Personen die gleiche Freiheit einräumt.

An dieser Stelle kommt die Wissenschaft ins Spiel: Jede Behauptung negativer Externalitäten, durch die eine Person mit ihrer Lebensgestaltung andere Personen in deren Lebensgestaltung schädigt, muss auf objektiven und für alle nachvollziehbaren Tatsachen beruhen – im Gegensatz zu subjektiven Gefühlen oder Ansichten darüber, was gut oder schlecht ist. Um ein gängiges Beispiel zu nennen: Die Tatsache einer robusten statistischen Korrelation zwischen Rauchexposition und Lungenkrebs legitimiert die Regulierung des Rauchens im öffentlichen

Raum unter der normativen Prämisse der Abwehrrechte gegen Schädigungen. Häufig genügt der Alltagsverstand, um solche Fälle zu entscheiden. Aber sobald es nicht mehr um direkt beobachtbare Zusammenhänge geht, kommt Wissenschaft ins Spiel; so zum Beispiel bei Rauchen oder Radioaktivität.

Das Ideal der Objektivität ist der Standpunkt von nirgendwo, also der Standpunkt, der von allen subjektiven Einflüssen absieht. Dieses Ideal ist unerreichbar, schon alleine weil ein Standpunkt von nirgendwo gar kein Standpunkt mehr wäre und somit in gar keiner menschlichen Sprache mit Semantik und Pragmatik formuliert werden könnte. Objektivität ist eine regulative Idee, an der sich die Wissenschaft orientiert, indem sie so weit wie möglich von subjektiven Einflüssen abstrahiert.

Wie Wissenschaftsphilosophen von Descartes bis Popper gezeigt haben, lässt sich Objektivität nur durch Skeptizismus als Methode erreichen: Erkenntnisansprüche sind stets zu hinterfragen. Sie müssen sich dadurch bewähren, dass man sie einer kritischen Prüfung durch Argument und Experiment unterzieht und miteinander konkurrierende Hypothesen zulässt, weil niemand für sich in Anspruch nehmen kann, einen privilegierten Zugang zu den Tatsachen zu haben. Betrachten wir ein einfaches Beispiel: Nehmen wir an, dass alle beobachteten Raben schwarz sind und wir auf dieser Grundlage die Hypothese „Alle Raben sind schwarz“ formulieren. Um diese Hypothese als Erkenntnis zu etablieren, ergibt es keinen Sinn, überall nach weiteren schwarzen Raben zu suchen – und natürlich unzählige solche zu finden. Im Gegenteil: Diese Hypothese ist erst dann bestätigt, wenn es nicht gelingt, Raben zu finden, die nicht schwarz sind. Das heißt: Man nimmt diese Hypothese mit Skepsis auf und versucht, irgendwo in der Welt etwas zu finden, das ihr entgegensteht. Erst und nur wenn das nicht gelingt, ist die Hypothese bestätigt. Hingegen zu deklarieren, es könne gar keine anderen als schwarze Raben geben und diejenigen, die das in Frage stellen, als „Verschwörungstheoretiker“ oder „Feinde der Wissenschaft“ zu brandmarken, wäre das genaue Gegenteil von Wissenschaft.

Rigorese Standards in der Suche nach Objektivität anzuwenden, ist deshalb so wichtig, weil wissenschaftlich etablierte Tatsachen unter der normativen Prämisse der Rechte von Abwehr gegen Schädigungen

Zwang legitimieren – so in den Beispielen von Rauchen und Radioaktivität, wo der Staat gegebenenfalls unter Einsatz von Zwang wie Strafen vorgeht, wenn jemand andere durch Rauchen in öffentlichen Räumen oder den Umgang mit radioaktiven Substanzen gefährdet. Der Einsatz von Zwang ist subjektiv immer eine Schädigung der Person, gegenüber der Zwang eingesetzt wird: Jeder Einsatz von Zwang nimmt der betroffenen Person immer in irgendeiner Weise einen Teil ihrer Lebenszeit weg, der ihr ansonsten zur freien Verfügung stände. Daher ist es so wichtig, strenge Maßstäbe anzusetzen, wenn es um die Legitimation von Zwang geht, um den Missbrauch von Macht zu verhindern.

Wie Wissenschaftsphilosophen von Descartes bis Popper ferner herausgestellt haben, kann die moderne Wissenschaft, gerade weil sie objektiv ist und mithin von allen subjektiven Elementen absieht, gar nicht auf das Denken und Handeln der Menschen angewendet werden. Natürlich kann die Wissenschaft die neuronalen Grundlagen von Denken und Handeln offenlegen und uns über genetische und andere Einflüsse aufklären. Aber bei der Urteilsbildung im Denken und Handeln geht es darum, wie eine Person die Tatsachen einschätzt, welche Ziele sie sich für ihr Leben setzt, wie sie Risiken einschätzt und welche Risiken sie bereit ist, für ihre Lebensziele einzugehen. Wissenschaft kann Informationen über die Tatsachen geben. Aber sie kann zu den Zielen nichts sagen. Der Slogan „follow the science“ ist daher anti-wissenschaftlich und unmenschlich: Wissenschaft kann keine Lebensziele vorgeben. Das Gegenteil zu suggerieren, nimmt Menschen ihre Selbstbestimmung. Einer Religion oder allgemein einer Moral kann man folgen, aber nicht der Wissenschaft.

Der Mensch als denkendes und handelndes Wesen kann somit gar nicht innerhalb des Gegenstandsbereichs der modernen Naturwissenschaft liegen. Descartes arbeitet diesen Punkt in seinen philosophischen Schriften klar heraus (insbesondere die *Meditationen* und die *Prinzipien der Philosophie*, Teil 1). Die ontologische Trennung (Trennung im Sein) zwischen Körper und Geist, die er vornimmt, ist sicher mit Vorsicht aufzunehmen und so, wie von Descartes dargestellt, nicht überzeugend. Aber der methodische Punkt ist glasklar und hat an Aktualität nichts verloren: Die neuzeitliche Naturwissenschaft stößt an eine prin-

zipielle Grenze, sobald es um das Denken und Handeln von Menschen geht.

Diese Grenze zu missachten führt zu dem, was als Szientismus bezeichnet wird: Das ist die Behauptung, dass der Anwendungsbereich der Naturwissenschaft unbegrenzt ist und auch das menschliche Denken und Handeln umfasst. Szientismus als politisches Programm zur Steuerung der Gesellschaft durch angebliche Wissenschaft umzusetzen, führt, wie insbesondere Popper in seinen Schriften *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde* (1945) und *Das Elend des Historizismus* (1957) zeigt, zu einer geschlossenen Gesellschaft und letztlich einem totalitären Staat.

Um es auf den Punkt zu bringen: Wissenschaft und Rechtsstaat sind die beiden Säulen der Moderne. Die moderne Gesellschaft wird nur durch die Achtung der Menschenrechte aller und die Anerkennung objektiver Tatsachen zusammengehalten, die von Wissenschaft und Alltagsverstand entdeckt werden, nicht aber von einer bestimmten Sicht eines vermeintlichen Allgemeinguts. Beides, die moderne Wissenschaft und der moderne Rechtsstaat mit seinen „checks and balances“, sind der Versuch, durch den Einsatz von Vernunft die Ausübung von Macht zu begrenzen.

Von der intellektuellen zur real existierenden Postmoderne

Die Postmoderne ist zunächst eine intellektuelle Strömung, die mit den Säulen der Moderne bricht: Sie erkennt Vernunft nicht als Mittel zur Begrenzung von Machtausübung an. Im Gegenteil, sie stellt den Gebrauch von Vernunft als eine weitere Form der Ausübung von Zwang dar. Es gibt keine objektiven Tatsachen, die mit Vernunft entdeckt werden können. Damit gibt es dann aber auch keine universellen Menschenrechte, die jeder Person allein aufgrund dessen zukommen, dass sie mit Vernunft im Denken und Handeln ausgestattet ist, und kein gleiches Recht für alle. Die Postmoderne ist jedoch kein Relativismus, in dem jeder oder jede Gruppe ihre eigene Realität konstruiert und ihr lebt.

Der US-Kulturhistoriker Michael Rectenwald schreibt in seinem Artikel „Social justice and the emergence of Covid tyranny“ im September

2021 (<https://mises.org/print/56271>) treffend: „Ohne objektive Kriterien gibt es keine andere Berufungsinstanz als die Macht“. In seinem 2018 veröffentlichten Buch *Springtime for snowflakes* (Nashville: New English Review Press) diagnostiziert Rectenwald unter Bezugnahme auf die woke- und cancel culture den Übergang zur „praktischen Postmoderne“ (S. xiii, 114-117), der auf reine Tyrannei hinausläuft. In der Tat liegt die Parallele auf der Hand: Der Sozialismus als eine von Marx und Engels initiierte geistige Strömung wurde zum Totalitarismus des „real existierenden Sozialismus“, als er politisch umgesetzt wurde. Genauso wird aus der Postmoderne als geistiger Strömung eine neue Form des Totalitarismus, sobald sie zu einer politischen Macht wird. Man kann dementsprechend von der „real existierenden Postmoderne“ sprechen.

Postmoderner Totalitarismus

In der Tat: Der Westen steht heute nicht mehr für faktenbezogene Wissenschaft, universelle Menschenrechte und Rechtsstaat wie nach dem zweiten Weltkrieg. Es war ein Irrtum, zu meinen, dass sich diese Rechtsordnung nach dem Fall der Berliner Mauer in weiten Teilen der Welt durchsetzt. Sie wird von außen durch den panslawistischen Imperialismus des gegenwärtigen Regimes in Russland, durch den postkommunistischen Imperialismus des chinesischen Regimes und den religiösen Fanatismus des politischen Islam bedroht. Vor allem aber wird sie auch von innen ausgehöhlt. Mit dem Corona-, Klima- und Cancel Culture-Regime zieht ein postmoderner, postfaktischer Totalitarismus auf, der auf einen „Great Reset“ der einstigen Werte des Westens hinausläuft: Es geht um eine Neuausrichtung hin zu einer umfassenden Steuerung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens bis in die Privatsphäre hinein, und das auf globaler Ebene.

Das Corona-Regime hat vor Augen geführt, dass es keine Privatsphäre mehr gibt, die staatlichem Zugriff entzogen ist: Die Lockdowns regulieren soziale Kontakte bis in die Kernfamilie hinein. Nicht einmal der eigene Körper unterliegt der Selbstbestimmung: Er steht dem Staat zur Verfügung, wie die Corona-Impfkampagne bis hin zu Impfanweisungen zeigt. Das Klima-Regime erlaubt ebenfalls beliebige Eingriffe

bis in die Intimsphäre hinein. Die Empfehlungen von Politikern zum kalten Duschen oder sich mit Waschlappen zu begnügen mögen lächerlich klingen. Sie ebnen aber den Weg zu unbegrenzter Kontrolle dessen, was einst die Privatsphäre war. Mit der Ergänzung des Klima-Regimes durch die Russland-Sanktionen sollen wir für die Freiheit frieren und generell eine Einschränkung unserer Lebensqualität und unserer Möglichkeiten, ein selbstbestimmtes Leben zu führen, hinnehmen – als ob Freiheit mit wirtschaftlichem und sozialem Rückschritt statt Fortschritt verbunden wäre. Gemeinsam ist all diesem eine absichtlich herbeigeführte Verknappung von Ressourcen, die es ermöglicht, ein Regime umfassender sozialer Kontrolle zu installieren.

Totalitarismus ist nicht unbedingt mit der Ausübung physischer Gewalt verbunden. Diese tritt erst auf, wenn die Bevölkerung das Narrativ, auf dem das Regime basiert, nicht mehr glaubt. Totalitarismus ist gekennzeichnet durch die uneingeschränkte Regulierung des Lebens der Menschen durch eine politische Autorität mit Zwangsgewalt im Namen eines vermeintlichen Gemeinwohls (wie Gesundheit-Schutz, Klima-Schutz, Schutz vor einem Feind wie Russland etc.).

Ein erster Aspekt, der das gegenwärtige Regime als spezifisch postmodern kennzeichnet, ist die Konstruktion einer *postfaktischen* Realität, die allen aufgezwungen wird. Die Corona-Wellen sind eine Tatsache. Aber es gibt keine Fakten, die belegen, dass dieser Virusausbruch gefährlicher wäre als frühere Virenausbrüche wie die Hongkong-Grippe 1968-70 oder die Asiatische Grippe 1957-58, die stets allein mit medizinischen Mitteln behandelt wurden. Klimawandel ist eine Tatsache. Aber es gibt keine Fakten, die erstens eine reelle – statt lediglich in Modellen gezeichnete – Gefahr eines menschengemachten, lebensbedrohlichen Klimawandels beweisen und die zweitens die Fähigkeit von Wissenschaft und Politik belegen, durch Zwangsmaßnahmen und Verstöße gegen die Menschenrechte den Wandel des Weltklimas steuern zu können.

Wenn man – mit gutem Grund – um den Anstieg des CO₂-Ausstoßes besorgt ist, dann steht mit der Atomkraft eine sichere und effiziente Quelle zur Verfügung, die es ermöglicht, Strom unter deutlicher Reduktion des CO₂-Ausstoßes zu erzeugen, ohne in irgendeiner Weise ein

Regime sozialer Kontrolle zu errichten. Ebenso gilt: Um Virenwellen zu bewältigen, haben wir die Mittel, das Gesundheitssystem zu stärken und die Arbeitsbedingungen für das Personal zu verbessern. Wenn man stattdessen mitten in einer Pandemie Intensivbetten abbaut und die Arbeitsbedingungen für das Personal mit menschenverachtenden Impfanweisungen verschlechtert, dann deutet dieses darauf hin, dass es nicht um die Sache geht, sondern darum, mit gesamtgesellschaftlichen Zwangsmaßnahmen ein Regime sozialer Kontrolle aufzubauen. Kurz: Die Herausforderungen, die tatsächlich bestehen, lassen sich dadurch bewältigen, dass man den Weg technologischen, wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts, der die Moderne kennzeichnet, weiterverfolgt statt diesen Weg abzuschneiden. Fakten gibt es keine, mit denen sich das Regime umfassender sozialer Kontrolle rechtfertigen ließe.

Diese Konstruktion einer postfaktischen Realität ist darüber hinaus insofern postmodern, als sie das Verhältnis von Recht und Staat umkehrt: In der Moderne war es Aufgabe des Staates, die Grundrechte zu schützen. In der real existierenden Postmoderne gewährt der Staat Freiheiten als Privileg für Konformität. Der Mechanismus, der auch viele Wissenschaftler, die von sich aus keine Sympathie für die intellektuelle Postmoderne haben, verführt hat, ist dieser: Es wird suggeriert, dass man das Wohlergehen anderer gefährdet, indem man seinem normalen, alltäglichen Lebenswandel nachgeht. Jede Form von direkter sozialer Interaktion kann zur Verbreitung des Coronavirus beitragen. Jede Aktivität hat Auswirkungen auf die nichtmenschliche Umwelt, die zum Klimawandel beitragen können.

Von dem Generalverdacht, durch den eigenen, alltäglichen Lebenswandel andere zu schädigen, befreit man sich durch den Erwerb eines Sozialpasses – wie des Impfpasses oder einer anderen Form eines Zertifikats –, mit dem man seinen Gehorsam gegenüber dem Regime beweist. Der zertifizierte Mensch ersetzt so den mündigen Bürger. Belohnungen für Konformität treten an die Stelle von Grundrechten.

Um die Willkür dieser Anordnungen zu verschleiern, wird ein Kult errichtet: Das Tragen von Masken, die öffentliche Offenlegung des Impfstatus usw. haben mittlerweile den Status von Symbolen eines religiösen Kultes erlangt. Genauer gesagt ist es keine ehrwürdige Religion,

sondern Aberglaube: Es sieht nach einem Glauben an magische Kräfte aus, um das böse Virus auszutreiben – wie magische Kräfte des generellen Tragens von Masken in der Öffentlichkeit (im Unterschied zu Masken, die geschultes Personal in bestimmten Situationen trägt) und medizinischer Behandlungen, die als Impfungen der allgemeinen Bevölkerung und sogar Kindern aufgezwungen werden, obwohl von dem Virus gar keine Gefahr für die allgemeine Bevölkerung ausgeht und obwohl mittlerweile offensichtlich ist, dass die Impfung nicht in der Lage ist, die weitere Verbreitung des Virus zu verhindern. Kurz gesagt, es besteht die Gefahr, dass ein religiöser, eigentlich abergläubischer Kult zurückkehrt als eine Form des gesellschaftlichen Zusammenhalts, der von einer zentralen politischen Instanz kontrolliert und durch den Anspruch wissenschaftlicher Erkenntnisse legitimiert wird.

Der wichtigste Unterschied zwischen dem aktuellen postmodernen Totalitarismus und früheren Totalitarismen ist dieser: Das große Narrativ eines absolut Guten – die klassenlose Gesellschaft als Endziel der Geschichte im Kommunismus, die rassistisch reine Gesellschaft im Nationalsozialismus – wird durch viele kleine Narrative ersetzt von Teilgütern, wie Gesundheitsschutz, Klimaschutz etc. Jede dieser Erzählungen impliziert, wenn sie dominant ist, in letzter Konsequenz eine ebenso umfassende soziale Kontrolle wie einst die großen Erzählungen. Hierin liegt die Gefahr der real existierenden Postmoderne: Wenn ein solches Narrativ zusammenbricht – wie derzeit das Corona-Narrativ –, ist dies nicht das Ende des totalitären Regimes. Man kann leicht von einer kleinen Erzählung zur nächsten wechseln – von Corona über das Klima zu verschiedenen Arten von „sozialer Gerechtigkeit“ usw. –, um das Regime einer allumfassenden sozialen Kontrolle zu verfestigen.

Der postmoderne Totalitarismus ist kein spezifisch technokratischer Totalitarismus. Jeder Totalitarismus hängt von den zu seiner Zeit verfügbaren technologischen Mitteln ab, um das Regime der totalen sozialen Kontrolle zu installieren. Es gibt keinen Totalitarismus ohne eine Ideologie, eine angebliche Wissenschaft, die diese Ideologie unterstützt, und einen abergläubischen Kult. In jedem Totalitarismus werden all diese Mittel eingesetzt, um einen neuen Menschen zu schaffen. Im aktuellen Fall geht es um eine Transformation der menschlichen Natur dahinge-

hend, dass Menschen sich nicht mehr gegenseitig mit Viren anstecken, keine Energie mehr so verbrauchen, dass sie die Umwelt belasten usw.

Die Zukunft der Aufklärung

Der Weg, um die aufziehende real existierende Postmoderne zu stoppen, besteht in einer Rückbesinnung auf die Grundlagen der Moderne: Rechtsstaatlichkeit bedeutet Wahrung der individuellen Freiheitsrechte, nämlich der Nichteinmischung in die Lebensgestaltung der einzelnen Menschen. Wann immer man die Rolle des Staates erweitert, um im Namen der „sozialen Gerechtigkeit“ oder eines vermeintlichen Gemeinwohls die Ansprüche bestimmter Gruppen durch Zwang und damit auf Kosten anderer Gruppen durchzusetzen, sind der Regulierung des Lebens der Menschen letztlich keine Grenzen mehr gesetzt. Man geht dann unweigerlich den Weg in die Knechtschaft, um es mit Hayek zu sagen. Dies wird erneut deutlich in der Art und Weise, wie die Corona- und Klimawissenschaft und -politik eine neue, spezifisch postmoderne Form totalitärer Gesellschaftskontrolle einläuten. Es ist eine unheimliche Arroganz, die leider in der Elite von Wissenschaftlern, Politikern, Medienschaffenden und auch Wirtschaftsführen verbreitet ist, zu meinen, dass die normalen Menschen nicht selbstverantwortlich handeln würden, wenn man sie gewähren ließe (*laissez faire*), und dass diese Elite über das Wissen und das Können verfügt, die Lebensbahnen der Menschen auf ein allgemeines Gut hin zu lenken. Die Geschichte zeigt uns, dass jeder solche Versuch stets zu großem Leid statt einer Verbesserung der Lebensumstände geführt hat.

Wie zu Beginn der Moderne brauchen wir daher wieder den Mut, die Vernunft als Mittel zur Machtbegrenzung einzusetzen. Machtkonzentration ist immer ein Übel. Sie führt mit der Zeit unweigerlich zu Missbrauch. Es ist eine Illusion zu glauben, dass es einen guten, mit Zwangsgewalt ausgestatteten Staat geben könnte, der ein allgemeines Gut durch die Regulierung auch des Privatlebens durchsetzen könnte. Der Weg zurück zum Rechtsstaat besteht darin, uns von dieser Illusion zu befreien.

In seinem Aufsatz „Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung?“ (1784) definiert Kant Aufklärung als den „Ausgang des Menschen aus seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit“. Wenn man in diesem Aufsatz „Religion“ durch „Wissenschaft“ und „Vormünder“ durch „Experten“ ersetzt, zeichnet er ein treffendes Bild der heutigen Situation. Der öffentliche Gebrauch der Vernunft muss nach Kant jederzeit und unter allen Bedingungen frei sein, um Aufklärung zu ermöglichen. Es ist daher von größter Bedeutung, gegen die „cancel culture“ anzugehen. Wissenschaftler und Intellektuelle sollten ihrer Verantwortung gegenüber den Bürgern, die sie durch ihre Steuern finanzieren, in ihrem öffentlichen Gebrauch der Vernunft nachkommen, anstatt in Selbstzensur zu gehen und sich von Politikern und deren Sprachrohren in den Medien vorschreiben zu lassen, was man sagen darf und was nicht.

„Haben Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen!“ ist das Motto der Aufklärung nach Kant. Wenn genügend Menschen diesen Mut wieder aufbringen, werden wir wieder den Weg einschlagen, der zum friedlichen Zusammenleben, zum technologischen und wirtschaftlichen Fortschritt und damit zu mehr Lebensqualität und Entwicklungschancen für ein selbstbestimmtes Leben für alle führt: Das ist der Weg der faktenbasierten Wissenschaft und eines Rechtsstaates, der die Grundrechte jedes Menschen wahrt.

„Wissenschaft schafft Wissen“ oder „Wissenschaft präsentiert Wahrheit“?¹

Hans von STORCH

Zusammenfassung:

„Wissenschaft präsentiert Wahrheit“ suggeriert unabweisbare Gültigkeit und Zwang für gesellschaftliche Entscheidungsprozesse. „Wissenschaft schafft Wissen“ verweist dagegen auf den sozialen Prozeß „Wissenschaft“, der von kulturell konditionierten Gruppen betrieben wird, und auf „Wissen“, was oft als Fähigkeit zum zielgerichteten Handeln verstanden wird. Gerade die Klimaforschung wird in den letzten Monaten in der medialen Öffentlichkeit beschrieben als „Wahrheitsverkünder“ und „Vorgeber politischer Notwendigkeiten“. Unter dem Stichwort der „Alternativlosigkeit“ geht damit einher eine Entwissenschaftlichung von Wissenschaft und eine Entpolitisierung von Politik, die eigentlich ein Aushandlungsprozeß widerstreitender gesellschaftlicher Interessen sein soll.

In dem Beitrag wird das Problem für das Selbstverständnis der Klimawissenschaft diskutiert mit Rückgriffen auf Konzepte wie CUDOS, Postnormalität, Honest Broker und Klimafalle.

Vorbemerkung

In diesem Beitrag geht es um Wissenschaft in ihrer gesellschaftlichen Umwelt. Als Klimaforscher nutzt der Autor Beispiele in diesem Beitrag auf diesem Bereich. Aber der Gegenstand des Beitrages ist nicht das Klima, sondern die Klimawissenschaft. Der Autor hat zwar viele Tagungssäle und Hotels in der Welt gesehen, und da auch Eindrücke vom „Rest der Welt“ bekommen, aber als Europäer ist er doch Vertreter westlichen Denkens. So weit als Einengung und Vorbehalt.

„Wissenschaft schafft Wissen“ oder „Wissenschaft präsentiert Wahrheit“?

I. Wissen

In der medialen Realität wird Wissenschaft oft beschrieben als „*Wissenschaft präsentiert Wahrheit*“. Dies gilt insbesondere immer dann, wenn im öffentlichen Diskurs und der Entscheidungsfindung „die Wissenschaft“ als Argument eingesetzt wird. Heutzutage insbesondere in der Umweltpolitik und in der Pandemiepolitik.

Zwei Begriffe sind hier interessant: „Wahrheit“ und „Präsentieren“. Ersteres deutet an, dass wissenschaftlichen Aussagen „wahr“ sind, also ohne weitere Widerworte als richtig zu akzeptieren sind. „Präsentieren“ blendet aus, dass es Menschen sind, die diese Aussagen erarbeiten und formulieren. Tatsächlich ist Wissenschaft ein *sozialer Prozess*, der „Wissen“ schafft. Wieder zwei Begriffe, die zu diskutieren sind. „Sozialer Prozess“ deutet darauf hin, dass es Menschen sind mit allgegenwärtiger kultureller Konditionierung und mit Interessen. Unter „*Wissen*“ verstehen einschlägige Theoretiker die Fähigkeit zum Deuten und Handeln, wobei nicht impliziert ist, dass dies „Wissen“ tatsächlich „richtig“ ist.²

So ist z.B. auch Religion eine Form von Wissen. In der Tat gibt es einen Markt an Wissensansprüchen, zu dem Wissenschaft eine oder vielleicht mehrere Angebote beisteuert. Daneben gibt es zahlreiche kulturell und sozial konstruierte Wissen, wie schon die erwähnten Religionen, aber auch Konzepte, wonach höhere Kräfte die Natur, das Wetter und das Klima als Anzeiger für sündiges Leben nutzen. Wobei heutzutage es oft die Natur selbst ist, die „zurückschlägt“. Und dann gibt es Konzepte, denen früher wissenschaftliches Gewicht zugewiesen wurde.

Hier ist insbesondere der *Klimatische Determinismus*³ zu nennen, wonach das Klima gewisse Weltgegenden bevorzugt und andere benachteiligt. Diese Denkschule lässt sich bis in das griechische Altertum zurückverfolgen, war im 18ten und 19th Jahrhundert in Europa, einem vorgeblich klimatisch bevorzugten Gebiet, ein anerkanntes Erklärungsmodell für die Ungleichheiten auf der Welt. Wenn heute über Zukunft geredet wird, dann durchaus in dieser Tradition, denn das Einzige was sich in den Schreckensausblicken ändert, ist das Klima, während soziale Unterschiede, Machtverteilungen etc. unverändert bleiben, sofern sie

nicht klimatisch konditioniert sind. Andererseits demonstriert die Geschichte, dass sich über ein Jahrhundert sehr viele Faktoren ändern, auch viele signifikante.

Der guten Ordnung halber ist zu betonen, dass das Wort „Konstruktion“ nicht Beliebigkeit impliziert, sondern dass es sich um den Aufbau von Wissen handelt, das bisheriges Wissen mit aktuellen Beobachtungen und Erklärungen kombiniert. Natürlich sind in einem strikten Sinne wissenschaftliche Konstrukte auch soziale Konstrukte.

Soziale Konstrukte sind zuhause nicht nur bei Nicht-Wissenschaftlern, sondern auch bei Wissenschaftlern und Gelehrten, den angeblich objektiven Betrachtern und Analysten der Welt. Was Wissenschaftlern im Lichte dieser kulturellen Konstruktionen unplausibel erscheint, wird besonders kritisch herangenommen, was als konsistent erscheint, eher durchgewinkt. Tatsächlich werden die verschiedenen Wissenskurrenten auch in den sozialen Prozess „Wissenschaft“ eingespeist.

Was macht wissenschaftliches Wissen den anderen Wissensformen überlegen im Deutungspotential? Dadurch, dass es wissenschaftlich konstruiert wurde. Es ist nicht die Aussage, die dies Wissen auszeichnet, es ist ihre Genese. Es aber durchaus nicht gewiss ist, dass wissenschaftlich konstruiertes Wissen die *Wissenskonzurrenz* im öffentlichen Raum gewinnt.

Aus wissenschaftlichen Mündern hört man in letzter Zeit immer wieder den Hinweis auf den *Konsens* unter Klimawissenschaftlern, dass 97% von ihnen der Einschätzung zustimmen würden, dass wir einen anthropogenen Klimawandel erleben. Tatsächlich bewegt sich die Zustimmungsrage seit einigen Jahren größenordnungsmässig in diesem Bereich, aber für den Wissenschaftsbetrieb ist diese Zahl von geringer Bedeutung. Wenn es Konsensus in der wissenschaftlichen Gemeinschaft gibt, dann einen Konsens im Hinblick auf die Vorgehensweise, insbesondere die Normen wissenschaftlicher Praxis (siehe Abschnitt 2), und auf die Methoden. Einschätzungen von Sachaussagen, etwa über die Hockeystick-Darstellung der Entwicklung der Lufttemperatur in den letzten tausend Jahren, finden Zustimmung bei vielen, aber die Methodik, die zum Hockeystick führte, ist unter Kollegen durchaus umstritten⁴, und die ursprüngliche begeisterte Anerkennung durch den UNO-

„Wissenschaft schafft Wissen“ oder „Wissenschaft präsentiert Wahrheit“?

Klimarat IPCC ist inzwischen einer distanzierteren Haltung gewichen.⁵ Der Verweis auf einen Konsens in Sachfragen ist ein Versuch, das Gewicht dieser Aussagen in der gesellschaftlichen Nutzung zu erhöhen, ist aber für die Praxis des Wissens-Schaffens eher fremd. Gerade das Aufgreifen von „schrägen Ideen“ ist eine Quelle wissenschaftlicher Innovation.

II. Wissenschaftliche Normen: CUDOS

Wie kann Wissenschaft sich gegen diese Vereinnahmung, gegen das Wirken des kulturell konstruierten Guten und Richtigen verwehren? Robert Merton schlug 1942 *CUDOS* vor. Ein Satz von Normen, wie er sie aus seinen Beobachtungen von Naturwissenschaft und den Erwartungen der Öffentlichkeit destillierte.⁶ Die Zeichenfolge CUDOS steht dafür, dass Ergebnisse Gemeineigentum sind, also die Nutzung und Interpretation nicht dem Erzeuger vorbehalten ist („Communalism“), sondern man es hinnehmen muß, wenn ein anderer sie so nutzt, wie es einem nicht passt. Die Validität von Ergebnissen hängt nicht davon ab, wer sie herausgearbeitet hat („unpersonal“), ob ein albanischer Doktorand oder ein brillanter kalifornischer Professor. Sie sind entstanden in der Verfolgung von Neugier, aber nicht in der Absicht, politische Agenden zu befeuern („Desinterestness“). Und schließlich öffnet sich der Wissenschaftsbetrieb der permanenten kollegialen Kritik, dem Fegefeuer der Falsifikation („Organized Skepticism“). Wenn Erklärungen sich im Lichte neuer Daten als unzureichend und vielleicht sogar falsch erweisen, dann ist dies keine Disqualifikation des Forschenden, sondern eine Disqualifikation des Resultats. Ohne Falsifikation kein wissenschaftlicher Fortschritt.

Die CUDOS-Normen werden, wie unsere Umfragen zeigen, von Klimawissenschaftlern grundsätzlich anerkannt, obwohl es natürlich Abweichungen im Detail gibt.⁷ So hat das geschliffene Englisch des kalifornischen Professors mehr Chancen in nature zu erscheinen als das umständlich geschriebene Papier des albanischen Neulings. In der industriell finanzierten Forschung sind Resultate nicht Gemeingut, sondern vor den neugierigen Augen der wissenschaftlichen Gemein-

schaft geschützt. Wenn ein Klimaforscher andeutet, er stehe nicht 100-prozentig hinter der Erklärung des Klimawandels durch die Emission der Treibhausgase, dann wird er meist von den Gutachtern geschlachtet. Aber dennoch, mir scheint, dass das gesellschaftliche Kapital „der Wissenschaft“, also das Vertrauen in Objektivität und Unparteilichkeit der Wissenschaftler, auf der Annahme beruht, diese Normen würden tatsächlich weitgehend gelebt.

Überhaupt, der Glauben der Öffentlichkeit an die vorgebliche Objektivität der Ergebnisse, und an die gedankliche Offenheit der Akteure, also das Kapital der Wissenschaft – das muss auch bewahrt und neu geschaffen werden. Man sollte von „Nachhaltigkeit“ sprechen. Die bundesdeutsche Waldschadensforschung der 1980er Jahre war ein schwarzer Tag für die Nachhaltigkeit, und wenn heute erneut von einem Waldsterben die Rede ist, werden manche Vorbehalte haben, nachdem es damals die Luftqualität war und heute die Klimaänderung. Nachhaltigkeitsforscher sollten also selbst nachhaltig agieren.

III. Wissenschaft als sozialer Prozess

Wissenschaft wird von Menschen in einem kulturellen Kontext betrieben. Wissenschaft ist ein sozialer Prozess, dessen Stärke aus der Praxis des Beobachtens, des Prüfens von Erklärungen anhand vielfältiger Daten und der Bereitschaft des Irrtums rührt. Gute Wissenschaftler machen Fehler, was vor allem ein Nachweis ist, dass sie neue Wege gehen, und innovative Alternativen untersuchen. Natürlich gibt es Cargo-Scientists, die alle Formalien der Wissenschaft annehmen, aber innovative Beiträge sind von ihnen nicht zu erwarten.⁸

Eine Klassifikation verschiedener Rollen für das Auftreten von Wissenschaftlern in der Öffentlichkeit hat Roger Pielke ausgearbeitet in seinem Buch „*The Honest Broker*“. Demnach gibt es jene, die überhaupt nicht kommunizieren über ihre Arbeit außer in wissenschaftlichen Veröffentlichungen. Dann jene, die auf Anfrage technisch antworten ohne Bezug auf den Kontext der Nachfrage. Schließlich die „ehrbaren Makler“. Diese Rolle, die Pielke empfiehlt, anerkennt die gesellschaftliche Relevanz des jeweiligen Themas, beinhaltet die Diskussion von Optio-

„Wissenschaft schafft Wissen“ oder „Wissenschaft präsentiert Wahrheit“?

nen gesellschaftlichen Umgangs, und die Folgen für das jeweils eigene meist enge Fachgebiet, aber nicht die Vorgabe von Entscheidungen. In der Tat ist dies ein Grundsatz in der Arbeit des IPCC, wonach die Zusammenstellung des Wissens nicht „policy-prescriptive“ sein soll sondern „policy relevant“. Eine vierte Gruppe formen Advokaten, die offen bestimmte Interessen vertreten, und auf die mit diesen Interessen konsistenten wissenschaftliche Resultate verweisen.

In diesem Konzept gibt es noch die „stealth advocates“, die nicht offen für ihre Interessen werben, etwa für die individuelle Mobilität oder die Nutzung der Kohle, sondern vorgeben, die Sachlage mit rein wissenschaftlichen Motiven zu sehen, aber eben doch einen Interessenfilter zu bedienen suchen. In der Tat sehen wir, dass Wissenschaft bisweilen gehijacked wird von politischen Agenden. Wenn jemand bei diesem Satz ein Unwohlsein empfinden, wenn in diesem Zusammenhang Klimaforschung genannt wird, dann sollte sie an vergangene Begeisterungen denken, sei es Eugenetik oder Kernenergie.

Funtowicz und Ravetz haben in den 1980er Jahren das Konzept „*postnormaler Wissenschaft*“ eingeführt.⁹ Der Begriff unterliegt verschiedenen Deutungen. Postnormalität entsteht demnach, wenn vier Bedingungen erfüllt sind:

1. Es gibt eine inhärente Unsicherheit, die auch durch beste Wissenschaft nicht kurzfristig beseitigt werden kann. Im Falle der Klimaforschung ist das etwa die sogenannten Klimasensitivität, also der Anstieg der Gleichgewichtstemperatur durch Verdoppelung der Kohlendioxid Konzentration. Seit den allerersten Simulationen um etwa 1970 herum gibt es Vorschläge zwischen 2 und 4 Grad. Das hat sich zwar in der Zwischenzeit etwas differenziert; insbesondere ist die Spannbreite größer geworden, aber 2 Grad sind weiterhin ebenso plausibel wie 4 Grad. Dies wird in den kommenden Jahrzehnten gelöst werden, wenn man den weiteren Anstieg der Temperaturen kennt, aber bis dahin müssen wir mit dieser Unsicherheit leben.
2. Die Lage könnte ernst sein, so dass Reaktionen dringend nötig sind. – In der Klimaforschung heißt das, dass in Erwartungen der schlimmsten Folgen die Minderung der Emissionen sehr schnell erfolgen muß, wenn sie denn wirksam sein sollen.

3. Die Risiken für unangemessene Reaktionen sind groß – verpasst man die zur Begrenzung des menschengemachten Klimawandels erforderlichen Maßnahmen, treten unabsehbare Schäden ein. Andererseits, wenn man das Potential der jetzigen Zeit vor allem für die Klimapolitik nutzt, so werden andere Problemfelder vernachlässigt oder ineffektiv berücksichtigt.
4. Antagonistische kulturelle Werte sind in die Entscheidungsprozesse involviert. Auf der einen Seite wird argumentiert, man müsse für die neue Generation vorsorgen, während andere sagen, diese sollten sich nach ihren eigenen Wünschen die Welt gestalten. Die F4F Bewegung bringt hier neue Impulse in die Debatte, schafft aber auch Gegenbewegung.

Wenn Wissenschaft ins Kreuzfeuer der Postnormalität gelangt, dann wird die methodische Sorgfalt und gedankliche Offenheit in den Hintergrund gedrängt, und es ist die politische Nützlichkeit, die den Wert von Wissenschaft auszeichnet. Der Ansatz des IPCC hält dagegen, indem versucht wird, den belastbaren Kern des Wissens herauszuarbeiten und den verschiedenen Aussagen Plausibilität zuzuweisen. Man beansprucht „policy relevant“ zu sein und nicht „policy prescriptive“, ein Anspruch, von dem ich glaube, dass man ihm einigermaßen gerecht wird.

Aber die Öffentlichkeit sieht sich einem Strom von katastrophalen Perspektiven gegenüber, aus dem menschengemachten Klimawandel wird wieder die Klimakatastrophe. Diese Aussagen sind dann oft nicht mehr unabhängig von der Person, die sich in der Tat politischen Agenden verpflichtet fühlen. Dies ist in der Klimawissenschaft derzeit der Fall (siehe Abschnitt 4).

Der Anthropologe Werner Krauss und ich haben die Problematik in unserem Buch „*Die Klimafalle*“ erörtert, und beschrieben, wie „der“ Wissenschaft quasi das letzte Wort aufgelastet wird im politischen Prozess, während dieser immer wieder Verantwortung von sich weist mit dem Hinweis, man agiere ja nach den Vorgaben der Wissenschaft. So werden beide sozialen Prozesse, Wissenschaft und Politik, beschädigt; Wissenschaft wird ent-wissenschaftlicht, und Politik entpolitisiert.

Wir beobachten eine *Politisierung der Klimawissenschaft*, und gleichzeitig eine *Verwissenschaftlichung der Politik*, die vorgibt auf von

„Wissenschaft schafft Wissen“ oder „Wissenschaft präsentiert Wahrheit“?

der Klimawissenschaft entdeckte gesellschaftliche Notwendigkeiten zu reagieren. Dies manifestiert sich insbesondere am 2°-Ziel. Die Wissenschaft verweist darauf, dass der Anpassungsdruck umso größer wird, je mehr die Menschheit emittiert, schätzt auch ab, welche Mengen emittiert werden dürfen, um das 2° Ziel erreichbar zu machen. Die Wissenschaft (etwa in Form des IPCC) stellt das 2°-Ziel aber nicht als zwingend dar, selbst wenn prominente Individuen dies in der öffentlichen Kommunikation suggerieren. Politik, auf der anderen Seite, stellt sich dar als in einer alternativlosen Situation, in der sie nur noch zu exekutieren habe, was die Wissenschaft ihr als zwingend vorgibt. Auf diese Weise wird die Klimawissenschaft unter einen Zweckvorbehalt gestellt, nämlich die richtige Politik zu unterstützen, und die politische Willensbildung verliert ihren gesellschaftlichen Verhandlungscharakter, weil ja nur noch die Umsetzung unabweisbar notwendiger Maßnahmen zur Debatte steht.

Die beiden gesellschaftlichen Akteure Wissenschaft und Politik nähern sich also an und verlieren bei der Gelegenheit ihre spezifischen Stärken – nämlich Offenheit gegenüber anderen Erklärungen und der Ausgleich gesellschaftliche Gegensätze. Hier ist sicher mehr sozialwissenschaftliche Forschung nötig.

In den vergangenen Jahren gab es Autoren, die demokratischen Verhältnisse als Ursache für das Scheitern einer radikalen Klimaschutzpolitik brandmarkten und für Einschränkungen der demokratischen Prinzipien plädierten. Solche Stimmen sind in den letzten Monaten wieder lauter geworden (siehe auch Abschnitt 4). Ich sehe durch die derzeitige Polarisierung und galoppierende Rechthaberei die Demokratie bedroht durch, was mein Koautor Werner Krauss „Destabilisierung der Demokratie durch Experten gestützte Alternativlosigkeit“ nannte.

IV. Empirische Befunde

Wir haben junge Klimawissenschaftler bzw. Umweltforscher an einigen europäischen und einer chinesischen Einrichtung befragt, was sie für Hauptaufgabe der Klimawissenschaft halten, und es stellte sich heraus, dass die Europäer dies mehrheitlich in „motivating people to act

on climate change“ sehen, also in der Mobilisierung der Öffentlichkeit. An der chinesischen Universität wurde der Aspekt „*defining the climate problems and attributing causes of climate change*“ prioritär benannt.¹⁰

Dies quantifiziert Abbildung 1, in denen die Häufigkeit von drei angebotenen Möglichkeiten der Hauptaufgabe der Klimaforschung gelistet sind. Es werden die Ergebnisse von Erhebungen der beiden europäischen Klima-„graduate schools“ (CMCC und SICCS) gezeigt sowie von drei weiteren akademischen europäischen Einrichtungen, die nicht spezifisch auf das Klimathema ausgerichtet sind.

Demnach sprechen sich junge Klimaforscher an den von uns untersuchten europäischen, speziell dem Klimathema gewidmeten Einrichtungen (CMCC und SICCS) zu über 50% oder gar 60% für die Förderung der politischen Umsetzung als Hauptaufgabe aus, aber weniger als 20% bzw. 10% für die Untersuchung der wissenschaftlichen Fragestellungen. Konsistent damit ist die Beobachtung, dass junge Klimaforscher sich in ihren Themen und Aussagen stärker an den wahrgenommenen Erwartungen der Medien orientieren („anpassen“).¹¹

Ich empfinde das als Versagen der wissenschaftlichen Peers, die möglicherweise selbst nicht wissen, welche Rolle der soziale Akteur „Wissenschaft“ in der Gesellschaft spielen soll.

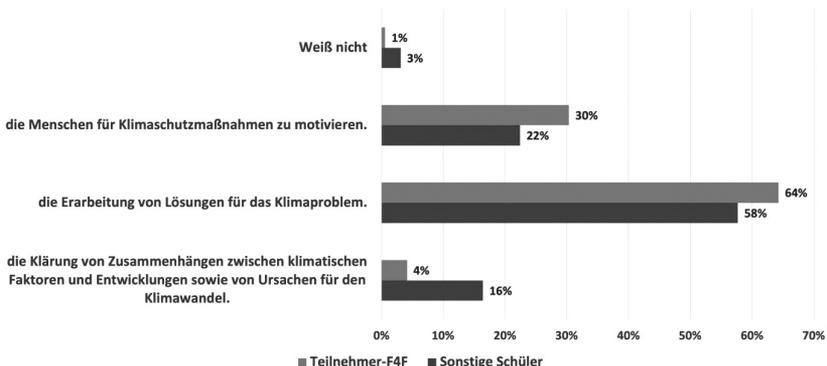


Abbildung 1: Häufigkeit der Wahl einer der drei Antwortoptionen in Erhebungen in fünf europäische akademische Einrichtungen. SICCS und CMCC sind graduate schools für junge Klimaforscher.

„Wissenschaft schafft Wissen“ oder „Wissenschaft präsentiert Wahrheit“?

Abbildung 2: wie Abbildung 1, aber für Oberstufenschüler aus Bayern und Niedersachsen, unterschieden für Teilnehmer an „Fridays for Future“ (F4F)-Aktionen bzw. Nicht-Teilnehmer (Süss, aaO).

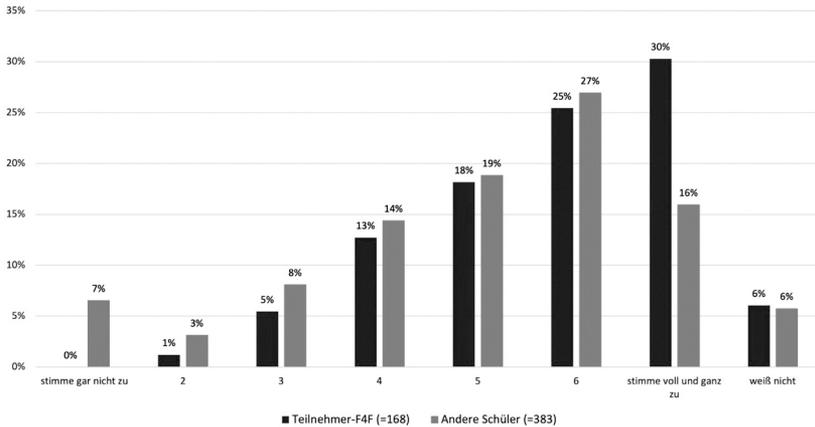


Abbildung 3 (Süss, aaO)

In der Schüler-Umfrage im Jahr 2021 von Süss (aaO) wurde auch explizit nach der demokratischen Umsetzung gefragt, nämlich wie die Aussage: „Die Regierung muss die Vorschläge aus der Klimaforschung umsetzen, auch wenn die Mehrheit der Menschen dagegen ist.“ bewertet wird. Die aktivistischen Schüler stimmen dieser Aussage signifikant stärker zu als die sonstigen Schüler, wiewohl in beiden Gruppen eine Mehrheit der Klimaforschung das letzte Wort zugesprochen wird (Abbildung 3).

In Abbildung 1 werden auch Resultate für andere Einrichtungen gezeigt, die später als die eben angesprochenen Untersuchungen durchgeführt wurden. Hier deutet sich eine leichte Verschiebung hin zu „Lösungen“ an, während das traditionelle wissenschaftliche Kerngeschäft des „Verstehens“ durchgehend deutlich weniger häufig gewählt wird. Ob dies auch mit dem Zeitpunkt der Erhebung zusammenhängt, kann nicht gesagt werden, allerdings wiederholt sich dies in weiteren Fragen unter Studenten der Geowissenschaften bzw. unter bayerischen und niedersächsischen Oberstufenschülern¹².

Im Falle der Schüler wird unterschieden zwischen aktivem Klimaprotest (festgemacht an der Teilnahme an Aktionen von Fridays-for-Future) und keinem so dokumentiertem Klimaprotest. Interessanterweise sehen F4F-Aktivistinnen, die Rolle der Klimawissenschaft mehr in der Motivierung und Lösung und kaum in der Wissensmehrung.

V. Meine Schlußfolgerung für die Klimaforschung

Als Bürger bin ich davon überzeugt, dass es im demokratischen Interesse sein sollte, die Politik zu re-politisieren, anzuerkennen, dass es um Interessenausgleiche geht und nicht um Wahrheitsgeleitete Positionen; dass es immer „Alternativen“ gibt, aus denen gesellschaftlich akzeptable Lösungen zu konstruieren sind. Wissenschaftliches Interesse dagegen sollte es sein, Wissenschaft zu re-verwissenschaftlichen – ergebnisoffen, falsifikationsbereit – und als Expertise zu dienen, Entscheidungsoptionen im Hinblick auf spezifische Fragen zu bewerten. Die Alternative zur „Alternativlosigkeit“ ist nicht, dass Wissenschaft sich verweigert, zu gesellschaftlichen Fragen und Problemen zu äußern. Um die Autorität der Wissenschaft als Deuter komplexer Vorgänge zu wahren, ist es aber erforderlich, dass Wissenschaft, und Wissenschaftler, sich beschränken auf ihre Fachperspektive. In anderen Worten: die Rolle des ehrlichen Maklers annehmen.

In anderen Worten: Wissenschaftler sollten in ihre Labore zurückkehren, und dort Wissen mehren. Als Experten sollen sie den politischen Prozess beraten, welche Entscheidungen mit welchen Folgen für ihr Gebiet verbunden wären. Wenn sie an der politischen Willensbildung teilnehmen wollen, sollen sie ihre weißen Kittel ausziehen, das Labor verlassen und sich auf den demokratischen Marktplatz der politischen Auseinandersetzung begeben wie jeder andere auch.

Aber vielleicht will die Gesellschaft so eine politisch beschränkte Wissenschaft gar nicht. Daher bitte ich als Wissenschaftler um eine gesellschaftliche Willensbildung, welche Rolle Wissenschaft denn spielen soll in der Gesellschaft. Sollen wir eine Kulturleistung erbringen, die nachprüfbar Erklärungen, also robustes Wissen, generiert, die erlauben, die Entwicklungen um uns herum besser zu verstehen, und darauf

„Wissenschaft schafft Wissen“ oder „Wissenschaft präsentiert Wahrheit“?

zu reagieren? Sollen wir im möglichen Umfang unparteiisch und nicht weltanschaulich konditioniert sein, oder werden wir gehalten von der Gesellschaft, um, wie es unsere jungen Klimaforscher suggerieren, den gesellschaftlichen Mainstream unterstützen, die erforderliche Durchsetzungskraft zu erlangen?

Wissenschaft im Allgemeinen, und Klimawissenschaft im Besonderen braucht eine Reflektion über ihre Bedingungen, ihre Normen, ihre Rolle in der Gesellschaft. Dies kann sie aus sich heraus nicht leisten, braucht daher Vorgaben aus der Gesellschaft, was diese von ihr, der Wissenschaft, erwartet. Da bieten sich mindestens zwei Optionen an: einmal die einer politischen Maschine, die den gesellschaftlichen Mainstream unterstützt, oder die eines Potentials, das die Welt besser verstehen lässt unabhängig von gesellschaftlichen Präferenzen und so Lebensqualität steigert – und dafür in der Rolle eine Honest Brokers verbleibt.

Anmerkungen

- ¹ Eine erste Fassung wurde präsentiert bei 23. Oktober 2019 – Deutscher Ethikrat: Herbsttagung 2019: „Meinen – Glauben – Wissen: Klimawandel und die Ethik der Wissenschaften“, Göttingen, bzw. online: von Storch, H., 2019: Auch Religion ist Wissen. *Salonkolumnisten*; vgl. auch von Storch, H., 2009: Klimaforschung und Politikberatung – zwischen Bringschuld und Postnormalität. *Leviathan, Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaften* 2009, 37:305-317, DOI 10.1007/s11578-009-0015-8
- ² Siehe Stehr, N., 1994: Arbeit, Eigentum und Wissen. Zur Theorie von Wissensgesellschaften. Suhrkamp, Frankfurt am Main.
- ³ Z.B. Huntington, E., 1925: Civilization and Climate. Yale University Press, New Heaven, 2nd edition. Stehr, N., and H. von Storch, 1999: An anatomy of climate determinism. In: H. Kaupen-Haas (Ed.): Wissenschaftlicher Rassismus – Analysen einer Kontinuität in den Human- und Naturwissenschaften. Campus-Verlag Frankfurt.a.M. – New York (1999), 137-185, ISBN 3-593-36228-7
- ⁴ Etwa: von Storch, H., E. Zorita, J. Jones, Y. Dimitriev, F. González-Rouco, and S. Tett, 2004: Reconstructing past climate from noisy data, *Science* 306, 679-682
- ⁵ Jansen, E., J. Overpeck, K.R. Briffa, J.-C. Duplessy, F. Joos, V. Masson-Delmotte, D. Olago, B. Otto-Bliesner, W.R. Peltier, S. Rahmstorf, R. Ramesh, D. Raynaud, D. Rind, O. Solomina, R. Villalba and D. Zhang, 2007: Palaeoclimate. In: Climate Change 2007: The Physical Science Basis. Contribution of Working Group I to the Fourth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change [Solomon, S., D. Qin, M. Manning, Z. Chen, M. Marquis, K.B. Averyt, M. Tignor

- and H.L. Miller (eds.]). Cambridge University Press, Cambridge, United Kingdom and New York, NY, USA.
- 6 Z.B. Grundmann, R. 2012: „Climategate“ and The Scientific Ethos. *Science, Technology, & Human Values* 38, 67-93 <https://doi.org/10.1177/0162243911432318>,
oder Stehr, N. 1978: The norms of science revisited: social and cognitive norms. *Sociological Inquiry* 48: 172
- 7 Bray, D., and H. von Storch, 2017: The Normative Orientations of Climate Scientists. *Science and Engineering Ethics* 23:1351-1367 DOI 10.1007/s11948-014-9605-1 (online published on 8 November 2014)
- 8 Feynman, Richard P., 1974: Cargo Cult Science, <http://calteches.library.caltech.edu/51/2/CargoCult.pdf>
- 9 Funtowicz, S.O. and J.R. Ravetz, 1985: Three types of risk assessment: a methodological analysis. In C. Whipple and V.T. Covello (eds): *Risk Analysis in the Private Sector*, New York, Plenum, 217-231
- Aufvenne, P., H. Egner, and K. von Elverfeldt, 2014: On Climate Change Research, the Crisis of science and second-order science. *Constructivist Foundations* 10, 120-129
- von Storch, H., 2021: Covid-19 und menschengemachter Klimawandel als postnormale wissenschaftliche Objekte. *Naturwissenschaftliche Rundschau* 03/2021, 132-136
- 10 von Storch, H., Chen X (陈学恩), B. Pfau-Effinger, D. Bray and A. Ullmann, 2019: Attitudes of young scholars in Qingdao and Hamburg about climate change and climate policy – the role of culture for the explanation of differences. *Advances in Climate Change Research*, 10, 158-164; online: <https://doi.org/10.1016/j.accre.2019.04.001>
- 11 Ana Ivanova, Mike S. Schäfer, Inga Schlichting and Andreas Schmidt, 2013: Is there a medialization of climate science? Results from a survey of German climate scientists. *Science Communication* published online 25 February 2013 DOI: 10.1177/1075547012475226
- 12 von Storch, H., 2021: Perceptions of an endangered Baltic Sea. *Oceanologia*, <https://doi.org/10.1016/j.oceano.2021.08.005>. Süß, M., 2021: Die Wahrnehmung des Klimawandels. Ein Vergleich zweier Gruppen von Schüler*innen der gymnasialen Oberstufe. Zulassungsarbeit für das Lehramt an Gymnasien. Universität Passau: Lehrstuhl für Anthropogeographie.

„Kältetote“

Björn LOMBORG

Die Hitzewellen der vergangenen Sommer in Europa und Teilen der USA wurden zum ultimativen Beweis dafür erhoben, dass unser Planet der Verwüstung entgegensteuert. Hitzewellen haben nichts Gutes, sie sind gefährlich und töten Menschen. Tatsächlich aber ist Kälte viel gefährlicher und tötet erheblich mehr Menschen. Daraus folgt, dass viele Menschen von einer wärmer werdenden Welt profitieren werden.

Für die größte jemals durchgeführte Studie zu den Auswirkungen von Hitze und Kälte, veröffentlicht 2015 in *Lancet*, untersuchten Forscher 74 Millionen Todesfälle aus den verschiedensten Ursachen an 384 Orten in 13 Nationen. Verwendet wurden Zahlen aus kalten Ländern wie Kanada, aus Ländern mit gemäßigttem Klima wie Spanien und Südkorea und aus tropischen Ländern wie Brasilien, Taiwan und Thailand. Wie sich ergab, verursachte Hitze 0,5 Prozent aller Todesfälle, doch mehr als 7 Prozent aller Todesfälle wurden von Kälte verursacht. Für jeden Hitzetoten sterben 17 Menschen an Kälte.

Die von Kälte verursachten Todesfälle bekommen aber weniger Aufmerksamkeit, weil sie weniger plötzlich eintreten. Die Hitze tötet, wenn die Körpertemperatur zu sehr ansteigt und dann der Flüssigkeits- und Elektrolythaushalt in schwächeren Körpern (meist älterer Menschen) aus der Balance gerät. Kälte tötet normalerweise, weil der Körper die Durchblutung der Haut einschränkt, der Blutdruck dadurch ansteigt und unsere Abwehrkraft gegen Infektionen sinkt. Hitze tötet innerhalb von Tagen, während Kälte innerhalb von Wochen tötet. Allein in den 13 Ländern der großen *Lancet-Studie* starben jährlich 140.000 Menschen an Hitze- und mehr als zwei Millionen an Kältefolgen. Über Hitzewellen, die innerhalb weniger Tage Hunderte Menschenleben kostete, wird breit berichtet, aber von den Tausenden Menschen, die langsamer an der Kälte sterben, hören wir nichts. Das liegt daran, dass keine Fernsehka-

meras in der Nähe sind, wenn meist ältere, geschwächte Menschen über Wochen oder Monate hinweg in Wohnungen langsam sterben.

Nehmen wir beispielsweise Großbritannien. Jedes Jahr sterben dort, wenig überraschend, für jeden Hitzetoten 33 Menschen an Kälte. Noch vor wenigen Jahren tötete der Winter in England und Wales 43.000 Menschen. In einer Januarwoche starben 7.200 Menschen, die sonst überlebt hätten. Vorübergehend konnten die Leichenhallen all die Leichen gar nicht mehr aufnehmen. Familien mussten monatelang warten, bis sie ihre Angehörigen beerdigen konnten. Trotzdem schlug diese Geschichte weiter keine Wellen, weil Kältetote nicht zum Narrativ des Klimawandels passen.

Ähnliches gilt für Indien. Im Jahr 2019 betitelte CNN einen Bericht über die furchterregenden Folgen der Hitze in Indien mit „Dutzende sterben in einer der längsten Hitzewellen Indiens“. Diese bewegende Geschichte wurde von den Medien und Klimaaktivisten in alle Welt getragen. Seltsam war daran nur, dass sie nur das *kleinste* Gesundheitsrisiko durch die Außentemperatur betrachtete. Tatsächlich zeigt die Fachliteratur, dass extreme Hitze in Indien jährlich 25.000 Menschenleben fordert, extreme Kälte jedoch doppelt so viele. Der schlimmste Killer ist jedoch gemäßigte Kälte, die jedes Jahr 580.000 Inder tötet.

Wäre das nicht eine Nachricht für CNN gewesen? „Gewöhnliche Kälte tötet in Indien jährlich mehr als eine halbe Million Menschen.“ Nein, solche Berichte sehen wir fast nie.

Die Daten jedoch (leider gehen sie nur bis zum Jahr 2006) belegen das genaue Gegenteil: Die Zahl der Hitzetoten in den USA ist niedrig und sinkt immer weiter, und zwar, weil Menschen Klimaanlage kaufen, sobald es ihnen zu heiß wird, auch wenn die Forschung das gerne ausklammert. Die Zahl der Kälteopfer liegt viel höher und *steigt* sogar.

Warum? Wie sich herausstellt, ist es leichter, Hitzetote zu vermeiden als Kältetote, auch weil Hitzewellen ein kurzfristiges Phänomen darstellen. Gegen eine Hitzewelle braucht man bloß eine Klimaanlage; an den schlimmsten Tagen lässt man sie einfach durchgehend laufen und bleibt in dem Zimmer, wo sie steht. Der Kampf gegen die Kälte hingegen erfordert erhebliche bauliche Anpassungen (beispielsweise Isolati-

„Kältetote“

on von Fassaden und Dächern, Austausch der Fenster) und eine über die gesamten Wintermonate hinweg laufende Heizung.

Gegenwartsdenken und Zukunftsverantwortung

Peter WEISH

„... Die Wissenschaftler sind in ihrer Mehrzahl weltfremd, die Politiker in der Mehrzahl „umweltfremd“. Wie Weltfremdheit und Umweltfremdheit im Zusammenwirken gesunde Verhältnisse produzieren sollen – das ist das Problem der Umweltpolitik... “

„... Hätte christliche Theologie nicht gelehrt, der Mensch sei zur Herrschaft über die Erde bestimmt, und hätte die neuzeitliche Wissenschaft diese Lehre nicht umgedeutet und säkularisiert, so wäre die Umweltkatastrophe nicht eingetreten... “

Georg Picht (1972)¹

Anlass zu diesem Text war die derzeit des öfteren geäußerte Meinung, eine konsequente Klimapolitik würde in ähnlicher Weise demokratische Grundrechte außer Kraft setzen wie die Coronamaßnahmen. Dem ist aus umweltethischer Sicht zu widersprechen.

Wenn wir uns an den Grundsatz halten, dass die Freiheit des Einzelnen dort endet, wo sie beginnt, die Freiheit Anderer einzuschränken, müssen wir als erstes unser eigenes Verhalten hinterfragen.

Der Lebensstil in den reichen Ländern widerspricht dem KANT'schen kategorischen Imperativ, denn er ist nicht für alle Erdenbewohner möglich. Das zeigt in aller Klarheit das Konzept des ökologischen Fußabdrucks. Die Bewohner der reichen Länder beanspruchen ein Mehrfaches dessen, was im Durchschnitt pro Kopf an ökoproduktiver Fläche verfügbar ist. In vielen armen Ländern hingegen sind die Menschen um des nackten Überlebens willen gezwungen, Raubbau an den Lebensgrundlagen zu betreiben, indem sie karge Waldreste in Brennholz verwandeln und Weideland übernutzen und damit zerstören.

Es reicht aber nicht, nur die Gegenwart zu bedenken, sondern es ist eine weite Zukunftsperspektive zu berücksichtigen. Die Biosphäre wird noch lange bestehen – die Evolution befindet sich in der Halbzeit. In Zukunft werden unvergleichlich mehr Menschen leben als in der Vergangenheit und in Gegenwart.

Wenn wir gemäß einer Verantwortungsethik im Sinne von Hans JONAS die Folgen unserer Handlungen bedenken, wird klar, dass wir massiv die Freiheit künftig lebender Menschen – und Mitgeschöpfe – beeinträchtigen. Auch aus Sicht eines Utilitarismus, der „das größte Glück für die größte Zahl“ von Menschen anstrebt, ist diese Langzeitperspektive relevant, denn unser heutiger Umgang mit den Lebensgrundlagen beeinflusst ganz entscheidend sowohl die Zahl künftig lebender Menschen als auch die Qualität ihres Lebens.

Demokratische Entscheidungen über Maßnahmen mit Langzeitwirkungen müssen dies berücksichtigen, so wie der Moralphilosoph Robert SPAEMANN dies in Bezug auf die Atomenergie ausführt: „Die Entfesselung radioaktiver Strahlung schafft einen Umstand, der durch keinerlei spätere Entscheidung ungeschehen gemacht werden kann. Die kommenden Generationen haben das Faktum als ein unveränderbares und als solches unfruchtbares Datum in ihr Leben aufzunehmen. Wer sich mit diesen künftigen Generationen in einer geschichtlichen Solidarität weiß, kann daher einen solchen Mehrheitsentscheid nicht einfach akzeptieren, weil er ihn als Überschreitung der Kompetenz einer Mehrheit betrachten muss, die doch gegenüber den Betroffenen stets in der Minderheit bleibt.“² Gleiches gilt für alle Bereiche, die wesentlichen Einfluss auf künftiges Leben haben.

Bereits seit mehr als 100 Jahren war vielen bewusst, dass unser Umgang mit den Lebensgrundlagen zu irreversiblen Schäden führt, und auch die Ursachen wurden klar benannt.³ Aber erst in den 1960iger Jahren kam es zu einer breiten Umweltbewegung, die sich vor allem im Widerstand gegen die Atomkraft manifestierte und klar die zukunftsfähigen Alternativen aufzeigte.⁴ Seit dem Brundtland-Report (1987)⁵ bildet die „nachhaltige Entwicklung“⁶ einen international anerkannten ethischen Grundkonsens.⁷ 2015 wurde die Agenda 2030 mit ihren 17 Nachhaltigkeitszielen auf UN-Niveau beschlossen.

Bereits 1964 hat der Soziologe Friedrich WAGNER die Notwendigkeit fachübergreifender Integration hervorgehoben: „Hier tut sich — auf weltweiter Basis — ein unabsehbares Feld auf für Möglichkeiten der Soziologie wie der Biologie und der Ökologie als verbindender Wissenschaften, auf dem eine ‚Wissenschaft‘ denkbar wird, die wirklich frei und wirklicher Selbstzweck bleibt, weil sie nicht mit Interessen des Staates oder der Wirtschaft gekoppelt ist. Die Selbstgefährdung des Menschen durch seine Forschung macht eine Wissenschaft möglich und nötig, die Teil eines höheren Ganzen bleibt und dessen Sinn und Gesetz untersteht. Denn gerade die Menschheitsgefährdung durch Atomenergie macht heute den Menschen als höchsten Wert, als Grenze und Maß, als Ausgang und Ziel der Wissenschaft wieder sichtbar . . . Auch das Leben als Grundlage menschlichen Daseins tritt heute in seiner Gefährdung durch den Atomkrieg und durch die Atomenergie als Ziel und Sinn, als Grenze und Maß der Forschung und der Erfindung des Menschen hervor.“⁸ Im gleichen Sinne fordert Hans JONAS eine „Tatsachenwissenschaft von den Fernwirkungen technischer Aktion.“⁹

Dieser Tatsachenwissenschaft fühle ich mich als Humanökologe verpflichtet, nicht zuletzt, weil ich anlässlich meiner Promotion an der Philosophischen Fakultät der Universität Wien gelobt habe: „... schließlich die edlen Wissenschaften unermüdlich zu pflegen und zu fördern, nicht um schnöden Gewinnes oder eitlen Ruhmes willen, sondern auf dass die Wahrheit weitergegeben werde und ihr Licht, worauf das Heil der Menschheit beruht, heller erstrahle . . . “

Es erscheint mir sinnvoll, zwischen Wirklichkeit, Realität und Wahrheit zu unterscheiden. Menschen leben in unterschiedlichen Wirklichkeiten, die das Ergebnis von Information und Kommunikation sind.¹⁰ Der Prüfstein für die (selbst geschaffene) Wirklichkeit, in der wir leben, ist ihre Konfrontation mit der Realität. „Die Natur kann nicht getäuscht werden“, bemerkte der Nobelpreisträger Richard P. FEYNMAN anlässlich der Challengerkatastrophe treffend,¹¹ „... dem Leben kann man keine Bedingungen stellen“, sagte der prominente Psychotherapeut Viktor FRANKL. Schon Justus von LIEBIG betonte: „Die Natur hat immer recht.“

Die bisher meist praktizierte Versuch-Irrtum-Methode technischen Fortschritts ist angesichts der Dimension unerwarteter möglicher Folgeschäden zivilisatorischer Eingriffe in die Natur nicht mehr verantwortbar. Wir sind gefordert, unsere Wirklichkeiten vorausschauend auf ihre „Realitätsverträglichkeit“ hin zu überprüfen. Dazu ist Systemwissen gefragt, die von JONAS geforderte Tatsachewissenschaft von den Fernwirkungen technischer Aktion. Diese zentrale Aufgabe hat die Humanökologie als umfassende Systemwissenschaft wahrzunehmen.

Zur Frage, was man unter Wahrheit versteht und ob es eine objektive Wahrheit überhaupt gibt, besteht eine reichhaltige philosophische Literatur. An der Auffassung, es gäbe eine, für alle Menschen erkennbare und verbindliche Wahrheit, werden immer wieder Zweifel geäußert. Eine überzeugende Antwort auf die Frage nach allgemeingültiger Wahrheit gibt Hans Jürgen FISCHBECK:¹² „Im Blick auf einen, wie ich ihn nenne, *lebensgemäßen* Wahrheitsbegriff würde ich sofort antworten: Ja, es gibt Wahrheit, weil es Leben gibt. Leben braucht Wahrheit, in der Lüge geht es zugrunde. Da meine ich einen sehr umfassenden Wahrheitsbegriff, der sich aus dem Satz (eine biblische Paraphrase): „Leben lebt nicht nur vom Stoffwechsel allein, sondern auch und vor allem vom Austausch sinnvoller Informationen“ ergibt. Sinnvoll sind solche Informationen, die das Leben organisieren und gelingen lassen. Dann könnte man sagen: *Wahrheit ist die Gesamtheit sinnvoller Informationen*. Wahrheit muss sich langfristig im Leben b e w ä h r e n. So wie es verschiedene Wirklichkeiten gibt, gibt es auch verschiedene Wahrheiten. Im Buddhismus ist von der Wahrheit des Gauners und von der Wahrheit des Heiligen die Rede. Anspruch auf Allgemeingültigkeit kann nur die *Wahrheit* erheben, die einer *lebensfreundlichen Welt mit Zukunft* dient, eine Wahrheit, die auf ethischen Prinzipien beruht.

Nach dieser Wahrheit suchen und für diese Wahrheit engagieren sich seit Jahrzehnten Nichtwissenschaftler und Wissenschaftler. Eine konsequente Umweltpolitik, wie beispielhaft von Georg Picht bereits 1972¹³ dargelegt, wurde bisher von mächtigen Wirtschaftsinteressen blockiert.¹⁴

Die von Klimaforschern geforderten Maßnahmen – wie Ausstieg aus fossilen Energieträgern – sind deckungsgleich mit denen einer Ener-

giewende, die bisher ebenfalls von den Energiekonzernen verhindert wurde. Die seit mehr als vierzig Jahren entwickelten Konzepte und die Forderungen nach einer Energiewende¹⁵ und jüngeren Datums nach einer konsequenten Klimapolitik erwachsen aus unserer Verantwortung für die Zukunft und sind wissenschaftlich tausendfach begründet.

All die Maßnahmen, die in ein potentiell umweltfreundliches und menschengerechtes Solarzeitalter führen, sind ohne Eingriffe in demokratische Grundrechte zu erreichen, sie setzen diese Grundrechte und wahre Demokratie sogar voraus. Das Kernstück der Demokratie ist bekanntlich der öffentliche Debattenraum.¹⁶ Alle wesentlichen Entscheidungen müssen aus den verschiedensten Perspektiven öffentlich diskutiert werden, wobei freie Medien eine zentrale Rolle spielen. Beispiel eines demokratischen Entscheids ist die Volksabstimmung über die Inbetriebnahme des ersten österreichischen Atomkraftwerks im Jahre 1978. Ihr ging eine gut 2 Jahre dauernde Debatte voraus, in die auch Kritiker offiziell einbezogen waren. Das pro und kontra kam in den Medien ausführlich zur Geltung. Trotz massiver Propaganda seitens E-Wirtschaft und der Politik kam es dann zu einer knappen Mehrheit gegen die Inbetriebnahme des bereits fertiggestellten Atomkraftwerks. Die kollektive Vernunft hatte sich durchgesetzt und seither bewährt. Österreich wurde mit diesem demokratischen Volksentscheid von einem der letzten Industrieländer ohne Atomkraft zum ersten Industrieland ohne Atomkraft und hat sich damit viele Probleme – und sicher auch Gesundheitsschäden – erspart. Aber auch die Mächtigen haben gelernt: Wie an vielen Beispielen belegbar¹⁷, werden emanzipatorische Fortschritte von den Machteliten bekämpft und in der Regel rückgängig gemacht. Mit raffinierten Methoden der Meinungsmanipulation wurde sowohl der öffentliche Debattenraum als auch die Meinungsfreiheit dramatisch eingeschränkt. An Stelle sachlicher Auseinandersetzung erleben wir derzeit die Ausgrenzung und persönliche Diffamierung von Personen, die eine vom „Mainstream“ abweichende Meinung äußern.

Die Handlungsspielräume für eine zukunftsfähige Entwicklung sind mittlerweile eng geworden und mit dem Krieg in Europa und den Wirtschaftssanktionen sind viele neue einschneidende Probleme geschaffen worden. Probleme, die nicht mit Waffengewalt, sondern einzig und al-

lein mit Verhandlungen unter Berücksichtigung der vitalen Interessen aller Beteiligten gelöst werden können. Die internationale Friedensbewegung bedarf der Unterstützung seitens der Umwelt- und Sozial-NGOs, um die Spirale der Gewalt zu beenden.

Werden die notwendigen Maßnahmen zum Klimaschutz weiter verschleppt, so besteht allerdings die Gefahr, dass rigide Maßnahmen in Richtung eines „Überwachungskapitalismus“¹⁸ diktatorisch durchgesetzt werden. Ganz im Gegensatz zur Klimaproblematik wurde die Coronakrise maßgeblich von den Interessen der Pharmakonzerne beeinflusst und zum Anlass genommen, Schritt für Schritt die Grundrechte zu beschneiden und außer Kraft zu setzen. Die angewendete Propaganda und die Methoden der Meinungsmanipulation sind die gleichen, wie sie auch in Kriegszeiten üblich und erfolgreich sind.¹⁹

So grundverschieden die Corona- und die Klimaproblematik auch sind, eines haben sie gemeinsam: Die Zivilgesellschaft muss die gemeinsamen Lebensinteressen und die Verantwortung für eine „lebensfreundliche“ Zukunft vor alles Trennende stellen und sich auf diese Weise der Erfolgsstrategie der Machteliten – teile und herrsche – entziehen und katastrophenträchtige technokratische Symptomlösungen verhindern²⁰. Die Bausteine einer lebensfreundlichen Welt mit Zukunft²¹ haben vielfach ihre Bewährungsproben bestanden. Was fehlt, sind die legislativen Weichenstellungen und ökonomischen Rahmenbedingungen. Die 17 Nachhaltigkeitsziele (SDG: Sustainable Development Goals) der Agenda 2030, zu deren Umsetzung sich alle UN-Mitgliedsstaaten verpflichtet haben, stehen voll im Einklang mit den Grundrechten und sind nur in demokratischen Gesellschaften zu erreichen. Um der Verwirklichung der Nachhaltigkeitsziele näher zu kommen, gilt es, die Hindernisse zu erkennen und zu überwinden. *Conditio sine qua non* ist die Erfüllung von SDG-16 (Frieden), denn wie in der Agenda 2030 klar betont wird, ist die Erfüllung aller SDGs ohne Frieden nicht möglich und Frieden nicht ohne nachhaltige Entwicklung.

Auch in dieser Schicksalsfrage der Menschheit zeigt sich der Widerspruch zwischen kurzfristigem und langfristigem Denken. Wenn heute über Sicherheit gesprochen wird, ist meist die Rede davon, wie man sich militärisch gegen gewalttätige Aggression schützen kann, und die

Erhöhung der Rüstungsausgaben erscheint plausibel. Aus Sicht unserer Zukunftsverantwortung ist jedoch klar: Kurzfristiges militärisch ausgerichtetes Sicherheitsdenken verhindert die notwendige internationale Kooperation zur Erreichung der 17 Nachhaltigkeitsziele und führt daher mittel- und langfristig zu globalen Katastrophen, die das Gegenteil von Sicherheit und einer zukunftsfähigen Entwicklung darstellen. Das Gebot der Stunde lautet daher: Sicherheit neu denken²² und Zukunftsverantwortung ernst nehmen. „Ein solches Projekt hat zu seiner notwendigen Voraussetzung, zunächst die mit dem Neoliberalismus zum Extrem getriebene Fragmentierung und Atomisierung zu überwinden und auf der Grundlage eines egalitären Humanismus – also einer Anerkennung aller Menschen als Freie und Gleiche ungeachtet ihrer faktischen Differenzen – Solidarität und Gemeinschaftssinn als Fundamente gesellschaftlichen Handelns zurückzugewinnen“²³

Anmerkungen

- 1 PICTH, G. (1972): Wissenschaftliche Politikberatung und Umweltschutz. MERKUR, Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken. Heft 4, 26. Jg. S. 309–319
- 2 SPAEMANN, R. (1979): Technische Eingriffe in die Natur als Problem der politischen Ethik. Scheidewege 9, 476–497
- 3 Siehe etwa: KLAGES, Ludwig (1913) Mensch und Erde. <<http://www.worldfuturef und.org/wffmaster/Reading/Germany/Menschunderde.htm>>
- 4 Siehe etwa WEISH, P.: <https://homepage.univie.ac.at/peter.weish/schriften/pro_und_kontra.pdf>
- 5 Die übliche Definition der „nachhaltigen Entwicklung“ lautet: „Dauerhafte Entwicklung ist eine Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können.“
- 6 Der Begriff „nachhaltig“ passt zwar zu Nutzung, weniger aber zu Entwicklung, denn auch Schäden können nachhaltig sein, wie etwa das Aussterben von Arten.
- 7 Eine Handlung kann dann als ethisch gerechtfertigt gelten, wenn die davon Betroffenen sie billigen. Wir können nicht erwarten, dass künftige Generationen Verständnis für unseren heutigen Lebensstil aufbringen werden.
- 8 WAGNER, F.: Die Wissenschaft und die gefährdete Welt – Eine Wissenschaftssoziologie der Atomphysik. Beck, München, S. 340 f.
- 9 JONAS, H. (1979): Das Prinzip Verantwortung. Versuch einer Ethik für die technologische Zivilisation. Insel, Frankfurt.

Gegenwartsdenken und Zukunftsverantwortung

- 10 Im Vorwort seines Buches „Wie wirklich ist die Wirklichkeit?“ schreibt der prominente Psychologe Paul Watzlawick: „Dieses Buch handelt davon, dass die so genannte Wirklichkeit das Ergebnis von Kommunikation ist. Diese These scheint den Wagen vor das Pferd zu spannen, denn die Wirklichkeit ist doch offensichtlich das, was wirklich der Fall ist, und Kommunikation nur die Art und Weise, sie zu beschreiben und mitzuteilen. Es soll gezeigt werden, dass dies nicht so ist; dass das wacklige Gerüst unserer Alltagsauffassungen der Wirklichkeit im eigentlichen Sinne wahnhaft ist, und dass wir fortwährend mit seinem Flickern und Abstützen beschäftigt sind – selbst auf die erhebliche Gefahr hin, Tatsachen verdrehen zu müssen, damit sie unserer Wirklichkeitsauffassung nicht widersprechen, statt umgekehrt unsere Weltanschauung den unleugbaren Gegebenheiten anzupassen. Es soll ferner gezeigt werden, dass der Glaube, es gäbe nur eine Wirklichkeit, die gefährlichste aller Selbsttäuschungen ist; dass es vielmehr zahllose Wirklichkeitsauffassungen gibt, die sehr widersprüchlich sein können, die alle das Ergebnis von Kommunikation und nicht der Widerschein ewiger, objektiver Wahrheiten sind.“
- 11 Sein Bericht endete mit der sarkastischen bzw. für die NASA-Verantwortlichen vernichtenden Feststellung: „For a successful technology, reality must take precedence over public relations, for nature cannot be fooled.“
- 12 Persönliche Kommunikation vom 26. Jänner 2005. Siehe auch: Hans-Jürgen Fischbeck / Jan C. Schmidt (Hrsg.) Wertorientierte Wissenschaft. Perspektiven für eine Erneuerung der Aufklärung. Ed. Sigma Berlin, 2002.
- 13 Siehe Fußnote 1
- 14 Siehe z.B.: RAMPTON, Sheldon & STAUBER, John (2002): Trust us, we're Experts. How Industry manipulates Science and gambles with our Future. J. P. Tarcher/Putnam, New York oder als Beispiel gut organisierter Wirtschaftsinteressen den Business Roundtable.
- 15 Siehe etwa KRAUSE, Florentin, BOSSERL, Hartmut und MÜLLER-REISSMANN, Karl-Friedrich (1980): Energiewende – Wachstum und Wohlstand ohne Erdöl und Uran.
- 16 MAUSFELD, Rainer (2018): Warum schweigen die Lämmer? Westend Verlag, Frankfurt M. S. 173 f.
- 17 Siehe etwa ZINN, Howard (1980): A Peoples History of the United States. 1492-Present. Harper Collins Publishers Inc. NY
- 18 ZUBOFF, Shoshana (2019): The Age of Surveillance Capitalism. The fight for a human future at the new frontier of power. Profile Books, London.
- 19 MAUSFELD, Rainer (2019): Angst und Macht. Herrschaftstechniken der Angsterzeugung in kapitalistischen Demokratien. Westend Verlag, Frankfurt/M.
- 20 Siehe z.B.: https://homepage.univie.ac.at/peter.weish/schriften/Atomstrom_Klimaretter.pdf oder <https://homepage.univie.ac.at/peter.weish/schriften/%2Bwiederbewaldung%20vs.%20Sequestrierung-2.pdf>
- 21 Beispielsweise ökologische Land- und Gartenwirtschaft, Permakultur, Solararchitektur, zukunftsfähige kleinräumige Energietechnik sowie sozial organisierte For-

men lokaler Nahrungs- und Energieautonomie, Parallelwährungen zur Stärkung der regionalen Wirtschaft . . .

²² <https://www.ekiba.de/infothek/arbeitsfelder-von-a-z/frieden-gerechtigkeit-2/kirche-des-gerechten-friedens/szenario-sicherheit-neu-denken/das-szenario/>

²³ MAUSFELD, (2019), S. 102

Feigheit als erste Professorenpflicht. Die klammheimliche Wiederkehr der Stasikultur im deutschen Universitätsbetrieb

Walter KRÄMER

Wie war das intellektuelle Klima an den Hochschulen der DDR? Für einen ersten Eindruck sei einmal empfohlen, einer Sitzung einer Berufungskommission gewisser geisteswissenschaftlicher Fakultäten der Jetztzeit beizuwohnen. Da sind die *déjà-vu*-Erlebnisse am intensivsten. Aber auch in anderen Fächern wird es zusehends opportuner, die eigene Meinung zu verbergen, sich an ein ideologisch gesteuertes Meinungsklima anzupassen und bei Maßnahmen mitzumachen, die man zwar missbilligt, gegen die man sich aber nicht zu protestieren traut. Der vorliegende Beitrag zeichnet diese Entwicklung anhand diverser ideologisch motivierter Attacken auf die Wissenschaftsfreiheit an deutschen Universitäten nach.

Freibrief für Ideologen

Ein Schlüsselereignis auf dem Weg zurück in die akademische DDR war wohl der Kommentar der Bundeskanzlerin zu einer durchaus diskussionswürdigen These des damaligen Bundesbankvorstands Thilo Sarrazin die deutsche Bevölkerungspolitik betreffend (Sarrazin 2010). Sie nannte diese „wenig hilfreich“, nur um im gleichen Atemzug zuzugeben, sie hätte das Buch noch nicht gelesen. „Das sind Äußerungen, die für viele Menschen in diesem Land nur verletzend sein können“, ließ sie ihren Sprecher Steffen Seibert sagen. Aber auf die Äußerungen selbst ging sie nicht ein. Etwa: „Wir müssen die Menschen, die bei uns leben, denen müssen wir alle Chancen geben, sich zu integrieren. Wir müssen diese Chancen aber auch mit einem kräftigen Aufforderungscharakter verbinden [...] Es geht nicht an, dass wir es zulassen, dass etwa 40

Prozent der muslimischen Migranten bei uns von Transferleistungen leben mit Einkommen, die viel höher sind als das Arbeitseinkommen da bei sich zu Hause wäre, und denen von daher jede Integration erspart wird“ (Sarrazin in Deutschlandradio 2010).

Mit dieser Merkel-Weigerung, sich auf Argumente einzulassen, wurde allen Ideologen in Deutschland quasi ein Freibrief ausgestellt, missliebige Meinungen auch ohne ein Eingehen auf Argumente pauschal als „wenig hilfreich“ einfach abzutun. Was dann auch in großem Maßstab geschah. Gibt es irgendeine deutsche Universität, wo seitdem nicht missliebige Referenten auf Betreiben wichtiger akademischer Leistungsträger wie des Allgemeinen Studentenausschusses oder der Gleichstellungsbeauftragten wieder ausgeladen, Gastvorträge abgesagt oder Vorlesungen störungshalber abgebrochen wurden? Nicht wegen Mängeln in der wissenschaftlichen Substanz, sondern weil gewissen Ideologen etwas an den Thesen nicht gefiel. Eben nicht hilfreich.

Wie die Dominosteine fielen die für akademische Standards verantwortlichen Universitätsverwaltungen und Rektorate dabei reihenweise um. Noch Anfang der 1970er führte die wiederholte Störung einer Vorlesung des liberalen Marktwirtschaftlers Wolfram Engels an der Uni Frankfurt dazu, dass alle Professoren der Wirtschaftsfakultät mit Rückendeckung des Rektorats für zwei Wochen ihre Vorlesungen einstellten. Dann war Ruhe; hätte nochmals ein Randalierer die Engels-Vorlesungen gestört, wäre er von der großen Mehrheit der lernwilligen Studenten windelweich geprügelt worden (siehe Krämer 2021 – ein Interview mit dem damals unmittelbar vor Ort beteiligten Hochschullehrer Gerd Hansen). Heute dagegen knickt das Rektorat der Uni Hamburg rückgratlos vor einer kleinen Gruppe gewaltbereiter Chaoten ein, die den Euro-Kritiker Bernd Lucke an seinen Vorlesungen zu hindern suchen. Statt sie einfach aus der Uni rauszuwerfen, wie es sich für Gegner des freien Meinungs austausches gehört, wurde mit ihnen wie von gleich zu gleich verhandelt und wachsw weich nach Kompromissen gesucht. „Nachdem ich 90 Minuten lang als Nazi-Schwein beschimpft worden und jeder Versuch, zu Wort zu kommen, niedergebrüllt wurde,“ schreibt Bernd Lucke (2020), „veröffentlichten der Präsident und die Senatorin eine Pressemitteilung, in der es hieß, dass Universitäten ‚dis-

kursive Auseinandersetzungen‘ über kontroverse Standpunkte aushalten müssten. Der Präsident hat es auch abgelehnt, nach dem Vorfall, was nur er hätte tun können, Anzeige wegen Hausfriedensbruchs zu stellen.“

Und so blühen allenthalben in der deutschen Hochschullandschaft „diskursive Auseinandersetzungen“ aller Art, ungestört von feigen Rektoren, die das Wort Zivilcourage noch nicht mal aus dem Lexikon zu kennen scheinen. Wo bleibt die deutsche Universität, die so wie die University of Chicago in den USA (an die keine einzige deutsche Universität hinsichtlich Qualität der Forschung und Lehre auch nur entfernt heranreicht), die potentielle Studienanfänger in einem Rundbrief wissen lässt, dass sie von allen Universitätsmitgliedern den Respekt vor der freien Rede und Toleranz gegenüber Andersdenkenden erwartet und allen Studierwilligen, die eine Karriere als Betroffenheitskasper anstreben, dringend empfiehlt, eine andere Lehranstalt zu suchen? Hierzulande werden Hochschulangehörige, die sich bei jeder ihnen nicht passenden Meinungsäußerung persönlich beleidigt fühlen, fast schon hofiert. „Im Herbst 2017 habe ich eine Ringvorlesung organisiert und einen Referenten eingeladen, der zum Thema Freiheit und Selbstbestimmung im Islam gesprochen hat,“ schreibt die Integrationsforscherin Sandra Kostner (2020), die Gründerin des Netzwerks Wissenschaftsfreiheit. „Und er hat an einer Stelle natürlich auch über das Kopftuch gesprochen. Er sprach dann erst mal darüber, wie sich das mit dem Kopftuch entwickelt hat, von der Zeit vor Mohammed, während der Zeit Mohammeds und eben bis heute und sagte dann noch drei Sätze, und ein Satz hat sich relativ gut eingebrannt: Wenn eine erwachsene Frau freiwillig das Kopftuch trägt, muss man das natürlich akzeptieren. Sie soll sich aber dann immer bewusst sein, dass sie damit auch das Patriarchat auf der Schulter trägt. Und er finde das bei Lehrerinnen aufgrund der staatlichen Neutralität nicht akzeptabel. Daraufhin stand eine Kopftuch tragende Studentin auf und verließ aus Protest den Raum. Es war natürlich ihr Recht, aber nicht besonders reif, und es war schade. Sie kam vier Wochen später zu mir. Ich kannte sie bis dahin gar nicht. Es war eine hochschulöffentliche Veranstaltung. Sie teilte mir mit, dass sie Strafanzeige wegen Volksverhetzung gegen den Referenten gestellt hätte.“

Vermutlich ist die Sache dann im Sand verlaufen. Aber wie kann man überhaupt nur auf diese Idee verfallen? Der Schreiber dieser Zeilen hatte einmal an seinem schwarzen Brett an der TU Dortmund eine Aussage des Kollegen Olaf Henkel zum Thema Islam und Demokratie plakatiert: „Kein einziges der 52 islamisch regierten Länder dieser Welt ist eine Demokratie. Zufall?“ An diesem Beispiel wird auch jedem Laien sofort – wie vom Aushänger dieses Spruches intendiert – das Prinzip eines statistischen Signifikanztests klar. Natürlich haben muslimische Studenten die Entfernung dieses Zitats verlangt. Krämer ignoriert das, aber die Unileitung nicht – mit dem Vorwand, das schwarze Brett im Flur behindere die Feuerwehr, wurde dieses in eine dunkle Ecke verbannt. Da hängt der Aushang immer noch, aber keiner liest ihn mehr.

In einem weiteren Aushang hatte Krämer den inzwischen verstorbenen Linkskomiker und Liebhaber kubanischer Zigarren Wiglaf Droschte mit dem Hitler-Spruch zitiert: „Der Nationalsozialismus hätte in Deutschland niemals siegen können, hätte ich nicht das Rauchen aufgegeben“. Bekanntlich waren Churchill, Stalin und Roosevelt Kettenraucher. Gedacht war dieser Spruch als Appell zum Nachdenken, was die Wahrheit einer Aussage mit dem Menschen zu tun hat, der diese Aussage tätigt. Immerhin ist ja auch ein guter Teil des gesundheitspolitischen Programms der Grünen von den Nazis abgeschrieben (siehe etwa Bothe 1990, Frey 1992 oder Hein 2000). Die grüne Affinität zur Homöopathie und ganzheitlichen Medizin zum Beispiel deckt sich weitgehend mit derjenigen am braunen Rand des politischen Spektrums, und auch die Betonung der Prävention ist ureigenstes Nazi-Gedankengut. Schon 1936 klärte das Deutsche Hygiene-Museum in Dresden in einem illustrierten Merkblatt Frauen über die „Kennzeichen des Krebses“ an „Brustdrüse“ und „Gebärmutter“ auf; deutschlandweit wurden Krebsberatungsstellen eingerichtet, „mit umfassenden Röntgenreihenuntersuchungen versuchten Mediziner, Tuberkulose, Herzleiden und Magenkrebs frühzeitig zu erkennen.“ In den Zeitschriften „Auf der Wacht“ und „Reine Luft“ wurde der Tabak zum „Volksfeind“ erklärt, und Reichskanzler Hitler ließ ab 1940 nur noch sechs Zigaretten pro Mann und Tag für die Soldaten der deutschen Wehrmacht zu.

In der amerikanischen Armee dagegen waren Zigaretten sozusagen unbegrenzt und kostenlos.

Dieser Hinweis auf den fehlenden Zusammenhang zwischen dem Wahrheitsgehalt einer Nachricht und dem Charakter des Überbringers kam aber leider nicht gut an. Und natürlich ging die linke Presse sofort auf die Beschwerden der Studenten ein. „Menschenverachtung“ war noch das mindeste, was sich der Urheber des Aushangs in den Medien anhören musste.

In einem gut funktionierenden Hochschulsystem würden dergleichen Beschwerdeführer umgehend zu einem Besuch bei einem Psychiater ihres Vertrauens eingeladen. Aber das deutsche System funktioniert eben nicht gut. Auch die Spitzenorganisation der deutschen Wissenschaft, die Deutsche Forschungsgemeinschaft, liefert hier ein schlechtes Bild. Allein weil einige aufgeregte Ideologen dagegen protestieren, wird ein Video des bekannten Kabarettisten Dieter Nuhr von der DFG-Netzseite entfernt. An der Peinlichkeit dieses Verhaltens ändert auch die auf Druck empörter Wissenschaftler (ja, die gibt es noch) erfolgte Wiederaufnahme des Videos nicht viel.

Vorauselender Gehorsam

Das ist aber nur der sichtbare Teil der intellektuellen Repression. Wie viele Vorträge werden überhaupt nicht erst angekündigt, wie viele wissenschaftliche Arbeiten, wie viele Bücher nicht geschrieben, wie viele Fragen überhaupt nicht erst gestellt, weil man Angst vor den Kettenhunden des korrekten Denkens hat? Nach einer aktuellen Allensbach-Umfrage glauben 26% aller Hochschullehrer in den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, dass es die „political correctness“ verhin-dere, „dass man bestimmten Forschungsfragen nachgehen kann“ (Petersen 2021, S. 1005). Vergleich mit einer anderen Umfrage zwei Jahre zuvor hat sich dieser Anteil fast verdoppelt.

Eines dieser Tabuthemen sind die Bildungsdefizite bei Migrant*innen, diese werden in der deutschen empirischen Sozialwirtschaftsforschung mit wenigen Ausnahmen kaum diskutiert (etwa Institut der Deutschen Wirtschaft (2008) oder Hartmann (2016)). Und wenn doch, geht ein

wahrer Entrüstungsorkan über dem armen Überbringer der schlechten Botschaft hinweg. So hat etwa Klauk (2019) in der Fachzeitschrift *Wirtschaftspsychologie* mittels kulturunabhängiger Intelligenztest ein einschlägiges Defizit bei Migranten festgestellt. Die Druckerschwärze war noch nicht trocken, da sah er sich schon als Nazi und Rassist beschimpft, eine ideologisch gefestigte Professorenclique um den Mainzer Wirtschaftspsychologen Rigotti verlangte das Zurückziehen des Artikels, „der unter dem Deckmantel eines vermeintlichen wissenschaftlichen Beitrags rassistische Stereotype und rechtspopulistische Hetze bedient.“ (Rigotti et al 2020), bis heute unbekannte Denunzianten schwärzten den Autor bei seiner Hochschule wegen angeblicher Verstöße gegen die Grundsätze korrekten wissenschaftlicher Arbeit an.

„Warum äußern sich hier Wissenschaftler in einer andere herabsetzenden Weise, obwohl sie offensichtlich nicht die Literatur kennen?“ fragt der Chemnitzer Psychologieprofessor Heiner Rindermann (2020). „Zunächst gibt es eine ‚IQaphobia‘, ‚Fear of measuring intelligence because one believes that only Nazis and Eugenicists do that‘Hinzu kommt, dass das akademische Milieu in den Sozialwissenschaften extrem links geprägt ist. Nach Inbar und Lammers (2012) wird die Psychologie von in etwa 70 bis 95 Prozent Linken dominiert. Linke, die die Mehrheit stellen (Verhältnis ca. 8 : 1 bis 14 : 1), gaben offen zu, Andersdenkende zu diskriminieren. In einem solchen Milieu wird Qualität nicht mehr als notwendig angesehen. Vorrangig ist, die herrschende Meinung zu bedienen. Erlauben Sie mir, es in bildlicher Sprache zu formulieren: In diesem Milieu meint man, wer nach links aufs Papier kotzt, wird gedruckt. Bekommt Beifall. Kommt damit durch.“

Keinen Beifall, sondern übelste Verleumdungen, bekommt dagegen, wer der herrschenden Meinung widerspricht. Dabei waren die Daten der Klauk-Studie sorgfältig erhoben und auch nicht ansatzweise mit Bedacht so ausgesucht, dass am Schluss ein vorab festgelegtes Ergebnis herauskommt, der benutzte Test ist Standard in vergleichbaren Fragestellungen und gilt zumindest als diskussionswürdiger Versuch zur kulturunabhängigen Quantifizierung des notorisch schlüpfrigen Begriffs der Intelligenz. Aber wenn es denn so ist, wie diese Studie in Bestätigung einer Reihe anderer konstatiert, dass die Migration nach Deutsch-

land gewisse Intelligenzindikatoren im Durchschnitt eher senkt statt hebt, dann ist es eben so. In Kanada dagegen, wo man schon lange eine aktive Migrationspolitik betreibt, sind die Migranten und deren Kinder im Durchschnitt klüger als die Einheimischen (gemessen an diversen Tests), sie drücken den Durchschnitt nach oben. In Deutschland drücken Migranten den Durchschnitt nach unten.

Wären die Ergebnisse der Studie andere gewesen, hätte man sie sicher in den aktuellen Kritikerkreisen hoch gelobt. Zum Glück hatte der Autor schon eine akademische Dauerstelle. Sonst hätte er in Deutschland nie eine bekommen.

Die Angst der Professoren vor den Medien

Die zweite Zutat der grassierenden intellektuellen Partiallähmung des deutschen Universitätssystems ist der Würgegriff gewisser Medien. Auch in anderen Ländern sind diese vor allem an Sensationen und Dramatik interessiert. Das liegt in der Natur der Sache und soll überhaupt kein Vorwurf sein. Auch dass Unileitungen und die Vergeber von Fördermitteln zusehends darauf achten, dass die in ihrem Einflussbereich stattfindende oder von Ihnen finanzierte Forschung eine gute Presse hat, ist ein – leider – internationales Phänomen. Aber fast nur in Deutschland werden die Dramen und Sensationen sorgfältig nach gewissen Kriterien vorsortiert (von offen totalitären Systemen wie Russland oder Nordkorea natürlich abgesehen), haben viele Medien einen derart ideologisch vorgeprägten Drall. Nach einer Umfrage unter Praktikanten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und Fernsehens hängen über 90% davon dem rot-grünen Meinungsspektrum an, nur geringe einseitige Prozentsätze favorisieren CDU oder FDP. Da muss man sich über nichts mehr wundern. „Immer wieder gefallen sich Twitterkanäle öffentlich-rechtlicher Magazine oder auch Journalisten, die ihre Popularität und Reichweite einzig und allein ihrem Auftritt im ÖRR verdanken ... , in einer bemerkenswert einseitigen Kommentierung des öffentlichen Geschehens,“ beklagt sich die ehemalige CDU Familienministerin Kristina Schröder in der Welt. (Schröder 2021).

Da aber auch Wissenschaftler das stramm linksgestrickte Denkmuster in deutschen Journalistenköpfen kennen, wird man sich hüten, mit irgendetwas in die öffentliche Diskussion zu treten, was dort zu Kommentaren wie „rechts“ oder sogar „Nazi“ führen könnte. Der Schreiber dieser Zeilen kann sich das erlauben, er bewirbt sich nicht mehr auf Professuren und hat bereits genug Preise und Auszeichnungen erhalten, aber ein Wissenschaftler/eine Wissenschaftlerin am Anfang einer Laufbahn eben nicht. Die Ethnologin Susanne Schröter von der Frankfurter Goethe-Universität hatte einmal eine Konferenz zum islamischen Kopftuch veranstaltet, mit Befürwortern wie Gegnern. Danach ist es nach ihren eigenen Angaben für sie erheblich schwieriger geworden, an Drittmittel heranzukommen (Kostner 2020). Sie hätte halt nur Befürworter einladen dürfen . . .

Da kann man nur hoffen, dass solche Beschimpfungen wegen ihres inflationären Vorkommens nicht mehr wahrgenommen oder bei noch selbst denkenden Zeitgenossen sogar als Kompliment gewertet werden.

Selbst in vielen naturwissenschaftlichen Fakultäten hat diese mediengestützte Unterdrückung missliebiger Meinungen und Fakten inzwischen beängstigende Formen angenommen. So müssen sich etwa Biologen heute öffentliche Anfeindungen gefallen lassen, wenn sie sich erlauben, die wissenschaftlich bestens fundierte These zu vertreten, dass es eben zwei Geschlechter gibt: XX und XY. Dass es daneben, wenn auch sehr selten, intersexuelle Menschen gibt, ist so normal wie dass es weiße Kaninchen mit blauen Augen gibt. Aber das darf man an vielen Deutschen Universitäten nicht mehr sagen, sonst ist man ein Rechter oder ein Rassist. „Auf diese Art und Weise wird das Forschungsklima an den Universitäten vergiftet. In den betroffenen Fachbereichen haben dann Studierende, aber auch Wissenschaftler, Angst, ihre Meinungen frei zu äußern, weil sie denken, es kann gefährlich für ihre Karriere sein“ (Kostner 2020).

Zwang zur Gendersprache

Ihre wahre Wiederauferstehung erlebt die Stasi-Kultur an deutschen Universitäten aber mit der reihenweisen Verabschiedung von Vorschrif-

ten, welcher Ausdrucksweise man sich im Verkehr mit anderen Forschern zu bedienen habe. Die Rede ist natürlich von den teils aberwitzigen Verrenkungen der deutschen Sprache, die Akademikern heute zugemutet werden, um die verbale Gleichbehandlung aller Geschlechter zu garantieren. Als pars pro toto sei hier der Leitfaden für eine geschlechtersensible Sprache der TU Berlin zitiert (TU Berlin 2020), mit einem Vorwort von Prof.*in Dr.*in Sabine Hark. Hier wird etwa empfohlen, den Leiter einer Fakultät mit der „die*der Dekan*in“ anzuschreiben. „Wichtig ist außerdem, z. B. in Forschung und Lehre Wissenschaftlerinnen ebenso häufig zu zitieren wie Wissenschaftler, damit Themenkomplexe nicht ausschließlich Männern zugeschrieben werden.“

Das ist schon bemerkenswert, dass dergleichen Aussagen an deutschen Universitäten heute möglich sind. Maßgebend für die Zitierwürdigkeit einer wissenschaftlichen Aussage ist nicht deren wissenschaftliche Relevanz, sondern das Geschlecht desjenigen, der diese Aussage tätigt. Wo bleibt da die Entrüstung der Professorenschaft? Wie viele der mehr als 300 Hochschullehrer der TU Berlin haben gegen diese ungeheuerliche Vergewaltigung des Prinzips Wissenschaft an ihrer Universität protestiert?

Damit sind wir bei dem eigentlichen Grund für die aktuelle Malaise angelangt, ohne den alle anderen Attacken gegen die Wissenschaftsfreiheit ohne Erfolg geblieben wären: die ungeheure Feigheit einer großen Masse von Personen, die sich heute in Deutschland Professor nennen dürfen. Nicht nur die Rektorate und Leitungsgremien kuschen vor dem Zeitgeist, sie kopieren damit nur die Haltung derer, von den sie gewählt worden sind. Aus Angst vor schlechter Presse stimmt dann auch ein ausgewiesener Wirtschafts- oder Physikordinarius im erweiterten Senat seiner Universität mit „ja“, wenn ein politisch korrekt erzogener Antragsteller fordert, alle Hochschullehrer der Universität in deren Grundordnung mit „Professorin“ anzureden. So geschehen an der Uni Leipzig 2013. Dass das generische Maskulinum für ihn ein Fremdwort ist, dass er nicht weiß, dass selbst die notorische Seenotrettungsfrau Carola Rackete großen Wert darauf legt, ein Kapitän zu sein, das alles kann man noch verzeihen. Aber nicht zu verzeihen ist die abgrundtiefe Feigheit, die sich darin offenbart. In einem Fakultätsrat nach dem anderen,

in einem Uni-Senat nach dem anderen werden Beschlussvorlagen linker Ideologen nur deshalb durchgewunken, weil die Mehrheit der Andersdenkenden sich vor Angst nicht zu widersprechen traut.

Und so kommt es dann, dass die deutsche Sprache an deutschen Universitäten zu einem hirnlosen Gestammel verkommt, das man auch noch gut finden muss. Wer sich heute auf einen Lehrstuhl bewirbt oder auch nur vermeiden will, von der kleinen, aber tonangebenden Genderlobby seiner Fakultät gemobbt zu werden, tut gut daran, einen tiefen Knicks vor dem Gesslerhut dieses politisch korrekten Gesinnungsprechs zu tun: „In der vergangenen Woche war ich in x und traf einige meiner alten Bekannten,“ schreibt ein mit dem Verfasser dieser Zeilen befreundeter Ex-Professor einer ostdeutschen Universität. „Mehrfach hörte ich den Satz: ‚Jetzt haben wir wieder die DDR, nur mit Bananen‘ ...“.

Eine fast schon zirkusreife Gendernummer hat sich die Fernuni Hagen mit einem öffentlich zugänglichen Video gegönnt: <https://www.fernuni-hagen.de/bildungswissenschaft/bildung-differenz/video-audio/queer-theory-videos/figurationen.shtml>

Ab der Stelle 8:35 heißt es dort: „Haltet endlich eure weißen Münder und lasst uns die Agenda setzen.“ Diese bemerkenswerte Aussage hat sich ein noch nicht des Rückgrats beraubter Hochschullehrer im Akademischen Senat zu zitieren erlaubt („Reaktion: betretenes, sekundenlanges Stillschweigen des ganzen Senatssaales“). Als er dann das Rektorat um eine Erklärung bat, was das mit „Diversität“ zu tun hätte, wenn die Ausübung akademischer Rechte an die Hautfarbe geknüpft werden soll, erfolgte ein „peinliches Herumeiern“ nach dem Motto „nicht rassistisch gemeint“ (Persönliche Mitteilung).

Das gleiche Rektorat hätte vermutlich geschäumt, hätte der Pächter der Unimensa ein Zigeunerschnitzel angeboten. Ein absoluter Karrierekiller ist deshalb auch die Unterstützung eines Aufrufs gegen Exzesse der Gendersprache, wie ihn der Verfasser dieser Zeilen als Reaktion auf die Abschaffung des generischen Maskulinums durch die Dudenredaktion initiiert hatte. Ein ihm bekannter Nachwuchswissenschaftler aus einer geisteswissenschaftlichen Fakultät hatte trotzdem unterschrieben, worauf ihm bedeutet wurde, dass es nun wohl mit seiner Verbeamtung nichts mehr werden würde (Persönliche Mitteilung).

Daran erkennt man am besten ein verrottetes akademisches System: Dass zu selbstverständlichen Dingen wie der öffentlichen Unterstützung eines seriösen Aufrufs so etwas wie Mut gehört. Rund 40 Hochschullehrer inklusive der Schreiber dieser Zeilen haben Mitte der Coronakrise mit je einem Video die Künstleraktion #allesdichtmachen unterstützt. Die Zuschriften sprechen Bände. „Gerade sah ich Ihr mutiges Statement auf youtube, bravo!“ schreibt ein Kollege (was den Mut betreffend nicht zutrifft, dem Schreiber kann keiner mehr was wollen), zugleich um Nachsicht bittend, dass er es ihm nicht gleichtue. „Es ist nicht opportun, das als noch aktiver Kollege zu sagen.“ – „Ich bewundere Ihre Standhaftigkeit in puncto deutsche Sprache, aber auch anderen politischen Themen und würde es Ihnen sehr gerne gleichtun“, schreibt ein anderer. „Ich selber strebe eine Professur im Fach x an und selbst hier, im wahrscheinlich am wenigsten politisch aufgeladenen Fach, würde eine öffentlich geäußerte ‚abweichende‘ Meinung zu den üblichen Themen mit großer Sicherheit zum Ende der wissenschaftlichen Karriere führen (zumindest in Deutschland). Ich sehe für mich deshalb leider momentan keinen anderen Weg, als bis zur Verbeamtung die Faust in der Tasche zu machen.“

So ballen Tausende deutscher Hochschullehrer ihre Faust nur im Geheimen, damit niemand sie als Systemschädling erkennt. Falls noch jemand Zweifel haben sollte, woran man ein Stasi-System erkennt: die Faust in der Tasche hilft.

Literatur

- Bothe, D. (1991): Neue Deutsche Heilkunde 1933–1945, dargestellt anhand der Zeitschrift „Hippokrates“ und der Entwicklung der volksheilkundlichen Laienbewegung. Diss. Freie Univ. Berlin. Veröffentlicht auch als: Abhandlungen zur Geschichte der Medizin und Naturwissenschaften, Heft 62, Matthiesen Verlag, Husum.
- Deutschlandradio (2010): https://www.deutschlandradio.de/merkel-ruegt-sarazin.331.de.html?dram:article_id=203447
- Frei, N. (1991): Medizin und Gesundheitspolitik in der NS-Zeit. München (R. Oldenbourg).

- Hartmann, M. (2016). „Auswirkungen der Migration auf den deutschen Arbeitsmarkt“. *Wirtschaft und Statistik – Sonderheft Arbeitsmarkt und Migration*, 69–82.
- Heyn, M. (2000): *Nationalsozialismus, Naturheilkunde und Vorsorgemedizin: Die Neue Deutsche Heilkunde*, Verlag Karl Koetschau. Med. Diss. Hannover,.
- Institut der deutschen Wirtschaft (2008): „Migration – Integrationshemmnis Bildung“, *IWD Informationsdienst* 34 (14), 4–5.
- Krämer, W. (2021): „Interview mit Gerd Hansen“ *AstA Wirtschafts- und Sozialstatistisches Archiv* 15, 293–302.
- Klauck, B (2019): „Intelligenzdiagnostik bei überwiegend Nicht-EU-Migrantinnen und -Migranten. Ergebnisse einer empirischen Studie mit einem kulturfairen Messverfahren“, *Wirtschaftspsychologie* 20, 55–69.
- Kostner, S. (2020): http://archiv.faustkultur.de/4626-0-Gespraech-mit-Sandra-Kostner-Ideologie-in-der-Universitaet.html#_YcmJ61kxncs
- Lucke, B. (2020): Persönliche Mitteilung per e-Post.
- Petersen, Th. (2021): „Eine Atmosphäre der Intoleranz an den Universitäten? Ergebnisse einer Allensbach-Umfrage“, *Forschung und Lehre* 12, 1004–1008.
- Rigotti, Th. et al. (2020a). „Stellungnahme der Sprechergruppe der DGPs.“ *Wirtschaftspsychologie*, 22 xxx
- Rigotti, Th., Haun, V., Arnold, M., Schilbach, M. Kunzelmann, A. & Mulder, L. (2020b, 21. Februar). Brief an die Herausgeber und den wissenschaftlichen Beirat der Zeitschrift „Wirtschaftspsychologie“.
- Rindermann, H. (2020): „Kommentar zum Beitrag ‚Intelligenzdiagnostik bei Migranten‘ von Bruno Klauk.“ *Wirtschaftspsychologie* 22, 33–34.
- Sarrazin, T. (2010): *Deutschland schafft sich ab*. München (Deutsche Verlagsanstalt).
- Schröder, K. (2021): „Zu links und zu selbstgefällig.“ *Die Welt*, 10. 7. S. 3
- TU Berlin (2020). *Geschlechtersensible Sprache – Ein Leitfaden* (2. Auflage)

Über das Spannungsfeld zwischen Wissenschaft, Politik und Medien am Beispiel der Corona-Pandemie

Michael HALLER

Abstract:

Zu den Kernaufgaben des Informationsjournalismus gehört die Minderung von Nichtwissen durch die Bereitstellung von Informationen über das aktuelle Zeitgeschehen. Insbesondere in Krisen- und Katastrophenzeiten erwarten die Publika (die Bevölkerung), dass die Medien relevante Wissensbestände erschließen, gewichten und zur erleichterten Rezeption aufbereiten. Dem gegenüber zeigt die Corona-Pandemie, dass die Informationsmedien an dieser Aufgabe gescheitert sind und gravierende Verständigungsprobleme produziert haben. Der überwiegende Teil ihres Informationsangebots bestand aus hypothetischen, spekulativen, interpretativen oder wertenden Aussagen, die als Tatsachenberichte präsentiert wurden. Diese Dysfunktionen wurden darin gesteigert, dass die drei getrennten Welten Wissenschaft – Politik – Medien während der Pandemie als rückgekoppelter „wissenschaftlich-politischer Komplex“ auftraten. So wurde das Informationsangebot während vieler Monate als wahrheitsgeprüftes Wissen präsentiert; davon abweichende Aussagen wurden gleichsam mit spitzen Fingern („Corona-Leugner“, „Geschwurbel“, „Querdenker“) als unwahres Reden der Nichtwissenden bzw. Nichtwissenwollenden zur Seite geschoben und ausgegrenzt. Von daher haben die Leitmedien zur Verunsicherung weiter Teile der Bevölkerung sowie indirekt zur Radikalisierung verängstigter Skeptiker wesentlich beigetragen.

Schlüsselwörter:

Corona-Pandemie – Informationsmedien – Aufklärungsfunktion – Umgang mit Ungewissheit – mediale Dysfunktionen – radikalisierende Ausgrenzung

I. Abschnitt: Journalismus und Informationsfunktionen

Praktisch jeder Mensch ab 12 Jahre ist heutzutage im Internet unterwegs, die jungen Leute mehrmals täglich. Über News-Apps und Suchmaschinen, Plattformmedien und Messengerdienste wollen sie mit ihrer Außenwelt kommunizieren, in Gruppen interagieren, sich informieren und Neuigkeiten erfahren (vgl. Beisch; Koch 2021). Für sie ist das Internet ein dynamischer Interaktionsraum, der hohe Informiertheit, persönliche Beachtung im Bekanntenkreis und soziale Zugehörigkeit verheißt. Einerseits.

Andererseits mangelt es großen Teilen der Internetnutzer an Medienkompetenz; sie sind dem Datenuniversum ausgeliefert (Bigl; Schubert 2021; Messmer et al. 2021). Denn das Internet ist zugleich ein Raum der Dauerbeobachtung, der Verhaltenssteuerung, der Kontrolle und der Überwachung. Modus und Häufigkeit der Interaktionen werden von den Online-Aggregatoren in Echtzeit gemessen und ausgewertet, mit dem Ziel, die Aufmerksamkeit und so die Verweildauer der Konsumenten weiter zu steigern. Die kommerziellen Medienanbieter stehen im harten Wettbewerb gegeneinander und wollen möglichst viel Interaktionstätigkeit für die Reichweite ihrer Angebote, d. h. für die Vermarktung ihrer Werbebotschaften generieren (wir nennen dies Aufmerksamkeitsökonomie). Hohe Reichweiten und intensive Interaktionen werden nicht mit relevanten Nachrichten erzielt, sondern mit emotionalisierenden, oft auch irreführend aufbereiteten Geschichten per Text, Bild und Video. Zudem sehen sich vor allem die jungen Nutzer einem unüberschaubaren News-Strom ausgesetzt, den vorinstallierte Apps und Newsfeeds rund um die Uhr auf die Smartphones „pushen“ mit der Aufforderung: Schau mich an! lies mich! bleib dran! (vgl. Haller 2014; Handy-Sucht 2021).

Über das Spannungsfeld am Beispiel der Corona-Pandemie

Inmitten dieses dichten Informationsnebels verlieren sehr viele Menschen die Orientierung. Auf sie trifft zu, was US-amerikanische Medienforscher schon vor Jahrzehnten prophezeiten: „We all are overnewsed but underinformed“. Und auch dieser Satz ist infolge inflationären Gebrauchs zum Bla-bla-Spruch verkommen, den man überall lesen und sich wie einen Werbespruch aufs T-Shirt drucken lassen und dazu ironisch grinsen kann (Beispiel: <https://www.senzaconfini.at/produkt/overnewsed-underinformed-damen-bio-t-shirt/>).

In diesem Kontext fällt dem Informationsjournalismus mehr denn je die Aufgabe zu, den Info-Nebel zu lichten, die markanten Vorgänge in der Ereignislandschaft zu erkennen, zu beschreiben und einzuordnen – kurz: den Menschen Orientierungshilfe zu geben. Es versteht sich, dass diese Funktion eine besondere Bedeutung gewinnt, wenn – wie in der „Corona-Pandemie“ genannten Sozialkrise – die zu beschreibenden Gefahren keinen festen Ort haben, sondern nebulös auftauchen und wieder verschwinden, derweil anderswo plötzlich neue hervorbrechen.

Zur Aufgabe des Journalismus

Die seit Jahren steigende Nachfrage nach journalistischen Informationsangeboten (Zubayr et al. 2022) kann als Wunsch nach gesichertem Wissen, nach Anhaltspunkten im Nebel des Nichtwissens gedeutet werden. In praktisch allen demokratisch verfassten, rechtsstaatlich organisierten Gesellschaften wird ja dem Informationsjournalismus diese Aufgabe zugeschrieben: Er solle aus möglichst unabhängiger Sicht über möglichst relevante Vorgänge möglichst zutreffend berichten. Von daher zählt zu den Kernaufgaben des Informationsjournalismus, aktuelles Wissen zu erschließen, zu überprüfen, zu gewichten und für die Rezeption aufzubereiten und zu präsentieren (siehe die einschlägigen Berufsbeschreibungen der Berufsverbände DJV und DJU).

Allerdings unterstellt dieses Konzept, dass die Wissensquellen (etwa: Akteure, Institutionen, Behörden, Funktionsträger, Datenbanken usw.) Aussagen machen, die wahrheitsfähig sind oder durch die professionelle Arbeit der Journalisten (Faktenüberprüfung etwa durch Be-

fragung und Rechercheverfahren) wahrheitsfähig gemacht werden (vgl. Haller 2017a).

Diese *normative Zuschreibung* ist indessen an mehrere Funktionsbedingungen gebunden. Die wichtigsten sind in den Pressegesetzen, im Medienstaatsvertrag und einschlägigen Gerichtsurteilen festgehalten, beispielsweise die Auskunftspflicht und Wahrheitsverpflichtung behördlicher Auskunftgeber, ebenso die Sorgfaltspflichten der Journalisten und Redaktionen bei der Verarbeitung von Informationen (vgl. hierzu die „Auskunftsrechte“ in § 5 und „Sorgfaltspflichten“ in § 6 in den Landespresse- und Landesmediengesetzen sowie im Medienstaatsvertrag für Rundfunk und Telemedien).

Dysfunktionen in der Medienpraxis

Soviel über die aus den normativen Setzungen abgeleiteten Funktionszuschreibungen. In der Medienpraxis indessen zeigt sich, dass diese Zuschreibungen oftmals als unrealistisch erscheinen, etwa dann, wenn die Medienmacher der Aufmerksamkeitsökonomie folgen und irrelevante Aufreger verbreiten und insofern antiaufklärerisch wirken. Oder auch dann, wenn die Quellen, insbesondere Experten (Sachverständige), den Wahrheitsstatus ihrer eigenen Aussagen nicht kennen oder irrtümlich meinen, ihn zu kennen.

Damit sind wir beim Krisenfall „Corona-Pandemie“ angelangt. Er führt uns vor Augen, wie hypothetische Annahmen als Sachverhalte vorgestellt, wie komplexe Prozesse anhand einer einzigen Variablen erklärt oder per kausaler Wirkungskette begründet werden. Er zeigt auch, wie zum Beispiel Prognosen (Hochrechnungen, Modellierungen usw.) als Tatsachen publiziert werden, obwohl sie auf zurückliegende Ereignisfolgen rekurren, deren Einflussgrößen und deren spezifische Dynamik für die aktuellen Verhältnisse nicht zutreffen. Hier stößt der Journalismus – auch der Wissenschaftsjournalismus – an seine Grenzen: Er kann trotz aller Bemühungen kein wahrheitsfähiges Wissen über den Pandemieverlauf vermitteln, bestenfalls nur die Grenzen beschreiben, hinter denen das Reich des Nichtwissens beginnt.

Über das Spannungsfeld am Beispiel der Corona-Pandemie

Zu irreführenden Falschdarstellungen kam (und kommt) es insbesondere dann, wenn rätselhafte Vorgänge – zum Beispiel die individuelle Disposition für eine Alpha- oder Delta- oder Omikron-Infektion, die asymptomatisch verläuft – mit Hilfe spezialisierten Fachwissens erklärt werden sollen, dieses Fachwissen indessen zu weiten Teilen ungesichert, d.h. hypothetischer Natur ist und der Wissenschaftsjournalismus dieses Wissen als Wahrheit präsentiert, statt die Unzulänglichkeiten aufzudecken.

In friedlichen Zeiten sind Wissenschaft, Politik und Medien drei voneinander abgegrenzte Systeme mit je eigenen Paradigmen, Funktionen und Verfahren: Die evidenzbasierte Wissenschaft produziert überprüfbares Wissen, die Politik agiert als problemlösendes Handlungssystem und die Medien erzeugen eine kritisch intonierte Öffentlichkeit als Diskursraum: sie vermitteln, hinterfragen und erörtern den Output der beiden anderen Systeme. Nach Ausbruch der Corona-Pandemie schien es aber, als dienten alle drei demselben Ziel, nämlich möglichst schnell und einhellig eine beruhigende Antwort auf diese Panikfrage zu finden: Wie können wir in Deutschland die Pandemie heruntersteuern, die wirtschaftliche Leistungskraft erhalten und den Kollaps des Gesundheitssystems verhindern?

Die Erwartungen der Publika waren darauf aus, über die Newsmedien versicherndes Wissen zu bekommen, um die beängstigende Ungewissheit zu mindern: Die Reichweite der öffentlich-rechtlichen Informationssendungen stieg rasant an und war seit der deutschen Vereinigung noch nie so groß wie im Fortgang des Pandemiegeschehens (vgl. Hölzig et al 2021:13ff.; Kupferschmitt et al 2021:371f.). Auch stieg das Vertrauen in die Sachrichtigkeit der Nachrichtensendungen (vgl. Jakobs et al 2021). Doch für sehr viele Menschen wuchs mit dem Medienkonsum nicht etwa das versichernde Problemwissen, sondern das irritierende Unwissen (vgl. INSA-Erhebung 2021).

Diese systemische Dysfunktion verschärfte den gesellschaftlichen Dissens darüber, wie „man“ die Corona-Pandemie zu beurteilen habe, und prägte sich im Fortgang der Corona-Pandemie in zweierlei Hinsicht weiter aus:

Erstens das von den Medien als Wissen camouflierte Nichtwissen: Während des ersten Pandemiejahres gelang es den Qualitätsmedien nur ausnahmsweise, aus der Flut an divergenten, auch widersprüchlichen Aussagen zum Phänomen „Corona-Infektionskette“ evidentes und konsistentes Wissen zu generieren und ungesicherte Aussagen als solche zu markieren. Ein großer Teil ihres Informationsangebots zum Thema bestand in der Übernahme und Verbreitung hypothetischer, spekulativer, interpretativer oder artefaktischer Aussagen, die von verschiedenen Sprechern, Akteuren und Einrichtungen verkündet und von den Newsmedien im Sprachkleid des Tatsachenberichts unüberprüft verbreitet wurden.

Zweitens die von den Medien hofierte Autorität des „wissenschaftlich-politischen Komplexes“: Im Licht der Medienöffentlichkeit erschienen die mit Sars-CoV-2 befassten Forscher (Virologen, Mediziner, Biologen, Mathematiker) in der Rolle unerbittlich argumentierender Experten, die – vergleichbar dem Lotsen – den einzig richtigen Weg weisen (bei weniger strengen Experten stellten die Medien sogleich deren Kompetenz in Frage). Die Akteure des politischen Systems standen als Empfänger der Ratschläge im Rampenlicht und sollten in der Rolle handlungsstarker Entscheider auftreten (güterabwägende Politiker hatten keine gute Presse). Denn ihre Entscheidungen schienen ja durch die Expertise der Experten abgesichert.

In der medialen Vermittlung vermischten sich wissenschaftliche Sachaussagen und politische Handlungsappelle zu einem Amalgam, das die Leitmedien während vieler Monate als kanonisiertes Wissen in Form von Schaubildern und Grafiken verbreiteten. Abweichende, auch differenzierende Einschätzungen wurden gleichsam mit spitzen Fingern zur Seite geschoben, dann als Unwahrheit der Nichtwissenden bzw. Nichtwissenwollenden etikettiert, ausgegrenzt („Corona-Leugner“, „Geschwurbel“, „Querdenker“) und später, im Kontext der Impfkampagnen, als sozialschädigendes Verhalten irrender Extremisten gebrandmarkt. Die Soziokultur wie auch die psychische Verfasstheit der Individuen blieben ausgeklammert; die seelische Not sehr vieler Menschen wurde während vieler Monate als Kollateralschaden abgetan.

II. Abschnitt: Über Virologen, Politiker und „embedded“ Journalisten

Diese zunächst pauschal formulierten Thesen möchte ich in diesem Abschnitt anhand einiger konkreter Szenen und Episoden veranschaulichen und mit zugespitzter Feder interpretieren.

Ich beginne mit der – für den emotionalen Umgang mit der Pandemie prägenden – medialen Darstellung der Pandemie während der ersten Monate von März bis Mai 2020: Eröffnet wurde sie in der Nacht des 18. März 2020, als ein Militärkonvoi mit zahllosen Särgen durch Bergamo fuhr. Man sah dies auf einem Video in den Nachrichten deutscher Fernsehsender. Es stammte von einem Anwohner, der die Szene mit seinem Handy aufgenommen und ins Netz gestellt hatte. Dieses Schrecken erregende Video wie auch viele weitere Bilder wurden über die Kanäle der sogenannten Social Media, vor allem auf YouTube geteilt und millionenfach angeschaut; Angst- und Panikgefühle hatten die Bevölkerung schon erfasst, ehe die Journalisten ihre Berichterstattung aufnahmen, nun selbst schockierende Bilder aus Notfall- und Intensivstationen zeigten und die Politik mit Krisenstäben reagierte. Deren Frage lautete: Wie können wir die Panik nutzen, damit die Bevölkerung unseren Maßnahmen folgt und sich vor der Bedrohung auch wirklich schützt? (vgl. Bundesinnenministerium 2020).

Im Modus der Kriegsberichterstattung

Die drei Systeme – Politik, Gesundheit, Medien – reagierten auf diese Themensetzung nicht etwa mit einer Strategie der Versachlichung, sondern emotionalisierend und aktionistisch; sie verstärkten den Panik-Effekt, indem sie sich gegenseitig zitierten und bestätigten: ein rekursiver Prozess, der über zirkuläre Rückkoppelungen den Druck auf die verängstigte Bevölkerung erhöhte und die Politik dazu verleitete, das Panische mal mit aktionistischem, mal mit kassandrischem Reden weiter zu schüren.

Alle drei stellten „Corona“ so dar, als sei die Bedrohung von weit außen (China) über uns hereingebrochen; als sei das Virus eine böse fremde Macht, die uns zu vernichten drohe. Schon im Lauf des Frühjahrs

2020 wechselten die meinungsführenden Medien in den Modus der Kriegsberichterstattung¹. Im Stil der Kriegsreporter dramatisierten sie triviale Infektionsstatistiken wie Frontberichte; in den Bildergeschichten erschienen die Klinikärzte wie Frontsoldaten; die zuständigen Politiker – zuvorderst Gesundheitsminister Spahn – posierten wie Kommandeure auf dem Feldherrenhügel. Nur ihr Reden entsprach nicht dem eines Feldherren, sondern ähnelte der Rhetorik der Ratlosen: Wir brauchen, wir fordern, wir wollen, wir wünschen ...

Ansätze zur Distanzierung?

Die rekursive Kommunikation wie auch die Nachrichten-Camouflage wirkten als Panik-Verstärker. Für mich blieb rätselhaft, dass die journalistischen Medien – darunter so bedeutende wie der *Spiegel* oder die *FAZ* und die *Süddeutsche Zeitung* – über viele Monate auf kritisches Nachfragen und Nachforschen verzichteten. Überprüfungsrecherchen etwa zur Aussagekraft der von den Gesundheitsämtern eingesammelten und per Fax ans RKI übermittelten Infektionsdaten wurden praktisch nicht unternommen. Auch die vom RKI konstruierten Artefakte – anfangs die Zahl „r“, später dann die sogenannte Inzidenz – wurden über ein Jahr hinweg fraglos in schöne bunte Grafiken übersetzt und als objektive Wahrheiten publiziert. Die Aussagekraft der PCR-Tests galt als sakrosankt; kaum eine Redaktion wusste, was der (unter den Laboren differierende) ct-Wert über den Realitätsgehalt dieser Tests und das Ansteckungsrisiko aussagt. Das Ingesamt dieser Daten wurde als Abbild der realen Seuchenverbreitung genommen und mit skandalisierenden Bildern (PatientInnen in der Intensivstation: ein repetitiv verbreitetes Klischee) und angstmachenden Überschriften („Es droht ...“, „Virologe X warnt ...“, „eine neue Gefahr ...“) hochgezogen. In dieser Weise verwandelte sich das ungesicherte Wissen in die mediale Katastrophenberichterstattung, die mit artefaktischen Daten des RKI und beängstigenden Schreckensbildern eine noch furchtbarere Realität ankündigten.

Verstärkt wurde diese Panikstimmung durch das seit Ende 2020 ziellos wirkende Agieren der Bundesregierung im Kreis der Ministerpräsidenten, von denen jeder mit einer noch griffigeren Strategie die andern

überbieten wollte. Diese Ziellosigkeit zumal während der dritten Welle – Stichwort: Lockdown an Ostern 2021 ja/nein – brachte nun endlich manche Medien auf kritische Distanz, verstärkt durch die zahlreichen Pannen des Gesundheitsministers und das Staunen über die korrupte Geschäftemacherei einiger Abgeordneter und Politiker-Freunde bei der Maskenbeschaffung. Nun lösten sich die meisten der meinungsführenden Medien (nicht so die ARD und das ZDF) aus dem Konsensbündnis mit der Politik und stellten strategiekritische Fragen.

Vom Sicherheitsglauben ins Ungewisse

Als ein weiterer Verstärker des Panik-Effekts wirkte das im ersten Abschnitt erwähnte Phänomen: der Schock des Nichtwissens, oder genauer: die Bestürzung darüber, dass vermeintliches Wissen über das Infektionsgeschehen schon nach kurzer Zeit umschlug in Nichtwissen, dem neue Wissensbehauptungen und neue Dementis folgten, die immer neue Ungewissheiten über den weiteren Pandemieverlauf erzeugten. Dieser Schock prägte die drei Funktionssysteme Wissenschaft, Politik, Medien, die das Ungewisse mit Modellierungen und Prognosen zu bannen suchten, um wenig später ihre Versicherungen wieder revidieren zu müssen. Dass weite Teile der Bevölkerung diese Frustrationen mehr oder weniger ergehen hinnahmen, war und ist erstaunlich – und möglicherweise der mit der Ungewissheit verbundenen Angst geschuldet.

Diese Ungewissheit, die unsere Alltagswelt direkt betraf, war insofern eine radikal neue Erfahrung, als die Mehrheitsbevölkerung während der vergangenen Jahrzehnte in den Glauben versetzt worden war, dass „wir“ alles im Griff hätten: Auf der globalen Bühne präsentierte sich die durch den Neoliberalismus radikalisierte westliche Marktwirtschaft als alternativlose Perspektive; auf der nationalpolitischen Ebene brachte die Wiedervereinigung, dann die Große Koalition das Gefühl somnambuler Sicherheit per Nichthandeln zum Ausdruck (Politik als Zuwarten und Aussitzen; Merkels Raute als Symbol; „Wir schaffen das!“ als Schlüsselsatz). Im Alltag der Menschen wurde dieser Glaube durch die Verheißungen digitaler Anwendungstechnologien („wir wollen die Welt besser machen“) und den Konsumhunger gefestigt: Alles funktioniere

immer sicherer und bequemer, alle paar Monate ein Software-Update, alle zwei Jahre Bodycheck, ein neues Fahrzeug, ein anderes Urlaubsdomizil, neue Endgeräte usw.

Dass eine wachsende Minderheit nicht mithalten konnte, vielmehr hilfloser, ärmer und bedürftiger wurde, war für die Leitmedien kein Thema, vermutlich, weil die sich sicher führende Mittelstandsmehrheit für das Elend der andern kein Interesse zeigte. Doch plötzlich, im Frühjahr 2020, entpuppte sich diese versichernde Erzählung als Irreführung: nichts ist klar, nichts sicher.

III. Abschnitt: Über Pseudowissen und Nichtwissen

Nichtwissen und Ungewissheit offen einzugestehen, setzt die in Deutschland wenig verbreitete Kompetenz der Selbstkritik voraus. Da fällt es vielen leichter, Mutmaßungen als Tatsachen vorzustellen und Falschprognosen im Rückblick schön zu reden.

Ich meine hier nicht die pensionierten Irrgänger vom Zuschnitt Wolfgang Wodarg und Sucharit Bhakdi, sondern Fachleute im Dienst. Man erinnert sich an das Herumspekulieren vieler ausgewiesener Experten, zum Beispiel an den angesehenen Hamburger Gerichtsmediziner Klaus Püschel, der Ende April 2020 in den Medien verkündete, die von ihm obduzierten Leichen der „mit“ einem Corona-Infekt Erkrankten seien gar nicht an Corona gestorben, sondern an Organversagen. Die Corona-Leugner jubelten. Püschel dachte wohl, Corona-Infizierte würden, wenn schon, nur an Lungenversagen sterben – eine Falschbehauptung, die sein Nichtwissen verdeckte, wie sich später zeigte (vgl. Hamburger Abendblatt 18. April und Tagesschau vom 21. April 2020; Püschels dortige Einlassungen wurden 1,2 Mio. Mal aufgerufen).

Oder der Weltärztepräsident Frank Ulrich Montgomery. Er verkündete im April 2020 im Fernsehen, dass der Nasen-Mund-Schutz im Grunde zwecklos sei und nicht verordnet werden sollte, vielleicht, weil zu jenem Zeitpunkt wirksame Masken weder vorhanden noch lieferbar waren. Die Maskenverweigerer sahen sich bestätigt und wurden trotzig. Inzwischen wissen wir, dass FFP2-Masken den relativ sichersten Infektionsschutz bieten (vgl. Bagheria et al. 2021). 18 Monate später

forderte derselbe Montgomery mit verkehrter Stoßrichtung die grundrechtlich kaum durchsetzbare „Impfpflicht für Kinder“ (ZDF-Interview 4. Dezember 2021). Zahllose Impfskeptiker waren konsterniert, viele trugen ihre Wut auf die Straße. Doch tonangebende Medien überzogen die Skeptiker mit giftigem Moralin.

Oder der Bonner Virologe Hendrik Streeck, der seine im Frühjahr 2020 in Heinsberg durchgeführte Erhebung in den Medien mal so, mal anders deutete. Oder der SPD-Gesundheitsmann Karl Lauterbach, der schon früh die Rolle der Cassandra für sich entdeckte. Die Medien und mehrere TV-Talkshow-Macher (Markus Lanz) waren begeistert und holten Lauterbach so oft wie keinen anderen Menschen in ihre Sendungen (seit Beginn der Pandemie 43 Mal; an zweiter Stelle steht Christian Lindner mit 21 Einladungen – vgl. *meedia.de* vom 16.12.2021). Heute wird Lauterbach als Gesundheitsminister von den Medien mit dem Hinweis legitimiert, seine kassandrischen Visionen seien oftmals in Erfüllung gegangen. Oftmals? Ich denke dabei an den zwangshaften Roulette-Spieler, der immer auf Schwarz setzt und jedes zweite Mal gewinnt, am Ende aber nichts gewonnen hat.

Die Verkürzung auf biologische Evidenzen

Neben diesen Experten wirkte die verunsicherte Kanzlerin vergleichsweise aufrichtig: Sie operierte bekanntlich „auf Sicht“, d.h. sie besaß keine Strategie, sondern folgte dem Opportunitätsprinzip. Dem Status des Nichtwissens wäre solcher Opportunismus wohl auch angemessen, wenn die Bundesregierung nicht nur biologische und gesundheitspolitische, sondern auch sozialpsychologische und gesellschaftspolitische Dimensionen erfasst, das Fachwissen hierzu eingesammelt und ihr Maßnahmenbündel neu geschnürt hätte. Das große Nichtwissen(wollen) betraf ja vor allem die sozial- und individualpsychologischen Aspekte der Corona-Politik, vor allem die der Lockdown-Maßnahmen. Und die waren für viele Kulturschaffende und viele Familien – von den Alleinerziehenden ganz zu schweigen – katastrophal.

Vorstöße, die diese Mehrdimensionalität einforderten, gab es durchaus. Beispielsweise formte sich bereits Ende März 2020 ein interdiszi-

plinäres Gremium aus 14 Wissenschaftlern, das einen gut begründeten Vorschlag publizierte, wie eine Corona-Taskforce funktionieren könnte. Es wurden Wege aufgezeigt, wie die erste Welle der Pandemie wirkungsvoll bekämpft und gleichwohl die Beschränkung der Freiheitsrechte minimiert werden könnte. Von den knapp 300 journalistischen Newsmedien in Deutschland, die über Datenbanken recherchierbar sind, haben 14 Zeitungen – Print und online –kurz darüber berichtet. Dies war quasi eine Eintagsfliege und von daher folgenlos. Im selben Zeitraum (März bis Juni 2020) wurde in den deutschen Lokal- und Regionalzeitungen allein der Charité-Virologe Christian Drosten 5.250 Mal erwähnt; in Beiträgen der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* wurde er 258 Mal, in der *Süddeutschen Zeitung* 253 Mal genannt. Drostens fachliche Kompetenz und seine fundierten, meist abwägend formulierten Einschätzungen standen und stehen außer Frage. Doch diese Häufigkeiten zeigen, dass allein die fachvirologische Perspektive – mithin der biologische Kampf gegen den Corona-Feind – von den Newsmedien adaptiert, durch fortlaufende Wiederholungen im öffentlichen Diskurs verfestigt und als einzig richtige Strategie an die Politik zurückgespiegelt, d.h. rekursiv verstärkt wurde.

Folgt man meiner Kriegsmetapher, dann berichteten die Leitmedien – ausgenommen *Die Welt* – über lange Zeit quasi „embedded“, d.h. eingebunden in den Feldzug der alliierten Akteure, bestehend aus ein paar Experten und Regierungspolitikern mit ihren Behörden. Als dann im Winter 2020/21 immer mehr Politikjournalisten die sich häufenden Managementfehler der EU-Kommission, des Gesundheitsministers und der Ministerpräsidenten aufgriffen und kritisierten, stand nicht der Krieg selbst, sondern die Bataille der Frontoffiziere zur Debatte: die verschiedenen Medienmacher einte die Sorge, die Generalstäbler könnten den Feldzug vermasseln und ihre Offiziere als Kriegsverlierer zurücklassen.

Mit dem Kreuzzug unterwegs

Vielleicht haben die Newsmedien auch deshalb den Modus der Kriegsberichterstattung gewählt, weil sie mit ihrem Nichtwissen anders nicht umzugehen wussten. Seine Existenzberechtigung sieht ja der *Newsjour-*

nalismus – wie im ersten Abschnitt umschrieben – vor allem darin, Nichtwissen über aktuelle Vorgänge in Wissen zu verwandeln. Von daher war es für die Journalisten naheliegend, nicht die Skeptiker und Zweifler, sondern die neunmalklugen Corona-Generäle auf die Medienbühne zu holen, Motto: Mir nach! Im Kriegszustand gelten ja pazifistische Positionen als gefährlich, weil sie den Durchhaltewillen der Truppe schwächen (könnten). Darum werden Friedensbewegte in Kriegszeiten als Wehrkraftzersetzer angeprangert, wenn möglich zum Schweigen gebracht. Der renommierte Strafverteidiger Gerhard Strate schrieb im Mai 2020: „Der *Spiegel* stellt Proteste gegen die Corona-Maßnahmen pauschal in die Verschwörungstheoretiker-Ecke. Zugleich bekommt das Magazin von der Bill and Melinda Gates Foundation Millionen für ein journalistisches Projekt. Wie glaubwürdig ist es noch?“ (In: Cicero vom 22. Mai 2020). Natürlich ist die Bill-Gates-These des Anwalts Strate ihrerseits eine Verschwörungstheorie, die der Überprüfung nicht standhält. Bemerkenswert daran ist indessen das Muster des wechselseitigen Ausgrenzens durch populistische Diffamierung.

Dieses Muster – Kontrahenten diffamieren, Skeptiker isolieren, Pazifisten zum Schweigen bringen – habe ich seit dem Sommer 2020 häufig beobachtet, insbesondere, wenn es um Prominente ging. Die Leitmedien behandelten sie so, als würden sie mitten im Krieg den Sinn dieses Krieges öffentlich in Zweifel ziehen. Ich meine damit nicht abgedrehte Esoteriker oder Fake-News verbreitende Politradikale, sondern analytisch denkende Skeptiker. Stellvertretend hier nur ein paar Namen: Sarah Wagenknecht, Wolfgang Kubicki, Boris Palmer, Julian Nida-Rümelin, Juli Zeh, Richard David Precht. Im Frühjahr 2021 traf es rund 50 aufmüpfige Schauspieler und Künstler, als sie ihre satirisch-sarkastisch gemeinten Videos unter dem Hashtag *#allesdichtmachen* publizierten. Ihr Kunstversuch wurde nicht als Aufschrei, sondern als Landesverrat gedeutet; ihre Wortführer sahen sich als querulatorische Schwurbler vor das Mediengericht gestellt und verurteilt (beispielhaft: Tagesspiegel 29.04. und 02.05.2021).

Im Fortgang des Herbstes 2021, als die Inzidenzen trotz hoher Impfquoten wieder in die Höhe schnellten, wurden die medialen Zurechtweisungen im Ton noch schärfer. Als einige Prominente (Joshua Kimmich,

Richard David Precht, Thomas Mertens, Svenja Flaßpöhler u.a.) es wagten, in Bezug auf das mRNA-Impfen zumal von Kindern persönliche Bedenken öffentlich zu äußern, wurden sie von mehreren Leitmedien (*Der Spiegel*, *Frankfurter Allgemeine*, *Frankfurter Rundschau*, Talk- und Magazinsendungen der *ARD*) zu vaterlandslosen Gesellen und Wasserträgern der Ultrarechten erklärt (besonders aggressiv: *Spiegel-online* mit Evers vom 02.11.2021 und Stokowski vom 30.11.2021). Als dann Stiko-Chef Mertens zerknirscht Abbitte leistete, wurde ihm Gnade zu teil (<https://www.tagesschau.de/investigativ/panorama/stiko-mertens-raeumt-fehler-ein-101.html>).

Die Zerstörung des öffentlichen Diskurses durch Social Media

An dieser Stelle muss ich korrekterweise auf die in der Einleitung genannten Social Media mit ihren Plattformbetreibern und Messengerdiensten hinweisen. Diese haben den gesellschaftlichen Umgang mit der Pandemie vermutlich stärker beeinflusst als die journalistischen Newsmedien. Vor allem haben sie die Aufgabe des Journalismus, Sachaufklärung zu betreiben, mit vielfältigen Falsch- und Lügengeschichten immer heftiger konterkariert. Mitunter glich es dem Hase-Igel-Rennen: Kaum hatten Factchecker in den Medienredaktionen eine populäre Falschbehauptung auf Facebook oder YouTube oder Instagram oder Twitter überprüft und richtiggestellt, schon plopten zahlreiche neue auf und verbreiteten sich in Windeseile „viral“ über die Social Media (Liste der Faktencheck-Redaktionen im Literaturverzeichnis).

Diese destruktive Dynamik bestätigt, dass die von den Plattformbetreibern eingesetzten Algorithmen nicht Informiertheit, sondern Erregungssteigerung erzeugen, um noch mehr Trafik und so noch höhere Werbeerlöse zu generieren: Angst und Panik steigern die Empörungslust, die durch permanente Rückkoppelungen sich zu riesigen Echokammern vernetzen. Die in diesen Kammern Eingeschlossenen verlieren den Bezug zum Realitätsprinzip der Mehrheitsgesellschaft; sie interagieren unter sich und verstärken über rekursive Schleifen ihre Überzeugungen. Aus Sicht der Eingeschlossenen erscheint das gesellschaftliche Umfeld als Feindesland. Es erstaunt nicht, dass für viele der panisch Empörten

der kategorische Unterschied zwischen symbolischer Aggression in der Social Media-Welt und der physischen Gewalt auf der Straße mehr und mehr verschwindet. Und es verwundert auch nicht, dass die derart Radikalisierten auch nach dem Ende der Corona-Pandemie nicht zurückfinden, sondern ihre Existenz als Systemgegner mit neuen Themen und Objekten alimentieren.

Fazit: Wie können Dysfunktionen vermindert werden?

Bei der Deutung der in diesem Essay skizzierten Befunde sollte nicht vergessen werden, dass die Corona-Pandemie als eine *urwüchsige* Katastrophe erlebt wurde, die gleichsam „von außen“ in das Alltagsleben der naturentfremdeten Industriegesellschaft hereinbrach. So gesehen besitzt das Thema eine andere Sprengkraft als die sonst üblichen Handlungsoptionen, die von der Politik nach Maßgabe gemeinwohlbezogener Ziele evaluiert werden. Wie zum Beispiel die Migrationspolitik während der sogenannten Flüchtlingskrise der Jahre 2015/16: Hier hätten die meinungsführenden Medien die verschiedenen Positionen und Werthaltungen (auch in der Bevölkerung) aufzeigen und diskutieren können, die mit den verschiedenen Optionen verbunden waren. Die Journalisten hatten die Chance, analytisch zu differenzieren (Flüchtlinge, Zuwanderer, Migranten), um eine fundierte Meinungsbildung zu ermöglichen. Dieser öffentliche Diskurs fand indessen nicht statt, was vor allem jenen Medienmachern, die sich mit der Migrationspolitik der Bundeskanzlerin identifizierten, anzulasten ist (vgl. Haller 2017 und 2019).

Im Unterschied dazu glaubte die Bundesregierung bei der Corona-Pandemie keine Handlungsoptionen zu haben; sie traf Notmaßnahmen und produzierte darin allwöchentlich eine neue Realität, die beschreibbar, aber als Faktum keiner Wahrheitsüberprüfung zugänglich war. Genau deshalb hätten die journalistischen Medien das politische Entscheidungshandeln „zurückdrehen“ müssen auf die Ebene rationaler Evaluation – nicht im Sinne von Handlungsoptionen, sondern nach Maßgabe der im Grundgesetz festgeschriebenen Grundrechte, deren Kollision über Güterabwägungen hätte gemildert oder gar aufgelöst werden sollen.

Darüber hinaus hätte man erwarten dürfen, dass die Leitmedien auf Distanz gehen, den wissenschaftlich-politischen Komplex als kritische Beobachter in den Blick nehmen und die getroffenen Maßnahmen mit analytischem Verstand prüfen, Ungereimtheiten aufdecken und deren Verhältnismäßigkeit fortlaufend erörtern – ungefähr so, wie es das Bundesverfassungsgericht schon vor einem halben Jahrhundert als Aufgabe der Presse festgeschrieben hat.

Die bis heute offene Frage lautet: Wäre die Pandemie anders verlaufen, wenn die meinungsführenden Medien von Beginn an gegen die Panikmacher das Prinzip Aufklärung hochgehalten und gegen die machtversessenen Wichtigtuer als kritisch fragende Versachlicher aufgetreten wären? Ich fürchte, wir finden darauf keine Antwort, solange deutsche Journalisten an der Rolle des vermeintlichen Besserwissers hängen, der die Menge der Nichtwissenden moralisierend belehrt. Und solange die Algorithmen der privaten Medieneigentümer beim Online-Publikum Aufregung statt Wissenshunger wecken (sollen).

Literatur:

- Bagheria, Gholamhossein; Birte Thiedea; Bardia Hejazia; Oliver Schlenczeka; Eberhard Bodenschatz (2021): Eine Obergrenze für die Eins-zu-Eins-Exposition gegenüber infektiösen menschlichen Atemwegspartikeln. In: PNAS PNAS 7. Dezember 2021. Abgerufen unter: <https://doi.org/10.1073/pnas.2110117118>
- Beisch, Natalie; Wolfgang Koch (2021): 25 Jahre ARD/ZDF-Onlinestudie: Unterwegsnutzung steigt wieder und Streaming/ Mediatheken sind weiterhin Treiber des medialen Internets. *Media Perspektiven* 10/2021, S. 486–503
- Bigl, Benjamin; Markus Schubert (2021): Medienkompetenz in Sachsen: Auf dem Weg zur digitalen Gesellschaft. Hrsg. von der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung, Dresden (E-Book: <https://www.slpb.de/fileadmin/media/Publikationen/Ebooks/Medienkompetenz-in-Sachsen.pdf>).
- Bundesinnenministerium 2020: „Wie wir COVID-19 unter Kontrolle bekommen – Strategiepapier des Bundesinnenministeriums.“ (Abrufbar unter: <https://fragdenstaat.de/dokumente/4123-wie-wir-covid-19-unter-kontrolle-bekommen/>)

Über das Spannungsfeld am Beispiel der Corona-Pandemie

- Haller, Michael (2020): Corona-Krise und die Medien. Lost in Transition: Warum die Medienberichterstattung so viel Verwirrung stiftet. Und wie wir dennoch mehr Übersicht gewinnen können. Download: <https://eijc.de/2020/08/25/mehr-medienkompetenz-fuer-sachsens-schulen/>
- Haller, Michael (2019): Zwischen ‚Flüchtlingskrise‘ und ‚Migrationspakt‘ – Mediale Lernprozesse auf dem Prüfstand. Otto Brenner Stiftung, Frankfurt a. M. Download: https://www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user_data/stiftung/02_Wissenschaftsportal/03_Publikationen/AP37_Fluechtlingskrise_II_Haller.pdf
- Haller, Michael (2017): Die ‚Flüchtlingskrise‘ in den Medien. Tagesaktueller Journalismus zwischen Meinung und Information. OBS-Arbeitsheft Nr. 93. Frankfurt a.M.: Otto Brenner Stiftung. Download: <https://www.otto-brenner-stiftung.de/wissenschaftsportal/informationsseiten-zu-studien/die-fluechtlingskrise-in-den-medien>
- Haller, Michael (2017a): Methodisches Recherchieren. UTB. Konstanz/München (Neuaufgabe)
- Haller, Michael (2014): Brauchen wir Zeitungen? Zehn Gründe, warum die Zeitungen untergehen. Und zehn Vorschläge, wie dies verhindert werden kann. Köln: Herbert von Halem Verlag
- Handy-Sucht (Thema): Stadler, Silke et al: Handysucht: Kann das Smartphone abhängig machen? (<https://www.lifeline.de/krankheiten/handysucht-id29598.html>); anonym: Verursacht digitale Sucht Isolation, Depression und Angst? (<https://www.theonespy.com/de/Digitale-Sucht-Isolation-Depression-Angst/>)
- Hölig, Sascha; Uwe Hasebrink; Julia Behre (2021): Reuters Institute Digital News Report 2021, Ergebnisse für Deutschland. In: Arbeitspapiere des Hans-Bredow-Instituts | Projektergebnisse Nr. 58
- INSA-Umfrage: Berichten die öffentlich-rechtlichen Sender parteiisch? (August 2021). Bericht unter: <https://www.digitalfernsehen.de/news/medien-news/maerkte/insa-umfrage-berichten-die-oeffentlich-rechtlichen-sender-parteiisch-576291/>
- Jakobs, Ilka; Tanjev Schultz; Christina Viehmann; Oliver Quiring; Nikolaus Jakob; Marc Ziegele; Christian Schemer (2021): Medienvertrauen in Krisenzeiten. Mainzer Langzeitstudie Medienvertrauen 2020. In: Media Perspektiven 3/2021, S. 152–162
- Kupferschmitt, Thomas; Thorsten Müller (2021): Aktuelle Ergebnisse der repräsentativen Langzeitstudie ARD/ZDF-Massenkommunikation Trends 2021: Mediennutzung im Intermediavergleich. In: Media Perspektiven 7–8/2021, S. 370–395

- Meßmer, Anna-Katharina; Alexander Sänglerlaub; Leonie Schulz (2021): „Quelle Internet“? Digitale Nachrichten- und Informationskompetenzen der deutschen Bevölkerung im Test. Stiftung Neue Verantwortung (Download: https://www.stiftung-nv.de/sites/default/files/studie_quelleinternet.pdf)
- Strate, Gerhard (2020): „Spiegel“-Förderung durch Bill Gates – Der ideale Dünger für neue Verschwörungstheorien. In: Cicero vom 22. Mai 2020, <https://www.cicero.de/innenpolitik/spiegel-magazin-foerderung-bill-gates-duenger-verschwoerungstheorien-corona-proteste>
- Zubyr, Camille; Denise Haddad; Lea Hartmann: Tendenzen im Zuschauerverhalten. Nutzungsgewohnheiten und Reichweiten im Jahr 2021. In: Media Perspektiven 3/2022, S. 92–104

Spezialisierte Faktencheck-Redaktionen:

- www.correctiv.de,
<https://www.tagesschau.de/faktenfinder/>
<https://www.zdf.de/nachrichten/thema/zdfheutecheck-faktencheck-recherche-100.html>
www.br.de/faktenfuchs
<https://www.br.de/nachrichten/faktenfuchs-faktencheck,QzSIz13>
<https://www.mimikama.at/>

Erinnerungen und Gedanken

Golo MANN

Im Herbst 1930 wurde dem Privatdozenten Dr. Emil Julius Gumbel vom badischen Kultusministerium der Titel eines Professors zuteil, ein Akt der bloßen Routine. Gumbels Wissenschaft war die Statistik, und sein Fach verstand er. Bei der äußersten Rechten – bei der Rechten überhaupt? – hatte er sich schon im Jahre 1922 durch sein Buch *Vier Jahre politischer Mord* verhasst gemacht; um so verhasster, als die von Gumbel aneinandergereihten Tatsachen unwiderlegbar blieben. Im Jahre 1924 habilitierte er sich in Heidelberg. Schon im nächsten Jahr forderten einige Mitglieder seiner Fakultät Gumbels Entlassung, genauer gesagt, die Entziehung seiner *Venia legendi* wegen allerlei angeblich provokatorischer Taktlosigkeiten. Jedoch entschied die Mehrheit gegen den Vorschlag und zwar unter dem Einfluss von Jaspers, dessen „Idee der Universität“ die Beschneidung der persönlichen Freiheiten eines Lehrenden nicht erlaubte, solange er innerhalb der Universität Wissenschaft und außerwissenschaftliche persönliche Überzeugungen nicht vermengte. So heißt es denn in einem ersten Gutachten der Fakultät: „So unerfreulich ihr (der Fakultät) Persönlichkeit und Gesinnung Dr. Gumbels sind, glaubt sie eher ein solches Mitglied ertragen zu können, als Gefahr laufen zu dürfen, eine nicht von jeder Seite her unangreifbare Ausschließung eines ihrer Mitglieder vorzunehmen.“ Das zweite, spätere Gutachten wurde, wie er mir erzählte, von Jaspers verfaßt, im Zeichen der eisigen Objektivität und abwägenden Gerechtigkeit des Verfassers. „Auf den ersten Blick ist Gumbel ein fanatischer Idealist. Er glaubt an seine Sache, den Pazifismus und an seine Mission darin. Leidenschaftlich und voll Hass steht er allem gegenüber, was ihm Gewalt, Nationalismus, Tendenz zu zukünftigem Krieg scheint. Wo dieser Idealismus in Frage kommt, hat er Mut, nicht nur die Zivilcourage, das zu sagen was er denkt, sondern den Mut zum Wagnis seines Lebens... Man sieht in seiner politischen Betätigung das typische Ganze aus Idee, anmaßli-

chem Selbstbewusstsein, persönlicher Affektivität (Ressentiment, Haß), Sensationslust und Demagogie . . . Partei-Menschentum und Gelehrtennatur scheinen also getrennt voneinander bei ihm zu existieren. Es ist nicht bekannt geworden und niemals ihm vorgeworfen, dass er in seinen Vorlesungen politische Tendenzen verfolge . . . “ Nun, im Herbst 1930, brach ein Sturm gegen Gumbel los, wie ihn die Universität wohl seit Jahrhunderten nicht erlebt hatte. Darüber ein offener Brief von mir in der Tageszeitung des Städtchens, dem *Heidelberger Tageblatt*. Daß sie ihn druckte, war ein Akt des Mutes. Der sechs Jahre früher in einer Rede gefallene Ausspruch Gumbels um den es sich handelt, lautete: „Feld der Unehre.“ Der Redner hatte sich gegen die gängige Formel „Feld der Ehre“ gewandt und bemerkte: „Ich will nicht sagen, Feld der Unehre, aber . . . “

„Wenn man“, schrieb ich, „ohne die Gebräuche des politischen Kampfes in Deutschland zu kennen, die in den letzten Monaten gegen Dr. Gumbel entwickelte und sich immer mehr steigende Hetze an sich, außerhalb des politischen Zusammenhangs, ernst nähme, so müßte man glauben, ein großer Teil der Studentenschaft und anderer politischer Interessenten sei verrückt geworden. Ist es wirklich möglich, daß wegen eines, in der Form gewiß zu scharfen, vor sechs Jahren gefallenen Ausspruches gegen einen Mann, den man sechs Jahre in Ruhe gelassen hat und der sechs Jahre die Ruhe von niemandem gestört hat, nach sechs Jahren eine wütende Empörung spontan entsteht, weil dieser Mann vom Privatdozenten zum außerordentlichen, das ist unbezahlten Professor avanciert ist? Nein, das ist unmöglich. Der inkriminierte Ausdruck Gumbels ist sechs Jahre alt und nicht von vorgestern, wie man jetzt sonderbarerweise tut; er ist ebenso lange bekannt, längst zurückgenommen, längst verjährt; er tut heute niemandem mehr weh. Es muß daher gesagt werden, daß an der Empörung derer, die den Kampf gegen Gumbel begonnen haben, also der Parteileute und Studenten, kein wahres Wort ist – sie mögen sich so wütend gebärden, wie sie wollen, und, als betrogene Bürger, vielleicht jetzt selber an ihre Wut glauben. Kein wahres Wort! Vielmehr handelt es sich hier um eine kalte politische Mache, von der nur fraglich ist, wo sie ausgedacht worden ist; von den hiesigen studentischen Drahtziehern sicher nicht. Der Haß gegen

ein System, eine Regierung, eine gegnerische Partei ist nie so konkret und wohltuend wie der Haß gegen einen lebendigen Menschen; daher man planmäßig die Wut der Bürger und Studenten auf einen Einzelnen zu konzentrieren sucht, um aus den so entfachten Energien im Kampf für die Partei Kapital zu schlagen; man begann damit, sobald sich mit der Ernennung Gumbels zum Professor ein wenn auch noch so lächerlicher Scheinanlaß dazu bot. Wer dies Theater einmal durchschaut hat – und es ist doch nicht sehr schwer zu durchschauen –, dem muß es ziemlich ekelhaft erscheinen. Man zerschlägt die Idee der Universität, deren Lehrfreiheit man durch den Kampf gegen einen Dozenten, nur um seiner Gesinnung willen, auf das gröblichste verletzt; man gefährdet den Frieden und den guten Ruf der Stadt; man sucht das Leben eines Menschen zu zerstören, dessen ganze Sünde ist, in seiner Gesinnung ebenso radikal zu sein, wie seine Gegner es sind, und eben eine eigene Meinung, nicht diejenige seiner Gegner zu haben. Man veranlaßt Massensammlungen und Demonstrationen, man provoziert die Polizei, um dann als Märtyrer aufzutrompfen; man fuchtel herum und gebärdet sich als verzweifelter Patriot, während man in Wahrheit nichts anderes ist als der Ausfühler von wohlausgedachten Parteiplänen . . . Agenten gehen von Haus zu Haus und sammeln Unterschriften gegen den „Vaterlandsverräter“, sammeln bei Leuten, die vielleicht nicht einmal die dummen Verleumdungen kennen, mit denen man gegen Gumbel kämpft, geschweige denn, daß sie wüßten, was der Unglückliche wirklich verbrochen oder nicht verbrochen hat. Muß dagegen versichert werden, daß Gumbel, wenn er im Ausland Vorträge hielt, nicht gegen, sondern *für* Deutschland, für Verständigung sprach und daß sein ganzer Vaterlandsverrat darin besteht, Pazifist zu sein, und zwar kein halber, sondern ein ganzer? . . . Es ist aber nicht weniger gefährlich, wenn man zwar Gumbel einen guten Mann sein läßt, ihn aber doch aus Heidelberg entfernt wissen will, weil er die Ruhe der Stadt gefährdet. Da ist denn doch darauf hinzuweisen, daß es nicht Gumbel ist, der die Ruhe der Stadt gefährdet, Gumbel, der seit Monaten eine Hetze von beispielloser Brutalität schweigend über sich ergehen läßt; nein, die sind es, die den Feldzug gegen ihn eröffnet haben und marktschreierisch weitertreiben . . .

Als der Allgemeine Studentenausschluß beschloß, an keiner öffentlichen Feierlichkeit mehr teilzunehmen, solange Gumbel nicht entlassen sei, wurde er durch den sozialdemokratischen badischen Kultusminister aufgelöst. Der Minister, Remmele hieß er, war in der Jugend Knecht bei einem Müller gewesen, weswegen die Studenten das Volkslied *Das Wandern ist des Müllers Lust* gerne sangen, ohne zu bemerken, daß der Aufstieg eines ehemaligen Arbeiters zu hohem Regierungsamte doch eigentlich im Sinn einer „Arbeiterpartei“ wie der nationalsozialistischen sein müßte. Widersprüche dieser Art gab es viele, aber was half es, auf sie hinzuweisen?

Anfang Juli 1931 starb Friedrich Gundolf. Im *Heidelberger Student* der folgenden Woche gab es, in einem anderen Zusammenhang, einen Artikel durchsetzt mit den rüdesten antisemitischen Bemerkungen. Auf der gleichen Seite protestierten die studentischen Corps, weil sie zu der Totenfeier Gundolfs nicht eingeladen worden waren. In unserem *Sozialistischen Student* stellte ich beide Artikel nebeneinander, mit der Schlußbemerkung: „Gundolf war Jude. – Studenten, kann man den Unsinn noch höher treiben?“ Man konnte, ohne den leisesten Nachteil für die eigene Sache. Über ein anderes Vorkommnis an der Universität während des Winters 1931 gibt ein Artikel Bescheid, den ich im Februar in unserem Studenten-Blättchen veröffentlichte.

„... Das Versagen der Professorenschaft gipfelt im Fall Dehn. Hier hat die theologische Fakultät einen Lehrer, den sie schon berufen und der diese Berufung schon angenommen hatte, fallen lassen, weil ein paar nationalsozialistische Flegel ihr Mißfallen gegen diesen Lehrer bekundet haben. Das diesbezügliche Gutachten der Fakultät, mit dem Kommentar des Dekans, Herrn Dr. Jelke, muß man gelesen haben. Nach Jelke kann von einem Nachgeben der Fakultät gegenüber dem Terror rechtsgerichteter Kreise nicht die Rede sein; aber schon im nächsten Satz und ebenso im Gutachten heißt es, daß ernste Bedenken für den ruhigen Fortgang der wissenschaftlichen Arbeit und die Möglichkeit unabsehbarer Schwierigkeiten für Pfarrer Dehn, nicht etwa Zweifel an der Vertrauenswürdigkeit Dehns, den Entschluß der Fakultät bewirkt hätten. Unabsehbare Schwierigkeiten sind aber nur von rechtsgerichteten Studenten zu erwarten, eben dem, was man auf lateinisch den Terror der rechtsgerichteten Studenten nennt. Herr Dekan Jelke gibt also im zweiten Satz zu, was er im ersten leugnet. Er gibt zu, daß die Fakultät nicht einmal vor aktuellem Terror,

sondern vor der Möglichkeit zukünftigen Terrors gekniffen hat. Die theologische Fakultät hat die schon geschehene Berufung eines Lehrers zurückgezogen, weil die Möglichkeit besteht, daß dieser Lehrer – ein Pfarrer! – vor Jahren einen Ausspruch gegen den Krieg getan hat! Gegen dieses Vorgehen der Fakultät haben Hellpach und Dibelius in nicht mißzuverstehender Weise protestiert. Außer diesen ist noch eine allgemeine Rede von Ernst Hoffmann über Lehrfreiheit und Demagogie zu erwähnen, die wir der Tendenz nach billigen, von der wir aber gewünscht hätten, daß sie gerade in der Situation, in der er sprach, etwas weniger allgemein ausgefallen wäre. Das ist alles, was die Professorenschaft gegen die Gefahr einer Vernichtung der letzten Reste von geistiger Freiheit zugunsten einer nationalsozialistischen Bürgerpöbeltyrannei getan hat; es genügt uns nicht . . . Es ist auf die Professoren kein Verlaß, und noch können wir im Fall Gumbel häßliche Überraschungen erleben. Da sie sich hüten, sich eindeutig festzulegen, so kennen wir nicht einmal recht ihre Meinungen. Man sieht nicht, daß ein Sieg des nationalsozialistischen „Geistes“ das Ende der anständigen Wissenschaft bedeuten würde, und man tut nichts, dieses Ende aufzuhalten.“

Daß man von den Professoren im Falle Gumbel noch einiges erwarten könne, bestätigte sich im nächsten Jahr: nun wurden ihm die Venia legendi in Tat und Wahrheit entzogen, weil er, er konnte es nicht lassen, in einer seiner Reden bemerkt hatte, das passendste Kriegerdenkmal sei eine Kohlrübe – Anspielung auf den Kriegswinter 1917/18, während dessen die Kohlrübe, in München „Dotsche“ genannt, die wichtigste Quelle unserer Ernährung gewesen war. Für Gumbel bedeutete die Entlassung das Glück seines Lebens. Er ging nun zu Gastvorlesungen nach Paris, wo er sich noch zur Zeit der „Machtergreifung“ aufhielt. Wenn nicht, so wäre ihm, einem der Allerverhaßtesten, ein früher Märtyrertod sicher gewesen, derart, wie ihn sein Gesinnungsgenosse Erich Mühsam erlitt. Was den Pfarrer Dehn betrifft, so finde ich in meinem Tagebuch, Datum 13. November 1930, diese Notiz: „Die Professoren in Halle, die in einem Beschluß die Studenten mit Lob überhäufen, die den pazifistischen Professor Dehn auf das frechste belagert und angepöbelt: nur reine Vaterlandsliebe . . . Kein Wort gegen die Studenten, kein Wort für den Kollegen! So sind die Professoren – warum sollten die Politiker besser sein?“ Offenbar hatte Dehn den Ruf nach Heidelberg angenommen, weil seines Bleibens in Halle nicht war.

Daß es während des Winters 1930/31 in den großen Städten noch unvergleichlich wüster herging als in unserem Städtchen, zumal in Berlin, ist ja nun eine vertraute Tatsache für jene, welche diese Zeit noch erlebt haben, und die wenigen, die heute sich noch dafür interessieren. Lehrreich könnte es sein. Ein Höhepunkt der kalkulierten Barbareien in der Reichshauptstadt, endend mit einer schmachvollen Kapitulation der Regierung, war der Krawall um einen Film nach Erich Maria Remarques Roman *Im Westen nichts Neues*. Ich kann mich nicht erinnern, den Film gesehen zu haben, nach Heidelberg gelangte er nicht mehr. Ursprünglich ein Hollywood-Produkt, wurde er von der Berliner UFA übernommen, einem Unternehmen Alfred Hugenburgs, welches sonst in preußisch-patriotischen, den „Wehrwillen“ pflegenden Filmen brillierte. Er stellte, darin stimmten vernünftige Referenten überein, den Krieg dar, wie er war, also so sehr schön nicht. Das war alles. Der Berliner Nazichef Goebbels witterte hier jedoch eine Gelegenheit für Skandale und Triumphe. Wie vor Saalschlachten wurden seine Anhänger geschickt verteilt. Nach wenigen Minuten schon krepitierten Granaten auf der Leinwand, wurden Stinkbomben geworfen, Niespulver gestreut, auch weiße Mäuse losgelassen. Man mußte die Vorstellung abbrechen. Während der folgenden Tage wurde zwar das Filmtheater selber einigermaßen geschützt, noch immer war der Polizeipräsident von Berlin ein Sozialdemokrat. Dafür wiederholten sich die Demonstrationen in der Umgebung. Nun griff die Reichsregierung selber ein und ließ durch ein Urteil ihrer „Film-Oberprüfstelle“ weitere Vorstellungen verbieten, zumal sie „dem deutschen Ansehen schadeten“. Am nächsten Tag die riesige Balkenüberschrift im *Angriff*, der Berliner Nazi-Zeitung: „In die Knie gezwungen!“ Wenn *das* nicht dem deutschen Ansehen schadete, die Republik zum Spott machte! Auf dem Höhepunkt der Skandale übersandte jemand, der Humor besaß, dem *Angriff* ein Kapitel aus dem Kriegsroman, an dem er, ein alter Soldat, gerade arbeitete: es war ein Kapitel aus Remarques Roman, und Dr. Goebbels druckte es prompt. Aber dieser Scherz wurde in all dem Getöse kaum bemerkt; Lächerlichkeit konnte vielleicht in Frankreich töten, in Deutschland nie. Wirklich war Remarques Roman völlig unideologisch, von einer männlichen oder männlich sein sollen- den Sachlichkeit.

„Duell 68“

Roland GIRTLER

Das Jahr 1968 brachte auch nach Wien und an die Wiener Universität den offenen akademischen Aufruhr, der bereits an den französischen und deutschen Hohen Schulen die Studenten in Bewegung versetzt hatte. Man griff ein altes erstarrtes Universitätssystem an und beschimpfte die Professoren. Allerdings auch jene, die selbst kritisch gegenüber dem herkömmlichen Studienbetrieb und offen für die Wünsche der Studenten waren.

Einer dieser Professoren war Professor Hannes Mayer vom Waldbau-Institut der (heutigen) Universität für Bodenkultur. Professor Mayer hatte sich einen Namen als Experte für Waldfragen und als Kritiker einer Jägerkultur gemacht, die auf Kosten des Waldes das Wild ungehemmt züchtet. Er ist ein Mann mit einem direkten Bezug zur Wirklichkeit, dem es damals zuwider war, daß einige Studenten, weil es Mode war, die Professorenschaft wild angriffen.

Besonders traf Professor Mayer der Leitartikel der Oktober-Nummer der von der österreichischen Hochschülerschaft im Jahre 1968 herausgegebenen Zeitschrift „Bilanz“. In dem mit „Akademische Dekadenz“ übertitelten Leitartikel wurde den Professoren pauschal „Dummheit, Unfähigkeit, Borniertheit, Primitivität, Hilfsarbeiter-Niveau, Lumpensammler-Horizont, Versagen, Geistlosigkeit, Untauglichkeit, Talentlosigkeit und Unvermögen“ vorgeworfen. Während andere Professoren es vorzogen, auf Angriffe dieser Art nicht zu reagieren, um nicht in eine direkte Konfrontation mit den aufgebracht Studenten zu kommen, wehrte sich Professor Mayer vehement gegen solche Beleidigungen. Er forderte daher den Vorsitzenden der österreichischen Hochschülerschaft Sepp-Gottfried Bieler zu einem Duell.

Die Forderung zu diesem Duell verfaßte Mayer schriftlich und schickte sie als „*öffentliche Herausforderung zum Zweikampf wegen*

Verleumdung“ an den Vorsitzenden der Hochschülerschaft. Auszugsweise heißt es in diesem Schreiben:

„In der Oktober-Nummer der ‚Bilanz‘ wird in dem Leitartikel ... dem Professorenstand u. a. vorgeworfen: Dummheit... Mit Empörung lehnt es die Professorenschaft ab, auf diesem Niveau zu diskutieren. Jedoch fühle ich mich persönlich verpflichtet, das volle Ausmaß ihrer Verantwortung klarzustellen... Sie scheinen sich über den juristischen Aspekt dieser handfesten Beleidigung... nicht im klaren zu sein... Deutlich muß gesagt werden, daß auch reformfreudige Professoren, zu denen ich mich rechne, keine Möglichkeit der notwendigen Zusammenarbeit bei der verantwortungsvollen Lösung wichtiger Zukunftsfragen sehen, wenn sich nicht alle jene Studenten, denen Wahrheit, Recht, Würde, Anstand, eigene, aber auch fremde Ehre (!) noch heute wesentliche Lebensinhalte bedeuten, von jenen ehrvergessenen (!) Funktionären distanzieren...

Einzelheiten des Zweikampfes

Sie haben den Professorenstand und damit auch mich vorsätzlich durch Ihr Veröffentlichungsorgan beleidigt und mich in meiner Ehre tief verletzt. Diese Diffamierung lasse ich nicht auf mir sitzen. Ich verlange Satisfaktion und fordere Sie deshalb zu einem zeitgemäßen ‚Duell‘ in Form eines sportlichen Wettkampfes. Als Beleidigten steht mir die Wahl der ‚Waffen und des Kampfplatzes‘ zu. Da ein Zehnmeter-Turmspringen für Sie zu gefährlich sein dürfte, fordere ich Sie vor allem auch aus pädagogischen Gründen zu einem *Skilanglauf über die klassische Distanz von 42,2 km* heraus. Dabei können Sie im Kampf gegen sich selbst und den inneren Schweinehund bei stundenlangen Meditationen die notwendige Distanz wiedererlangen, durch praktisch geübte Askese ihre persönliche Katastrophe der falsch gehandhabten Wirklichkeit ins Reine bringen und damit die Herrschaft über sich selbst wieder erlangen.

Zeitpunkt: Sonntag, 12. Jänner 1969, 10,00 Uhr; Rundstrecke von 2,1 km wird durch mich im Wienerwald Breitenfurt/Hochroterd vorbereitet (bei Schneemangel Unterberg). Sie bekommen rechtzeitig Nachricht.

Ihrer Nachricht sehe ich mit Hoffnung entgegen, daß Sie, junger Mann, nicht vor einem vielfach kriegsversehrten alten Herren büchsen werden und sich durch Nichtannahme der wohl allgemeinen Beschämung preisgeben. Mir wird die Angelegenheit ein Vergnügen sein. Stets zu persönlichen Diensten bereit!

Hannes Mayer.“

Der Vorsitzende des Zentralausschusses der österreichischen Hochschülerschaft Bieler nahm die Forderung zu diesem „zeitgemäßen Duell“ sofort an. Dieses wurde am 12. Jänner 1969, allerdings nicht im Wienerwald, sondern in Lackenhof am Ötscher bei strahlendem Wetter ausgetragen. In der Fachzeitschrift „Allgemeine Forstzeitung“ vom Februar 1969 heißt es dazu unter der Überschrift „*Langlaufzweikampf Waldbauprofessor Mayer kontra Studentenführer Bieler*“:

„Am Sonntag, dem 12. Jänner, fand in Lackenhof am Ötscher bei strahlendem Wetter der Langlaufzweikampf statt, zu dem der derzeit wohl in der Bevölkerung bekannteste Professor der Hochschule für Bodenkultur, der 47jährige Waldbauprofessor Dr. Hannes Mayer, den derzeitigen Vorsitzenden der österreichischen Hochschülerschaft, den 25jährigen Sepp Bieler, herausgefordert hatte. Das ‚Duell‘, das auf finnischen Langlaufskiern ausgetragen wurde, wurde für die Bevölkerung von Lackenhof zum Volksfest. Bereits in der dritten der 24 Runden zu je 1,8 km überholte Prof. Mayer seinen Kontrahenten. Bieler fiel immer mehr zurück. Er war acht Runden zurück, als Prof. Mayer durch das Ziel ging. Prof. Mayer lief eine Ehrenrunde als Draufgabe mit. Bieler gratulierte dem Sieger, forderte ihn aber gleichzeitig zu einer Fernsehdiskussion über die Hochschulreform, wobei jede Seite die Möglichkeit haben sollte, zwei andere Diskussionsteilnehmer zu bestimmen.“

VI

Wie aus einer Querele um eine Fußnote eine unbequeme Fragestellung wird

Konrad OTT

I. Migrationsethik

Die Migrationsdebatte geht 2023 in die nächste Runde. Die Bundesregierung unterstützt die zivile Seenotrettung bis 2026 mit Bundesmitteln (ca. 2 Millionen € jährlich) und bereitet die Reform des Einbürgerungsrechts und die Möglichkeiten eines „Chancenaufenthaltes“ vor. Aus kosmopolitischen Kreisen wird hinterfragt, warum sich 2015 nicht wiederholen dürfe (Becker 2022). Angesichts der Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine wird gesagt, es dürfe nicht zwischen „guten“ und „schlechten“ Flüchtlingen unterschieden werden: blonde Frauen mit Kindern hier, junge Männer „*of color*“ dort.

Der Begriff des Einwanderungslandes wird vielfach als Hybridbegriff verwendet: Aus der Faktizität des Zuwanderungsbestrebens wird gefolgert, dass man es zu erleichtern habe. „Aber wir sind doch ein Einwanderungsland!“ Der Fehlschluss aus der Zweideutigkeit bleibt entweder unbemerkt oder wird billigend in Kauf genommen. Man tritt weiterhin für eine „humanitäre“ Flüchtlingspolitik ein, weshalb jede, die widerspricht, offenbar „inhuman“ ist. Die ethische Problematik in der Verwendung von Ausdrücken von „Humanität“ liegt darin, dass sie sich dazu eignet, Opponent:innen¹ die Menschlichkeit abzusprechen. Sie werden folglich zu „Menschenfeinden“.

Es ist nicht damit zu rechnen, dass die kosmopolitische Szene sich durch Gründe von ihrer Moral abbringen lässt, worauf ich noch 2016 hoffte. Aufgrund meines Essays „*Zuwanderung und Moral*“ (Ott 2016) wurde ich mit Heinrich Himmler verglichen (Tiedemann 2018). Mein

Wie aus einer Querele um eine Fußnote eine unbequeme Fragestellung wird

Essay wurde mit Himmlers Posener Vernichtungsrede assoziiert. In einer Replik habe ich mich bemüht, die Haltlosigkeit der Argumentation von Herrn Tiedemann im Detail nachzuweisen (Ott 2019). Eine Antwort darauf habe ich nicht erhalten. Direktoren Evangelischer Akademien haben mich zum „Diskursstörer“ erklärt (Picker 2020). Wieso ich, der sich als Diskursethiker seit Jahrzehnten um ein hohes argumentatives Niveau in diversen Bereichen der praktischen Philosophie bemüht, einen bestimmten Diskurs stört, wird von Herrn Picker nicht erklärt. Der Begriff eines Störers impliziert, dass er sachlich nichts beiträgt. Störer erhalten Platzverweise. Inhaltlich setzt sich Herr Picker nicht mit meiner Position auseinander. Ein vereinbarter Vortrag an einer Evangelischen Fachhochschule musste wegen zu befürchtender studentischer Proteste abgesagt werden und ich durfte erleben, wie rasch Hochschulleitungen gegenüber Drohkulissen „einknicken“.

Ein Beispiel für eine unfaire Argumentation in der Migrationsdebatte findet sich bei Schmiedel (2020). Schmiedel unterscheidet zwischen Kommunitarismus und Kosmopolitismus. Dann führt er eine angeblich „vermittelnde“ dritte Position ein, nämlich die von Seyla Benhabib (2016). Suggestiert wird eine „mittlere“ und ausgewogene Position. Daran ist falsch, dass Benhabibs Position der kosmopolitischen Position nahesteht, auch wenn sie nicht so radikal für offene Grenzen plädiert wie Carens (2014). Unter dem Deckmantel einer vermeintlich „dritten“ Position zitiert Schmiedel fast nur noch kosmopolitische Literatur. So produziert man ein geschlossenes Diskursuniversum, in dem sich nur noch Gleichgesinnte tummeln (dürfen).

Als ich einen Aufsatz zum Begriff des Klimaflüchtlings verfasste (Ott 2020), musste ich mit den Herausgebern um eine aus deren Sicht unpassende Fußnote ringen (Ott 2020, S. 176, FN 7). Ich habe in der ersten Fassung der Fußnote dort unter Berufung auf zwei Quellen² darauf aufmerksam machen wollen, dass es eine umfängliche Migrationsindustrie gibt, deren Geschäftsmodell darin besteht, ihren Kunden die Einreise nach Europa zu ermöglichen. Die Quellen entstammten einer Broschüre der Heinrich-Böll-Stiftung, die „rechter“ Propaganda wahrlich nicht zuneigt. Die Herausgeber schlugen vor, diese Fußnote ersatzlos zu streichen, was ich jedoch ablehnte. Letztlich blieb nach einem

Mail-Wechsel eine gekürzte Fußnote mit einem längeren Zitat übrig. Es lautet: „In den 2000er Jahre entstand (. . .) eine gewaltige Industrie. Anwälte, Arbeitgeber, einheimische Mittelsmänner und auch bereits im Land lebende Migranten profitieren von ihrer Tätigkeit als Vermittler. Sie halfen Neuankömmlingen, das bürokratische Labyrinth zu bewältigen, indem sie für sie Formulare ausfüllten und/oder Dokumente fälschten. Migration wurde zu einer Ware. (. . .) Die Legalisierung des Aufenthalts wurde so zu einem Geschäftsfeld“ (Ahmad 2018, S. 63). Ich mache dieses Vorkommnis publik, um darauf hinzuweisen, dass in der Migrationsethik ein Mikro-Kampf um die Grenzen des Sagbaren geführt wird. Der Konflikt um diese Fußnote machte mich stutzig. *Warum soll eine bestimmte Thematik: „Migration als Ware und Geschäftsfeld“ nicht angeschnitten werden?* Ich versuche im Folgenden, diese Frage produktiv zu wenden.

II. Ein illegales Geschäftsmodell

Man kann Fragen der Moral geltungsorientiert oder ideologiekritisch untersuchen. In „*Zuwanderung und Moral*“ habe ich die kosmopolitische Gesinnungsethik immanent geltungslogisch kritisiert und eine verantwortungsethische Alternative skizziert. Die zweite Perspektive ist die eines *historischen Materialisten*, der die politische Ökonomie von Flucht und Migration *ideologiekritisch* thematisiert. Für Materialisten übernimmt die Moral bestimmte Funktionen in einem Geschehen, das wesentlich durch ökonomische Kräfte bestimmt ist. Diese Perspektive möchte ich im Folgenden fokussieren. Ich konzentriere mich auf Migration als *Geschäftsmodell* und auf die Zuerkennung von *Rechten* an F&M.

Ich setze folgendes *empirisch* voraus: Nach der Jahrtausendwende entstand im nahen und mittleren Osten ein neuer illegaler Markt (Ahmad 2018, Ali 2018). Die alten illegalen Märkte betrafen Waffen, Drogen und Prostituierte (Arlacchi 1983); der neue illegale Markt bot an, Menschen nach Europa zu bringen („einzuschleusen“). Dieses Angebot traf und trifft auf eine wachsende Nachfrage, da zunehmend mehr Familien(verbände) zwischen Pakistan und Nigeria die Beträge aufbrin-

Wie aus einer Querele um eine Fußnote eine unbequeme Fragestellung wird

gen können (ca. 6.000 € pro Person). Es werden Finanzierungsmodelle unterbreitet. Es gibt Luxusvarianten mit gefälschten Pässen und Rechtsberatung fürs Asylverfahren sowie Billigvarianten mit sklavenähnlicher Arbeit. Die Umsätze lassen sich leicht errechnen, die Gewinnspannen lassen sich nur grob abschätzen. Ein Schleuserring kassierte in einer Art von Fährbetrieb von Tunesien nach Sizilien zwischen 30.000 und 70.000 € (Rüb 2022). Werden pro Woche 500 Menschen aus Seenot gerettet und in italienische Häfen gebracht, entstehen Einnahmen in Höhe von 3 Millionen € oder \$. Wie die Gewinne innerhalb der, ich sage in normativer Wertung: Mitglieder dieser *kriminellen Banden* verteilt werden, entzieht sich meiner Kenntnis. Ich nenne dieses Geschäftsmodell in gebotener Vagheit „*lukrativ*“. Wie lukrativ es ist, zeigt sich daran, dass es sich nach Süd- und Mittelamerika verbreitet hat.

Da meine Voraussetzungen empirischer und normativer Natur sind, kann ich entweder empirisch oder normativ widerlegt werden. *Empirisch* bin ich widerlegt, wenn dieses skizzierte Geschäftsmodell nicht existiert. Über dessen Details kann man reden, wenn konzediert wird, *dass* es existiert. *Normativ* bin ich widerlegt, wenn man begründet, warum das Geschäftsmodell moralisch zu begrüßen ist: nämlich als eine „humanitäre“ Dienstleistung, die einem guten Zweck zugutekommt: Einwanderung nach Europa. Aber vor dieser Rechtfertigung scheuen die Kosmopoliten zurück. Nicht widerlegt bin ich, wenn man von dem Geschäftsmodell abstrahiert, so als gäbe es etwas nicht, wovor man die Augen verschließt, ja: verschließen *will*. Oder sagt, diese Debatte „leite Wasser auf die Mühlen der Rechten“.

Ich setze hypothetisch voraus, dass die Seenotrettung vor der nordafrikanischen Küste mit diesem Geschäftsmodell in einer strukturellen Beziehung steht. Ich beziehe mich im Folgenden auf den Falltypus der Seenotrettung. Ausgehend von diesem Situationstyp rekonstruiere ich eine *Kette von Rechten*. „Rekonstruktion“ meint, dass ich nachzeichne, wie die Glieder der Kette ineinandergreifen. Das Ergebnis indiziert, dass das Geschäftsmodell *ceteris paribus* eine blühende Zukunft vor sich hat.

III. Die Kette der Rechte

Das erste Recht (*R-1*) ist das Recht für F&M, das Gebiet des Staates Libyen auf dem Seeweg zu verlassen. Das zweite Recht (*R-2*) ist ein Recht auf Rettung aus Seenot. Als „schiffbrüchig“ gilt u.a., wer sich auf einem nicht manövrierfähigen Schiff befindet. Damit haben alle F&M dann, wenn sie schiffbrüchig sind, ein völkerrechtlich verbrieftes Recht, von allen Akteuren gerettet zu werden, die sich in ihrer Nähe befinden. Das Seerecht ging dabei von dem Hintergrund der Hochseeschifffahrt aus: Fälle von Seenot sind *erstens* keine regelmäßig auftretenden Situationen und *zweitens* begibt sich niemand freiwillig in Seenot. Das Seerecht geht *drittens* ursprünglich davon aus, dass es zufallsbedingt ist, ob sich ein anderes Schiff in der Nähe ist. Diese drei Randbedingungen werden vor der libyschen Küste problematisch: Menschen werden dort gezielt in Seenot gebracht bzw. bringen sich selbst in Seenot, dieses In-Seenot-Bringen geschieht regelmäßig im Kontext des besagten Geschäftsmodells, und zivile Rettungsschiffe begeben sich in die Seegebiete, um zur Rettungstat eilen zu können. Dieser Situationstyp war im „klassischen“ Seerecht nicht vorgesehen, aber die Normen des Seerechts können auf ihn angewendet werden. Aus dem *Muster* der Rettungssituation kann man das Geschäftsmodell nicht abstrahieren.

Das dritte Recht (*R-3*) ist das Recht von Geretteten, in einen „sicheren Hafen“ gebracht zu werden. Hier überkreuzen sich Seerecht und Menschenrechte. Häfen in Libyen werden von den Rettern nicht als sichere Häfen anerkannt. *R-3* ist damit ein Recht auf Anlandung in europäisches Territorium. Dies bedeutet eine Aufnahme in die normative Ordnung der EU, die menschenrechtlich geprägt ist. *R-3* ist objektiv im Interesse der Banden, denn sonst fließt kein Geld.

Das vierte Recht (*R-4*) ist das Recht, einen Antrag auf Asyl stellen zu dürfen. Das Asylverfahren muss rechtsstaatlichen Qualitätsmerkmalen entsprechen; so steht jedem F&M der Rechtsweg offen, wenn eine Behörde den Asylantrag abschlägig bescheidet. Diese Rechtsweggarantie ist ein fünftes Recht (*R-5*). Das nächste Recht (*R-6*) wäre das von den F&M-Helfern geforderte Recht auf volle Freizügigkeit im Schengen-

Wie aus einer Querele um eine Fußnote eine unbequeme Fragestellung wird

Raum, d.h. das Recht, den Aufnahmestaat wählen zu dürfen. R-6 wäre ein Recht auf *Sekundärmigration* innerhalb der EU.

Das Asylverfahren dient dem Zweck, Flüchtlinge von Migranten zu unterscheiden. Der normative Sinn, den wir mit Asylverfahren verbinden, läuft auf die Legitimität auch von Rückführungen hinaus. Rückführungen sind für das Geschäftsmodell schlecht; denn ein Kunde verliert seinen Einsatz. Zu Hause gilt er womöglich als „*loser*“. Aus Sicht der Banden müssen Rückführungen also delegitimiert, skandalisiert und minimiert werden. Genau daran arbeiten die Kosmopoliten.

Faktisch entsteht aus der Verbindung von Asylverfahren, Duldungspraktiken, Rückführungshindernissen und „Spurwechseln“ ein informelles Bleiberecht (R-7). Kettenduldungen werden dahingehend kritisiert, dass sie psychisch unzumutbar seien. Bleibeperspektive impliziert ein Recht auf Familiennachzug (R-8). Hinzukommt der rechtliche Anspruch auf eine möglichst rasche Einbürgerung (R-9). Hier hat Deutschland eine Gesetzeslage geschaffen, die Ausländern einen Rechtsanspruch gegen den deutschen Staat verschafft. Seither arbeitet die Flüchtlingsszene an der Abschwächung der Kriterien. Sie würdigt diese Reform nicht, sondern warnt, dass der Rechtsanspruch ausgehöhlt werden könne.³ In Wirklichkeit ist er immer weiter gestärkt wurde. R-7 und R-9 implizieren den Schutz durch alle übrigen Grundrechte des GG: Religionsfreiheit, Schutz der Familie und nicht zuletzt ein Diskriminierungsverbot, das sich auf weite Gebiete des sozialen und kulturellen Lebens erstreckt. Zu R-9 tritt noch ein Anrecht auf doppelte Staatsbürgerschaft (R-10), das in Zukunft nach den Plänen der Bundesregierung keine Ausnahme mehr sein soll. Ich gebe mit Michael Walzer all jenen recht, die warnen, das Gut der Staatsangehörigkeit zu inflationieren. Die doppelte Staatsbürgerschaft dient aber dem Geschäftsmodell und der Zufriedenheit der Kundschaft. R-9 impliziert das soziale Recht auf Bürgergeld (R-11). R-9 und R-11 sind natürlich im Interesse des Geschäftsmodells. Wer zum deutschen Staatsbürger wird, für den/die hat sich der Betrag, den die Banden erhalten haben, in jedem Falle gelohnt, unabhängig davon, ob man arbeitet. 6.000 € entsprechen 1 Jahr Grundsicherung ohne Miet- und Heizkosten. Die Gewinnzone wird also rasch und bequem erreicht. Es dürfte sogar einiges für die „*remittances*“ übrigbleiben. Da-

mit ist für die Eingebürgerten ein hohes Maß an sozialer Freiheit erreicht worden.

Hinkommt ein Anspruch auf Integration, die als Teilhaberecht interpretiert wird: *R-12*. *R-12* impliziert ein komplexes Pflichtenheft für die Aufnahmegesellschaft. Im Falle von Misserfolgen wird in der Form einer Selbstanklage an die „Dominanzgesellschaft“ gefragt, was „wir“ falsch gemacht haben könnten. Werden migrantische Milieus straffällig, so wird, wie im Januar 2023 in Berlin, nachdem die Bestürzung artikuliert wurde, rasch ein neues Programm für integrierende Jugendarbeit auf den Weg gebracht. Die *R-12*-Strategie lautet: Viel bieten und wenig fordern. Das ist ganz im Sinne des Geschäftsmodells.

Fazit: Es ist widersprüchlich, die Kette der Rechte anzuerkennen und F&M als nahe rechtlose Opfer der repressiven Asyl-Governance einer rassistischen Dominanzgesellschaft zu figurieren, etwa als „*homo sacer*“ (Agamben). Intern haben die Kosmopoliten diese Figuration längst aufgeben (Schulze Wessel 2018). Die Bestrebungen, F&M möglichst viele Rechte zu geben und Aufnahmestaaten entsprechend in die Pflicht zu nehmen, sind überaus erfolgreich gewesen und werden fortgesetzt. Diese Kette der Rechte *R-1* bis *R-12* kommt einem funktionalen Äquivalent für ein Recht auf globale Freizügigkeit (*R-13*), d.h. den „*open borders*“ (Carens 2014) nahe. *R-13* ist für viele Kosmopoliten das avisierte Endziel. Ihre Maxime dürfte lauten: *Minimiere die Differenz zwischen dem Set der Rechte für F&M und dem idealen Endziel!*

IV. Geschäftsmoral

Wir dürfen fragen, wie sich die Kette der Rechte und die entsprechenden Praktiken der Unterstützer *sub specie* des Geschäftsmodells darstellt. Diese Perspektivierung folgt der Marxschen Einsicht, wonach Menschen in einer durch ökonomische Verhältnisse geprägten Welt ihre Verhältnisse illusionslos betrachten sollten. Mit Collier (2013, S. 38f) können wir folgende ökonomische Faktoren von F&M identifizieren: *a) gap in income*, *b) migration as investment*, *c) costs of migration*, *d) size of diaspora*. Für Collier ist die Auslandsdiaspora wichtig für die Sen-

Wie aus einer Querele um eine Fußnote eine unbequeme Fragestellung wird

kung der Migrationskosten. Die Willkommenskultur wirkt ähnlich wie die Diaspora. Beide ergänzen sich.

Wir müssen uns das Geschäftsmodell als „gewaltige Industrie“ (Ahmad 2018) vorstellen. Diese Industrie ist dezentral organisiert und *in toto* nicht zu verhindern. Einzelne Einheiten mögen zerschlagen werden; als dezentrales Netz wird das Geschäftsmodell absehbar fortbestehen. Aus der Perspektive eines Kunden und seiner Familie handelt es sich um eine hochriskante Investitionsentscheidung. Der Kontrakt ist erfüllt, sobald die Kunde europäischen Boden erreicht hat: die Zahlung wird dann fällig. Häufig werden keine Vorauszahlungen verlangt; die Banden können sich darauf verlassen, dass die Gelder eingehen (Ali 2018, S. 97). Die Geldüberweisungssysteme scheinen gut zu funktionieren. Nicht die Ärmsten der Armen lassen sich auf diesen Handel ein, sondern mehrheitlich Mitglieder der Mittelschichten.

Es ist eine langfristige Erfolgsbedingung des Geschäftsmodells, dass möglichst viele F&M in Europa Fuß fassen können. Dann nämlich gibt es viele zufriedene Kunden, die sich entsprechend äußern: „*success stories*“, die in migrantischen Netzwerken als Fotos, Narrative, E-Mails, Geldüberweisungen und Routenbeschreibung kursieren. Diese Bewerbung durch Kunden macht potentiellen Kunden Mut, das Risiko einzugehen, und das Geschäft „blüht“. Also müssen für die Kunden Kosten und Risiken sinken, damit für die Banden Umsatz und Gewinne steigen. Je häufiger die „glücklichen Ausgänge“ und je regelmäßiger die Rücküberweisungen in die Heimatländer, umso mehr neue Kunden kann das Geschäftsmodell generieren, da es sich (mit Hilfe des europäischen Sozialsystems) zunehmend selbst finanziert. Wer das Risiko scheut, erscheint zu Hause als feige (Ali 2018).

Aus Sicht der Vertragspartner sind Tod und Rückführung zu vermeiden. Aus Sicht der Kundschaft ist das „*failure*“. Verschiebt sich das Verhältnis von „*success*“ und „*failure*“ merklich, hat dies sofort Auswirkungen auf das Geschäftsmodell. Also muss das Geschäftsmodell „*success*“ maximieren und „*failure*“ minimieren. Dabei übernimmt die Willkommenskultur wichtige Funktionen. Aus der Perspektive des Geschäftsmodells ist die Anlandung in Europa der erste Schritt einer „*value-chain*“-Logistik, die der Kette der Rechte entspricht. Bei R-7 ist

der Erfolgsfall eingetreten, R-10 ist „voller Erfolg“. Die Forderungen nach „Bleiberecht für alle“ und rascher Einbürgerung entsprechen exakt den Interessen des Geschäftsmodells. Mit nüchternen Augen betrachtet, übernimmt die Helferszene mehrere wichtige Funktionen bei der Generierung von „*success*“: a) Kontrolle der Behandlung der Kundschaft durch europäische Staaten, b) Kundenbetreuung durch Willkommenskultur, c) Protest gegen Rückführung, d) Ideologiebildung durch Moralisierung.

V. Was tun?

Ich sage *nicht*, dass die Kosmopoliten absichtlich mit den Banden kooperieren oder von ihnen entlohnt werden. Sie stehen auf keiner „*pay roll*“. Indem sie aufgrund ihrer moralischen Doktrin zugunsten von Personen agieren, von denen längst nicht alle, aber viele Kunden eines illegalen Geschäftsmodells sind, handeln sie *ipso facto* auch zugunsten der Anbieter. Nennen wir solches Handeln daher „*complicity on behalf*“.

Die Willkommenskultur möchte „*success*“ mehren; darin geht ihr Interesse mit dem der Schleuserbanden konform. Ist man nicht dazu bereit, „*failure*“ zu vermehren, muss man den Dingen ihren Lauf lassen und sich auf eine zunehmend (post)migrantisch geprägte Gesellschaft einstellen, was immer diese mit sich bringen mag. Ich glaube nicht, dass die deutsche Gesellschaft die Energien aufbringen wird, einen zähen Kampf gegen dieses Geschäftsmodell aufzunehmen. Aber – und das ist ja der Zweck des Jahrbuchs – es bleibt die Freiheit, den Geltungsanspruch in den Diskurs einzuführen, dass bestimmte Verhaltensweisen nicht nur, aber auch „*complicity on behalf*“ von Kriminellen sind. Man glaubt, als Streiter für die gerechte Sache notleidender Menschen auf einem hohen moralischen Kampffrost zu sitzen, und ist (in Wirklichkeit) ein nützlicher Idiot von Halunken, mit Dylan: „*only a pawn in their game*“.

Wie aus einer Querele um eine Fußnote eine unbequeme Fragestellung wird

Literatur

- Ahmad, Ali Nobil (2018): Topographie der Komplexität – Über Migration, nach, in, und aus Pakistan. In: Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): ‚Die Orangen in Europa schmecken besser‘. Berlin: HBS, S. 31-67.
- Ali, Nimo-Ilhan (2018): ‚Die Orangen in Europa schmecken besser‘ – Junge Somalis und ihr gefährlicher Weg nach Europa. In: Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): ‚Die Orangen in Europa schmecken besser‘. Berlin: HBS, S. 75-99.
- Arlacchi, Pino (1989): Mafiose Ethik und der Geist des Kapitalismus. Frankfurt/M.: Cooperative.
- Becker, Uwe (2022): Deutschland und seine Flüchtlinge. Bielefeld: Transcript.
- Benhabib, Seyla (2016): Die Rechte der Anderen. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Carens Joseph (2014): The Ethics of Immigration. Oxford: Oxford University Press.
- Collier, Paul (2013): Exodus. London: Penguin.
- Kersting, Daniel, Leuoth, Marcus (Hg.): Der Begriff des Flüchtlings. Stuttgart: Metzler.
- Ott, Konrad (2016): Zuwanderung und Moral. Stuttgart: Reclam.
- Ott, Konrad (2019): Ideologiekritik als üble Nachrede. Kritische Justiz, Vol. 52(2), S. 221-224.
- Ott, Konrad (2020): ‚Klimaflüchtlinge‘: Zur Komplexität der Begriffsbildung. In: Kersting, Daniel, Leuoth, Marcus (Hg.): Der Begriff des Flüchtlings. Stuttgart: Metzler, S. 157-178.
- Ott, Konrad, Riemann, Moritz (2018): On Flight Reasons – Persecution, Escape, Displacement.
- Picker, Christoph (2020): Flüchtlingsethik. Paderborn: Brill.
- Rüb, Matthias (2022): Schleuserring zerschlagen. FAZ vom 18.11.2022, S. 8.
- Schmiedel, Ulrich (2020): Migration. Ethisch-Evangelisch: Ethik Lexikon. Zugriff 7. Februar 2023.
- Schulze Wessel, Julia (2018): Who Belongs to the Demos of Democracy? In: Besier, Gerhard, Stoklosa, Katarzyna (Eds.): How to Deal with Refugees. Zürich: LIT, S. 77-86.
- Tiedemann, Paul (2018): ‚Gesinnungsethik‘ und ‚Verantwortungsethik‘ in der Debatte zum Flüchtlingsschutz. Kritische Justiz Vol. 51, Heft 4, S. 2-13.

Anmerkungen

- ¹ Der Text entstand mehrere Monate vor dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine. Die hier benutzte Analogie sollte mit der Berichterstattung über das *reale Kriegsgeschehen* nicht verwechselt werden.

- ¹ Dem Sprachbild zuliebe wird im Folgenden die maskuline Inklusion verwendet. Gemeint sind immer Personen aller Arten von Geschlechtlichkeit.
- ² Ahmad, Ali Nobil (2018): Topographie der Komplexität – Über Migration, nach, in, und aus Pakistan. In: Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): ‚Die Orangen in Europa schmecken besser‘. Berlin: HBS, S. 31-67.
Ali, Nimo-Ilhan (2018): ‚Die Orangen in Europa schmecken besser‘ – Junge Somalis und ihr gefährlicher Weg nach Europa. In: Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): ‚Die Orangen in Europa schmecken besser‘. Berlin: HBS, S. 75-99
- ³ So der Arbeitskreis von Bündnis 90/Grüne. Vgl. „Magazin der Grünen“, Nr. 17, 2020. Gefordert wird ein Anspruch auf Einbürgerung für anerkannte Flüchtlinge nach 3 Jahren.

Recht und Moral – Gedanken zur (österreichischen) Asyldebatte

Elmar SAMSINGER

Ein Schlaglicht

Eine Lehrerin berichtete mir kürzlich vom *Berufswunsch* eines Schülers, dessen Vater und mit ihm der ganzen Familie Asyl in Österreich gewährt wurde. Nicht Automechaniker oder EDV-Fachmann nannte er, nein, wie aus der Pistole geschossen lautete sein Wunsch: AMS – sprich, Unterstützung vom Arbeitsmarktservice. Erfolgreiche Integration sieht wohl anders aus, und das ist leider kein Einzelfall.

Solche Geschichten dienen der rechten Reichshälfte zur ausländerfeindlichen Stimmungsmache. Die Linke leugnet oder ignoriert solche Aussagen, „weil nicht sein kann, was nicht sein darf.“ Polarisierung und Realitätsverweigerung sind angesagt – nicht nur in der österreichischen Ausländerdebatte. Man streitet über moralische Postulate, statt über tragfähige Lösungen den Konsens zu suchen. Ich war zwei Jahrzehnte Richter in Asyl- und Fremdenangelegenheiten und Leiter der Länderdokumentation des Gerichts, ich weiß wovon ich rede.

Die Realität

1. Asyl ist ein völkerrechtlich und verfassungsrechtlich abgesichertes und für viele Menschen überlebenswichtiges Rechtsgut in entwickelten und funktionierenden Rechtsordnungen zumeist westlich orientierter, wohlhabender Staaten. Allerdings haben wirtschaftlich schwache Staaten, etwa der Libanon (12,5% der Bevölkerung) und Jordanien (6,3%), oder Länder, die wegen ihrer Menschenrechtspolitik vom Westen regelmäßig scharf kritisiert werden, wie die Türkei (4,4%), der Sudan (2,5%) und weitere Staaten der *zweiten* und *dritten* Welt Millionen Flüchtlinge aufgenommen – vielfach pro Kopf der Bevölkerung erheblich mehr als

die unter der Flüchtlingslast stöhnenden Europäer.¹ In Deutschland, als dem in Europa am stärksten belasteten Land, beläuft sich die Prozentzahl auf 1,5%. Europa hat 2021 etwa 10% der weltweiten Flüchtlinge aufgenommen, das sind rund 2,7%. Die meisten Asylanträge wurden in den letzten Jahren von Syrern und Afghanen gestellt. In der aktuellen Flüchtlingskrise 2022 zählt Österreich mit absehbaren 100.000 Asylanträgen wieder einmal zu den Topländern in der *Europäischen Union*.²

2. Angesichts der Flüchtlingsströme stoßen unsere international und innerstaatlich verankerten asylrechtlichen Garantien zunehmend an Grenzen. Sie funktionieren auf den inzwischen sehr hohen Standards nur, wenn die Zahl der Schutzsuchenden überschaubar bleibt. Für Massmigration sind die meisten Staaten und die EU administrativ und finanziell immer weniger gerüstet. Das zeigen seit Jahren die alarmierenden Probleme bei der Flüchtlingsunterbringung etwa in Griechenland oder Italien. Zu Jahresende 2022 mussten auch in Österreich Flüchtlinge in Zelten untergebracht werden. Solidarität bei ihrer Verteilung innerhalb der EU gibt es nicht. Ebenso gelingt es nicht, Schlepperrouten nach Europa zu schließen. Stattdessen hagelt es von NGOs und *UNHCR* auch nicht berechtigte Kritik an der EU-Grenzschutzagentur *FRONTEX*, die bis zu Forderungen nach deren Abschaffung reichen. Man fühlt sich an die Willkommenskultur der deutschen Kanzlerin 2015 erinnert. Derartige Zustände machen verständlich, dass die Bevölkerung dem Zustrom von Fremden immer kritischer gegenübersteht, wobei zwischen Asyl und Migration selten differenziert wird.

3. Der ursprünglich klare Rechtsbegriff des Asyls wurde vor dem Hintergrund eines sensibleren Rechtsverständnisses, der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Aufnahmeländer und nicht zuletzt durch die Judikatur von Höchstgerichten in einer Weise ausgedehnt, wie es die *Genfer Flüchtlingskonvention* 1951 (GFK) nicht intendiert hat. Der *Europäische Gerichtshof für Menschenrechte* in Straßburg (*EGMR*) schafft mit seinen zuweilen extensiven Rechtsinterpretationen verselbstständigtes Richterrecht. Aus Sicht der Gewaltenteilung stellen sich damit Fragen nach der demokratischen Legitimation dieser weitreichenden und substantiellen Fortentwicklungen. Man beobachtet die Aufweichung des

Asylbegriffs in Richtung eines Zuwanderungsrechts. Deutschland hat daher nicht zu Unrecht die Verfassung über Entscheidungen des *EGMR* gestellt.

4. Doch auch die österreichischen Gerichte des öffentlichen Rechts – *Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshof* – bringen durch ihre Judikatur die Vollziehung des Asyl- und Fremdenrechts oft an ihre Grenzen. Einzelne Judikate sind schlicht weltfremd und lassen einen Weitblick der Entscheidungsorgane im Hinblick auf die daraus abzuleitenden Konsequenzen oftmals vermissen. Das öffentliche Interesse an einem raschen, sachgerechten, effizienten und sparsamen Vollzug des Asyl- und Fremdenrechts steht nicht im Vordergrund. Höchstrichter haben vielfach nie bei einer Erstbehörde gearbeitet. Sie kennen daher die praktischen Probleme nicht, die ihre Entscheidungen hervorrufen können und die mit ein wenig Augenmaß vermeidbar wären. Die seit Jahren unbefriedigenden Abschiebungszahlen gründen auch in zuweilen sophistischen Judikaten des Verwaltungs-, derzeit besonders des Verfassungsgerichtshofs: Im ersten Halbjahr 2022 gab es trotz einer beträchtlichen Zahl rechtsgrundlos in Österreich aufhältiger Drittstaatsangehöriger neben 2.781 freiwilligen Ausreisen nur 1.602 Abschiebungen. Unter den Top 10 findet sich erst an 8. Stelle mit *Nigeria* ein großes außereuropäisches Land. Dorthin gelangen ganze 32 Abschiebungen.³

Ich erinnere mich an eine Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofs, in dem dieser die entscheidungsrelevanten Fragen: „*Wollen Sie freiwillig in den Herkunftsstaat zurückkehren, werden sie sich einer Abschiebung widersetzen?*“ als unzulässige Suggestivfragen wertete. Damit wäre Schubhaft mit einem Schlag weitgehend unvollziehbar geworden. Ich habe diese Fragen in Verhandlungen weiter gestellt und in einer Folgeentscheidung dem Schubhaftsenat die Definition der *Suggestivfrage* in *wikipedia* nahegelegt. Die Empörung war groß, es blieb aber bei diesem einmaligen Ausreißer des VwGH. Offenbar haben auch andere die Höchstrichter auf die Konsequenz ihrer Fehlentscheidung hingewiesen. An dieser Stelle sei erinnert, dass Asyl- und Fremdensenate des Verwaltungsgerichtshofs die Vollziehung wesentlicher Teile des Asylgesetzes bereits einmal zur Unvollziehbarkeit führten. Die Politik hat darauf rea-

giert, indem sie den *Asylgerichtshof* installierte und den Rechtszug an das Höchstgericht EUrechtskonform von 2008 bis 2013 ausschloss. Das sollte zu denken geben. Andererseits ist das Verhältnis der Instanzen zueinander: Fremdenbehörde – Bundesverwaltungsgericht – Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshof – zuweilen nicht friktionsfrei und man ist rasch dabei, *Fehlentscheidungen* des anderen zu kritisieren. Über die große Zahl sachgerechter Entscheidungen spricht man dagegen viel seltener.

5. Die auch aus den genannten Gründen zunehmend hilf- und visionslos agierende Migrations- und Asylpolitik hält sich seit vielen Jahren nur durch konzeptlose Regelungen nach dem Motto „*Loch auf Loch* zu“ über Wasser. Die Qualität der Gesetzgebung ist inzwischen erbarmungswürdig. Gesetzssystematik, ja selbst der sprachliche Ausdruck, spielen immer weniger eine Rolle. Die inkonsistente Gesetzeslage führt zu widersprüchlichen und unverständlichen Bestimmungen, die auch von erfahrenen Verwaltungsbeamten und Richtern kaum mehr in ein System zu bringen sind. Doch statt sich des know-hows der eigenen Beamenschaft zu bedienen, werden oft für viel Geld fragwürdige *Beratungsfirmen* und *Experten* engagiert. Die Gefahr der Unvollziehbarkeit des Asyl- und Fremdenrechts steigt. Archivarischer Fleiß und viel Fantasie sind in dieser menschenrechtlich wichtigen Materie heute unumgänglich. Vom einfachen Zugang zum Recht kann längst keine Rede mehr sein.

6. Es ist in funktionierenden Rechtsstaaten selbstverständlich, dass Rechtsvertreter und NGO's – allen voran *Amnesty International* – die Interessen von Schutzsuchenden bestmöglich vertreten. Sie tun dies auch, wobei bei manchen NGO-Vertretern missionarischer Eifer zu beobachten ist. Das öffentliche Interesse nach einem sachgerechten, effizienten und sparsamen Vollzug des Asyl- und Fremdenrechts steht nicht auf ihren Fahnen. Dazu zählt naturgemäß auch *UNHCR*. Bedenklich wird es, wenn Verfahrensvertreter in nicht wenigen offensichtlich aussichtslosen Fällen dennoch mit allen Mitteln Asyl oder subsidiären Schutz für ihre Mandanten zu erzwingen suchen. Das führt zu unbegründeten Folgeanträgen und aussichtslosen Rechtsmitteln, um das Verfahren in die

Länge zu ziehen. Der dadurch verursachte lange Aufenthalt soll zu einem Bleiberecht quasi durch *Ersitzung* verhelfen. Ein weiterer Grund ist die Ermöglichung des Familiennachzugs. Mit dieser Vorgangsweise belasten Flüchtlingsvertreter Asylbehörden und Gerichte über Gebühr, produzieren unnötige Kosten und tragen letztlich zu einer Desavouierung des Flüchtlingsschutzes bei. Sinnvoller wäre es in vielen Fällen jedenfalls, statt aussichtslose Verfahrensschritte einzuleiten, Asylwerber zu einer freiwilligen Rückkehr in den Herkunftsstaat zu bewegen, wofür auch staatliche Unterstützung zur Verfügung steht. In der Praxis hat sich durch die Auslagerung der Rechtsberatung und Vertretung in eine GmbH des Bundes (*Bundesagentur für Betreuungs- und Unterstützungsleistungen*) wenig geändert, da Leitungsfunktionen und eine Reihe von Mitarbeitern aus dem NGO-Bereich kommen und in Beratung und Verfahrensvertretung unabhängig und weisungsfrei sind.

7. Für die Unzufriedenheit breiter Teile der Bevölkerung mit der Ausländerpolitik in Österreich sind auch Massenmedien ursächlich mitverantwortlich. In der Berichterstattung wird gerne vereinfacht, polarisiert und aufgewiegelt, wobei sich Journalisten gerne von NGOs vor sich hertreiben lassen. Dann ist oft vom Versagen der Behörden, Fehlentscheidungen der Gerichte, Ausländerfeindlichkeit und Rassismus die Rede. Umgekehrt sind Ausländerkriminalität, Asylmissbrauch oder das Schleppeurwesen immer gut für grelle Schlagzeilen – *bad news are good news*. In der kontroversiellen Debatte ist man dann rasch mit Etikettierungen wie *rechtsradikal* oder *gutmenschlich* bei der Hand. Sach- und Rechtsargumente zählen meist nicht, nur die *bessere* Moral. Massenmedien als selbsternannte *vierte Staatsgewalt* spielen hier oft eine unverantwortliche, zuweilen beschämende Rolle – auch der *ORF*. Rufe nach mehr Distanz zur Politik und Stärkung des Qualitätsjournalismus kommen daher zunehmend aus der Medienbranche selbst.

Lösungsansätze

1.) Menschen, die asylrechtlichen Schutz benötigen, sollen ihn auch bestmöglich erhalten. Ihre nachfolgende Integration sollte für Staat und

Gesellschaft ein vordringliches Anliegen sein. Die Realität sieht allerdings anders aus. Ein überdurchschnittlich hoher Anteil der anerkannten Flüchtlinge und subsidiär Schutzberechtigten ist in Österreich heute ohne Beschäftigung; Bildungsfachleute beklagen mangelnden Deutschkenntnis ihrer Kinder. Auch das einleitend wiedergegebene Zitat zeigt bestehende Missstände auf. Ohne ambitioniertere Anstrengungen wird sich daran nichts ändern. Investitionen in Schule und Fortbildung und die rasche Integration der Neuankömmlinge in den Arbeitsmarkt spielen die aufgewandten Kosten auch wieder herein. Ein weiterer Integrationsanreiz könnte sein, in überschaubarer Zeit auch die Staatsbürgerschaft erwerben zu können. Versäumnisse bei der Integration führen nicht selten zu Vorbehalten in der Bevölkerung gegen das Recht auf Asyl und subsidiären Schutz. Ohne Akzeptanz verliert ein Menschenrecht dann rasch an Gewicht.

2.) Menschen, denen kein Schutzrecht zusteht, sind in ihre Herkunftsländer zurückzuführen. In Österreich und allen anderen europäischen Staaten kann nur ein verschwindender Bruchteil der erlassenen Ausweisungsentscheidungen auch tatsächlich durchgesetzt werden. Abschiebungen in Länder wie Afghanistan oder Syrien sind oft praktisch unmöglich und werden von Höchstgerichten gar nicht oder nur sehr restriktiv für zulässig erklärt. Andere Herkunftsländer, etwa die Magrebstaaten, nehmen ihre Staatsbürger nur ungern zurück und erschweren oder verhindern daher zulässige Abschiebungen. Zielführend wären hier Rücknahmeabkommen, um problemloser Heimreisezertifikate zu erlangen. Dafür müssten die EU oder Einzelstaaten Anreize schaffen, die allerdings mit wirksamen Druckmitteln zu verbinden wären, um nicht erpressbar zu werden. Zuckerbrot und Peitsche also. Aus wirtschaftlichen und politischen Überlegungen – gerade aktuell begehrte Gaslieferungen aus afrikanischen Ländern – unterlässt man es jedoch, diesen Herkunftsländern näherzutreten. Etwas entschärft wäre das Problem, wenn man den Druck auf abgelehnte Asylwerber in Richtung freiwilliger Rückkehr erhöhen könnte. Angesichts des bestehenden Abschiebungsstaus wäre die EU gut beraten, umgehend entsprechende Lösungsvorschläge zu erarbeiten. Den Protest mancher Politiker und NGOs wird man

aushalten müssen. Ohne Lösung wird der Druck von der Straße weiter ansteigen.

3.) Sinnvoll wäre ein europäischer Vergleich der Vollziehung des Asyl- und Fremdenrechts im Sinne einer *Best Practice*. In diesem Rahmen sollte man auch eine Gegenüberstellung der Judikatur der österreichischen Höchstgerichte mit jener anderer EU-Staaten einbeziehen. Ergebnis könnte sein, dass es bei der Auslegung von EU-Richtlinien und nationaler Gesetze unter Berücksichtigung der Judikatur des EGMR sowie im Gesetzesvollzug auch weniger formalistische, pragmatischere und praxisgerechtere Lösungen gibt, ohne dabei den Rechtsschutz zu beeinträchtigen. Für die Erstellung solcher Studien benötigt man keine kostspieligen externen *Experten*, da man auf eine Reihe qualifizierter Juristen in der Bundesverwaltung und allenfalls beim Bundesverwaltungsgericht zurückgreifen kann.

4.) Asyl- und Fremdenrecht sind keine Instrumente der Migration. Eine angesichts der Überalterung der Bevölkerung wohl gebotene Zuwanderung ist Aufgabe geordneter und selbstbestimmter Migrationspolitik. *Familiennachzug* und *Heiratsmigration* sind menschlich verständlich, Europa benötigt jedoch in erster Linie gut ausgebildete und leistungsbe-reite Zuwanderer, die auch das Sozialsystem mitfinanzieren. Hier könnte man die *Niederlassungs- und Aufenthaltsschiene (NAG)* weiter öffnen, um Druck von der Asylschiene zu nehmen. Aufenthaltsbeendende Rückkehrentscheidungen nach abgelehntem Asyl gegen Ärzte, Pflegekräfte oder dringend benötigte Fachkräfte sind Unsinn. Mir fällt dazu auch Innenminister *Strasser* ein, der seinerzeit seine *Effizienz* durch Abschiebung gut integrierter Lehrlinge zu demonstrieren suchte. Hier bessere Lösungen zu finden erfordert nur den Willen zu Kreativität und Flexibilität.

5.) Gerade ist aus den Reihen der *Österreichischen Volkspartei* der Ruf nach einer Reform der *Europäischen Menschenrechtskonvention* im Sinne einer Anpassung an die heutigen Gegebenheiten erfolgt. Dieser unüberlegte und kontraproduktive Vorstoß erntete überwiegend Ablehnung. Nicht die *EMRK*, sondern dynamische Fortentwicklungen

durch den *Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte* und nationale Höchstgerichte sowie durch Verordnungen des Europäischen Parlaments und des Rates, insbesondere die *Status-, Aufnahme-, Verfahrens- und Rückführungsrichtlinie* sowie die *Dublinverordnung* sind zu hinterfragen. Angesichts des beständigen und ungleich verteilten Massenansturms von Flüchtlingen in Europa wird man wohl bei einigen Bestimmungen adäquatere Lösungen andenken müssen. Zugleich sind nationale Gesetzgeber berufen, sämtliche Spielräume in EU-Richtlinien auch auszuschöpfen. Generelle Denkverbote, wie sie gerade von manchen Politikern und NGOs hinausposaunt werden, sind jedenfalls nicht hilfreich und zeugen von fehlendem Problembewusstsein.

6.) Zum Schluss ein grundsätzlicher und letztlich allein zielführender Lösungsansatz: Beginnen wir doch die Reichtümer dieser Welt gerechter zu verteilen und Korruption zurückzudrängen. Diese Forderung richtet sich an alle Staaten. Alle müssen, wie beim Umweltschutz, ihren Anteil leisten. Menschen, die ausreichend Essen, Wasser, ein Dach über dem Kopf, Arbeit, Medizin, Bildung für die Kinder und ihre Altersversorgung gesichert sehen, werden selten zu Auswanderern. Die Zahl der Wirtschaftsflüchtlinge würde rasch und massiv zurückgehen. Das gravierende und noch zunehmende Wohlstandsgefälle zwischen den Kontinenten ist eine sichere Geschäftsgrundlage für die weltweite Schlepper- und Menschenhandelsmafia. Gegen sie helfen weder teure Grenzbefestigungen noch ständig novellierte Asyl- und Fremden Gesetze. Die Nationalstaaten und die EU werden dem Migrationsdruck künftig immer weniger entgegenzusetzen haben. Bereits heute lässt der unregelmäßige Massenzug schwerwiegende gesellschaftliche, politische und soziale Verwerfungen und gewaltige Kosten erwarten. Wirksame Hilfe vor Ort ist daher ein Gebot der Stunde.

Conclusio

Für meine jüngeren Richterkollegen hoffe ich, dass sie am Ende ihrer beruflichen Tätigkeit keine resignierende Bilanz ziehen müssen. Ich habe tausende Berufungsentscheidungen getroffen, die inhaltlich letztlich zahnlos und damit eigentlich überflüssig waren. Wer es nach Österreich

geschafft hat, ist in aller Regel geblieben – mit einem Aufenthaltstitel von mir problemlos, ohne einen solchen durch Aussitzen und Untertauchen. Illegale Einreise und Asylmissbrauch blieben in zahllosen Fällen ohne Sanktion. Positive Asylentscheidungen und unterstützende Integrationsmaßnahmen ermöglichten andererseits vielen Schutzbedürftigen den Schritt in ein sichereres Leben. Zudem habe ich in Verhandlungen viele interessante Menschen, Asylwerber, Rechtsanwälte, NGO-Vertreter, Dolmetscher und Sachverständige kennengelernt und bewegende Lebensgeschichten gehört. Neben dem Elend der Welt konnte ich auch viel Hoffnung und Lebenswillen erfahren. Meine 20 Asylrichterjahre waren somit nicht vergebens!

Abschließend zur Überschrift dieses Beitrags: *Recht und Moral im Asyl- und Fremdenrecht?* Diese Rechtsmaterien werden vom Völkerrecht und nationalen Gesetzen getragen und sind Teil des europäischen Rechtsverständnisses. Als Richter war ich berufen, dem öffentlichen Interesse nach rechtskonformer Vollziehung dieser Materien bestmöglich nachzukommen. Das ist mir zuweilen nicht leichtgefallen, hätte ich privat doch andere Lösungen für angemessener empfunden. Hier ist die Zivilgesellschaft freier. Sie kann moralische Postulate jederart erheben und tut dies zuweilen auch lautstark – und schießt dabei nicht selten übers Ziel hinaus. Recht ohne Moral ist ebenso wie Moral ohne Recht für Staat und Gesellschaft gefährlich. Der Wahlspruch der *Jakobiner* in der Französischen Revolution steht hier als Warnung:

Moral und Terror!

Anmerkungen

- ¹ https://ec.europa.eu/info/strategy/priorities-2019-2024/promoting-our-european-way-of-life/statistics-migration-europe_de#einwanderung-in-die-europische-gesellschaft-ein-berblick
- ² Zahlreiche Quellen zu den Asylantragszahlen in Österreich 2022 sowie Reaktionen darauf in *google*.
- ³ file:///C:/Users/elmsa/Downloads/XXVII_AB_11549_1_Imagescannung.pdf

Mitten im Zehnten

Rosemarie SCHWAIGER

In der Favoritenstraße, einer der ältesten Fußgängerzonen Wiens, herrscht am Vormittag kurz vor zehn der normale Einkaufsbetrieb. Auf der Bühne der SPÖ bemühen sich „The Free Men Singers“ um Stimmung, davor hat sich eine kleine Menschenansammlung gebildet. Viel mehr als 200 Zuhörer sind es wohl nicht. Und diese Zahl steigt nicht wesentlich, als der Chef die Bühne betritt. Michael Häupl trägt einen roten Pullover und eine rot-schwarze Regenjacke. Er sieht erschöpft aus. „Der Wahlkampf hat mir noch nie so viel Spaß gemacht wie diesmal“, behauptet er trotzig. Dann rühmt er die Schönheit Wiens, gibt zu, dass „manches auch schiefgegangen ist“, und warnt vor der FPÖ. „Schenkt der Zukunft dieser Stadt zehn Minuten. Geht’s wählen und wählt’s richtig“, bittet Häupl am Schluss seiner Rede – die ebenfalls kaum zehn Minuten gedauert hat. Während der Bürgermeister durch das Publikum spaziert, wendet sich eine zierliche ältere Dame an einen Polizisten. Neulich, in der Kurkonditorei Oberlaa, sei etwas Arges passiert, erzählt sie dem Beamten. „Beim Rausgehen sagt der Kellner zu uns Pensionisten: ‚Und ned vergessen Herrschaften, die FPÖ wählen!‘“ Eine Frechheit sei das, findet auch der Polizist. Doch wie sich zeigte, ist der Kellner nicht der Einzige, der von der SPÖ genug hat. Ausgerechnet in der früheren roten Hochburg Favoriten lag die FPÖ bei der Gemeinderatswahl fast gleichauf. Beide Parteien blieben knapp unter 41 Prozent.

Ich kenne den Viktor-Adler-Markt und seine Umgebung nicht nur von Wahlkampfveranstaltungen. Seit ein paar Monaten wohne ich im Zehnten, nicht weit von den Marktständen entfernt. In meinem beruflichen und privaten Umfeld macht mich die Postleitzahl 1100 zu einem Sonderfall. Favoriten genießt nicht den allerbesten Ruf. Die meisten Journalisten, Pressesprecher, Parteifunktionäre und Politiker wohnen in nobleren Gegenden, die meisten meiner Freunde auch. Ich hatte bisher keinen Grund, meinen Umzug zu bedauern. Es geht mir gut im Zehnten.

Aber ich kann verstehen, dass es vielen meiner neuen Nachbarn nicht mehr so gut geht. Favoriten ist eine Großstadt in der Großstadt. Fast 190.000 Menschen leben hier, mehr als ein Zehntel aller Wiener. Der „zehnte Hieb“ gilt als Arbeiterbezirk. Und die statistischen Daten passen dazu: Das durchschnittliche Jahreseinkommen pro Kopf ist (nach der Brigittenau) das zweitniedrigste der Bundeshauptstadt, die Akademikerquote liegt bei nicht einmal zwölf Prozent, halb so hoch wie im Wien-Schnitt. Weil hier schon immer hauptsächlich ärmere Leute wohnten, gibt es keine prächtigen Palais. Mit der Aufzählung von architektonischen Juwelen ist man schnell fertig; außer dem Amalienbad fällt kaum ein Gebäude ins Auge. Das Straßenbild wird dominiert von schmucklosen Wohnbauten aus der Nachkriegszeit. Einige wurden saniert, viele noch nie. Der Bezirk ist nicht schön, aber er hat seine Reize. Viel Grün zum Beispiel. So dicht verbaut manche Grätzeln auch sein mögen, in den nächsten Park ist es garantiert nicht weit. Am prächtigsten ist der Kurpark Oberlaa. Er wurde 1974 eröffnet – also zu einer Zeit, als die Wiener SPÖ bei Großprojekten noch niemanden um Erlaubnis fragen musste, nicht einmal die „Kronen Zeitung“. Vegane Lokale, Designerläden für Babymode und andere Zeugnisse der innerstädtischen Bobo-Kultur wird man in Favoriten vergeblich suchen. Der Zehnte ist eine ehrliche Haut, urban auf eine ganz direkte, schnörkellose Art. Hier muss keiner posieren oder der Welt etwas vorgaukeln.

Der Ausländeranteil liegt über 32 Prozent. Das ist zwar kein Spitzenwert, in manchen Wiener Bezirken gibt es deutlich mehr Zuwanderer. Aber Favoriten hat auch so etwas wie Nobelgegenden, in denen fast nur Österreicher leben, das verzerrt die Statistik. In den Straßen südlich des neuen Hauptbahnhofs ist dafür deutlich mehr los. Hier wurde Realität, wovor die FPÖ so oft warnt: Die Einheimischen sind – jedenfalls optisch – in der Minderheit. Und das fühlt sich seltsam an. Auch für Zuzügler wie mich, deren Alltag sich nach wie vor großteils woanders abspielt. Manchmal finde ich das bunte Treiben auf der Favoritenstraße sehr unterhaltsam und auf eine angenehme Art exotisch, ähnlich wie im Urlaub. Es gibt aber auch Tage, an denen ich mir deplatziert vorkomme zwischen so vielen Menschen aus der Türkei und vom Balkan, mit denen die Verständigung nicht nur an der Sprache scheitert. Denn

eines lernt man schnell in Favoriten: Der gemeinsame Wohnort macht aus unterschiedlichen Lebensrealitäten noch keine multikulturelle Sause. Das stellt sich die linke Elite in der City oder in Neubau nur gerne so vor. In Wirklichkeit grenzt man sich ab und geht einander aus dem Weg. Da können der türkische Schuster oder die Verkäuferin aus Serbien noch so freundlich sein: Mehr als ein geschäftlicher Kontakt ergibt sich nicht. Der massive Zuzug konzentrierte sich auf die vergangenen zehn, 15 Jahre. Zugleich zogen junge Österreicher weg. Übrig blieben viele Pensionisten, die nicht ohne Grund das Gefühl haben, aus ihrer Heimat allmählich verdrängt zu werden. Die Angst vor dem Fremden, um die es in der Asyldebatte so oft geht, ist eben nicht immer die Angst vor dem Unbekannten. Manchmal wissen die Ängstlichen ganz genau, wovor ihnen graut. Die Realität vor der eigenen Haustür lässt sich schwer ausblenden. Auch ich habe festgestellt, dass mich die Fernsehbilder von Flüchtlingen, die über europäische Grenzen strömen, mehr stören, wenn ich vorher ausgiebig im Bezirk unterwegs war. Die Bilder ähneln sich einfach zu sehr: In Favoriten wie in Nickelsdorf sieht man große Mengen junger Männer, die dominanter auftreten, als ihnen wahrscheinlich zumute ist, und viele Frauen in muslimisch-züchtiger Verhüllung.

Margarethe Turecek ist 72 Jahre alt und verkauft seit 56 Jahren Geflügel auf dem Viktor-Adler-Markt. Sie erlebte den Wandel unter anderem bei ihren Stammkunden. „Die haben jetzt alle schon ein gewisses Alter, und Junge kommen fast keine mehr nach“, erzählt sie, während sie für einen Kunden zehn Eier in einer Karton schlichtet. Von 137 Ständen auf dem Markt gehört nicht einmal mehr ein Zehntel den Kollegen von früher. Viele Verkaufslokale werden jetzt von Türken geführt. „Ich versteh mich gut mit den Ausländern hier“, sagt Turecek. Aber so eng, wie es einmal war, sei das Verhältnis unter den Standbesitzern halt nicht. „Vor 20 Jahren haben wir gemeinsam Faschingsumzüge organisiert und hatten eine Stammtischrunde. Das gibt es alles nicht mehr.“ Wohnen möchte Margarethe Turecek in Favoriten übrigens auf keinen Fall. „Das wäre nix für mich. Allein, dass auf der Straße jeder seinen Dreck wegschmeißt. Das ist einfach eine andere Kultur.“ Die Quellenstraße ist eine der Hauptachsen im Bezirk. Etwa drei Kilometer lang führt sie schnurgerade von Ost nach West mitten durch das Zentrum.

Es gibt türkische Friseure, türkische Bäckereien, türkische Supermärkte und türkische Fleischhauer mit „Halal“-Zertifikat an der Scheibe. Österreichische Geschäfte sind kaum noch übrig, die Parallelgesellschaft wird hier von den Einheimischen gebildet. Wenn sich die SPÖ rühmt, dass ihre kluge Politik die Bildung von Ghettos verhindert habe, vergisst sie auf manche Teile von Favoriten. Die FPÖ hat natürlich auch keine Lösung parat. Aber sie tut wenigstens so, als würde sie das Problem erkennen. Michael Mrkvicka ist Bezirksvorsteher-Stellvertreter im Zehnten, ein FPÖ-Mann. Er vermisst in der Bezirkspolitik unter anderem den Hausverstand, sagt er. „Man könnte doch ein bisschen darauf schauen, dass in der Quellenstraße nicht nur türkische Geschäfte aufmachen oder drei Friseure nebeneinander.“ Hermine Mospointner, SPÖ-Bezirkschefin seit 21 Jahren, könnte dazu sicher eine Menge sagen. Leider hat sie keine Lust. Vor der Wahl werde sie keine Interviews mehr geben, lässt sie mir über einen Mitarbeiter ausrichten.

Früher fuhr die SPÖ im Bezirk Wahlergebnisse um die 70 Prozent ein. Der Zehnte galt lange als sichere Bank, gebucht für die Ewigkeit. Fast 50 Gemeindebauten stehen hier, darunter riesige Anlagen wie der George-Washington-Hof und die Per-Albin-Hansson-Siedlung. In den vergangenen paar Jahren investierte die Stadt einen Haufen Geld in den Aufbau eines neuen Wohnviertels beim ebenfalls neuen Hauptbahnhof. Noch wirken die paar Straßenzüge ein wenig steril und künstlich. Aber wenn alles fertig ist, werden 13.000 Menschen im Sonnwendviertel leben, es wird Schulen geben, Geschäfte, Grünflächen. Außerdem wird derzeit die U-Bahnlinie 1 bis nach Oberlaa verlängert. Trotzdem verlor die SPÖ jetzt acht Prozentpunkte. Da die anderen Parteien hier fast keine Rolle spielen, wird das politische Match ausschließlich zwischen Rot und Blau ausgetragen. Schon 1996 kamen die Freiheitlichen auf über 30 Prozent. Damals gab es viel weniger Ausländer. Aber die Favoritner hatten wohl schon vor 20 Jahren das Gefühl, dass alles, was in der Stadt schief läuft, bei ihnen ganz besonders schief läuft. Das Endergebnis der Bezirksvertretungswahl lag zu Redaktionsschluss noch nicht vor. (Anmerkung: Die SPÖ erreichte mit 40,40 Prozent den ersten Platz vor der FPÖ mit 38,18 Prozent.) Vielleicht kann Hermine Mospointner von der SPÖ noch eine Amtszeit anhängen. Aber eine Stärkung war

der Wahltag auch für sie nicht. Bei all seinen Problemen kann Favoriten auch ein warmer, heimeliger Ort sein. Es gibt Gasthäuser, in denen die Zeit nicht einfach stehenblieb, sondern mutwillig angehalten wurde. Touristen verirren sich selten in den Zehnten. Man muss auf ihre Vorlieben also keine Rücksicht nehmen und kann alles so lassen, wie es schon immer gut funktionierte. Das Weinhaus Aellig etwa hält in der Quellenstraße die Stellung. Am Mittwoch vergangener Woche wird als Menühauptspeise Schweinsbraten mit Waldviertler Knödeln angeboten. In der schönen alten Gaststube sitzen zwei alte Herren, denen zu Hause keiner etwas kocht, einige Paare mittleren Alters und Arbeitskollegen auf Mittagspause. An der Schank stehen die ersten Biertrinker des Tages. Der Kellner kennt die meisten Gäste mit Namen und persönlichen Vorlieben. „Das Menü is heut nix für Sie. Wollen S' vielleicht a Bauernomelett?“, fragt er einen Senior. Auf jedem Tisch steht ein Aschenbecher, an der Decke hängt eine zarte Rauchfahne. Im zehnten Bezirk wird noch eifrig gequalmt. Gesundheitsterror funktioniert besser in Gegenden, in denen die Leute über Ampelpärchen, gegenderte Strafzettel und ähnlichen Schnickschnack diskutieren. Es ist ruhig und erholsam in diesen kleinen Oasen. Manchmal braucht man das dringend in Favoriten. Als ich meine neue Wohnung zum ersten Mal besichtigte, traf ich vor dem Haustor eine ältere Dame, die seit Jahrzehnten hier lebt. Im Haus sei alles in Ordnung, erzählte sie mir. „Aber da draußen geht es zu wie in Indien.“ In der gibt es im Grätzl zwar kaum, aber mittlerweile weiß ich, was sie meinte. Am Reumannplatz und in den angrenzenden Gassen herrscht fast permanent Hochbetrieb, Massen von Menschen sind hier unterwegs. Und an den warmen Sommerabenden tobten die Kinder bis spät in der Nacht auf dem Spielplatz. Der Zehnte ist halt nichts für Sensible.

Scheinwachstum durch Zuwanderer

Beat GYGI

Die Schweizer Wirtschaft ist außerordentlich robust, fast wie ein Bergkristall ragt sie positiv aus der europäischen Wirtschaftslandschaft heraus – aber man muss doch aufpassen beim Rühmen. Klar, das Land weist meist eine geringere Inflation auf und hat damit stabileres Geld als die anderen Länder. Besonders deutlich zeigt sich das gerade jetzt, da Preissteigerungsstürme mit voller Gewalt quer durch die Welt fegen.

Und die reale Grundlage der Volkswirtschaft bilden außerordentlich viele solide, gutgeführte hiesige Unternehmen, so dass die Vermögensentwicklung in Schweizer Aktien langfristig Weltspitze ist.

Damit hängt schließlich zusammen, dass auch das Bruttoinlandprodukt (BIP) in Krisen oft weniger stark einknickt als jenes anderer Industrieländer. Wie jetzt. Das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) hat seine Konjunkturprognose zwar gerade nach unten korrigiert, aber mit einem erwarteten Wachstum von 2 Prozent im Jahr 2022 und 0,8 Prozent im Jahr 2023 ist das Bild heller als etwa in Europas Schlüsselland Deutschland, dessen Wirtschaft laut dem Münchener Ifo-Institut 2023 um 0,6 Prozent schrumpfen dürfte.

Aber wie gesagt, beim Vergleichen sollte man sich mit Eigenlob zurückhalten. Nicht alles Wachstum ist nämlich so real, wie es scheint.

Wenn das Bruttosozialprodukt der Schweiz steigt, aber wegen der Zuwanderung immer mehr Leute im Land sind, verteilt sich das Jahr für Jahr auf mehr Köpfe. Deshalb ist die BIP-Steigerung pro Kopf geringer als die in den gängigen Statistiken ausgewiesenen BIP-Zunahmen. Für die Schweiz fällt das im internationalen Vergleich besonders ins Gewicht, da sie ein Spitzen-Zuwanderungsland ist.

Im ersten Halbjahr 2022 sind netto etwa 40.000 Personen in die Schweiz eingewandert. Berechnet auf ein ganzes Jahr, macht das nicht ganz 1 Prozent der Bevölkerung aus.

Wenn also die Wirtschaft um 1 Prozent wächst, ist das für die Leute im Land eine Stagnation, pro Person ein Nullwachstum. Die Statistik zeichnet ein zu schönes Bild.

Die Schweiz ist viel stärker als andere Länder durch eine aufgeblähte Wirtschaftsstatistik. Aufblähen kann man auch Inflation nennen. Das ergibt einen pikanten Kontrast: Beim Geld erregt es hierzulande enorm Aufsehen, wenn dessen Wert durch Inflation verwässert wird. Aber bei der Wirtschaftsleistung achtet man wenig darauf, wie weit sie durch Bevölkerungswachstum weichgemacht wird.

Es geht noch weiter: Das ausgewiesene BIP pro Kopf ist nicht mehr das, was es einmal war, wenn immer mehr Leute die gemeinsame Infrastruktur nutzen und sich den knappen Boden teilen. Die Schulen leiden, die Zufriedenheit mit den Leistungen hat abgenommen. Die Stundenzahlen nehmen zu, und in der Klimapolitik spielt die wachsende Einwohnerzahl mit ihren Emissionen den Interessengruppen in die Hand, die Umweltmaßnahmen als Gebote und Verbote durchsetzen wollen.

Aber warum hat denn die Zuwanderung derart viele Befürworter? Es ist eine grosse Koalition, der ein anstrengungsloses Wachstum willkommen ist. Der Detailhandel verbucht gerne ein jährliches Gratisprozent beim Umsatz, Unternehmen haben zum Rekrutieren gern günstige Wahlmöglichkeiten, und die öffentliche Verwaltung kann leichter expandieren, wenn mehr Personen zu bedienen sind. Und besonders angenehm dabei: Das BIP-Wachstum in der Statistik färbt dies alles schön.

Gemeinsame Pressemitteilung der Staatsanwaltschaft Freiburg und des Polizeipräsidiums Freiburg vom 20.01.2023

Seit Ende Dezember 2022 ist die Zahl von Diebstählen hochwertiger Waren insbesondere aus und in Kaufhäusern in der Freiburger Innenstadt sprunghaft angestiegen. Insbesondere junge Männer, vornehmlich aus der Region Nordafrika, die sich häufig erst seit wenigen Tagen in Freiburg aufhalten und deren Identität in der Regel nicht sicher feststeht, entwenden hochwertige Kleidungsstücke oder Parfüms. In anderen Fällen bestehlen die Täter andere auf ihren Einkauf konzentrierte Kunden, denen sie ihre Handys oder Geldbörsen aus der Tasche ziehen.

Häufig werden die Taten von mehreren Tätern gemeinschaftlich begangen. Hierdurch sollen Ladendetektive abgelenkt oder sie daran gehindert werden, die Taten zu entdecken und zu beobachten.

Werden sie doch entdeckt und vom Ladendetektiv der Polizei übergeben und dort mit dem Tatvorwurf konfrontiert, zeigen sich die Täter davon in der Regel unbeeindruckt. Polizeibeamte werden oft beschimpft oder beleidigt. Bei den Tätern handelt es sich nicht selten auch um Jugendliche oder Heranwachsende. Andere geben dies offensichtlich zu Unrecht vor.

Der festgestellten Delinquenz, welche überwiegend im Bereich der Eigentumskriminalität liegt, treten die Staatsanwaltschaft Freiburg und das Polizeipräsidium Freiburg entschlossen und abgestimmt entgegen.

Die Verfolgung der Straftaten ist erfahrungsgemäß kaum möglich, wenn die Täter nach der Tat auf freiem Fuß belassen werden. Sie tauchen unter und sind in der Folge für die Strafverfolgungsbehörden nicht erreichbar.

Gegen 16 Beschuldigte wurde daher auf Antrag der Staatsanwaltschaft vom Amtsgericht Freiburg Haftbefehl erlassen. Diese Beschuldigten wurden daraufhin in Untersuchungshaft genommen.

Gegen fast ebenso viele Beschuldigte wurde von der Staatsanwaltschaft Freiburg Antrag auf Aburteilung im beschleunigten Verfahren gestellt. Bei diesem Verfahren findet noch am Tag der Festnahme oder am Folgetag, bei aufwendigeren Ermittlungen innerhalb einer Woche die Hauptverhandlung vor dem Amtsgericht Freiburg statt.

Bis zur Hauptverhandlung befinden sich die Beschuldigten in polizeilichem Gewahrsam oder in Haft. Beschleunigte Verfahren können generell bei Beschuldigten, die sich voraussichtlich der Hauptverhandlung nicht stellen werden, durchgeführt werden, wenn der Sachverhalt einfach gelagert und die Beweislage eindeutig ist.

Die Taten können auf diese Weise schnell und konsequent verfolgt werden.

Memorandum für eine andere Migrationspolitik in Deutschland

Februar 11, 2023

*Einwanderung steuern! Zusammenhalt in der Gesellschaft sichern!
Für eine Migrationspolitik, die Asyl gewährleistet, Geflüchtete nicht alleine lässt, Einwanderung steuert und den Zusammenhalt in der Gesellschaft sichert*

Deutschland ist wieder Ziel von sehr vielen Flüchtlingen. Gerade kommen vermehrt Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine. Es machen sich aber auch weiterhin viele Menschen auf den Weg nach Europa und nach Deutschland. Immer noch entstehen – vor allem im Mittelmeerraum – oft unerträgliche Situationen an den EU-Grenzen oder auf hoher See.

Wir erleben jetzt wieder, dass wir auf diese Migration im Grunde nicht vorbereitet sind. Wir hören von vielen überforderten Kommunen, die dem hohen Aufkommen an Migranten nicht standhalten. Es fehlen inzwischen vor allem Unterkünfte und weiterer Wohnraum. Wir haben zwar ansonsten materiell gute Versorgungsmöglichkeiten für ankommende Menschen, aber noch immer kein Konzept für eine gelungene Integration oder die konsequente Rückführung von Geflüchteten in ihre Heimat, sobald sich dies verantworten lässt oder sie selbst es wollen.

2022 kamen alleine eine Millionen Menschen aus der Ukraine. Über 200.000 Menschen beantragten Asyl. Es wird nicht reichen, einen weiteren (folgenlosen) Flüchtlingsgipfel einzuberufen. Es braucht die schnelle Umsetzung eines Sofortprogramms:

- ein besseres Verteilungskonzept der Schutzsuchenden innerhalb Deutschlands
- ein deutlich größeres Angebot an Deutsch-Kursen und Kita-Plätzen sowie eine bessere Ausstattung der Schulen mit Lehrkräften
- Maßnahmen zur Beseitigung des Wohnraummangels

Memorandum für eine andere Migrationspolitik in Deutschland

Probleme entstehen auf der deutschen Seite, da kein klarer Weg für das Leben hier bzw. für die Integration in unsere Gesellschaft aufgezeigt wird. Und sie entstehen auf der anderen Seite, durch das Zusammenleben von unterschiedlich sozialisierten Menschen sowohl zwischen den verschiedenen Migrantengruppen als auch zwischen ihnen und Teilen der deutschen Gesellschaft.

Die Fragen, die wir beantworten müssen, lauten:

- Was erwarten wir von Einwanderern in unser Land?
- Bekommen sie die notwendige Hilfe und Unterstützung, um sich erfolgreich zu integrieren (z.B. Integrationskurse, Sprachkurse, Schulbildung, Arbeitsvermittlung, Bildungsberatung)?

Wir möchten mit diesem Papier unseren Beitrag zur Diskussion in der Partei Bündnis 90/Die Grünen und der Gesellschaft leisten, damit die Migrationspolitik in Deutschland an die tatsächlichen Erfordernisse angepasst wird. Sie soll durch Menschlichkeit und Empathie geprägt sein, aber ohne Blauäugigkeit und das Verschweigen von Problemen. Eine offene, ehrliche und durch Tatsachen gestützte Diskussion kann dabei helfen, dass Migration nach Deutschland auch von der Breite unserer Gesellschaft unterstützt wird. Der Zusammenhalt möglichst vieler Bürgerinnen und Bürger, die die Verantwortung hinsichtlich der Migrationspolitik anerkennen und bejahen.

Auch wollen wir die Diskussion nicht nur auf Deutschland bezogen führen, sondern den europäischen Kontext und die verschiedenen Gegebenheiten in anderen europäischen Staaten berücksichtigen. Die deutsche politische Diskussion lässt häufig das Gefühl für die Situation in anderen Ländern vermissen, insbesondere jener an den europäischen Außengrenzen.

Deutschland muss, um einer europäischen Lösung willen, Kompromisse eingehen. Wir fordern, dass die Migration in die Europäische Union und nach Deutschland so organisiert wird, dass sie für die Menschen, die kommen, aber auch für die Menschen, die hier leben, akzeptabel und tragbar ist.

Grundlagen und Ziele grüner Migrationspolitik

Grüne Migrationspolitik ist einer Gesellschaft verpflichtet, die offen ist für Veränderungen und sich dabei eindeutig an den Regeln der freiheitlich demokratischen Grundordnung orientiert.

Damit ist mehr gemeint als der reine Gesetzestext, sondern die Hoheit des Rechtes über alle anderen Regelungen. Die Gleichberechtigung der Geschlechter, die Trennung von Staat und Religion, Freiheit und Gleichberechtigung unterschiedlicher individueller Lebensentwürfe sind für uns nicht verhandelbar. Auch der aktuell schleichenden Erosion dieser Werte unter dem Banner einer falschen Toleranz gilt es entschieden entgegenzutreten. Diese Sichtweise kann unter Umständen nicht für alle Migrantinnen und Migranten gleichermaßen vorausgesetzt werden, da sie in anderen Traditionen und Kulturkreisen eine andere Sozialisation erfahren haben. Es ist unseres Erachtens jedoch notwendig, dass die grundlegenden Werte eines Landes von allen in ihm lebenden Menschen geteilt werden. Neu ins Land kommende Menschen sollen deshalb schnell über unsere grundlegenden Werte aufgeklärt werden. Diese Grundlagen sind von Staat, Politik und Gesellschaft zu vermitteln, einzufordern und wo nötig auch durchzusetzen.

Weiter ist es unsere Pflicht, vor Verfolgung fliehenden Menschen Asyl zu bieten, insbesondere als Konsequenz aus den Zeiten des NS-Staates. Der Artikel 16a im Grundgesetz ist ein Auftrag für alle nachfolgende Generationen in Deutschland.

Die UN-Flüchtlingskonvention, internationales wie nationales Recht, gebietet darüber hinaus die Aufnahme von Kriegsflüchtlingen. Geflüchtete sollen, solange in ihrem Land Krieg herrscht, in den Nachbarländern, aber auch weltweit Aufnahme und Schutz finden. Als wirtschaftsstarke Nation können wir jenseits der Aufnahme von Flüchtlingen bei uns, durch die Unterstützung anderer Aufnahme-Staaten, unseren Beitrag in anderen Weltregionen leisten.

Es ist ein Unterschied zu machen zwischen Asylbewerbern, Kriegs- und Katastrophenflüchtlingen und Menschen, die ein vor allem wirtschaftlich besseres Leben suchen. Bei allen diesen Gründen ist verständlich, warum sich die Menschen auf den Weg in ein anderes Land

machen, aber klar ist für uns eben auch: wir brauchen unterschiedliche Wege und Instrumente, um sowohl den Migrantinnen und Migranten als auch unserer Verantwortung für unser Land und Europa gerecht zu werden. Wir glauben darüber hinaus, dass insbesondere die Menschen, die auf Dauer bei uns bleiben, die Pflicht haben, ihre Fähigkeiten bestmöglich in unser Land einzubringen und seine Werte zu wahren. Was die Aufnahme und Integration der Menschen angeht, erkennen wir die Begrenztheit unserer Möglichkeiten an, gemäß dem Satz von Alt-Bundespräsident Joachim Gauck: „Unser Herz ist weit, aber unsere Möglichkeiten sind endlich!“ Hieraus resultiert die Notwendigkeit einer steuernden Migrationspolitik, auch dann, wenn dies harte Entscheidungen mit sich bringt.

Wir sehen einerseits die gesellschaftlichen und ökonomischen Vorteile von Migration, aber wir wissen auch um die Herausforderungen für die Aufnahme vieler Menschen in Europa. Wir sind davon überzeugt, dass es auch den Migrantinnen und Migranten am Ende besser geht, wenn wir eine Migrationspolitik betreiben, die die notwendigen Härten und die menschenunwürdigen Bedingungen nicht verschleiert, sondern im Gegenteil klare Regeln benennt, weltweit transparent macht und sowohl vor den Grenzen Europas als auch in den EU-Ländern durchsetzt.

Der Status Quo ist nicht haltbar!

Deutschland ist seit Jahrzehnten faktisch ein Einwanderungsland. Es mangelt jedoch an offenen Diskussionen mit der Bevölkerung darüber und an transparenten und klaren Regelungen für Einwanderung. Wir öffnen uns auf der Basis unseres Grundgesetzes rechtsverbindlich für Asylsuchende und Migrantinnen und Migranten aus Kriegsgebieten und leisten humanitäre Hilfe und Unterstützung in Deutschland. Darüber hinaus ist offensichtlich, dass es für den Fortbestand unserer hohen Wirtschaftsleistung eine gezielte Einwanderung von qualifizierten und zu qualifizierenden Menschen braucht. Die Einwanderungspolitik ist dabei aber nur ein Baustein von mehreren, um die Zukunft der deutschen Gesellschaft und Wirtschaft und damit auch Wohlstand zu sichern. Wir müssen

beispielsweise auch weiter an der Vereinbarkeit von Familie und Beruf arbeiten.

Durch unseren Rechtsstaat, die umfassenden Hilfeleistungen und die höhere Aufnahmebereitschaft als in anderen EU-Staaten ist Deutschland zudem ein bevorzugtes Ziel für viele Migrantinnen und Migranten. Aktuell versuchen wieder sehr viele Migranten nach Europa zu gelangen und wir gehen davon aus, dass die Zahlen auch in Zukunft nicht sinken werden. Der Status Quo lässt sich folgendermaßen zusammenfassen:

- Die deutschen Strukturen sind an ihrer Belastungsgrenze, so die klare Aussage der Kommunen.
- Es gibt kein klares Integrationskonzept. Die Migrantinnen und Migranten wissen nicht, was von ihnen erwartet wird, und machen sich mit falschen Hoffnungen auf den weiten Weg. Es wird kaum zwischen Kriegs- Asyl- und Wirtschaftsmigranten unterschieden.
- Die Migrantinnen und Migranten bringen ihre Traditionen und Bräuche aus ihren Kulturen mit. Das kann in der Aufnahmegesellschaft als Bereicherung empfunden werden, befremdet aber auch oft. Für die Betroffenen sind Traditionen und Bräuche oft als Halt wichtig, angesichts des Neuen und Ungewohnten. Hier wurden in der Vergangenheit keine klaren Grenzen vermittelt und gezogen. Die Rolle der Frauen, zu nennen sind hier beispielsweise Verhüllung, Zwangs- und Frühverheiratung und die sogenannten „Ehrenmorde“, gehören auch dazu. Gleichberechtigung und Gleichwertigkeit von Frauen sind unverhandelbare Ergebnisse europäischer Emanzipationsgeschichte, die auch von allen Migranten und Migrantinnen uneingeschränkt zu akzeptieren sind.
- Die europäische Dimension wird zu wenig beachtet und europäische Lösungen sind weiter entfernt denn je. Fast alle Staaten in Europa setzen zunehmend auf eine restriktive Migrationspolitik.
- Die Rückführungsquote ist sehr gering, da den Regeln entsprechende Rückführungen und Abschiebungen in zu geringem Maß durchgesetzt werden. Daher können die meisten Personen in Deutschland bleiben, selbst wenn ihr Asylantrag negativ beschieden wurde oder der Grund ihrer Flucht aufgrund positiver Veränderung in ihrem Heimatland wegfällt.

Memorandum für eine andere Migrationspolitik in Deutschland

- Das Leben in prekären, ungesicherten Verhältnissen fördert oftmals Integrationsverweigerung, Retraumatisierung und auch Kriminalität.
 - Die Integration von Menschen, besonders – wenn auch nicht nur – aus islamisch geprägten Gesellschaften, weist bisher Defizite auf: Säkularität und das Frauenbild der westlichen Gesellschaft werden von religiös geprägten Gemeinschaften in Frage gestellt. Clan-, Banden- und Jugend-Kriminalität, soziale Verwahrlosung und Vergehen gegen die sexuelle Selbstbestimmung von Frauen nehmen in bestimmten Tätergruppen aus der Zuwanderergemeinschaft zu.
 - Die staatlichen Strukturen wie das Bildungs- und das gesamte Justizsystem sind überlastet, die Qualität der dort zu erbringenden Leistungen sinkt nachweisbar. Wenn aber soziale Träger, die dezidiert zum Thema Integration arbeiten, sich in einer Jahrzehnte währenden Projektfinanzierung erschöpfen und unter chronischer personeller Unterbesetzung leiden, sind wesentliche Akteure einer gelingenden Integration gelähmt.
 - Rechtsextreme versuchen mit gewalttätigen Aktionen gegen Flüchtlingsunterkünfte oder vermeintliche Migranten eine negative Stimmung auszunutzen und zu verschärfen.
 - Die kritische Kehrseite einer zum Teil überzogenen, idealisierten und moralischen offiziellen Darstellung besteht in einer inoffiziellen Migrationspolitik, mit brutalen Pushbacks an Europas Außengrenzen und fragwürdigen Abkommen mit Staaten wie Libyen und der Türkei.
 - Menschen ertrinken nach wie vor im Mittelmeer und die Seenotrettung wird zum unwürdigen Betteln um Landehäfen gezwungen, weil nicht geklärt ist, dass die geretteten Migrantinnen und Migranten nur dann in der EU bleiben können, wenn es einen legitimen Grund gibt.
- All dies hat zur Folge, dass die Akzeptanz für die Einwanderung sinkt. Dieser Zustand gefährdet auf Dauer den Zusammenhalt und den sozialen Frieden in Deutschland. Auch in einigen unserer Nachbarstaaten haben aufgrund inkonsequenter Einwanderungspolitiken rechtspopuläre oder gar rechtsextreme Parteien immensen Zulauf. Durch die bisherige verfehlte Migrationspolitik und die Weigerung, Fehlentwicklungen offener zu debattieren und konkrete Maßnahmen abzuleiten, wird insge-

samt der rechte Rand der Gesellschaft und der Parteien gestärkt. Dies kann man in vielen europäischen Ländern beobachten. Es steht auch für Deutschland ein Rechtsruck zu befürchten, sollten Bürger und Bürgerinnen weiterhin ihr Sicherheitsgefühl einbüßen und die Migrantinnen und Migranten nicht als Normalität in der Nachbarschaft wahrgenommen werden. Deutschland kann alleine und ohne europäische Zusammenarbeit nicht alle Geflüchteten aufnehmen. Wir tragen mit die größte Last in der EU, das sollte aber auch in einem annehmbaren Verhältnis vergleichbarer EU-Mitgliedsstaaten stattfinden.

Was für uns folgt – Maßnahmen der Steuerung

1. Verschiedenes muss verschieden behandelt werden. Es gibt unterschiedliche Arten von Migration, die einen unterschiedlichen Umgang erfordern: (i) politisches Asyl, (ii) Flucht vor Krieg und Vertreibung und aus existentieller Not, (iii) gezielte Einwanderung aus wirtschaftlichen Gründen.
2. Aus dem Asylrecht, aufgrund individueller politischer, rassistischer Verfolgung u. ä., erwächst ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht. Dies setzt voraus, dass die Asylempfänger sich einordnen in die geschichtlich gewachsene gesellschaftliche Ordnung der Bundesrepublik Deutschland. Das bedeutet insbesondere, dass sie die Gleichberechtigung von Mann und Frau, die Nichtduldung von Antisemitismus, das Existenzrecht Israels, religiöse Toleranz sowie die Akzeptanz etwa von homo- und transsexuellen Menschen akzeptieren. Insbesondere Gleichwertigkeit und Gleichberechtigung der Frau gehören zum kulturellen Kern Europas. Wer diese Grundwerte nicht akzeptiert, kann hier eigentlich nicht leben wollen. Die Gewährung von Asyl setzt auch voraus, dass die Asylbewerber beim Aufnahmeverfahren mitwirken (ihre Herkunft nicht verschleiern) und nicht strafällig werden. Ansonsten verfällt das Asylrecht und damit das Aufenthaltsrecht, was auch eine (möglichst zügige) Abschiebung nach sich ziehen muss.
3. Migrantinnen und Migranten, die nicht vor persönlicher Verfolgung, aus Krieg oder Naturkatastrophen flüchten müssen, werden

unterstützt und können ein zeitlich begrenztes oder dauerhaftes Aufenthaltsrecht erwerben, sofern die Aufnahme auch im Interesse Deutschlands ist und sie sich in die deutsche Gesellschaft eingliedern. Wir benötigen das angekündigte Einwanderungsgesetz für Wirtschaftsmigrantinnen und -migranten, welches sich an den Interessen Deutschlands und der EU orientiert. Hierdurch bekommen die Menschen, die in die EU oder nach Deutschland wollen, eine klare Orientierung. Wir wissen dabei, dass die EU und Deutschland auf qualifizierte Einwanderung angewiesen sind, um ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu sichern.

4. Alle anderen Migrantinnen und Migranten sollten darin unterstützt werden, ihren Aufenthalt in Deutschland produktiv zu nutzen, Fähigkeiten zu erwerben, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, um in ihre Heimat zurückzukehren, sobald die Verhältnisse dort dies erlauben. Nicht alle diese Menschen haben die Perspektive, Deutsche zu werden, und dies respektieren wir. Trotzdem können wir erwarten, dass sie für die Dauer ihres Aufenthalts die Regeln des Gastlandes anerkennen und sich nach ihnen ausrichten (entsprechend Punkt 3).
5. Wir fordern verpflichtende Aufenthaltszonen an den EU-Grenzen sowie außerhalb der EU unter EU-Kontrolle. Angesichts der Tatsache, dass es in der Realität fast unmöglich ist, Menschen ohne Bleiberecht abzuschieben, wenn sie erst einmal in der EU angekommen sind, muss die Entscheidung über Aufnahme in diesen Aufenthaltszonen stattfinden oder dort zumindest plausible Vorentscheidungen getroffen werden. Es müssen dabei akzeptable humanitäre Mindeststandards eingehalten und gleichzeitig dafür gesorgt werden, dass diese humanitären Zonen nicht ohne offizielle Genehmigung in Richtung EU verlassen werden können. Nur durch eine solche Vorgehensweise ist es unserer Ansicht nach möglich, dass den wirklich Berechtigten schnell geholfen werden kann. Und nicht mehr wie heute fast nur die körperliche Stärke, das Vorhandensein von finanziellen Mitteln oder die Launen des Mittelmeers darüber entscheiden, wer kommt und wer nicht. Dagegen wollen wir, dass wieder die Entscheidungen der europäischen Politik maßgeblich sind. Mit diesen Zonen dürfte auch die Unterstützung aller EU-Staaten für die dringend gebotene staat-

liche Seenotrettung von Migranten aus dem Mittelmeer zu erreichen sein. Indem die Geretteten in den Zonen der kontrollierten Zuwanderung unterliegen, gibt es für Staaten, wie z. B. Italien, keinen Grund mehr, die Seenotrettung zu verweigern. Solange die gesicherten Zonen an den europäischen Grenzen nicht eingerichtet wurden, müssen schnell realisierbare Lösungen gefunden werden. Rechtlich unproblematisch ist der Verbleib der Asylbewerber/innen in der Erstaufnahmeeinrichtung eines Bundeslandes bis zur positiven Abklärung eines Asylanspruchs oder subsidiären Schutzes. Es würde die Kommunen sofort entlasten: Die Länder müssten einige Großeinrichtungen schaffen, die Kommunen bekämen deutlich weniger Zuweisungen und vor allem nur diejenigen Migrantinnen, die tatsächlich einen Anspruch haben, bei uns im Land zu sein.

6. Wir fordern, den Zugang zu Anträgen auf Asyl oder Einwanderung zu erleichtern und die deutschen Botschaften und Konsulate entsprechend auszustatten.
7. Bewerberinnen und Bewerber ohne Papiere müssen zurückgewiesen werden oder in einer staatlichen Aufnahmeeinrichtung verbleiben, bis ihre Identität geklärt ist.
8. Die Bereitschaft zur Aufnahme von Migrantinnen und Migrantinnen ist zwischen den Staaten der EU kulturell und politisch verschieden, und das wird sich auch so schnell nicht ändern. Migration muss aber zwingend im Rahmen der EU koordiniert und abgestimmt werden. Das bedeutet auch, dass von allen Seiten Kompromissbereitschaft gefragt ist und kein Land – auch nicht Deutschland – sich auf das hohe Ross moralischer Überlegenheit setzen darf. Stattdessen hat Deutschland gerade als Land in der Mitte Europas die Verantwortung, den Ländern an der Peripherie der EU konkret und praktisch bei der Bewältigung dieser Aufgabe zu helfen.
9. Integration ist eine beidseitige Aufgabe. Integrationsprogramme müssen danach ausgelegt werden, ob die Migrantinnen und Migrantinnen realistisch eine baldige Rückkehr in ihr Heimatland anstreben oder voraussichtlich dauerhaft im Land bleiben werden. Die Inhalte der Integrationsprogramme (Spracherwerb, Integrationskurse, berufliche und akademische Ausbildung usw.) richten sich nach der Art

der Migration und den Vorkenntnissen der Betroffenen. Die Teilnahme an den Programmen ist obligatorisch. Die Beherrschung der deutschen Sprache sehen wir als Voraussetzung für eine gelungene Integration an.

10. Parallelstrukturen in unserer Gesellschaft (z.B. separate Clan-Rechtsprechung) lassen wir nicht zu, insbesondere wenn diese kriminell agieren und die Regeln unseres Rechtsstaates missachten. Dies darf auch nicht unter dem Banner der Toleranz geschehen. Das Primat des Rechtsstaates vor religiösen und anderen Separatstrukturen ist jederzeit – auch polizeilich – durchzusetzen.

VII

Papst Alexander

VOLTAIRE

Eines Tages traf der Fürst Pico della Mirandola den Papst Alexander VI. bei der Kurtisane Emilia, während Lukrezia, die Tochter des heiligen Vaters, im Kindbett lag und niemand in Rom wußte, ob der Vater des Kindes der Papst war oder sein Sohn, der Herzog von Valence, oder Lukrezias Mann Alfons von Aragon, der als impotent galt. Die Unterhaltung war anfangs sehr munter. Der Kardinal Bembo berichtet einiges darüber. „Kleiner Pico“, sagte der Papst, „wen hältst du für den Vater meines Enkels?“

„Euren Schwiegersohn“, erwiderte Pico.

„Ach, wie kannst du solchen Unsinn glauben?“

„Weil ich gläubig bin.“

„Aber weißt du denn nicht, daß ein Impotenter keine Kinder zeugen kann?“

„Der Glaube besteht darin“, entgegnete Pico, „daß man etwas glaubt, weil es unmöglich ist. Außerdem verlangt die Ehre Eures Hauses, daß Lukrezias Sohn nicht als die Frucht einer Blutschande gilt. Ihr wollt ja, daß ich an noch unbegreiflichere Mysterien glaube. Muß ich nicht überzeugt sein, daß eine Schlange gesprochen hat, daß seitdem alle Menschen verdammt sind, daß Bileams Eselin ebenfalls sehr redewandt gewesen ist und daß die Mauern von Jericho beim Schall der Posaunen eingestürzt sind?“ Pico betete noch eine Litanei aller Wunder her, an die er glaubte.

Alexander sank vor Lachen auf sein Sofa. „Das alles glaube ich auch“ sagte er, „denn ich bin mir darüber im klaren, daß ich nur durch den Glauben und nicht „Ach, Heiliger Vater“, sagte Pico, „Ihr braucht weder Werke noch Glauben. Das ist gut für armselige Laien, wie wir es

sind. Ihr aber, als der Stellvertreter Gottes, könnt glauben und tun, was Euch beliebt. Ihr besitzt die Schlüssel des Himmels, und Petrus wird Euch gewiß nicht die Tür vor der Nase zuschlagen. Ich aber gestehe Euch, daß ich Protektion brauchte, wenn ich als ein gewöhnlicher Fürst mit meiner Tochter geschlafen und das Stilett oder die Cantarella so oft gebraucht hätte wie Eure Heiligkeit.“

Alexander VI. verstand Spaß. „Sprechen wir ernsthaft“, sagte er zu dem Fürsten. „Inwiefern ist es verdienstlich, wenn man zu Gott sagt, man sei von Dingen überzeugt, von denen man in Wirklichkeit nicht überzeugt sein kann? Inwiefern kann Gott so etwas Freude machen? Unter uns gesagt: Wer behauptet, er glaube an etwas, was man unmöglich glauben kann, der lügt.“

Pico della Mirandola schlug ein großes Kreuz. „Gott Vater“, rief er aus, „möge Eure Heiligkeit mir verzeihen, aber Ihr seid kein Christ.“ „Nein, wahrhaftig nicht“, sagte der Papst.

„Das habe ich geahnt“, entfuhr es Pico.

Würste essen, um für die Freiheit zu kämpfen: Vor 500 Jahren brach der Zürcher Buchdrucker Froschauer demonstrativ das Fasten, als Protest gegen religiöse Bevormundung

Peter OPITZ

Wer fasten wolle, solle das tun. Wer es nicht tun wolle, solle es nicht tun, sagte Zwingli. Im März 1522 war er dabei, als Zürcher Bürger in der Fastenzeit gemeinsam Würste assen. Für Zwingli ein Aufbruch in die Freiheit. Doch in welche Freiheit?

Am ersten Sonntag der Fastenzeit 1522 verzehrten angesehene Zürcher Bürger im Haus des Buchdruckers Christoph Froschauer Würste – und verstiessen damit gegen das Fastengebot. Mehrere Geistliche, unter anderem Huldrych Zwingli, waren dabei. Das Zürcher «Wurstessen» symbolisiert die Eigenart der Schweizer Reformation und stellt den Hammerschlägen des einsamen Augustinermönchs Luther die provokative Tafelrunde eidgenössischer Wurstesser zur Seite. Gemeinsam war: Reformation war Befreiung von religiöser Bevormundung.

Angestossen wurde diese Freiheitsbewegung durch eine religiöse Erweckung: die Wiederentdeckung der biblischen Botschaft von Gottes freier und befreiender Zuwendung zu den Menschen. Sie führte zur Bestreitung des Anspruchs der spätmittelalterlichen Kirche, in göttlichem Auftrag zwischen Gott und den Menschen verbindlich zu vermitteln, Strafen und Vermittlungsgebühren inklusive.

Wer sich am Wurstessen beteiligte, riskierte nicht wenig: Kerkerhaft und existenzgefährdende Geldbussen waren die dafür vorgesehenen Strafen. In einer Predigt «Über die freie Wahl der Speisen» rechtfertigte Zwingli das demonstrative Fastenbrechen als Bekenntnis zur «Freiheit, zu der Christus uns erlöst hat». Christliche Freiheit ist allerdings nicht ziellose Willkür. Sie darf, schärft der Zürcher Reformator ein, «der Lie-

be zum Nächsten keinen Abbruch tun» und bleibt «an das Gesetz der Liebe gebunden».

Für sich selber entscheiden

Im Aufklärungszeitalter deutete man das Wurstessen als symbolischen Beginn einer Geschichte der Selbstbefreiung, zunächst von aufdiktierten religiösen Normen und zunehmend von fremdbestimmenden Zumutungen jeglicher Art: als frühen Akt des Auszugs aus der «selbstverschuldeten Unmündigkeit», wie Immanuel Kant in unübertroffener Prägnanz formulierte. Nicht völlig zu Unrecht: Die sich mit geschichtlicher Verzögerung aus dem religiös-protestantischen Freiheitsimpuls entwickelnde Forderung nach Religions- und Gewissensfreiheit bildet den Keim der heute nicht einmal von tyrannischen Regimen offen bestrittenen Freiheits- und Menschenrechte.

Freiheit blieb auch im 20. Jahrhundert ein zentrales Thema. Dabei wurde der Begriff der Verantwortung zu einem vielfältig beschworenen ethischen Grundbegriff in Philosophie und Politik. Er war es, der sich am Ende des Prozesses der Befreiung von allen in Abhängigkeit führenden Wahrheiten und Normen in den Vordergrund drängte. «Verantwortliche» Entscheidungen in persönlicher Lebensführung und Politik sind selbstredend etwas anderes als Gehorsam gegenüber vorgegebenen Normen.

Allerdings hat «Verantwortung» nur Sinn, wenn es ein Gegenüber gibt, dem man «Antwort» schuldet. Kommt eine übergeordnete normative Instanz, etwa ein göttliches Gesetz, um der Freiheit willen nicht mehr infrage, bedeutet «Verantwortung wahrnehmen»: sein Handeln an den Folgen zu messen, die es für andere Menschen, für die Mitwelt, hat.

Die Neigung zur Freiheit

Dass wir heute vielfach den von unseren Entscheidungen mitbetroffenen Menschen nicht ins Gesicht zu sehen brauchen, erleichtert einen derart «verantwortlichen» Gebrauch von Freiheit allerdings nicht gerade. Den ausgebeuteten Arbeitskräften, die in Asien unseren Markt mit günstigen Produkten versorgen, werden wir ebenso wenig jemals persönlich

begegnen wie den zukünftigen Generationen, deren Lebensgrundlage wir wissenschaftlich zu zerstören im Begriff sind. Reformation als Befreiung zur gesellschaftlichen Implementierung des Prinzips, dass letztlich jeder einzig sich selber der Nächste ist?

In seiner «Anthropologie in pragmatischer Hinsicht» von 1798 gibt sich Kant keiner Illusion hin: Der berühmteste aller Aufklärungsphilosophen beginnt seine späte Schrift über den «realen» Menschen mit einer Phänomenologie des Egoismus und beendet sie mit der Aufzählung unterschiedlicher Gestalten der Heuchelei, Verstellung und Lüge. Auch die «Freiheitsneigung» wird dort unter die menschlichen «Leidenschaften» gezählt. Sie gehört in die gleiche Kategorie wie Ehrsucht, Herrschsucht und Habsucht.

Welche Freiheit durch das Wurstessen erkämpft werden sollte, war schon im Zürich der Reformationszeit umstritten. Bald sah sich Zwingli genötigt, seinen Freiheitsbegriff gegen Missbräuche abzugrenzen: Freiheit, die christlich genannt zu werden verdient, ist weder durch schlichten «Hass auf das Papsttum» motiviert, noch ist sie eine Art verhüllten «Eigennutzes»: Wer sich für sein verantwortungsloses, luxuriöses Leben auf «christliche Freiheit» beruft, missbraucht den Begriff ebenso wie derjenige, der meint, sich damit der sozialen Verantwortung und den Regeln eines fairen Handels entziehen zu können.

Nur wo Recht herrscht, gibt es Freiheit

Christliche Freiheit besteht laut Zwingli sehr wohl im Befreitsein von äusserem Gewissenszwang und religiöser Abhängigkeit. Sie besteht aber auch in der Befreiung des innersten Zentrums des Menschen selbst: in der Befreiung des menschlichen Willens aus der Gewalt des Eigennutzbtrebens und in dessen Neuausrichtung auf den «Gemeinnutz» hin. Wer von der christlichen Freiheitsbotschaft ergriffen ist, wird «in jeder Handlung oder Entscheidung die Tugend Christi nachzuahmen versuchen, soweit dies der menschlichen Schwäche möglich ist».

Verantwortlicher Freiheitsgebrauch setzt nach Zwingli also das Streben nach «Tugenden» voraus. Wer nicht hier ansetzt, benutzt Kritik (an anderen und anderem) als Instrument seines Eigennutzes. Ohne Selbst-

kritik kein Christentum. Weil man das Streben nach Tugend aber nicht verordnen kann, braucht es auch für Zwingli eine «weltliche Obrigkeit», deren Aufgabe es ist, Gesetze zu erlassen, die ein gewisses Mass an Freiheit ermöglichen und auch durchsetzen. Sie sollen etwa «dem Bedrängten Rechtsschutz gewähren, auch wenn er nicht Klage einreicht». Im politischen Bereich gilt: Nur wo Recht herrscht, ist Freiheit möglich.

Wenig anders setzte auch Kant zur Eindämmung wenigstens der schlimmsten Auswirkungen des Missbrauchs der Freiheit auf die «Organisation» und nicht auf die «Verantwortung» jedes Einzelnen. Nur ein (republikanischer) Staat, bestehend aus «Gewalt mit Freiheit und Gesetz», vermag den «Privatsinn» dem «Gemeinsinn» derart einzuordnen, dass das Zusammenleben der Menschen einigermassen gewährleistet ist.

Das innerste Zentrum des Menschen

Der langfristige gesellschaftliche Impuls der Reformation als Befreiungsbewegung besteht zweifellos darin, die Freiheit des Gewissens als des innersten Zentrums des Menschen zu respektieren und zu fördern – gerade in der Gestaltung des menschlichen Zusammenlebens in Religion, Kirche und Gesellschaft. Aber nicht die Lautstärke, mit der man sich auf Freiheit beruft, sondern die konkreten Folgen ihrer individuellen Inanspruchnahme für die menschliche Gemeinschaft als Ganzes entscheiden nach Zwingli wie nach Kant über ihren legitimen Gebrauch.

«Freiheit» und «Verantwortung» ergeben nur als Gemeinschaftsbegriffe Sinn und mutieren bei Abwesenheit von «Tugend» und «Recht» in ihr Gegenteil. Das «Froschauer Wurstessen» ist mehr als eine einprägsame Episode aus vergangenen Zeiten, es enthält ein Programm, dessen Einlösung gerade erst vor uns liegt – wie jeder Blick in die Tageszeitung lehrt.

Schuld und Sühne

Klaus E. MÜLLER

Der christliche Glaube beruht auf der Überzeugung, daß es sich bei der Passion Jesu um ein einmaliges und einzigartiges Geschehen handelte, das gleichwohl einer stichhaltigen Begründung bedurfte, um voll akzeptabel, das heißt aus seiner unmittelbaren Vorgeschichte heraus unantastbar legitimiert erscheinen zu können.

Diese schöpfte im weiteren Sinne aus dem altorientalisch hochkulturellen Erlösungsglauben, wie er schon früh im Kult *sterbender und wiederauferstehender* Gottheiten wie Dumuzi (Tammuz), Adonis, Osiris, Attis und anderer vorangelegt war, im engeren aus der biblischen Überlieferung des Alten Testaments mit der Verdichtung des Polytheismus zum Monotheismus und dem zentralen Glaubenspostulat, daß der eine, der Gott Israels sich seinem Volk *durch Propheten offenbare*.

Den damals herrschenden Machtverhältnissen entsprechend wurde der eine, „einzige“ Gott als übermächtiger „Gebietler“ begriffen, dem seine „Untertanen“ zu absolutem Gehorsam und Gefolgschaftstreue verpflichtet waren. Unvollkommener und schwächer als er, gerieten sie indes immer wieder in Versuchung, gegen seine Gebote zu verstoßen, kamen vom Weg ab – und machten sich *schuldig*. Dafür hatten sie einen Preis zu zahlen: Der himmlische „König“ suchte sie für ihre „Sünden“ mit entsprechenden Strafen – Krankheiten, Ernteeinbußen, Mißerfolgen, Verarmung und dergleichen – heim. Ihr Leben war von *Leiden* geprägt, womit sie gerechtermaßen für ihre Verfehlungen büßten. Erlösung aus ihrer ewigen Schuldverstrickung konnten sie allein von einem genuin fehllosen, das heißt überirdischen Wesen, entweder Gott selbst, der in seiner Güte „Gnade vor Recht“ ergehen ließ, oder einem „Gesandten“ erhoffen, der sich im Auftrag seines himmlischen Herrn unter den Menschen in karnierte, ihre Sünden *in toto* auf sich nahm und durch seinen Opfertod ein für allemal tilgte.

De facto jedoch bestand dieser Glaube schon seit Jahrtausenden. Auch in den Jägerkulturen litten die Menschen ganz ausgesprochen darunter, daß sie, um überleben zu können, ihre – laut mythischer Überlieferung – „Vettern in Tiergestalt“ töten mußten, ein Kardinalverbrechen, da man niemals Hand an seine nächsten Verwandten legen durfte. Infolgedessen jammerte und klagte man bei jeder erfolg reichen Jagd und bat das erlegte Tier inständig um Vergebung. Um aber vollends sicherzugehen, fing man von Zeit zu Zeit ein Jungtier – in der Regel ein Bärenjunges – ein, zog es in der heimischen Siedlung auf das fürsorglichste auf, um es zuletzt in einem großangelegten, mehrtägigen *Gemeinschaftsritual* zu töten und seine Seele zum „Herrn“ oder auch der „Herrin der Tiere“, gottähnlichen Wesen, die über den Erhalt des Wildbestandes wachten, zu senden, damit sie dorten bezeuge, wie gut es die Menschen mit den Tieren meinten, und um Verständnis und *Vergabung* für sie bitte.

Nach der Entstehung des Bodenbaus sahen sich die Menschen demselben Verhängnis ausgesetzt. Nunmehr galten die Nahrungsfrüchte, von denen man zur Hauptsache lebte (Hirsen, Weizen, Gerste, Mais, Reis, Maniok, Yams usw.), als Verkörperung des „Göttlichen Kindes“, das alljährlich von seinen Eltern, dem Himmelsgott und der Erdgöttin, aufs neue erzeugt, von der Erde geboren und zuletzt, herangereift, von den Menschen getötet wurde, da sie seines „Fleisches“ und „Blutes“ zum Leben bedurften. Auch hier klagte man nach dem Ernteanschnitt, weinte und bat um Vergebung, feierte alljährlich (nach Einbringen der Ernte, d. h. zu *Neujahr*) ein Gemeinschaftsritual, in dem anstelle des Bären ein Jungstier, gelegentlich auch ein (jugendlicher) Mensch, die für das „Göttliche Kind“ standen, zur Sühne aller geopfert wurden. In beiden Fällen stimmte der Verlauf des Rituals – von der Gefangennahme, fürsorglichen Haltung bis zur kollektiven Tötung – in den Hauptzügen überein.

Endlich in den altorientalischen Hochkulturen nahm allein noch ein Mensch die Rolle des Sühneopfers ein, der ab der hellenistischen Zeit, seiner Bestimmung entsprechend, treffend als *pharmakos*, „Heiler“, bezeichnet wurde. Seine Behandlung und Tötung entsprachen wiederum ganz den genannten Vorgaben. Sie alle, die *pharmakoi* wie ihre tiergestaltigen Vorgänger, waren *Opfer* – bis schließlich Jesus von Nazareth,

im Glauben, der Sohn Gottes zu sein, sich entschloß, die Sünden der Menschen auf sich zu nehmen und, um sie für alle Zeit erlösen, *freiwillig* für sie in den Tod zu gehen. Und auch in diesem Fall folgten die Hauptetappen seiner Passion weitgehend den Leidensphasen seiner sterblichen Vorgänger in Tier- und Menschengestalt, festgeschrieben bis zum heutigen Tag in den grundlegenden Einzelabschnitten des *Missale Romanum*, der römisch-katholischen Meßordnung.

Die religionsethnologisch-kulturhistorische Behandlung des Themas ist sicherlich nicht nach jedermanns Geschmack und wird bei gläubigen Christen auf Vorbehalte stoßen. Um so mehr erkenne ich dankbar an, daß der Verleger Dr. Wilhelm Hopf das (mögliche) Risiko nicht scheute und ohne Zögern bereit war, das Buch zu publizieren.

Semel emissum volat irrevocabile verbum.

Gesellschaft mit beschränkter Äußerungsmöglichkeit

Ludwig BRÜHL, Felix BÖLLMANN

I. Einführung

„Es gilt ein frei Geständnis
in dieser unsrer Zeit,
ein offenes Bekenntnis
bei allem Widerstreit,“

Es war eine Zeit verschiedener Wirren, Verwirrungen, neuer spannender Ideen und totalitärer Anwendungen, als der evangelische Pastor Philipp Spitta diese Zeilen im Jahr 1827 schrieb. Gesellschaftliche Homogenität nahm ab und Meinungskontroversen zu. Und genau in dieser Zeit setzt Spitta ein Plädoyer für das freie „Geständnis“ und „offenes Bekenntnis“ in „Widerstreit“

Zweifelsohne ist die Welt im 21. Jahrhundert noch ausdifferenzierter, heterogener und meinungsverschiedener. Meinungsfreiheit ist also wichtiger denn je. Doch immer mehr Menschen haben den Eindruck, dass ihre eigene Freiheit zu „Geständnis“ und „Bekenntnis“ abnimmt. In einer Studie im Auftrag des *Spiegels* gaben 52% der Deutschen an, dass sie glauben, im Alltag Probleme zu bekommen, wenn sie ihre Meinung zu kontroversen Themen äußern würden.

II. Wen es treffen kann

Tatsächlich schützen selbst höchste Ämter oder herausragende mediale Popularität nicht vor Cancel Culture und strafrechtlicher Verfolgung. Die Youtuberin Kika Nieto aus Kolumbien musste sich genauso wie die finnische Politikerin Dr. Päivi Räsänen wegen ihrer Aussage über die

Ehe vor Gericht verantworten. Nieto – die auf Youtube fast 8 Millionen Abonnenten hat – wurde Ende 2021 vom kolumbianischen Verfassungsgericht freigesprochen. Räsänen gewann ihren Prozess in erster Instanz, aber die Staatsanwaltschaft legte Berufung ein.

Päivi Räsänen war zwischen 2011 und 2015 finnische Innenministerin und über 10 Jahre lang Vorsitzende der Christdemokraten in dem skandinavischen Land. Immer noch ist sie Abgeordnete im Parlament. Doch 2019 ermittelte plötzlich die Polizei gegen sie und 2021 klagte die Generalstaatsanwältin Räsänen vor einem Strafgericht in Helsinki an.

Der Grund erscheint damals wie heute vielen kurios: Sie hatte auf Twitter die Bibel zitiert. Sie hatte dazu ein Foto von einem Bibelvers verbreitet. Die Anklage hatte zudem die Veröffentlichung einer Broschüre mit dem Titel „Als Mann und Frau schuf er sie“ im Jahr 2004 zum Gegenstand. Ein dritter Anklagepunkt betraf einige Aussagen Räsänens in einer Radiotalkshow.

Nach den ausführlichen Ermittlungen – Räsänen wurde insgesamt mehr als 13 Stunden lang verhört – empfahl die Polizei kein rechtliches Vorgehen. Trotzdem entschloss sich die Generalstaatsanwaltschaft Räsänen anzuklagen.

Noch während der Ermittlungen gab die Generalstaatsanwältin der einflussreichsten finnischen Tageszeitung *Helsingin Sanomat* ein Interview. Darin sagte sie, dass es zwar erlaubt sei, historische Texte wie den Koran, „Mein Kampf“ oder die Bibel zu zitieren, nicht aber deren Meinung zu vertreten.

Der konkrete Stein des Anstoßes war eigentlich eine innerkirchliche Diskussion. Räsänen fragte die Leitung ihrer lutherischen Kirche, wie das Sponsoring der Pride Parade zu einer Stelle im Neuen Testament passe. Ein Bild von Bibelversen hängte sie dem Tweet an. Es handelte sich um Römer 1,24-27:

„Darum lieferte Gott sie durch die Begierden ihres Herzens der Unreinheit aus, sodass sie ihren Leib durch ihr eigenes Tun entehrten. Sie vertauschten die Wahrheit Gottes mit der Lüge, sie beteten das Geschöpf an und verehrten es anstelle des Schöpfers – gepriesen ist er in Ewigkeit. Amen. Darum lieferte Gott sie entehrenden Leidenschaften aus: Ihre Frauen vertauschten den natürlichen Verkehr mit dem widernatürlichen; ebenso gaben auch die Männer den

natürlichen Verkehr mit der Frau auf und entbrannten in Begierde zueinander; Männer treiben mit Männern Unzucht und erhalten den ihnen gebührenden Lohn für ihre Verirrung.“

Außerdem wurde Räsänens Einsatz für die Ehe zwischen Mann und Frau zum Stein des Anstoßes. Zugleich klagte die Staatsanwaltschaft auch den lutherischen Bischof Dr. Juhana Pohjola an. Der Bischof hatte 17 Jahre zuvor gemeinsam mit Räsänen die bereits erwähnte Broschüre publiziert.

Die Verhandlungen vor Gericht fanden Anfang 2022 statt. Der ehemaligen Abgeordneten drohten eine Geldstrafe und die Zensur ihrer Aussagen. Darüber hinaus warf der Prozess mehrere wichtige Fragen auf: Darf der Staat inhaltliche Aussagen bewerten? Sind zentrale christliche Glaubensaussagen zensurwürdig? Wie neutral ist der Staat bei innerkirchlichen Diskussionen? Alle diese Fragen münden in eine: Was ist der *status quo* der Glaubens- und Meinungsfreiheit in einem modernen europäischen Land?

III. Rechtlicher Schutz der Meinungsfreiheit

Der Schutz der Grund- und Bürgerrechte ist in den allermeisten modernen Verfassungen garantiert und wird durch nationale Gesetze weiter ausgestaltet. Für Finnland, wie gegenwärtig auch für 45 weitere europäische Länder, gilt zudem die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK). In deren Artikel 10 heißt es: „Jede Person hat das Recht auf freie Meinungsäußerung.“ „Nachrichten oder Ideen“ sollen danach „ohne Eingriffe öffentlicher Behörden“ mitgeteilt oder empfangen werden. Lediglich unter den in Absatz 2 der Vorschrift genannten Umständen sind Einschränkungen überhaupt denkbar. Genannt werden dort als Gründe für Einschränkungen beispielsweise die „nationale Sicherheit“ oder zur „Verhütung von Straftaten“.

In der bis heute grundlegenden Entscheidung *Handyside gegen Vereinigtes Königreich* aus dem Jahr 1976 hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg, der über die Einhaltung der EMRK durch die Mitgliedsstaaten wacht, Grundsätzliches zur Meinungsfreiheit festgestellt:

„Das Recht der freien Meinungsäußerung stellt einen der Grundpfeiler einer solchen Gesellschaft dar, eine der Grundvoraussetzungen für ihren Fortschritt und für die Entfaltung eines jeden Einzelnen. Vorbehaltlich der Bestimmung des Art. 10 Abs. 2 gilt dieses Recht nicht nur für die günstig aufgenommenen oder als unschädlich oder unwichtig angesehenen „Informationen“ oder „Ideen“, sondern auch für die, welche den Staat oder irgendeinen Teil der Bevölkerung verletzen, schockieren oder beunruhigen. So wollen es Pluralismus, Toleranz und Aufgeschlossenheit, ohne die es eine „demokratische Gesellschaft“ nicht gibt. Daraus folgt insbesondere, dass jede „Formvorschrift“, „Bedingung“, „Einschränkung“ oder „Strafdrohung“ in angemessenem Verhältnis zum verfolgten rechtmäßigen Ziel stehen muss.“ (Hervorhebung durch Autor)

In dem wichtigen Präzedenzfall stellte der Gerichtshof klar, dass eben auch verletzende, schockierende und beunruhigende Inhalte durch das Recht auf Meinungsfreiheit geschützt sind. Es gibt in der europäischen Rechtsordnung keinen Anspruch darauf, von subjektiv unliebsamen Äußerungen verschont zu bleiben.

IV. Der Schaden ist schon entstanden

Angesichts der Rechtslage war es für neutrale Beobachter nicht überraschend, dass Räsänen im März 2022 von den Richtern in Helsinki einstimmig freigesprochen wurde. Tatsächlich dauerte es aber nur wenige Tage, bis die Staatsanwaltschaft ankündigte, in Berufung zu gehen. Damit geht der Prozess gegen Räsänen in die nächste Runde und sorgt für Einschüchterung ohne strafrechtliche Verurteilung. Der Prozess selbst wird dadurch zur Strafe.

Denn Räsänen, die von Beruf Ärztin und außerdem Ehefrau, Mutter und mehrfache Großmutter ist, haftet nun das persönliche Stigma eines Strafverfahrens an. Zudem schaffen solche langwierigen, kostenintensiven und rufschädigenden Prozesse ein Klima der Angst.

Wenn der Staat gegen bestimmte Meinungen, Ansichten und Glaubensrichtungen vorgeht, übt er verbotenerweise Zensur aus. Gerichte gebieten hier glücklicherweise oft Einhalt. Im Beispiel Räsänen verhinderte das aber nicht, dass die Staatsanwaltschaft die Politikerin *ad hominem* angriff und sie – unter anderem auch medial – diskreditierte.

Ein solches Vorgehen ist geeignet, eine weltanschaulich neutrale Staatsordnung bis in die Fundamente zu erschüttern. Es ist höchstgefährlich, wenn sich die höchste Staatsanwältin des Landes von ihren eigenen Meinungen leiten lässt und darum die ehemalige Innenministerin verfolgt. Genau davor warnten die Richter am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte Sajó, Zagrebelsky und Tsotsoria in der Entscheidung *Féret gegen Belgien*:

„Menschen, auch Richter, neigen dazu, Positionen, mit denen sie nicht einverstanden sind, als offensichtlich inakzeptabel und daher außerhalb des Bereichs der geschützten Meinungsäußerung zu bezeichnen. Doch gerade wenn wir mit Ideen konfrontiert werden, die wir verabscheuen oder verachten, müssen wir mit unserem Urteil sehr vorsichtig sein, da unsere persönlichen Überzeugungen unsere Vorstellungen darüber beeinflussen können, was tatsächlich gefährlich ist.“

V. Macht korrumpiert

Schon Lord Acton brachte ein oft zu beobachtendes Phänomen auf den Punkt: Macht korrumpiert.¹ Der moderne Verfassungsstaat ist deswegen darauf bedacht, das Machtgefüge im Staat fein auszubalancieren. Doch die Basis dieses Konstrukts ist das Volk, das in der Lage ist, einen robusten Diskurs über wichtige gesellschaftliche Fragen zu führen. Deshalb sind Meinungsäußerungsfreiheit, aber auch Glaubens- und Weltanschauungsfreiheit, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit stark geschützt.

Dabei macht die weltanschauliche Basis einen Unterschied. Der postmoderne Denker Herbert Marcuse beispielsweise war sicher kein Befürworter der Meinungsfreiheit für alle. Echte Toleranz bedeutet laut ihm „Intoleranz gegenüber rechten Bewegungen und Toleranz gegenüber linken Bewegungen“.

Doch der weltanschaulich neutrale Staat ist kein Werkzeug für die Herstellung des Paradieses auf Erden und darf keine Zensur betreiben. Grundgesetz und internationale Rechtsordnung basieren auf dem Rechtsstaatsprinzip (*rule of law*). In diesem System bedarf jegliches staatliche Handeln einer gesetzlichen Ermächtigung und muss

die Verhältnismäßigkeit wahren. Eine unabhängige Justiz überwacht die Einhaltung der Gesetze. Willkürliche Entscheidungen nach politischen Machtverhältnissen haben in dieser Ordnung keinen Platz. Im Gegenteil, die Rechtsordnung garantiert jedem einzelnen das Recht auf freie Meinungsäußerung. Dieses Recht gilt für alle gleich – ohne Inhaltsfilter oder Ansehen der Person. Allein weil eine Meinung von anderen nicht geteilt wird, kann sie nicht mit einer Einschränkung belegt werden.

Dabei sollte nicht verschwiegen werden, dass Artikel 10 Abs. 2 EMRK durchaus auch die Möglichkeit von Einschränkungen der Meinungsfreiheit kennt. Dafür müssen allerdings drei Kriterien erfüllt sein: Erstens darf dies nur aufgrund eines expliziten Gesetzes geschehen. Zweitens muss die Einschränkung einem der in Artikel 10 (2) erwähnten Ziele dienen. Drittens muss die Einschränkung in einer demokratischen Gesellschaft notwendig sein.

Die Rechtsordnung verteidigt also weder die inhaltliche Aussage einer spezifischen Person, noch macht sie Unterschiede, wem sie wann, wo, wieviel Meinungsfreiheit gibt. Damit garantiert das Rechtsstaatsprinzip die Offenheit für das bessere Argument.

VI. Meinungsfreiheit ist mehr als Selbstzweck

Der rechtsstaatliche Schutz der Meinungsfreiheit ist kein Selbstzweck. Wichtige (oft kontroverse, in jedem Fall aber dringend notwendige) Themen, Gedanken und Debatten werden nur dadurch ermöglicht; Zensur hingegen ist die Unterdrückung von legitimen Perspektiven und verhindert so gesellschaftlichen Austausch, der die Vorbedingung für ein gelungenes Zusammenleben einer Vielzahl von Menschen mit höchst unterschiedlichen Auffassungen zu komplexen und vielfältigen Themen ist.

Immer wieder ist die Freiheit in Gefahr. In vielen Bereichen findet aktuell zumindest de facto, wenn nicht bereits de jure, eine inhaltliche Zensur statt. Mit Begriffen wie „Hassrede“ wird kulturell und medial ein Nährboden für Sprachverbote geschaffen. Man muss nicht einmal ins europäische Ausland schauen, um Belege für grassierende Freiheits- einschränkung zu finden. In mehreren deutschen Städten haben Behör-

den 2022 friedliche Versammlungen mit Auflagen hinsichtlich des Zeitpunkts und des Ortes eingeschränkt. Unbeeindruckt davon, dass Verwaltungsgerichte diese Auflagen für rechtswidrig erklärten, haben die gleichen Stadtverwaltungen teilweise die gleichen Auflagen erneut erteilt. Erst nach neuerlicher gerichtlicher Intervention konnten die Versammlungen wie geplant stattfinden.

Doch in einer ausdifferenzierten Gesellschaft ist größtmögliche (Rede-)Freiheit eine *conditio sine qua non* für eine funktionierende Demokratie. Kontroverse Diskussionen sind wichtig für unser Zusammenleben. Deswegen schützt die Rechtsordnung die breite Spanne an Meinungsäußerungen, auch wenn sie bestimmte Teile der Bevölkerung verletzen oder schockieren könnte. Nehmen wir diese Freiheit wahr und halten wir sie aus, wenn andere sie wahrnehmen – das ist der beste Dienst, den wir der Rechtsordnung erweisen können. Nur so bleiben das freie Geständnis und Bekenntnis trotz Widerstreit auch in unserer Zeit möglich.

Anmerkungen

- ¹ John E.E. Dalberg Acton (1834-1902): „Power tends to corrupt and absolute power corrupts absolutely.“ <https://www.acton.org/research/lord-acton>

Kritik an der „Ehe für alle“ darf nicht verboten sein

Erwin BADER

Keine offenen Diskussionen erwünscht

Wie kam es, dass mir im Jahr 2018 nicht erlaubt wurde, meine kritischen Thesen zur „Ehe für alle“ bei einer wissenschaftlichen Tagung der Europäischen Forschungsgesellschaft Societas Ethica, deren Mitglied ich seit 1993 bin, zu referieren? Hier versuche ich, eine Antwort darauf zu geben. Zuerst möchte ich mich vorstellen: Ich bin 79 Jahre alt, verheiratet seit 1970, zwei Töchter, sechs Enkel; pensionierter Religionslehrer und Professor i. R. am Institut für Philosophie in Wien. Promotion s.c.l. 1972 Salzburg für Politikwissenschaft und Psychologie, 1993 Habilitation am Institut für Philosophie, 1995 bis 2005 Erster Vorsitzender des Universitätszentrums für Friedensforschung (Univ. Wien; als direkter Nachfolger von Rudolf Weiler, ehemals Präsident der Societas Ethica), 2009 Ruhestand, Lehre bis 2019; Mitarbeit bei zahlreichen wissenschaftlichen Tagungen.

Nachdem ich im Rahmen der Societas Ethica zuletzt im Jahr 2015 in Linköping (Schweden) zum Thema „Weltethos und Globalisierung“ eingeladen wurde und im Jahr 2014 in Maribor (Slowenien) ebenfalls als „Invited Speaker“ zum Thema „Die Wurzeln von Krieg und Frieden“ sprach, wollte ich meine Teilnahme im Rahmen des „call for papers“ für die Tagung in Louvain (Belgien) im August 2018 zum Thema „Feministische Ethik und die Frage nach dem Geschlecht“ ankündigen. Ordnungsgemäß und zeitgerecht reichte ich mein Konzept ein, das weiter unten wörtlich wiedergegeben wird. Dieses Thesenpapier zeigte bewusst den Zugang von unterschiedlichen wissenschaftlichen Gesichtspunkten. Doch mein Konzept wurde ohne Nennung wissenschaftlicher Argumente abgelehnt. Ein einziges Mal erlebte ich im Rahmen meiner wissenschaftlichen Laufbahn eine Ablehnung, und zwar wur-

de – obwohl alle Fachgutachten „sehr gut“ lauteten – (auf Druck der linken Studentenvertretung) meine Habilitation am Institut für Philosophie 1992 zunächst abgelehnt, wobei die einzige mir bekanntgegebene Kritik lautete, als Philosoph dürfe ich keine religiösen Argumente einbeziehen! Auch wenn mein Thema die christliche Sozialphilosophie war! Mein Einspruch führte allerdings zum Ersatz der Kommission durch eine neue, zu einem neuen Verfahren und damit zu meiner Habilitation 1993. Es war mir auch 2018 klar, dass auch die Ablehnung durch die Gutachter der Societas Ethica wohl kaum wegen mangelnder Qualität erfolgte, sondern primär dem neuen Zeitgeist geschuldet war. Im Programm der Tagung war leider auch sonst kein kritisches Referatsthema zu finden. Die mir auf Rückfrage gegebene mündliche Begründung lautete, ich hätte zu viele unterschiedliche Argumente vorzutragen beabsichtigt, sodass unklar war, wie dies alles in einem Referat vorgetragen werden könne, und angeblich seien alle unabhängig voneinander prüfenden Gutachter zum ablehnenden Urteil gekommen. Meine eigene Erklärung war, dass man wohl nur sogenannte „Fachleute“ für die Genderfrage zur Begutachtung eingeladen hatte, die von der Gendertheorie so „überzeugt“ waren, dass sie keine Kritik duldeten. Mir schien also, dass sich damals die Societas Ethica, ähnlich wie viele andere Körperschaften und Vereinigungen, von der lobbyistisch sehr erfolgreichen Gender-Bewegung vereinnahmen ließ. Es ist bedauerlich, dass diese altehrwürdige wissenschaftliche Organisation damit den Pfad der Wissenschaft zu verlassen droht, da Wissenschaft nur vom freien Diskurs lebt. Karl Popper und viele andere lehren, dass die Wissenschaft im Eigeninteresse ausdrücklich auch Argumente von Gegenpositionen zulassen sollte. Popper war schockiert, als sich die Ideologien der totalitären rechten und linken Systemen zu dogmatischen Richtern über die Wissenschaften machten. Um dennoch oder gerade deshalb Brücken zu bauen, hatten sich u.a. Tagungen des Universitätszentrums für Friedensforschung, gemeinsam mit der Akademie der Wissenschaften in Moskau, jahrelang erfolgreich um einen internationalen Dialog zwischen Christentum und Kommunismus bemüht, an denen ich oft teilnahm. Später bemühte sich diese Organisation unter meiner Leitung u. a. um den Dialog der Religionen. Auch die Initiative Weltethos, dessen Vizepräsident ich in Ös-

terreich bin, fördert den Dialog der Religionen. Seriöser Dialog ist mir wichtig!

Leider konstruieren, seit die säkulare Kritik am Christentum zunimmt, nichtchristliche Denkrichtungen und Bewegungen neue (Quasi-)Dogmen, die der Bevölkerung aufgedrängt werden; dabei wird nicht selten schon der einfache Widerspruch als Hetze denunziert. Ein Beispiel dafür betraf jüngst auch meine Person.¹

Man sollte m.E. mehr Mut zur Kritik haben, denn die Schäden der Transgender-Medizin sind nicht zu leugnen, auch wenn bisher noch relativ wenige Berichte vorliegen, wie z.B. der Bericht der NZZ über eine Sammelklage gegen die staatliche britische Klinik Tavistok, die in Vorbereitung ist. Dort sollen Minderjährige zu Geschlechtsumwandlungen *gedrängt* worden sein! Die Zeitung berichtet von einer heute 23-jährigen Frau, die dort ab dem Alter von 13 Jahren Behandlungen erhalten hat, die sie heute sehr *bereut*, und betont, dass die Ärzte ihrem Wunsch nach einer Geschlechtsumwandlung deutlich *widersprechen* hätten müssen. Doch das Gegenteil war der Fall, man drängte sie förmlich!²

So machen sich auch heute Ideologien breit und erhalten z.T. Unterstützung staatlicher Institutionen, woraufhin Kritik an der „Ehe für alle“ auch mit dem Argument zurückgewiesen wird, dies sei eine unstatthafte Kritik „am Rechtsstaat“! Hinter dem Machtapparat der Staaten verschanzen sich oft ideologische Einseitigkeiten, die dem Interesse der Gesamtheit widersprechen und nur dem Interesse von Sondergruppen dienen. Offenbar ist Jesu Mahnung zur Kritik auch heute nicht ohne Berechtigung: „Ihr wisst, dass die Herrscher ihre Völker unterdrücken und die Mächtigen *ihre Macht* über die Menschen *missbrauchen*. Aber bei euch soll es nicht so sein.“ (Mt 20,25f.) Auch Kritik an Gesetzen ist legitim, das sollten besonders auch Homosexuelle begreifen, denn andernfalls wäre heute gleichgeschlechtlicher Sex noch immer strafbar. Aber wenn heute manche ein Quasi-Verbot für Kritik am gegenwärtigen Lobbyismus der LBGTI+-Bewegung haben wollen, ist dies ein Schritt zum Denkverbot, zum Maulkorb für aufrechte Wissenschaftler, und schließlich ergibt sich die Gefahr einer neuen Knechtschaft. Kritik ist auch deshalb wichtig, weil sie die Wurzel der Wissenschaft ist, aber

gerade die Vertreter der Gender-Theorie sind nach meiner bisherigen Erfahrung oft allergisch auf jegliche unabhängige Kritik.

Eine Feigheit vor der offenen Wahrheitssuche beobachtete ich bei der LBGT-Bewegung mehrfach, wofür ich Beispiele anführen möchte.

Die Einführung der „Ehe für alle“ geschah in Österreich autoritär von oben, ohne Rücksicht auf die üblichen Wege, vor allem ohne öffentliche und wissenschaftliche Diskussionen. Diese Vorgangsweise machte mir schon damals mehr Sorgen als das Ergebnis als solches, denn ich sah darin eine Gefahr für die Demokratie. Vergeblich schrieb ich u.a. an die Gender-Beauftragten der im Nationalrat vertretenen Parteien SPÖ, ÖVP, FPÖ, Grüne und NEOS und an einzelne Zeitungen, um doch noch zu Diskussionen aufzufordern. Die meisten ignorierten mein Schreiben und niemand äußerte Diskussionsbereitschaft außer der FPÖ, was mir zu wenig repräsentativ schien. Der damalige SPÖ-Bundesrat Mario Lindner teilte mir nur kurz seinen Standpunkt mit, mit welchem er offenbar bereits den Verfassungsgerichtshof (VfGH) in Wien überzeugen konnte: „Durch die Entscheidung des VfGH wird ab 1.1.2019 keinem einzigen Menschen etwas weggenommen werden – nur eine Gruppe bekommt endlich die gleichen Rechte, wie alle anderen!“³ Er war aber nicht zur Diskussion bereit, um die ich ersucht hatte. Ich hätte ihm gerne meinen Standpunkt bekannt gemacht, dass dieses Gesetz insbesondere gegen das Rechtsprinzip verstößt: „Gleiches ist gleich, Ungleiches ist ungleich zu behandeln.“ Jeder Mensch kennt den Unterschied von Mann und Frau. Eine Verbindung von Mann und Frau und eine gleichgeschlechtliche Verbindung sind offenkundig nicht das Gleiche, sondern etwas Ungleiches. Und auch nicht jeder Treuebund ist gleich eine Ehe. Eine linguistische Untersuchung in jeder Sprache, Religion und Kultur und zu allen Zeiten würde unzweideutig aufzeigen, dass der Begriff Ehe – abgesehen vom VfGH-Beschluss und anderen äußerst seltenen Ausnahmen – ausdrücklich und durchgängig eine von der Gemeinschaft anerkannte Verbindung von *Mann und Frau* bedeutet.

Als ich im Jahr 2019 erfuhr, dass ein Volksbegehren gegen die (bereits rechtskräftige) „Ehe für alle“ gestartet werden soll, wies ich darauf vor meiner Lehrveranstaltung an der Universität Wien über das Weltethos hin. Sofort ich wurde denunziert und umgehend von der Uni-

versität gemaßregelt, indem mir die Bezahlung der Lehre für einige Jahre einfach gestrichen wurde. Auf meinen Einwand, dass die Universität bisher stets ein Ort der Diskussion gewesen sei, was nun auf einmal nicht mehr gelte, wurde erwidert, diesmal handle es sich eben um ein besonders heikles Thema. Ich verstehe: Einen seit eh und je geltenden Rechtsbestand ohne akuter Not von oben herab abzuschaffen ist wohl besonders heikel! Nicht wahr? Ich wollte nicht der wohl bis dahin einzige *pensionierte Professor* sein, der *unfreiwillig* ohne Bezahlung lehrt, und kündigte seitdem keine Lehrveranstaltungen mehr an.

Da ich Literatur aller Seiten studiere, ist mir wohl bewusst, wie stark verbreitet inzwischen queere oder schwule Gedanken sind. Ein Autor, der sich als „queer“ bekennt, schreibt (2021) über die angeblichen Vorzüge von Schwulsein und Promiskuität: „Eine Übernahme der kulturellen Imperative der heterosexuellen Mehrheitsgesellschaft ... würde auf die Selbstabschaffung schwuler und lesbischer Subkulturen hinauslaufen. Die heteronormativen Ideale der Monogamie oder Abstinenz führen ... zu mehr Unsicherheit, weil sie auf unrealistischen Verzichtserwartungen beruhen. Schwule Promiskuität ist daher ein positives Vorbild, das mehr Sicherheit verspricht als die dominanten heteronormativen Formen von Sexualität.“⁴ Es entspricht nicht den Tatsachen, dass ausgerechnet der „sichere Hafen“ der Ehe *mehr Unsicherheit* bringe! Dagegen spricht schon, dass ausgerechnet Homosexuelle von einer vertraglichen Bindung (Ehe) mehr Sicherheit erhoffen. Außerdem widersprechen Schwulsein und Promiskuität, die vom Autor gelobten, weil angeblich mehr Sicherheit bietenden Lebensformen offenbar beide dem Grundgesetz der Ethik nach *Immanuel Kant*: „Handle nur nach derjenigen Maxime, durch die du zugleich wollen kannst, dass sie ein *allgemeines Gesetz* werde.“⁵ Sobald *eine Mehrheit* der Menschen nur jene Sexualität, die *a priori* keinen Nachwuchs ermöglicht, praktizieren würde und nur sexuelle Kurzzeitkontakte einginge, wäre die Gesellschaft zum Untergang verurteilt: erstens weil der Nachwuchs ausbliebe, und zweitens funktioniert alles Zusammenleben, auch u.a. die Wirtschaft, nur aufgrund von Verträgen⁶, wenn diese möglichst verlässlich eingehalten werden.

Als kürzlich die *Wiener Zeitung* (online) zu einer „Diskussion“ über Fragen einer „queeren Rechtlinguistik“ aufrief und ich der Aufforderung nachkam, tappte ich offenbar in eine Falle, denn bald schrieb einer: Meine Kritik „gehört wohl in den Giftschränk der Verschwörungstheorien.“ – Und just jener Autor, dessen Beitrag gleichsam als Aufforderung zur Diskussion bezeichnet wurde, untermauerte die (in der Wissenschaft unziemliche) Wortwahl noch mit wahrheitswidrigen Aussagen und verurteilte meine Thesen schlichtweg als „Giftschrank *homophober* Verschwörungstheorien“⁷. Wahrheitswidrig ist schon seine Unterstellung einer Homophobie, da ein „Homophober“ wohl kaum jahrzehntelang auf intellektueller Ebene eine freundschaftliche Beziehung mit einem im Privatleben homosexuellen (inzwischen verstorbenen) Herrn gehabt hätte, in deren Gedankenaustausch u.a. auch unsere unterschiedlichen Lebensformen zur Sprache kamen. Auch andere Behauptungen sind frei erfundenen und hätten vom Autor schon nach wenigen Recherchen nicht mehr aufrecht erhalten werden können. Die von ihm kritisierten Aussage, dass „politische Cliquenbildung“ der Homosexuellen potenziell gefährlich werden könnte, zitierte ich aus dem Buch „Die Homosexualität“ des Juristen Rudolf Klimmer, dem bedeutendsten deutschsprachigen Bahnbrecher für die Straffreiheit homosexueller Praktiken. Dieser schrieb: „Eine Gefahr der politischen Cliquenbildung ist [damals, Anm. EB] nicht gegeben, zumal es nicht gelungen ist, auch nur eine einzige politische Partei ernsthaft für die bedrängte Lage der Homosexuellen zu interessieren“⁸. Bekanntlich hat sich die Situation seither stark geändert: Straffreiheit für Homosexualität ist längst Realität, aber es gibt inzwischen auch eine im politischen Leben stark präsenste Bewegung mit mehreren Lobbygruppen, die ihren Einfluss nicht nur in der Unterhaltungsindustrie, sondern auf Parteien (z.B. SoHo = Sozialdemokratie und Homosexualität), die Medien (auch Filme) und insbesondere auf die Schulen sowie auf die Rechtsprechung geltend zu machen versteht.

Lobbyismus ist zwar formell legitim, impliziert aber in mehrfacher Hinsicht eine Gefahr: 1. Für die demokratische Kultur, weil jeder Lobbyismus direkt auf die Herrschaftsorgane des Staates Einfluss nimmt, z. B. auf den Verfassungsgerichtshof in Österreich, um Gesetzesänderungen zu bewirken, wodurch die Herrschaftsfunktion der staatlichen

Organe gestärkt, aber die demokratische Prozessualität (die Willensbildung von unten nach oben) unterhöhlt und so dem Autoritarismus Vorschub geleistet wird. 2. Für die Wissenschaft, weil jede Ideologie (also jedes aus eigener Sicht unumstößliche Denksystem) sich selbst als nicht-falsifizierbar darstellt und intolerant oder repressiv gegen Kritik an der eigenen Position ist, wodurch der für die Wissenschaft unverzichtbare Diskurs absichtlich oder unabsichtlich durchbrochen wird.⁹ Und 3. besteht im speziellen Fall eine potenzielle Gefahr für die Natur, weil die Gender- und LGBT-Ideologie Anleitungen verbreitet, um sich von der Natur seines eigenen *Körpers* unabhängig zu machen. Man redet Kindern ein, es sei vorteilhaft, sofern man dies wolle, ein anderes als das *naturgegebene* Geschlecht anzunehmen, auch durch tiefgreifende, folgenschwere und irreversible medizinische Eingriffe in den Körper¹⁰. Naturwissenschaftlich unhaltbar ist auch die Behauptung, dass es mehr als zwei Geschlechter gebe.

Der offenbar bis in die höchsten politischen, rechtlichen, medialen und wirtschaftlichen Ebenen reichende Einfluss *naturwidriger Denkweisen und Praktiken* kann die vielen gefährlichen, naturwidrigen Verhaltensweisen unserer Zeit, z. B. Regenwaldabholzung, Leerfischen der Meere, Versiegelung und Vergiftung der Böden etc., harmloser und plausibler erscheinen lassen und somit den Bemühungen um eine Sanierung der Umwelt und des Klimas massiv im Wege stehen! Nicht zuletzt zeigt sich, dass (insbesondere die leiblichen) Eltern von Kindern in der Regel nicht nur mehr Sensibilität für die Erhaltung der Natur und für die *nachkommenden Generationen* besitzen, sondern dass traditionelle Vater-Mutter-Kinder-Familien auch aus finanziellen Gründen eher zu einem *bescheideneren „Fußabdruck“* pro Person und damit zu einer geringeren Schädigung der Umwelt tendieren.

Mein abgelehntes Thesenpapier

Wenn ich nun den wortgetreuen Text meines (abgelehnten) Konzepts wiedergebe, möchte ich nochmals betonen, dass mein wissenschaftlicher Werdegang mehr als üblich *interdisziplinär* ausgerichtet ist. Ich diletitierte also im Folgenden nicht etwa in Fächern, die mir fremd wären,

sondern kann auf meinem an der Universität erworbenen Wissen aufbauen. Die einfach ausgedrückten, kurzgefassten Formulierungen sollten auch dem Nichtfachmann möglichst verständlich sein.

Menschliche Natur und demokratische Freiheit.

Philosophisch-interdisziplinäre Überlegungen zur Gender-Theorie.

- Allgemeines: Erfreulich sind zwar Maßnahmen im Zusammenhang mit der Gender-Theorie gegen die Diskriminierung von sexuellen Minderheiten, aber ich plädiere dafür, dass der Unterschied zwischen Eingetragener Partnerschaft und Ehe aufrecht erhalten bleibt. Das Recht schützt die Ehe von Mann und Frau, den natürlichen Boden für die Fortpflanzung des Menschen. Eine Erweiterung des Begriffs Ehe auf gleichgeschlechtliche Paare widerspricht einigen Wissenschaften, z.B. dem Grundsatz der Rechtswissenschaft: Gleiches ist gleich und Ungleiches ungleich zu behandeln. Auch andere Aspekte der Gender-Theorie sind fragwürdig, manches widerspricht der Natur, anderes der demokratischen Freiheit, und aus der Sicht mehrerer Wissenschaften bleiben teils gravierende Einwände.
- Gemäß der Individualpsychologie von Alfred Adler bilden freier Geist und biologische Natur des Menschen (sowie weitere Aspekte) eine un-trennbare Einheit, sie machen das „In-dividuum“ der menschlichen Person aus. Im Rahmen der Gender-Theorie werden aber diese beiden Seiten auseinanderdividiert.
- Die Wissenschaftstheorie fordert, dass jede Theorie mit Anspruch auf Wissenschaftlichkeit, also auch die Gender-Theorie, der wissenschaftstheoretischen Grundregel der Falsifizierbarkeit unterliegt; andernfalls steht sie unter Ideologieverdacht. Vielfach werden dennoch Kritiker dieser Theorie mit moralisierenden Argumenten diffamiert, was sonst dem wissenschaftlichen Usus widerspricht.
- In der Psychotherapie bedarf es der fairen Auseinandersetzung zwischen unterschiedlichen Lehrmeinungen. Leider werden einige Erkenntnisse, z.B. von *Walter Brütigam* und anderen Autoren anhand empirischer Erfahrung über Entstehungsursachen von Homosexualität bzw. anderen „sexuellen Deviationen“, ohne wissenschaftlich wi-

derlegt worden zu sein, abrupt und willkürlich unterdrückt. Therapie bei Homosexualität wird heute meist ausschließlich affirmativ betrieben, was an sich korrekt ist; aber sie sollte, falls vom Klienten/Patienten ausdrücklich gewünscht, offen bleiben für die Änderung des Verhaltens in Richtung auf gleichgeschlechtliche, aber nicht-sexuelle Beziehungen bzw. möglicherweise Änderung der sexuellen Orientierung. Solche Therapieversuche sind nicht kategorisch auszuschließen.

- Als Folge der Evolution der Lebewesen ist der Mensch zweigeschlechtlich angelegt. Die zweigeschlechtliche Fortpflanzung entstand erst relativ spät, sie war aber Voraussetzung zur Entwicklung aller höheren Lebewesen – einschließlich des *Homo sapiens*. Das Bewusstwerden des natürlichen Entwicklungsgesetzes als Verbindung zwischen uns und allen Lebewesen fördert unsere seelische Gesundheit, Freiheit und Verantwortung.
- Aus anatomisch-medizinischer Sicht besitzen alle einzelnen Organe zweckorientierte Funktionen. So dienen die Sexualorgane zwar nicht ausschließlich, aber primär dem Zweck der geschlechtlichen Fortpflanzung und Arterhaltung und haben sich speziell dafür entwickelt. Das Wissen darüber macht sehr viele Mediziner skeptisch gegenüber der These einer völligen Gleichwertigkeit von hetero-, homo-, bi- und transsexuellen Verhaltensweisen, auch wenn sie sich der Gender-Sprachregelung beugen.
- In der Erziehungswissenschaft werden Probleme diskutiert, die durch das völlige (d. h. nicht durch Alleinerziehung, Scheidung oder Tod bedingte) Fehlen von *Mutter und Vater* entstehen.
- Unter Österreichs Verfassungsrechtlern ist die vorbereitete Öffnung der „Ehe für alle“, d. h. auch für nicht grundsätzlich zur Zeugung fähige Paare, nach wie vor umstritten, da § 44 *EheG* voraussetze, dass zwei Personen ihren Willen erklären, Kinder zu zeugen. Im Zweifelsfall sollten Änderungen unterbleiben.
- In den westlichen Staaten sinkt die Kinderzahl und sexuelle Sonderformen nehmen zu; beides sind Abweichungen von natürlichen und tradierten Regeln des menschlichen Daseins und *korrelieren* offensichtlich mit Verhaltensweisen, die zur *anthropogenen Umweltzerstö-*

runge führen; die Ursache scheint eine zunehmende seelische Neigung zum kollektiven Selbstmord des Menschen zu sein. Nicht unbegründet warnt Hans Jonas die Menschheit vor ihrer Selbstausslöschung und weist sie auf ihre verpflichtende Verantwortung für die Existenz der Erde hin.

- Nach *Kierkegaard* möchte der Mensch ohne Glauben an Gott entweder „verzweifelt man selbst“ sein oder „verzweifelt nicht man selbst“ sein – oder auch beides zugleich. Dies nennt er bekanntlich die „Krankheit zum Tode“. Er sieht damit die Verzweiflung des modernen konsumabhängigen Menschen voraus, der in einer Umwelt lebt, in der Gott fehlt. Die säkularen Eliten der westlichen Welt scheinen heute zumindest mit dem Untergang des Menschen der „Alten Welt“ zu kokettieren.
- Im Zuge des *Dialogs der Religionen* wird deutlich, dass die Anerkennung und Achtung der Ehe als „Partnerschaft zwischen Mann und Frau“ mehr oder weniger explizit in allen Religionen vorkommt und in der Deklaration des (interreligiösen) „Weltethos“ ausdrücklich betont wird. Die christliche Ehe hatte bisher unter vielen Religionen ein hohes Prestige. Ein Abrücken von der Hervorhebung der Partnerschaft zwischen Mann und Frau könnte in einigen Humanwissenschaften einen unerwarteten Rückschlag hervorrufen.
- Abschließendes: Demokratietheoretisch wächst, je mehr Änderungen einseitig von oben erfolgen, die Gefahr, dass die Bevölkerung empfindet, kaum mehr Einfluss in der Politik zu haben, sondern bloß *ohnmächtig dem Diktat des Staates ausgesetzt* zu sein. Eine Resignation der Staatsbürger schwächt die Demokratie. Schon Hegel erläuterte, dass der innere Halt im Staat nicht durch Zwang, sondern durch das „Grundgefühl der Ordnung, das alle haben“, entsteht. Der Staatsbürger der Demokratie ist Souverän, nicht „Untertan“. Der Souverän (die Summe der Staatsbürger) hat bereits jenes „Grundgefühl“ – mit größerer Sicherheit als „Experten“, die sich eher an Wünschen von oben orientieren. Wenn aber Änderungen erzwungen werden, die den natürlich gewachsenen Überzeugungen der Menschen widersprechen, erodiert das im Volk vorhandene Grundgefühl der Ordnung. In weiterer Folge erodiert das Gemeinschaftsgefühl – und schließlich das

ganze Gemeinwesen. Die in Zukunft zu bewältigenden Krisen erfordern eine „starke Demokratie“, in der alle Bürger und nicht nur Eliten bestimmen.¹¹

Über den tieferen Wert der Ehe

Im letzten Abschnitt unterlasse ich es, alle oben genannten Thesen näher auszuführen und mit heutigen Entwicklungen zu vergleichen, sondern möchte lieber das Positive der Ehe hervorstreichen und lade als Philosoph dazu ein, die tiefe, zugleich spirituelle und zugleich naturgemäße Bedeutung die Ehe näher zu betrachten.

Ich beginne mit der *Etymologie*: Es gibt eine sprachliche Beziehung zwischen dem Substantiv „Ehe“ und dem Begriff „ehe“ (oder „ehedem“) sowie zum Wort „eh“ als Bekräftigung, wie es vor allem in Österreich gebräuchlich ist, aber im ganzen deutschen Sprachraum verstanden wird, z.B.: „Das weiß ich eh!“; und zum Komparativ „eher“ für ein relatives Mehr an Sicherheit einer Aussage. Das digitale Wörterbuch der deutschen Sprache erklärt den Begriff „Ehe“ als die „gesetzliche Verbindung von Mann und Frau“ und führt aus: „Aus dem westgermanischen Wort für ‚Gesetz, Recht, göttliches Gebot, Vertrag‘ ... und danach folgt der Hinweis: Das Wort Ehe ist ‚verwandt mit der Konjunktion ‚eh‘“! So möchte ich das Wort „Ehe“ und das bekräftigende „eh’/ehe/eher“ miteinander sinnvoll verbinden zu folgendem Satz: „Seit eh’ und je gab es schon die Ehe!“

Nachdem die vornehme Bedeutung der Ehe anhand der sprachlichen Wurzel hervorgehoben wurde, möchte ich sie auch naturphilosophisch untermauern: Denn schon bevor die Evolution den Menschen hervorbrachte, verdankten alle höheren Lebewesen ihr Leben einer von den Zoologen, auch bei sogenannten niederen Tieren mit der Hochzeit verglichenen Kopulation von Männchen und Weibchen. Also erweist sich nicht nur von der Linguistik her, sondern auch biologisch-evolutionstheoretisch betrachtet die Ehe als älter als das Menschengeschlecht!

Nun möchte ich meine philosophischen Gedanken mit einer auf das mystische Universum bezogenen Überlegung überhöhen, was ich zu-

nächst – in Anlehnung an die Bibel – so ausdrücke: Ehe alles war, gab es einen ideellen Ursprung von allem, und dieses ehemals Bestehende, Eherne, Ewige war bei Gott und dieses Prinzip „*Ehe (alles war)*“ war Gott. Mit dem Begriff „*Ehe (alles war)*“ bezeichne ich hier das geistige Prinzip, den Logos, das Wort, das allem vorausging, das aber auch ehern und ewig ist und in allem, das „besteht, wirkt“¹². In allem Bestehenden ist der göttliche Keim im Wesen enthalten und besteht im Verborgenen weiter, wie auch unserem Handeln stets zuerst eine Absicht und ein Plan vorausgeht, damit am Ende ein Werk entsteht, in dem schließlich die Intention noch enthalten ist, die zur Wirklichkeit wurde.

Die ganze Geschichte hat auch ein Ziel, und dieses ist die Vollendung des Guten, das in allem angelegt ist. Die *Wirklichkeit* ist alles, was auf uns oder auf andere einwirkt und selbst wiederum bewirkt wurde; sie ist die Gesamtheit des von Gott Bewirkten. In Gott war alles beschlossen, ehe es Wirklichkeit wurde, etwas Bewirktes wurde und selbst wirksam war. Schließlich konnten wir Menschen am Gipfel der Pyramide des Geschaffenen unserer selbst gewahr werden! Der Mensch stammt zweifach von Gott: 1. als (vorläufig) letzte Stufe der Evolution und 2. als Spiegelung des bewirkenden Geistes, seit auch ihm *Bewusstsein, Denkfähigkeit und freier Wille* verliehen wurde. Nur der Mensch wird sich dessen bewusst, dass er da ist und dass er lieben und geliebt sein möchte; und der Geist, der ihn erdacht und gewirkt hatte, lebt auch in Spuren im Menschen weiter. Wir besitzen Selbstbewusstsein und erahnen Höheres, ohne es völlig zu begreifen.

Am Beginn der Menschheitsgeschichte war m. E. nicht Unwissenheit, sondern formlose Gewissheit. Die Instinkte waren noch nicht außer Kraft und der junge Geist noch nicht verdorben. Danach kam in einer langen Zwischenzeit Unsicherheit, „Raub und Krieg“¹³ und erst spät kommt wohl das einsichtig gewordene Begriffen-Haben. Langfristig nähern wir uns dieser Zeitepoche an, aber die Kräfte der Unsicherheit sind noch virulent. Daher sollte der Wurzelstock all unseres Wissens womöglich im Auge behalten werden, damit die Stärkung, die von ihm ausgehen muss, auch in dieser Krisenzeit andauern kann: Nämlich die *Gewissheit*, dass alles Geschaffene im Ursprung gut ist – und am Ende wieder gut wird: das Gewissen.

Der Mensch hat einen Auftrag, anders als alle anderen Wesen: als Gottes Helfer mitzuwirken an der Vermehrung des Guten, Wahrhaften und Hilfreichen, an der Vollendung seiner selbst und der ganzen Welt. Eine wahre Schule des Guten ist die Ehe, allerdings dauert der Lernprozess ein Leben lang. Mancher meint, er käme nur mit Ellbogentechnik gut durch die Welt, aber wer wahrhaftig und edel zu sein strebt, der kommt letztlich gut, oft auch besser durch das Leben – trotz scheinbar hoher Hürden! Denn er wird eine treibende Kraft zur Mitwirkung an Gottes Verwirklichung der Liebe, des Guten und Wahrhaften in der Welt. Erst Gott vollendet unsere Unvollkommenheit, die immer bleibt.

Die christlich-jüdische Tradition bringt zum Ausdruck, dass Gott seit jeher einen Bund mit den Menschen will, wie eine Art Ehebund. Eine der vielen Bibelstellen lautet: „Ich *traue* dich mir an auf ewig; . . . um den *Brautpreis* von Gerechtigkeit und Recht, von Liebe und Erbarmen, um den *Brautpreis* meiner Treue: Dann wirst du den Herrn erkennen.“ (Hos 2,21f.). Und für das Ende verkündet Johannes das Wort des Herrn: „Glückselig, die zum *Hochzeitsmahl* des Lammes geladen sind!“ (Offb 19,9). Hochzeit zwischen Gott und Mensch meint auch die Heiligkeit *ehelicher* Liebe und Treue: Gott schloss eigentlich einen Bund mit *allen* Menschen, mit dem Menschen schlechthin, den er als Mann und Frau schuf; und die Liebe sollte herrschen zwischen Mann und Frau und darüber hinaus zu allen, besonders den Armen und Unterdrückten. Der Mensch lebt, um seine Mitmenschen zu lieben. Doch sollte er die *allgemeine* Liebe nicht mit der *innerehelichen* verwechseln.

Gottes Bund ist seine Zusage an *alle Menschen*, auch an jene, die ihn nicht kennen: der Ewige werde ihnen beistehen, vor allem wenn sie es wahrhaft wollen, auch den vielen, die Gottes Hilfe und Gebote noch ablehnen; und dieser Bund ist auch das Urbild der Ehe zwischen Mann und Frau: „Wenn die Lieb‘ nicht so stark ist, dass sie ewig sein will, ist sie keine Lieb‘,,, dichtete Peter Rosegger; und: „Falsche Liebe fürchtet die Ehe – echte sucht sie.“

Gott ist immer treu, als Vorbild für uns, auch wenn der Mensch bisweilen nicht treu ist. Daher heißt Ehe auch, womöglich ehern am Bund mit dem Partner festzuhalten und mit Gott, der dem Sein den Sinn gab und gibt. Eher geht die Welt zugrunde, als echte Liebe stirbt. Der aus

heutiger Sicht falsche Schluss früherer Epochen, keine Ehescheidung sei möglich, widerspricht dem Wort Jesu, der zwar den Ehebruch verwirft, aber einer Ehebrecherin (und intentionell allen Ehebrechern) Gottes Vergebung zusagt: Es gibt die ergreifende Schilderung, wie Jesus die (grausame) Steinigung einer Ehebrecherin verhinderte (Joh 7,53–8,11), obwohl er damit dem damals geltenden Recht (indirekt) *widersprach* und selbst *gesteinigt* zu werden drohte! Die Ehe ist nach meiner persönlichen Überzeugung primär ein religiöser und erst sekundär ein staatlicher Vertrag, ein Bund, wie ihn Jesus empfahl (Mt 19,5) und der die Ethik übersteigt: Aus dem *Gottvertrauen* stammt die Kraft, Schönheit und Dauer der Ehe.

Die „moderne“ Zivilehe wurde von Adolf Hitler im deutschen Reich und nach dem Anschluss auch in Österreich eingeführt. Das heutige österreichische Ehegesetz (Fassung vom 29.10.2022) besitzt noch die (für ein Bundesgesetz der Republik absurd wirkende, wenn auch faktisch derogierte) Präambel: „Die [deutsche] Reichsregierung hat vorbehaltlich einer abschließenden Neuordnung des gesamten Eherechts zur Vereinheitlichung des Rechts der Eheschließung und der Ehescheidung im Lande Österreich und im übrigen Reichsgebiet das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird.“¹⁴ Dies wirkt beinahe, als würde die Republik Österreich auf eine endgültige Regelung seitens einer deutschen Reichsregierung warten.

Aber auch das vorliegende Gesetz setzt, trotz der heute durchgängig geschlechtsneutralen Bezeichnung „Ehegatte“, den Bund von Mann und Frau still voraus! U. a. setzt § 6 (Eheverbot zwischen Blutsverwandten) gleich zwei Mal die klassische Ehe als Bund von Mann und Frau voraus: „Eine Ehe darf nicht geschlossen werden zwischen Blutsverwandten gerader Linie und zwischen voll- oder halbblütigen Geschwistern, gleichgültig ob die Blutsverwandtschaft auf ehelicher oder unehelicher Geburt beruht.“¹⁵ Dieses Gesetz versucht, Inzucht zu vermeiden und hat nur bei einer Ehe von Mann und Frau einen Sinn. Auch der Begriff „eheliche Geburt“ setzt die Zeugung als Zweck der Ehe voraus.

Die Ehe ist ursprünglich keine staatliche Einrichtung, sondern stammt m.E. von Gott! Dies erklärte der Philosoph Franz von Baader (1765 – 1841), indem er darlegte, dass Gott die ganze Erde *gemäß der*

Liebe erschaffen habe, die Seine *eigene Natur* sei, aber auch das Grundprinzip alles Lebens: auch die *Anziehungskraft* von Sonne und Erde, Erde und Mond sei Ausdruck seiner der Liebe, ebenso die Anziehungskraft *zwischen Mann und Frau* bei der Partnerwahl und in der Ehe. Überall wirkt Liebe und Anziehungskraft, so erklärte er, weil alles von Gott stammt und auf ihn verweist. Viel früher erklärte Augustinus, dass das *Böse nur ein Fehlen der Liebe* sei, so wie die Finsternis das Fehlen des Lichts. Daher sollten wir auch beim Nächsten das Fehlen von etwas nicht verurteilen, sondern zu ergänzen streben.

Das Ziel der Ehe ist, der Gemeinschaft zu dienen, z.B. durch die Reifung der echten Liebe und die Aufrechterhaltung eines Nachwuchses. Die Ehe ist im Kern eine Schule der Liebe – und nach außen Chance zur Erkenntnis, Verwirklichung und Verkündigung des Wahren, das womöglich vom Ursprung her ausstrahlt. Gott schuf den Menschen als Mann und Frau – und er schuf die Ehe, um die Menschen lebenslang miteinander und aneinander reifen zu lassen wie eine wahre Frucht, die nach außen *zum Segen* gereichen kann, anders als die in der Bibel genannte „verbotene Frucht“ der *Selbstsucht*, die auch eine gemeinsame, ja kollektive Selbstsucht werden kann.

Manchen Menschen stumpfen zwar im Leben ab und unterdrücken das Gewissen. Und doch meldet s/ch dieses bisweilen zu Wort: „*Ehe* du dies und jenes nicht machst, wirst du nicht glücklich werden, wird dir dein Leben nicht glücken!“ Und dass es glückt, ist vielleicht *in der Ehe* eher möglich als außerhalb¹⁶, denn Gott schenkte uns ein Zaubermittel, das in der Ehe bei gutem Willen, im Ehebett wirksam wird und hilft, wo man andernfalls leichter scheitern könnte. Und das gemeinsame Gebet ist eine wichtige Kraftquelle einer guten Ehe. Die gemeinsamen Kinder und die miteinander erworbene Lebensweisheit, das sind die wahren Früchte der Ehe, die uns einzeln und gemeinsam zur *zeitlosen Glückseligkeit* führen.

Anmerkungen

¹ <https://www.wienerzeitung.at/themen/recht/recht/2164846-Der-Giftschrank-homophober-Verschwoerungstheorien.html>; vgl: <https://www.wienerzeitung>

- g.at/themen/recht/recht/2159021-Queere-Rechtslinguistik-ist-sinnlos.html;
https://www.wienerzeitung.at/themen/recht/recht/2160582-Diskussionskultur-stat
t-Streitbarkeit.html; https://www.wienerzeitung.at/themen/recht/recht/2164335-Id
eologie-oder-Wissenschaft.html
- 2 Niklaus Nuspliger: "Alles wurde als Zeichen von Transsexualität gedeutet,, – ei-
ne reuige Patientin der Londoner Gender-Klinik Tavistock erzählt ihre Leidensge-
schichte." NZZ am 3. Nov. 2022.
- 3 Mario Lindner, E-Mail an Erwin Bader am 3. Oktober 2018.
- 4 Daniel Loick: Das Grundgefühl der Ordnung, das alle haben. Für einen queeren
Begriff von Sicherheit, in: Sicherheit. Rassismuskritische und feministische Beiträ-
ge, Hg.v. Mike Laufenberg, Vanessa Thompson), 2021, S. 261ff.; S. 280; Download
des Beitrags erhältlich unter: [https://www.academia.edu/62014704/Das_Grundge
fühl_der_Ordnung_das_alle_haben_Für_einen_queeren_Begriff_von_Sicherheit](https://www.academia.edu/62014704/Das_Grundge_fühl_der_Ordnung_das_alle_haben_Für_einen_queeren_Begriff_von_Sicherheit);
zuletzt abgefragt am 4. 11. 2022.
- 5 Immanuel Kant: Grundlegung zur Metaphysik der Sitten, Akademieausgabe
S.421. Es gibt für dieses Grundgesetz auch andere inhaltlich ähnliche Formulie-
rungen bei Kant oder in Anschluss an Kant.
- 6 Der deutsche Wirtschafts- und Religionsphilosoph Peter Koslowski (1952-2012)
schrieb sogar, gestützt auf statistische Untersuchungen, dass Geschäftsleute mit
mehr Gottvertrauen in der Wirtschaft erfolgreicher seien als der Durchschnitt, da
sie auch den Mitmenschen unter gleichen Bedingungen mehr Vertrauen schenken,
woraus Vorteile für alle erwachsen. Vgl. Peter Koslowski: Ethik des Kapitalismus,
1982, 7. Aufl. 2010.
- 7 Vgl. Fn. 1
- 8 Rudolf Klimmer: Die Homosexualität als biologisch-soziologische Zeitfrage,
Hamburg 1965, S.256.
- 9 In meinem Fall wurde die einzige (!) Gegenmeinung im Rahmen einer „Diskus-
sion“ mit willkürlich gewählten, abwertenden Parolen wie „Hetze“, „Gift“, und
„Homophobie“ schlechtgemacht, vgl. Fn. 1
- 10 Vgl. Fn. 2.
- 11 Literatur (Auswahl): Adler, Alfred: Menschenkenntnis, hrsg. v. Jürg Rüedi, Göt-
tingen 2007. Barber, Benjamin R.: Strong democracy. Participatory politics for a
new age, Berkeley (Kalifornien) 1984. – Bauer, Manfred u. a.: Psychiatrie. Psy-
chosomatik – Psychotherapie. Einführung in die Praktika nach der neuen Ap-
probationsordnung für Ärzte mit 193 Prüfungsfragen [1. Aufl. 1973], 2., überar-
beitete und erweiterte Auflage, Georg Thieme Verlag Stuttgart 1976, S. 134f. –
Bräutigam, Walter: Die sexuellen Verirrungen. In: Psychiatrie der Gegenwart, 2.
Auflage, Band 2,1; Berlin 1977; S. 532-586. – Czihak, Gerhard, Helmut Langer,
Hubert Ziegler (Hg.): Biologie: Ein Lehrbuch, 4. Auflage Berlin 1990. – Hayek,
Friedrich A. von: Recht, Gesetz und Freiheit. Gesammelte Schriften in deutscher
Sprache, Abteilung B, Band 4, Tübingen (J. C. B. Mohr) 2003. – Hegel, Ge-
org Wilhelm Friedrich: Grundlinien der Philosophie des Rechts. Naturrecht und
Staatswissenschaft im Grundrisse. Zum Gebrauch für seine Vorlesungen. [Meh-

Kritik an der „Ehe für alle“ darf nicht verboten sein

rere Ausg.]. Jonas, Hans: Das Prinzip Verantwortung. Versuch einer Ethik für die technologische Zivilisation. Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag 1979. – Kierkegaard, Sören: Die Krankheit zum Tode, übersetzt von Hans Rochol (Hamburg: Felix Meiner Verlag, 2005). Sonderreihe Philosophische Bibliothek, Bd. 470. – Kuby, Gabriele: Gender – Eine Ideologie zerstört unsere Gesellschaft. Sexualisierung vom Kleinkindalter an. Kißlegg 2014 – Küng, Hans und Karl-Josef Kuschel (Hg.): Erklärung zum Weltethos – Die Deklaration des Parlamentes der Weltreligionen. Piper Verlag, Serie Piper 1993. – Laubach, Thomas (Hg.): Gender – Theorie oder Ideologie? Streit um das christliche Menschenbild. Theologie Kontrovers, Freiburg (Herder) 2017. – Popper, Karl R.: Die beiden Grundprobleme der Erkenntnistheorie – aufgrund von Manuskripten aus den Jahren 1930-1933,

¹² Heidegger verwendet den Begriff: ein Wesen „west“ ...

¹³ Ovid, Metamorphosen, das eiserne Zeitalter.

¹⁴ RIS Bundesrecht konsolidiert: Gesamte Rechtsvorschrift für Ehegesetz, Fassung vom 29.10.2022.

¹⁵ Ebenda.

¹⁶ Wer zum geistlichen Stand berufen ist, hat offenbar eine andere Quelle, um auch ohne Ehepartner den guten Weg einzuüben.

Ein gläubiger Muslim und der Regenbogen

Am 37. Spieltag der Saison 2021/22 der Ligue 1 reiste Gueye mit dem PSG-Team zum Auswärtsspiel gegen den HSC Montpellier. Er stand jedoch nicht im Kader, was Trainer Mauricio Pochettino mit „persönlichen Gründen“ erklärte. Die Kontroverse entwickelte sich, als RMC Sport berichtete, dass Gueye verweigert habe, in dem Spiel gegen Montpellier aufzulaufen, weil PSG an diesem Tag in Trikots mit Rückennummern in Regenbogenfarben spielte. Dies war Teil einer Aktion aller Mannschaften in der Ligue 1 zum Internationalen Tag gegen Homo-, Bi-, Inter- und Transphobie. Gueye hatte den Aktionstag bereits in der Vorsaison verpasst, mit der Begründung, dass er unter einer Magen-Darm-Entzündung leide.

Gueye wurde für sein Fehlen von vielen Seiten kritisiert, darunter von Rouge Direct, einer Organisation, die sich gegen Homophobie im Sport einsetzt, und von Valérie Pécresse, der Regionalpräsidentin der Region Île-de-France. Der Ethikrat des Französischen Fußballverbands verlangte von Gueye eine Stellungnahme, in der der Spieler erklären sollte, ob er gefehlt habe, weil er sich nicht an der Trikotaktion beteiligen wollte.

Unterstützung erhielt Gueye unter anderem vom senegalesischen Präsidenten Macky Sall, der auf Twitter erklärte, dass man Gueyes religiöse Überzeugungen respektieren müsse. In den sozialen Medien wurde #WeAreAllIdrissa zwischenzeitlich zum beliebtesten Hashtag weltweit.

(aus Wikipedia, siehe Quellenangaben)

VIII

Wer ist Christina Ellingsen und warum Feministin zu sein, sie im Jahr 2022 ins Gefängnis bringen könnte?

Ana Julia DI LISIO

Über sie

Christina Ellingsen ist eine bekannte Feministin, die sich für die Rechte von Frauen und Mädchen basierend auf dem Geschlecht einsetzt. Sie ist die Landeskontaktperson für WDI Norwegen

Ihr feministischer Aktivismus

Im Mai 2021 erhielt Christina eine Beschwerde von der Polizei über Tweets, die über das Konto von WDI Norwegen gepostet worden waren. Die Beschwerde wurde von der Leiterin der größten norwegischen Queer-Organisation eingereicht, die sich zum Beispiel dafür einsetzt, dass Prostitution aus den Gesetzen zum Schutz vor Menschenhandel gestrichen werden sollte. In diesem Zusammenhang wurde der Vertreter dieser Queer-Organisation gefragt, ob sie für eine Herabsetzung des Schutzalters seien, und dies war einer der Punkte, die der Transaktivist benutzte, indem er behauptete, er werde beschuldigt, ein „Pädophiler“ zu sein, und dies war bereits das zweite Mal, dass ein Mitglied dieser Organisation eine Frau bei der Polizei anzeigte, die Bedenken gegen die von dieser transaktivistischen Organisation vertretene Politik hatte. Der Transaktivist benutzt diese „Pädophilen-Anschuldigung“, um Christina zum Schweigen zu bringen, indem er behauptet, diskriminiert zu werden.

Es ist jedoch allgemein bekannt, dass sowohl in der akademischen Welt als auch im Queer-Aktivismus die Queer-Theorie für die Abschaffung des Mündigkeitsalters eintreten.

Ihre „Sünde“

Christina wird wegen Tweets wie diesem wegen „Hassverbrechen“ angeklagt: „Warum bringt FRI (die Queer-Organisation) Minderjährigen bei, dass Männer und Jungen lesbisch sein können? Ist das nicht eine Konversionstherapie für Lesben?“. Amnesty International Norwegen ergänzt den Angriff auf Ellingsen mit der Behauptung, sie habe Jetoft belästigt, weil sie ihm gesagt habe, dass Männer (wie er) nicht genauso Mütter sein können wie Lesben. Transaktivismus macht aus einer einfachen Tatsache wie dem Aussprechen der Wahrheit ein Hassverbrechen, aus dem die Schikanierung von Feministinnen und in diesem Fall sogar eine dreijährige Haftstrafe folgt. Das Recht der Frauen auf Menschlichkeit und darauf, sich zu verteidigen, ist es, was uns ins Gefängnis bringen kann. Die Freiheit des Denkens, die Politik und unsere intellektuelle Integrität sind in Gefahr.

Viele beschuldigen Feministinnen, „keine Empathie“ mit diesen Männern zu haben, die Frauen sein wollen, während die „Empathie“, die von uns Frauen verlangt wird, bedeutet, den frauenfeindlichen Paradigmen der Männer zuzustimmen, was in Wirklichkeit eine Unterordnung unter ihre Zwänge bedeutet, die durch den Transaktivismus und die neue „Form des Patriarchats“ gestützt wird, das gleiche, das uns objektiviert und entmenschlicht.

Die Polizei untersucht derzeit jeden Tweet, der im letzten Jahr von ihren drei Konten (WDI Norway, Matriarchal und ihrem persönlichen Konto) gesendet wurde, wegen möglicher „Hassverbrechen“.

Ihre Arbeit und die Situation in Norwegen

Norwegen hat ein Gesetz zur Selbstidentifizierung erlassen und derzeit drängt diese Politik darauf, das Alter von Minderjährigen um 5 Jahre herabzusetzen, um früher medizinisch „transitionieren“ zu können.

Christina erklärte, dass jeder, der sich kritisch äußert, sogar in dieser Frage der „Transphobie“ oder des „rechts Seins“ bezichtigt wird.

Es scheint jedoch, dass sich die Dinge in Norwegen langsam ändern und die Öffentlichkeit merkt, dass nicht alle, insbesondere Feministinnen, „rechts“ sind, keine „Bigotten“, sondern Frauen, die für unsere Rechte und die ihrer Töchter kämpfen! Es sind genau diese Frauen, die bei der Polizei angezeigt werden.

Christina merkte auch an, dass sich mit der Zeit immer mehr Organisationen gegen den Transaktivismus aussprechen, aber bisher sprechen nur wenige offen darüber, und die meisten „feministischen“ Organisationen glauben immer noch, dass die Opposition von der „extremen Rechten“ kommt.

Im Januar 2021 verabschiedete Norwegen ein Gesetz zum Schutz von „Gender-Identitäten“ im Rahmen von „Hassverbrechen“. In Norwegen gilt dieses Gesetz für „Minderheitengruppen“, die als betroffen angesehen werden. Daher wird dieses Gesetz niemals für Frauen gelten, da sie als eine „Gruppe“ angesehen werden, die der Hälfte der Bevölkerung entspricht. Durch diese juristische Falle kann sich jeder Mann, ob reich, mächtig, usw., dreimal zum „Opfer“ erklären, indem er die „Hassverbrechen“-Gesetze anwendet: zuerst, weil er eine Minderheit aufgrund seiner „Sexualität“ ist, dann eine Minderheit aufgrund seiner Gender-Identität und weil diese Eigenschaften diese Männer zu einer Art „Gurus“ machen, würden sie auch eine dritte geschützte Kategorie als „Eingeborene“ erhalten, erklärte Christina.

Die Ministerin für „Gleichstellung“ in Norwegen nimmt an Filmen teil, in denen Frauen lächerlich gemacht, als Objekte dargestellt und als „trächtige Personen“ behandelt werden. Aus diesem Grund führt Christina eine Kampagne, um Frauen daran zu erinnern, dass wir Rechte haben, dass diese Rechte uns aufgrund unseres Geschlechts zustehen und dass sie in Gefahr sind. Sie warnt, dass wir diese Rechte haben, weil sie für unser Überleben als geschlechtliche Menschen, unseren Schutz und eine bessere Lebensqualität notwendig sind, und dass deshalb diese geschlechtsspezifischen Gesetze nicht durch Gesetze ersetzt werden können, die sich nur den Wünschen und Fantasien von Männern widmen. Diese Gesetze bringen eine rechtliche Verpflichtung mit sich, die

persönlichen Überzeugungen von Männern zu akzeptieren, und Frauen dürfen nicht die Möglichkeit verlieren, sich gegen die individuellen Überzeugungen von Männern auszusprechen.

Wie kann ich helfen?

Links für Spenden:

1-Spenden per Vippse an 726580 (WHRC Norwegen – Women’s Declaration International Norway).

2-Banküberweisung: 1254.63.45090, Women’s Declaration International Norge

3-Spenden für 150 kr (150 kr sind die Kosten für 5 Minuten Ihres Anwalts).

<https://buy.stripe.com/bIYeXZeTT8PPehq7su>

Aktion „Let women speak“ in Berlin, Deutschland

Am 30. Juni 2022 um 11 Uhr findet eine Protestaktion vor der norwegischen Botschaft statt, um ein Ende der Verfolgung von Christina Ellingsen zu fordern. Ziel dieser Aktion ist es, die transaktivistischen Schikanen, denen sie zum Opfer gefallen ist, zu unterbinden und der Welt die Lächerlichkeit dieser frauenfeindlichen Politik und den hohen Preis, den sie für Frauen hat, vor Augen zu führen.

Mehrere Organisationen in Deutschland, darunter Radfem Berlin, haben die gemischte Aktion von Männern und Frauen unterstützt und hoffen, dass sich mehr Frauen der Aktion anschließen werden.

Einfalt statt Vielfalt

Wie die Lesben- und Schwulenverbände in linksidentitäres Fahrwasser gerieten

Alexander ZINN

„I am what I am, and what I am needs no excuses.“ Gloria Gaynors Adaption aus dem Musical „Ein Käfig voller Narren“ wurde 1984 zu einem Welterfolg – und zur internationalen Hymne der Schwulenbewegung. Die Botschaft war gerade in ihrer Schlichtheit überzeugend: jeder nach seiner Façon, keiner soll sich entschuldigen für sein „So-Sein“, niemand soll mit den Wölfen heulen müssen. Vierzig Jahre später propagieren Lesben- und Schwulenverbände das Gegenteil: Entschuldigen sollen sich nun allerdings die „Anderen“, diejenigen, die man eher abschätzig als „cis-gender“ oder „heteronormativ“ bezeichnet. Jedenfalls dann, wenn sie nicht jede Verbandsforderung willfährig unterstützen, wenn sie Kritik üben, aus der Reihe tanzen, einen eigenen Kopf beweisen. Die Reihe derjenigen, die sich dieses „Vergehens“ schuldig gemacht haben, wird immer länger. Zu ihnen gehören Birgit Kelle, Joanne K. Rowling und Jan Feddersen, neuerdings auch Sandra Kegel, Gesine Schwan und Wolfgang Thierse. Organisationen, die Vielfalt predigen, produzieren nur noch Einfalt. Statt den Diskurs zu suchen, auf Kritik mit Argumenten zu antworten, besteht man auf Unterwerfungsgesten. Wer sich nicht beugt, muss mit Ausladung, Ausgrenzung und öffentlicher Denunziation als homo- oder transphob, AfD-nah rechnen.

So wie in dem „Skandal“, der im Februar 2021 durch einen Kommentar der FAZ-Feuilletonchefin Sandra Kegel ausgelöst wurde.¹ Darin hatte sie vorsichtige Zweifel angemeldet, ob homosexuelle Schauspieler tatsächlich so stark diskriminiert werden, wie es in dem jüngst veröffentlichten Manifest „Act-Out“ behauptet wird. Nun mag Kegel dabei ja völlig falsch gelegen haben. Doch statt mit Argumenten zu kontern, bezichtigte man sie lieber der Homophobie und AfD-Nähe und

forderte von Gesine Schwan, Kegel von einer Diskussionsveranstaltung der SPD auszuladen. Hervor tat sich in diesem Fall auch der Lesben- und Schwulenverband, von dem man Aktivitäten in Sachen „Cancel-Culture“ bisher noch nicht gewohnt war. In einem Newsletter empörte sich der LSVD, dass sich die SPD trotz „tagelangem, hartnäckigem Engagement“ „nicht zu schade“ gewesen sei, „die Einladung an Kegel aufrechtzuerhalten“. Damit habe die SPD „versagt“ bei der „Parteinahme für queere Menschen“.²

Tatsächlich hatte Gesine Schwan die FAZ-Feuilletonchefin nicht aus-, sondern stattdessen die Kritiker eingeladen, sich an der Diskussion zu beteiligen. Doch diese gebärdeten sich wie Inquisitoren, die allenfalls eine Entschuldigung der Angeklagten zu akzeptieren bereit waren. Dass man mit solchen Aktionsformen weder die Bevölkerung für sich gewinnt noch das durchaus vielfältige Spektrum von Lesben, Schwulen und Transgendern repräsentiert, haben die Reaktionen in Presse und Politik zur Genüge gezeigt. Doch es wäre zu einfach, die Sache als die Verrückung einiger Fanatiker abzutun. Dass nicht nur LGBTI-Organisationen und -medien, sondern auch der SPD-Vorstand den Anklägern beisprangen, zeigt vielmehr, wie salonfähig die Cancel-Politik inzwischen ist. Wolfgang Thierse hat zurecht darauf hingewiesen, wie gefährlich diese Entwicklung ist. Die Verweigerung der rationalen Auseinandersetzung, der Rückzug in eine emotional grundierte Opferkultur und die Diskreditierung jeder Kritik als „verletzend“ und deswegen homophob, frauenfeindlich, rassistisch oder rechtsextrem, ist im Kern tatsächlich „demokratiefeindlich“.³

Wie konnten Lesben- und Schwulenverbände in ein solches Fahrwasser geraten? Betrachtet man die schwul-lesbische Gleichstellungspolitik der vergangenen dreißig Jahre, erscheinen die jüngsten Entwicklungen überraschend. Mit der Gründung des Schwulenverbandes (SVD) 1990 schlug man einen pragmatischen, bürgerrechtlich orientierten Kurs ein, der große Erfolge zeitigte. Erfolge, die vor allem darauf zurückzuführen waren, dass man, mit den Worten Thierses, „das Eigene in Bezug auf das Gemeinsame“ dachte. So etwa mit der „Aktion Standesamt“: Schwule und lesbische Paare liebten einander ebenso wie heterosexuelle, weshalb ihnen die Ehe nicht verboten werden dürfe, lautete die sim-

ple Botschaft. Eine Botschaft, mit der der SVD die Herzen vieler Menschen erobern und damit erst die „Eingetragene Lebenspartnerschaft“, später dann die Öffnung der Ehe durchsetzen konnte.

Werden die Verbände nun Opfer ihres eigenen Erfolgs? Dafür spricht einiges. Der britische Journalist Douglas Murray führt die neue Radikalität der Gay-, Black- und Women-Rights-Bewegungen darauf zurück, dass die rechtliche Gleichstellung in den westlichen Demokratien weitgehend erreicht sei. Wie der „heilige Georg im Ruhestand“ suchten Interessenverbände nun verzweifelt nach neuen Aufgabenfeldern, und man sehe sie immer häufiger mit ihrem „Schwert in der Luft herumfuchteln und unsichtbare Drachen herausfordern“.⁴ Tatsächlich suchen sich Organisationen wie der um lesbische Frauen zum LSVD erweiterte Schwulenverband in den letzten Jahren immer neue Aufgabengebiete. Mit großem Engagement kämpft man nun zum Beispiel für Trans- und Intersexuelle. Freilich verschärft man damit auch die inneren Konflikte. Schon Schwule und Lesben waren nur schwer vor einen Karren zu spannen. Und auch die Forderung nach Auflösung der binären Geschlechterordnung erschließt sich einer Basis, deren sexuelle Präferenz an das eigene Geschlecht gebunden ist, nicht unmittelbar.

Tatsächlich regt sich Unmut: So insbesondere unter Feministinnen, die nicht akzeptieren wollen, dass heterosexuelle Männer künftig durch bloßes Vorsprechen beim Standesamt (und ohne operative Geschlechtsumwandlung) zu lesbischen Frauen werden sollen. Oder dass Kinder im Alter von acht, zwölf oder 14 Jahren reif genug sind, um beurteilen zu können, ob sie transsexuell sind – mit allen Konsequenzen einschließlich der Behandlung mit Pubertätsblockern, Hormonen etc. Tatsächlich gibt es Anlass für Fragen und Zweifel. Doch die führenden Verbände und Medien der LGBTI-Community wollen davon nichts hören. Wer Probleme anspricht, wird von ihnen als „transphob“ abgekanzelt: So etwa Jan Feddersen, als er die Aktivistin Gunda Schumann im März 2020 zu einer Queer Lecture einlud, um über das Thema zu sprechen. Der Proteststurm war so heftig, dass Schumann ihre Zusage zurückzog und die Veranstaltung abgesagt werden musste.⁵ Für ähnlich hysterische Reaktionen sorgte die Ankündigung von ähnlichen Vorträgen beim Lesben-Frühlingstreffens 2021.

Wie konnte es so weit kommen? Die seit einigen Jahren zu beobachtende Orientierungslosigkeit der Interessenverbände hat sie zu einem leichten Opfer radikaler Ideologen werden lassen. Pragmatische Politikansätze wurden zurückgedrängt, stattdessen übernahmen Akteure das Ruder, die in den akademischen Blasen der Universitäten in Fragen von Queer-Theory, Postkolonialismus und intersektionaler Diskriminierung geschult worden sind. Mangels anderer Berufsaussichten drängen solche Absolventen bevorzugt in Nichtregierungsorganisationen und Medien, wo sie in den letzten Jahren an vielen Stellen tonangebend wurden. Im „ideologischen“ Gepäck haben sie all jene Vorstellungen, die Caroline Fourest in ihrem Buch „Generation Beleidigt“ als „linksidentitär“ bezeichnet: Die Reduzierung der komplexen modernen Gesellschaften auf ein tribalistisches Konzept identitär bestimmter Gruppen, die für sich eine „angemessene“ Repräsentation fordern, was letztlich nur in einer neuen Form des Ständestaates enden kann.⁶

Wie regressiv die linksidentitären Konzepte sind und wie wenig sie noch mit der Vision einer Gesellschaft freier Individuen zu tun haben, haben in der LGBTI-Bewegung bislang nur die wenigsten verstanden. Dabei lässt sich kaum übersehen, dass mit der neuen „Identitätspolitik“ hoher Konformitätsdruck einhergeht. Wer nicht mit den Wölfen heult, wird zum Paria. Mit der Losung „I am what I am“ hat das nichts mehr zu tun. Stattdessen werden Individuen auf ihre identitären Eigenschaften reduziert, aus denen sich ihr Platz in einer Welt ergeben soll, die aufgeteilt ist in Schwarz und Weiß, Freund und Feind. Wie in archaischen Stammesgesellschaften wird die eigene Gruppe vor „schädlichen Einflüssen“ und „Ehrverletzungen“ geschützt. Doch die „Safe Spaces“, die man nun allenthalben fordert, sind geistige Gefängnisse, an deren Toren Diskurswächter die neuen Benimmregeln kontrollieren. Worin sich all das von den miefigen fünfziger Jahren unterscheidet, aus denen man einst zur sexuellen Revolution aufbrach, ist kaum auszumachen.

Befremdlich ist das Selbstbild, das damit einhergeht. Wer sich lediglich als potentielles Diskriminierungsopfer wahrnehmen kann, ist kaum in der Lage, anderen auf Augenhöhe zu begegnen. Im Gegenüber sieht man dann nur noch einen Aggressor, dem man selbst Fragen nach Herkunft oder Lebensumständen als Affront auslegt. Natürlich kann die

Konfrontation mit Vorurteilen belastend sein. Doch Vorurteile basieren oft auf Erfahrungswerten und ohne sie könnte kein Mensch leben. Manchmal handelt es sich um dümmliche Pauschalisierungen, aber nur selten entspringen sie böser Absicht. Die Kunst besteht darin, „mit Vorurteilen zu leben“, wie der jüdische und schwule Soziologe Alphonse Silbermann betonte.⁷ Eine Kunst, die vor allem Gelassenheit und Humor erfordert.

Als wenig praxistauglich erweisen sich auch einige der Theorien, die aus der akademischen Welt in die LGBTI-Politik importiert werden. Judith Butlers These, nicht nur das soziale, sondern auch das biologische Geschlecht sei konstruiert, hat die Forschung gerade wegen ihrer Radikalität vielfach befruchtet. Doch solche Theorien werden kontrovers diskutiert und lassen sich nicht einfach als wissenschaftliche oder gar alltagstaugliche „Wahrheiten“ verkaufen. Die größte Gefahr der linksidentitären Ideologie ist aber, dass sie die Werte der Aufklärung, insbesondere die universelle Gültigkeit der Menschen- und Bürgerrechte, infrage stellt. Stattdessen frönt man einem exzessiven Kulturrelativismus. Einige Akteure rechtfertigen sogar die Genitalverstümmelung von Frauen – und konsequent zu Ende gedacht, müsste man dann auch rechtfertigen, dass die Terroristen des islamischen Staates Homosexuelle von Hochhausdächern warfen. Das kulturrelativistische und „intersektionale“ Antidiskriminierungsbündnis führt dazu, dass solche Widersprüche aus falscher Rücksichtnahme auf vermeintliche Bündnispartner unter den Teppich gekehrt werden. So etwa vom LSVD-Bundesverband, der nicht müde wird, die Homophobie der katholischen Kirche anzuprangern, von dem aber wochenlang nichts zu hören war, als im Oktober 2020 ein islamistischer Attentäter in Dresden ein schwules Paar angriff und einen der Männer ermordete.

Letztlich geht es darum, in was für einer Welt wir leben wollen: Soll es eine Welt freier Individuen sein, in der jeder nach seiner Façon glücklich werden kann, in der man aber auch ertragen muss, dass andere ihr Glück woanders suchen und finden? Oder wollen wir den Menschen vorschreiben, wie das richtige Leben, wie ihr Leben auszusehen hat? Die Hybris, mit der viele Verbandsvertreter heute agieren, der unumschränkte Wahrheitsanspruch, der aus ihren Verlautbarungen spricht,

klings immer weniger nach dem Ideal einer freien Gesellschaft. Zweifel, Widerspruch und Dissens können diese Ideologen nicht ertragen. Die Empörungswellen, die sie initiieren, zeugen letztlich zwar von Schwäche. Denn nur wem die Argumente fehlen, reagiert mit Verleumdung und Diskreditierung des Gegners. Doch diese Schwäche sollte nicht über die Gefahren hinwegtäuschen, die von einem solchen Politikstil ausgehen. Lassen wir die Ideologen weiter gewähren, so enden wir entweder in einer queeren Erziehungsdiktatur – oder wir provozieren den großen „Backlash“. Weder das eine noch das andere kann uns recht sein. Deswegen gilt es, das Spielfeld zurückzuerobern und jenen eine Stimme zu verleihen, die Zweifel und Widerspruch anmelden.

Das Geheimnis des Erfolgs von „I am what I am“ lag in der Übertragbarkeit der Erfahrung des „Anders-Seins“ als Schwuler ins Allgemeine. Jeder konnte sich in dem Song wiedererkennen, denn jeder macht in seinem Leben derartige Erfahrungen: wegen individueller Eigenschaften geringgeschätzt und ausgegrenzt zu werden. Kurz: Erfolg haben immer die politischen Konzepte, die Brücken bauen, welche die Mehrheit berühren und mitnehmen.

Alexander Zinn forscht am Fritz Bauer Institut. Von 1996 bis 2010 war er als Vorstand, Pressesprecher und Geschäftsführer des Lesben- und Schwulenverbandes tätig.

Anmerkungen

- ¹ Sandra Kegel, Manifest der 185: Selbstbewusstsein und Kalkül, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 5.2.2021. <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/wir-sind-schon-da-manifest-der-185-17183459.html>; 29.10.2021.
- ² SPD versagt bei Parteinahme für queere Menschen. Fassungslose Farce bei SPD-Grundwertekommission und Kulturforum der Sozialdemokratie: Sandra Kegel zu Gast bei jour fixe. LSVD-Newsletter vom 19.2.2021.
- ³ Wolfgang Thierse, Wie viel Identität verträgt die Gesellschaft? Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22.02.2021. <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/wolfgang-thierse-wie-viel-identitaet-vertraegt-die-gesellschaft-17209407.html>; 29.10.2021.
- ⁴ Douglas Murray, Wahnsinn der Massen. Wie Meinungsmache und Hysterie unsere Gesellschaft vergiften, München 2020, Finanzbuch-Verlag, S. 19.

Einfalt statt Vielfalt

- 5 Vgl. etwa Inga Barthels, „Absolut fassungslos“ Taz-Veranstaltung als transfeindlich kritisiert. Tagesspiegel vom 26.2.2020. <https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/queerspiegel/absolut-fassungslos-taz-veranstaltung-als-transfeindlich-kritisiert/25579916.html>; 26.10.2021; Wilhelm Vogelpohl, Chronik der Ereignisse. Eine geplante Veranstaltung und die Folgen. <https://blogs.taz.de/hausblog/eine-geplante-veranstaltung-und-die-folgen>; 29.10.2021.
- 6 Vgl. Caroline Fourest, Generation Beleidigt. Von der Sprachpolizei zur Gedankenpolizei. Über den wachsenden Einfluss linker Identitärer. Berlin 2020: edition TIAMAT.
- 7 Alphons Silbermann, Alle Kreter lügen. Die Kunst, mit Vorurteilen zu leben. Bergisch Gladbach 1995, Bastei Lübbe.

Wokeness threatens academic freedom in social sciences

Laurens BUIJS

Diversity policy is on the rise at the UvA. Like an octopus, it is extending itself throughout the organization into all kinds of committees – at the central, faculty and program levels. There they are concerned, among other things, with creating awareness about “unconscious bias,” countering “microaggressions,” and “decolonizing” the curriculum. But no conversation is possible about the downside of these policies at the UvA.

The diversity policy in its current form is a Trojan horse, bringing radical “woke” thinking into the organization and normalizing it at lightning speed. While the UvA positions itself ever more explicitly as morally elevated in its communications because of its diversity policy, at the same time, academic freedom, especially in the social sciences, is reeling under pressure from increasing political correctness and dogmatic leftist ideology.

I am experiencing this myself, as an interdisciplinary social scientist working on topics such as gender and sexuality, a multicultural society, and corona policy. Although I, too, identify as leftist and progressive, there is less and less room for the work I do and the positions I take based on scientifically based argumentation.

Pseudoscience

For example, based on my expertise on androgyny, I am critical of the non-binary phenomenon and the associated obsession with personal pronouns. I see this phenomenon as empty hype in high modern society, with no scientific basis in biology, psychology, or anthropology. There is solid evidence for the existence of masculine women, feminine men,

and transgender people, but emancipating a minority group entirely outside the “gender binary” is, in my view, a dangerous and pseudoscientific aberration.

Bad person

But a debate on this can hardly be conducted without my being accused of discrimination. Students and colleagues claim that I violate “safe space” with my views and see it as “microaggression.” Of course, I have no problem with people disagreeing with me in the academic arena; on the contrary, that is part of healthy academic debate. But I am increasingly being gagged and made to feel that I am a “bad person” and have no right to speak, even though I take positions on which I have scientific expertise, research, and publish.

As a researcher of homophobic violence in Amsterdam, I have seen for years a worrying over-representation of Moroccan-Dutch boys in the perpetrator group. I am now working on a follow-up to my research to critically examine the role of Islam in homophobic violence. Even though I have always explicitly distanced myself from right-wing populist politicians who tried to use my research for their Islamophobic agenda, my research is quickly distrusted at the UvA. As a critic of homophobic trends within Islam, I have often been dismissed as a “homonationalist” – someone who would use homosexuality for a nationalist agenda. This has made it increasingly difficult to find institutional support (guidance and funding) within the UvA for the research I would like to do.

Corona

I experienced the corona period as a new low in terms of academic freedom at the UvA. Based on my expertise in Science & Technology Studies (STS), I was critical of vaccination technology and the QR pass, but a normal debate about this at the UvA proved barely possible. Anyone even remotely critical of the measures was dismissed as “wimpy,” “a conspiracy theorist,” or “far-right.” Solidarity should only be accorded

to the vulnerable but there was no room for discussion about whether the measures really served their interests. My critical contributions to corona policy were so poorly received at the UvA that, among other things, I lost a position at the summer schools after more than 15 years of faithful service.

There is a firm norm on many topics at UvA – usually dictated by the politics of established leftist parties – that determines the framework for permissible thought and speech. Individuals who take divergent positions or use different arguments can quickly be accused of violating social safety or hurting minorities. Thus, UvA's diversity and social safety policies are increasingly leading to a scientific and ideological monoculture, even though good, healthy scientific knowledge production can only exist by the grace of radical academic freedom and space for pluralistic debate.

Whistleblower

I find it unjustifiable that at the UvA no thought is given to how diversity policy can be reconciled with academic freedom. I have seen the atmosphere change in social sciences in recent years. Not much is left of the motley group of scholars with an open attitude to the most diverse voices. The debate is narrowing, and its boundaries are increasingly defined by dogmatic political ideology that is surely hard to describe in any other way except as “woke.” I therefore reported to the Executive Board before Christmas through the Whistleblower Policy, calling on them to investigate these worrisome developments and come up with an action plan to save academic freedom.

Of course, the UvA should be proud of its efforts to put diversity and inclusion on the agenda; however, our university has also firmly institutionalized all kinds of traditional norms of whiteness, masculinity, and heteronormativity. We must look at that and resolve it. But a diversity policy that focuses only on the hobbyhorses of the left-progressive political agenda is not tenable, because it will, paradoxically, exclude scientists with other convictions.

Wokeness threatens academic freedom in social sciences

Room for diversity therefore also means room for different view-points, opinions, and political convictions. This requires not just “safe space” but also “brave space” where we, in principle, can always bravely enter into conversation with dissenters based on arguments, even if their views shock and hurt us. This is a lesson the UvA must learn quickly now before there is nothing left of our unique social science tradition that is characterized precisely by opposing thinkers and dissidents.

IX

Wir brauchen mehr Putin-Versteher

Franz ALT

Nach meinem Auftritt in der letzten Sendung ZDF-Sendung „Maybrit Illner“ über den Ukraine-Krieg haben mir viele Zuschauer vorgeworfen, ich sei ein „Putin-Versteher“. Sie haben recht. Wenn wir mit Putin wieder klarkommen wollen, müssen wir ihn besser verstehen als zur Zeit, in der wir ihn dämonisieren oder verharmlosen.

Putin-Versteher ist in weiten Kreisen in Deutschland ein Schimpfwort geworden. Das sagt viel über uns und wenig über Putin. Für mich ist Putin-Versteher gerade nicht „Putin-Bewunderer“, sondern der Versuch, auch mit Putin so rasch wie möglich zu einem Ende des Kriegs zu kommen, damit das unermessliche Leid dieses Krieges beendet wird. Wenn ich das wirklich will, dann muss ich ihn zuerst verstehen. Das ist nicht anders bei unseren Konflikten im Privatleben. Wir werden wohl noch lange Zeit keinen anderen Gegner oder Feind am Verhandlungstisch haben können. Wer sagt „Mit Putin kann man nicht reden“, der darf sich nicht wundern, wenn immer noch kein Dialog zustande kommt.

Was heißt eigentlich Putin-Versteher?

Russlands Präsident führt einen verbrecherischen, völkerrechtswidrigen, blutigen und grausamen Krieg gegen 45 Millionen Menschen in der Ukraine. In dieser Situation muss die Ukraine humanitär, wirtschaftlich, aber auch militärisch unterstützt werden und von außen Hilfe bekommen. Auch Pazifisten dürfen sich nicht hinter ihrem alten Slogan „Frieden schaffen ohne Waffen“ verstecken. Wer jetzt den Ukrainern empfiehlt „Frieden schaffen ohne Waffen“, handelt zynisch. Das ist unterlassene Hilfeleistung. Auch die Friedensbewegung muss in dieser Si-

tuation umdenken und ihren Appell „Stoppt den Krieg“ an die richtige Adresse richten, nämlich an den Aggressor in Moskau.

Das ist schmerzlicher Real-Pazifismus im Gegensatz zum Fundamental-Pazifismus. Fundamental-Pazifismus heute ist ein Pazifismus im Sinne des Aggressors. Diese Unterscheidung machte schon der große Pazifist Albert Einstein, der zwischen verantwortungslosem und verantwortlichem Pazifismus unterschied. Ähnlich argumentiere auch die echte Pazifistin Berta von Suttner. Sie sagte: „Jedes Volk hat selbstverständlich das Recht zur Selbstverteidigung.“

Die Charta der Vereinten Nationen

So steht das auch in der UNO-Charta. Fundamental-Pazifisten widersprechen und schreiben mir, der ich bei Maybrit Illner auch für die Lieferung deutscher Defensivwaffen plädiert habe: „Alle Waffen töten.“

So ähnlich habe ich auch lange argumentiert. Deshalb verstehe ich dieses Denken. Doch gerade in den letzten Wochen zeigt sich, dass Abwehrwaffen aus Deutschland vielen Ukrainern das Leben gerettet haben. Auch in den letzten Tagen. An einem Tag Anfang Januar haben russische Soldaten mit 82 Raketen auf zivile ukrainische Ziele geschossen. Davon konnten über 70 mit Abwehrraketen in der Luft zerstört werden.

Deutsche Waffen haben Hunderten Ukrainern das Leben gerettet. Wenn wir nicht ideologisch verbohrte sein wollen, müssen wir in dieser Situation umdenken und lernfähig bleiben. Das darf jedoch nie heißen, mit dem Druck auf Dialog nachzulassen. Aber: Wenn mein Nachbar um Hilfe ruft, darf ich als Christ und Pazifist mir nicht die Ohren zu halten, wenn ich wirksame Abwehrwaffen habe. Das wäre das Gegenteil dessen, was alle Religionen und Weisheitslehren fordern. „Du sollst nicht töten“ heißt auch: „Du sollst nicht töten lassen, wenn du das verhindern kannst.“ Das ist das Ur-Ethos der Menschheit.

„Feindesliebe“ heißt ja niemals „Lass dir alles bieten“. Das hieße doch, den wunderbaren jungen Real-Pazifisten aus Nazareth zum Depen zu erklären. „Feindesliebe“ heißt: Sei klüger als dein Feind. Versuche immer, dich in ihn hineinzudenken. Sei Putin-Versteher, nur dann kannst du vielleicht klarkommen mit ihm und eventuell sogar vernünfti-

ge Kompromisse mit ihm schließen. Wir dürfen nicht länger uns für die absolut Guten und die Russen für die absolut Bösen halten. Auch der Westen hat Fehler gemacht.

Ich will drei Realpolitiker nennen, die den Westen an seine bisherigen Fehler gegenüber Putin und Russland immer wieder erinnert haben:

- Michail Gorbatschow. Während des kalten Krieges musste er sich in Ronald Reagan einfühlen, der weiß Gott kein Pazifist war. Doch sie schafften zusammen die größte militärische Abrüstung aller Zeiten. Und das Ende des kalten Krieges. Das hieß 30 Jahre Frieden – ein Geschenk für die ganze Welt, vor allem für Deutschland. Ein wichtiger Aspekt wurde bei den Nachrufen auf Gorbi in Deutschland nahezu komplett übersehen: Er hatte nach 2014 der Annexion der Krim zugestimmt und gesagt: „Das hätte ich, wäre ich heute Präsident, ähnlich gemacht, aber ohne Gewalt, sondern durch Dialog.“ Gorbi war vom Westen enttäuscht, der „nie an einem stabilen und demokratischen Russland interessiert gewesen“ sei. 2017 sagte mir Gorbatschow in unserem gemeinsamen Buch „Nie wieder Krieg“: „Der Westen hat sich nach 1990 Russland gegenüber als Sieger aufgespielt.“ Gorbi machte nicht die „russische Besatzung der Krim“, sondern „die Überheblichkeit Washingtons“ für die Verschlechterung des Ost-West-Verhältnisses verantwortlich. *Nach 1990 hatte die NATO 16 Mitglieder. Heute sind es 30 und weitere sollen es werden.* Das ist für uns im Westen scheinbar kein Problem: Doch für einen von Angst getriebenen Politiker und Geheimdienst-Mann wie Putin und für Millionen Russen sieht diese NATO-Osterweiterung ganz anders aus. Man muss kein Psychologe sein, um das zu verstehen.

Meine Gegenfrage an westliche Hardliner: Wie würden denn die USA reagieren, wenn Kanada oder Mexiko als direkte Nachbarn zu den Vereinigten Staaten einen Militärpakt mit Russland schließen? Das haben wir doch 1962 bei der Kuba-Krise gesehen. Die USA wollten um jeden Preis verhindern, dass Russland nahe den USA Atomraketen stationiert. Die Welt geriet an den Rand eines Atomkriegs. Und soeben haben Atomwissenschaftler die „Weltuntergangsuhr“ auf „90 Sekunden vor zwölf“ gestellt. Noch nie standen wir so nah am atomaren Abgrund.

Das hat vor wenigen Wochen auch US-Präsident Biden – ebenfalls ein Realpolitiker – so gesagt. Was muss denn noch passieren, bis sowohl Bellizisten wie auch Pazifisten neu denken lernen und unser gemeinsames Überleben sichern?

- Helmut Schmidt hat oft daran erinnert, dass „Russland seit Gorbatschow nirgendwo seine Grenzen militärisch verletzt und sich nach außen friedlicher verhalten hat als jemals zuvor in zaristischen oder sowjetischen Zeiten“. Im kalten Krieg ging Gorbatschow auf den Westen zu. Jetzt müsste der Westen auf Putin mit einem Angebot zugehen.
- Auch Helmut Kohl sprach von „großen Versäumnissen seitens des Westens in den vergangenen Jahren.“ Kohl: „Die Aufbruchsstimmung in der Ukraine (2014) wurde nicht mehr klug begleitet. Ebenso hat es an Sensibilität im Umgang mit unseren russischen Nachbarn gemangelt, insbesondere mit Präsident Putin.“ Ohne den Versuch gegenseitigen Verstehens können Konflikte in aller Regel nicht gelöst werden. Selbstverständlich hat jedes Land das Recht, um Aufnahme in die NATO zu bitten. Aber dabei sollte nie wieder das Sicherheitsinteresse Russlands außer Acht bleiben. Auch für den Westen gilt, aus Fehlern zu lernen. Und es war ein großer Fehler, dass man jene vergessen hat, die sich als Verlierer fühlten. Kohl setzte dem Slogan der Friedensbewegung „Frieden schaffen ohne Waffen“ vor 40 Jahren den Slogan entgegen „Frieden schaffen mit immer weniger Waffen“. Das heißt: Abrüsten statt wie jetzt immer weiter aufrüsten. Nur so könnte heute die ewige Spirale der Gewalt aufgehoben werden. *Jeder verhungerte Mensch ist in dieser reichen Welt eine Schande für unsere Menschlichkeit.* Wir geben jedes Jahr über zweitausend Milliarden US-Dollar fürs Militär aus. Geld, das dann für die Überwindung von Armut und Elend und bei der Bildung fehlt.

Gibt es eine Chance, mit Putin in Dialog zu kommen?

Auch der Weg des Real-Pazifismus beginnt mit kleinen Schritten. Vielleicht könnte es helfen, auf diplomatischem Weg Putin zu signalisieren, dass auch der Westen aus seinen bisherigen Fehlern lernen will. Vielleicht! Und Vorschläge unterbreiten für gemeinsame Abrüstung, bei der

alle gewinnen würden. Spätestens jetzt im Atomzeitalter macht uns Sicherheit nur dann sicherer, wenn sie wirklich immer auch die Sicherheit der anderen bedeutet. Auch die Sicherheit der Ukraine und die Sicherheit Russlands. Daran müssen doch alle interessiert sein.

Wer eine Alternative hat, die das Leid der Ukrainer schneller und effektiver beenden helfen kann, möge sich melden. Dass Frieden auch in schwierigen Zeiten möglich ist, hat der Russe Gorbatschow vorgemacht. Jetzt der Westen dran.

Alte Grenzen, neue Grenzen

Hugo PORTISCH

Aber in Europa wird es schon bald nicht mehr ohne Einverständnis und Abmachungen mit Russland weitergehen. Es liegt auf der Hand, dass die EU und Russland aufeinander angewiesen sind und es zunehmend sein werden. Was Putin von Europa erwartet, hat er schon mehrfach formuliert: Russland möchte einbezogen werden in ein europäisches Sicherheitsnetz, in dem es sich vor neuen Expansionen aus dem europäischen Raum gesichert vorkommen möchte. Das Vorpreschen der NATO bis jeweils an die russische Grenze im Baltikum und in Ostmitteleuropa ist in den Augen Moskaus zweifellos provokativ und bedenklich. Es ist erstaunlich, dass die Russen sich bisher an die von ihnen selbst verkündete Politik der Nichteinmischung bei ihren Nachbarn halten – eine Politik, die von Jelzin und Gorbatschow erstaunlicherweise bedingungslos eingehalten worden ist und von Putin weiterhin eingehalten wird. Jeder der einst von der Sowjetunion dominierten oder gar der Sowjetunion zugehörigen Staaten konnte sich freiwillig der NATO anschließen, ohne von Russland in irgendeiner Weise sanktioniert zu werden. Nur bei der Ukraine hat das nicht mehr ganz so geklappt. Und da wird es in Zukunft auch feste Zusicherungen und Absprachen geben müssen. Dafür aber ist Europa noch nicht gut gerüstet. Russland gilt im Westen zum Teil immer noch als ein möglicher Widersacher, ein potenzieller Störenfried, als eine nicht befreundete Macht. Und es wird noch einige Anstrengungen kosten, diese potenzielle Gegnerschaft abzulegen. Dazu gehört in erster Linie die Erkenntnis, dass Russland eben kein fremdes, sondern ein europäisches Land ist. Etwas, was der französische Staatspräsident General de Gaulle immer schon richtig einzustufen wusste. Wenn de Gaulle von Europa sprach, meinte er immer ausdrücklich das Gebiet „zwischen dem Atlantik und dem Ural“. Das umfasste zwar nur das europäische Russland, aber immerhin erkannte er Russland als europäisches Land. Auch heute gilt es zu erkennen, dass Europa dank Russland nicht am

Ural endet, sondern bis an die chinesische Grenze reicht. Europa endet bei Wladiwostok an den Gestaden des Pazifischen Ozeans. Auch daran wird man sich gewöhnen müssen. Dass Putin gerade im Fall der Ukraine so heftig reagierte, hat schon einen besonderen Grund. Russland hätte es nämlich ohne die Ukraine wahrscheinlich nie gegeben. Die slawische Völkerschaft, die sich rund um das Jahr 1000 zusammenfand, sammelte sich zunächst an den Flüssen Wolga und Dnepr, aber ohne sich als eigenes Volk zu verstehen oder gar eine eigene staatliche Organisation anzustreben.

Send the marines

Tom LEHRER

“When someone makes a move
Of which we don’t approve,
Who is it that always intervenes?
U.N. and O.A.S.,
They have their place, I guess,
But first – send the Marines!

We’ll send them all we’ve got,
John Wayne and Randolph Scott;
Remember those exciting fighting scenes?
To the shores of Tripoli,
But not to Mississippoli,
What do we do? We send the Marines!

For might makes right,
And till they’ve seen the light,
They’ve got to be protected,
All their rights respected,
Till somebody we like can be elected.

Members of the corps
All hate the thought of war;
They’d rather kill them off by peaceful means.
Stop calling it aggression,
Ooh, we hate that expression!
We only want the world to know
That we support the status quo.
They love us everywhere we go,
So when in doubt,
Send the Marines!”

Die Abkoppelung der Ukraine war töricht und gefährlich

Der amerikanische Grossintellektuelle Noam Chomsky über Auswege aus der Ukraine-Krise, Wladimir Putins Kriegsverbrechen und die Schuld des Westens.

Noam CHOMSKY im Interview mit Pierre HEUMANN

Noam Chomsky zählt zu den bekanntesten und einflussreichsten Denkern unserer Zeit. Jahrelang galt der heute 93-Jährige als meistzitierte lebende Person der Welt. Als Linguist am Massachusetts Institute of Technology hat Chomsky mit seiner Forschung die Grundlagen für ein neues Verständnis von Sprache gelegt. Er erhielt Dutzende Ehrendoktorate in der ganzen Welt und ist Mitglied führender Akademien in Nordamerika und Europa.

Weltweit berühmt geworden ist Chomsky nicht nur für seine wissenschaftlichen Beiträge, die Forscher weit über die Linguistik hinaus zu einem neuen Denken angeregt haben, sondern vor allem als politischer Aktivist und Denker, der mit der Politik der USA hart ins Gericht geht. Dem akademischen und dem journalistischen Establishment wirft er vor, sie würden Argumente für die politischen und wirtschaftlichen Eliten zurechtlegen, mit denen diese ihre Macht rechtfertigen können.

Aufgewachsen ist Chomsky als Sohn jüdischer Eltern in einem Arbeiterviertel von Philadelphia. Die einfachen Verhältnisse seiner Herkunft prägen seinen Blick auf die Welt bis heute. Wo er Unrecht sieht, meldet er sich mit scharfer Kritik zu Wort – zum Beispiel gegen Israel und dessen Umgang mit den Palästinensern oder gegen die USA nach der Invasion des Irak. Wenn er Grundrechte gefährdet sieht, erhebt er seine vielgehörte Stimme.

Wir erreichen Chomsky via Zoom, um mit ihm über Recht und Unrecht im Ukraine-Krieg zu reden, über die Vergehen Putins und die Fehler Bidens, die Risiken eines dritten Weltkriegs und die Strategien für

Die Abkoppelung der Ukraine war töricht und gefährlich

ein Ende der Gewalt. Schnell zeigt sich: Chomsky ist so engagiert wie eh und je.

Weltwoche: Herr Chomsky, Sie sind 93 Jahre alt. Im Laufe Ihres Lebens haben Sie sich immer wieder mit Krisen auseinandergesetzt und Vorschläge zu deren Lösung publiziert. Deshalb die Frage an Sie: Wie würden Sie den Krieg in der Ukraine beenden?

Noam Chomsky: Es gibt nur zwei Möglichkeiten, einen Krieg zu beenden. Entweder mit einer Verhandlungslösung. Oder mit der Vernichtung der einen oder der anderen Seite. So enden Kriege leider, wenn es nicht zu einer Verhandlungslösung kommt. Jeder mit einem Mindestmass an Vernunft, geschweige denn an Menschlichkeit, muss deshalb verstehen, dass es eine diplomatische Lösung geben muss.

Weltwoche: Das klingt wie ein Vorwurf, dass der Westen nicht genügend für eine friedliche Lösung unternahme.

Chomsky: Washington versucht leider, den Krieg in der Ukraine so anzuheizen, dass Putin und ein kleiner Kreis um ihn herum mit dem Rücken zur Wand stehen und nichts mehr zu verlieren haben. Sie wissen, dass sie wegen des Kriegs in der Ukraine des Völkermordes beschuldigt werden.

Weltwoche: Sind Verhandlungen denn überhaupt noch möglich?

Chomsky: Es gibt nur einen Weg, um das herauszufinden: Man muss es versuchen.

Weltwoche: Wie würde Ihre diplomatische Lösung aussehen?

Chomsky: Ein zentraler Konflikt ist die von Russland besetzte Halbinsel Krim. Kiew muss akzeptieren, dass dieses Thema für die nächsten Jahre vom Tisch ist. Die Krim wird bis auf weiteres bei Russland bleiben. Das mag uns nicht gefallen. Aber den Einwohnern der Krim gefällt das offensichtlich, wie Umfragen zeigen. Trotzdem sagen die Vereinigten Staaten: „Wir werden niemals zulassen, dass die Ukraine die Krim verliert.“ Diese Haltung führt zu einem Dauerkonflikt. Ein weiteres Konfliktthema ist die Donbass-Region. Dort kommt es seit acht Jahren zu extremer Gewalt, und zwar auf beiden Seiten. Die Ukrainer schiessen,

die Russen schießen ebenfalls, und beide legen Landminen. Das wissen wir von OSZE-Beobachtern vor Ort, die regelmässig rapportieren. Man kann die Berichte lesen, sie sind öffentlich. Die Beobachter versuchen zwar nicht, dem Ursprung der Gewalt auf den Grund zu gehen – das ist nicht ihre Aufgabe –, aber sie konstatieren eine radikale Zunahme der Gewalt. Das Problem Donbass muss deshalb gelöst werden.

Weltwoche: Was schwebt Ihnen vor?

Chomsky: Es ist natürlich bequemer, über Putins verdrehten Verstand zu spekulieren und zu schreiben, dass er in paranoiden Fantasien gefangen und von kriecherischen Höflingen umgeben sei, die ihm nach dem Mund reden. Dann muss man ja nicht über friedliche Lösungen nachdenken. Aber ich könnte mir im Donbass eine Föderation mit grosser Autonomie vorstellen. Dazu wäre, wie auf der Krim, eine Volksabstimmung unter internationaler Aufsicht nötig. Wie der Entscheid im Donbass ausfallen würde, wissen wir nicht. Aber das Resultat der Abstimmung müsste natürlich von beiden Seiten akzeptiert werden.

Weltwoche: In Europa wird darüber diskutiert, ob und welche Waffen an die Ukrainer geliefert werden sollen, damit sie sich gegenüber Russland verteidigen können.

Chomsky: Der Ukraine zu helfen, sich selbst zu verteidigen, erachte ich als legitim. Die Hilfe muss natürlich sorgfältig dosiert sein, damit der Konflikt nicht weiter eskaliert. Ich glaube allerdings, dass Sie die Frage nicht richtig gestellt haben. Die richtige Frage wäre: Was ist das Beste, was man tun kann, um die Ukraine vor einem düsteren Schicksal, vor weiteren Zerstörungen zu bewahren? Das wäre, wie gesagt, nur mit einer Verhandlungslösung möglich.

Weltwoche: Weil sonst ein dritter Weltkrieg droht?

Chomsky: Der Begriff „dritter Weltkrieg“ ist irreführend. Das würde das Ende der menschlichen Gesellschaft bedeuten. Menschen werden zwar überleben, aber zu den Glücklichen werden diejenigen gehören, die schnell sterben können. Denn das Land, das den ersten Schlag ausführt, würde vom Gegner zerstört, auch wenn es noch zu einer nuklearen

Vergeltung ausholen kann. Es muss deshalb alles unternommen werden, um dies zu verhindern, weil es im Grunde das Ende wäre. Doch erstaunlicherweise geben in Umfragen über ein Drittel der amerikanischen Bevölkerung an, dass sie zu einem Krieg bereit sind, selbst wenn das einen Atomkrieg bedeuten würde. Sie hören auf die Verrückten im amerikanischen Kongress, auf ausgewiesene Verrückte, die zum Beispiel fragen: „Warum verhängen wir nicht eine Flugverbotszone über der Ukraine?“ Glücklicherweise legt das Pentagon, das friedenserhaltende Element im politischen System der USA, dagegen sein Veto ein. Die Festlegung einer Flugverbotszone würde nämlich bedeuten, dass man russische Flugabwehranlagen in Russland bombardieren, also Russland angreifen müsste. Die Russen hätten zwei Optionen, darauf zu reagieren. Sie könnten sagen: „Danke, das hat uns gefallen“, oder sie könnten die Stellungen angreifen, von denen aus sie bombardiert wurden.

Weltwoche: Wer könnte Verhandlungen ins Rollen bringen?

Chomsky: Es gibt vor allem zwei Länder, die dabei eine wichtige Rolle spielen müssten: Das eine ist China, das andere sind die USA. China hält sich zurück, es will sich nicht an den Verhandlungen beteiligen.

Weltwoche: Weshalb weigert sich Peking?

Chomsky: Die chinesische Regierung verhält sich wie die meisten Länder der Welt. Die USA sind ein Schurkenstaat, der mit grossem Abstand der führende Schurkenstaat dieser Welt ist – niemand kommt auch nur annähernd an uns heran. Und doch fordern wir Kriegsverbrecherprozesse gegen andere, ohne mit der Wimper zu zucken. Wir veröffentlichen sogar Kommentare der angesehensten Kolumnisten, die sich empören und die rhetorische Frage stellen: Wie können wir mit einem Kriegsverbrecher umgehen? Diese Heuchelei ist für viele nicht akzeptabel. Auch nicht für China. Die Reaktionen des zivilisierteren Teils der Welt sind deshalb interessant. Sie verurteilen die Invasion, sagen, es sei ein schreckliches Verbrechen. Aber die grundlegende Reaktion ist: Was ist eigentlich neu? Haben die USA nicht ebenfalls Kriegsverbrechen in Afghanistan oder im Irak verübt? Die amerikanisch-europäische Position im Krieg gegen die Ukraine wird deshalb nur von einer Minderheit ge-

teilt. Das zeigt ein Blick auf die lange Liste der Staaten, die bei den Sanktionen abseitsstehen. Europa, die USA und Japan und ein paar seiner ehemaligen Kolonien sind zwar dabei, nicht aber der Rest der Welt.

Weltwoche: Das klingt fast so, als würden Sie Putins Invasion relativieren wollen.

Chomsky: Nein, sie ist kriminell, ein schlimmes Kriegsverbrechen. Aber sie ist eben vergleichbar mit der US-Invasion im Irak und derjenigen von Stalin in Polen während des Zweiten Weltkriegs, um nur zwei Beispiele zu nennen. Ich rechtfertige Putin also nicht, versuche aber zu verstehen, was dahintersteckt. Nur dann können wir wissen, was wir jetzt in dieser Minute tun sollten, um einer Lösung näherzukommen.

Weltwoche: Wo würden Sie selbst denn ansetzen?

Chomsky: Vielleicht war es Putin ernst mit dem, was er und seine Verbündeten seit Jahren laut und deutlich gefordert haben. Dass die Nato keine weiteren Mitglieder aufnehmen dürfe, insbesondere nicht die Ukraine und Georgien. Hätte es nach dem Ende des Kalten Krieges keine Erweiterung des Bündnisses gegeben, gäbe es keine Grundlage für die gegenwärtige Krise. Das sage nicht ich, sondern zum Beispiel der ehemalige US-Botschafter in Russland, Jack Matlock, einer der wenigen ernsthaften Russland-Spezialisten im diplomatischen Corps der USA. Er schrieb kurz vor der Invasion, dass die Krise „mit gesundem Menschenverstand“ leicht gelöst werden könne. Es liegt im Interesse der Vereinigten Staaten, den Frieden zu fördern und nicht den Konflikt anzuhetzen. Der Versuch, die Ukraine vom russischen Einfluss abzukoppeln, war töricht und gefährlich.

Weltwoche: Konkret: Was werfen Sie den USA vor?

Chomsky: Schauen Sie sich die offizielle Position des Weissen Hauses an, der Europa übrigens blindlings folgt. Sie lautet: „Keine Verhandlungen.“ Man kann das auf der Website des Weissen Hauses nachlesen. Auch wenn weder in den USA noch in Europa gross darüber berichtet wurde, können Sie sicher sein: Die Russen lesen die Website des Weissen Hauses. Die Tür ist zudem, aus Sicht Washingtons, für einen

Die Abkoppelung der Ukraine war töricht und gefährlich

Nato-Beitritt der Ukraine offen. Deshalb gibt es ukrainisch-amerikanische Militärübungen und Waffenlieferungen an die Ukraine, um die strategische Allianz zu untermauern. Für die Russen lässt das nur einen Schluss zu.

Weltwoche: Welchen?

Chomsky: Dass die USA die russischen Sicherheitsbedenken der letzten dreissig Jahre nicht ernst nehmen. Als zum Beispiel Gorbatschow der Wiedervereinigung Deutschlands zustimmte, verpflichtete sich der Westen, die Nato östlich von Deutschland nicht auszudehnen. Das war verbindlich und eindeutig. Doch 1999 nahm die Nato Polen, die Tschechische Republik und Ungarn in die Nato auf. Dagegen protestierte Jelzin. Er hatte recht: Es war ein klarer Fall eines gebrochenen Versprechens. Die Russen nahmen die Expansion der Nato zwar hin, aber zogen eine rote Linie: Weder Georgien noch die Ukraine dürften Nato-Mitglieder werden. Doch die USA liefern weiterhin Waffen an die Ukraine und organisieren gemeinsame Militärübungen. Damit verletzen wir schriftliche Versprechen an die Russen. Um die Ungeheuerlichkeit zu verstehen, stellen Sie sich einmal vor, Mexiko würde die Mitgliedschaft in einem von China betriebenen Militäroffensivsystem angeboten. China würde Mexiko schwere Waffen liefern und mexikanische Soldaten ausbilden.

Weltwoche: Was denken Sie, würde dann passieren?

Chomsky: Das ist so undenkbar, dass man es nicht einmal diskutieren kann. Mexiko würde zermalmt werden.

Ukrainekrieg – Kosovokrieg: Parallelen?

Der Hufeisenplan wurde im Frühjahr 1999 unter anderem durch die damaligen deutschen Minister Joschka Fischer und Rudolf Scharping zur Begründung des Kosovokriegs gegen das damalige Rest-Jugoslawien angeführt. In einem Interview mit dem Spiegel berief sich Rudolf Scharping auf den angeblichen Operationsplan „Hufeisen“, der beweise, dass eine „ethnische Säuberung“ des Kosovo im Falle des Nichteingreifens der NATO „mit derselben Brutalität unter weniger internationaler Aufmerksamkeit, vielleicht etwas langsamer, aber dafür um so gründlicher“ bevorgestanden hätte. Scharping behauptete, dass die Ausführung des angeblichen Operationsplans „Hufeisen“ schon vor den Luftschlägen der NATO begonnen und im März 1999 bereits zu über einer halben Million Vertriebener geführt habe.

Der Luftkrieg der NATO war ursprünglich nur für wenige Tage vorgesehen und die Ziele für die Angriffe waren nach einem bestimmten Schema organisiert. Es gab erste, zweite und dritte Kategorien, je nach Zieltyp und geplantem Eskalationsverlauf der Luftschläge. Dabei entsprachen die Typen eins und zwei den militärischen Zielen, die dritte Kategorie den Zielen der zivilen Infrastruktur. Anfangs zielten die Luftangriffe der NATO nur auf Ziele der ersten und zweiten Kategorie. Da Milošević aber früh zu verstehen gab, dass er sich der Gewalt der Luftstreitmacht nicht ohne weiteres beugen würde und seine Armee vorzeitig in Deckung beordert wurde, entschied die NATO relativ bald, eine Eskalation herbeizuführen und auch Ziele der zivilen Infrastruktur anzugreifen.

Während zu Anfang der NATO-Luft-Kampagne die Luftverteidigung sowie die Kommando-, Kontroll- und Kommunikationszentren der VJ vorrangig Ziel der Luftschläge waren, änderte die NATO, auch durch den politischen Druck innerhalb des gespannten Bündnisses, ein schnelles Ende herbeizuführen, die Taktik und griff auch Ziele innerhalb der Zentren der Großstädte an, obwohl es den Flugzeugen nicht gelun-

gen war, die serbischen Kommando- und Kontrollzentren auszuschalten, und die Luftverteidigung bis Ende des Krieges aktiv blieb. Dies zwang die Bomber der NATO zum paradoxen Vorgehen, nicht unter 5000 Meter zu operieren und damit einen Großteil der Präzision der eingesetzten Waffensysteme einzubüßen. Ein besonderes Problem stellte zudem das notorisch schlechte Wetter im Frühjahr dar, was den Erfolg vieler Missionen verhinderte. Die VJ setzte zur Täuschung der NATO zudem Attrappen von Artilleriegeschützen und Panzern ein und hatte aus Holz „Potemkinsche Brücken“ errichtet, um die echten Übergänge zu verschleiern.

Die NATO bombardierte in der ersten Kriegsnacht mehrere serbische Chemie- und Petrochemiewerke im Chemie-Großkombinat Pancevo, einem Vorort von Belgrad. Große Mengen an giftigen und krebserregenden Stoffen traten dabei in Wasser und Luft aus. Die Schwaden aus den brennenden Fabriken hüllten Pancevo in eine Giftwolke. Sie bestand aus einer ätzenden und giftigen Mischung von Chlorwasserstoff, Vinylchlorid, Schwefeldioxid und Phosgen, das vor allem für seinen Einsatz als Lungenkampfstoff im Ersten Weltkrieg bekannt ist. Ärzte sollen schwangeren Frauen zur Abtreibung und für zwei Jahre zur Vermeidung von Schwangerschaften geraten haben, weil sie Fehlbildungen bei Kindern befürchteten. Während der Bombennächte waren die Giftkonzentrationen teilweise derart hoch, dass Ursula Stephan (damalige Vorsitzende der Störfallkommission der Bundesregierung) von „chemischer Kriegführung mit konventionellen Waffen“ sprach.

Der erste große Angriff auf ein bedeutendes innerstädtisches Objekt galt in der Nacht vom 22. zum 23. April dem Gebäude des Serbischen Rundfunks (RTS) in der Aberdareva-Straße in Belgrad. 16 Zivilisten wurden dabei getötet und der Sendebetrieb des Fernsehens für wenige Stunden unterbrochen. Der nächste große Angriff in Belgrad erfolgte in der Nacht vom 29. zum 30. April auf die Gebäude des Generalstabs der Streitkräfte Jugoslawiens und das bereits beschädigte Gebäude der Bundespolizei. Bei diesem Angriff wurde auch der Belgrader Fernsehturm zerstört, da er der „gegnerischen Unterdrückungsmaschinerie diente“. Bei dem Angriff starben laut Amnesty International 19 Menschen; der Angriff war auch innerhalb der NATO rechtlich umstritten.

Im Mai und Juni eskalierten die Angriffe der NATO, die nun nicht mehr durch schlechtes Wetter behindert wurden. Die NATO zielte mittlerweile auch vorrangig auf die Stromversorgung in Serbien. In der Nacht vom 2. zum 3. Mai setzten US-Kampfflugzeuge erstmals auch Graphitbomben vom Typ BLU-144/B gegen die Kondensatoren von Umspannwerken in Serbien ein, die im Hochspannungsnetz einen Kurzschluss hervorriefen. Weitere Einsätze erfolgten gegen die Wärmekraftwerke Nikola Tesla in Obrenovac sowie in Kostolac. Der Angriff in Kostolac verursachte den Zusammenbruch des elektroenergetischen Systems Serbiens. Ohne Strom blieben Belgrad, die ganze Vojvodina, alle Städte der Morava-Region, Niš, Kragujevac, Smederevo, Valjevo und andere Städte sowie Teile der Republika Srpska. Wegen Havarien hatten viele Städte auch kein Wasser.

In der Nacht vom 7. zum 8. Mai wurden die Gebäude des Generalstabs der Streitkräfte Jugoslawiens und das Bundesinnenministerium erneut bombardiert. Dabei trafen vier GPS-gesteuerte Bomben eines B2-Bombers die Botschaft Chinas in Neu-Belgrad. Vier Botschaftsangehörige wurden getötet und vier schwer verletzt, was zu einer schweren Krise im Verhältnis der USA und China führte. Das Hotel „Jugoslavija“ wurde beschädigt, ein Gast starb. Beim abermaligen Angriff mit Graphitbomben auf das Wärmekraftwerk in Obrenovac und mehrere Umschaltstationen wurde das Stromversorgungssystem beschädigt und die ganze Stadt blieb ohne Strom.

(aus Wikipedia, siehe Quellenangaben)

61 911 000 Ermordete: Der sowjetische Gulag-Staat

Rudolph J. RUMMEL

Wahrscheinlich sind knapp 62 Millionen Menschen, davon annähernd 54,8 Millionen sowjetische Staatsbürger, von der Kommunistischen Partei – also der Regierung – der Sowjetunion ermordert worden.

Junge und Alte, Gesunde und Kranke, Männer und Frauen, selbst Kinder und Gebrechliche wurden kaltblütig umgebracht. Sie waren weder an Bürgerkriegen noch an Aufständen beteiligt, und sie waren keine Gesetzesbrecher. Sie waren unschuldig.

Einige gehörten der falschen Klasse – Bourgeoisie, Grundbesitzer, Aristokraten, Kulaken –, der falschen Ethnie oder Rasse – Ukrainer, Schwarzmeergriechen, Kalmücken, Wolgadeutsche – oder aber der falschen politischen Gruppierung an – Troztkisten, Menschewiken, Sozialrevolutionäre. Andere waren lediglich deren Verwandte und Angehörige oder bewohnten Gebiete, die die Rote Armee besetzt hatte – Balten, Deutsche, Polen, Ungarn, Rumänen. Wieder andere behinderten den vermeintlichen gesellschaftlichen Fortschritt, wie die Masse der Bauern oder Gläubigen. Und schließlich gab es noch jene, die beseitigt wurden, weil sie potentielle Oppositionelle waren – Autoren, Lehrer, Geistliche, die militärische Führung oder auch hohe wie einfache Mitglieder der Kommunistischen Partei selbst.

In der Sowjetunion sind wir in der Tat Zeuge einer wahrhaft egalitären Säuberung und Austilgung geworden: Keine Gruppe oder Klasse entging ihr, denn jeder konnte konterrevolutionäre Vorfahren, Klassenverbindungen oder Ideen und Gedanken gehabt haben oder für solche empfänglich sein. Folglich wurde beinahe jeder verhafet, verhört und gefoltert und nach einem erzwungenen Geständnis über seine Pläne, den Kreml oder dergleichen in die Luft zu sprengen, erschossen oder zur un-

blutigen Guillotine verurteilt – dem schleichenden Tod durch Entkräftung, Unterernährung und Zwangsarbeit in einem Lager.

Diese Massentötungen waren zum Teil Genozide wie der großangelegte Mord an Hunderttausenden von Donkosaken 1919, der gezielt herbeigeführte Hungertod von rund 5 Millionen ukrainischen Bauern 1932-33 oder die Massendeportation von 50.000 bis 60.000 Esten in den sicheren Tod. Teilweise handelte es sich um Massenmord wie bei der großangelegten Liquidierung zwischen 1930 und 1937 von schätzungsweise 6,5 Millionen „Kulaken“ (in Wirklichkeit handelte es sich um die bessergestellten Bauern, die sich der Kollektivierung widersetzen), der Hinrichtung von schätzungsweise einer Million Parteimitgliedern während der Zeit des Großen Terrors von 1937-38 und dem Massaker aller Trotzlisten in Zwangsarbeiterlagern.

Schließlich war ein Teil der Tötungen so wahllos und widernatürlich, daß Journalisten und Sozialwissenschaftler hierfür keine Begrifflichkeit finden konnten, wie bei der Hinrichtung Hunderttausender nach zuvor von der Regierung festgesetzten Quoten. Wladimir Petrow (der 1954 als Spionagechef in Australien zur westlichen Seite überlief und dessen Glaubwürdigkeit und Enthüllungen durch eine Spionagekommission der Australier bestätigt wurden) berichtet über seine Arbeit in den Jahren zwischen 1936 und 1938:

„Ich hatte mit Hunderten von Funksprüchen an alle Teile der Sowjetunion zu tun, die in folgender Form abgefaßt waren:

„An den NKWD Frunse. Sie erhalten den Auftrag, 10.000 Volksfeinde zu vernichten. Die Ergebnisprotokolle per Funk! Jeschow.“

Und entsprechend kam die Meldung zurück: „Gemäß Ihrer Anordnung vom Soundsovielten sind folgende Feinde des sowjetischen Volkes erschossen worden.“

Von Zeit zu Zeit wurden für das gesamte Territorium der Sowjetunion Quoten über die Anzahl von Verhaftungen festgesetzt. Laut Solschenizyn waren diese Quoten grundlegend für den Großen Terror zwischen 1936 und 1938:

„Das wahre Einsperrgesetz jener Jahre aber läßt sich an der vorgegebenen Ziffer definieren, am Erfassungsplan und Erfassungsnetz. Jede Stadt, jeder Bezirk,

jede Armee-Einheit erhielt eine Sollzahl zugewiesen, welche fristgerecht zu erfüllen war. Alles übrige hing von der Fertigkeit der Einsatzkommandos ab.“

Die Quoten für Mord und Verhaftungen brachten jedoch nicht den gewünschten Erfolg. Die zu liquidierenden „Volksfeinde“ aufzutreiben wurde für den örtlichen NKWD, der eifrig damit beschäftigt gewesen war, „Verschwörungen“ aufzudecken, ein akutes Problem. Man „behalf sich“ damit, die zu erschießen, die man wegen ziviler Bagatelldelikte ohnehin festhielt, die kürzlich Verhafteten und wieder Freigelassenen und sogar die Mütter und Ehefrauen, die vor den NKWD-Zentralen auftauchten, um Informationen über ihre inhaftierten Angehörigen zu bekommen.

Es fehlt uns an einer Begrifflichkeit für diesen Mord nach Quote. Die Tatsache, daß eine Regierung Angehörige des eigenen Volkes ohne ersichtlichen Grund töten kann und auch getötet hat, ist für uns – Journalisten, Historiker und Politikwissenschaftler eingeschlossen – ein unbegreifliches Phänomen. Ebensovienig verstehen wir die Hinrichtung von hungernden Bauern, die ohne Genehmigung der Partei in einem Fluß gefischt haben (und denen vorgeworfen wurde, Staatseigentum zu stehlen), oder die zehn Jahre Haftstrafe für den ersten, der nach der Nennung von Stalins Namen auf einer öffentlichen Versammlung aufhörte, Beifall zu klatschen. Unverständlich erscheint uns auch die Hinrichtung eines Vierzehnjährigen, weil sein Vater einer der „Säuberungen“ zum Opfer fiel, oder daß es der Roten Armee im Zweiten Weltkrieg nicht nur erlaubt war, sondern daß sie sogar dazu ermuntert wurde, Zivilisten in von ihr neu eingenommenen Ländern in Massen zu ermorden und zu vergewaltigen.

Insgesamt verübten die Sowjets einen Demozid in der Größenordnung von fast 62 Millionen, mehr als 7 Millionen davon waren Ausländer. Dies ist eine unglaubliche Zahl. Dabei handelt es sich, wie anderswo dargelegt, nur um den Mittelwert einer indes realistischen Schätzung innerhalb einer Spanne zwischen kaum vorstellbaren 28 Millionen (knapp 4,3 Millionen Ausländer) bis zu ebenso undenkbar annähernd 126,9 Millionen Opfer (mit einem Anteil von ungefähr 12,1 Millionen Ausländern).

X

„Gegen Preußen und das 3. Reich. Aus der Familiengeschichte“

Kirchenkampf

Friedrich HECKEL

Einen Kirchenkampf von besonderer Heftigkeit gab es in der zum Dekanat Burghaslach gehörenden kombinierten Pfarrei Aschbach-Hohn. Dort hatte sich der Pfarramtskandidat Rudolf Paul, seit 1.4.37 Pfarrverweser von Aschbach-Hohn, den Deutschen Christen Thüringer Richtung angeschlossen und auch durch Aussprachen mit Oberkirchenrat Kern und Landesbischof Meiser nicht davon abbringen lassen. Er konnte sich auf die Mehrheit der Gemeinde und maßgebende Personen in ihr stützen. Mit Wirkung vom 22.1.38 war er aus dem Dienst der Landeskirche entlassen worden. Der Dekan erhielt den Auftrag vom Herrn Landesbischof das Pfarramt in Aschbach am 23.1. sich übergeben zu lassen und den Gottesdienst in der Gemeinde zu übernehmen. In Begleitung des Dekans waren Senior Eder-Gleißenberg und die beiden Vertrauensleute des Dekanates, Schreinermeister Ulrich Müller – Burghaslach und Landwirt Hans Haack – Markt Taschendorf. Um 8.15 kam man in Aschbach an. Das Pfarrhaus war verschlossen und wurde trotz dreimaligen Läutens nicht geöffnet. Der Gottesdienst traf am 23.1. auf Hohn am Berg. Zwei Beamte der von den Deutschen Christen verständigten Polizeistation Burgwindheim, zu denen sich der katholische Bürgermeister von Aschbach als Ortpolizeibehörde gesellte, verlangten von dem Dekan, er solle „zur Wahrung von Ruhe und Ordnung“ seine Predigt unterlassen. Sie drohten ihm die Verhaftung an. Dieser erklärte, er könne nicht weichen, ohne seinen Auftrag durchgeführt zu haben. Zwischen dem Vertreter der örtlichen Parteistelle, Hauptlehrer Staude, und dem

Dekan kam es zu einem Wortwechsel, bei dem jeder seinen Standpunkt zum Ausdruck brachte. Erregte Worte fielen zwischen einzelnen Leuten der beiden Gruppen, unter die sich auch die beiden Vertretungsmänner mischten. Schließlich erschien auf dem Friedhofsgelände bei der Kirche auch der seines Dienstes enthobene Pfarrverweser Paul und erklärte auf Vorhaltung des Dekans, er erkenne seine Dienstentlassung nicht an, er habe bei dem Reichskirchenministerium gegen den Landeskirchenrat Beschwerde eingelegt, er lehnte die Übergabe des Pfarramtes ab. Von der Polizei wurde er am Betreten der Kirche nicht gehindert. Als die Glocken läuteten und der Gemeindegesang begann, erhob Senior Eder mit seiner lauten Stimme wiederholt vor der Kirche Protest, damit werde der Entscheidung vorgegriffen. Der Polizeikommissär hatte, weil der Dekan darauf bestand, er müsse den Gottesdienst halten, durch den Hauptwachtmeister bei dem Bezirksamt Bamberg II um eine Entscheidung anrufen lassen. Nach längerer Zeit kehrte der Hauptwachtmeister zurück, das Bezirksamt sei nicht zu erreichen gewesen. Nach Verständigung mit Hauptlehrer Staude gaben die Polizeibeamten zu verstehen, einem Gottesdienst durch den Dekan stünde nichts mehr im Wege. Unter Rücksprache mit den Laienvertretern kam man überein, nicht in den schon begonnenen Gottesdienst einzugreifen um Störungen zu vermeiden, sondern einen zweiten Gottesdienst durchzuführen. Der deutschchristliche Gottesdienst wurde mit ein paar Versen von „Ein feste Burg“ beschlossen. Eine noch beabsichtigte Christenlehre verhinderte der Senior. Zu dem zweiten Gottesdienst lud der Senior mit schallender Stimme ein: „Wer sich zur Landeskirche hält, der nehme am Gottesdienst teil“. Die Glocken läuteten, aber ein Orgelspiel war nicht zu erreichen. Ein gutes Drittel der ursprünglich auf dem Friedhof Versammelten fand sich in der Kirche ein. Wegen der vorgeschrittenen Zeit – man war etwa zwei Stunden im winterlichen Januar im freien auf dem Friedhof gestanden – folgte dem Gesang einiger Verse des Liedes „Ach bleib mit deiner Gnade“ gleich die Predigt, die der Dekan über Hebr. 13,7-9 einer nicht großen, aber aufmerksamen Gemeinde hielt. Der Gottesdienst, nicht von der Polizei, aber von einigen anderen überwacht, konnte störungsfrei durchgeführt werden. Es schloß sich noch eine Nachversammlung an, in der die augenblickliche Lage in Aschbach besprochen und beson-

dere Äußerungen führender Thüringer D.C. bekanntgegeben wurden. Danach vereinigte man sich noch mit dem bekenntnistreuen Kirchenvorstehern. Sehr bewährten sich die beiden Vertrauensmänner, die bei ihren Gesprächen feststellten, gegen die Verwirrung tue vor allem persönliche Aufklärung not. Über diesen Sonntag berichteten D.C.-Leute in einem späteren Schreiben an Gauleiter Julius Streicher wie folgt: „Eines Sonntags früh kam Dekan Heckel von Burghaslach mit dem Pfarrer aus Gleißenberg und zwei Kirchenvorständen aus Burghaslach und wollten Pfarrer Paul in Ausübung seines Amtes verdrängen. Wir aber hatten von dem schmutzigen Vorhaben Kenntnis bekommen und setzten die Gendarmerie von Burgwindheim in Kenntnis, die auch rechtzeitig zur Stelle war. Pfarrer Paul konnte nun ungehindert seines Amtes walten, und nach dessen konnten auch die angekommenen Hochwürden ihre Arbeit tun.“

Am 14.3. erschienen in Burghaslach 2 Herren aus Bamberg mit kriegerischen Namen, Staatsanwalt Spieß und Regierungsrat Streit, diesmal zu friedlichem Werk bereit. Sie teilten mit, die beiden Verweser sollten zurückgezogen werden. Maßmann wurde vom Landeskirchenrat versetzt. Die Deutschen Christen berichteten über ihn an den Gauleiter: „Dieser Herr glaubte durch Brutalität, Unverschämtheit, Frechheit und Anzeigen gegen Pfarrer Paul und Lehrer Staude den entgleisten Karren wieder ins Geleis zu heben; es wurde ihm aber bald der Boden zu heiß und er räumte Aschbach.“ Am 24.3. erfolgte die Amtsübergabe von dem entlassenen Pfarrverweser Paul an den Denkan. Nach außen hin schien der Kampf mit einem Unentschieden geendet zu haben. In Wirklichkeit hatte das Recht gesiegt. Die beiden Bamberger Herren schärfen aber sehr ein, daß in der Öffentlichkeit nicht der Eindruck eines Sieges entstehen dürfe.

Die Schulabstimmung am 7.12.1937 fiel mit etwa 25 % zu Ungunsten der Gemeinschaftsschule aus. Eine zweite Abstimmung am 6.3.38 – in Abwesenheit des zu einer Installation in Schnodsenbach weilenden Dekans – erbrachte zu ihren Gunsten etwa 53 %. Kirchlich gesinnte Männer, der Bürgermeister und der Ortsgruppenleiter, wurden beauftragt eine zweite Abstimmung durchzuführen und dabei zu versprechen, der Religionsunterricht werde wie seither erteilt. Auf Wunsch des Kreisdekans wurde den Eltern, die fest geblieben waren, in einem Abendgot-

tesdienst der Dank ausgesprochen. Der Bürgermeister trat daraufhin aus dem Kirchenvorstand aus. Der Ortsgruppenpropagandaleiter, ein katholischer Lehrer in Breitenlohe, rügte das Verhalten des Geistlichen bei einer Versammlung in der Turnhalle. Die Lehrer strafte das bei der Abstimmung gegebene Versprechen Lüge, sie legten am 12.11.1938 den Religionsunterricht nieder, eine Lehrerin, Fräulein Schüler, nur in tiefer innerer Not.

Monatsbericht der Regierung 08.08.1936.

Pfarrer Hopf

Theodor HEUSSLER

Auf einer Pflichtkonferenz des evangelischen Dekans Hofheim/Unterfranken am 1.7. sprach Pfarrer Hopf von Aschaffenburg über die Bekenntnisschule. Der Dekan machte vor Beginn der Konferenz darauf aufmerksam, dass über diesen Vortrag Konferenzgeheimnis gewahrt werden müsse, denn es werde Material über die gegenwärtige Lage des deutschen Schulwesens vorgelegt, dessen Verteilung zwar wünschenswert, aber vom Staat verboten sei. Pfarrer Hopf führte dann aus, er komme im Auftrag des Landesbischofs Meiser, welcher wünsche, dass über die Schulfrage auf diese Weise in der ganzen Landeskirche Aufklärung geschaffen werde. Das gesamte deutsche Schulwesen sei zur Zeit überflutet von einer deutsch-gläubigen Propaganda, welche das Ziel habe: „Dem deutschen Kinde die Gemeinschaftsschule“. Die Gemeinschaftsschule hier biete aber keine Garantie eines christlichen Charakters der Schule, sondern könne missbraucht werden. Und dieses müsse erwartet werden, nachdem Rosenberg'sche Gedankengänge auf den Tagungen des NSLB dominierten und die Schulfrage gestalteten. Damit würde das ganze Weltbild neu geschaffen und religiöse Ereignisse vergewaltigt; denn die Weltgeschichte werde im rassistischen Licht betrachtet und damit auch vor religiösen Gestalten wie Luther oder Gustav Adolf nicht Halt gemacht. Von entscheidender Bedeutung sei der Weg der Lehrerschaft. Er bedauere, dass viele Lehrer deutsch-gläubig denken würden. Die Lehrerschaft werde einseitig in einem deutschgläubigen Geist erzogen und lerne überhaupt einen anderen Maßstab nicht mehr kennen. Dies mache sich schon erschreckend bemerkbar in der Stellung gegen die Juden. Diese sehe man als Grundübel der Menschheit an und im Hass gegen sie werde bereits das Kinderherz vergiftet. Der evangelische

Religionsunterricht stehe im Ansturm einer widerchristlichen Religiosität.

Im weiteren brachte der Vortragende Ausschnitte aus Zeitungen und Zeitschriften wie Blitz und Stürmer und bezeichnete die letzteren als antichristliche Literatur. Der Kampf um die evangelische Bekenntnisschule sei entbrannt. Auf die Lehrerschaft und Eltern werde ein Druck ausgeübt, um für die Gemeinschaftsschule zu werben. Der Kampf um die evangelische Schule sei ein Teilausschnitt aus dem gesamten Angriff um die Existenz der christlichen Kirche. Man dürfe nicht aufhören, auf die Worte berufener Männer hinzuweisen, die die Bekenntnisschule oder den christlichen Geist der Schule garantiert hätten.

Die Hessischen Blätter unter preußischer Zensur

Enno KNOBEL

Vor dem Hintergrund der aktiven Pressepolitik der preußischen Behörden sind die polizeilichen Zwangsmaßnahmen und Strafverfolgungen zu sehen, die das staatliche Vorgehen ergänzten. Zwar hatten das neue Strafgesetzbuch von 1871 und das Reichspressegesetz von 1874 die Verfolgung der oppositionellen Presse durch die Regierung und Verwaltung erschwert, im Kulturkampf und unter den Sozialistengesetzen aber steigerte sich der Druck auf die antigouvernementalen Blätter erheblich.

Nachdem die demokratische Hessische Volkszeitung als Sprachrohr der antipreußischen Opposition in Kurhessen unterdrückt worden war, musste auch Wilhelm Hopf damit rechnen, dass seinen neu gegründeten Hessischen Blättern ähnliches bevorstand. Noch im Mai 1872, also knapp drei Monate vor Erscheinen der ersten Nummer, hatte zwar Hopf seinen Eltern geschrieben, sie sollten in dieser Hinsicht ohne Sorge sein, die neue Wochenschrift werde erscheinen „in einer Haltung, die zahm und vorsichtiger nicht zu denken“ sei.

Trotzdem war Hopf klar, dass die Behörden das neue Blatt mit Argusaugen verfolgen würden und ihm ständig staatliche Maßnahmen drohten. Er sah sich darin nicht getäuscht. Die Akten der Regierung und des Oberpräsidiums in Kassel weisen aus, welche Aufmerksamkeit man dem oppositionellen Blatt widmete.

Mit wachsendem Kulturkampf nahm das Interesse noch zu, zumal Hopf aus seinem Eintreten für die Hessische Renitenz und seiner unverhohlenen Ablehnung der preußischen Annexion kein Hehl machte und die versprochene Zurückhaltung eigentlich nie recht an den Tag legte.

Auf die Anweisung des Oberpräsidenten von Bodelschwingh, den Inhalt der Hessischen Blätter einer „sorgfältigen Prüfung zu unterziehen, in wieweit der betreffende Staatsanwalt wegen Verfolgung strafbarer Artikel einschreiten“ könne, wurde der Landrat zu Melsungen, von Richthofen, im Oktober 1872 der Observierung der Zeitung und der

Veranlassung aller strafrechtlichen Maßnahmen beauftragt: „Die Freiheit, mit welcher die Hessischen Blätter ihre Angriffe steigern, nötigt die Staatsbehörde, mit allen gesetzlichen Mitteln gegen dieselben vorzugehen“.

Fortan begann sich auch das Berliner Kultusministerium wieder für die „von der s. g. Vilmarschen Partei neuerdings eingenommene Haltung“ und deren Organ, die Hessischen Blätter, zu interessieren. Die umfangreiche Antwort an Minister Falk gibt Aufschluss über die Strategie, mit der die Kasseler Behörden der oppositionellen Agitation zu begegnen suchten: Die zuständigen Regierungsbeamten meldeten im Dezember 1872 nach Berlin, dass die in den Hessischen Blättern zutage tretenden Gesinnungen und Bestrebungen der Vilmarschen Partei von ihnen nicht unbeachtet geblieben seien, wenn auch ein Eingreifen zum Zwecke der Unterdrückung und Bestrafung solcher Publikationen seither nicht stattgefunden habe. Allerdings sei auch die der Ortspolizeibehörde zu Melsungen seitens der zuständigen Staatsanwaltschaft aufgetragene strenge Überwachung der Hessischen Blätter ziemlich wertlos, da der Vorstand der Ortspolizeibehörde, Bürgermeister Baumann, notorisch ein eifriges und gewandtes Mitglied der Partei sei. Indessen fände nebenher noch die stete und sofortige Kontrolle des Inhalts jenes Blattes durch den Landrat statt. Dieser habe es aber mit ihrem Wissen und ihrer Billigung unterlassen, gegen das Blatt einzuschreiten.

Von Interesse müssen die Argumente sein, mit der die Kasseler Behörden ihr Nicht-Einschreiten motivieren: Die Zahl der zu dieser Partei gehörigen Personen und ihr Einfluss in politischer Beziehung sei gering. Das Bestreben, die Hoffnung auf eine Restauration der depossedierten Fürstenhäuser aufrecht zu erhalten, fände bei den Verständigen keinen Boden und sei daher ohne irgend erheblichen Erfolg. Die Hessischen Blätter seien im wesentlichen das Organ der an der Niederhessischen Pastoralkonferenz beteiligten Geistlichen und ihrer persönlichen Anhänger, auch wenn die Hessischen Blätter dies bestritten. Die liberale Presse habe die Gemeinschaft damit richtig gekennzeichnet.

Allein, und damit komme ich zum für die Einschätzung entscheidenden Punkt des Berichts, die Beachtung, die die liberale Presse diesen Bestrebungen schenke, sei in der Tat unverdient. Die betreffenden

Organe täten besser daran, diese Expektionen ganz unbeachtet zu lassen, statt derselben durch Kritisierung und teilweisen Wiederabdruck eine nicht beabsichtigte weite Verbreitung zu verschaffen und somit in den Augen des Publikums diesem Gebaren Wichtigkeit beizulegen.

Die in diesem Zusammenhang inkriminierten Artikel seien an der Grenze des nach dem Strafgesetz Zulässigen; es sei sehr unwahrscheinlich, dass auf ihren Inhalt hin eine gerichtliche Verurteilung erfolgt sein würde. Freisprechung jedoch könnte nur zum Triumph der Partei dienen, diesbezüglichen Personen als Märtyrer polizeilicher Ungerechtigkeiten erscheinen lassen und überhaupt Anlass bieten, so viel Staub aufzuwirbeln, dass der eigentliche Wert der Sache darüber vollständig verdunkelt werden würde.

Wenn man die Einschätzung der Behörde Revue passieren läßt, kommt man nicht umhin, sie im ganzen als realistisch zu erkennen. Sicherlich dürfte in der Argumentation ein gerütteltes Maß an Versuchen zu finden sein, die Bedeutung der althessischen Presseagitation abzuwiegeln, zumal ihre Resonanz in der liberalen Presse den Berliner Ministerien Kopfzerbrechen bereitete.

Der Versuch der Verwaltung, den schwarzen Fleck auf des Regierungsbezirks weißer Weste auszulöschen, war verständlich. Ihre politische Strategie war die des Totschweigens, mehr als die der öffentlichen Zwangsmaßnahmen. Wahrscheinlich hätte man es gern gesehen, wenn die Agitation auch späterhin im Rahmen des vermeintlich gesetzlich Zulässigen gegeben wäre.

Hopf war sich aber wohl dessen bewusst, dass die Hessischen Blätter trotz der mit Presseverfahren verbundenen Unannehmlichkeiten an Publizität gewinnen konnten. Wie Jahrzehnte später in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung Hopfs Quellensammlung zur Krisis von 1866 fast unbeachtet blieb, so wäre es auch für die Hessischen Blätter vernichtend gewesen, totgeschwiegen zu werden.

In der Argumentation der Kasseler Regierung lässt sich jedoch auch eine gewisse Besorgnis nicht überhören. Die strafrechtlichen Bestimmungen betrachtete man – nach Einführung des Strafgesetzbuches von 1871 – im obrigkeitlichen Denken nicht als ausreichend, um vor Gericht

einer Niederlage des Staates zu entgehen. Es ist eine Klage, auf die noch in anderer Stelle zu stoßen sei.

Aus einer gewissen Ohnmacht heraus beschränkte man sich auf die stete Überwachung der Hessischen Blätter durch den zuständigen Landrat. Diesem schien es sogar gelungen zu sein, ein größeres Maß an Informationen über die „Vilmarsche Partei“ und die Hessischen Blätter erlangt zu haben. Schon im Oktober 1872 hatte der Landrat dem Kasseler Oberpräsidenten triumphierend mitteilen können: „Es ist mir gelungen, meine Verbindungen so zu vervollständigen, dass ich mit Allem, was im Zentrum der Partei vorgeht, sogleich bekannt werde“. Sicher ist zumindest, dass er die Abonnentenzahl und den Bestimmungsort der von Melsungen abgesandten Exemplare kannte.

Demzufolge beargwöhnten die Kasseler Behörden die entstehende H. R. P. und ihr Organ doch in zunehmendem Maße, wenn sie auch für Berlin deren Bedeutung herunterspielten. Dafür spricht die Bemerkung in dem vorliegenden Bericht an den Kultusminister, dass man zwar strafrechtliche Maßnahmen jetzt noch nicht für angezeigt halte; sollte jedoch eine wirkliche Gesetzesübertretung durch die Hessischen Blätter begangen werden, so fände nach ihrer Anordnung ein sofortiges Eingreifen statt, welches dann hoffentlich zu einer Verurteilung führen werde. In diesem Falle werde auch die Entdeckung der geistlichen und weltlichen Mitarbeiter des Blattes und der von ihnen angesponnenen Verbindungen möglich sein. Die Gelegenheit sahen die Behörden im Jahre 1873 gekommen.

Am 21. April 1873 leitete die Staatsanwaltschaft in Rotenburg einen Prozess gegen die Hessischen Blätter wegen Majestätsbeleidigung und einer Beleidigung Bismarcks in seinem Amt als preußischer Staatsminister ein. Anlass bot der Leitartikel vom 28. März 1873, der „Das alte und das neue Recht“ hieß und Wochen später unter dem Titel „Grote und Bismarck oder das alte und das neue Recht“ fast unverändert als Broschüre erschienen war.

Das Gericht sah die „gegen die Urheber und Anhänger der Politik von 1866 gerichteten Ausführungen“ als beleidigend an und verurteilte den auf eigenen Wunsch ausdrücklich namhaft gemachten Verfasser beider Texte, den Kabinettsrat Schimmelpfeng, in Abwesenheit zu sechs

Monaten, Hopf als Herausgeber zu vier Monaten Festungshaft und den Redakteur Ellenberger zu 20 Talern Geldstrafe. Zusätzlich wurde die Vernichtung der verbliebenen Exemplare der inkriminierten Nummer der Hessischen Blätter und der Broschüre verfügt. In der Berufung, die die Althessen angestrengt hatten, bestätigte fünf Monate später das Appellationsgericht in Kassel das erstinstanzliche Urteil.

In Berlin war derweilen das Verfahren gegen die Hessischen Blätter aufmerksam verfolgt worden. Das Ministerium teilte der Regierung in Kassel mit, dass es die Berichte „zur Kenntnis seiner Majestät des Kaisers und Königs gebracht“ und zugleich sich seinerseits „mit der von der Königlichen Regierung bisher gegen die in Melsungen erscheinenden ‚Hessischen Blätter‘ eingenommenen Haltung einverstanden erklärt habe. Mit Genugtuung konnten daraufhin die Kasseler Behörden von der Verurteilung Kenntnis geben.

Nicht erfüllt allerdings hatte sich die Hoffnung der Regierung – wohlweislich wird dies in der Antwort an das Ministerium nicht eingestanden – auf den großen Schlag gegen die „Hintermänner“ des althessischen Organs. Haussuchung in der Druckerei und beim Verleger hatte, so musste Landrat Richthofen der Kasseler Regierung melden, keinen Erfolg, da Hopf „alle eingehenden kompromittierenden Schriftstücke“ verbrenne. Auf Befragen nach weiteren Autoren gab Hopf natürlich keine Antwort, so dass die erhoffte Aufdeckung des Mitarbeiterkreises und ihrer Verbindungen ausblieb.

Weitere Haussuchungen blieben ebenfalls ohne den gewünschten Erfolg. Während im September 1874 Hopf auf Ehrenbreitstein einen Teil seiner Festungshaft absaß, wurde bei dem interimistischen Redakteur der Hessischen Blätter, Pfarrer Henkel, das längst verbrannte Manuskript zu dem Artikel „Das Attentat als Frage des Gewissens“ in der Ausgabe der Hessischen Blätter am 25. Juli 1874 vergeblich gesucht. Auch die Vernehmung des Setzpersonals nach dem Verfasser des inkriminierten Artikels brachte kein Ergebnis.

Der bereits genannte und der Artikel der folgenden Nummer „Das Attentat und seine Verurteilung“, die sich kritisch mit dem Echo auf das Bismarck-Attentat auseinandersetzten, boten erneut Anlass für eine Anklageerhebung. In dem ersten Artikel fand das Gericht keine beleidigen-

de Äußerung, verurteilte aber wegen des zweiten Artikels den Redakteur Henkel zu drei Monaten Haft. In der zweiten Instanz wurde die Gefängnisstrafe verworfen und Henkel nur noch zu einer Geldstrafe von 150 M. verurteilt. Damit war auch der zweite Versuch der Staatsbehörden, die H. R. P. und ihr Organ entscheidend niederzuwerfen, erfolglos.

Dass die Hessischen Blätter diese Urteile als Erfolg verbuchten und dementsprechend publizistisch auswerteten, blieb der Kasseler Regierung nicht verborgen. In den folgenden Jahren unterblieben deshalb weitere Versuche der Staatsbehörden, Anklage wegen missliebiger Artikel zu erheben. Zum einen hatte das Reichspressegesetz von 1874 die Verfolgung erschwert, zum anderen bemühte sich Hopf um mehr Vorsicht in der Diktion, ohne allerdings in der Sache Abstriche zu machen.

Erst im Jahr 1880 kam es erneut zu einem Verfahren gegen Wilhelm Hopf wegen Majestätsbeleidigung, das zur Enttäuschung der Behörden mit einem Freispruch endete. Dies veranlasste den Regierungspräsidenten bzw. den Oberpräsidenten in ihrem Bericht an den Minister des Innern zu der Urteilsschelte, die sie „nach Einsicht der Entscheidungsgründe (. . .) das freisprechende Urteil nicht für gerechtfertigt“ hielten.

Hier erwies sich erneut, dass die Kasseler Gerichte „der Kritik einen Spielraum“ beließen, wie schon 1876 die Staatsanwaltschaft auf ein Gesuch der Regierung nach einer strafrechtlichen Verfolgung einwandte. Auch 1879 hatte der Staatsanwalt der Regierung mitteilen müssen, dass wegen eines weiteren von der Verwaltung beanstandeten Artikels „eine Verurteilung mit einiger Wahrscheinlichkeit nicht zu erwarten“ sei.

Dass die Staatsbehörden trotz dieser wiederholten Mahnungen der Staatsanwaltschaft auf neue Verurteilungen drängten, zeigt, wie wenig sie sich mit den liberaleren Pressebestimmungen abfinden mochten. Außerdem wird deutlich, wie sehr die an sich in der Verbreitung unbedeutenden Hessischen Blätter durch ihre ständige Agitation der preußischen Verwaltung ein Dorn im Auge waren.

Das Jahr 1884 brachte einen neuerlichen Versuch der Staatsbehörden. Da die bisherigen Verfahren wegen Majestätsbeleidigung zu einem für die Ankläger unbefriedigenden Ergebnis geführt hatten, bemühte man diesmal den Unfugparagrafen des Strafgesetzbuches. Aufgrund zweier Artikel („Prodomo“ und „Zu neuzeitlicher Geschichtsmache“ in

Nr. 1024 vom 19. April 1884) wurde gegen Hopf Anklage wegen Verübung „groben Unfugs“ erhoben. Auch dieses Prozessgeplänkel endete mit einer Niederlage der Staatsanwaltschaft. Der Herausgeber der Hessischen Blätter wurde freigesprochen. Dies soll den Kasseler Oberstaatsanwalt Bartels zu der ingrimmigen Bemerkung veranlaßt haben, Hopf schreibe seine Artikel „das eine Auge auf dem Aufsatz, das andere auf dem Strafgesetzbuch“.

Die gleiche Kasseler Staatsanwaltschaft warnte aus ihren bisherigen Prozessverfahren heraus im Jahr 1891 vor einer neuen Anklageerhebung gegen das althessische Organ. In den Nummern 1707 und 1708 der Hessischen Blätter war am 14. und 17. Januar 1891 ein Artikel mit dem Titel „Deutsch und Preußisch“ erschienen, der in einem kurzen Überblick über die brandenburgisch-preußische Geschichte von 1648 bis 1863 zu beweisen suchte, dass die Politik Preußens und des Hauses Hohenzollern alles andere als deutsch, vielmehr im Gegensatz zu Kaiser und Reich und dem Deutschen Bund bewußt feindlich gegen echtes und wahres Deutschtum gewesen sei.

Dieser Artikel war, wie der preußische Innenminister dem Oberpräsidenten Graf zu Eulenburg mitteilte, „zur Kenntnis seiner Majestät des Kaisers und Königs gelangt“ und habe „Allerhöchst dessen ernstes Missfallen erregt“. Wilhelm II. wünsche nicht, dass „dergleichen Auslassungen über Allerhöchst Seine Vorfahren ungestraft in der Presse verbreitet würden“.

Auf die Frage nach Erfolgsaussicht einer Anklageerhebung musste die Staatsanwaltschaft in Kassel in einem ausführlichen Rechtsgutachten mit Bedauern antworten, dass es gegen besagten Zeitungsartikel „keinen strafrechtlichen Schutz“ gebe. Die Staatsanwaltschaft müsse es deshalb ablehnen, „mit einer gänzlich aussichtslosen Anklage“ gegen die Hessischen Blätter vorzugehen.

Trotz dieses abschlägigen Bescheides beauftragte der preußische Justizminister „auf unmittelbare Veranlassung Kaiser Wilhelms“ den Oberstaatsanwalt in Kassel mit der Einleitung eines Strafverfahrens. Die Anklage lautete auf Vergehen gegen die öffentliche Ordnung, Majestätsbeleidigung und groben Unfug durch die Anführung erdichteter und entstellter Tatsachen, die die preußische Souveränität in der Pro-

vinz Hessen-Nassau herabzuwürdigen und verächtlich zu machen suchten. Dies bildete den Auftakt für den spektakulärsten Presseprozeß in der Geschichte der Hessischen Blätter.

Den dem Verfahren zugrunde liegenden Artikel „Deutsch und Preußisch“ hatte Hopf nicht selbst geschrieben. Verfasser war ein langjähriger Mitarbeiter der Hessischen Blätter, der geborene Kurhesse und preußische Major Hermann von Pfister.

Im Prozess aber identifizierte sich Hopf mit dem Inhalt des Artikels, der Brandenburg-Preußen eines „falschen, undeutschen Weges“ schon seit 1648 zieh. Der große Kurfürst habe „böse Durchsteckereien“ mit dem Ausland in Feindschaft gegen Kaiser und Reich getrieben. Friedrich II. habe die Zustimmung Frankreichs, sich „König in Preußen“ nennen zu dürfen, auf üble Weise bekommen. Preußen habe dadurch das Elsass an Frankreich preisgegeben. Den Soldatenkönig Friedrich Wilhelm betrachtete der Artikel als an sich nicht ohne manche Vorzüge und Tugenden; seine ungezügelte Sucht nach vielen und recht „langen Kerlen“ habe ihn aber zum Menschenraub greifen lassen. Den Beinamen „der Große“ für Friedrich II. wollten die Hessischen Blätter nur in seiner Eigenschaft als „Feldherr und standhafter Geist im Unglücke“ gelten lassen, an sittlichem Werte habe er ihn nicht verdient. Die Vorwürfe des Schreibers, die ich hier nicht alle im einzelnen aufzählen kann, verfolgen die Absicht, die als Kernfiguren oder gleichsam als Inkarnation des Preußentums angesehenen und zum Gegenstand der Legendenbildung gewordenen Fürsten von ihrem historischen Podest zu stoßen.

Zusätzlich führte der Artikel eine Reihe historischer Entwicklungen auf preußische Egoismen zurück. So habe etwa Preußen „ohne klare tiefere Erkenntnis früherer Verfehlungen, ohne innere Einkehr, daher auch ohne Absicht eines durchgreifenden Wandels (...) schon während der Befreiungskriege nur für sich und gegen Deutschland gestrebt“. Auch verwechsele man den hohen Aufschwung im ganzen deutschen Volke, der über einen unschlüssigen König hinweg drängte und den Widerwilligen deutsch zu sein zwang, mit der Berliner Kamarilla. Diese sei undeutlich geblieben wie zuvor. Im Deutschen Bund, der so recht eigentlich Preußen zu Gefallen eingerichtet worden sei, habe Preußen von Anfang an „Sonderbündelei“ betrieben und jeglichen Ausbau, so

noch 1863 beim Frankfurter Fürstentag, planmäßig verhindert. Deutsch und Preußisch seien gewaltige Unterschiede gewesen. Auch seine eigene Bevölkerung habe Preußen übel behandelt; nirgendwo sonst sei die Kamarilla so derb gegen Deutschland und Freiheit mit ihrer Demagogen-Riecherei aufgetreten.

Der Aufsatz schloss mit dem Fazit: „Preußen hatte seit 1648 fort und fort Unkraut unter den deutschen Weizen gestreut. Gleichwohl hat es schließlich da geerntet, wo es nicht gesät hatte. Warum göttliche Gerechtigkeit solches zugelassen habe, soll wohl die Zukunft dereinst noch erkennen lassen. Möge sie kein Grab der Deutschheit dann sein!“

Während der Vernehmung vor dem Kasseler Landgericht bezeichnete Hopf den Zweck des inkriminierten Artikels „als überhaupt zu den Aufgaben der ‚Hess. Blätter‘ gehörige Verteidigung gegen die kleindeutsche Geschichtsschreibung der Droysen, v. Sybel, v. Treitschke usw.“. Es sei eine Verteidigung, um es mit Hopfs Worten auszudrücken, gegen diejenigen Historiker, die „einen Rechtstitel für die preußischen Annexionen in der Weise zu konstruieren suchten, dass sie die nicht-preußischen Fürsten und Staaten seit dem dreißigjährigen Kriege als Verderber Deutschlands, Brandenburg-Preußen dagegen als den eigentlichen Träger des deutschen Gedankens und einer wahrhaft deutschen Politik darzustellen suchten“.

Die hier aufblitzende Attacke gegen die borussische Geschichtsschreibung kennzeichnete die Darstellungen der Hessischen Blätter schon seit ihrer Gründung. Überhaupt durchzog der Streit um die von kleindeutscher Seite in Anspruch genommenen Begriffe vom „deutschen Beruf“ und der „nationalen oder göttlichen Mission“ Preußens die Geschichtsschreibung des 19. Jahrhunderts. Die „wirkungsmächtigsten Prediger der Identität von Preußentum und Deutschland“ standen den Vertretern des großdeutschen Gedankens in harter Konfrontation gegenüber. Das Gebiet der Geschichtswissenschaft war zum politischen Kampfboden geworden, auf dem die politischen Konzeptionen zusammenstießen. Erinnerung sei an die großdeutsch-kleindeutsche Kontroverse über die mittelalterliche Kaiserpolitik zwischen Ficker und Sybel. Dabei war in der Auseinandersetzung um den Weg zum deutschen Nationalstaat das Preußenbild von großer politischer Bedeutung.

Wie Marx und Engels in der Hohenzollernmonarchie ein Haupthindernis für die demokratische Einigung Deutschlands sahen und deshalb die „Taten des Hauses Hohenzollern“ in der preußischen Geschichte zerpfückten, so galt es für die Großdeutschen, die das Reich und später den Deutschen Bund noch für lebensfähig hielten, die friderizianische und preußische Politik als reichszerstörerisch zu entlarven.

Die Hessischen Blätter standen mit ihrer Kritik in einer Reihe mit dem großdeutschen Historiker Onno Klopp, auf den sich Hopf gern bezog. In seinem „König Friedrich II. von Preußen und die deutsche Nation“ hatte Klopp die Vorstellung von Friedrich II. als Vorkämpfer der deutschen Einheit heftig angegriffen. Er versuchte die Auffassung der borussischen Geschichtsschreibung zu widerlegen, dass Friedrich II. in nationalem Interesse gehandelt habe. Wenn Klopp sich mit dieser Ansicht durchgesetzt hätte, wäre das Haus Hohenzollern seiner nationalen Tradition beraubt und Preußens Stellung in der Einigungsbewegung discreditiert worden.

Ähnliches gilt auch in dem Fall der Hessischen Blätter. Auch Hopf buchte alle negativen Entwicklungen in der deutschen Geschichte auf das Konto des Friderizianismus. Deshalb trifft auf Hopf ebenso das zu, was Karlheinz Noack für Klopp in Anspruch nimmt: „Mit dem Angriff auf die historische Tradition des Gegners sollte dessen politische Strategie getroffen werden“.

Wenn man die Ereignisse der Jahre 1891 und 1892 in diesem Licht sieht, dann wird deutlich, weshalb aus Berlin eine so heftige Reaktion – wider den Rat der Staatsanwaltschaft – gegen die an sich in ihrer Verbreitung als unbedeutend eingeschätzten Hessischen Blätter erfolgte. Die Geschichtstradition der Hohenzollern-Dynastie, auf die Preußen und das Kaiserreich seinen Machtanspruch gründeten, war angegriffen, und in diesem Punkt war man besonders allergisch.

Die Staatsanwaltschaft in Kassel hatte sich, bevor es zu dem von Berlin verlangten Verfahren überhaupt kommen konnte, noch über ein weiteres Hindernis hinwegsetzen müssen: Zuerst lehnte die Strafkammer des Landgerichts nämlich die Anklage wegen Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen und groben Unfugs ab. Erst der von der Staatsanwaltschaft auf dem Beschwerdeweg angerufene Strafsenat des Ober-

landesgerichts entdeckte den Anklagepunkt der Majestätsbeleidigung, der Anlass zur Eröffnung eines Verfahrens bot. Das Hauptverfahren fand dann am 19. und 28. Februar 1892 vor dem Landgericht in Kassel statt. Das Gericht sprach den Angeklagten Wilhelm Hopf frei. Auch das nun angestrebte Revisionsverfahren am 27. Mai 1892 vor dem Reichsgericht in Leipzig endete mit einem Freispruch des Angeklagten.

Der Misserfolg in beiden Instanzen war für die Obrigkeit in doppeltem Sinne peinlich: Zum einen führte das Verfahren zu einer Niederlage der borussischen Geschichtsschreibung. Es gelang nämlich dem als Sachverständigen von der Staatsanwaltschaft geladenen bekannten Historiker kleindeutscher Schule Reinhold Koser – damals ordentlicher Professor in Bonn und Mitbegründer der „Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte“ und Fortsetzer der „Acta Borussica“ – nicht, die von Hopf als Belege herangezogenen historischen Quellen zu entkräften. Koser bezeichnete die Quellen lediglich als einseitig interpretiert und sprach dem Artikel die Objektivität einer wissenschaftlichen Darstellung ab. Dies gab Hopf durchaus zu, konterte aber mit der Feststellung, dass die höfische Geschichtsschreibung den Vorwurf der Einseitigkeit in weit höherem Maße verdiene als der besagte Artikel.

Dabei stelle man sich die publikumswirksame Kontroverse vor dem Landgericht vor: Der Antrag der Staatsanwaltschaft auf Ausschluss der Öffentlichkeit war abgelehnt worden. Auf der einen Seite stand der Wissenschaftler, der als bester Kenner Friedrichs II. galt; auf der anderen Seite verteidigte sich der pastor extraordinarius und nicht gelernte Historiker Hopf, nur mit dem juristischen Beistand seines Rechtsanwalts Julius Martin versehen, selbst.

Zum zweiten erhöhte sich das Maß der Peinlichkeit für die Obrigkeit noch, nachdem das Urteil dem Angeklagten eingeräumt hatte, dass die Darstellung der äußeren Ereignisse der geschichtlichen Wahrheit entspräche und eine Beleidigung der regierenden Könige von Preußen nicht festzustellen sei. Wie bereits von der Kasseler Staatsanwaltschaft vorhergesagt, beutete die H. R. P. das Ereignis des Prozesses in ihrem Sinne weidlich aus. Die H. R. P. feierte den Triumph, der ihr nach Ansicht des Kasseler Staatsanwalts „hätte abgeschnitten werden müssen“.

Die Hessischen Blätter veröffentlichten in einer langen Reihe von Artikeln unter dem Titel „Die brandenburgisch-preußische Geschichte von 1648 bis 1863 vor den Schranken der Jusitz“ die Prozessakten und versahen sie zum Missfallen der Behörden mit dem entsprechenden Kommentar. Zusätzlich wurde auch der inkriminierte Artikel neu abgedruckt und damit noch mit Genugtuung in den Wunden der Obrigkeit gebohrt. Die Reaktion ließ nicht lange auf sich warten. Wegen Veröffentlichung von Gerichtsakten kam es erneut zu einem Strafverfahren, das jedoch ebenso wie die vorhergehenden in erster und zweiter Instanz mit einem Freispruch für den Angeklagten Hopf endete.

Zurück blieb bei den Staatsbehörden nach diesen missglückten Aktionen nur der Ingrimme über die Ohnmacht, mit der man die Auslassungen des „schändlichen Blattes“ über sich ergehen lassen mußte. Das wiederholte Bedauern des Melsunger Landrats in den Generalberichten an die Kasseler Regierung über den Ausgang der Prozesse gab diese Stimmung nur unvollständig wieder.

Insgesamt waren die Versuche gescheitert, mit administrativen Maßnahmen unter Ausnutzung der pressegesetzlichen Bestimmungen die Hessischen Blätter zu unterdrücken. Daran änderte auch die Verhängung der Präventivzensur im Ersten Weltkrieg (ab 9. Juli 1915) über das althessische Organ nichts. Stattdessen erhielt das Blatt durch die Ungeschicklichkeit der Kasseler Behörden und die Intransigenz des Berliner Kabinetts noch eine zusätzliche Publizität, die sich im Presseecho niederschlug.

Diese Publizität erstreckte sich natürlich auch auf die H. R. P., gegen die die Strafverfahren besonders der neunziger Jahre, den Jahren der Blüte der Partei, eigentlich gerichtet waren. Man glaubte bei den Behörden zu wissen, dass der aus der ganzen Haltung der Hessischen Blätter sich ergebende Zweck der sei, „das Vertrauen des Volkes zu dem Könighause und der Staatsleitung des Soveräns zu erschüttern, in der Gegenwart sowie für die Zukunft Misstrauen und Unfrieden zwischen Fürst und Volk zu säen und Preußens Politik zu diskreditieren, auch den Boden für die von der s. g. Hessischen Rechtspartei angeblich auf friedlichem Wege erstrebte Wiederherstellung Kurhessens zu erweitern.

Am deutlichsten vor den Augen der Öffentlichkeit offenbarte ungewollt der Staatsanwalt im Verfahren von 1892 den politischen Hintergrund der Presseprozesse, indem er die „bekannten Ziele“ der H. R. P. zitierte und dem Angeklagten Hopf ans Herz legte, „nicht durch derartige Erschütterungen der preußischen Autorität der Sozialdemokratie Wasser auf die Mühlen zu liefern, welche in zwanzig Jahren, wo die Hessische Rechtspartei nicht mehr existieren werde, zu einer für alle andern furchtbaren Macht geworden sein dürfte“.

Quellennachweis

- Dietrich Murswiek: „Wer delegitimiert hier wen?“. Zuerst veröffentlicht als Gastbeitrag am 24.11.2022 auf Legal Tribune Online. Mit freundlicher Genehmigung des Autors.
- Michael Wolffsohn: „Eine Bitte“. Zuerst veröffentlicht in der Jüdischen Allgemeinen am 05.11.2022. Mit freundlicher Genehmigung des Autors und der Jüdischen Allgemeinen.
- Kurt Lauk: „Ein Sargnagel für Deutschlands Industrie“. Zuerst veröffentlicht in Cicero am 07.03.2023. Mit freundlicher Genehmigung des Autors und von Cicero.
- Wilhelm Hopf: „Jedermann, zu jeder Zeit, zu jedem Thema!“. Originalbeitrag.
- Clinton Fernandes: „Chomsky and Free Speech“. Zuerst veröffentlicht 2013 unter <https://www.unsw.adfa.edu.au/school-of-humanities-and-social-sciences/timor-companion/chomsky-and-free-speech>. Mit freundlicher Genehmigung des Autors.
- Ulrich Schödlbauer: „Der Fall Rushdie: Anatomie eines Attentats“. Originalbeitrag.
- „Die Kairoer Erklärung der Menschenrechte im Islam“. Erklärung im Rahmen der Islamischen Konferenz in Kairo 1990. Abrufbar unter: https://www.humanrights.ch/cms/upload/pdf/140327_Kairoer_Erklaerung_der_OIC.pdf.
- Karl Pfeifer: Mickaëlle Patys Rede „Deine Ehre“. Übersetzung der Rede, welche am 17.12.2022 bei Charlie Hebdo veröffentlicht wurde https://charliehebdo.fr/2022/10/societe/education/discours-mickaelle-paty-honneur/?utm_source=sendinblue&utm_campaign=171022_-_NEWSLETTE_R_QUOTIDIENNE_-_LARTICLE_WEB_-_NON_ABONNS&utm_medium=email.
- Matthias Politycki: „Zensur, vorbeugend“. „Mein Abschied von Deutschland“, 2022, S. 77–81. Mit freundlicher Genehmigung des Autors und des Hoffmann und Campe Verlags.

Quellennachweis

- Ludwig Börne: „... mit weichem Wulste umgeben“. „Börnens Werke in zwei Bänden“, Berlin 1981, S. 13–14 und S. 83–84.
- Jaroslav Hašek: „Masturbanten einer falschen Kultur“. „Die Abenteuer des braven Soldaten Schwejk“, Berlin, 1961, S. 228–229.
- Theodor Eschenburg: „Scharf und frech‘ Abende bei Ernst Rowohlt“. „Also hören Sie mal zu“ S. 11–16 und S. 273–275. Mit freundlicher Genehmigung des Siedler Verlages.
- Wilhelm Hopf: „’Allo ’Allo!“ Originalbeitrag.
- Gina Thomas interviewt Roald Dahl: „Alle Schattenseiten geschönt“. Zuerst veröffentlicht in der FAZ am 20.02.2023. Mit freundlicher Genehmigung der FAZ.
- Volker Ladenthin: „Wer darf die Sprache lenken?“ Originalbeitrag.
- Christwart Conrad: „Was ist wichtiger als Menschenrechte? Antwort: „Korrekt‘ gendern“. Originalbeitrag.
- Dieter Kalka: „3 Zigeuner“. „Negerküssen in Zigeunersoße“ Mit freundlicher Genehmigung des Autors.
- Mark Twain: „Gretchen: Wo ist die Rübe, Wilhelm?“ „Reisebilder“ Band 6, 1900, S. 79.
- Philip Plickert: „Der*die Erbkönig*in: Gehört der Gender-Lyrik die Zukunft?“. Zuerst veröffentlicht in der FAZ. Mit freundlicher Genehmigung des Autors.
- Karl May: „Die rote Nation liegt im Sterben!“ Einleitung von Winnetou I.
- Rainer Kottmann: „Herman Lehmann: Ein Deutscher Apache“. „Herman Lehmann: Ein Deutscher Apache und Comanche“ S. 36–38. Mit freundlicher Genehmigung des Vergangenheits Verlags.
- Maximilian Prinz zu Wied: „Black-Hawks“. „Die Reise des Prinzen Wied zu den Indianern“.
- John Long: „Skalpieren“. „See- und Landreisen“ 1791.
- David Signer: „Afrika jenseits von Banalisierung und Exotisierung“. Zuerst veröffentlicht in der NZZ am 20.12.2020. Mit freundlicher Genehmigung des Autors und der NZZ.
- Richard Schröder: „Die Beninbronzen und das Luf-Boot“. Zuerst veröffentlicht im „Berliner Extrablatt“ des Fördervereins Berliner Schloss. Mit freundlicher Genehmigung des Autors.

Quellennachweis

- Helmut Bley: „Tsitsi Dangarmbga zwischen der Schuldfrage an Kolonialismus und der Forderung nach einer ‚neuen Aufklärung‘, die die alte überwindet“. Originalbeitrag.
- Peter Becker: „Path of Blood“. Auszug aus „Path of Blood“ S. 86–88. Mit freundlicher Genehmigung von Penguin Books.
- Karl Mannheim: „Die Intellektuellenschicht“. „Biologie und Utopie“, 1965, S. 11–13.
- Reinhard Hesse: „Stiftung Freiheit der Wissenschaft: Rede des Stifters aus Anlass der Verleihung des ersten Preises der Stiftung an Professor Dr. Noam Chomsky“. Mit freundlicher Genehmigung des Autors.
- Ahmad Mansour, Andreas Rödder, Kristina Schröder, Susanne Schröter: „Republik21: Wokes Deutschland – Identitätspolitik als Bedrohung unserer Freiheit?“. Zuerst veröffentlicht am 07.11.2022 unter https://denkfabrik-r21.de/wp-content/uploads/2022/11/Denkfabrik-R21_Manifest_7.11.2022.pdf. Mit freundlicher Genehmigung von Herrn Prof. Dr. Rödder.
- David Signer: „Die Wissenschaft leidet, wenn sie ‚woke‘ sein wird“. Zuerst veröffentlicht in der NZZ am 18.12.2022. Mit freundlicher Genehmigung der NZZ und des Autors.
- Barbara Zehnpfennig: „Bedrohung der Wissenschaftsfreiheit: Eine Chimäre!“. Zuerst veröffentlicht am 19.07.2021 unter <https://www.wissenschaftsmangement-online.de/beitrag/bedrohung-der-wissenschaftsfreiheit-eine-chim-re-ein-appell-zur-sache-zur-ckzukehren-12426>. Mit freundlicher Genehmigung der Autorin.
- Michael Esfeld: „Moderne vs. Postmoderne: Wissenschaft und Rechtsstaat“. Originalbeitrag.
- Hans von Storch: „‚Wissenschaft schafft Wissen‘ oder ‚Wissenschaft präsentiert Wahrheit‘“. Originalbeitrag.
- Björn Lomborg: „Kältetote“. „Klimapanik“ S. 63–63. Mit freundlicher Genehmigung des Finanzbuchverlages.
- Peter Weish: „Gegenwartsdenken und Zukunftsverantwortung“. Originalbeitrag.
- Walter Krämer: „Feigheit als erste Professorenpflicht“. Originalbeitrag.
- Michael Haller: „Über das Spannungsfeld zwischen Wissenschaft, Politik und Medien am Beispiel der Corona-Pandemie“. Zuerst veröffentlicht in Flei-

Quellennachweis

- scher/Pfaff (Hrsg.): „Pandemie: Wissenschaft – Politik – Medien“. Berlin 2022. Mit freundlicher Genehmigung des Autors.
- Golo Mann: „Erinnerungen und Gedanken“. „Erinnerungen und Gedanken: Eine Jugend in Deutschland“ S. 398–405. Mit freundlicher Genehmigung des Fischer Verlags.
- Roland Girtler: „Duell 68“. „Feine Leute“ S. 185–188. LIT Verlag 2016.
- Konrad Ott: „Wie aus einer Querele um eine Fußnote eine unbequeme Fragestellung wird“. Originalbeitrag.
- Elmar Samsinger: „Recht und Moral – Gedanken zur (österreichischen) Asyldebatte“. Originalbeitrag.
- Rosemarie Schwaiger: „Mitten im Zehnten“. Zuerst veröffentlicht am 14.10.2015 auf Profil. Mit freundlicher Genehmigung von Profil und der Autorin.
- Beat Gygi: „Scheinwachstum durch Zuwanderung“. Zuerst veröffentlicht am 03.10.2022 bei der Weltwoche. Mit freundlicher Genehmigung der Weltwoche und des Autors.
- „Polizeibericht“. Zuerst veröffentlicht am 23.01.2023 im Presseportal des Polizeipräsidiums Freiburg unter <https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110970/5421986>
- Vert Realos: „Memorandum für eine andere Migrationspolitik in Deutschland“. Zuerst veröffentlicht am 11.02.2023 auf <https://vert-realos.de/memorandum-fuer-eine-andere-migrationspolitik-in-deutschland>
- Voltaire: „Papst Alexander“. „Abbé, Beichtkind, Cartesianer. Philosophisches Wörterbuch“. Reclam Verlag 1984.
- Peter Opitz: „Würste essen, um für die Freiheit zu kämpfen: Vor 500 Jahren brach der Zürcher Buchdrucker Froschauer demonstrativ das Fasten, als Protest gegen religiöse Bevormundung“. Zuerst veröffentlicht am 04.03.2022 in der NZZ. Mit freundlicher Genehmigung der NZZ und des Autors.
- Klaus E. Müller: „Schuld und Sühne“. Vorwort von „Schuld und Sühne“, LIT Verlag 2012.
- Ludwig Brühl, Felix Böllmann: „Päivi Räsänen: Eine finnische Politikerin vor Gericht oder Darf man noch für die christliche Ehe sein?“. Originalbeitrag.
- Erwin Bader: „Kritik an der ‚Ehe für alle‘ darf nicht verboten sein“. Originalbeitrag.

Quellennachweis

- „Ein gläubiger Muslim und der Regenbogen“. Aus „Idrissa Gueye“(2022, 02.09.) in Wikipedia https://de.wikipedia.org/wiki/Idrissa_Gueye, freier Text.
- Ana Julia Di Lisio – Gründerin von RadFem Berlin: „Wer ist Christina Ellingsen und warum Feministin zu sein, sie im Jahr 2022 ins Gefängnis bringen könnte?“. Zuerst veröffentlicht am 30.06.2022 unter <https://radfemberlin.de/wer-ist-christina-ellingsen-und-warum-feministin-zu-sein-sie-im-jahr-2022-ins-gefängnis-bringen-konnte>. Mit freundlicher Genehmigung der Autorin.
- Alexander Zinn: „Einfalt statt Vielfalt“. Originalbeitrag.
- Laurens Buijs: „Wokeness threatens academic freedom in social sciences“. Zuerst veröffentlicht am 18.01.2023 auf FOLIA unter <https://www.folia.nl/international/155132/wokeness-threatens-academic-freedom-in-social-sciences>. Mit freundlicher Genehmigung des Autors.
- Franz Alt: „Wir brauchen mehr Putin-Versteher“. Originalbeitrag.
- Hugo Portisch: „Alte Grenzen, neue Grenzen“. „Russland und wir“ S. 13/14. Mit freundlicher Genehmigung des ecowin Verlages.
- Tom Lehrer: „Send the marines“. Songtext des gleichnamigen Liedes von Tom Lehrer (1965).
- Noam Chomsky im Interview mit Pierre Heumann: „Die Abkoppelung der Ukraine war töricht und gefährlich“. Heinz Gärtner: „Die Ukraine im Krieg – ist Frieden möglich?“, LIT Verlag 2022.
- „Ukrainekrieg – Kosovokrieg: Parallelen?“. Aus „Kosovokrieg“(2023, 09.03.) in Wikipedia <https://de.wikipedia.org/wiki/Kosovokrieg>, freier Text.
- Rudolph Rummel: „61 911 000 Ermordete: Der sowjetische Gulag-Staat“. Rudolph Rummel: „„DEMOZID‘ – der befohlene Tod“, LIT Verlag 2006.
- Friedrich Heckel: „Kirchenkampf“. „Autobiographische Aufzeichnung“.
- Theodor Heußler (Regierungspräsident): „Monatsbericht der Regierung 08.08.1936. Pfarrer Hopf“. Nr. 71 S. 92/93. Klaus Wittstadt: „Die kirchliche Lage in Bayern 1933–1943. Band VI Unterfranken“, 1981.
- Enno Knobel: „Die Hessischen Blätter unter preußischer Zensur“. „Die hessische Rechtspartei“ S. 113–126. Mit freundlicher Genehmigung des Autors.

Die Autoren

Franz Alt, Dr., geb. 1938, u.a. der mit den meisten Preisen ausgezeichnete deutsche Fernsehjournalist. Er leitete und moderierte 20 Jahre lang das renommierte ARD-Magazin „Report“ und die ARD-Zukunftsreihe „Zeitsprung“. Bestsellerautor. Schrieb 50 Bücher, die in 25 Sprachen übersetzt sind, unter anderem 2022 mit E.U.von Weizsäcker „Der Planet ist geplündert“.

Erwin Bader, Dr. phil., geb. 1943, r.k. Religionslehrer, U.-Prof. i. R., lehrte Politikwiss. (Univ. Salzburg) u. Philosophie (Univ. Wien), Vors. Universitätszentrum f. Friedensforschung; K.-v.-Vogelsang-Staatspreis (u. a.); Anfechtung d. EU-Beitritts (ohne freie Meinungsbildung) b. VfGH Wien; Aufnahme in: „2000 outstanding intellectuals in the world.“

Peter Becker, 1921–1984, Autor, Ethnologe, Musiker, Fotograf und Werbefachmann, geb. in Südafrika, Freund der königlichen Familie der Zulu, Autor zahlreicher historischer Bücher über Afrika.

Helmut Bley, Prof. Dr., geb. 1953, deutscher Historiker für Neuere und Afrikanische Geschichte am Historischen Seminar der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover (1976 – em. 2003).

Felix Böllmann, geb. 1975, Rechtsanwalt und Leiter der europäischen Rechtsabteilung der Menschenrechtsorganisation ADF International in Wien. Experte für Völkerrecht und internationale Grundrechte.

Ludwig Börne, 1786–1837, deutscher Journalist, Literatur- und Theaterkritiker. Wegbereiter der literarischen Kritik. Mitglied der literarischen Vereinigung „Junges Deutschland“, die sich unter anderem für Meinungsfreiheit und gegen den Absolutismus einsetzte.

Ludwig Brühl, geb. 2000, arbeitet als Journalist für die Menschenrechtsorganisation ADF International, die vor Gericht und an internationalen Institutionen für Freiheitsrechte eintritt.

Laurens Buijs, interdisziplinärer Sozialwissenschaftler an der Universiteit van Amsterdam, Publizist und Unternehmer im Bereich Diversity & Inklusion.

Die Autoren

- Christwart Conrad**, geb. 1957, Spiele-Autor, Redakteur, Erwachsenenbildner, Journalist.
- Noam Chomsky, Prof. Dr.**, geb.1928, politischer Aktivist, Sprachtheoretiker und seit 1961 Professor am „Massachusetts Institute of Technology“, Autor mehrerer Bestseller über Linguistik, Philosophie und Politik.
- Roald Dahl**, 1916–1990, britischer Kinderbuchautor, verkaufte weltweit mehr als 200 Millionen Bücher. Er äußerte in Interviews mehrfach antisemitische Kommentare, für die sich seine Familie mittlerweile entschuldigt.
- Ana Julia Di Lisio**, geb.1982, Gründerin der Aktivistinnengruppe für geschlechtsspezifische Rechte und gegen Lesbenfeindlichkeit, „RadFem Berlin“. Forscherin und Autorin, Gründerin des Verlags „RFB Books“.
- Theodor Eschenburg, Prof. Dr.**, 1904–1999, Geschäftsführer von Industrieverbänden, 1945 Staatskommissar für Flüchtlingswesen in Württemberg-Hohenzollern, 1947 Stellvertreter des Innenministers, 1951 Prof. für Politikwissenschaft, seit 1957 Mitarbeiter der ZEIT.
- Michael Esfeld, Prof. Dr.**, seit 2002 Professor für Wissenschaftsphilosophie an der Universität Lausanne und seit 2010 Mitglied der Leopoldina. 2013 Forschungspreis der Alexander-von-Humboldt-Stiftung. Hauptarbeitsgebiete sind die Philosophie der Physik und die Philosophie des Geistes.
- Clinton Fernandes, Prof.**, holds dual appointments at the School of Humanities and Social Sciences and the Australian Centre for Cyber Security, UNSW Canberra. He is a former Australian Army officer who served in the Australian Intelligence Corps. Author of *What Uncle Sam Wants: U.S. Foreign Policy Objectives in Australia and Beyond* (2019).
- Roland Girtler, Prof. Dr.**, geb. 1941, em. Professor für Soziologie an der Universität Wien, Kolumnist, wurde berühmt mit Forschungen über „Randkulturen“: Schmuggler, Gauner, Obdachlose, Prostituierte, Wilderer, Aristokraten, feine Leute.
- Beat Gygi, Dr.**, geb. 1958, Wirtschaftsredaktor bei der Neuen Zürcher Zeitung NZZ und Weltwoche. Fokus auf ordnungspolitischen Themen. Lehrtätigkeit an der Universität Zürich. Stiftungsratsmitglied beim Liberalen Institut in Zürich (libinst.ch).
- Michael Haller, Prof. Dr. phil.**, geb. 1945, wissenschaftlicher Leiter des Europäischen Instituts für Journalismus- und Kommunikationsforschung (EIK). 1993–2010 Lehrstuhl für Allgemeine und Spezielle Journalistik in Leipzig. 25 Jahre lang Reporter und Redakteur bei verschiedenen Pres-

Die Autoren

semedien. Leitet ein Ausbildungsprojekt zur Sicherung der Informations- und Medienfreiheit.

Jaroslav Hašek, 1883–1923, tschechischer Schriftsteller, vor allem durch seine literarische Figur des „braven Soldaten Schwejk“ berühmt.

Friedrich Heckel, 1931–2015, Kirchenrat in Burghaslach.

Reinhard Hesse, Prof. Dr. Dr.´, 5 J. DAAD-Gastprof. in Brasilien; 1993–95 Lehrstuhl Internat. Bez., Gießen; 1996 bis Pensionierung: Lehrstuhl für Philosophie/Ethik in Freiburg; div. Einsätze als OSZE-Wahlbeobachter.

Theodor Heußler, 1875–1965, 1939–1941 Regierungspräsident von Unterfranken.

Dieter Kalka, geb. 1957, Liedermacher, Logopäde und Literat deutsch-polnischer Nationalität, lebt im Stammland der Sorben. Letztes Buch: *Odins Met & Orpheus' Gesang*, 2022, Edition Beulenspiegel.

Rainer Kottmann, Ethnologe mit dem Schwerpunkt Südasiens, Verfasser zahlreicher Artikel über das Europäische Mittelalter und die Germanen. Forschungsschwerpunkt nordamerikanischen Indianer und durch diese entführte weiße und mexikanische Menschen.

Walter Krämer, Prof. Dr., Mathematiker, Ökonom und bis vor kurzem Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaft und Sozialstatistik der TU Dortmund (leitet einen DFG Sonderforschungsbereich). Bestsellerautor, Träger zahlreicher Auszeichnungen, Vizepräsident der Nordrhein-Westfälischen Akademie der Wissenschaften.

Kurt J. Lauk, Prof. Dr., geb. 1946, in mehreren Aufsichtsräten tätig, wie Magna, Fortemedia und in einigen Start Up Unternehmen. War Vorstandsmitglied bei Audi, Veba (eon) und Daimler Benz, danach Präsident des Wirtschaftsrates und 2004–2009 Europaabgeordneter, bei jungen Unternehmen als Business Angel engagiert.

Volker Ladenthin, Prof. Dr., geb. 1953, von 1996 bis 2019 Inhaber des Lehrstuhls für Allgemeine und Historische Erziehungswissenschaft in Bonn, Gastprofessuren in Kairo und Helwan. Bücher zur Erkenntnis- und Medientheorie, zu den Themen Öffentlichkeit und Gewaltdarstellung in Medien.

Tom Lehrer, geb. 1928, US-amerikanischer Singer-Songwriter, Satiriker und Mathematiker.

Bjorn Lomborg, geb. 1965, dänischer Autor und Gründer des Think Tanks Copenhagen. Bekanntheit erlangte er durch sein Werk „Apocalypse No!

Die Autoren

Wie sich die menschlichen Lebensgrundlagen wirklich entwickeln“ und durch das seit 2002 laufende Projekt Copenhagen Consensus.

John Long, britischer Fellhändler, handelte 1768–1787 mit verschiedenen Indianerstämmen, lernte die Sprache der Mohawks und Ojibwa. Er begleitete zu Beginn der amerikanischen Revolution indianische Gruppen bei Aktionen gegen die Invasoren bei Montreal.

Enno Knobel, Dr. phil., geb. 1945, Verbandsdirektor des Hessischen Volkshochschulverbands i.R. in Frankfurt am Main, über Jahrzehnte ehrenamtliche Funktionen als Stadtrat in Offenbach am Main, Auszeichnung als Stadttältester; Vorsitzender der Jugendkunstschule Offenbach; Antidiskriminierungsbeauftragter der Stadt.

Golo Mann, 1909–1994, deutsch-schweizerischer Historiker, Publizist und Schriftsteller, Sohn des Nobelpreisträgers Thomas Mann. Berater von Konrad Adenauer und Willi Brandt. Seine bekannteste Schrift ist Deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts.

Karl Mannheim, 1893–1947, Soziologe und Philosoph. Mitbegründer der Wissenssoziologie, berühmt für „Ideologie und Utopie“. Er beschäftigte sich mit politischen Krisenerscheinungen der Massendemokratie. 1933 „zwangsbeurlaubt“ als Jude, emigrierte er nach England.

Ahmad Mansour, geb. 1976, ist deutsch-israelischer Psychologe und Autor arabisch-palästinensischer Herkunft. Er lebt seit 2004 in Deutschland und beschäftigt sich mit Projekten und Initiativen gegen Radikalisierung und Antisemitismus in der islamischen Gemeinschaft.

Karl Marx, 1818–1883, deutscher Philosoph, Ökonom und Gesellschaftstheoretiker. Protagonist der Arbeiterbewegung und Verfasser des Manifests der Kommunistischen Partei.

Karl May, 1842–1912, deutscher Schriftsteller, bekannt durch seine Reiseerzählungen, besonders für seine in drei Bänden zusammengefassten Geschichten zu Winnetou.

Klaus E. Müller, Prof. Dr., 1935–2021, Ethnologieprofessor in Frankfurt am Main. Müller beschäftigte sich mit der Geschichte der Ethnographie, Ethnologiepädagogik, der Ethnologie des Geschlechterkonflikts und mit den elementaren Formen sozialen Verhaltens.

Dietrich Murswiek, Prof., geb. 1948, ist ein deutscher Rechtswissenschaftler. Er ist emeritierter Professor für Staats- und Verwaltungsrecht sowie

Die Autoren

deutsches und internationales Umweltrecht der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg.

Peter Opitz, Prof. Dr. em., war bis zum Sommer 2022 ordentlicher Professor für Kirchen- und Theologiegeschichte an der Universität Zürich. Forschungsschwerpunkte: Reformation und Reformierte Theologie, Karl Barth, der Liberalismus des 19. Jahrhunderts.

Konrad Ott, Prof. Dr., Inhaber des Lehrstuhls für Philosophie und Ethik der Umwelt in Kiel. Direktor des Gustav Radbruch Netzwerkes für Ethik in den Wissenschaften. Mitglied der Grünen Akademie der Heinrich-Böll-Stiftung, Mitglied im Deutschen Komitee für Nachhaltigkeitsforschung in „Future Earth“.

Mickaëlle Paty, jüngere Schwester von Samuel Paty, der sich 2020 als Lehrer im Unterricht in Bezug auf die Mohammed-Karikaturen für Meinungsfreiheit einsetzte und daraufhin ermordet wurde.

Karl Pfeifer, geb. 1928, ist ein österreichischer Journalist, der in seiner Jugend nach Ungarn und von dort weiter nach Palästina fliehen musste. Er engagiert sich weiterhin gegen Antisemitismus und Rechtsextremismus.

Philip Plickert, Dr. rer. pol., geb. 1979, Journalist bei der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Er hat an den Universitäten Frankfurt und Siegen Volks-wirtschaftslehre gelehrt. Über das Thema Cancel Culture als Bedrohung der Meinungsfreiheit hat er zuletzt im Österreichischen Jahrbuch für Politik einen Aufsatz geschrieben.

Matthias Politycki, Schriftsteller, sein Werk erscheint im Verlag Hoffmann und Campe. Der abgedruckte Text ist ein Auszug aus „Mein Abschied von Deutschland. Wovon ich rede, wenn ich von Freiheit rede“ (Hamburg 2022, mit freundlicher Genehmigung des Verlags). Im Frühjahr 2023 erschien sein Roman „Alles wird gut – Chronik eines vermeidbaren Todes“. www.matthias-politycki.de

Hugo Portisch, einer der bedeutendsten Journalisten Österreichs. Jahrelang Chefredakteur des Kurier, später Chefkommentator beim BR. Erhielt 2019 u.a. den Großen Ehrenpreis der Republik.

Andreas Rödder, geb. 1967, ist Univ.-Prof. für Neueste Geschichte an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz und 2020–23. Mitbegründer des Netzwerks Wissenschaftsfreiheit und Vorsitzender von REPUBLIK21. Denkfabrik für neue bürgerliche Politik.

Die Autoren

Rudolph Rummel, 1932–2014, US-amerikanischer Politikwissenschaftler. Er lehrte an der University of Hawai‘i politische Wissenschaften und Geschichte. Als empirischer Forscher beschäftigte er sich mit der Theorie vom Demokratischen Frieden.

Elmar Samsinger, geb. 1954, Jurist, beschäftigt sich seit Jahren mit dem Balkan, der Levante und Österreich-Ungarn unter kulturgeschichtlichen und touristischen Aspekten und hat darüber zahlreiche Bücher veröffentlicht und Ausstellungen kuratiert. Beratungstätigkeit für ARTE und ORF III.

Ulrich Schödlbauer, geb. 1951, **apl. Prof. a.D.** für Neuere deutsche Literatur an der Fernuniversität Hagen. Publikationen (zu Literatur- und Kulturtheorie), Essays und Artikel zu aktuellen polit. und gesellschaftspolit. Themen, Romane, Gedichtbücher, Erzählungen. Betreiber der Website www.iablis.de und Hrsg. des kulturwiss. Jahrbuchs Iablis.

Kristina Schröder, geb. 1977, war von 2002 bis 2017 Mitglied des Deutschen Bundestages und von 2009 bis 2013 Bundesministerin für Familien, Senioren, Frauen und Jugend. Unternehmensberaterin, stellvertretende Vorsitzende von REPUBLIK21, Denkfabrik für neue bürgerliche Politik.

Richard Schröder, Prof. Dr. h.c. Dr. theol. habil., geb. 1943, 1977–1991 Dozent für Philosophie an kirchlichen Hochschulen; 1993–2019 Professor für Philosophie in Verbindung mit Systematischer Theologie an der Humboldt-Universität Berlin; Mitglied der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften. 1990 in die Volkskammer gewählt, Fraktionsvorsitzender der Sozialdemokratischen Partei in der DDR.

Susanne Schröter, geb. 1957, **Univ.–Prof. in** für „Ethnologie kolonialer und postkolonialer Ordnungen“ an der Goethe-Universität Frankfurt. Sie leitet seit 2014 das „Frankfurter Forschungszentrum Globaler Islam“. Mitbegründerin von REPUBLIK21, Denkfabrik für neue bürgerliche Politik, und stellvertretende Vorsitzende des Netzwerks Wissenschaftsfreiheit.

David Signer, Dr., geb. 1964, Lehrtätigkeit an der Universität Zürich, Auslandkorrespondent der Neuen Zürcher Zeitung (NZZ): Afrika, Nordamerika und Autor diverser Bücher (zuletzt: „Afrikanische Aufbrüche“, 2021). Vorstandsmitglied Deutschschweizer PEN-Zentrum, „Writers in Prison“-Delegierter (2009–2013).

Rosemarie Schwaiger, Autorin und Journalistin, 25 Jahre bei „Profil“ als Innenpolitik-Redakteurin tätig, seit 2022 „Presse“-Kommentatorin.

Hans von Storch, Prof. Klimaforscher mit dem Fokus auf Methoden (Statistik, Modelle), der Analyse von Änderungen (Detektion und Attribution),

Die Autoren

der regionalen Manifestation des Klimawandels und der Rolle der Klimawissenschaft in der Gesellschaft. Er hat Berichte des IPCC mitverfasst als Leitautor.

Gina Thomas, geb. 1957, Autorin, FAZ-Korrespondentin in London.

Mark Twain, 1835–1910, amerikanischer Schriftsteller, vor allem bekannt durch Tom Sawyer und Huckleberry Finn.

Voltaire, 1694–1778, französischer Philosoph und Schriftsteller.

Peter Weish, Univ. Doz. Dr. phil., geb. 1936. Studium an der Univ. Wien: Physik, Chemie, Biologie. Zahlreiche Veröffentlichungen. Habilitation für das Fach Humanökologie in Wien. Lehrbeauftragter. Engagement im Umwelt- und Naturschutz, in der Friedensbewegung tätig.

Maximilian Prinz zu Wied, 1782–1867, reiste 1832–1834 durch den Wilden Westen und verfasste zusammen mit dem Maler Carl Bodmer einen exklusiven Reisebericht. Diente Karl May als Quelle.

Michael Wolffsohn, geb. 1947, Historiker und Publizist, Experte in der Analyse internationaler Politik und der Beziehung zwischen Deutschen und Juden. 1981–2012 Professor für Neuere Geschichte an der Universität der Bundeswehr München.

Barbara Zehnpfennig, Prof. Dr., bis 2022 Professorin für Politische Theorie und Ideengeschichte in Passau. Ordentliches Mitglied in der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Mitherausgeberin der „Zeitschrift für Politik“ und der Zeitschrift „Communio“, Vorstandsmitglied des „Forschungsinstituts für Philosophie“, Hannover und des „Netzwerks Wissenschaftsfreiheit“, Trägerin des Bundesverdienstkreuzes.

Alexander Zinn, Historiker, forscht zu Fragen von Diskriminierung und Verfolgung aufgrund der sexuellen Orientierung sowie zu Alltag und Stigma-Management Homosexueller im 20. Jahrhundert. Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fritz Bauer Institut in Frankfurt am Main.

Meinungsfreiheit



Wilhelm Hopf (Hrsg.)

Libertas

Jahrbuch für Meinungsfreiheit. Jahrgang 1, 2021

Die Meinungsfreiheit „verspricht sowenig wie der Arzt, einen Menschen oder ein Volk vollkommen zu machen. Sie selbst ist keine Vollkommenheit. Es ist triviale Manier, das Gute damit zu schmähen.“ (Karl Marx)

„Zur Redefreiheit kann man nur zwei Haltungen einnehmen und jeder trifft seine Wahl.“ (Noam Chomsky)

Das Jahrbuch widmet sich dem Thema in einer Vielzahl aktueller und historischer Zugänge.

Bd. 3, 2021, 426 S., 19,90 €, br., ISBN 978-3-643-99737-1

LIT Verlag Berlin – Münster – Wien – Zürich – London

Auslieferung Deutschland / Österreich / Schweiz: siehe Impressumseite



Wilhelm Hopf (Hrsg.)

Die Freiheit der Wissenschaft und ihre ‚Feinde‘

Vorwort: Bernhard Kempen

Der Band behandelt exemplarisch Fälle der nicht nur in Deutschland an Universitäten verbreiteten Neigung, für umstritten gehaltene Positionen zu be- oder verhindern.

Bernie Sanders bezog Stellung zu einem Vorfall in den USA: „To me, it’s a sign of intellectual weakness.“ ... „what does that tell the world?“

Noam Chomsky, der weltweit bekannteste linke Intellektuelle, formuliert: „Der Kampf für die Freiheit der Rede ist von entscheidender Bedeutung, bildet diese doch das Herzstück eines ganzen Systems von Freiheiten und Rechten.“ ...

„Zur Redefreiheit kann man nur zwei Haltungen einnehmen, und jeder trifft seine Wahl.“

„Staat und Universitäten müssen sich schützend vor angegriffene Wissenschaftler stellen, egal, wo sie politisch oder wissenschaftlich stehen“ (Bernhard Kempen, Präsident des Deutschen Hochschulverbandes).

Die Einschränkung der Meinungsfreiheit widerspricht dem Grundgesetz sowie den Grundwerten Europas, wie die Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte zeigen.

Bd. 1, 2019, 320 S., 24,80 €, br., ISBN 978-3-643-13939-9

LIT Verlag Berlin – Münster – Wien – Zürich – London

Auslieferung Deutschland / Österreich / Schweiz: siehe Impressumseite



